Susanne Meyer

Schwerindustrielle Insel und ländliche Lebenswelt: Georgsmarienhütte 1856 – 1933

F. COPPENRATH VERLAG

Susanne Meyer

Schwerindustrielle Insel und ländliche Lebenswelt: Georgsmarienhütte 1856–1933

Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland
herausgegeben von der
Volkskundlichen Kommission für Westfalen
Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Heft 70

Münster 1991

Susanne Meyer

Schwerindustrielle Insel und ländliche Lebenswelt: Georgsmarienhütte 1856 – 1933

Werk und Gemeinde,
Herkunft, Siedlung und Sozialstruktur
an einem ländlichen Industriestandort

F. COPPENRATH VERLAG

Titelbild: Georgsmarienhütte um 1900: Alte Kolonie und Hochofenwerk (Postkartenvorlage), Sammlung W. Beermann, Georgsmarienhütte

---

ISBN: 3-88547-805-6
ISSN: 0724-4096
© 1991 F. Coppenrath Verlag, Münster
+ Herausgeber
Alle Rechte vorbehalten, auch auszugsweise
Printed in Germany
Imprimé en Allemagne

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einführung: Forschungsstand, Fragestellungen, Quellenlage 1

Teil A: Die Gründung des Werkes und der Gemeinde

1. Die Industrialisierungspolitik im Königreich Hannover und die Gründung des Georgs-Marien Bergwerks- und Hüttenvereins 15

1.1 Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen 15

1.2 Gründung der Aktiengesellschaft 1856 22

1.3 Bodenschätze und Verkehrsanbindung 25

1.4 Erwerb des Hüttenplatzes 29

2. Die Bildung einer eigenen Gemeinde: Georgsmarienhütte 33

2.1 Unverträglichkeiten: Landgemeindeverfassung und schwerindustrielle Kolonie 33

2.2 Interessenverzahnung: die Gründung der politischen Gemeinde 1860 41

Teil B: Die wirtschaftliche Entwicklung des Werkes im Überblick 1856-1933

Einführung 51

1. Von der Gründung bis zur Fusion mit dem Osnabrücker Stahlwerk 1885 52

2. Vom selbständigen gemischten Werk zum Außenstandort eines Konzerns 1885-1920/23 63

3. Die „Klöckner-Werke AG, Georgs-Marien-Werke, Abteilung Georgs-Marien-Hütte" bis 1933 70

Teil C: Werkswohnungsbau, Siedlung und Sozialstruktur

Einführung 83

1. Erste Phase (1856-1859): Gründung der Kolonie. Ideee, Konzept und erste Realisierung 85

2. Zweite Phase (1860-1870): Konsolidierung und Optimismus. Versuch des werksgeförderten Wohnungsbaus und Hoffnung auf Privatspekulation 97

3. Dritte Phase (1871-1874/94): Expansion und Stagnation. Wiederaufnahme des werkseigenen Wohnungsbaues und der Ausbau zu einer autarken Ortschaft 137

4. Vierte Phase (1895-1918): Umbau und Beschäftigtenzunahme. Sinkender Stellenwert des Werkswohnungsbaus in und außerhalb von GMH 144

5. Fünfte Phase (1919-1933): Konzernbildung. Von der Werkswohnung zum Siedlungshaus als Eigenheim 151

Teil D: Herkunft, Mobilität und Erfahrungswelt der Arbeiterschaft

Einführung: Methodische und verfahrenstechnische Hinweise zur EDV-Auswertung der Kirchenbücher 163

1. Die Arbeitskräftesituation: Reservoir, Bedarf und Rekrutierung 171

1.1 Notwendig oder gewollt: die Ansiedlung von Arbeitskräften in der Gründungszeit 171

1.2 Herkunftsgebiete, Familienstand, Konfession und Mobilität der Arbeiterschaft 1856-1933 195

2. Ökonomische Ausgangslagen und Lebensverhältnisse in den Herkunftsgebieten 227

Einführung 227

2.1 Die nordwestdeutsche Leinenzone: 235
a. Der Landkreis Tecklenburg 238
b. Die ehemalige Grafschaft Ravensberg 247
c. Das südliche Niedersachsen 260
d. Das nördliche Hessen 276

2.2 Das Oberharzer Bergbaugebiet 285

2.3 Die industrialisierten Kreise 303

Teil E: Abgrenzung oder Ausgrenzung: falsche Fronten zwischen Kolonie und Umland?

Einführung 311

1. Das Heiratsverhalten 314

1.1 Soziale Herkunft, Beruf und Heiratsverhalten: die Einheimischen 314

1.2 Heiraten zwischen Zugewanderten und Einheimischen 319

2. Industriewerk, Werkskolonie und agrarisches Umland: Kontakte und Probleme 329

3. Die Achse Werk — Gemeinde — Kirche: die Gemeindestruktur Georgsmarienhüttes 349

Anhang:

1. Tabellen und Dokumente 375

2. Verzeichnisse:

2.1 Tabellen, Graphiken, Karten und Abbildungen 395

a. Tabellen 395

b. Graphiken und Karten 399

c. Abbildungen 400

d. Anhang 403

2.2 Archivalien und Literatur

a. Ungedruckte Quellen 404

b. Gedruckte Quellen und Literatur 407

2.3 Abkürzungen, Münzen, Maße 430

Vorwort

Erste Gedanken, die später für diese Arbeit wichtig wurden, beschäftigten mich schon 1979/80, als ich im Schuldienst in Georgsmarienhütte tätig war. Die Schüler zeigten einerseits Stolz auf die Georgsmarienhütte, die Werk und Ort den Namen gab, belehrten mich aber zugleich auch mit einem für dieses Alter ungewöhnlichen Nachdruck über ihre Wohnorte. Ich hörte Ortsnamen ländlicher Gemeinden, die mit der Stadtwerdung Georgsmarienhüttes eingemeindet worden waren und nach langen Auseinandersetzungen ihre historisch gewachsenen Namen zugunsten der Dominanz des Werkes eingebüßt hatten.

Die nur kurze Zeit in Georgsmariehütte hinterließ bei mir viele offene Fragen. Während meiner späteren Beschäftigung als wiss. Mitarbeiterin im Fachgebiet Neueste Geschichte der Universität Osnabrück regte Prof. Dr. Klaus J. Bade die systematische Suche nach den Antworten an. Das Ergebnis ist diese im Dezember 1989 an der Universität Osnabrück angenommene Dissertation. In Konzeption und Fragestellungen gehört sie über weite Strecken in den Kontext der von Klaus J. Bade betriebenen und betreuten Studien zur Sozialhistorischen Migrationsforschung und Historischen Arbeitsmarktforschung. Er begleitete die Arbeit mit Ermutigung, Rat und Geduld. Dafür danke ich ihm. Der Volkskundlichen Kommission für Westfalen danke ich für die Aufnahme des Manuskripts in ihre Reihe und für die Gewährung eines Druckkostenzuschusses. Die Stadt Georgsmarienhütte übernahm freundlicherweise ein größeres Kontingent dieser Auflage.

Das Arbeitsamt Osnabrück ermöglichte durch eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme die zeitraubende manuelle Austragung der Daten aus den Kirchenbüchern, die unter meiner Anleitung von Frau Gisela Wässle mit viel Engagement zur Vorbereitung der EDV-Auswertung (SPSS und dBase) durchgeführt wurde. Herrn Direktor Möller und Herrn Koch möchte ich an dieser Stelle danken. Bei weitem nicht alle, die mir Rat gaben und halfen, kann ich hier nennen. Für die kritische Durchsicht einzelner Manuskriptteile danke ich Prof. Dr. Walter D. Kamphoefner, A & M Univ., Texas, für Anregungen zur Überarbeitung für den Druck Prof. Dr. Rüdiger Griepenburg und Prof. Dr. Anton Schindling, Universität Osnabrück; Prof. Dr. Günther Kokkeling, TH Hannover, überließ mir Materialien zum Wohnungsbau. Dem Leiter des Freilichtmuseums Cloppenburg, Prof. Dr. Helmut Ottenjann, schulde ich Dank für Hinweise zur Klassifizierung in der ländlichen Sozialstruktur, Frau Prof. Dr. Almut Bohnsack, Universität Osnabrück, für Hinweise zur Textilgeschichte, Priv.-Doz. Dr. Hein Hoebink, Univ. Düsseldorf, für Rat in kniffligen Gemeindesteuerfragen, Frau Swantje Heinemeyer für Korrekturarbeiten.

Herrn Direktor Schäfer und Herrn Biener von den Klöckner-Werken Georgsmarienhütte danke ich für den Zugang zum Werksarchiv; weiterhin Herrn Dr.

Delbanco im Niedersächsischen Staatsarchiv Osnabrück, Herrn Dr. Gravenhorst im Oberbergamt zu Clausthal. Unverzichtbar war die Hilfe der ehren- und hauptamtlich Beschäftigten in den Kirchenbüros: Frau Becker, Frau Niebrügge, Schwester Fidelis, Herr Brinkmann, Herr Schwabe, Frau Müller und Frau Klotz vom Standesamt Georgsmarienhütte. Für Beratung in quantitativen Fragen danke ich an der Universität Osnabrück Herrn Schütt im Rechenzentrum und Herrn Dr. Greve im Fach Geographie. Johann Hoppmann sage ich Dank für SPSS-Arbeiten, Herrn Dloczik und Herrn Brink für die Anfertigung der Karten und Abbildungen, Herrn Bergwerksdirektor a.D. Weishaupt für berg- und hüttenmännischen Rat. Bei meinen Arbeiten im Werk unterstützten mich Herr Kröger aus der Neubauabteilung, Herr Runde aus dem technischen Archiv der Klöckner-Werke Georgsmarienhütte sowie Frau Schulz aus der Werbeabteilung der ehemaligen Schmiedewerke Krupp-Klöcker Osnabrück. Zu danken habe ich auch Herrn Borrek, ehemals verantwortlich für Forst- und Wohnungswesen des Werkes, Herrn Stagge vom Katasteramt Osnabrück und Herrn Schemschart vom Finanzamt Osnabrück-Land sowie den an Regionalgeschichte interessierten und so gesprächsbereiten Georgsmarienhütter Bürgern, vor allem Herrn Beermann, Herrn Buchholz, Herrn Huntemann, Herrn Ludwig, Frau Sasse, Herrn Schaer und Herrn Schlösser, Bad Iburg. Schließlich gilt Dank meiner Familie, meinen Freunden und zuletzt, immer nah am Ort des Geschehens, meinem ewig schnurrenden Kater Leo.

Einleitung

Die Georgsmarienhütte bei Osnabrück hat eine wechselvolle Geschichte.[1] Das Werk reagierte stärker als andere schwerindustrielle Unternehmen auf wirtschaftliche Schwankungen, und im Vergleich zu den industriellen Ballungszentren waren die Folgen hier gravierender. In der nun 135 jährigen Geschichte dieses Stahlstandortes wurde 1985 zum dritten Mal die Stillegung der Georgsmarienhütte offen erwogen, zum ersten Mal vor dem ersten Weltkrieg, zum zweiten Mal zur Zeit der Weltwirtschaftskrise. Doch auch diese erneute Gefährdung ist heute, 1990, gebannt; die Stahlkonjunktur floriert, Neuinvestitionen stehen bevor.

Die heutige Struktur der Georgsmarienhütte ist ausgerichtet auf eine künftige Belegschaftstärke von ca. 1.600. Der Reduzierung der Belegschaft zwischen 1970 und 1982 von 6.377 auf 3.448 folgte ein weiterer Abbau auf eine Größe von 2850 (Stand Mai 1990). Eine endgültige Stillegung hätte einen Einbruch in der gesamten Gewerbe- und Beschäftigungsstruktur des Raumes bedeutet und nach einer Hochrechnung aus dem Jahre 1986 zu einer Arbeitslosigkeit von etwa 30% führen können.[2]

Das Für und Wider in der Diskussion um die befürchtete Schließung oder einen begrenzten Betriebsabbau spiegelte außer der Frage der Überkapazität auf dem europäischen Stahlmarkt jene Konstanten in der Geschichte des Werkes, die stets Nach- und Vorteile der Georgsmarienhütte ausmachten: Nachteile waren abgesehen von der Frühzeit des Unternehmens die schlechte Rohstofflage, der isolierte Standort, die ungünstige Verkehrslage; Vorteile waren die Spezialisierung der Produktion, eine Stammbelegschaft mit einer qualifizierten Facharbeiterschaft, eine hohe Belastbarkeit der Belegschaft und ein relativ niedriges Lohnniveau.

Auch in den gemäßigten Protestformen der Belegschaft spiegelte sich eine Konstante: Zurückhaltung, Vorsicht und ein hohes Maß an Vertrauen in die Fürsorgepflicht des Konzerns und in die Gestaltungskraft der Politik. Als im August 1985 in einer Übergangslösung der Erhalt des Werkes für zunächst einige Jahre gesichert war, dankte die Belegschaft mit ihren Familien, gemeinsam mit Politikern und Vertretern des Werkes, in einem überfüllten ökumenischen Gottesdienst

[1] Die Georgsmarienhütte sowie die Stahlwerke in Bremen und Troisdorf bilden heute die drei Abteilungen der Klöckner-Stahl GmbH, einer 100prozentigen Tochter der Klöckner-Werke AG.

[2] Nach inoffiziellen Berechnungen.

für die kurzfristige Rettung.[3] Das war nicht überraschend für denjenigen, der den zentralen Stellenwert von Kirche und Werk in dieser Gemeinde kennt.

„Werk und Ort in einem Wort: Georgsmarienhütte 1856-1933" lautete der ursprüngliche Titel der Arbeit. Das beinhaltete mehr als eine formale Namensgleichheit. Dahinter steht zweierlei: Erstens entsprach die räumliche Kongruenz von Werksbesitz, Werksgelände und Gemeindebezirk bis 1918 der Identität von betrieblicher und politischer Führung. Zweitens war und ist die Georgsmarienhütte in der gleichnamigen Stadt der dominante Beschäftigungsmagnet, der bis heute Ort und das Umland prägt und in dessen Gefolge ein Geflecht von Zulieferer- und Transportbetrieben entstand. Der Entstehung der Georgsmarienhütte folgten zwar Gründungen von Metallbetrieben in der Stadt Osnabrück, nicht aber im südlichen Osnabrücker Land.

„Was war anders an dieser Stadt?"[4] Diese Frage stellte Klaus Tenfelde an die kleine Bergarbeiterstadt Penzberg in Oberbayern. Sie greift nicht zufällig auch in Georgsmarienhütte. Auch Georgsmarienhütte ist eine junge Gemeinde, die, 1860 gegründet und erst seit 1970 Stadt, ihre Entstehung ausschließlich einer zeitlich begrenzten, einmaligen, punktuellen, schwerindustriellen Gründung verdankt.[5] Doch anders als in Penzberg ging im Osnabrücker Land der Industrialisierung eine proto-industrielle Phase voraus. Die vorindustrielle Gewerbestruktur hatte entscheidenden Einfluß auf die Arbeitskräfterekrutierung des Werkes und damit auf die spätere Beschäftigungsstruktur: Die Wirtschaftsweise vor der Hüttengründung prägte die späteren Formen der Existenzsicherung. Sie hatte Einfluß auf die Arbeitszeiten, auf die Wohnformen der Arbeiter außerhalb des Ortes und präjudizierte selbst die Struktur des Ortes. Sie hatte zugleich langfristig Einfluß auf die Forderungen der Arbeiter und führte zu einem unterschiedlichen Protestverhalten bei denen, die in Georgsmarienhütte und im Umland wohnten.

Zwischen beiden, der Industriegemeinde Georgsmarienhütte und dem Umland, aber auch zu den anderen Industriewerken der Region gab es keinen „Kontaktzwang".[6] Die Besonderheit des Ortes liegt eindeutig in seiner auffälligen Geschlossenheit, die im Konzept der Hüttengründung mit angelegt war. Auf Gedeih und Verderb wurde versucht, dieses Konzept durchzuhalten. Die Gründung des Werkes vollzog sich 1856 isoliert von anderen entstehenden schwerindustriellen Zentren in überwiegend agrarischer Umgebung. Vor der Hüttengründung arbeiteten Einheimische, zumeist Heuerlinge, in geringer Zahl im staatlichen Bergbau, in einer kleinen Eisenhütte in Beckerode sowie in einer Saline in Rothenfelde. Die Not der Heuerleute und der hohe Druck zur Auswanderung schienen nicht auszureichen, das Werk bei der Bevölkerung willkommen zu

---

3 Neue Osnabrücker Zeitung, 31.8.1985, Bl. 17: „Fast 6.000 kamen nach GMHütte, um zu danken und zu feiern."

4 Tenfelde, Klaus, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900-1945, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 4, hg. v. M. Broszat, München, Wien 1981, S. 1-382, hier S. 1.

5 So auch Penzberg, vgl. ebd., S. 2.

6 Ebd., S. 4. Dies unterschied GMH vom bayerischen Beispiel.

machen. Die Gründer setzten in der ersten Phase vollständig auf angeworbene Arbeitskräfte. Damit breitete sich das Werk in einem Gebiet mit domizil- und armenrechtlichen Besonderheiten fordernd aus, was noch zusätzlich kompliziert wurde durch den Zuzug fast ausschließlich evangelischer Arbeiter in ein bisher fast rein katholisches Gebiet. Die Gründungsväter ließen einen neuen Ort errichten und mit der Entscheidung für ein geschlossenes Siedlungskonzept wie für die baldige Gründung einer Werksgemeinde war eine Abgrenzung vorgegeben, die den unmittelbaren Einflußbereich zunächst auf diese enge Kolonie beschränkte. Die Einflußnahme des Werkes auf das Umland begann mit der zunehmenden Beschäftigung von Arbeitskräften aus dem Umland und der wachsenden Ansiedlung Zugewanderter außerhalb des Ortes Georgsmarienhütte, die dort nur zum geringsten Teil in werkseigenen Wohnungen lebten. Eine spezifische Sozialpolitik, die Nutzung und Ausdehnung kirchlicher und schulischer Verwaltungsbezirke banden die dort Wohnenden ein. Schrittweise entwickelte sich ein Ungleichgewicht zwischen abnehmender wirtschaftlicher Standortberechtigung des schwerindustriellen Werkes in dieser Region und zunehmend starrer Ausrichtung der durch das Werk geschaffenen regionalen Strukturbedingungen auf das Werk.

Der *Untersuchungszeitraum* umfaßt die Entwicklung von der Gründungszeit des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins in den 1850er Jahren bis zum Ende der Weimarer Republik. Innerhalb dieses zeitlichen Spannungsbogens vom Königreich Hannover über das Kaiserreich bis zur Weimarer Republik werden langfristige Veränderungen nachvollziehbar.[7] Die Einbeziehung der Weimarer Zeit ermöglicht es, Kontinuitäten und Umbrüche auch in der Wechselwirkung lokaler und überregionaler Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte bis weit in das 20. Jahrhundert hinein aufzuzeigen. Gerade am Beispiel der Georgsmarienhütte werden sie wie in einem Brennglas erkennbar. Sie geben zugleich, über rund 7 Jahrzehnte hinweg und damit für mindestens drei Generationen von Industriearbeitern mit ihren Familien, Einblick in die „hinter dem Rücken der Beteiligten abgelaufenen Entwicklungen."[8]

Die *Gliederung* der im wesentlichen diachron strukturierten Arbeit besteht aus fünf Teilen: Vier thematische Längsschnitte (Teile B — E) fußen auf dem Sockel einer synchron angelegten Darstellung der Gründungszeit (Teil A). Jedem der vier Längsschnitte steht eine eigene Einführung voran, in der Vorgehensweise und Fragestellungen beschrieben werden.[9] Ich beschränke mich daher im folgenden auf die zentralen Fragestellungen und auf die für den Gesamtrahmen der Arbeit wesentlichen Ansätze:

---

[7] Die überwiegende Zahl der sozialgeschichtlichen Arbeiten enden mit dem Ersten Weltkrieg.

[8] Zitat nach: Neue Regionalgeschichte, S. 249

[9] S. die Einführung zu Teil B: S. 51f, zu Teil C: S. 83-85, zu Teil D: S. 163ff, und 227-235, zu Teil E: S. 311-314. Die folgenden zentralen Begriffe sind in den Einleitungen definiert: Standort, S. 51f, Wohlfahrtseinrichtungen, S. 83f, zur Bestimmung des Wanderungsverhaltens s. S. 227-232, zu Kolonie, zu Kontakten und zu Integration s. S. 311-313, zu Mentalität bzw. zum Erfahrungshintergrund, S. 233ff.

Zu Teil A: In diesem einführenden Teil geht es in einem ersten Schritt um die gewerbliche Situation und die industriepolitische Rolle des Staates im Königreich Hannover sowie um die lokalen wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen zur Zeit der Gründung von Werk und Ort. In einem zweiten Schritt werden die Unverträglichkeiten zwischen agrarischen und industriellen Erfordernissen herausgearbeitet, die zur Gründung der Industriegemeinde führten.

Zu Teil B: Untersuchungsgegenstände sind die wirtschaftliche Entwicklung des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins vor dem Hintergrund der Veränderungen in der deutschen Schwerindustrie sowie der im Laufe der Zeit sich verändernde Stellenwert der einzelnen Standortfaktoren. Mit der Herausarbeitung der regionalen Besonderheiten und übergreifenden Abhängigkeiten in einem geschlossenen Kapitel kann die Wiederholung von Begründungszusammenhängen in den folgenden Teilen vermieden werden. Die Ergebnisse dieser Überblicksdarstellung bilden den Bezugsrahmen für die anschließenden Längsschnitte durch die Geschichte des Wohnungsbaus (Teil C), der Arbeiterrekrutierung (Teil D) und der Gemeindestruktur bzw. des Verhältnisses zum Umland (Teil E).

Zu Teil C: Ländliches industrielles Wohnen und ländlicher Werkswohnungsbau sind, im Vergleich zu den Großstädten Hamburg und Berlin und zum Ruhrgebiet, erst wenig und in kleinen, meist zeitlich und räumlich viel zu engen Ausschnitten erforscht. Die Beschreibung der baulichen Entwicklung und die Interpretation von Herrschaft und Sozialgefüge anhand der äußeren Erscheinung der Häuser sind der häufigste Ansatz in der Analyse des städtischen Werkswohnungsbaus und der Arbeitersiedlungen.[10] Die Bestimmungsfaktoren, wirtschaftliche Motive des Unternehmens, politische und rechtliche Rahmenbedingungen und die Rolle der Arbeitskräfteentwicklung werden zumeist nicht oder nur nachrangig einbezogen. Sie sollen hier im Vordergrund stehen. Zudem erfordert die Beurteilung ländlichen Wohnens die Einbeziehung eines zweiten Aspektes von Siedlung — nicht nur im Sinne eines geschlossenen einheitlichen Wohnviertels oder einer Werkskolonie, sondern auch im Sinne der Besiedlung des ländlichen Umlandes. Gründe, Absichten und Folgen des Werkswohnungsbaus und der Besiedlung werden vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen, demographischen, sozialen und politischen Entwicklung herausgearbeitet. In Teil C wird damit, über den ihm eigenen integralen Ansatz der Analyse des Werkswohnungsbaus hinaus, die materielle Umwelt beschrieben, die — dem entspricht auch die Stellung des Kapitels im Konzept der Arbeit — faktisch eingebettet ist in die wirtschaftliche Entwicklung und die Bestimmung der Arbeiterschaft und der Bewohner des Ortes.

---

10 Zwei neuere, umfangreiche Arbeiten zum Ruhrgebiet lassen diese Faktoren fast ganz außen vor: Kastorff-Viehmann, Renate, Wohnungsbau für Arbeiter. Das Beispiel Ruhrgebiet bis 1918, Aachen 1981; Stemmrich, Daniel, Die Siedlung als Programm. Untersuchungen zum Arbeiterwohnungsbau anhand Kruppscher Siedlungen zwischen 1861-1907, Hildesheim, New York 1981.

Zu Teil D: Das Kapitel ist in zwei Abschnitte untergliedert. Im ersten geht es um die industrielle Arbeiterschaft des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins, im zweiten um die Charakterisierung der Zuwanderer und ihrer Familien nach Herkunft und den dadurch bestimmten Erfahrungshintergrund. Dieser umfangreiche Teil zur industriellen und vorindustriellen Arbeiterschaft mündet somit in eine Studie zu Wanderungsverhalten, Wanderungstypen, sozialer Herkunft und regionaler Mobilität. Zugleich wird damit die Entstehung einer lokalen Arbeiterschaft rekonstruiert. Über die Verknüpfung verschiedener Merkmale (regionale und soziale Herkunft, Erfahrungshintergrund, Konfession, Heiratsverhalten) wird die Zusammensetzung der Arbeiterschaft des Werkes und des Ortes aufgeschlüsselt.

Zu Teil E: Der abschließende Teil handelt vom Hiersein. Die Zuwanderung Evangelischer aus überwiegend agrarischen Regionen in ein katholisches, ebenfalls agrarisch bestimmtes Gebiet führt zur Frage nach den Kontakten zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen vor diesem besonderen Hintergrund. Die einzelnen Berührungspunkte werden dabei auf fünf Ebenen erfaßt, auf der privaten, der kirchlichen, geschäftlichen, betrieblichen und der rechtlichen Ebene. Die Kontakte zwischen industriell und in der Landwirtschaft Tätigen blieben dabei nicht sich selbst überlassen: Ziele und Wege der Steuerung durch das Werk bilden deshalb den Abschluß und bündeln die vorab erzielten wirtschafts-, sozial- und bevölkerungsgeschichtlichen Ergebnisse im Kontext der Gemeindestruktur.

Die Aufarbeitung der Entstehung, Entwicklung und Bedeutung dieses Industriestandortes will dreierlei vermitteln. *Erstens* strebt sie einen Beitrag zur Industrialisierungsgeschichte des Osnabrücker Landes an. Industrialisierungsgeschichte des Osnabrücker Landes beinhaltet in diesem Fall zwei Dinge — zum einen einen Beitrag zur Entstehung eines schwerindustriellen Werkes im agrarischen Umfeld, zum anderen einen Beitrag zur Entwicklung eines von den großen schwerindustriellen Zentren abseits gelegenen Werkes, das ab 1920 auf Konzernebene an das Ruhrgebiet angebunden wurde.

Zweitens entschlüsselt sie die regionale und soziale Herkunft der Arbeiterschaft im Werk und der Bewohner im Ort. Die Frage der Zuwanderung nach Georgsmarienhütte ist dabei stets untrennnbar von der Frage nach dem regionalen Arbeitsmarkt und hier insbesondere nach der regionalen überseeischen Auswanderung ab der Mitte des 19. Jahrhunderts verbunden. Ob jemand aus-, abwandert oder bleibt — Motive und wanderungsbestimmende Kräfte zeigen sich unterschiedlich: in der einheimischen Bevölkerung wie in der Bevölkerung der ermittelten Herkunftsgebiete.

Drittens geht es um die Geschichte von Industriedörfern: Über die Entstehung und die Binnenwelt dieser während der Industrialisierung wachsenden Dörfer ist noch wenig bekannt. Dabei sind die Beschreibungen von Industriedörfern mehr als Ortsgeschichten. Sie erhellen das sozialpolitische Denken der Unternehmerschaft. Sie zeigen den materiellen und institutionellen Rahmen des Arbeiteralltags. Sie ermöglichen im Ansatz die Antwort auf eine komplexe Frage nach Wirkungen und Kontinuitäten vorindustrieller Erfahrungen im späteren Arbeiterle-

ben. Einem bislang in der Industrialisierungsgeschichte noch wenig beachteten Aspekt wird dabei besonderer Stellenwert zugemessen: der konfessionellen Konstellation vor und nach der Werksgründung und ihrer Bedeutung im Rahmen der unternehmerischen Sozialpolitik.

Die Definition des Untersuchungsgegenstandes macht die Arbeit weder zu einer reinen Regional- noch zu einer reinen Lokalstudie allein.[11] Die Arbeit strebt vielmehr nach einer Verbindung von beidem. Die enge Verknüpfung zwischen Industriewerk, Industriegemeinde und Umland der Georgsmarienhütte erforderte einen integralen Ansatz und führte zur Interpretation der Wirtschafts-, Sozial- und Bevölkerungsgeschichte eines ländlichen *Industriestandortes*: Werk und Industriegemeinde, Herkunft, Siedlung und Sozialstruktur der Bevölkerung bilden die Bestandteile dieser Standortuntersuchung. Dabei bietet der Ort selbst eine Art Laborsituation zur Erforschung eines Industriedorfes:[12] Er ist isolierbar und eingrenzbar. Am grünen Tisch geplant und entworfen, mit einer ausnahmslos eigens angesiedelten Bevölkerung und Arbeiterschaft, hatte GMH eine ‚Stunde Null'. Darüber hinaus ermöglicht die Verbindung von Lokal- und Regionalforschung den Zugriff auf Verschränkungen, die sich aus den Wechselwirkungen ergaben — von der Gemeinde nach außen und von außen in die Gemeinde hinein.[13]

---

11 Als Überblick zum Regionbegriff s. u.a. Max Matter, Gedanken zum Verhältnis von Gemeindestudien zu Regionalanalysen, in: H. Gerndt, G. R. Schroubek (Hg.), Regionale Kulturanalyse. Protokollmanuskript einer wissenschaftlichen Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde vom 8.-11.10.1978 in München, München 1979, S. 7-16. Die Diskussion der 1970er und frühen 1980er Jahre um den Aussagewert von (insbesondere alltagsgeschichtlichen) Mikrostudien überhaupt war Ausdruck einer Übergangsphase von der Hochzeit globalhistorischer Erklärungen und Modelle zu den neuen Wegen der Regionalforschung. Zum Hintergrund der Entwicklung zu mehr kleinräumigen Forschungen s. u.a. Gert Zang, Die unaufhaltsame Annäherung an das Einzelne. Reflexionen über den theoretischen und praktischen Nutzen der Regional- und Alltagsgeschichte, Konstanz 1985. Als Provokant wandte sich gegen kleinräumliche Tümmelei und insbesondere gegen zu ausschließlich betriebene Alltagsgeschichte: Hans-Ulrich Wehler, Geschichte — von unten gesehen, in: Die Zeit v. 3.5.1985 und Der Bauernbandit als neuer Heros, in: Die Zeit v. 18.9.1981. Inzwischen ist die Alltagsgeschichte zum Aspekt der Disziplinen geworden und die heutige Diskussion um die Behauptung des Feldes in der Regionalgeschichte mutet manchmal eher wie ein unnötiger, wenig konstruktiver Kampf um die Rechtfertigung eigener Etiketten an. Man sollte das eine tun und das andere ruhig andere tun lassen. S. auch Anm. 13,14,15.

12 Die Aussage von Lutz Niethammer und Franz-Josef Brüggemann aus dem Jahre 1976 hat immer noch Gültigkeit: „Die Industriedörfer sind noch weitgehend terra incognita und besonders schwierig zu erforschen," in: dies., Wie wohnten Arbeiter im Kaiserreich? in: Archiv für Sozialgeschichte, XVI (1976), S. 61-134, hier S. 67. Anders als in den Industriedörfern des Ruhrgebietes dominierte in Georgsmarienhütte Ordnung und Planung. S. auch Niethammer, Lutz, Umständliche Erläuterung der seelischen Störung eines Communalbaumeisters in Preußens größtem Industriedorf oder: Die Unfähigkeit zur Stadtentwicklung, Frankfurt/M. 1979.

13 Die Vorteile aus einem Mittelweg zwischen Gemeinde- und Regionalstudie formulierte für die Volkskunde Utz Jeggle, Regional- und Gemeindeforschung, in: H. Gerndt, R. Schroubeck (Hg.), Regionale Kulturanalyse. Protokollmanuskript einer wissenschaftlichen Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde vom 8.-11.1978 in München, München 1978, S. 11-24, hier S. 17ff.

Die Arbeit ist damit weit entfernt von jenen Lokalstudien, die im Grunde nichts anderes sind als eine räumlich heruntergestufte Nationalgeschichte im Radius des Kirchturmhorizonts.[14] Sie ist aber auch keine Studie, in der Regionalgeschichte auf den Stellenwert einer „Methode" der Geschichtswissenschaft reduziert wird und die nur als ein Mosaikstein angelegt ist, um „von der kleinen räumlichen Einheit fortschreitend zu einem überregionalen Vergleich zu gelangen."[15] Sie ist schließlich keine Regionalstudie, sofern diese dem Anspruch einer empirischen Regionalforschung gerecht wird, die letzlich erst in ihrem Ergebnis über die Bestimmung von Merkmalen und Funktionen definiert, was die jeweilige Region eigentlich ausmacht und was sie begrenzt.[16] Lediglich unter dem Aspekt des zeitlichen Übergangs werden Raumbezüge deutlich; denn gerade in der Phase der (Früh-)Industrialisierung brachen bestehende Rechts- und Wirtschaftsräume, Kirchspiel, Armen-, Domizilverband, Markgenossenschaften, Kauf- und Verkaufssysteme u.a.m. auf und ließen neue regionale Bezüge und räumliche Einheiten entstehen.

---

14 Vgl. zu den historischen Standorten der Lokalgeschichtsschreibung den Überblick von Gert Zang, Entwicklungsphasen der Stadt und Stadtgeschichtsschreibung im 19. und 20. Jahrhundert, in: Sozialwissenschaftliche Informationen, 9 (1980), Heft 1, S. 11-18. Zu laufenden Arbeiten und Tendenzen in der Lokal- und Regionalgeschichte s. Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, gegr. 1962, hg. von Hans Herzfeld u.a. zusammen mit dem Verein für Kommunalwissenschaften e.V. Berlin sowie die Informationen zur modernen Stadtgeschichte, gegr. 1970, hg. vom Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin.

15 Zur Position der Landesgeschichte als „Methode" in der Geschichtswissenschaft s. Ernst Hinrichs, Zum gegenwärtigen Standort der Landesgeschichte, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 57 (1985), S. 1-18, hier S. 11f; ders., Regionale Sozialgeschichte als Methode der modernen Geschichtswissenschaft, in: E. Hinrichs und W. Norden, Regionalgeschichte. Probleme und Beispiele, Hildesheim 1980, S. 1-20. Anders u.a. Carl-Heinz Hauptmeyer, Heimatgeschichte heute, in: ders. (Hg.), Landesgeschichte heute, Göttingen 1987, S. 77-92, bes. S. 92 sowie Zang, Annäherung.

16 Vgl. dazu Rainer Fremdling, Toni Pierenkemper, Richard H. Tilly, Regionale Differenzierung in Deutschland als Schwerpunkt wirtschaftshistorischer Forschung, in: R. Fremdling, R. H. Tilly (Hg.), Industrialisierung und Raum. Studien zur regionalen Differenzierung im Deutschland des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1979, S. 9-27, insbes. S. 26. Dazu auch auf historisch-vergleichender Grundlage Glettler, Monika, Haumann, Heiko, Schramm, Gottfried (Hg.), Zentrale Städte und ihr Umland. Wechselwirkungen während der Industrialisierungsperiode in Mitteleuropa, St. Katharinen 1985, darin: Glettler, Monika, Haumann, Heiko, Materialien zur vergleichenden Regionalgeschichte, S. 1-14, die vorab auf die Fixierung und sogar auf die Definition des Begriffs Region verzichten und eine theoretische Präzisierung von den Ergebnissen eines klar vorgegebenen Fragerasters an die Autoren erhoffen. Mit klaren Vergleichsvorgaben, hier zum norddeutschen Raum in der Zeit der Industrialisierung, s. auch Jürgen Brockstedt, Anfänge der Industrialisierung in Agrarregionen Norddeutschlands im 19. Jahrhundert, in: H. Kiesewetter, R. Fremdling (Hg.), Staat, Region und Industrialisierung, Ostfildern 1985, S. 163-189.

Anders als die großen, grundlegenden Arbeiten, die sich auf zentrale Industrieregionen zentrieren,[17] gilt die vorliegende Arbeit der zeitlich parallelen Entwicklung sog. Außenstandorte abseits der großen montanindustriellen Zentren. Lohnend wäre es, unter vergleichender Fragestellung weitere isolierte Industriestandorte einzubeziehen. Hierzu wären aber klare Vergleichskriterien notwendig,[18] wobei allerdings das Erzählende und Beschreibende, das regionale und lokale Sozialgeschichtsschreibung auch ausmacht, mehr zurücktreten müßte. Anhand der Literatur über die bearbeiteten „proletarischen Provinzen" kann man vorab schon die Aussage treffen, daß sie in ihren Entwicklungen — trotz des ihnen gemeinsamen Inselcharakters — vermutlich geringe Ähnlichkeiten aufweisen.[19] Die Ergebnisse einer Studie über die ‚Ausnahme GMH' können also nicht ohne weiteres als exemplarisch für andere (schwer)industrielle Standorte außerhalb von Ballungszentren gelten. GMH ist zwar eine typische ländliche Industrieansiedlung, aber nicht exemplarisch für ländliche Industriestandorte überhaupt.

Die grundlegenden Thesen von Wolfgang Köllmann zur „Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeptionen"

---

17 Während Fragen zur Industrialisierungsgeschichte auch für andere Regionen vorliegen, gibt es in den Arbeiten zur Geschichte der Streiks, des Wohnungsbaues und vor allem auch der Arbeiterkultur noch eine Zentrierung auf das Ruhrgebiet. Vgl. auch Teuteberg, Hans-Jürgen, Die Industrialisierung Westfalens im 19. Jahrhundert: Probleme und Forschungsstand, in: ders. (Hg.), Westfalens Wirtschaft am Beginn des „Maschinenzeitalters", Hagen 1988, S. 1-22, insbes. S. 12f. Hier geht es innerhalb der westfälischen Geschichte um die Gewichtung weg vom Ruhrgebiet. In letzter Zeit mehren sich die Arbeiten zu anderen Industrierevieren und Standorten; s. dazu auch einige Titel in Anm. 19.

18 S. Anm. 16.

19 Breit angelegt und gut lesbar ist die Arbeit über den seit 1907 bestehenden nördlichsten schwerindustriellen Standort Deutschlands: Leben und Arbeit in Herrenwyk — Geschichte der Hochofenwerk Lübeck AG, der Werkskolonie und ihrer Menschen, Lübeck 1985, die aus einer Geschichtswerkstatt hervorgegangen ist. In Herrenwyk kamen die Arbeiter vorwiegend aus Mecklenburg, Pommern, Oberschlesien, Galizien, Polen, dem Rheinland; die Einflußnahme des Werkes war hier bis 1918 ähnlich. In den 1920er Jahren bildeten sich eine rege Arbeiterkultur und ein politisches Leben aus, s. dazu ebd., S. 69-73,239-247. Weiterhin zu schwerindustriellen Inseln: Kraus, Antje, Arbeiter der Carlshütte (Rendsburg) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: R. Paetau, H. Rüdel (Hg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987, S. 135-145; Renneberg, Wilhelm, Der Kulturlandschaftswandel in der Gemarkung Ölsburg unter dem Einfluß der Ilseder Hütte, schr. Hausarbeit am Geographischen Institut der Universität Göttingen (ms), Göttingen 1973; Treue, Wilhelm, Die Geschichte der Ilseder Hütte, Peine 1960. Zu Osnabrück s. Ott, René, Kohle, Stahl und Klassenkampf. Montanindustrie, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im Osnabrücker Land 1857-1878, Frankfurt/New York 1982. Zur Industrialisierung im ländlichen Raum überhaupt s. Braun, Rudolf, Sozialer und kultureller Wandel in einem ländlichen Industriegebiet im 19. und 20. Jahrhundert, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1965; Schüren, Reinhard, Staat und ländliche Industrialisierung. Sozialer Wandel in zwei Dörfern einer deutsch-niederländischen Textilgewerberegion 1830-1914, Dortmund 1985; Kiesewetter, Hubert, Fremdling, Rainer (Hg.), Staat, Region und Industrialisierung, Ostfildern 1985, darin insbesondere der Aufsatz von Jürgen Brockstedt, Anfänge, Titel s. Anm. 16.

sind m.E. immer noch für eine regionale Fallstudie am griffigsten und besten umsetzbar. Drei der Thesen lauten: „Nur am Ort lassen sich Voraussetzungen, Ansätze und Verlaufsformen strukturwandelnder Prozesse aufspüren und einwirkende Faktoren in ihrer Gewichtung und Tragweite erkennen. [...] Nur am Ort lassen sich Differenzierungen innerhalb der allgemeinen Prozesse erkennen, die Rückschlüsse auf beschleunigende und retardierende Momente zulassen. [...] Nur die Regionalforschung [...] vermag zu analysieren, welche Wirkungszusammenhänge und —einflüsse zu besonderen landsmannschaftlichen Ausformungen und Abwandlungen geführt haben, die den Charakter des Unverwechselbaren tragen."[20] Die Ergebnisse einer Lokal- und Regionalstudie im interregionalen Vergleich zu nutzen, ist die eine Seite; die andere Seite ist, daran zu verdeutlichen, wie die „Umwelt zu ihrer gegenwärtigen gefügten Gestalt geworden ist [...], daß auch diese Gegenwart nicht nur Resultat, sondern auch Bestandteil in die Zukunft gerichteter geschichtlicher Entwicklung"[21] ist. Der neuerdings in den Diskussionen um Heimat, Identität und „Neue Regionalgeschichte"[22] so oft und zu Recht verwandte Begriff der Verortung hat nach diesem Verständnis von Strukturgeschichte auch hier seinen schon lang angestammten Platz.

Regional- und Lokalstudien sollten in einer verständlichen Sprache geschrieben sein.[23] Ich habe mich bemüht, in großen Teilen der Arbeit lesbare Geschichte zu schreiben. In den umfangreichen quantitativen Teilen war dies aber nicht durchgängig machbar. Lange Zahlenkolonnen und die Erörterung der für die Herleitung notwendigen Verfahren ließen das, insbesondere in Teil D und Teil E, Kap. 1, nicht zu. Ungeduldige, besonders auch die stärker regional interessierten Leser/innen sollen mit gutem Gewissen darüber hinweglesen.

Die *Quellenlage* für diese Untersuchung war denkbar schlecht. Für die Zeit bis 1945 existiert kein eigenständiges Gemeindearchiv:[24] Aufgrund der besonderen Struktur der Gemeinde waren Werks- und Gemeindearchiv bis 1918 ein und dasselbe. Die Gemeinde betreffende Akten aus dieser Zeit lagerten somit im Werk. Da das Verwaltungsgebäude des GMBHV 1901 abbrannte, ist bis zu dieser Zeit die Materiallage für die Gemeindeentwicklung wie für die Werksgeschichte ver-

---

20 Köllmann, Wolfgang, Zur Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeptionen, in: Archiv für Sozialgeschichte, XV(1975), S. 43-50, hier S. 45f,49.

21 Ebd., S. 50.

22 Neue Regionalgeschichte: Linke Heimattümelei oder kritische Gesellschaftsanalyse? Tendenzen der neuen Regionalgeschichte, hg. v. der Arbeitsgruppe des Forschungsprojektes „Regionale Sozialgeschichte" an der Universität Konstanz, in: Das Argument, 23 (1981), Nr. 126, S. 239-252. Zur „Heimat" immer wieder schön: Hermann Bausinger, Heimat und Identität, in: E. Moosmann (Hg.), Heimat. Sehnsucht nach Identität, Berlin 1980, S. 13-29.

23 Zumindest als Ziel sollte gelten: „Fortschritt der Erkenntnis und Wiederannäherung an das Publikum können durchaus Hand in Hand gehen." Zang, Annäherung, S. IX.

24 Ein für gewöhnlich detalliert berichtendes Lokalblatt existierte nicht.

hältnismäßig schlecht.[25] Ein zweiter Teil der Gemeindeakten wurde 1945 beim Heranrücken der britischen Armee verbrannt. — Ich habe mich davon nicht entmutigen lassen und hier stattdessen ganz bewußt den Versuch gemacht, einen Ort ‚ohne Geschichte' neu entstehen zu lassen, indem ich mich ihm von außen über strukturelle Fragen immer weiter annäherte. Ersatz für verlorenes Archivgut boten die Überlieferungen auf der unteren, mittleren und oberen Verwaltungsebene, also der Ämter bzw. der Landkreise, der Landdrostei bzw. des Regierungspräsidiums sowie die Bestände des hannoverschen Königshauses bzw. der späteren Provinzialverwaltung. Weiterhin wurden ausgewertet: Akten der Gewerbeaufsicht, Steuer- und Häuserlisten, Wegeverbandsrollen, Grundbücher, Kirchenbücher, Volks- und Gewerbezählungen, Auswandererlisten, evangelische und katholische Kirchen- und Konsistorialakten, Kirchenplatzlisten, Schulchroniken.

Der Aussagewert der Kombination verschiedener Quellen kann groß sein und im Ergebnis letzlich das Fehlen eines Gemeindearchivs ausgleichen. Kleine Untersuchungsräume erfordern darüber hinaus den flexiblen Einsatz unterschiedlicher Quellen und *Methoden*, d.h. schlicht eine Anpassung an die Breite der Gegebenheiten. Dabei kann die Regel gelten: Je kleiner die Räume, um so komplexer die Fragestellungen und um so breitgefächerter die notwendigen Verfahren. Bei der Verbindung von Lokal- und Regionalstudie kommt noch hinzu, daß Gemeindestudien „als punktuelle Tiefenlotungen und Regionalstudien bei eher großräumigen Untersuchungseinheiten jeweils ein sehr unterschiedliches Instrumentarium erfordern."[26] Dabei gab es insbesondere drei Herangehensweisen:

a. Bei der unausgeglichenen Quellenbasis war ein Gesprächskorrektiv sinnvoll: Als wertvoller Einstieg erwiesen sich Einzelgespräche mit älteren Mitbürgern der Stadt Georgsmarienhütte, die mir Hintergrundwissen und ein Gefühl für die Eigenarten des Ortes vermittelten. Sie ersetzten die Quellenarbeit zwar in keinem Falle, führten mich aber nicht selten an einzelne Quellen überhaupt erst heran. Einerseits wurde so der Gefahr einer falschen Schwerpunktsetzung vorgebeugt; denn aufgrund der unterschiedlichen Überlieferung schlugen sich manche Ereignisse und Strukturen unverhältnismäßig breit in den Akten nieder. Andererseits betonten die Gesprächspartner Besonderheiten aus dem soziokulturellen Milieu, so etwa die Bedeutung der evangelischen Kirche im Ort, die sich in den formalen Amtsvorgängen nicht entsprechend abzeichneten.

b. Einen großen Stellenwert nahm die Auswertung von Datenmaterial ein: Zum einen wurden mit Hilfe prozeßproduzierter Daten, hier insbesondere der Kirchenbücher und Auswandererlisten, Veränderungen in einheimischer wie in

---

25 Die Vermutung René Otts', der Werkschronist Müller habe nach Abschluß seiner Arbeiten 1906 Akten vernichtet, um rückführbare Spuren zu verhindern, ist so nicht haltbar. Ott, René, Kohle, Stahl und Klassenkampf. Montanindustrie, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im Osnabrücker Land 1857-1878, Frankfurt, New York 1982, S. 24.

26 Ruth-E. Mohrmann, Regionale Kultur und Alltagsgeschichte. Möglichkeiten, Grenzen und Aufgaben der Volkskunde, in: K. Köstlin (Hg.), Historische Methode und regionale Kultur (Regensburger Schriften zur Volkskunde, Bd. 4), Berlin/Vilseck 1987, S. 53-76, hier S. 57.

zugewanderter Bevölkerung nachgezeichnet. Daneben steht die Analyse verdichteter Momentaufnahmen anhand von Querschnittsdaten wie Steuer- und Häuserlisten, Gewerbezählungen u.a.m.

c. Den dritten Bereich bildete der klassische Weg der Auswertung staatlichen und privaten Archivguts.

Literatur zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Osnabrücker Raumes und insbesondere zu Georgsmarienhütte ist rar. Die Zahl der folgenden Titel über Werk und Ort Georgsmarienhütte darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Arbeiten ihre Informationen zum Teil immer wieder aus der Werkschronik von Hermann Müller bezogen.[27] Auch wurde die Thematik häufig verkantet: Die klaren Fronten zwischen Arbeitern und Unternehmen, die Griffigkeit der Sozialpolitik des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins verleiteten dazu, das Werk zum Paradebeispiel des ‚industriellen Feudalismus' im 19. Jahrhundert zu stempeln. Das war es sicherlich auch; doch muß dies unbedingt vor den besonderen Rahmenbedingungen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Osnabrücker Landes gesehen werden.

An älteren Arbeiten gibt es Walther Hagemanns Darstellung über die Bergbau- und Hüttenbetriebe des Osnabrücker Landes in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung[28] und von Rudolf Schulte eine Geschichte des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins.[29] Die Heimat- und Kirchenchroniken bieten in ihrer Detailtreue eine gute Grundinformation. Zu nennen sind hier, neben einer kurzen Chronik der Gemeinde Georgsmarienhütte aus dem Jahre 1970, die Chroniken des Lehrers August Suerbaum und des katholischen Pfarrers Bernd Holtmann sowie für die evangelische Kirche die Schrift zur Hundertjahrfeier.[30] Einige Examens- und Magisterarbeiten im Fach Geographie erarbeiteten zum Teil Grundlagen für die Siedlungsgeographie der Georgsmarienhütte. Das gilt

---

27 Müller, Hermann, Der Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein, 2 Bde., Bd. I in 2 Teilen, Hannover 1896 und 1905,

28 Hagemann, Walter, Bergbau- und Hüttenbetriebe des Osnabrücker Landes in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, Hannover 1930.

29 Schulte, Rudolf, Geschichte des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins, Köln-Kalk 1928.

30 Suerbaum, August, Die Pfarre Oesede, Osnabrück, o.J. (1963); 100 Jahre Lutherkirche in Georgsmarienhütte, zusammengestellt und herausgegeben vom Kirchenvorstand o.O., o.J., (Georgsmarienhütte 1978); Holtmann, Bernd, Die Herz-Jesu-Pfarre Georgsmarienhütte, Osnabrück o.J. (1968); Chronik der Gemeinde Georgsmarienhütte, bearbeitet v. Verschönerungsverein 1870 Heimatverein Georgsmarienhütte, Georgsmarienhütte 1969.

besonders für die Arbeit von Dorothea Haunhorst über eine Siedlung aus den 1920er Jahren.[31]

Aufgrund der Zerstörung von Teilen des Werksarchivs hat die Werkschronik von Hermann Müller fast Quellencharakter. Müller war Gründungsmitglied des Werkes und seit 1882 Vorsitzender des Aufsichtsrates. Seine Arbeit entstand in einer Zeit verstärkter Selbstdarstellung des Werkes nach außen und vermutlich als eine Art Erklärung speziell an die Aktionäre in einer Zeit von Krise und Umbruch.[32] Sie galt zeitgenössisch als „eine der wenigen brauchbaren Monographien" und zeichnet sich durch eine umfassende Darstellung von Technik- und Verwaltungsgeschichte wie der Wohlfahrtseinrichtungen des Unternehmens aus.[33]

Kantiger und weit engagierter ist das vom Werk nicht autorisierte Buch von Erich Sperling, Alles um Stahl.[34] Sperling war seit 1920 Syndikus der Klöckner-Werke AG. Seine in romanhafter Form geschriebene Darstellung hielt Stichproben anhand der Werksakten stand. Sie hat m.E. in großen Teilen der Verlaufsbeschreibung wie in der Einschätzung der Atmosphäre ebenfalls Quellenwert.

Die einzige wissenschaftliche Monographie über die Frühzeit des Unternehmens ist die Arbeit von René Ott.[35] So wie die Ergebnisse seiner Arbeit für

---

31 Haunhorst, Dorothea, Werkswohnungsbau und Nachbarschaften zwischen den beiden Weltkriegen in ländlich geprägtem Industrieraum. Eine sozial- und kulturgeschichtliche Fallstudie, schr. Hausarbeit f. das Lehramt der Sekundarstufe II, Universität Münster (ms), Münster 1984; Borchardt, Brunhild, Die Industrialisierung GMHüttes 1856-1905, schr. Hausarbeit im Fach Geographie an der Universität Osnabrück (ms), Hasbergen 1978; Beermann, Marianne, Pleister, Marianne, Der Werkswohnungsbau der Klöckner-Werke AG in Alt-Georgsmarienhütte und seine siedlungs- und sozialstrukturellen Auswirkungen, schr. Hausarbeit für das Lehramt, Universität Osnabrück (ms), Osnabrück 1979; Imig, Hans-Peter, Die Gründungsepoche der Georgs-Marien-Hütte, schr. Hausarbeit an der Univ. Münster (ms), Münster 1972; Sasse, Gerhard, Die funktionale Gliederung von Georgsmarienhütte, schr. Hausarbeit f. d. Lehramt an Realschulen (ms), Osnabrück 1972; Siegmund, Vera, Strukturwandel des „Altindustriestandortes" Georgsmarienhütte zur „jungen Stadt im Grünen" unter besonderer Wirtschaftsentwicklung und deren Auswirkungen auf die Stadt, Diplomarbeit im Studiengang Geographie an der Universität Hannover, Hannover 1987.

32 S. dazu Sperling, Erich, Alles um Stahl, Bremen-Horn 1960, S. 160ff, 192, 201.

33 So Ehrenberg, Richard, Der Gesichtskreis eines deutschen Industriearbeiters, in Thünen-Archiv. Organ für exakte Wirtschaftsforschung, hg. v. Richard Ehrenberg, Bd. 1, Jena 1906, S. 320-357. Ehrenberg stellt Müllers Monographie den von Paul Göhre herausgegebenen Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters gegenüber, in denen die Lebenserinnerung des während mehrerer Jahre auf dem Osnabrücker Stahlwerk arbeitenden Steinformers Carl Fischer erschienen ist. Leider war diese seltene Quelle zur Allagsgeschichte eines Arbeiters im 19. Jahrhundert im Zusammenhang dieser Arbeit nicht zu verwerten. Fischer, Carl, Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters, Jena 1903; ders., Denkwürdigkeiten und Erinnerungen. Neue Folge, Jena 1904; ders., Aus einem Arbeiterleben, Jena 1905.

34 Titel s. Anm. 32.

35 Ott, René, Kohle, Stahl und Klassenkampf. Montanindustrie, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im Osnabrücker Land 1857-1878, Frankfurt/M., New York 1982, sowie ders., „...ohne Nachteil Dritter ging es nicht ab." In: Osnabrücker Mitteilungen, 88(1982), S. 188-215.

mich grundlegend waren als Ausgangspunkt für eine längsschnitthafte Darstellung in diesem Umfang, so hoffe ich, daß auf meine Arbeit weitere Untersuchungen zu Werk und Ort der Georgsmarienhütte aufbauen können.

Zur *Zitierweise*: Da der weitaus größte Teil der benutzten Akten im Niedersächsischen Staatsarchiv Osnabrück liegt, gebe ich nur bei auswärtigen Archiven den Archivnamen zusammen mit der Signatur an. In der Einleitung, bei der ersten Erwähnung im Text und im Anhang sind alle Literaturtitel vollständig aufgenommen. Literaturangaben werden ansonsten grundsätzlich in Kurzform mit Verfassernamen und einem Stichwort zitiert, das in der Literaturliste kursiv gesetzt ist. Graphiken und Tabellen sind kapitelweise, Karten und Abbildungen durchlaufend numeriert. Verweise nur mit Angabe von Kapitel und Seitenzahl beziehen sich auf denselben Teil.

Teil A: Die Gründung des Werkes und der Gemeinde

1. Die Industrialisierungspolitik im Königreich Hannover und die Gründung des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins[1]

Der hannoversche Staat nahm in vielfacher Weise auf die entstehende Industrie Einfluß. Dieser Einfluß war bestimmt durch die ambivalente Haltung des hannoverschen Adels, die wiederum wesentlich geprägt war durch die Spannung zwischen adeligem Standesbewußtsein, Selbsterhaltungsinteressen und zögernden Zugeständnissen an das Bürgertum. Das Beispiel des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins wird zeigen, daß die Einflußnahme auf die Industrie über die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen hinaus auch sehr konkret und unmittelbar geschah: von der Gründung des Unternehmens über die Finanzierung, vom Landerwerb bis zum Bau der Koloniehäuser und der Rekrutierung der ersten Arbeitskräfte.

1.1 Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Königreich Hannover entstand 1814/15 als Nachfolger des Kürfürstentums Hannover. Die Restauration des Staatengebildes Hannover und die damit verbundenen Gebietserweiterungen waren jedoch weniger auf die Schaffung eines auf Dauer lebensfähigen Staates gerichtet. Sie zielten als ein taktischer Griff der englischen Unterhändler im Bündnisvertrag zwischen England und Preußen vom 14. Juni 1813 eher auf die langfristige Schwächung Preußens.[2]

Zum einen erhielt Preußen keinen direkten Zugang zu seinen westlichen Provinzen, zum anderen wurden die drei Mündungsgebiete an der Nordsee (Ems, Weser, Elbe) in hannoverscher Hand vereint. Da das Kurfürstentum und König-

[1] Begriff „Industrialisierungspolitik" nach Fischer, der sie als gezielte staatliche Planung in der Zeit vor der Gewerbefreiheit bezeichnet. Das Mittel der Konzessionierung ließ behördlicherseits die Entscheidung für oder gegen eine Industriegründung zu. Fischer, Wolfram, Planerische Gesichtspunkte bei der Industrialisierung in Baden, in: Raumordnung im 19. Jahrhundert (1. Teil), Historische Raumforschung, Bd. 5, Hannover 1965, S. 117-126. Für Baden verneint Fischer eine bewußte Planung der Industrialisierung in dieser Zeit, wenn auch in Einzelfällen staatliche Mittel für Industriegründungen eingesetzt wurden. Die Motive waren jedoch — anders als in Hannover — „die Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitssamkeiten" sowie die „Stärkung des Mittelstandes". Ebd., S. 120,123.

[2] S. dazu Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 1: Reform und Restauration 1789-1830, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1975(2), S. 497 sowie Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, hg. v. H. Grundmann, Tb-Ausgabe Bd. 14: Max Braubach, Von der Französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß, München 1974(9), S. 139.

reich Hannover von 1714 bis 1837 in Personalunion mit dem englischen Königshaus stand, bildeten die Freihäfen Hamburg und Bremen das englische Tor zum deutschen Markt. Das Land blieb bis in die 1830er Jahre „agrarisches Hinterland" Englands. Hannover exportierte vor allem Leinen, Wolle und Nahrungsmittel aus der Viehwirtschaft, es importierte vorwiegend Fertigwaren und Kolonialprodukte. Erst seit den 1830er Jahren verlor Hannover seine Bedeutung als welfisches Hinterland für England, das sich nun stärker auf seine Kolonien ausrichtete.[3]

Die hannoversche Wirtschaftspolitik orientierte sich an der schwach entwickelten industriellen Struktur des Landes: gefördert wurde der Handel mit landwirtschaftlichen und bergbaulichen Produkten sowie der Speditionshandel vor allem in Nord-Süd-Richtung zwischen Meer und Binnenland.[4] So hatte Hannover schon in den 1850er Jahren ein im Vergleich zu anderen Bundesstaaten weit entwickeltes Straßensystem. Antriebsfeder für dessen Ausbau waren, über das Interesse an der Handelsförderung hinaus, die Erschließung des nach 1815 erweiterten Landes.[5]

Dieser Rahmen bildete bis Mitte der 1830er Jahre den Rückhalt und die Orientierung der hannoverschen Politik. Nicht zufällig fiel die Gründungszeit des „Steuervereins" 1831-38 mit der Lösung der Personalunion zwischen Großbritannien und Hannover 1837 zusammen. Der Steuerverein regelte den abgabenfreien Verkehr zwischen den Ländern Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe sowie die Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangszölle.[6] Doch auch weiterhin blieb die hannoversche Politik insofern gegen Preußen gerichtet, als das Land erst 1851/54 dem Deutschen Zollverein beitrat. Hannover bestand dabei auf einer Sonderstellung, dem „Präzipuum": Es wurde mit 1 3/4 Anteil pro Kopf der Bevölkerung am Ertrag der Vereinszölle beteiligt.[7]

---

3 Linde, Hans, Das Königreich Hannover an der Schwelle des Industriezeitalters, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 5 (1951/52), S. 413-443, hier S. 413.

4 Ebd., S. 437. Die auffallend große Zahl von Speditionen in Osnabrück weist noch heute auf diese Entwicklung hin.

5 S. auch Scholl, Lars Ulrich, Ingenieure in der Frühindustrialisierung. Staatliche und private Techniker im Kgr. Hannover und an der Ruhr (1815-1873), Göttingen 1978, S. 17f,48ff.

6 Ludewig, G. und v. Voigt, Wirtschaftliche und kulturelle Zustände in Alt-Hannover, Hannover 1929(2), S. 132f.

7 Zu den Beitrittsregelungen s. Hans Werner Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, Göttingen 1984, S. 144. War hiermit das Ende einer Nationalwirtschaft offen angezeigt, so spricht der Beitritt nicht unbedingt für eine Wandlung der Hannoverschen Politik. Dumke, Rolf H., Der Deutsche Zollverein als Modell ökonomischer Integration, in: Helmut Berding (Hg.), Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1984 (= Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 10), S. 71-101, hier bes. S. 93-98. Dumke weist darauf hin, daß gerade in den kleineren Staaten die Zolleinnahmen die Regierungskassen füllten und damit die Unabhängigkeit von „unwilligen Kammern" stärkte. Politische Liberalisierung wurde verschleppt. Treue, Wilhelm, Gesellschaft, Wirtschaft und Technik Deutschlands im 19. Jahrhundert (= Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 17), München 1975, S. 75. Er nennt für Hannovers Entscheidung zum Zollvereinsbeitritt „finanzielle Gründe", da daß Land nach einer Verwaltungsreform in „finanzielle Bedrängnis" geraten war.

Die „industrielle Verspätung Hannovers" hatte indes nicht in der Personalunion mit Großbritannien ihre alleinige Ursache. Sie hatte ihre Gründe ebenso in der politisch-geographischen Lage, der für Agrarwirtschaft überwiegend günstigen Bodenbeschaffenheit, im Mangel an Bodenschätzen wie auch in der Wirtschaftspolitik: der Zoll- und Gewerbepolitik sowie der Domizilordnung mit ihrer Einschränkung der Freizügigkeit.[8] Dem Druck struktureller Überbevölkerung entsprachen bis zur Mitte der 1860er Jahre hohe Abwanderungsverluste.[9]

Die Gewerbestatistik von 1861 zeigt, daß der industrielle Kleinbetrieb vorherrschend war.[10] Der Anteil der in „Fabrikarbeit" Beschäftigten betrug 1861 in Hannover erst 2,2%, in Preußen hingegen schon 7,3%.[11] Nur wenige Großbetriebe und gewerbliche Zentren sind zu finden: Lediglich 29 Großbetriebe zählten über 100 Beschäftigte, darunter 12 Betriebe (Baumwolle und Gummierzeugung) im Raum Hannover und Harburg und je eine Fabrik in Lüneburg, Celle und Hildesheim.[12] Die Ausbildung dieser Standorte entlang der Eisenbahn Harburg-Kassel (1847/53) und Braunschweig-Minden (1844/47) spiegelte die infrastrukturellen Vorgaben für die Förderung von Handel und Verkehr im Königreich wider.

Die Schwerindustrie war noch kaum ausgebildet: Die fiskalischen Bergbaubetriebe hatten ihren Standort im Harz. Vier kleine private Eisenhütten gab es bei Lüneburg, Lingen/Emsland, Neustadt a.R. und Dassel, Kreis Einbeck. Hinzu kamen 1835 die kleine Beckeroder Hütte bei Osnabrück, das 1856 aus ihr hervorgegangene neue Werk des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins sowie 1858 die Ilseder Hütte bei Peine. Beide Großbetriebe zusammen produzierten

---

8 So Barmeyer, Heide, Gewerbefreiheit oder Zunftbindung? Hannover an der Schwelle des Industriezeitalters, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 46/47(1975), S. 231-262, hier S. 233, Zitat ebd. Die zeitgenössischen Meinungen darüber, ob das Königreich Hannover zum Agrarland bestimmt sei oder aber den Keim zu einem Industrieland in sich trage, waren geteilt. Stüve, Innenminister im Märzministerium und Bürgermeister von Osnabrück, sah Hannover als Agrarland und so verstand er unter wirtschaftlicher Förderung weitgehend die Verbesserung von Grund und Boden sowie eine Bauerngesetzgebung. Von Reden, Generalsekretär des Gewerbevereins von Hannover, arbeitete eine Widerlegung Stüves aus. Auch Marquard, Hofrat in Hannover, sah (1836) gute Voraussetzungen für eine industrielle Weiterentwicklung des Landes; s. dazu Linde, Industriezeitalter, S. 418 ff,425,439. Zu Stüve s. auch Sheldon, William, Stüve und die Stadt, in: Osnabrücker Mitteilungen 79(1972), S. 1-23, hier bes. S. 6.

9 Barmeyer, Gewerbefreiheit, S. 233 und Marschalk, Peter, Bevölkerungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1984, S. 35.

10 Linde, Industriezeitalter, S. 420. Die 1. offizielle gewerbestatistische Erhebung stammt aus dem Jahre 1861. Grundlage für die Beurteilung der früheren Zeit ist eine Zählung des Gewerbevereins für das Kgr. Hannover von 1833. Aufgrund unterschiedlicher Kategorien sind beide Erfassungen jedoch schwer zu vergleichen.

11 Zahlen nach Ott, René, Kohle, Stahl und Klassenkampf. Montanindustrie, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im Osnabrücker Land 1857-1878, Frankfurt/M., New York 1982, S. 33f.

12 Linde, Industriezeitalter, S. 421f.

schon in den ersten Betriebsjahren das Anderthalbfache der bisherigen hannoverschen Roheisenmenge. Die montanindustriellen Standorte lagen nahe den Steinkohlerevieren des Königreichs im Südwesten Hannovers und im Osnabrücker Land.[13] Der Harz, der Raum Hannover/Hameln und die Gebiete an Unterelbe und Unterweser bildeten also die einzigen gewerblichen Schwerpunkte im industriell schwach entwickelten Königreich.[14] Da Bremen und Hamburg bis in die 1880er Jahre Zollausland blieben, siedelten sich hansestädtische Unternehmen nach dem Beitritt Hannovers zum Zollverein 1854 hier bevorzugt an.[15]

Die politische Konstellation des Königreichs Hannover innerhalb des Deutschen Bundes und die besondere Situation des Adels innerhalb des Landes drängten dabei die hannoversche Adelspartei in wirtschaftlichen Entscheidungen in eine paradoxe Lage.

Die hannoversche Ritterschaft stützte sich vor der Ablösungsgesetzgebung von 1833 weitgehend auf die Abgaben der Bauern, doch ab 1833 schwand diese Basis nach und nach. Nur 6-7% des hannoverschen Kulturlandes waren — bezogen auf das Jahr 1833 — Gutsbesitz, wovon nur ein kleiner Teil eine Größe von über 100 ha umfaßte. 8% des hannoverschen Kulturlandes waren Domänen in der Verwaltung der Klosterkammer bzw. in Kirchenbesitz. 75-80% des Bodens wurde von dienstpflichtigen Bauern bearbeitet. Zum Vergleich: In Pommern gehörten 70% der landwirtschaftlichen Fläche zu Rittergutswirtschaften.[16]

Schon angesichts dieser Umstände richteten sich die Interessen des Adels in steigendem Maße auch auf politische Ämter und Privilegien. Verstärkt wurde diese Tendenz noch durch die Abwesenheit des Königs in der Zeit der Personalunion bis 1837, die die Stellung der (meist adeligen) Bürokratie gestärkt hatte. Weiter kam hinzu, daß staatliche Positionen mit hohen Pfründen verbunden waren[17] und der hannoversche Militärdienst keine Alternative bot; denn das Mi-

---

13 Aus dem Winckel, Peter, Die Anfänge der Großindustrie in der Provinz Hannover, phil. Diss. (ms), Leipzig 1915, S. 50,65f.

14 Linde, Industriezeitalter, S. 423.

15 Klöpper, R., Niedersächsische Industriekleinstädte, siedlungsgeographisch betrachtet, phil. Diss. (ms), Göttingen 1941. Schon für die 1830er Jahre ließen sich diese Zentren festmachen; vgl. Karmarsch, Karl, Erinnerungen aus meinem Leben, Hannover 1903, S. 48-53. Karmarsch war der erste Leiter der 1831 gegründeten Polytechnischen Schule in Hannover und berichtet in seinen Erinnerungen über seine Studienreise 1833 durch das Königreich.

16 Wiemann, Gerhard, Die Bauernbefreiung im Kgr. Hannover unter bes. Berücksichtigung des ehemaligen Fürstbistums Osnabrück, Hausarbeit f. Mag.grad an der Univ. Münster (ms), Münster 1976, S. 8,13. Zur Größenangabe der Güter im Kgr. Hannover s. Husung, Hans Gerd, Zur ländlichen Sozialschichtung im norddeutschen Vormärz, in: Mommsen, Hans, Schulze, Winfried (Hg.), Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung, Stuttgart 1981, S. 259-273, hier S. 271. Husung nennt sogar nur einen Anteil des Rittergutsbesitzes am ländlichen Grundbesitz von 0,35%.

17 Sheldon, Stüve, S. 7.

litärkorps war klein, bot geringe Aufstiegschancen und im Vergleich zu Spitzenpositionen im übrigen Staatsdienst geringere Gehälter und Pensionen.[18]

Die Erhaltung adeligen Einflusses und adeliger Selbstdarstellungsmöglichkeit war unabdingbar an den Erhalt des Königreichs gebunden. In seinen wirtschaftlichen Entscheidungen lavierte der Adel daher zwischen der Erhaltung antiliberaler Positionen und der Förderung nationalen Wohlstandes, und das hieß auch Förderung „vaterländischer Industrien".[19] Bezeichnend für die hannoversche Politik war dabei, daß es nicht um die Alternative Gewerbefreiheit oder Zunftbindung ging, sondern um die „Art der Anpassung an die gewandelten Verhältnisse".[20] Die daraus resultierende Uneinheitlichkeit in der hannoverschen Haltung zeigte sich z.B. in den Auseinandersetzungen um den preußisch-französischen Handelsvertrag von 1862: Auf dem 1. Hannoverschen Handelstag 1862 herrschte die Haltung vor, der Vertrag sei für den Zollverein von Nutzen und Hannover solle sich ihm anschließen. Dennoch lehnte die Regierung noch im gleichen Jahr auf dem 1. Deutschen Handelstag den Vertrag aus politischen Gründen ab. Die Partei der „Gegnerschaft Preußens" setzte sich damit durch, denn Hannover stand einer räumlichen Verbindung der preußischen Provinzen noch immer im Wege.[21]

Daß die hannoversche Regierung wiederum nicht grundsätzlich industriefeindlich war, zeigen einige von ihr geschaffene Rahmenbedingungen. In der Regierungsvorlage zum Enteignungsgesetz für die Anlage von Eisenbahnen hieß es 1839:

„Der Verkehr ist im weitesten Sinne des Wortes die Grundbedingung geistiger Entwicklung und äußerer Wohlfahrt [...]; daß aber nichts den Verkehr so erleichtert und vermehrt, als das Dasein guter Verkehrsmittel, und daß unter allen Mitteln dieser Art die Eisenbahnen den Vorzug wohlfeiler, rascher, sicherer, regelmäßiger und bequemer Fortschaffung in besonders hohem Grade besitzen. Es ist daher erklärlich, weshalb die Anlegung von Eisenbahnen bisher jeder Zeit eine außerordentliche Erweiterung der Erwerbsquellen und des Nationalwohlstandes herbeigeführt hat, und es darf angenommen werden, daß ein ähnlicher Erfolg aus derartigen Anlagen auch für das hiesige Königreich hervorgehen würde."[22]

---

18 Scholl, Ingenieure, S. 66-76. Der Adel war um jeden Preis bestrebt, politisch die Vorrangstellung gegenüber den Städten und bürgerlichen Kreisen zu behaupten. Das mehrjährige Ringen um die endgültige Aufhebung der konstitutionellen Bestimmungen der Verfassung von 1833 endete mit einem Staatsstreich und damit mit dem Sieg der Adelspartei; s. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. II, S. 84-105,537ff. 1855 setzte sich die Ritterschaft erfolgreich durch und erlangte die Wiederherstellung des 1848 aufgehobenen Landtagsprivilegs des Adels. Das nach der Grundsteuer ausgerichtete passive Wahlrecht nutzte dem landarmen Adel wenig. S. dazu Oncken, Hermann, Rudolf von Bennigsen, Stuttgart, Leipzig 1910, Bd. 1, S. 258-272 und Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 215ff.

19 Im Briefwechsel zwischen König, Ministerien und dem Werk selbst taucht dieser Begriff immer wieder auf.

20 Barmeyer, Gewerbefreiheit, S. 240.

21 Ebd., S. 256. Zum deutsch-französischen Handelsvertrag s. Gebhardt, Bd. 17, S. 74,80ff.

22 Zit. nach Buschmann, Walter, Linden. Geschichte einer Industriestadt, Hildesheim 1982, S. 72f.

Durch die in den 1840er Jahren ausgearbeitete Gewerbeordnung sollte insbesondere die Errichtung von Gewerbebetrieben auf dem Lande erleichtert werden. In dem Entwurf von 1846 wurde zugestanden:

„Auch werden bei solchen Gewerben, welche nicht für den Gebrauch eines engeren Kreises, sondern für den Handel oder für einen großen Kreis arbeiten, die Zünfte dauernd nicht im Stande sein, den Handwerksbetrieb durch eine Mehrzahl selbständiger Meister gegen den großen Gewerbsbetrieb (Fabriken und Manufakturen) aufrecht zu erhalten, zumal das Ausland hierbei in Frage kommt. Das natürliche Übergewicht des großen Capitals und der Maschinen kann hier nicht dauernd durch künstliches Gegengewicht aufgehalten werden. Es würde auch nicht bloß erfolglos, sondern auch verwerflich sein, bei solchen Gewerben, welche aus innern Gründen, namentlich wegen der notwendigen Anwendung umfassender mechanischer Kräfte, eine entschiedene Richtung auf fabrikmäßigen Betrieb haben, diesem entgegenwirken zu wollen."[23]

Die Verabschiedung des Gesetzes erfolgte schließlich 1848 in revidierter Fassung. Der Sprung zur Gewerbefreiheit wurde nicht vollzogen. Die ursprüngliche Fassung scheiterte im Revolutionsjahr 1848 überraschenderweise an der Opposition der Zweiten Kammer, in der die Städte und Zünfte vertreten waren. Die Gründe lagen u.a. in der stark kleingewerblich geprägten Wirtschaftsstruktur Hannovers sowie in der Person des Innenministers Johann Carl Bertram Stüve, des Bürgermeisters von Osnabrück, der einseitig die Erhaltung städtischen altständischen Einflusses im Auge hatte.[24] Die bis zur Neuregelung durch den Anschluß an Preußen gültige Gewerbeordnung vom 15.6.1848 sah für Fabrikbetriebe dann lediglich Negativ-Bestimmungen vor. Linde faßt die einschränkenden Bestimmungen zusammen:

„Sollen in der Fabrik Waren erzeugt werden, zu deren Verfertigung eine Zunft in der Stadt ausschließlich berechtigt ist —, so muß der Unternehmer Mitglied der Zunft werden. Kann der Unternehmer wegen mangelnder Erfordernisse (Handwerkslehre, Gesellen- und Wanderzeit, Meisterprüfung) nicht Mitglied der Zunft werden, so darf eine obrigkeitliche Genehmigung nur erteilt werden, ‚wenn die Obrigkeit nach eingeholtem Gutachten von Sachverständigen, sich überzeugt hat, daß der beabsichtigte fabrikmäßige Betrieb vom Handwerksbetrieb sich wesentlich unterscheidet und daß daneben ein fabrikmäßiger Betrieb im Interesse des Gewerbebetriebes selbst unentbehrlich, auf andere Weise aber nicht herzustellen ist'."[25]

Der eigentliche Zweck, die „Hebung des Gewerbewesens", blieb damit auf den bisherigen Weg verwiesen. Einer beantragten Aktiengesellschaft mußte im Ein-

---

23 Zit. nach Barmeyer, Gewerbefreiheit, S. 242.
24 Ebd., S. 246.
25 Linde, Industriezeitalter, S. 435.

zelfall der Charakter einer juristischen Person verliehen werden. „Gewerbeangelegenheiten sind im Großen und Ganzen nicht Gegenstand des Privatrechts, sondern gehören zu den Verwaltungssachen. Es kann daher auch nur richtig sein, die Entscheidung über den Umfang der Gewerbebefugnisse den Verwaltungsbehörden zuzuweisen", entschied 1858 das Kgl. Gesamtministerium in einem Begleitschreiben zu dem Gesetzentwurf für eine Gewerbeordnung an die Ständeversammlung. Der Entwurf kam u.a. auf Drängen des Hannoverschen Gewerbevereins zustande, wurde jedoch nicht verabschiedet.[26] So fehlte in Hannover jede Regelung für die Zulassung von Aktiengesellschaften.[27]

Konzessionierung als „Verwaltungssache" bedeutete, daß die Entscheidung über Gründung oder Nichtgründung von Unternehmen beim Innen- bzw. Finanzministerium lag. Leider existieren meines Wissens keine Angaben zu den Konzessionsgesuchen und Bescheiden dieser Zeit. Betrachtet man jedoch die Situation des hannoverschen Adels, so kann man davon ausgehen, daß die Regierung es verstand, die Industrie im Sinne der Stärkung der eigenen Machtstellung zu fördern bzw. zuzulassen. Sie war scheinbar weitblickend genug, auch die Bedeutung der Schwerindustrie als Schlüsselindustrie zu erkennen.[28]

Dies führte auf der anderen Seite bei der Gründung neuer Industrien zu einem Werben um das Wohlwollen der Regierung, wie es z.B. aus dem Prospekt der Peiner Bergbau- und Hüttengesellschaft von 1856 hervorgeht. Sie war nach dem Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein (GMBHV) das zweite größere private Montanunternehmen im Königreich. Der Innenminister hatte sich die endgültige Konzessionszusage bis zum Nachweis der Mindesteinzahlung des Kapitals vorbehalten; der Prospekt wandte sich daher an mögliche Aktionäre und zielte zugleich auf die eitlen Stellen hannoverscher Regierungspolitiker:

„Es ist deshalb die Pflicht eines jeden Deutschen, [...] nach Eisenerzen und Kohlen zu suchen, und jeder neue Fund sollte, als wieder ein Schritt weiter zur Unabhängigkeit unseres Vaterlandes vom Auslande, mit Freuden begrüßt werden. [...] Eine so großartige Eisenproduktion, wie wir sie beabsichtigen, ist noch Bedürfnis. Die Basis derselben ist die Tatsache, daß nirgends in Deutschland so günstige Verhältnisse für wohlfeile und großartige Eisenproduktion vereinigt sind."[29]

---

26 Zit. nach Barmeyer, Gewerbefreiheit, S. 253.

27 Vgl. auch Ott, Kohle, S. 39. In Preußen bestand seit 1843 ein Aktiengesetz, daß die staatliche Konzessionierung unter bestimmten Bedingungen vorschrieb. So mußte u.a. das „Interesse des Gemeinwohls" gewahrt sein, der Verwaltungsrat mehrheitlich mit „Inländern" besetzt sein sowie der geplante Betrieb nicht in anderer Unternehmensform ausführbar sein. S. dazu Blumberg, Horst, Die Finanzierung der Neugründungen und Erweiterungen von Industriebetrieben in Form der Aktiengesellschaft während des 19. Jh. in Deutschland, am Beispiel der preußischen Verhältnisse, in: H. Mottek (Hg.), Studien zur Geschichte der Industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960, S. 165-209, hier S. 173ff,195.

28 Vgl. dazu Ott, Kohle, S. 31,114; diese Position vertritt auch Buschmann, Linden, S. 71ff. René Ott verweist hier auf die klar herausgearbeitete Ambivalenz hannoverscher Politik bei Oncken, Rudolf von Bennigsen, Bd. 1, S. 271f.

29 Zit. nach Treue, Wilhelm, Die Geschichte der Ilseder Hütte, Peine 1960, S. 35ff.

Das Unternehmen endete übrigens im ersten Anlauf als finanzielles Fiasko, der Verfasser des Prospektes beging Selbstmord. Im zweiten, erfolgreichen Versuch von 1858 nannte sich das Unternehmen dann „Ilseder Hütte".

Die erste schwerindustrielle Aktiengesellschaft im Königreich war der GMBHV. Anders als bei der Bergbau- und Hüttengesellschaft zu Peine war hier der hannoversche Adel selbst im Gründungskomitee vertreten: Die Förderung einer nationalen Industrie hatte zur direkten staatlichen Beteiligung geführt, ohne die andererseits aber auch das Werk lange Zeit nicht lebensfähig gewesen wäre.

1.2 Gründung der Aktiengesellschaft 1856

Der Vorläufer des GMBHV war die kleine private Eisenhütte zu Beckerode bei Hagen, etwa 10 km südwestlich von Osnabrück. Die 1836 gegründete Firma umfaßte einen Holzkohle-Hochofen, eine Eisengießerei, Walzwerk, Dampfhammer und eine mechanische Werkstatt.[30] Der spätere Besitzer, Julius Meyer aus Astrup bei Osnabrück, hatte bis 1855 vom Kgl. Hannoverschen Finanzministerium so umfangreiche Berechtigungen zur Gewinnung von Eisenstein in der Umgebung seines Betriebes erhalten, daß er sie weder über seine Anlagen noch im Rahmen seiner Kapitalverhältnisse nutzen konnte.[31] Im Januar bzw. April 1855 wurde mit der Erstellung des Prospectus und dem Entwurf eines Statuts der erste Gründungsversuch einer „Osnabrücker Bergwerks- und Hüttengesellschaft" als Aktiengesellschaft gemacht. Unterzeichner waren Julius Meyer und die nicht näher bezeichneten Carl Rhodius und Carl Ruetz.[32] Mit dem Gewinn aus dem Verkauf seiner Konzessionen wollte sich Meyer an dem neuen Unternehmen beteiligen.

Die Gesellschaft, deren Grundkapital auf eine Million Taler angesetzt war, sollte „Eisen, Kupfer, Blei und alle anderen Metalle und nützlichen Erze in allen Konzessionen, welche der Gesellschaft in der Provinz Osnabrück und in dem benachbarten preußischen Westfalen, unter welchem Titel es auch sein mag, zugehören werden", ausbeuten sowie die „daraus gewonnenen Rohprodukte in Hütten der Gesellschaft" und in noch zu erwerbenden „anderen Etablissements" weiterverarbeiten.[33] Der entsprechende Prospectus zielte nicht speziell auf potentielle Aktionäre im Königreich selbst und damit auf die Stärkung hannoverscher Unabhängigkeit über die „Entfaltung [...] aller seiner materiellen Mittel".[34] Mit der Aussicht auf 50% geringere Selbstkosten pro Tonne als in den westfälischen Wer-

30 Müller, Hermann, Der Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein, Bd. I und II (Bd. I in 2 Teilen), Bd. I: Hannover 1896, Bd. II: Hannover 1905, hier Müller, I, 1. Teil, S. 1.

31 Prospectus des GMBHV von 1856, Dep 32b, Nr. 765, S. 10. Sie lagen in einem 1,5 Quadratmeilen großen Gebiet am Hüggel in den Gemeinden Hagen, Oesede und den Bauernschaften Holzhausen, Ohrbeck, Hasbergen, Hellern sowie in Gaste im Amt Osnabrück.

32 Statuten-Entwurf und Prospectus von 1855, Dep 32b, Nr. 765, S. 6.

33 Statuten-Entwurf von 1855, S. 3.

34 So Oncken, Rudolf von Bennigsen, Bd. 1, S. 271 über die hannoversche Politik des konservativen Innenministers von Borries.

ken sowie auf „genügend" billige Arbeitskräfte, billiges Terrain für die Anlagen, niedrige Steuern im Königreich Hannover und ein einmaliges Zusammentreffen von Kohle und Erz in solcher Nähe, mit der Überzeugung, die hannoversche Regierung überlasse dem Werk „auf lange Jahre billigst" Kohlen, wurden das zukünftige Unternehmen, die Region und das Land als paradiesische Pfründe beschrieben. In fünf Zeitungen, davon vier nichthannoverschen, sollten diese Bekanntmachungen erscheinen.[35]

Der König und seine Minister müssen sich bei Beratung dieses Antrags wie beim Ausverkauf des Landes gefühlt haben. Es gab keine Gründung des Unternehmens, über dessen Initiatoren man eingrenzend nur sagen kann, daß dahinter auch ein westfälisches Unternehmen der Schwerindustrie stand.[36] Die Gründung scheiterte, da die Konzessionierung an die Bedingung geknüpft wurde, „daß der Käufer sich verpflichtete, die gewonnenen Eisenerze im Inlande — Hannover — zu verhütten".[37] Diese Bedingung galt später auch für den GMBHV.

Nachdem ein Statuten-Entwurf und Berechnungen auch anderer potentieller Gründer vorlagen, war der Gedanke an die Gründung eines „vaterländischen Unternehmens", das heißt an eine „dem Interesse des Landes entsprechende Eisenindustrie im Fürstentume Osnabrück"[38] praktisch vorgegeben. Hierzu fand sich in Hannover ein Gründungskomitee zusammen, dessen Mitglieder zur Hälfte dem hannoverschen Adel entstammten. Zum Komitee zählten der hannoversche Bankier und Fabrikant Adolf Meyer, der Ingenieur Hagen, der hannoversche Anwalt Dr. jur. Herrmann Müller, Oberhofmarschall E. von Malortie, Geheimrat Graf B. von Alten sowie der Schloßhauptmann und Oberstleutnant von Hedemann.[39]

Eine besondere Rolle spielte E. von Malortie. Als Verwalter des Kgl. Ernst-August-Fideikommiß, das heißt der Kgl. Privatschatulle, genoß er das Vertrauen Georgs V. Nur „ungern" und gegen seinen Willen wurde er auf königlichen Befehl Mitglied des Gründungskomitees und des Verwaltungsrates. Er war sozusagen das Hörrohr des seit seiner Kindheit erblindeten Königs in der vaterländischen Industrie. Als „moralische Grausamkeit" empfand es Malortie, daß er die Beteiligung königlicher Privatgelder gerade beim GMBHV vertreten mußte. „Nach meiner Ansicht muß ein Königliches Kron- und Privatvermögen nie *festgelegt* werden, keiner muß eine freiere Disposition über seine Geldmittel haben wie ein *SOUVERÄN*".[40]

---

35 Prospectus von 1855, S. 3ff und Statuten-Entwurf, S. 5.

36 Ott, Kohle, S. 111, gestützt auf „Geschichtliche Entwicklung [...] der Phönix AG", S. 57 nennt den Hoerder Verein, was m.E. nicht nachweisbar ist. Müller, I, 1. Teil, S. 1 spricht von einem westfälischen Unternehmen.

37 Müller I, 1. Teil, S. 2.

38 Prospectus des GMBHV von 1856, S. 4.

39 S. auch Ott, Kohle, S. 111. Müller blieb über 40 Jahre im Unternehmen. 1896 verfaßte er — noch als Vorsitzender des Aufsichtsrates — die hier häufig zitierte Werkschronik. 1905 schrieb er — schon außer Diensten — den II. Band.

40 Schreiben Malorties an den König vom 14. April 1860; Nds. HStA Hannover, Dep 103, IX, Nr. 459, Bl. 10ff, Hervorhebung im Original.

Allerdings sah auch Malortie nur den Weg nach vorn, als der GMBHV 1860 in der Krise steckte. „Das Werk muß gehalten werden", schrieb er, weil der König seinen Namen gab, sich selbst beteiligte und „aus *diesen Gründen* eine sehr große Zahl von Personen aus allen Klassen der Bevölkerung sich bei dem Unternehmen beteiligte." Neben staatlicher Beteiligung war der König mit 270.000 rt. allein aus seinem Privatvermögen beim GMBHV beteiligt. Eine Aufstellung Malorties über die königlichen Beteiligungen aus dem Ernst-August-Kommisfond zeigten für 1860, daß dies unter den Teilhabungen insgesamt nur ein kleiner Posten war: Z.B. war der König auch mit 230.000 rt. an der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft beteiligt. Damit lag das „Grausame" nicht grundsätzlich in der Anlage kgl. Gelder in privatwirtschaftlichen Unternehmungen. Es lag beim GMBHV speziell darin, daß „die Kapitalien nie gekündigt werden können, ohne das Werk zu Grunde zu richten, denn wer kauft solche Obligationen, wenn die Krone solche kündigt" — in einem Unternehmen, dem der König seinen Namen und das Protektorat zugestanden hatte.[41]

Die Mitglieder des Gründungskomitees erhofften sich sogar noch mehr. Am 26. April 1856 — zwei Wochen vor Gründung des Unternehmens — dankten sie dem König, daß das Etablissement „schon vor seiner Entstehung eine hohe Weihe durch den [kgl., s.m.] Namen erlangt hat." Der König möge aber im Interesse des Landes und des Aufschwungs der vaterländischen Industrie das Werk unter den „besonderen vaterländischen Schutz" stellen, indem er nicht nur das Protektorat übernehme, sondern gestatte, als Sinnbild allerhöchster Gunst die königliche Krone in das Siegel des GMBHV aufzunehmen. In einer nicht gezeichneten Notiz auf dem Brief hieß es kurz: „Das Siegel paßt nicht."[42] Dafür wurde um so bereitwilliger das Protektorat für das Unternehmen übernommen, „als dasselbe als eine selbständige und vom Auslande ganz unabhängige vaterländische Gesellschaft aufzutreten beabsichtigt".[43]

Aber nicht nur personell und finanziell dokumentierte sich der hannoversche Staat. In den Statuten des GMBHV wurde von vornherein die Möglichkeit der Einflußnahme festgeschrieben. Im § 58 sicherte sich die Kgl. Regierung das Recht, einen „Commissarius zu den Generalversammlungen zu delegieren. Auch

---

41 Exposé Malorties vom 8. Mai 1860 in seiner Eigenschaft als Verwalter des Ernst-August-Fideicommiß zu den Geldbewilligungen für den GMBHV, als Anlage zu einem Schreiben vom 11. Mai 1860 an den Finanzminister Graf von Kielmannsegge; Dep 103, IX, Nr. 459, Bl. 67-76, insbes. Bl. 67ff, Hervorhebung im Original. Ott, Kohle, S. 111, zählt Malortie zu der Adelsfraktion, die bereit war, „sich der Bourgeoisie zu nähern". M. M. nach ging es Malortie kurzfristig und ausschließlich um die Stärkung königlicher Macht, in diesem Falle über die Anreicherung der Kronkasse. Hierzu waren eben auch industrielle Beteiligungen recht. S. auch oben Anm. 7. 1860 bat Malortie den König um Entbindung von seinem Amt als Mitglied des Verwaltungsrates; ihm folgte der Geheime Finanzrat von Bar. 1875 schieden dann die „letzten Repräsentanten des hannoverschen Hof- und Beamtenadels" aus dem Aufsichtsrat; ebd., S. 193.

42 Schreiben des Gründungskomitees an Georg V. vom 26. April 1856, Dep 103, IX, Nr. 459.

43 Antwort Georg V. vom 3. Mai 1856, ebd.

ist der Regierung auf deren Verlangen für einzelne Fälle näherer Aufschluß über die Verwaltung des Unternehmens zu erteilen".[44]

1.3 Bodenschätze und Verkehrsanbindung

Der Faktor der Bodenschätze gab bei der Gründung des GMBHV den wahrlich einzigen Ausschlag; denn man kann in der Tat nicht sagen, daß das Osnabrücker Land um die Mitte des 19. Jahrhunderts gute Voraussetzungen für die Ansiedlung eines großen Industrieunternehmens geboten hätte. Weder eine Verkehrsanbindung, gute Möglichkeit des Landerwerbs noch genügend Arbeitskräfte waren vorhanden. Die Frage der Arbeitskräfte bleibt an dieser Stelle ausgeklammert; sie wird später ausführlich aufgenommen. Hier soll der Hinweis genügen, daß Arbeiter für alle Bereiche angeworben werden mußten. Die einheimischen Arbeitskräfte nahmen — entgegen der Erwartung des Werkes — nur zögernd Arbeit in der Industrie an.[45]

Mehr oder weniger erfolgreiche Versuche, Bergbau und Verhüttung im Hochstift Osnabrück zu betreiben, hatte es seit dem Mittelalter gegeben.[46] Von den Versuchen, Silber, Erz und Kohle zu gewinnen, blieb jedoch lediglich der Steinkohlenabbau lohnend. Im 12. und 13. Jahrhundert wurde im Hüggel, einem Höhenzug 6 km südwestlich von Osnabrück, der — vermutlich erfolglose — Versuch des Silberabbaus gemacht. Für den gleichen Zeitraum wird am Piesberg im Nordwesten Osnabrücks der Abbau von Eisenstein vermutet. Mitte des 15. Jahrhunderts bis zum frühen 16. Jahrhundert ist der Erzabbau im Hüggel belegt. Der Abbau soll, zumal er nun nach der Erfindung der Wasserpumpen im Stollenbau erfolgen konnte, erheblich gewesen sein.

Aus dem Jahr 1568 datiert ein Vertrag zwischen Domkapitel und dem Rat der Stadt Osnabrück, in dem allein der Stadt Osnabrück das Recht zugestanden wurde, auf eigene Rechnung im Piesberg Steinkohle zu brechen. Der Grundsatz der

---

44 Rep 335, Nr. 9074; auf die Besetzung der Position dieses Commissarius wollte auch die Landdrostei Einfluß nehmen. Am 20. April 1857 schrieb sie an den Innenminister von Borries über die negativen Veränderungen, die das Werk in der ländlichen Gegend bewirke. Sie bat daher im „Interesse des Vereins wie der Regierung" den von ihr vorgeschlagenen Kandidaten, den Hülfsarbeiter und Amtsassesor Heydenreich der Landdrostei direkt „unterzuordnen". Heydenreich nahm dann an den Generalversammlungen des Vereins teil und berichtete darüber dem Innenministerium. Das Innenministerium sandte selbst im Sommer 1858 noch einen Berichterstatter, den Referenten für Gewerbefragen im hannoverschen Innenministerium, den Regierungsrat Schow. Er verfasste einen ausführlichen, keine Probleme beschönigenden Bericht. Nds. HStA, Rep. 300, Nr. 1056, Bl. 123-130. Ott, Kohle, S. 222f hingegen kennzeichnet Schow als gegen die Industrie eingestellt. Die Berichte der Landdrostei an das Innenministerium in Hannover aus diesen Jahren liegen ebenfalls in Rep 335, Nr. 9074.

45 Geschäftsbericht des Verwaltungsrates vom 13.6.1858, Dep 32b, Nr. 765.

46 Sofern nicht anders angegeben, das Folgende nach Hagemann, Walther, Bergbau- und Hüttenbetriebe des Osnabrücker Landes in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, Hannover 1930, S. 1-41.

Regalität bildete sich im Fürstbistum Osnabrück erst spät, gegen Ende des 18. Jahrhunderts, und niemals vollständig aus. Zuvor herrschte der Grundsatz: „Einem Jeden auf seinem Boden."[47] Osnabrück hatte es auf Grund dieses Rechtes bis 1868 „nicht nötig, direkte Kommunalsteuern auszuschreiben, da die Einkünfte aus dem Piesberg in der Hauptsache zur Deckung der Gemeindeausgaben ausreichten."[48]

Außerhalb des städtischen Betriebes setzte dann im Zuge der Stärkung territorialstaatlicher Macht unter dem Fürstbischof von Osnabrück, Ernst August II., eine Wiederbelebung des Bergbaus ein.[49] Im Amt Iburg hatte zu Beginn des 17. Jahrhunderts ein Pächtersystem zu rücksichtslosem Raubbau geführt.[50] 1722 nahm nach wechselnden Pachtverhältnissen der Landesherr die Kohlenwerke bei Borgloh und Oesede in die direkte Verwaltung durch den Fiskus, die fortan in der Saline Rothenfelde südlich Borgloh ihren Hauptabnehmer fanden. Die Betriebe waren heruntergewirtschaftet, es konnten keine Pächter mehr gefunden werden. Es entsprach dem Zug der Zeit, daß der Landesherr dort eingriff, wo größere Mittel ohne schnelle Gewinnaussicht aufzuwenden waren, insbesondere beim Versuch, in größeren Tiefen Stollen anzulegen.[51] Die Kohlegewinnung blieb dann im Osnabrücker Land bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts in staatlicher bzw. kommunaler Hand.

Im landesweiten Vergleich waren die einheimischen Betriebe klein, der Schwerpunkt der hannoverschen Steinkohlenförderung lag im Gebiet des Deisters nahe Hannover.[52] Mit den beiden schwerindustriellen Gründungen im Königreich Hannover in den 1850er Jahren zeigte sich bald, daß die landeseigenen Steinkohlenlager als Basis nicht ausreichten, während mit zunehmender Verkehrsanbindung und der Konkurrenz westfälischer Kohle auch die Frage des rentablen Abbaus akut wurde.

Doch der Kenntnisstand der Zeitgenossen war ein anderer. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden dort neue schwerindustrielle Unternehmen, wo Kohle und Erz nahe beieinander lagerten: in Lothringen, im Ruhrgebiet und im Siegerland. Im Königreich Hannover entstanden als punktuelle Industriestandorte der GMBHV im Osnabrücker Land und die Ilseder Hütte bei Peine/Salzgitter.

---

47 Jugler, —, Die Verhältnisse des Bergrechts in dem ehemaligen Königreich Hannover, in: Zeitschrift für Bergrecht, 8(1867), S. 75-103, hier S. 98f; vgl. auch Ott, Kohle, S. 64.

48 Sunder, Franz, Das Finanzwesen der Stadt Osnabrück von 1648-1900, in: Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a.S., Jena 1904, S. 104f.

49 Dazu übergreifend Kellenbenz, Hermann, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 2 Bde., München 1977, Bd. 1, S. 311-315.

50 Rhode, Paul, Geschichte der Steinkohlenförderung im Amt Iburg, in: Osnabrücker Mitteilungen, 27(1902), S. 38-192, hier S. 47-52. Rhode geht anders als Jugler von einem klaren landesherrlichen Regal aus.

51 Ebd., S. 64,67,70f. Diese Entwicklung zeigte sich auch im Harzer Bergbau sowie im Deister und Süntelgebirge.

52 Aus dem Winkel, Großindustrie, S. 71.

In der Realität jedoch stellte sich die Einschätzung der Kohlen- und Erzbasis in den neuen Industriezentren als zu optimistisch heraus. Die Erzbasis im Ruhrgebiet war gering, die Saarkohle zur Verkokung und damit für den Hüttenprozeß nicht geeignet, die schlesische Erzbasis in den 1890er Jahren erschöpft.[53] Zuvor waren Erze vorwiegend dort verhüttet worden, wo ihre Gewinnung und Verarbeitung mit den Voraussetzungen von Holzkohle und Wasser zusammentraf. Dies galt in größerem Umfang für die älteren Montandistrikte wie das Saargebiet, den Hunsrück, die Eifel, das Lahn-Dill-Gebiet, den Harz sowie den böhmisch-schlesisch-sächsisch-thüringischen Raum. Die Ablösung des Brennstoffes Holzkohle durch Steinkohle setzte mit der Erfindung des Puddelverfahrens als Hochofenverfahren 1774 in England ein. Beim älteren Herdfrischverfahren wurde das Roheisen mehrmals in einem Holzkohlenfeuer geschmolzen, wobei „das abschmelzende Metall durch einen die Verbrennung unterhaltenden Windstrom (Gebläsestrom) tropft." Bei diesem Verfahren waren Steinkohlen nicht verwendbar, da eine Verbindung/Berührung das Eisen verunreinigt hätte. Die Neuheit des Puddelverfahrens bestand nun darin, daß nur die Flamme des Brennstoffes, nicht aber der Brennstoff selbst das Roheisen berührte. Der Name des Verfahrens leitet sich aus der Tätigkeit des ‚Puddelns' (to puddle = umrühren) ab. Die Aufgabe des Puddlers war es, durch Rühren mit einem Haken das Eisen immer von neuem mit den oxydierenden Gasen in Berührung zu bringen, weil sonst die entstehende Schlacke das Eisen sofort bedecken und der weiteren Einwirkung der Feuergase entziehen würde. In Deutschland begann die Anwendung des Puddelverfahrens in den 1830er und 1840er Jahren.[54]

Auch für das Gründungskomitee des GMBHV gab das Zusammentreffen von Kohle und Erz den Ausschlag in der Standortentscheidung. Im Prospekt des GMBHV vom 5. Mai 1856 heißt es, daß diese Region „von Natur in einer seltenen Weise mit allen zur Eisenfabrikation erforderlichen Rohmaterialien ausgestattet sei" und dem „Eisenhüttenetablissement vortreffliche Eisenerze und Steinkohlen für Jahrhunderte zu Gebote stehen." Aber auch die den Gründungsvätern schon bekannten Probleme wurden deutlich. Es wurde ein „sukzessives Entstehen des Ganzen" empfohlen, weil „die plötzliche Zusammenziehung der zum Betriebe erforderlichen großen Masse von Arbeitern in einer Gegend, wo zur Zeit sehr wenig Gelegenheit zu ihrer Unterbringung vorhanden ist, möglicherweise auf große Schwierigkeiten stoßen könnte."[55]

Die Inangriffnahme eines zweiten Problems, der Verkehrsanbindung, wurde zum Griff in Staub und Matsch. Zur Zeit der Gründung des Hüttenwerkes gab es weder eine Eisenbahnanbindung an das Fernstreckensystem noch Eisenbahnen oder befestigte Transportwege zwischen den einzelnen projektierten Werkstand-

53 Feldenkirchen, Wilfried, Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes 1879-1914. Wachstum, Finanzierung und Struktur ihrer Großunternehmen, Wiesbaden 1982, S. 19ff,57ff.

54 Zur Hüttentechnik s. Gemeinfaßliche Darstellung des Eisenhüttenwesens, hg. v. Verein deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf, Düsseldorf 1929(13), S. 101ff. Auch die Bezeichnung Flammofenfrischen ist für dieses Verfahren üblich.

55 Prospectus des GMBHV von 1856, S. 3f,6; Nds. HStA, Rep 300, Nr. 1056.

orten. Von vornherein wurde davon ausgegangen, daß „befriedigende Ergebnisse nur für den Fall in Aussicht gestellt werden, daß es gelingen würde, die Isolierung der Hütte durch den Bau von Eisenbahnen zwischen ihr und den Eisensteingruben am Hüggel sowie den Kohlengruben im Dütetal einerseits, und Osnabrück, behuf Anschluß an die Hannoversche Westbahn, andererseits aufzuheben." So stellte es rückblickend das Mitglied des Gründungskomitees, Müller, dar.[56] Im Prospekt hingegen sprachen die Gründungsmitglieder von projektierten Transportlokomotiven für Kohle und Erz bis vor Ort, ganz so, als brauche man nur mit dem Spaten zu beginnen.[57] Vier Jahre später gaben die Aktionäre ein Gutachten in Auftrag, um unter anderem diese Probleme ausloten zu lassen.

Dabei baute sich ein Problem auf dem anderen auf. Im April 1857 hatte das Finanzministerium in Hannover für den Erwerb des Streckengeländes das Enteignungsrecht aufgrund des Gesetzes über den Eisenbahnbau vom 8.9.1840 verfügt. Die Landdrostei zweifelte diese Entscheidung an. Die Bahn diene nur privaten Zwecken, daher greife das Enteignungsgesetz nicht. Der dem Werk skeptisch gegenüberstehende Innenminister gab daraufhin die Entscheidung an die Landdrostei zurück. Der Verein akzeptierte die Auflage, eine öffentlich zu nutzende Bahn zu bauen und legte den Plan für eine Teilstrecke vor. Das Innenministerium jedoch lehnte aus formalen Gründen ab. Es genehmige keine halben Pläne. Auf Bitten des GMBHV schaltete sich der König ein. Erst daraufhin entschied nun der Innenminister, für eine einfache Grubenbahn „möchte nunmehr das Terrain im Wege gütlicher Vereinbarungen mit den Grundeigentümern zu erlangen sein".[58]

Die Güteverhandlungen, geführt vom Osnabrücker Amtmann Gerdes, scheiterten allesamt. Sie scheiterten jedoch nicht, wie der Chronist Müller später schrieb, weil die Bewohner der benachbarten Ortschaften „jede Dienstleistung entweder ganz versagt oder nur gegen enorme Preise gewährt" haben und sie außerdem die Anlage des GMBHV als ein großes Unglück für die dortige Gegend ansahen.[59] Sie scheiterten ausschließlich, weil die Landbesitzer ein Geschäft witterten. Im anderen Falle hätten die Anlieger von vornherein die Gesprächsangebote zurückgewiesen, was letztlich nur in einem Fall geschah. Wurde für das Hüttengelände noch ein Preis von ca. 55 rt. pro Morgen bezahlt, so forderten die Landwirte nun bis zu 4.000 rt. pro Morgen.[60]

Erst 1860/61 konnte das Werk erreichen, daß die Wege zwischen den Erzgruben und dem Hüttenplatz überhaupt befestigt wurden. 1862 sah es sich gezwungen, alle Auflagen des Innenministeriums für den Bau einer öffentlichen Bahnanlage zu akzeptieren, um den Grundeigentümern ein bergrechtliches Enteignungsrecht nachweisen zu können. 1865 wurde, nach 8jährigen Verhandlungen,

---

56 Müller, I, 1. Teil, S. 18. Zur Entstehung des Fernnetzes s. Karte 1, S. 59.
57 Prospectus des GMBHV von 1856, S. 4.
58 Schmidt-Klewitz, Erhard, 100 Jahre Georgsmarienhütten-Eisenbahn, o.O., o.J. (1956), S. 9.
59 Geschäftsbericht des Verwaltungsrates vom 13.6.1858, Dep 32b, Nr. 765.
60 Bericht des Verwaltungsrates an den König vom 23. Juli 1857. Dep 103, IX, Nr. 459, Bl. 17ff.

mit dem Bau der „Hüggelbahn" zwischen Hüttenplatz und Erzgruben begonnen. Erst 1871, 15 Jahre nach der Gründung, wurde mit der Verlängerung dieser werkseigen-öffentlichen Bahn bis zur Hamburg-Venloer Eisenbahn, die nahe an den Erzgruben des Vereins vorbeigeführt wurde, die vollständige direkte Anbindung an das Fernsystem und damit an das Ruhrgebiet erreicht.[61]

Die Geschichte des Eisenbahnbaues ist ein typisches Beispiel für die Probleme der Gründungszeit des GMBHV. Daß der Bahnbau zum „Politikum"[62] wurde, lag ursächlich in der grundlegenden Gegnerschaft von Teilen der Regierung gegenüber einer industriellen Förderung des Landes. Sie nutzten dabei den Interpretationsspielraum des hannoverschen Bergrechtes. Die Befürworter waren dieser Verschleppungstaktik gegenüber — trotz königlichen Einschreitens — zunächst machtlos.

1.4 Erwerb des Hüttenplatzes

Der Hüttenplatz lag an den nördlichen Abhängen des Teutoburger Waldes im Tal der Düte in der Gemeinde Malbergen, ca. 10 km südlich Osnabrücks. Der nördliche Teil dieses Gebirges, das davorliegende Dütetal und weiter nördlich das Gebiet bis zum Harderberg bildeten die Bauernschaft Malbergen im Amt Osnabrück. An ihrer östlichen Grenze liegt der Osterberg, das erste Siedlungsgebiet der späteren Gemeinde Georgsmarienhütte, in der Mitte der Bauernschaft das Gelände für die Hüttenanlagen, südlich davon direkt am Abhang des Teutoburger Waldes der Kolonieplatz für die Häuser der Hüttenarbeiter. Der Hüttenplatz wird im Norden in seiner ganzen Ausdehnung vom Dütebach begrenzt. Der sich südlich an den Dütebach anschließende größte Teil des späteren Wohnortes Georgsmarienhütte lag auf einem Gelände, daß sich in einer Breite von 450 Metern fast gleichmäßig mit einer leichten Steigung von ca. 18% erstreckte. Aus diesem Gelände ragt 630 Meter vom Dütebach entfernt der mit fast senkrechter Felswand aufsteigende, 75 Meter hohe Rehlberg empor. An beiden Seiten des Geländes befanden sich „kleine, scharf eingeschnittene schluchtartige Seitentäler des Dütetals, welche in ihrem unteren Teile behuf Erweiterung des Planums des Hüttenplatzes zugestürzt [...] sind."[63] Mit der Durchführung umfangreicher Erdarbeiten entstand ein von allen Seiten gleichmäßig ansteigender Hang zum Rehlberg (s. auch Abb. 1).

Die Wahl des Hütten- und Wohnplatzes in Malbergen blieb eine Notlösung, denn ein tauglicher Platz war in dem landwirtschaftlich genutzten und waldreichen Hügelland schwer zu finden. Es wurde zwar versucht, ein Areal in größerer Nähe der 7 km westlich gelegenen Eisensteinfelder zu finden, doch scheiterte

61 Vgl. auch Ott, Kohle, S. 127-131 sowie Müller, I, 1. Teil, S. 18-24.
62 Ott, Kohle, S. 127.
63 Beschreibung nach Müller, I, 2. Teil, S. 6,43.

Abb. 1: Blick vom Rehlberg auf Georgsmarienhütte, 1894, vorn die Evangelische Kirche, in der Mitte die Alte Kolonie

dies, da das Land zu den als Fideikommiß unteilbaren Gütern Wulften und Sutthausen gehörte.[64]

Malbergen selbst war nach der Volkszählung von 1848 eine kleine Bauerngemeinde mit 60 Wohnplätzen und 383 Einwohnern, im Vergleich zu anderen Ortschaften des Amtes Osnabrück, eine Gemeinde mittlerer Größe.[65] Die Häuserliste von 1858 nennt 29 Höfe: 1 Gut, 5 Vollerben, 10 Halberben, 1 Erbkötter, 6 Markkötter, 4 Neubauern, 2 Zeitpächter, zudem ein Armenhaus, ein Schulhaus und etwa 25 Heuerstellen.[66] Einer der Vollerbenhöfe war der Hof Schulte zu Bühne, bestehend aus Wohnhaus und sieben Nebengebäuden. Nach der Häuserliste von 1858 hatte der GMBHV die Leibzucht (= Altenteil), das Backhaus, den neuen Kotten und das Dreschhaus erworben, letzteres wurde bereits als „Hauptbeamtenwohnung" des GMBHV angegeben. Der Hof selbst hatte bis zur Säkularisation 1803 zum Kloster Gertrudenberg im Norden Osnabrücks gehört. Danach wurde er als Domäne von der Klosterkammer Hannover verwaltet[67] und 1829 ein Pachtvertrag mit Johann Heinrich Potthof abgeschlossen. Potthof pachtete den Hof nicht nur auf Lebenszeit, sondern erhielt auch die Zusicherung, ihn an seinen Sohn vererben zu können. Dieser Zeitpachtvertrag unterschied sich von einer Erbpacht nur darin, daß die „Umwandlung des persönlichen Nutzungsrechtes in volles Eigentum durch Ablösung [...] ausgeschlossen" war.[68]

Das Areal des Gesamthofes bestand aus 414 Morgen, davon 110 Morgen Garten- und Ackerland, 38 Morgen Wiesen, 265 Morgen Forsten und Weiden. Bis auf 70 Morgen Forsten war alles an den Bauern Potthof verpachtet. Das Problem bestand nun laut Klosterkammer schlicht darin, daß der „Starrsinn und Widerwillen des Pächters", aus dem Vertrag auszuscheiden, „nicht zu besiegen war". Die Genugtuung, den Hof verpachtet zu haben, wurde durch die Möglichkeit getrübt, ihn „äußert vorteilhafter" verwerten zu können.[69]

Da „haltbare Gründe" für eine Vertragsanfechtung nicht zu finden waren, wurde dem Pächter in einem wahren Kunstgriff Kontraktbruch unterstellt. Das Land liege „ungünstig" und sei von „mittelmäßiger Bodenbeschaffenheit", daraus ergebe sich der geringe Pachtpreis, „eine Steigerung der Pacht darf niemals erwartet werden". Auch habe man in Potthof einen Pächter, von dem Kontrakt-

64 Bericht des zur Prüfung der Zustände und Aussichten des GMBHV in der Generalversammlung vom 30.11.1860 gewählten Ausschusses, S. 11, Rep 335, Nr. 5461.

65 Ringklib, Hubert, Statistisches Handbuch des Königreichs Hannover, Hannover 1853(2) sowie Stüve, Carl, Wesen und Verfassung der Landgemeinden und des ländlichen Grundbesitzes in Niedersachsen und Westphalen, Jena 1851.

66 Rep 350 Osn, Nr. 977. Die Zahl der Heuerstellen nach „Chronik der Gemeinde Georgsmarienhütte", hg. v. Verschönerungsverein Georgsmarienhütte, Georgsmarienhütte 1969, S. 14.

67 Der Wirkungskreis der Kammer erstreckte sich auf die Verwaltung der säkularisierten Stifte und Klöster in den Fürstentümern Calenberg, Göttingen, Osnabrück und Hildesheim.

68 Bericht der Klosterkammer vom 30.9.1856 an das Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten betreff „Veräußerung des Schultenhofes zu Bühne", Nds. HStA, Hann. 113, L, Nr. 3376, S. 3.

69 Bericht der Klosterkammer, ebd., S. 4.

bruch nicht zu erwarten sei. Selbst bei direkter Bewirtschaftung durch die Klosterkammer sei ein weit größerer Gewinn nicht zu erwarten. Jedoch — daß es dem Pächter „nicht hat gelingen wollen, sich einiges Vermögen auf dem Hofe zu erwirtschaften, so ist solches hauptsächlich seiner Indolenz und seiner nach dem hergebrachten Schlendrian geführten Ackerwirtschaft zuzuschreiben. [...] Mögen die Pachtgrundstücke nun auch bedeutender Meliorationen fähig sein, so kann die Vornahme desselben doch nur von einem tätigeren und tüchtigeren Pächter als dem gegenwärtigen erwartet werden."[70] Ob Potthof nun unter diesem Druck nachgab oder über den Vorwurf des Kontraktbruches aus dem Vertrag gezwungen wurde, bleibt offen. Jedenfalls erhielt Potthof neben der vom GMBHV als Pachtabfindung übernommenen Summe von 16.000 rt. noch vom GMBHV Land im Werte von 6.000 rt.[71] Damit war ein von seiner Größe her lebensfähiger Hof in Eigenbesitz entstanden.

Wie mag dies auf die umliegenden Bauern gewirkt haben? Die Ablösung der herrschaftlichen Lasten geschah im Königreich Hannover über die Abfindung der Berechtigten durch Kapital statt durch Landabtretungen. Hier erlebten sie nun sogar die Schaffung eines lebensfähigen Hofes mit einer Zahlung an den Pächter in fast dreifacher Höhe des Wertes des Resthofes. Mögen die Umstände des Aufkaufs des Schultenhofes sicherlich zu dem Bild des Werkes als „einem Unglück für die Gegend" beigetragen haben, so haben sie ebenso den Sinn für das mögliche Geschäft geschärft,[72] wie die Verhandlungen über die Landverkäufe für den Bau der Eisenbahnanlage gezeigt haben.

Zu guter Letzt sah sich die Klosterkammer selbst in ihren finanziellen Erwartungen getäuscht. Es zeigten sich hier zum erstenmal die Fehler in der Kalkulation des Gründungskomitees. Im Prospectus des GMBHV waren Gelder für den Erwerb eines Areals nicht ausgewiesen.[73] Sechs Monate nach der Konstituierung des Vereins zog der GMBHV sein Angebot zurück und bat stattdessen um die Kreditierung des gesamten Kaufpreises von 20.000 rt. auf 20 Jahre, da „ihm unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehr daran liege, den Termin zur ferneren Einzahlung auf das Aktienkapital möglichst weit zu verschieben". Die „Sicherstellung des Kaufpreises" erfolgte durch die Annahme, daß die Grundstücke „binnen kurzer Zeit mit Wohnhäusern und Hüttenwerken bebaut sein werden."[74] Das Ministerium bestand jedoch bis zum Abschluß der Bauten auf einer Deckung der Summe durch Wertpapiere.[75]

Das erworbene Terrain — der Hütten- und Wohnplatz — hatte eine Größe von 90 ha, das entsprach in etwa 1/9 der Fläche der Gemeinde Malbergens. Hinzu

---

70 Ebd.

71 Ebd., S. 2. Von den 414 Morgen erhielt der GMBHV „etwa 350". Potthof erhielt demnach 64 Morgen; s. Müller I, 1. Teil, S. 4.

72 S. dazu auch Teil E, Kap. 3.

73 Prospectus des GMBHV von 1856, S. 7.

74 Bericht der Klosterkammer vom 8.10.1856 an das Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten, Hann 113, L, Nr. 3376, S. 2.

75 Bescheid des Ministeriums an Klosterkammer vom 9.10.1856, ebd., Bl. 12.

kam das Gelände des Osterberges mit 20 Morgen in der Nachbargemeinde Oesede (Amt Iburg), das über einen Weg mit dem Hüttengelände verbunden wurde. Noch vor Beginn des Baues der Hüttenanlage und damit noch vor dem Erwerb des Hütten- und Wohnplatzes war am 12. Juli 1856 dieses 20 Morgen große, unbebaute Pachtgrundstück am Osterberg von der Klosterkammer „zur Verfügung" gestellt worden.[76] Hier wurde so energisch der Bau von Arbeiterhäusern betrieben, daß schon vier Monate später, zum Zeitpunkt des Ankaufs des Schultenhofes, für diejenigen Arbeiter eine Unterkunft geschaffen war, die für die weiteren Hüttenbauten erforderlich wurden.[77]

2. Die Bildung einer eigenen Gemeinde: Georgsmarienhütte

2.1 Unverträglichkeiten: schwerindustrielle Kolonie und Landgemeindeverfassung

Die Rekrutierung der Arbeitskräfte über das unmittelbare Umland der Hütte hinaus sollte sich als notwendig erweisen. Doch nicht allein die große Zahl von Arbeitskräften, sondern die Tatsache, daß es fremde Arbeitskräfte waren, führte in der Folge zum Versuch, die damit verbundenen Probleme auf rechtlichem Wege zu lösen. Die Herauslösung des Grundbesitzes des GMBHV aus der Bauernschaft Malbergen war von Beginn an eine gezielte Planung durch das Unternehmen.[1]

Am 1. Mai 1860 entstand aus der Arbeiterkolonie des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins die politische Gemeinde Georgs-Marien-Hütte (im folgenden: GMH). Ihre Grundfläche bestand aus dem nur 350 Morgen großen Terrain des Schultenhofes, zu dem bis dahin außer den betrieblichen Anlagen 32 vom Werk erbaute und in seinem Besitz befindliche Häuser mit insgesamt 98 Wohnungen gehörten.[2] Außerhalb des Gemeindebezirkes lagen weitere 64 Wohnungen, wovon allein 56 in der Exklave Osterberg in der Nachbargemeinde Oesede erbaut wurden. Das gesamte dingliche Vermögen einschließlich Betriebsanlagen, Boden, Häuser und infrastruktureller Einrichtungen war

76 Wrede, Günther, Geschichtliches Ortsverzeichnis des ehemaligen Fürstbistums Osnabrück, Hildesheim 1975, S. 123. Der Pächter des Grundstückes war Wolf aus Malbergen, Rep 350 Osn, Nr. 935.

77 Müller, I, 1. Teil, S. 4.

1 Die These Imigs, das Industriewerk habe sich schon zuvor „von selbst zu einem Gemeinwesen entwickelt", ist m.E. nicht haltbar, denn damit erhält der Vorgang der Gemeindegründung einen eigendynamischen prozesshaften Charakter. Imig, Hans-Peter, Die Gründungsepoche der Georgs-Marien-Hütte, schr. Hausarbeit zur Ersten Staatsprüfung für das Lehramt (ms), Münster 1972, S. 84.

2 Müller, I, 2. Teil, S. 72.

Eigentum der Aktiengesellschaft; es gab keinen Privatbesitz an Grund und Boden. Der Hüttenplatz, die später so bezeichnete „Alte Kolonie" und der „Osterberg" bildeten, von geringen Gebietserweiterungen abgesehen, die mit Abstand kleinste Gemeinde des Osnabrücker Landes.

Die Hüttengründung fiel in die Zeit des Übergangs von gewohnheitsrechtlichen zu landesweiten gesetzlichen Regelungen. Diese Unsicherheiten boten allen Beteiligten die Möglichkeit, positiv für eine Gemeindegründung zu argumentieren. Für die hinzuziehenden Arbeitskräfte galten zwar Aufenthaltsrecht, Domizilordnung, Trauscheinwesen und Armenrecht, jedoch überlagerten sich landesgesetzliche, regionale und gewohnheitsrechtliche Regelungen.

Für jeden Fremden, der auf der Hütte bleiben und dort sein Zuhause einrichten wollte, griffen die Regelungen des Armenrechtes schon vom ersten Tage an. Darüber hinaus gab es indes eine dreifache Stufenfolge: 1. Erfüllung der Vorschriften des polizeilichen Reglements; 2. Arbeitserlaubnis und Aufenthaltsgenehmigung und 3. Erteilung des Trauscheines bzw. des Wohnrechtes.

Im Folgenden werden die Rechtsgrundlagen vor der Hüttengründung sowie die Veränderungen durch die Gründung beschrieben. Ich beginne mit dem polizeilichen Reglement, da die Erfüllung seiner Vorgaben für den Neuankömmling schon vor der Ankunft unabdingbare Pflicht war.

1. Ein polizeiliches Reglement für die Überwachung von Arbeitern wurde erstmals 1857 erlassen. Für die angeworbenen fremden Arbeiter der älteren fiskalischen Kohlengruben in Oesede und Borgloh im Amt Iburg (vermutlich 90 Neuanwerbungen 1854/55) hatte die Bergwerksverwaltung ein Reglement nicht für erforderlich und das bestehende Knappschaftsreglement für ausreichend gehalten.[3] So wurde ausschließlich für die Arbeiter des GMBHV 1857 folgende Regelung geschaffen:

„Jeder um Arbeit beim GMV Nachsuchende mußte seine Legitimationspapiere, das heißt Paß, Wanderbuch, obrigkeitliches Zeugnis über bisheriges Wohlverhalten, bei Arbeitern aus dem ‚Ausland' und solchen, die ihre Familien mit sich brachten, dazu den Heimatschein dem Amt vorlegen. Dazu mußte der Arbeiter Nachweise über die Zusicherung der Annahme beim GMBHV und über sein Unterkommen beibringen. Die Legitimationspapiere wurden beim Amt einbehalten, wenn aufgrund ihrer eine Aufenthaltsgenehmigung für längstens ein Jahr erteilt wurde. Eine Abschrift dieser Genehmigung händigte man dem Vorsteher der Wohngemeinde des Arbeiters aus. Entlassungen mußten der Obrigkeit vom GMV drei Tage vor Inkrafttreten gemeldet werden, damit diese die erforderlichen Schritte zum Entzug des Aufenthaltsrechtes unternehmen könne."[4]

Der GMBHV war zwar vorbehaltlos für die Einführung eines polizeilichen Reglements, aufgrund des Mangels an Arbeitskräften setzte er jedoch auf eine großzügigere Prüfung der Zugewanderten bei gleichzeitiger Beibehaltung mög-

---

[3] Rep 350 Iburg, Nr. 1389, Bergwerksadministration an Amt Iburg am 6.9.1856.

[4] Zusammenfassung des Reglements zit. nach Ott, Kohle, S. 222f.

licher Ausweisungsklauseln.[5] In diesem Sinne bat der Verwaltungsrat im Frühjahr 1858 die Landdrostei, „nicht allein Pässe und Wanderbücher, sondern auch die nach der Bekanntmachung des Kgl. Ministeriums vom 4. Juli 1845 ausgestellten Eisenbahn-Legitimations-Scheine zur Legitimation der Arbeiter für ausreichend zu erkennen." Die Kgl. Polizei-Direktion in Hannover wehrte sich vehement gegen diesen Versuch einer Aufweichung der polizeilichen Ordnung bei der Anwerbung neuer Arbeitskräfte. Der Antrag, Eisenbahn-Legitimations-Scheine als gleichwertig anzuerkennen, wurde strikt abgelehnt: Da Eisenbahnunternehmen „erfahrungsgemäß alles schlechte Gesindel [...] an sich ziehen und die Heimatobrigkeiten und Gemeinden nur zu gern solcher Individuen sich entledigen, lege ich auf die Vorschrift [...] wegen der für fremde Arbeiter zu verlangenden Nachweisung des bisherigen Wohlverhaltens größten Wert. [...] Zwar ist nach den für diese Scheine vorgesehenen Formularen dem Inhaber zu begnügen, daß er *unbedenklich* für Arbeit bei dem Bau der hannoverschen Eisenbahnen zugelassen werden könne"; doch es „darf mit Sicherheit angenommen werden, daß recht viele Obrigkeiten sich kein Bedenken daraus machen, das Formular für schlechte Subjekte zu vollziehen." Außerdem sei die Ausstellung der Eisenbahnpapiere kostenlos, wodurch die öffentliche Kasse benachteiligt werde.

Nach dem Reglement von 1857/58 schien sich das Innenministerium durchgesetzt zu haben. Doch weist ein Protokoll der Iburger und Osnabrücker Amtmänner von 1864 darauf hin, daß der GMBHV dennoch nach seinen eigenen Vorstellungen vorging. Der Iburger Amtmann bat seinen Osnabrücker Kollegen um eine dringende Konferenz, da ein gleichmäßiges Verfahren bei der Zulassung und polizeilichen Beaufsichtigung der in beiden Amtsbezirken wohnenden fremden Eisenbahnarbeiter zu verabreden sei.[6]

2. Der nächste Schritt war die Erteilung der Arbeitserlaubnis und der Aufenthaltsgenehmigung durch die Gemeinden oder Ämter. Der GMBHV behielt sich dabei eine Vorauswahl der Ankömmlinge vor, indem er einen Werksbeamten aus den eigenen Reihen abstellte, der zuvor von der Landdrostei hierzu legitimiert worden war. Die Vorprüfung bezog sich nicht nur auf Formalia, sondern schien auch eine Taxierung des körperlichen Zustandes einzubeziehen. Schließlich wurde 1857 der extrem geringe Krankenstand (0,8%) hervorgehoben.[7] Doch selbst nach dieser Vorprüfung und bei Vorlage aller Legitimationspapiere — Arbeits- und Wohnungspapiere, Paß, Wanderbuch, ggf. Heimatschein, obrigkeitliches Führungszeugnis — war all dies noch nicht ohne weiteres gleichbedeutend mit der gewünschten Aufnahme in eine Gemeinde zunächst für ein Jahr.

---

5 Rep 335, Nr. 5456; zur Ausweisung s. auch Ott, Kohle, ebd.

6 Schreiben vom 12.9.1864, Rep 350 Iburg, Nr. 2545. Das Werk rekrutierte seine Arbeitskräfte auch aus dem Minden-Ravensberger Land, in dem viele Heuerlinge in den 1840er Jahren vorübergehend beim Bau der Köln-Mindener Eisenbahn Beschäftigung fanden. S. auch Teil D, Kap. 2.1 (b) zur Rekrutierung der Arbeiter aus dem Ravensberger Land.

7 Bericht des Regierungsrates Schow vom 1. Juli 1858 an das Innenministerium, Nds. HStA, Rep 300, Nr. 1056, Bl. 123-130.

Das Amt Iburg lehnte noch im Sommer 1858 grundsätzlich jede Ausstellung von Aufenthaltskarten an Arbeiter bei dem privaten Hüttenwerke ab, wohingegen die fiskalischen Betriebe im Amt dieses Problem nicht kannten.[8] So fand Schow, Referent für Gewerbefragen im Hannoverschen Innenministerium, unzählige Pässe, Heimatscheine und Papiere ersatzweise bei dem eigens eingesetzten Landgendarmen von Oesede verwahrt, obwohl die Landdrostei schon im März 1857 Listen an die Ämter zur übersichtlicheren Erfassung der Fremden geschickt hatte.[9] Immerhin stieg die Zahl der Arbeiter beim GMBHV von März bis Mai 1857 sprunghaft von 900 auf 1.800 an; 1858 waren es vorübergehend 2.500.[10]

Die Direktoren des GMBHV sahen über die Weigerung der Gemeinden im Amt Iburg hinweg. Sie hofften mit der Einführung des polizeilichen Reglements auf Besserung und vermieden einfach „jede Berührung" mit dem Amt. Darüber hinaus wandten sie kurzerhand die vom Amt Osnabrück ausgegebenen Verfügungen auch auf das Amt Iburg an.[11]

3. Jeder Zugewanderte, der im Besitz der auf ein Jahr befristeten Aufenthaltsgenehmigung war, konnte einen Trauschein bzw. das Wohnrecht beantragen. Grundsätzlich hatte die Landdrostei im März 1857 vorgegeben: „Über die Erteilung von Trauscheinen und Wohnrecht an Arbeiter gelten die allgemeinen Vorschriften."[12] Nach der bis 1867 gültigen Domizilordnung erwarb man das Recht an einem bestimmten Ort zu wohnen, durch Geburt — oder bei Frauen — durch Verheiratung, durch eine Anstellung im Staatsdienst, einen 5jährigen unwidersprochenen Aufenthalt mit eigenem Haushalt am Orte oder mit der ausdrücklichen Aufnahme in den Gemeindeverband durch die Gemeinde selbst, ersatzweise auch durch die Ämter. Heiraten konnte nur, wem die Gemeinde einen Trauschein erteilte, der wiederum an den Nachweis einer gesicherten wirtschaftlichen Existenz und an die sichere Aufnahme in die Gemeinde gebunden war. Dieses an das Domizilrecht gekoppelte Trauscheinwesen führte also zur erzwungenen Ehelosigkeit insbesondere für diejenigen aus den besitzlosen Bevölkerungsschichten, die sich zur Wanderung entschlossen.[13] Das Prinzip der „gerechten Nahrung",

---

8 Ebd.

9 Schreiben der Landdrostei an das Innenministerium vom 27.3.1857, Rep 335, Nr. 5456. In den Akten des Nds. Staatsarchivs Osnabrück befinden sich die von 1858 bis 1864 geführten Listen leider nur für das Amt Iburg. Die Listen sind abgedruckt bei Ott, Kohle, S. 389-399. Der Gendarm war nach Schow nur vorübergehend wegen des Ausbruchs der Blattern eingesetzt worden, dahinter stand aber das Betreiben des Verwaltungsrates, eine Landgendarmerie-Station gemeinschaftlich für Oesede und Malbergen im Dorf Oesede zu begründen. S. Antrag des Verwaltungsrates an Landdrostei wegen Gemeindegründung GMH vom 10. Juli 1857, Rep 350 Osn, Nr. 935.

10 Beschäftigtenzahlen nach Rep 335, Nr. 5517.

11 Nach Bericht von Schow, Rep 300, Nr. 1056, Bl. 129. Danach wollte das Werk den Weg der Beschwerde nur ungern gehen, da es keine positiven Einflußnahme vom Landdrosten erwartete.

12 Rep 335, Nr. 5456, Bl. 27f.

13 Ebert,A., Die Heirats-, Armen- und Gemeinde-Gesetzgebung nebst Ausführungs-Vorschriften in der Provinz Hannover, Hannover 1873, S. 38f, 69ff.

d.h. die Koppelung der Familiengründung an den Nachweis einer Erwerbsstelle,[14] wie es in einer agrarisch bestimmten Gesellschaft gewachsen war, ließ eine Industrialisierung größeren Stils nur dort zu, wo es in der engeren Umgebung selbst ein ausreichendes Arbeitskräftepotential gab. Anderenfalls mußten — wie bei der Georgsmarienhütte — im Zuge der Werksgründung die Rechtsverhältnisse den Erfordernissen angepaßt werden.

Im Landdrosteibezirk Osnabrück herrschte weitgehend bis 1848 als Rechtsbezirk der Domizilordnung nicht der Gemeindeverband, sondern der politische Kirchspielverband vor.[15] Die Osnabrücker Provinzialordnung vom 24.10.1848 sollte für die Landgemeinden hier Einheitlichkeit schaffen und darüber „ein Bedürfnis und ein Angebot von Arbeit und Kräften" befriedigen. Die Provinzialordnung entstand, weil die größeren, wohlhabenden Grundeigentümer nach Handarbeitern, Handwerkern und Gewerbetreibenden in ihrer Nähe verlangten. Als Puffer jedoch gegen die bisherige völlige Freiheit des Anbaues von Nebenwohnungen durch Grundeigentümer erhielten die Gemeinden — und damit die Grundeigentümer — bei der Ansiedlung „unangesessener Gemeindeglieder" das Recht der Aufsicht und Zustimmung.[16] Dieses Zustimmungsrecht der Gemeinden zur Belegung von Nebenwohnungen wurde zum hemmenden Faktor bei der Ansiedlung der Hütten- und Bergwerksarbeiter. In der Häuserliste von Oesede (Amt Iburg) wurden die 1857/58 erbauten Logierhäuser in der Kolonie Osterberg korrekt nach der Landgemeindeordnung als „Nebengebäude" einer „Anbauernstelle", eben des GMBHV,[17] verzeichnet, d.h. als eine nach den Gemeinheitsteilungen auf dem Grund der Gemeinheiten entstandene, meist bäuerliche Neuansiedlung, gewöhnlich auf dem Brink bzw. auf bisher — oft wegen schlechter Qualität — unbebautem Boden.[18] So wurde unter „Bemerkungen" in der Häusersteuerrolle folgerichtig eingetragen: „Das Hauptgebäude ist in der Gemeinde G-M-H, Amt Osnabrück, gelegen."

Über die Handhabung des Domizil- und Trauscheinwesens in der Gründungsphase des Unternehmens lassen die Kirchenbücher der für das Einzugsgebiet des GMBHV zuständigen Pfarreien eine vorsichtige Antwort zu. In den Trauungsbüchern wurde in dieser Zeit außer den Rubriken „Wohnort" und „Geburtsort" die Spalte „zukünftiger Wohnort" geführt. In der Frühphase des Werkes war häufiger die Angabe des Geburtsortes der Zugewanderten mit der Eintragung in der

14 Dazu u.a. Marschalck, Bevölkerungsgeschichte, S. 17.

15 Verordnung für das Fürstentum Osnabrück von 1774, s. Stüve, Landgemeinden, S. 186.

16 Ebd., S. 245ff. Stüves Motive waren gründsätzlicherer Art: Angst vor einem ländlichen Proletariat der Heuerleute und Anbauern, daher Einschränkung der Anlegung von Anbauereien auf eigene Rechnung des Anbauenden. Den Erhalt eines lebensfähigen Bauerntums wollte er daher durch das Verbot fördern, mit Land abzulösen.

17 Auszug aus Häuserliste der Gemeinde Oesede, in Schreiben des Amtes Osnabrück an Amt Iburg vom 18.5.1872, Rep 350 Osn, Nr. 936.

18 S. Schaer, Friedrich Wilhelm, Die ländlichen Unterschichten zwischen Weser und Ems vor der Industrialisierung — ein Forschungsproblem, in: Nds. Jahrbuch für Landesgeschichte, 50(1978), S. 45-69, hier S. 51.

Rubrik „zukünftiger Wohnort" und dem derzeitigen Wohnort identisch. Dort also, wo zumindest einmal ein hiesiger Ortsname stehen müßte, wurde durchgängig der Herkunftsort / Geburtsort der Zugewanderten vermerkt. Konkret bedeutete das für die Brautpaare, daß sie ohne den hiesigen örtlichen Schutz des Wohn- und Armenrechtes eine Ehe eingingen. Somit mußten die Trauungen ebenfalls in dem Herkunftsort einer der Brautleute stattfinden, die Osnabrücker und Oeseder Kirchen führten dann lediglich die Aufgebote aus. Die Schlußfolgerung hingegen, die Eheleute seien möglicherweise nach kurzem Aufenthalt in die Heimat zurückgekehrt, erweist sich als falsch. Sucht man nämlich in den Taufbüchern nach Eintragungen über Kinder dieser Paare, so zeigt sich, daß fast keines dieser Ehepaare in seine letzte Heimat zurückgekehrt war, sondern im Raum GMH später Wohnrecht beantragte und auch erhielt.[19]

Ähnliche Probleme wie mit dem Domizilrecht bestanden auch im Bereich des Armenrechts. Im Landdrosteibezirk Osnabrück galten traditionelle Regelungen: Die Gemeinde oder ein Zusammenschluß mehrerer Bauernschaften oder auch der Kirchspielverband traten als Armenbezirk in Erscheinung. Im engeren Bereich des Fürstentums Osnabrück hatten die Bauernschaften die Armenlast gewöhnlich unter sich geteilt, „weil solche auf diese Weise für vermindert und leichter getragen wurde."[20] Aufgrund der Regulierungsmöglichkeiten der Gemeinden im Falle der Ansiedlung einzelner Auswärtiger scheint eine endgültige einheitliche Regelung des Armenrechtes 1848 im agrarischen Osnabrücker Land noch nicht erforderlich gewesen zu sein. Darüber hinaus wurden Armutsprobleme individuell durch Auswanderung gelöst. Im Amt Iburg hielt sich auch später der ortsübergreifende Armenverband, beispielsweise umfaßte der „Verband Oesede" das Kirchspiel mit den Gemeinden Oesede, Kloster Oesede, Dröper. Im Amt Osnabrück hingegen setzte sich langsam das Prinzip des Ortsarmenverbandes durch und damit die Identität von Armenbezirk und politischem Gemeindebezirk.[21]

Mit der Osnabrückischen Provinzialordnung von 1848 war jedoch für eine Übergangszeit die doppelte Kommunalbeziehung, d.h. die Inkongruenz von Armen- und Domizilverband, festgeschrieben worden. Darin lag der Grund für jene Unsicherheit in den Rechtsverhältnissen, die, so Stüve, zu „vielen unange-

19 In den Gemeindeausschußprotokollen der Gemeinde Hasbergen finden sich Beispiele für die Verweigerung des Domizilrechtes. S. Schüttler, Kurt und Lindhorst, André, Hasbergen im Landkreis Osnabrück, Hasbergen 1985, S. 286f.

20 Stüve, Landgemeinden, S. 186f (Zitat), S. 296.

21 Einzige Ausnahme: Gesamtarmenverband Holte. S. Ringklib, H., Statistisches Handbuch der Provinz Hannover, Hannover 1885 (5), S. 308ff.

nehmen Händeln" führte.[22] Vor diesem Hintergrund begründeten die Gemeinden immer wieder ihre Ablehnung des Werkes mit der Befürchtung, die Armenlasten für vermögenslose, nur von ihrer Hände Arbeit lebende Menschen tragen zu müssen, und grundsätzlich war diese Befürchtung auch berechtigt.

Obwohl der GMBHV als Arbeitgeber in seiner Größe einzig dastand, wurde er für die Armenlasten nicht gesondert veranlagt, da die Veranlagung nach dem auf eine bäuerliche Landgemeinde ausgerichteten Grund- und Häusersteuerfuß erfolgte. Das Terrain des GMBHV bestand in den ersten Jahren nach der Gründung aus der großen Fläche des Schultenhofes (Gemeinde Malbergen) und dem über 20 Morgen großen Grundstück am Osterberg (Gemeinde Oesede). Der geltende Steuerfuß führte dazu, daß das Werk wie eine Anbauernstelle veranlagt wurde. Damit trug der GMBHV nur den prozentualen Anteil an den Armenlasten, der flächenmäßig dem von ihm erworbenen Anteil des Schultenhofes entsprach. In der Summe waren das 1/9 der Gemeinde-, Schul- und Armenlasten Malbergens: 14 Reichstaler, 3 Groschen, 7 Pfennig.[23]

Der GMBHV versuchte vor der Gemeindegründung die Armenlasten für die Beschäftigten und Beschäftigungslosen gering zu halten. Der Weg dazu lag im System der Anwerbung der Arbeitskräfte: erstens in der gesundheitlichen Auswahl unter den Ankommenden durch das Werk; zweitens in der Absicherung der aus dem Harz stammenden Arbeiter durch das Oberbergamt Clausthal; drittens darin, daß die auf der Georgsmarienhütte beschäftigten Arbeiter mindestens eine Fernwanderung hinter sich hatten und deshalb prinzipiell eher zur Weiterwanderung bereit waren.[24]

---

22 Stüve, Landgemeinden, S. 187, s. auch S. 295f. Stüve schrieb 1851 noch nichtsahnend für den Fall der Zusammenziehung großer Arbeitermassen: Man könne den Unternehmen nicht die alleinige Schuld geben, denn das Fabrikwesen mit seinen Nöten ist nur die Fortpflanzung „der sorglosen Behandlung der landwirtschaftlichen Verhältnisse". Bei Gütern und großen Arbeitgebern, deren Verhältnisse von Nachbarschaft und guter Meinung nicht abhängig seien, reiche das strenge Recht allein nicht aus. Hier sah Stüve die Lösung nur „in gegenseitiger Nachgiebigkeit und im guten Willen" aller Beteiligten. „So wird vielleicht im Interesse der Gemeinde gar nichts anderes übrig bleiben, als dem Gutsbesitzer oder Arbeitgeber von bedeutendem Gewicht eine besondere Stimme im Gemeindevorstand einzuräumen." (Stüve, Landgemeinden, S. 302, 314ff, Zitat S. 315) Daß ein kapitalistisches Industrieunternehmen anderen Gesetzen folgte, lag nicht in der Vorstellungswelt des Osnabrücker Bürgermeisters und Innenministers des Hannoverschen Märzministeriums. Stüves Denken, der immerhin die zukünftigen Probleme erkannte, war noch ganz auf das ‚Sich-Kennen', auf räumliche und soziale Bindung ausgerichtet und zielte auf patriarchalische Ordnung und Problemlösung in kleinen Räumen. Vgl. Sheldon, Stüve, S. 6ff.

23 Rep 350 Osn, Nr. 935. Antwortschreiben des Amtsgehilfen Müller an Amtmann Gerdes vom 29.12.1857 betreff Gemeindelasten in Malbergen und der Schultenhof daselbst, dort auch Aufstellung der Gemeinde- und Armenlasten für Malbergen 1854 bis 1857. Ich treffe mit der Zahl 1/9 wieder genau auf das Ergebnis meiner Flächenanteilsberechnung des GMBHV an der Gemeinde Malbergen, s. oben Kap. 1.4, S. 32.

24 Zur Rekrutierung der Harzer s. Teil D, Kap. 2.2, zu den Armenlasten nach der Gemeindegründung Teil E, Kap. 2, S. 337ff.

Über die hohe Mobilität unter den Arbeitern schrieb 1865 der Gemeindevorsteher der Gemeinde GMH, daß „fortwährend ein *Einzug* evangelischer Arbeiter, vorzugsweise aus unserem Königreich, dem Kgr. Preußen und Kurfürstentum Hessen stattfindet. Bei dem größeren Teile dieser unserer Einzügler, soweit er nicht schon früher vorzugsweise vom Harz, hier einwanderte und seßhaft geworden, *ist der Aufenthalt nur vorübergehend*; sie sind meistenfalls Hüttenarbeiter, unverheiratet, ihre Zahl kann mit einiger Sicherheit hier nicht angegeben werden."[25] Im Einzelfall sah das so aus: Ein Arbeiter bat beim Amt Iburg um die Rückgabe seines Passes und um ein Visum nach Dortmund, „weil ihm die Arbeit beim Georgs-Marien-Verein bei zu schwachem Verdienst nicht zusage. Er hat, ohne bis hierher erhaltene obrigkeitliche Erlaubnis, aber nur 3 Tage beim Verein gearbeitet [...]. Solche Fälle sind dem Amt schon öfter vorgekommen; desgleichen auch solche Fälle, wo Arbeiter infolge der ihnen zu Teil gewordenen Behandlung der Aufseher und Angestellten des Vereins die Arbeit wieder aufgegeben haben."[26]

Für die große Gruppe der Arbeiter aus dem Harzer Bergbau griff das System der „temporären Arbeit".[27] Für die ersten zwei Jahre nach seiner Übersiedlung blieb der Bergmann im „Harzer Arbeiter-Verband". Er behielt mithin das Recht auf Rückkehr sowie die im Einzelfall schriftlich zugestandene „Aussicht auf Wiedererlangung herrschaftlicher Arbeit", d.h. im staatlichen Bergbau.[28]

Hieraus resultiert auch die extrem geringe Mitgliederzahl der Knappschaft in der Gründungsphase: Im Mai 1859 umfaßte die Knappschaft des GMBHV nur 91 ständige, aber 697 unständige und 180 fremde Arbeiter. Ca. 75 der ständigen Arbeiter waren unter 35 Jahre alt. Da die Harzer Bergleute meistens Familie hatten, also älter waren, deutet auch dies darauf hin, daß sie zu diesem Zeitpunkt nicht als Mitglieder in die hiesige Knappschaft aufgenommen wurden.[29] Hinzu

---

25 Antwort auf Verfügung der Landdrostei Osnabrück vom 24.10.1865 regelmäßige Aus- und Einzüge evangelischer Arbeiter betreffend, Rep 360 Osn, Vogtei Osnabrück, Nr. 155 (Hervorhebung im Original).

26 Der Iburger Amtmann Wippern verwahrte sich gegenüber der Landdrostei gegen die Vorwürfe des Werkes, die Ämter behinderten durch ihre zu streng ausgelegte Kompetenz der Polizeiaufsicht die Einstellung neuer Arbeiter. Zitat nach Ott, Kohle, S. 228f.

27 Oberbergamt (OBA) Clausthal-Zellerfeld, Fach 165, Nr. 19: Übersiedlung herrschaftlicher Arbeiter nach dem Osnabrücker Kohlenbergwerke 1855ff.

28 OBA Clausthal, Fach 165, Nr. 26; auf die temporäre Abgabe von Arbeitern wird in Teil D, Kap. 2.2, S. 293f näher eingegangen.

29 Rep 335, Nr. 5456. Zur altersmäßigen Zusammensetzung s. Rep 335, Nr. 12958. In der Knappschaft des Oberharzes hieß es: „Vereinsgenossen, welche von den Werksverwaltungen entlassen werden, treten sofort in die *Klasse der Beurlaubten* ein, insofern sie nicht von einem andern zum Knappschaftsverein gehörigen Werk in Arbeit genommen werden." ‚Beurlaubte', d.h. die in ihren Leistungen und Ansprüchen Suspendierten.) Bis 1872 war nur an das vollständige Ausscheiden der Verlust der Mitgliedschaft bei dem zugehörigen Knappschaftsverein geknüpft, hiervon scheint man bei der Überwechselung der Bergleute zum GMBHV eine Ausnahme gemacht zu haben. Zur Knappschaft Günther, Adolf, Prévôt, René, Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland und Frankreich (= Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 114), Leipzig 1905, S. 72.

kam, daß der GMBHV eine große Zahl von Arbeitern nur vorübergehend einstellte: Im Mai 1857 waren 1.800 Arbeiter tätig, im Juli 2.500; im März 1858 betrug die durch den Amtmann von Osnabrück genannte offizielle Zahl nur noch 778. Das abrupte Hochschnellen fiel in die Hauptbauphase der Werksanlagen sowie der Koloniehäuser.[30] Die Arbeiterzahl sank nach Abschluß der Arbeiten und stieg erst wieder mit Inbetriebnahme der Hochöfen von 800 auf ca. 1.500 im Verlauf der nächsten 10 Jahre.

Daß die Sorgen der Gemeinden über zu hohe Armenlasten langfristig berechtigt waren, zeigt eine Auflistung der Armenlasten der Nachbargemeinden von GMH für die Jahre 1865 und 1868.[31] In denjenigen Gemeinden, in denen die Arbeiter des GMBHV wie auch der kleineren staatlichen Betriebe nicht in geschlossenen Kolonien lebten (Hagen, Borgloh, Ohrbeck, Malbergen), überstiegen die Armenlasten die Höhe der übrigen Gemeindelasten um 25-100%. In Georgsmarienhütte und den kleineren Koloniestandorten des GMBHV, Hasbergen und Oesede, lagen die Armenlasten unter der Zahl der übrigen Gemeindelasten, obwohl davon auszugehen ist, daß hier eine größere Zahl von Arbeitern wohnte als in den Gemeinden Hagen, Borgloh, Ohrbeck und Malbergen. In Oesede überstiegen die Armenlasten nur 1868 leicht die Summe der übrigen Gemeindelasten, was wahrscheinlich auf die Schließung des GMBHV-eigenen Glückauf-Schachtes 1866 zurückzuführen war. Es ist wohl kein Zufall, daß für den Ort Georgsmarienhütte überhaupt keine Armenlasten ausgewiesen sind.

2.2 Interessenverzahnung: Die Gründung der politischen Gemeinde Georgsmarienhütte 1860

Ein halbes Jahr nach dem Erwerb des Hüttenplatzes stellte der Verwaltungsrat im Juli 1857 den schnörkellosen und direkten Antrag auf Bildung einer eigenen Gemeinde. Er zielte auf die Kongruenz von Domizil-, Armen- und politischem Gemeindeverband, obwohl die Zahlung von nur 1/9 der Gemeinde- und Armenlasten in Malbergen der beste Grund sein könnte, keine eigene Gemeinde zu gründen. Doch waren andere Faktoren langfristig wirksamer.

Der Verwaltungsrat begründete seinen Antrag mit gemeinderechtlichen Problemen. Endgültig würden 1.000 Hüttenarbeiter und 600-800 Bergleute beim GMBHV Beschäftigung finden, wobei gerade diese Berufsgruppen sehr oft früh zu heiraten pflegten, was aufgrund ihres guten Verdienstes möglich und aufgrund ihrer schweren Arbeit auch erwünscht sei:

---

30 Zahlen für 1857/58 aus Rep 335, Nr. 5456. Für die folgenden Jahre Mitteilungen des Gewerbe-Vereins für das Königreich Hannover, Hannover 1834ff, hier Jg. 1867, Heft 1. S. 5f. Für die Gründungsphase wird irrtümlich in der Literatur oft eine Arbeiterzahl von 2.500 genannt, diese war jedoch nur für kurze Zeit gültig.

31 Rep 335, Nr. 143, II, Bl. 381,403 für 1865; Rep 335, Nr. 4688, Bl. 269-273 für 1868.

„Um den Trauschein zu erlangen, wird es in den meisten Fällen nötig sein, daß sie in der Gegend unserer Werke Wohnrecht erwerben. Ist ihnen dazu die Möglichkeit nicht eröffnet, so werden sie an andere Orte ziehen, wo ihnen weniger Schwierigkeit gemacht wird. [...] Das Interesse des Vereins aber bedingt es, einen tüchtigen Stamm alter, das heißt also verheirateter Arbeiter heranzuziehen und an das Werk zu fesseln." Die Armenlasten *„müßten in einer oder anderer Weise vom Verein übernommen werden. Schon deshalb scheint es zweckmäßig, daß der Verein einen eigenen Domizil- und Armen-Unterstützungsverband bilde. Es hat dies den weiteren Vorteil, daß der Verein es in der Hand behält, nur den zuverlässigsten Arbeitern Wohnrecht zu gewähren, nur solchen, welche durch längere Arbeit bei den Werken sich als tüchtig und unbescholten bewährt haben. Es können mit dem Erwerb der Gemeinde-Mitgliedschaft Berechtigungen verbunden werden, welche die wohnberechtigten Arbeiter als eine bevorzugte Klasse erscheinen lassen."*[32]

Ein Jahr später wurde der Verwaltungsrat vom Amt Osnabrück aufgefordert, seinen Antrag auf Errichtung einer Gemeinde konkreter auszuführen. Neben den als vorrangig herausgestellten Domizilfragen trug er seine Überlegungen zur weiteren Funktion einer eigenen Werksgemeinde vor. Er verneinte entschieden eine endgültige langfristige Festlegung des Stimmrechtes; als alleiniger Grundeigentümer — nur zwei Privathäuser waren bisher auf verpachtetem Land gebaut — beanspruchte er das alleinige Stimmrecht:

„Wenn die Arbeiter jemals Stimmrecht bekämen, sollte es durch einen Knappschaftsvertreter ausgeübt werden. [...] Angenommen, es würden zunächst 12 Arbeiter aufgenommen, welches Gewicht könnte deren Stimme gegen die Stimme des Vereins in Gemeindeangelegenheiten haben? [...] Die Beamten, Handwerker, Privathausbesitzer haben meistens gar kein Interesse, ihre Aufnahme zu wünschen. Die meisten derselben, namentlich die Handwerker, werden erst die weitere Entwicklung der Verhältnisse abwarten, bevor sie sich hier fest plazieren. Berücksichtigt man dabei noch, daß es sowohl im Interesse der Gemeinde als des Vereins als der ganzen Umgebung ist, das zunächst sehr strenge bei Aufnahme neuer Mitglieder verfahren wird, so läßt sich soviel wohl mit einiger Sicherheit behaupten, daß die Zahl der Gemeindemitglieder in den ersten Jahren sehr gering sein wird."[33]

Aus dieser Argumentation sprechen alle Intentionen des Vereins: Aufnahme bei Verheiratung, das heißt also Ansiedlung von Familien, wobei eine spezielle, sehr strenge Auslese stattfinden sollte. Nicht die Zusammenziehung großer Arbeitermassen wurde durch die Gemeindegründung angestrebt, sondern die Herausbildung einer kleinen Elite.

Die Verhandlungen um die Gemeindegründung vollzogen sich dann völlig reibungslos. Alle Beteiligten — Werk, Landgemeinden, Ämter, Landdrostei, Hannoversche Regierung, Kirchen — hofften auf die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen:

---

32 Antrag des Verwaltungsrates vom Juli 1857, Rep 335, Nr. 13193.

33 Brief des Verwaltungsrates vom 18.11.1858 an das Amt Osnabrück, Rep 350 Osn, Nr. 935.

Die betroffenen kleinen Landgemeinden waren mit der Bewältigung der neuen Situation überfordert, sie fürchteten am meisten die Last der Unterstützung verarmter Fabrikarbeiter. Die über ihnen stehenden Ämter Iburg und Osnabrück wiederum wollten diesen dampfenden Koloß los sein, da sie zwischen den Gemeinden zu vermitteln hatten und dabei oft recht ratlos waren. Sie beobachteten mehr als daß sie informiert wurden und scheuten die Durchsetzung der von der Landdrostei angeordneten Verfügungen gegen den Willen der Landgemeinden.[34] Der Osnabrücker Amtmann bedauerte sogar, „daß die neue Gemeinde nicht als eine selbständige städtische, wie sie doch einmal entwickelt werden soll, der oberen Verwaltungsbehörde sofort zu unterstellen ist." Wenn eine Gemeindegründung erfolgen sollte, dann habe das Amt Osnabrück „kein lebhaftes Interesse, die neu zu bildende Gemeinde GMH mit ihrer örtlichen Verwaltung in ihren Geschäftskreis und Verband besonders noch hineinzuziehen."[35] Auf diese Weise hofften die Ämter als Mittelbehörde ausgeschaltet zu werden, zumal sich der Verwaltungsrat sowieso meistens über sie hinwegsetzte und sich direkt an die Landdrostei wandte.

Ende 1858 forderte die Landdrostei die Ämter Iburg und Osnabrück zu monatlichen Konferenzen und vierteljährlichen Berichten über das neue Werk auf, um „Übelstände" sofort im Entstehen abzufangen oder zu mindern. Die Konferenzprotokolle geben einen Einblick in die Kenntnisse von dem neuen Werk sowie in die Handlungsspielräume der Behörden. Die Treffen fielen in die Zeit, in der der GMBHV vorübergehend bis zu 2.500 Arbeiter für den Bau der Anlagen beschäftigte und die Auswirkungen der Krise von 1857-59 noch zu spüren waren.[36] Dabei wurden Fragen der Enteignung, der Störung der Sonntagsruhe, die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen, die Frage neuer Schul- und Kirchenbezirke sowie die von beiden begrüßte Gründung der Gemeinde Georgsmarienhütte besprochen. Doch schon das 5. Treffen fiel wegen „besonderer Geschäfte aus", und erst im Winter und Frühjahr 1860 trafen sich die beiden Amtmänner wieder regelmäßig. Nachdem schließlich im Mai 1860 der Hüttenplatz und die Kolonie aus dem Gemeindeverband Malbergen zur Gemeinde GMH ausgegliedert worden waren, wurden die Themen rar und gelegentliche Briefe ersetzten die Konferenzen. So schloß das Protokoll vom August 1860 mit der Bemerkung:

---

34 In der Stellungnahme des Osnabrücker Amtmannes Gerdes vom 23.3.1858 an die Landdrostei betreff Gemeindegründung wird dies besonders deutlich. In konjunktivischer Form berichtete er, daß ihm Verhandlungen des Vereins mit dem Evangelischen Konsistorium in Osnabrück wegen „eigener Schuleinrichtung sowie eine eigene Kirche zu gründen" bekannt seien; Rep 335, Nr. 13193. Auch Formulierungen wie „dem Vernehmen nach" deuten darauf hin; Konferenzprotokoll vom 21.7.1860, Rep 335, Nr. 5458.

35 Gerdes an Landdrostei am 20.1.1860. Rep 335, Nr. 13193, Bl. 26.

36 Schreiben des Landdrosten vom 23.12.1858 an die Ämter Iburg und Osnabrück, Rep 350 Iburg, Nr. 2545. Zur Krise s. auch Teil B, Kap. 1, S. 53f.

„Besondere Fragen, welche gemeinschaftlich zu erörtern und zu beraten, lagen nicht vor."[37]

Die Landdrostei selbst, in Person des Landdrosten Lütckens, verhielt sich dem Werk gegenüber ablehnend bis gleichgültig. Verwandtschaftlich verschwägert mit dem industriefeindlichen Hannoverschen Innenminister von Borries[38] hatte er das ja immerhin vom König geförderte Unternehmen bis zum Sommer 1858 noch nicht einmal in Augenschein genommen.

Ein guter Beleg für die Haltung der Landdrostei ist die ungewöhnliche Art der Registrierung aller die Gemeinde betreffenden Vorgänge. In ihr dokumentiert sich die Unsicherheit, was denn die Georgsmarienhütte eigentlich sei — ein Werk, eine Gemeinde oder beides zugleich. In den Beständen der Landdrostei Osnabrück (bis 1912) sucht man vergebens unter der Abteilung Verwaltung des Innern/Gemeindesachen/Landgemeinden/Specialia nach Akten über die Gemeinde Georgsmarienhütte. Lediglich der Vorgang der Gemeindegründung ist in einer Akte hier abgelegt. Alle übrigen Vorgänge finden sich in der Abteilung Verwaltung für Handel und Gewerbe/Bergwerkssachen/Specialia/GMH. Hier wurden immerhin 21 (zum Teil nicht mehr vorhandene) Titel zu Werk und Ort abgelegt, so auch originäre Gemeindeangelegenheiten wie die „Kirchen- und Schulverhältnisse" oder die „Einrichtung einer Speiseanstalt".

Zu guter Letzt die Interessen der Kirche: Der für die Protestanten des Osterberges zuständige Iburger Schloßprediger Schmerfeld bündelte die Position der Kirche zur Gemeindegründung. Als unmittelbarer Beobachter wurde er vom Vorsitzenden des Evangelischen Konsistoriums Osnabrück, Wyneken, um eine Stellungnahme gebeten. Schmerfeld beklagte moralische Übelstände und Unzucht unter den protestantischen Arbeitern des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hütten-Vereins. In den Kirchenbücher der Iburger Pfarrei findet man in der Tat nicht selten die Bemerkung, die Eheschließenden hätten ein Kind oder auch mehrere Kinder.

„Auf welche anderweite Ursache dies Unwesen auch sonst etwa zurückgeführt werden mag, so liegt es doch ohne allen Zweifel in den Schwierigkeiten, welche diesen Leuten entgegentreten, wenn sie eine Ehe eingehen wollen, die allernächste und stärkste Versuchung zu unzüchtigem Verkehr der Geschlechter. Eine Erleichterung für das Eingehen von Ehen ist daher sehr zu wünschen. Da diese nun sofort eintreten würde, wenn die Arbeiter des GMV eine eigene Gemeinde bildeten, so ergeht an Kgl. Konsistorium eine gehorsamste Bitte dahin: Die Bildung eines eigenen Gemeinde-Verbandes für die Angehörigen des GMBHV kräftig fördern zu wollen."[39]

37 Rep 350 Iburg, Nr. 2545, dort auch die einzelnen Protokolle. Eine private Mitteilung in den Briefen von Amt zu Amt wirft evtl. auch ein Licht auf die im Kern werksfreundliche Haltung Gerdes. Auch seine Familie war von der Auswanderung betroffen; sein Sohn war in die USA ausgewandert und kehrte 1860 schwerkrank zurück.

38 Ott, Kohle, S. 30.

39 Schreiben des Evangelischen Konsistoriums an die Landdrostei am 22.6.1859, Rep 335, Nr. 13193. S. auch Ott, Kohle, S. 218. Auf die Konfessionsverteilung und die Kampfkonstellation zwischen den beiden Konfessionen wird in Teil E, Kap. 1 und 3 näher eingegangen.

Letzte Entscheidungsinstanz für oder gegen eine Gemeindegründung war das Innenministerium in Hannover. Der Verwaltungsrat in der Person des Oberhofmarschalls und Verwalters des Kgl. Privatvermögens von Malortie — das Bindeglied zwischen Werk und Hannoverschem Königshaus — hatte schon im September 1858 gedrängt, die Regulierung der Gemeindeverhältnisse sei für das weitere Voranschreiten des Werkes „durchaus präjudicierlich". Dieses Schreiben an den Landdrosten wurde auf Bitten des Verwaltungsrates an das Innenministerium weitergeleitet und traf wieder einmal den königlichen Nerv.[40] Die Bedenken des Innenministeriums, der Gemeindebezirk sei an sich zu klein und die Bevölkerung völlig von der Existenz der neuen Gemeinde und von „dem Gedeihen des fraglichen gewerblichen Unternehmens" abhängig, wurden nun vom Innenministerium selbst wieder beiseite geschoben: Es seien „andere Gründe stärker".[41]

Im April 1860 erklärte sich das Innenministerium mit dem Statutenentwurf einverstanden. Am 1. Mai 1860 trat das Gemeindestatut für die neue Gemeinde Georgsmarienhütte in Kraft.[42] Der Kreis der Interessen hatte sich geschlossen. Auf Seiten der Landgemeinden, der Ämter, der Landdrostei und der Kirchen kann man von einem Versuch der Ausgrenzung sprechen, auf Seiten des Werkes und des Ministeriums wurde hingegen eine Abgrenzung angestrebt. Beides griff hier verzahnend ineinander und führte zur Neubildung einer Gemeinde.

Rechtlich bot die Hannoversche Landgemeindeordnung hierzu die Möglichkeit: Die als Anbauernstelle eingestufte und veranlagte Aktiengesellschaft erhielt nach dem Hannoverschen Gemeinderecht kurzerhand den Charakter eines Gutsbezirkes. Die Aktiengesellschaft übernahm alle Pflichten in der Gemeinde und erhielt somit alle Rechte. Dies galt, solange die Mehrheit der übrigen Gemeindemitglieder damit einverstanden war.

Diese Regelung der Stimmverhältnisse war nach der Landgemeindeordnung von 1859 (§ 17) nicht die einzige Möglichkeit. Statt der hier zugrundegelegten Veranlagung nach dem Höfe- und Baufuß war grundsätzlich auch die Veranlagung nach dem Steuerfuß möglich. Doch der Weg erübrigte sich so lange, wie der GMBHV keinen Privatbesitz an Grund und Boden in seiner Gemeinde zuließ.[43] Im Antrag auf Bildung einer Gemeinde schrieb Malortie 1858, daß „unseres Erachtens die Besitzer der [...] zwei Privathäuser, weil dieselben auf verpachtetem Grunde gebaut, und deshalb nur als Meliorationen und nicht als Eigentum anzusehen sind, nicht ohne weiteres Mitglieder der Gemeinde werden, sondern auf etwaiges Verlangen erst aufgenommen werden müssen."[44]

Dem Werk stand es nun als alleinigem Steuerzahler mit alleinigem Stimmrecht

40 Rep 335, Nr. 13193, Bl. 18.

41 Schreiben an Landdrostei vom 22.10.1858, Rep 335, Nr. 13193. Selbst dem Osnabrücker Amtmann Gerdes, der meistens überschwenglich über das Werk berichtete, fehlte zwischenzeitlich „Mut und Vertrauen", aufgrund der drückenden Zeitkonjunkturen die Gemeindebildung voranzutreiben. Gerdes glaubte 1858 eher an einen Zusammenbruch des Vereins als an eine stabile Zukunft. Ebd., Bl. 2-13, 26.

42 Abgedruckt in Chronik Georgsmarienhütte, S. 20f.

43 Ebert, Gemeindegesetzgebung, S. 249.

44 Schreiben Malorties an Amt Osnabrück vom 18.11.1858, Rep 350 Osn, Nr. 935.

frei, die Wohnungs-, Boden- und Ansiedlungspolitik den werkseigenen Bedürfnissen anzupassen. In einer Frage der Gemeindeordnung bekam der GMBHV nicht Recht: Die Mitglieder des Gründungskomitees, die laut Statut bis 1865 den Verwaltungsrat bildeten und irgendwo im Königreich ihren Wohnsitz hatten, wollten sich selbst zugleich als einzige Stimmberechtigte im Gemeindevorstand sowie in der Vertretung der Gemeinde nach außen einsetzen. Das Innenministerium bestand auf der Einhaltung der Landgemeindeordnung — nur die am Ort ansässigen Direktoren durften ihr Stimmrecht ausüben.[45]

Geleitet wurde die neue Gemeinde von Direktor Wintzer (vormals Johannishütte, Duisburg) und dem Grubendirektor, dem belgischen Ingenieur Wittenauer. Um alle Formalia für die bevorstehende Gemeindegründung zu erfüllen, erhielten drei Personen nebst ihren Familien vorab umgehend das Heimatrecht: Der zukünftige Gemeindevorsteher, der Registrator Louis Meyer, war zuvor Kämmerer und Sparkassenrendant in Springe. Ihm zur Seite stand als Beigeordneter der Revisor Carl Ahrens, ebenfalls aus Springe, zuletzt Agent in Langenhagen. Beide wurden Gemeindebeamte. Gemeindediener wurde der Nachtwächter Wilhelm Engel, zuvor Schmied und Nachtwächter in Bleckede/Lüneburger Heide. An dieser grundsätzlichen Konstellation des Machtgefüges in der Gemeinde Georgsmarienhütte hat sich faktisch bis 1918 nichts geändert. Da später auch kapitalkräftige Geschäftsleute und Handwerker Domizilrecht erhielten, entschied sich das Werk — also der Gemeindevorstand — Mitte der 1880er Jahre, die Veranlagung der Gemeindesteuern nach dem Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuerfuß einzuführen (ausgenommen: Hausiersteuer).[46]

Als Gemeindebezirk wurde zunächst nur das Gebiet des Schultenhofes genehmigt. Die Exklave Osterberg im Amt Iburg blieb mit der Auflage ausgegliedert, das Werk müsse zunächst das Terrain für die Anlage eines Verbindungsweges zwischen beiden Koloniestandorten erwerben. Der Streit um die Eingemeindung wirft ein weiteres Licht auf die Funktion der Gemeinde für das Werk:

Beide Amtmänner hatten gemeinsam mit dem GMBHV energisch die Enteignungsverhandlungen für den Erwerb des schmalen Wegstreifens vorangetrieben. Als die Landdrostei 1864 endlich der Eingliederung des Osterberges in die Gemeinde GMH zustimmte, legte der GMBHV überraschend beim Innenministerium gegen die Eingliederung Widerspruch ein. Sein Argument lautete, „weil der ohnehin durch ungünstige Konjunkturen bereits gedrückte Verein eine Anzahl wohnberechtigter Familien dann übernehmen müsse, deren Verhältnisse ein Fernhalten von der Mitgliedschaft der Gemeinde GMH als dringend wünschenswert erscheinen lasse."[47] Der GMBHV hatte Erfolg; das Innenministerium fügte sich seinen Wünschen und beließ den Osterberg bis auf Weiteres in der Nachbargemeinde Oesede. Es gab zugleich der Gemeinde Oesede den Rat, sie solle

45 Ebd. Ott, Kohle, S. 219 irrt hier; er geht von der Stimmberechtigung des Verwaltungsrates aus.

46 S. dazu auch Teil E, Kap. 3, S. 352ff.

47 Zusammenfassung eines Schreibens des Verwaltungsrates an das Amt Osnabrück vom Juli 1863 durch den Amtmann Gerdes für die Landdrostei, Rep 335, Nr. 13193.

zwischenzeitlich ihre Interessen durch eine „vorsichtige Handhabung der Trauschein- und Domizilvorschriften" wahren.[48] Damit wurde nur ausgesprochen, was später mit großen Lettern auf zwei Hausfassaden der Osterberg-Siedlung zu lesen stand: „Armenhaus".[49] 1872 wurde der Osterberg dennoch angegliedert und zwar nur, weil auch die GMBHV-eigene Bahnhofsanlage 1871 teils im Amt Osnabrück, teils im Amt Iburg projektiert war. So sah sich der GMBHV der Glaubwürdigkeit halber gezwungen, im Zuge der Umgemeindung des Bahnhofsgeländes auf die Eingemeindung des Osterberges zurückzukommen.[50]

Die Gemeindegründung ergab sich aus den Folgeproblemen der Werksgründung. Im Kontext der montanindustriellen Entwicklung der 1850er Jahre war die Gründung des GMBHV und der neuen Gemeinde GMH nichts Außergewöhnliches. In der Ausformung eines Industriedorfes als reiner Werksgemeinde hingegen scheint Georgsmarienhütte einmalig zu sein. Ihr besonderer Charakter als montanindustrielle Insel wird verstärkt durch ihre Lage in einem vornehmlich agrarwirtschaftlich bestimmten Umfeld. Werks- und Gemeindegründung stehen eindeutig im Kontext der Förderung der aufkommenden industriekapitalistischen Wirtschaft im Agrarland Hannover durch einen Teil des hannoverschen Hofadels sowie durch König Georg V. Mit ihr war die Hoffnung auf eine Stärkung der persönlichen wirtschaftlichen Position und damit zugleich der des Königreichs verbunden, wobei all dies noch unter Anwendung und Ausschöpfung der bestehenden, auf ein Agrarland bezogenen gesetzlichen Mittel geschah.[51]

48 Schreiben des Innenministeriums an Verwaltungsrat vom 9.12.1864, ebd., Bl. 68ff.

49 Mündliche Aussage Ludwigs an die Verfasserin, GMH 1987.

50 Rep 335, Nr. 13193 sowie Rep 350 Osn, Nr. 1501.

51 Es sei dahingestellt, ob sich durch die Gründung des GMBHV und der Gemeinde GMH nun eine „Feudalisierung des Bürgertums" (Böhme) oder eine Annäherung des Adels an das Bürgertum ausformte. Vgl. dazu Böhme, Helmut, Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1968, S. 50ff. sowie Ott, Kohle, S. 111. Ott verweist zur Auseinandersetzung bezogen auf Preußen auf das Buch von Machtan, Lothar, Milles, Dietrich, Die Klassensymbiose von Junkertum und Bourgeoisie. Zum Verhältnis von gesellschaftlicher und politischer Herrschaft in Preußen/Deutschland 1850 bis 1878/79, Frankfurt/M., Berlin., Wien 1980, s. dort S. 8-33. Die Verfasser lehnen das Etikett der „Feudalisierung des Bürgertums" für bürgerliche Anpassung an überkommene Herrschaftselemente ab. Dieses Etikett treffe nicht die daruntergelagerte eigentliche materielle Klassensymbiose von Junkertum und Bürgertum. Die „Feudalisierung des Bürgertums" sei letztlich eine den materiellen Kern verschleiernde „Verkehrsform" (s. S. 33). Ein Ausdruck für gegenseitige Annäherungen war das Verhalten anläßlich der Entlassung des Hüttendirektors Brandt. Brandt war von der fiskalischen schlesischen Königshütte zum GMBHV gewechselt. Doch schon 1860 wurde auf der Generalversammlung seine Entlassung wegen Unfähigkeit verlangt und die Gründe im Bericht des Verwaltungsrates öffentlich gemacht. Die Entlassung erfolgte über den formalen Weg einer Statutenänderung. Als Brandt sich nun zu einer Rechtfertigungsschrift und Offenlegung interner Verhältnisse des GMBHV entschloß, gaben die adeligen Vertreter des Verwaltungsrates, von Malortie und von Alten, dem Innenministerium den deutlichen Rat, einer — von Brandt zuvor schon ins Spiel gebrachten — Titelverleihung unabhängig von seinen Leistungen nachzukommen. Nds. HStA, Dep 103, XXIII, Nr. 226, Schreiben Malorties an Innenministerium vom 7. Februar 1861 sowie Bericht des Verwaltungsrates des GMBHV betreffs Entlassung Brandts an das Innenministerium vom 11. März 1861.

So legitimiert, entstand eine „neue Feudalität", nach der sich selbst die Aktiengesellschaften „als einen fest umgrenzten Herrschaftsbezirk" betrachteten, „in dem die Produktionsgemeinschaft gleichzeitig eine ‚Lebensgemeinschaft' war — im Prinzip durchaus geordnet nach den Ideen ostelbischer Gutsherrschaft, so daß der ‚Herr der Fabrik' (sei es der Aufsichtsrat oder der Direktor) die Fürsorge für ‚seine' Arbeiter übernahm, zugleich aber auch deren totale Hingabe an ‚sein Unternehmen' forderte."[52] Wohl nicht zufällig blieb die Georgsmarienhütte der vermutlich einzige erfolgreiche Versuch der Gründung einer Werksgemeinde in dieser ausschließlichen Form. Zustandekommen und Ausprägung sind untrennbar an die politische und wirtschaftliche Situation im Königreich Hannover gebunden.

Es gab nur wenige mehr oder weniger erfolgreiche Versuche der Gründung von Werksgemeinden, vor allem in der Montanindustrie, im 19. Jahrhundert in Deutschland und in Europa:

Beispiel 1: die Bergbau- und Hüttengesellschaft zu Peine, ebenfalls im Königreich Hannover. Die Werksgründer planten zugleich mit dem Bau der Werksanlagen einen neuen Ort mit eigener Schule und Kirche. Nach zwanzig Jahren wurde 1875 Neu-Ölsburg gegründet, nachdem sich verstärkt die Ansiedlung fremder Arbeitskräfte als unverzichtbar herausstellte. 1869 wurde zum erstenmal Land für den Bau einer Kolonie erworben, das dann den Grundstock für die Gemarkung bildete.[53]

Beispiel 2: die fiskalischen Werke in Oberschlesien. Aufgrund der besonderen Situation im preußischen Teil Polens nahmen sie eine Sonderstellung ein, denn das Areal der Kolonien und Hütten wurde grundsätzlich auch in kommunaler Beziehung von den „alten polnischen Gemeinden" getrennt. So entstanden nach und nach eigene Gemeinden in dem und um den Gutsbezirk, der das Werk, die fiskalischen Beamten- und Meisterwohnungen und die Kolonie umfaßte. Die Oberbergämter übten als „Vertreter des Fiskus, als des Dominialbesitzers die zur gutsherrlichen Obrigkeit gehörenden Befugnisse aus"; im übrigen blieb die Gemeinde in der Verwaltung autonom. Bei Gründung der Königshütte 1798 wurden Arbeiter von anderen Königlichen Hüttenwerken in Schlesien zur Königshütte verpflanzt: Auch hier entstand ein eigener Gutsbezirk für Werk, Beamten-

---

52 Böhme, Prolegomena, S. 50. René Otts Fazit, die Zustimmung zur Gemeindegründung sei „ein Eingeständnis der Schwäche des hannoverschen Staatsapparates gegenüber den Problemen des kapitalistischen Klassenantagonismus", unterschätzt m.E. den Pragmatismus und die Zielgerichtetheit der hannoverschen Politik; vgl. Ott, Kohle, S. 219. Rosenbergs Charakterisierung der ostelbischen Rittergutsbesitzerklasse, die zur langfristigen Sicherung ihrer Privilegien zugleich „reaktionär (...), fortschrittlich und modern" war, trifft in ihrer Doppelgesichtigkeit vor 1866 auch auf Teile des hannoverschen Adels zu. Hans Rosenberg, Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, in: H.-U. Wehler (Hg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966, S. 287-308, hier S. 287f.

53 Renneburg, Wilhelm, Der Kulturlandschaftswandel in der Gemarkung Olsburg unter dem Einfluß der Ilseder Hütte, schriftl. Hausarbeit in Geographie am Geographischen Institut der Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen 1973, S. 46ff; ebenso Treue, Ilseder Hütte, S. 35.

und Arbeiterkolonie. Bei der Erweiterung wurden außer der eigentlichen Kolonie weitere Ländereien für Wohnzwecke aufgekauft, die dann wiederum neue kleine Gemeinwesen, insgesamt zwölf, bildeten. Die „schädlichen Einflüsse, welche in Oberschlesien bei der Konkurrenz von Arbeitern und Bauern so vielfach hervortreten, konnten in diesen Kolonien nie zur Geltung kommen". Als das Werk in den 1860er Jahren an Privat verkauft werden sollte, ergab sich als Problem „die Frage der Gestaltung der Kommunalverhältnisse der zu der Königshütte gehörenden Kolonien". Laut Kabinettsordre vom 18.7.1868 galt der Beschluß, vor dem Verkauf „Ordnung in diese Verhältnisse zu bringen". Sie bestand darin, die einzelnen Kolonien in einer Stadtgemeinde mit voller Stadtordnung zusammenzufassen. Das war die Gründung der Stadt Königshütte. Die Kommunallasten wurden weitgehend von der Hütte, der Grube und der oberschlesischen Eisenbahn getragen. 1871 erfolgte die Gründung der „Vereinigten Königs- und Laurahütte, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb zu Berlin".[54] In der Stadt Königshütte stellten die beiden großen Werke ab 1870 nach dem preußischen Dreiklassenwahlrecht die Wählerschaft der ersten Klasse.[55] Auch wenn hier eine weitgehende Identität von Werksgrund und Stadtgebiet vorlag, war in Preußen mit dem Dreiklassenwahlrecht eine Einteilung der Klassen nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorherrschend und damit zumindest rein rechtlich die Alleinherrschaft eines Werkes nicht mehr möglich. Anders war es beim hannoverschen kommunalen Klassenwahlrecht, aus dem noch stärker die ständische Grundlage als Einteilungskriterium für die Wählerklassen sprach, wodurch die alleinige Vorherrschaft eines Gemeindegliedes möglich war.[56]

Beispiel 3: die kleine Bergbaugemeinde Penzberg in Oberbayern. Nach Ausschöpfung des einheimischen Arbeitskräftepotentials wurde ab Ende der 1860er Jahre dazu übergegangen, bergmännische Arbeitskräfte von weither zu rekrutieren. Hier wurden die Ausgemeindungsanträge nicht vom Werk, sondern zuerst in den 1870er Jahren von den Besitzern der großen Höfe gestellt. Ihr Motiv, den Gemeindeverband zu verlassen, waren vorrangig Verluste bei den Gemeindewahlen. Die Zeche griff diesen Versuch auf, doch die Ausgemeindungsbestrebungen scheiterten letztlich 1877 an den Vorstellungen der Zeche über eine Ablösesumme, zumal das Werk sah, daß der Einfluß, „der ihr jetzt versagt blieb, [...] ihr künftig von selbst zufallen" würde.[57]

Beispiel 4: Der Versuch der Bildung der Gemeinde Oberhausen durch Gebietsabtretungen aus sechs Bauerngemeinden endete 1861 erfolgreich. Doch erst nach und nach ergab sich eine Verschiebung innerhalb des neuen Gemeinderates von

---

54 Junghann, Otto, 1802-1902. Die Gründung und Weiterentwicklung der Königshütte (Oberschlesien). Festschrift zur hundertjährigen Jubelfeier ihres Betriebes, o.O., o.J., S. 12, 63ff.

55 Ott, Kohle, S. 220.

56 Zum Wahlrecht s. Rürup, Reinhard, Deutschland im 19. Jahrhundert 1815-1871 (= Deutsche Geschichte, Bd. 8), Göttingen 1984, S. 88.

57 Tenfelde, Klaus, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900-1945, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 4, hg. v. M. Broszat, München, Wien 1981, S. 1-423, hier S. 18-26, Zitat S. 25.

der landwirtschaftlichen Mehrheit zugunsten eines gewerblichen Übergewichts. Schul- und Konfessionskonflikte lagen hier ähnlich wie in Georgsmarienhütte. Eine Identität von Werksgelände und Gemeindebezirk gab es jedoch nicht.[58]

Beispiel 5: In Neckarau bei Mannheim, Sitz unterschiedlicher Industrien, strebten 1898 drei chemische Werke aufgrund infrastruktureller Probleme — die Hafenanlagen gehörten zu zwei Verwaltungsbereichen — eine selbständige Kunstgemeinde Rheinau an. Zuvor waren die Eingemeindungsbestrebungen nach Mannheim gescheitert. Der Kompromiß bestand darin, Neckarau endgültig nach Mannheim einzugemeinden.[59]

Bis auf das Beispiel Neckarau liegen alle Versuche im montanindustriellen Bereich. Montanunternehmen konnten bei ihrer Standortentscheidung weniger als andere Industrien Rücksicht auf Verwaltungsgrenzen nehmen. Der Anschluß an eine Stadt oder die Randlage zu ihr konnte, um die vorhandene Infrastruktur auszunutzen bzw. um die Kosten einer noch zu erstellenden Infrastruktur zu reduzieren, daher kein vorrangiger Standortgesichtspunkt sein. „Eingemeindungen als Abschluß wirtschaftlicher und siedlungsgemäßer Entwicklungen" waren deswegen bei infrastrukturellen Problemen von Montanunternehmen nicht immer eine Lösungsmöglichkeit.[60] Der Versuch eigener Gemeindegründungen wurde daher zuerst von Montanunternehmen initiiert, die aufgrund der Bodenschätze an den Standort im agrarischen Umfeld gebunden waren und oft punktuelle Industriestandorte blieben.

Nach dem Selbstverständnis der großen Montanunternehmen war eine Gemeindegründung für sie eine adäquate Ausdrucksform ihrer betrieblichen und politischen Ziele. Die angestrebte politische Herrschaft des Unternehmens wurde mit der Gemeindegründung institutionalisiert. Ob die Gründung einer Werksgemeinde erfolgreich war, blieb aber unabhängig von den politischen Motiven des Unternehmens. Auch wenn im Nachhinein die Ausnutzung dieser speziellen gemeindepolitischen Situation durch die Unternehmen den Anschein erweckte — sie war eindeutig eine Folge der Gemeindegründung und nicht deren Ursache. Gemeindegründung im hier beschriebenen Sinne war mithin ein Ergebnis der Ansiedlungsprobleme der von weither rekrutierten Arbeitskräfte.

---

58 Mogs, Fritz, Die Sozialgeschichtliche Entwicklung der Stadt Oberhausen (Rhld.) zwischen 1850 und 1933, wirtsch. Diss., Köln 1956, S. 48-58. Ludwigshafen, 1850/51 gegründet, entstand ebenfalls infolge von Industriegründungen. Die Einwohner stimmten über den Zusammenschluß mehrerer Ansiedlungen ab. S. Fauck, Siegfried, Geschichte der Stadt Ludwigshafen a.Rh. in Daten, Speyer 1972, S. 26ff.

59 Tolxdorff, Leo Adalbert, Der Aufstieg Mannheims im Bilde seiner Eingemeindungen 1895-1939, Stuttgart 1931, S. 35-42.

60 Dazu Horst Matzerath, Städtewachstum und Eingemeindungen im 19. Jahrhundert, in: J. Reulecke (Hg.), Die deutsche Stadt im Industriezeitalter. Beiträge zur modernen deutschen Stadtgeschichte, Wuppertal 1978, 1980(2), S. 67-89, hier S. 81, 89.

Teil B: Die wirtschaftliche Entwicklung des Werkes im Überblick 1856-1933

Einführung

Die folgende Skizze der wirtschaftlichen Entwicklungslinien und Besonderheiten des Werkes umreißt den Bezugsrahmen für die sich anschließenden Kapitel über die Siedlungspolitik des Werkes, die Herkunft und Sozialstruktur der Bevölkerung sowie über das Konkurrenzgefüge zwischen Kolonie und Umland. Es geht hier nicht um eine Geschichte der Montanindustrie des Osnabrücker Landes. Die Entwicklung des GMBHV soll im „Zusammenspiel zwischen Struktur und Prozess"[1] mit der Entwicklung der Ruhrindustrie verglichen werden, zu der der GMBHV und später die Klöckner-Werke, Abt. Georgsmarienwerke in meist einseitiger Abhängigkeit und enger Verflechtung standen.

Das Osnabrücker Land wird wirtschaftlich gemeinhin dem westfälischen Raum zugeordnet.[2] Auf die Schwerindustrie bezogen, muß man die wirtschaftliche Abhängigkeit des Osnabrücker Gebietes vom Ruhrgebiet vorrangig unter dem Aspekt der unterschiedlichen Strukturbedingungen betrachten. Dabei ist es grundsätzlich schwierig, ein räumlich isoliertes Industrieunternehmen mit einem industriellen Ballungszentrum zu vergleichen. Ein Vergleich aller standortbestimmenden Faktoren wie Rohstoffe, Absatz, Verkehr und Arbeit wäre an sich zu leisten und führt zur Frage nach der wirtschaftlichen Verflechtung. In einem so schwerfälligen Bereich wie der Schwerindustrie ist von einer Verflechtung mit dem Bezugsgebiet aber schon dann zu sprechen, wenn die Außenorientierung in einem der Faktoren — Rohstoffe, Absatz, Verkehr — gegeben ist. Beim GMBHV wechselte die Bedeutung der einzelnen Faktoren im Laufe der Entwicklung. In der Zeit der Gründung und noch lange danach fehlten zunächst die regionalen

---

1 Pierenkemper, Toni, Struktur und Entwicklung der Schwerindustrie in Oberschlesien und im westfälischen Ruhrgebiet 1852-1913, in: Zft. f. Unternehmensgeschichte, 24 (1979), Heft 2, S. 1-24, hier S. 22. Als Gesamtüberblick über die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes die Arbeit von Feldenkirchen, Wilfried, Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes 1879-1914. Wachstum, Finanzierung und Struktur ihrer Großunternehmen, Wiesbaden 1982. Feldenkirchen arbeitet bewußt ohne Arbeitshypothese und legt seine Arbeit als Materialsammlung an, um abschließend eine generalisierende Aussage zu treffen, ebd. S. 4. Zur Kritik an Feldenkirchen s. Tilly, Richard H., in: Geschichte und Gesellschaft, 11 (1985), Heft 1, S. 112-119.

2 So u.a. Petry, Ernst, Die industrielle Struktur und Verflechtung Ostwestfalens, Recklinghausen 1948, S. 9ff; Kolkmeyer, Walter, Die wirtschaftliche Verflechtung der Stadt Osnabrück, Osnabrück 1931, S. 17f, Kuske, Bruno, Wirtschaftsgeschichte Westfalens in Leistung und Verflechtung mit den Nachbarländern bis zum 18. Jahrhundert, Münster 1949 (2); Müller-Wille, Wilhelm, Westfalen. Landschaftliche Ordnung und Bindung eines Landes, Münster 1981(2), S. 306-325.

Arbeitskräfte, sie wurden zum Teil aus Westfalen bezogen. Der Absatzmarkt in den 1860er Jahren, der Roheisenbezug und später die Kohlenbasis banden das Werk an die westfälischen Werke. Schließlich — nach dem Ersten Weltkrieg — trat die Bedeutung all dieser Faktoren durch weitgehende Verkehrserschließung und zunehmende technische Rationalisierung in den Hintergrund. Es dominierten nun — der GMBHV war Teil des Klöckner-Konzerns/Duisburg geworden — stärker (tarif)politische Gesichtspunkte sowie die Position des Werkes im Prozeß der Unternehmenskonzentration.

Diese Veränderungen in der Art der Verflechtung sind in den montanindustriellen Strukturbedingungen des Osnabrücker Landes begründet. Die oben beschriebenen Standortbedingungen in der Gründungszeit des Unternehmens blieben entscheidend für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Werkes und zwangen es zu einem besonderen Konkurrenzkampf mit der Industrie des Siegerlandes und des Ruhrgebietes.[3] Mit dem Anschluß des Werkes an das Ruhrgebiet über die Eingliederung in den Klöckner-Konzern zu Beginn der 1920er Jahre wurde das Konkurrenzgefüge nur in seinen Bedingungen verändert. Das Werk hatte sich fortan innerhalb des Konzerns zu behaupten. Bis dahin jedoch führten die Standortabhängigkeit von den Rohstoffen, der besonders in der Schwerindustrie hohe Kapitalbedarf in der Gründungsphase und die Lage als Industriestandort im agrarisch bestimmten Osnabrücker Land zu einer von den großen schwerindustriellen Werken des Ruhrgebietes oft abweichenden Entwicklung des GMBHV.

1. Von der Gründung des Werkes bis zur Fusion mit dem Osnabrücker Stahlwerk 1885

Das Werk wurde am 4. Juli 1856 gegründet, im Jahr der meisten Hüttengründungen im Ruhrgebiet. Billigere und schnellere Transportmöglichkeiten auf dem Schienenweg, aber auch die Nachfragesteigerung durch den Eisenbahnbau selbst, der Konjunkturaufschwung und vor allem die Veränderungen in Produktion und Technik der Schwerindustrie begünstigten und förderten Neugründungen von Hüttenwerken in großer Zahl.[4] Die häufige Bezeichnung ‚Bergbau- und Hüttenverein' bei diesen Gründungen verweist auf die Form der Aktiengesellschaft als Unternehmensform (Verein = AG), auf die Gewinnung von Kohle, Zuschlägen und Erzen und auf deren Selbstverhüttung in einem Werk.[5] So gehörten von den 1850-57 in Preußen gegründeten 85 Aktiengesellschaften 54 zum Industriezweig Bergbau- und Hüttenwesen.[6]

Im Vergleich zu den Werken und Neugründungen des Ruhrgebietes war der GMBHV eines der kleineren Unternehmen:

3 Petry, Struktur, S. 16.
4 Feldenkirchen, Ruhrgebiet, S. 25.
5 Ebd., S. 27.
6 S. Blumberg, Finanzierung, S. 175ff.

In den ersten Betriebsjahren 1859/60 (das Geschäftsjahr endete jeweils im Juni) wurden 10.378 t und 1863/64 dann 22.465 t Roheisen erblasen. Die Zahl der Beschäftigten betrug beim GMBHV 1858/59: 978, 1866/67: 1.300 und 1873/74: 1.675.[7]

Zum Vergleich einige Hüttengründungen der 1850er Jahre wie auch ältere Werke im Ruhrgebiet, Saargebiet, in Schlesien und im Königreich Hannover:

Hörder Verein, gegr. 1852; 1853: 24.OOO t Rohstahl und 2.000 Beschäftigte; Ilseder Hütte bei Peine, gegr. 1858; 1872: 54.557 t, 1878: 69.383 t Roheisen; 222 Beschäftigte im Jahre 1861, 924 für 1873, 1.654 für 1882; Krupp, gegr. 1812; pro 1873/74 18.039 Beschäftigte (nur Hüttenanlage); Stumm (Saargebiet), gegr. 1806; 1861-1864 durchschnittlich 1.200 Beschäftigte im Weiterverarbeitungsbereich, 1874 2.000; Königshütte (Schlesien), gegr. 1802; 1860 21.335 t Roheisenproduktion, zwischen 1856 bis 1869 wuchs die Belegschaft von 1.174 auf 4.242; Gutehoffnungshütte, gegr. 1810; 1870 90.377 t Roheisen, 1873 8.305 Arbeiter und Meister.[8]

Der Standort des GMBHV am Wasserlauf der Düte zwischen Kohle und Erz ermöglichte es grundsätzlich, den Verein als gemischtes Werk zu konzipieren, d.h. die Kohle- und Erzförderung, den Hochofenprozeß, die Frischung (Puddelwerk) und die Formgebung (Walzen, Schmieden, Pressen) in einem Werk zu vereinen.[9] Noch im Aufschwung der 1850er Jahre geplant und gegründet, konnte der Ausbau zu einem gemischten Werk jedoch erst 30 Jahre später erreicht werden. Das Konzept blieb in der Krise von 1857 stecken. Wegen der hohen Investitionskosten wurden in den 1850er Jahren auch im Ruhrgebiet nur der Hörder Verein und die Phönix Hütte zu gemischten Werken ausgebaut, die Fa. Krupp und der Bochumer Verein erweiterten erst in den 1860er Jahren ihre Anlagen in diesem Sinne.[10]

Mit der Krise von 1857, das heißt noch unmittelbar in der Gründungsphase, stand der GMBHV am Rande des Zusammenbruchs. Die allgemeine Überproduktion und der Preisverfall bei Roheisen führten zu einem schon bei Beginn unrentablen Betrieb der Hochöfen. Gerade in der Eisen- und Stahlindustrie verzögerte sich der Aufschwung bis 1862, wohingegen er in anderen Branchen schon

---

7 Rep 335, Nr. 5456 und Bericht der Generalversammlung der Aktionäre vom Nov. 1866, Rep 335, Nr. 9074.

8 Festschrift zur Hundertjahrfeier der Dortmund-Hörder Hüttenunion, Essen 1952, S. 22; Junghann, Otto, 1802-1902. Gründung und Entwicklung der Königshütte, o.O., o.J., Anlage A; Treue, Wilhelm, Die Geschichte der Ilseder Hütte, Peine 1960, S. 191,396,170. 100 Jahre Neunkirchner Eisenwerk unter der Fa. Gebr. Stumm, Saarbrücken 1906, S. 35,43. Feldenkirchen, Ruhrgebiet, Anhang sowie D. Reichert, Die Geschichte der GHH in Oberhausen, in: Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie, Bd. 2/1910, S. 236-270, hier S. 253, 270.

9 S. Ott, Kohle, S. 131. Zur ursprünglichen Planung s. den Situationsplan von 1858, Rep 335, Nr. 5461.

10 S. Feldenkirchen, Ruhrgebiet, S. 32.

1860 einsetzte.[11] Die erste Dividende zahlte der Verein erst 1863/64 in einer Höhe von 2,5%. Hinzu kam, daß die Krise von 1857 die Brüchigkeit „der Aktiengesellschaften als Organisationsform der wirtschaftlichen Ordnung" gezeigt hatte.[12] Der Werkschronist des GMBHV, Müller, schrieb darüber 1895: „Die günstige Stimmung des Publikums für Bergwerks- und Hüttenunternehmungen, welche im Jahre 1856 geherrscht hatte, war in Folge des zugunsten schwindelhafter Unternehmungen damit getriebenen Mißbrauchs und in Folge der Finanzkrise von 1857 ins Gegenteil umgeschlagen."[13]

Für den GMBHV galt, daß das Grundkapital[14] von 2,5 Talern 1859 erst zu 3/5 gezeichnet war und die Kostenvoranschläge sich als völlig verfehlt erwiesen. So waren z.B. Werkswohnungen überhaupt nicht in der Kalkulation ausgewiesen.

Am 30. Juli 1860 veröffentlichten achtzehn Aktionäre, die sich als „Hiesige" und „aus der Umgebung" kommend bezeichneten, einen Briefwechsel zwischen ihnen und dem Verwaltungsrat, um auf diesem Wege „eine baldige Insolvenz-Erklärung der Gesellschaft zu verhindern". Ihrer Meinung nach rührten die Probleme nicht nur von den „ungünstigen Konjunkturen" her, „indessen müssen ebenso erhebliche Hindernisse im Innern der Verwaltung und des Betriebes liegen".[15] Die achtzehn Unterzeichner stammten zum großen Teil aus der Osnabrücker Kaufmannsschicht, laut Adreßbuch für die Stadt Osnabrück von 1859 wohnten fünfzehn in der Stadt selbst. Unter den achtzehn waren 2 Juristen, 2 Militärs, 2 Gutsbesitzer, 1 Regierungsrat, 1 Rentier und 10 Kaufleute. Erlaubte die Form der Aktiengesellschaft grundsätzlich Unternehmensgründungen unabhängig von individuell-privatem und regionalem Reichtum,[16] so zeigte dieser veröffentlichte Briefwechsel aber auch das größere Engagement und die oft bessere Urteilsmöglichkeit bei räumlicher Nähe der Aktionäre.[17]

---

11 S. Ott, Kohle, S. 120,127. Zur Krise 1857/59 Rosenberg, Hans, Die Weltwirtschaftskrise von 1857 bis 1859, Göttingen 1974.

12 Böhme, Prolegomena, S. 56.

13 Müller, I, 1. Teil, S. 9. Müller muß hier wohl auch an die Bergbau- und Hüttengesellschaft zu Peine gedacht haben, die, im Januar 1857 gegründet, noch vor der Betriebsaufnahme bankrott war. Den Aktionären waren Dividenden von 25% versprochen und sie wurden gleichzeitig über die tatsächlich vorhandenen Bodenschätze falsch informiert. Aus dem Gründungsgewinn sprachen sich die Gründer eine Entschädigung von 20% des Aktienkapitals zu. 1858 wurde eine ‚neue' Gesellschaft, die Ilseder Hütte AG, als Aktiengesellschaft gegründet; Treue, Ilseder Hütte, S. 38-41, 49ff.

14 Im zeitgenössischen Sprachgebrauch Aktienkapital und Anleihen; s. Müller, I, 1. Teil, S. 8ff.

15 Rep 335, Nr. 5462.

16 Vgl. auch Ott, Kohle, S. 110.

17 Leider sind der Prozentanteil der achtzehn an der Gesamtheit der Aktionäre sowie ihre Stimmanteile nur annähernd zu ermitteln: Auf der 1. Generalversammlung 1858 nahmen insgesamt 39 Aktionäre teil. Auf der Aktionärsliste des GMBHV von 1868 waren die genannten 18 Osnabrücker Aktionäre nur noch zum Teil und mit nur geringen Stimmenanteilen vertreten. Zahl nach Ott, Kohle, S. 399. Daß überhaupt so viele Osnabrücker in der Gründungszeit unter den Aktionären waren, mag evtl. eine einfache Erklärung haben. Im Kgr. Hannover bestand „außer den landwirtschaftlichen Kreditanstalten bis zur Gründung

Rückblickend schrieb 1895 der Werkschronist Müller, dem als Mitglied des Gründungskomitees und des Verwaltungsrates gleichermaßen die Vorwürfe der Aktionäre galten: „Aber alles gestaltete sich durchaus anders, als man erwartet hatte. Die Kostenvoranschläge für die neuen Werke erwiesen sich überall als unzulänglich und den eigenartigen sozialen Verhältnissen und den daraus erwachsenen Schwierigkeiten war keine genügende Rechnung getragen worden."[18] Auf der Generalversammlung von 1860 wurde dann außer der Auswechslung der Direktoren auch die Einsetzung einer Untersuchungskommission beschlossen. Diese Kommission beklagte später in ihrem Bericht als größten Übelstand die fehlende Verkehrsanbindung des Werkes. Sie sah aber auch die andere Seite der Medaille und fügte hinzu, daß „bei dem Vorhandensein einer Eisenbahn sich auch die Conkurrenz der Arbeiter sowohl bei den Hütten selbst, als auch bei den Bergwerken, bedeutend mehren und dadurch die auf andere Weise kaum zu erreichende Erniedrigung der Arbeitslöhne möglich zu machen sein wird."[19] Wie noch zu zeigen ist, blieben trotz Eisenbahn und Konkurrenz der Arbeiter die Löhne stets auf niedrigem Niveau.

Entscheidend wurde nun, die Kapitaldecke des Unternehmens zu stärken und hier war wiederum der König von Hannover als Protektor gefordert. Schon 1858 hatte sich der Verwaltungsrat erfolgreich um finanzielle Unterstützung an den König gewandt: Die gewünschte Anleihe habe den Zweck, „daß die weiteren Einzahlungen auf das Aktien-Capital bis zu günstigeren Zeiten auf dem Geldmarkt sistiert werden können." Da er sich „darin sicher" sei, wolle der Verwaltungsrat „es auch ertragen, ein Unternehmen, das sich der besonderen Auszeichnung des Allerhöchsten Protectorats erfreut, dem die Namen Ihrer Majestät geliehen sind, in der Zeit seiner Entwicklung noch nicht anerkannt zu sehen."[20]

Das Ziel wurde erreicht. Die finanzielle Verbindung des Königshauses mit dem GMBHV stellte sich in den ersten fünf Jahren seines Bestehens wie folgt dar:

---

der Hannoverschen Bank im Jahre 1856 kein öffentliches Bankinstitut [...] und die Anlage der Gelder (geschah) direkt oder durch persönliche Vermittlung. [...] Der Kapitalstandort war also in stärkerem Maße ein Industriestandortfaktor als heute." S. Linde, Hans, Das Kgr. Hannover an der Schwelle zur Industrialisierung, S. 429. Linde versuchte die Erstellung einer Kapitalstandortkarte für das Kgr. Hannover in den 1850er Jahren. Treue, Ilseder Hütte, S. 60 ff, weist für die Ilseder Hütte nach, daß sie lange Zeit beinahe „ein Celler Industrieunternehmen gewesen" ist. Zahlenmäßig hatten die Kleinstaktionäre ein Übergewicht. Beruflich gliederten sich die Aktionäre etwa wie folgt: 33 Landwirte, 21 Heer und Beamtenschaft, 37 Handel und Gewerbe, 5 Geistliche — Berufe nur für 2/3 der Aktionäre nachweisbar.

18 Müller, I, 1. Teil, S. 8.

19 Rep. 335, Nr. 5462, Bl. 8,18.

20 Dieser Vorgang wird sehr fein und ausführlich beschrieben bei Ott, Kohle, S. 121-124. Zitat ebd., S. 121f.

1856 2.500.000 Tlr. Grundkapital des GMBHV, davon
1.200.000 Tlr. gezeichnet, davon
200.000 Tlr. als kgl. Vorschuß und
100.000 Tlr. als Anleihe des Bankhauses Meyer Hannover,
1859 470.000 Tlr. als kgl. Anleihe,
−200.000 Tlr. Umschuldung des kgl. Vorschusses und
30.000 Tlr. durch das Publikum;
1860 80.000 Tlr. als kgl. Darlehen,
1862 100.000 Tlr. als kgl. Darlehen,
120.000 Tlr. als Darlehen des Bankhauses Meyer.

650.000 Tlr. oder ca 25 % des Grundkapitals des Vereins stammten aus der königlichen Kasse, 180.000 Tlr. davon in Namensobligationen.[21] So hatte Georg V., als er nach dem Anschluß Hannovers an Preußen 1866 ins Ausland ging, seine Schuldigkeit getan. Das Unternehmen florierte, die königlichen Obligationen wurden eingelöst.

Die Entwicklung des Werkes in den 1860er Jahren wurde darüber hinaus entscheidend bestimmt durch eine technische Innovation in der Eisen- und Stahlindustrie: die Erfindung des Bessermer-Verfahrens. Die Steigerung in der Roheisenproduktion um 50% bis 1870/71 zeigt, daß sich die Georgsmarienhütte „von der allgemeinen Roheisenkonjunktur zunehmend freimachen konnte".[22] Die hohe Qualität des Puddelroheisens, das sich aus der Art der Hüggelerze ergab, bot insbesondere für die Herstellung von Eisenbahnschienen eine gute Basis. War die Qualität des Roheisens in den ersten Jahren eine „sehr wechselnde, teilweise mangelhafte und schwer verkäufliche", konnte ab 1863 mit zunehmender Erfahrung ein hochwertiges Puddelroheisen erblasen werden.[23] Doch der wahre Standortvorteil durch die Hüggelerze wurde zunächst von den Ingenieuren nicht erkannt: Auf der Hütte wurde nur zum geringen Teil für die eigene Weiterverarbeitung Gießerei-Roheisen erblasen, den größten Teil der Produktion nahm die Firma Krupp zur Weiterverarbeitung ab. Sie produzierte schon seit den 1840er Jahren für den Eisenbahnbau.[24]

In die 1860/70er Jahre fiel der Umschwung, für Eisenbahnmaterial anstelle von Puddelroheisensorten Stahl zu verwerten. Stahl ist dem Eisen an Härte und Elastizität überlegen. Das gewonnene Roheisen konnte durch Frischung, d.h. durch Zuführen von Sauerstoff, in Guß- oder Schmiedeeisen sowie in geringen Mengen auch in Puddelstahl umgewandelt werden. Die unterschiedlichen Frischungsverfahren, das ältere Herdfrischen, das Puddeln wie das Bessemer-Verfahren beruhen alle auf der Mitwirkung von atmosphärischer Luft bei der Umwandlung des Roheisens. Das Bessemer-Verfahren unterscheidet sich nur in

21 Müller, I, 1. Teil, S. 8ff,39.
22 Ott, Kohle, S. 182.
23 Müller, I, 1. Teil, S. 15.
24 Feldenkirchen, Ruhrgebiet, S. 21.

dem Punkt von den beiden älteren Verfahren, wie Roheisen und Luft in Verbindung gebracht werden: Die Luft wird *durch* das flüssige Roheisenbad geleitet.[25] Die Erfindung des neuen Herstellungsverfahrens durch Henry Bessemer 1856 bedeutete einen völligen Umbruch in der Weiterverarbeitung, denn Stahl war bisher in Deutschland ein kostspieliges Spezialprodukt und nicht in Mengen zu produzieren. Zu den großen Qualitätsunterschieden kam noch hinzu, daß das Bessemer-Verfahren die Möglichkeit der Massenerzeugung im Stahlbereich bot: 3 t Stahl konnten in 20 Minuten hergestellt werden, der Produktionsvorgang zur Herstellung des Puddelroheisens dauerte 24 Stunden. War durch die Einführung der Kokshochofentechnik und verstärkt durch das Puddelverfahren auf den deutschen Anlagen bis in die 1850er Jahre hinein ein „Mißverhältnis zwischen der Kapazität der roheisenerzeugenden und der roheisenverarbeitenden Betriebe" eingetreten, so glich sich dieses durch die Einführung des Bessermer-Verfahrens aus.[26]

Gerade der für den Stahl gefährlichste Bestandteil, das Phosphor, blieb im Bessermer-Verfahren unangetastet, d.h. man war auf die Verwendung phosphorfreier bzw. -armer Erze angewiesen. Aber nur 3% aller deutschen Erze waren von dieser Beschaffenheit.[27] Die deutschen Hüttenwerke waren zunächst auf den Import der englischen, spanischen und afrikanischen Erze angewiesen, was wiederum zu höheren Selbstkosten führte.

„Nur die Firma Krupp", schreibt Müller in seiner Werkschronik, *„hatte das Verfahren in richtiger Erkenntnis seiner Wichtigkeit schon seit Anfang der sechziger Jahre im Geheimen zur Anwendung gebracht und den massenhaft erzeugten Bessemerstahl unter Beibehaltung der unverfänglichen und üblichen Bezeichnung ‚Gußstahl' mit großem Gewinn verwertet. Krupp war einer der bedeutendsten Abnehmer des Georgsmarienhütter Roheisens, insonderheit einer anfänglich für ihn allein hergestellten Prima-Marke RW1. Lange war die Direktion (des GMBHV, s.m.) im Unklaren über die Verwendung dieser Marke auf den hermetisch verschlossenen Krupp'schen Werken, bis sie allmählich die Überzeugung gewann, daß daraus Bessemerstahl hergestellt wurde."*[28]

Die GMH war — von ihr selbst unbemerkt — zum begehrten Lieferanten von Bessemer-Roheisen geworden. In den Erzgruben des GMBHV am nahegelegenen Hüggel lagerte das phosphorfreie bzw. -arme Erz, das für die Herstellung von Stahl nach dem Bessemer-Verfahren Voraussetzung war. 1866 ließ sich der GMBHV — Direktor Wintzer fuhr dazu eigens nach Sheffield — von Henry Bessemer ein Zertifikat ausstellen, daß sich die verhütteten Hüggelerze beson-

25 Gemeinfaßliche Darstellung, S. 18,101-105. Mit dem seit 1802 auch in Deutschland angewandten Puddelverfahren (to puddle = rühren, manschen) konnte das aus dem Hochofen gewonnene Eisen durch Entkohlung schmiedbar und damit bleibenden Formveränderungen zugänglich gemacht werden.

26 Feldenkirchen, Ruhrgebiet, S. 31.

27 Ebd., S. 59.

28 Müller, I, 1. Teil, S. 26.

ders für dieses Verfahren eigneten. Das Werk erfuhr vorübergehend eine Vorzugsstellung auf dem deutschen Markt.

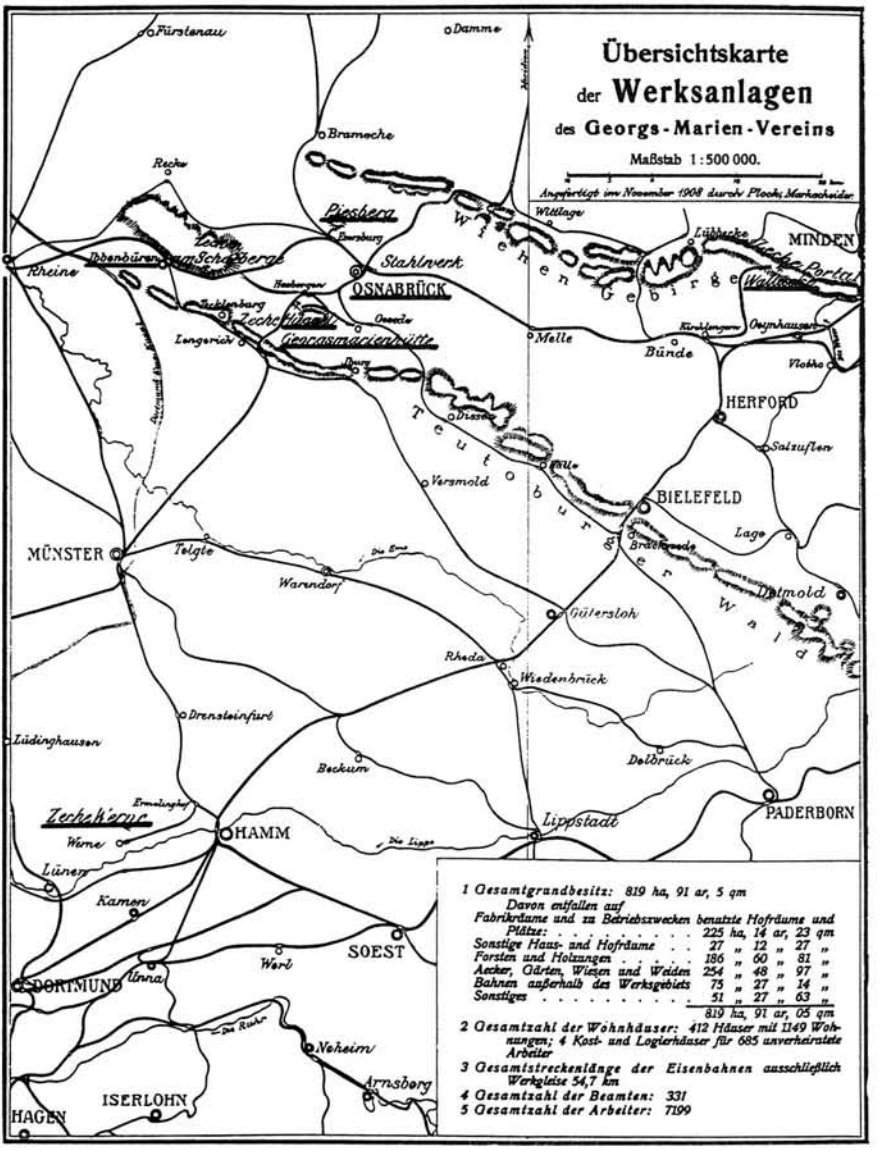
Aufgrund dieser plötzlichen Goldquelle war die Krise von 1866 für den GMBHV wenig einschneidend. Die Produktion an Roheisen stieg kontinuierlich, die Dividendenzahlungen erhöhten sich, wobei die Dividenden noch gering gehalten wurden, um einen 5. und 6. Hochofen zu bauen. 1867/68 sanken die Gewinne des Werkes zwar relativ,[29] doch hatte der GMBHV konstanten Absatz an die Fa. Krupp, den Bochumer und Hörder Verein, an die Düsseldorfer Fa. Poensgen & Giesbers sowie später an Hoesch. Sie waren gegen Ende der 1860er Jahre die einzigen rheinisch-westfälischen Werke, die Bessemerstahl herstellten, der überwiegend im Eisenbahnbau Verwendung fand.

Der Gedanke, ein eigenes Stahlwerk zur Weiterverarbeitung des Roheisens dem GMBHV anzugliedern, lag nahe. Generell waren in den 1850er und 1860er Jahren gemischte Werke noch selten. In den 1850er Jahren blieben die Gutehoffnungshütte, der Phönix und der Hoerder Verein die einzigen deutschen Unternehmen dieser Art, Krupp und der Bochumer Verein wurden in den 1860er Jahren ausgebaut.[30] Spätere Kostenersparnis und meistens vermindertes Marktrisiko konnten das Problem der hohen Investitionskosten nicht verdrängen. So lehnten noch 1868 der Verwaltungsrat und die Direktion des GMBHV die Angliederung eines eigenen Stahlwerkes ab. Man entschied sich für die Gründung einer neuen Aktiengesellschaft, des Eisen- und Stahlwerkes Osnabrück. 1871 nahm es als erstes deutsches nach einem einheitlichen Plan gebautes Bessemerstahlwerk mit einer Hüttenanlage und einem Schienenwalzwerk den Betrieb auf und bezog sein Roheisen fast ausschließlich vom GMBHV.[31] Das Stahlwerk Osnabrück lag 8 km von der Hütte entfernt am Stadtrand Osnabrücks im Hasetal direkt am Osnabrücker Bahnhof.

Die Zusammensetzung der Aktionäre veränderte sich im Vergleich zur Gründungsklientel des GMBHV nur wenig: Das Verhältnis der einheimischen zu den auswärtigen Aktionären war 11:14 (1858 vermutlich ca. 1:2). Beide Male waren die Stimmanteile der Einheimischen vermutlich gering, eine Ausnahme bildete der Besitzer der privaten Handelsschule in Osnabrück, F. Noelle. Den Löwenanteil, ca. 70 % der Anteile, kaufte der Großaktionär des GMBHV, der Hamburger Überseekaufmann Johann C. Godeffroy. Er nahm sozusagen die Rolle des Finanziers ein, die das Hannoversche Bankhaus A. Meyer und das Hannoversche Königshaus bei der Gründung des GMBHV hatten.[32]

Parallel zur größeren Unabhängigkeit vom westfälischen Roheisenmarkt durch den Ausbau des Stahlwerks wuchs jedoch die Abhängigkeit vom westfälischen Kohlenmarkt. Der GMBHV mußte den eigenen Kohlenbergbau in Oesede

29 S. Ebd., Tabelle.
30 S. Feldenkirchen, Ruhrgebiet, S. 33.
31 Müller, I, 1. Teil, S. 27.
32 Vgl. auch Ott, Kohle S. 247.



Karte 1: Übersichtskarte der Werksstandorte von 1908 (Standorte unterstrichen)

wegen Unrentabilität einstellen.[33] Er bezog 30% seiner Kohlen aus den nahegelegenen fiskalischen Gruben Borgloh und Oesede; der gesamte übrige Bedarf mußte auf dem westfälischen Markt gedeckt werden[34] (s. zu den einzelnen Werksstandorten Karte Nr. 1).

Zu einem gravierenden Problem wurde die Kohlenfrage aber erst durch die immer noch mangelhafte Verkehrsanbindung. Zwar wurden das Osnabrücker Stahlwerk und die Georgsmarienhütte mit der Fertigstellung der Eisenbahnstrecke Osnabrück-Münster 1871 an das Ruhrgebiet angeschlossen, doch gerieten die Werke damit in den Konkurrenzkampf zwischen den Eisenbahngesellschaften. Die Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft diktierte z.B. dem GMBHV bestimmte Zechen auf, die an deren Strecke lagen und von denen er seine Kohlen zu überhöhten Preisen beziehen mußte.[35]

Trotz hoher Frachttarife war die Gewinnentwicklung des Werkes stetig steigend. Dies war zum einen durch das Auslaufen des Bessemer-Patentes in Deutschland 1870 bedingt (bis dahin galt eine Lizenzabgabe von 1 Pfd. Sterling pro t), zum anderen durch die enorme Zunahme des Eisenbahnbedarfs ab 1870, hier insbesondere der steile Preisanstieg für Bessemerroheisen bei der Herstellung von Eisenbahnmaterialien.[36] Selbst in der Krise von 1873-79 stand der GMBHV relativ günstig da. Die Roheisenproduktion sank zwar 1875/76 um 22% gegenüber dem Geschäftsjahr 1872/73, doch sicherte das Osnabrücker Stahlwerk die Abnahme in vollem Umfang. Eine Überproduktion an Bessemerrohstahl hatte es in Deutschland nicht gegeben.[37] Dies belegen auch die Produktionszahlen für Stahlschienen, bei der Gutehoffnungshütte z.B. stiegen sie von 1872/73 bis 1878/79 um ca. 80%. Im Osnabrücker Stahlwerk nahm die Produktion an Fertigfabrikaten in der gleichen Zeit um 42,3% zu.[38] Zwar sanken die Verkaufspreise, doch dies weniger aufgrund der inländischen Konkurrenz als vielmehr aufgrund der niedrigeren englischen Preise.[39] Eine Betriebseinschrän-

---

33 Zahlen pro 1864 bei Schulte, Rudolf, Geschichte des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins, Köln-Kalk 1928, S. 11.

34 Die meisten Eisen- und Stahlwerke des Ruhrgebietes profitierten hingegen vom Vorteil des Kohlestandortes, die Erzbasis erwies sich entgegen früherer Vorausschätzungen jedoch als schmal: 1872 wurden 1,3% der dort verhütteten Erze importiert, 1882, auch aufgrund des Bessemerverfahrens, waren es schon 29,3%; vgl. Feldenkirchen, Ruhrgebiet, S. 57ff.

35 Müller, I, 1. Teil, S. 31. Bezüglich der Rohstoffrage weist auch die Literatur manchmal ein ‚Standortproblem' auf. So hat Feldenkirchen bei seiner Untersuchung der Rohstoffbasis und der Rohstoffmärkte der wichtigsten Firmen im Ruhrgebiet bis 1914 den GMBHV nicht ein Mal im Blick, ebenso Jochen Krengel, Die deutsche Roheisenindustrie 1871-1913. Eine quantitativ-historische Untersuchung, Berlin 1983. Hingegen Bernd Weisbrod, Die Schwerindustrie in der Weimarer Republik, Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978, bezieht die Osnabrücker Werke mit ein, da sie seit Anfang der 1920er Jahre Teil des Klöckner-Konzerns/Castrop-Rauxel waren.

36 Zur Gewinnentwicklung des Werkes im einzelnen 1869-74 s. Ott, Kohle, S. 200f.

37 S. Müller, I, 1. Teil, S. 46.

38 S. Feldenkirchen, Ruhrgebiet, S. 50 und Schulte, GMBHV, Anhang, Tafel 2.

39 Zu den Preisen Feldenkirchen, Ruhrgebiet, S. 43,50.

kung kam jedoch für das GMHütter Werk nicht in Frage; sie wäre im Vergleich zu anderen Werken noch unrentabler gewesen. Müller schrieb dazu:

„Bei verminderter Förderung der eigenen Erze mußten deren Selbstkosten erheblich steigen, während der Marktpreis der Erze bei verminderter Nachfrage zu Gunsten aller Hüttenwerke, welche gänzlich oder größtenteils auf Erze angewiesen waren, naturgemäß fallen mußte. Die Kosten des Betriebes der eigenen Hüttenbahn würden auch bei eingeschränktem Betrieb fast unverändert geblieben und die Eisenbahnfracht für Kohlen würde bedeutend gestiegen sein, weil bei einer Betriebseinschränkung deren Bezug in Extrazügen unmöglich geworden wäre. Eine diesbezügliche Rechnung ergab, daß bei einer Einschränkung des Betriebes auf drei Hochöfen eine Verteuerung des Roheisens um 20% und bei einer solchen auf 2 Hochöfen um 44% eintreten würde."[40]

Der Weg ging nur noch nach vorn und das bedeutete Investitionen und Verringerung der Lohnkosten. Trotz jährlicher Gewinne wurden keine Dividenden gezahlt. Mit diesen Entscheidungen verhielt sich der GMBHV wie die Werke des Ruhrgebietes, wo die durchschnittliche Produktion je Hochofentag von 9.760 t auf mehr als 15.000 t in den Jahren 1872-1878 gesteigert wurde.[41] Für den GMBHV galt im Jahre 1878/79 eine Produktion pro Hochofen und Tag von 42,94 t, wohingegen sie im Durchschnitt der Jahre 1869/74 nur 30,82 t betragen hatte.[42] Zugleich wurden Arbeitskräfte abgebaut; die Zahl der Hochofenarbeiter sank in diesem Zeitraum im Revier von 6.740 auf 4.257, in GMH von 1872/73 mit 1.600 Arbeitern auf ca. 1.000 im Jahre 1876/77.[43]

Der GMBHV ging sogar gefestigt aus der großen Krise hervor und zwar, wie Müller schreibt, mit „bedeutend gestärkten Kapitalkräften und mit wesentlich vervollkommneten Betriebsanlagen".[44] Er blieb bis 1878 als einziges deutsches Werk in der Lage, aus eigenen Erzen Roheisen in großen Massen für die Stahlherstellung zu erblasen. Die Erfindung des Bessemer-Verfahrens kam hier dem GMBHV mit seinen Standortnachteilen entgegen. Er konnte als abgelegenes Werk mit einem in Deutschland begrenzten Produkt auf den Markt treten.

Es war wiederum eine technische Neuerung, die die weitere Entwicklung des GMBHV entscheidend prägen sollte: Die Erfindung des Thomasstahl-Verfahren durch Thomas/Gilchrist 1878. Das Thomas-Verfahren war nur eine Abwandlung des Bessemer-Verfahrens, die Birne wurde mit basischem Futter statt mit saurem Futter ausgekleidet, womit die Phosphoranteile gebunden werden konnten. Thomasstahl war nicht nur erheblich billiger herzustellen, auch die Verwertung des phosphorreichen Erzes wurde möglich, das den weitaus größten Anteil der in Deutschland vorkommenden Erzbasis ausmachte.

---

40 Müller, I, 1. Teil, S. 47.

41 Feldenkirchen, Ruhrgebiet, S. 43.

42 Müller, I, 1. Teil, S. 49.

43 Feldenkirchen, Ruhrgebiet, S. 43 und Ott, Kohle, S. 285, hier nur die Zahl der Arbeiter insgesamt und nicht die der Hochofenarbeiter bekannt.

44 Müller, I, 1. Teil, S. 51.

Die Erfindung dieses Entphosphorisierungsverfahrens bedeutete für den GMBHV das Versiegen der Goldquelle. Die Hütte würde das Osnabrücker Stahlwerk als Kunden verlieren, zugleich war der Absatz des Roheisens an entfernt gelegene Stahlwerke — auch aufgrund der hohen Frachttarife — nun nicht mehr profitabel. Schließlich gab das Hüttenwerk 1880 seine volle Produktion an das 1872 gegründete Stahlwerk Osnabrück ab. Die Osnabrücker Abteilung spezialisierte sich fortan auf die Produktion von Bessemer-Stahlschienen und Eisenbahnoberbaumaterial und wurde gänzlich von fremden Erzen unabhängig. Hatten sich zwischen 1870 und 1879 fast alle Stahlwerke im Ruhrgebiet auf das Bessemer-Verfahren umgestellt, so arbeiteten schon 1882 von den 11 von Feldenkirchen untersuchten Unternehmen, die zusammen 75% der gesamten Eisen- und Stahlproduktion des Reviers umfaßten, nur noch 3 Werke, Krupp, der Bochumer und der Schalker Verein, aus Qualitätsgründen ausschließlich oder doch weitgehend nach dem Bessemer-Verfahren.[45]

Für den GMBHV gab es nur zwei Möglichkeiten: Angliederung eines eigenen Bessemerwerkes oder Fusion mit dem Osnabrücker Stahlwerk. Letzteres geschah am 8.2.1885. Zugleich wurden sämtliche Betriebsanlagen überholt und die Rohstoffbasis verbessert. 1883/84 erwarb der GMBHV Eisensteinfelder im westlich von Osnabrück gelegenen Ibbenbüren und 1889 das bisher städtische Kohlenbergwerk am Piesberg. Alle Werksstandorte wurden durch werkseigene Eisenbahnen verbunden, das Stahlwerk Osnabrück auf Spezialprodukte für den Eisenbahnbau ausgerichtet und die weitgehende Verwertung der Nebenprodukte aus dem Hochofenprozeß angestrebt. Von der Georgsmarienhütte ging in dieser Zeit die Verwertung der Hochofenschlacke als Baumaterial aus.[46]

Die Roheisenproduktion des GMBHV stieg in den Jahren 1878/79-1884/85 noch von 47.152 auf 63.108 t, zugleich stoppte die Zunahme des Reingewinns aber schon ab 1882/83 und die Gewinnspanne fiel wieder fast auf Null zurück.[47] Dieser Umschwung zeigt nicht nur deutlich das konjunkturelle Tief Mitte der 1880er Jahre, die extremen Werte zeigen ebenso, wie kurz die Spanne zwischen der Erfindung des Thomas-Verfahrens und seiner konkurrenzfähigen Anwendung war. Reichsweit übertraf die Produktion von Thomasstahl schnell die des Bessemerstahls, zumal die Eisenbahngesellschaften den billigeren Thomasstahl qualitativ als gleichwertig anerkannten. Der Preis für Bessemerroheisen fiel von 1880: 74M/t auf 1887: 48M/t. Erschwerend kam für den GMBHV noch der generelle Rückgang der Investitionen im Eisenbahnbau in Deutschland hinzu.[48]

Bis zur Mitte der 1880er Jahre war die wirtschaftliche Entwicklung des GMBHV im großen und ganzen der allgemeinen Konjunkturentwicklung gegenläufig gewesen bzw. er erlebte sie in abgeschwächter Form. Das konjunkturelle Tief 1882/86 traf nun das Werk doppelt hart. Das Osnabrücker Stahlwerk

45 Feldenkirchen, Ruhrgebiet, S. 143.
46 Müller, I, 1. Teil, S. 52-61 passim.
47 Ebd., S. 139, 148ff.
48 Feldenkirchen, Ruhrgebiet, S. 94. 1870/74 waren es 28%, 1880/84 13,5% und 1885/89 5,7%.

und die Georgsmarienhütte mußten den Ausbau zu einem gemischten Werk zu einem Zeitpunkt vorantreiben, als dies für die Eisen- und Stahlindustrie aufgrund der niedrigen Preise für Rohmaterial und Kohlen an sich noch unrentabel war.[49] Mit dieser Entwicklung unterschied sich der GMBHV in den 1880er Jahren von den Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie im Revier, wo die reinen Hochofenwerke noch nicht in die Stahlherstellung eindrangen sowie umgekehrt Stahlwerke sich kaum Hochofenanlagen angliederten. So produzierten die gemischten Werke, die ihre Rohmaterialien in den 1880er Jahren selbst herstellten, z.T. unter Selbstkosten.[50]

Für die Georgsmarienhütte war die Angliederung des Osnabrücker Stahlwerkes jedoch zur Lebensfrage geworden, da es in seiner Existenz völlig an die Abnahme seines im Werte sinkenden Roheisens durch das Stahlwerk gebunden war.

2. Vom selbständigen gemischten Werk zum Außenstandort eines Konzerns 1885-1920/23

Mit dem weiteren Ausbau des Unternehmens — dem Erwerb der Kohlenzechen am Piesberg 1889 von der Stadt Osnabrück (als Zeche nur bis 1899 in Betrieb), der Kohlenzeche Hilterberg (bis 1903 in Betrieb) und dem Ausbau der Zeche Werne bei Castrop-Rauxel ab 1899 — lag der GMBHV im Trend der Zeit. Der starke Anstieg der Kohlenpreise auf dem westfälischen Markt sowie allgemein das Streben nach Unabhängigkeit von den Staatsbahnen wurden ausschlaggebend für den Ankauf von Kohlenzechen.[51] Der GMBHV wäre ohne den Erwerb der genannten Zechen ab 1889 völlig vom westfälischen Kohlenmarkt abhängig gewesen, da die Arbeit auf den eigenen Zechen schon 1863 wegen Unrentabilität aufgegeben worden war und der fiskalische Bergbau in Borgloh und Oesede nahe der GMH 1889 endgültig eingestellt wurde. Der Verein erwarb 1890 die Eisenstein-Bergwerke Porta/Wiehengebirge, 1899 mehrere Zechen am Schafberg bei Ibbenbüren sowie kleinere Felder im Emsland, im Oldenburger

49 Ebd., S. 94,130.

50 S. Feldenkirchen, Ruhrgebiet, S. 141ff. Erst nach Ablauf des Thomas-Patentes 1894 gliederten sich Stahlwerke vermehrt Hochofenwerke an, was zudem durch die Anhebung der Preise durch das RWK (gegr. 1893) und das Roheisensyndikat (gegr. 1896), aber auch durch die gemischten Werke verstärkt wurde. Entscheidend für den Drang zum Ausbau gemischter Werke war aber eine technische Entwicklung beim Hörder Verein 1898, die Verwertung der Gichtgase aus dem Hochofenprozess für Gasmotoren. So konnten die Energiekosten in einem gemischten Werk erheblich gesenkt werden; s. Hentschel, Volker, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland. Organisierter Kapitalismus und Interventionsstaat? Stuttgart 1978, S. 104. Im Stahlwerk wurde 1902/03 eine Vorrichtung zur Ausnutzung der Gase gebaut, auf der GMHütte eine Gaskraftzentrale, ab 1915 wurde das Stahlwerk von der Hütte aus mit Strom versorgt; s. Müller, I, 1. Teil, S. 13 und Schulte, GMBHV, S. 123.

51 Feldenkirchen, Ruhrgebiet, S. 132f und Geschäftsbericht des Vorstandes 1888/89, Dep 49b, B, Nr. 5, S. 14.

Raum und in Holland, um sich die Möglichkeit zur Erzeugung von Thomasroheisen zu sichern.[52]

Der Umschwung spiegelt sich in den Geschäftsberichten von 1885 bis 1895 wider. Ständig wurde die Notwendigkeit zur weiteren Ausgestaltung betont, „um für unsere Werke eine immer unabhängigere Stellung zu erringen."[53] Auch die Produktionsschwerpunkte wurden verlagert. In der Folge reduzierte die Georgsmarienhütte die Roheisenproduktion nach dem Bessemer-Verfahren von 85% zu Beginn der 1880er Jahre auf 41% im Jahre 1894/95. Es wurden verstärkt Puddel- und Gießereieisen produziert und durch technische Verbesserungen erneut die Produktionskosten gesenkt. In die Stockungsjahre 1891-94 fiel die Ersetzung der bisherigen 5 Hochöfen durch 2 effektiver arbeitende Öfen. Die Roheisenproduktion in Georgsmarienhütte stieg insgesamt in diesen zehn Jahren um 22%.[54]

Durch die Abteilung Stahlwerk entwickelte sich der GMBHV immer stärker zu einem Spezialbetrieb für Straßen- und Eisenbahnwesen. Bei Zurücknahme der bisherigen Produktion von Massenartikeln an Schienen und Schwellen wurde ab 1895 der Eisenbahnoberbau verstärkt.[55] Dabei bildeten die zum Teil patentierten Erfindungen des Generaldirektors August Haarmann, der neben seiner kaufmännischen Tätigkeit zugleich Ingenieur blieb, die Grundlage. Aufgrund dieser Spezialisierungen waren auch bis 1893/94 relativ günstige Geschäftsergebnisse möglich, so daß, mit Ausnahme der Jahre 1893 und 1894, Dividenden von 2% bzw. 5% gezahlt wurden. Damit lag das Werk in etwa gleich mit den Unternehmen des Ruhrgebietes.[56] Die Produktion in der Eisen- und Stahlbranche blieb allgemein vom Ende der 1880er Jahre bis 1894 relativ konstant, und die „gedrückte Lage", wie Müller 1895 diese Zeit in seiner Werkschronik nannte, ergab sich nur aus den hohen Roheisenpreisen und den Rückgängen bei den Preisen von Fertigerzeugnissen.[57]

1895 bis 1900 erlebte insbesondere die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes einen Aufschwung, der „in seiner Intensität mit den Gründerjahren vergleichbar" war.[58] Der Roheisenverbrauch stieg in den 5 Jahren um 55,9% bei sprunghaftem Preisanstieg. Der Preis für westfälisches Thomaseisen kletterte in der gleichen Zeit um 40%, so daß die Stockungsjahre 1901/02 durch Einschränkung der Dividendenzahlung und Orientierung auf den Auslandsmarkt (in den USA verzögerte sich der Kriseneinbruch) aufgefangen werden konnten.[59]

Nach außen hin entsprach auch der GMBHV diesem Bild: Steigerung der Produktion und Erhöhung der Dividenden mit nur einem leichten Einschnitt nach der Jahrhundertwende. Intern wurde die gegenwärtige und zukünftige Lage des

52 Müller, I, 1. Teil, S. 103.

53 Hier Geschäftsbericht des Vorstandes 1889/90, Dep 49b, B, Nr. 5, S. 4.

54 Müller, I, 1. Teil, S. 105,112,139.

55 Oberbau: bei Schienenbahnen die Gleise und ihre Verankerungen; s. dazu „Klöckner und die Geschichte des Oberbaues", o.O., 1969 (2), Selbstverlag.

56 S. dazu Feldenkirchen, Anhang, Tabelle Nr. 114b.

57 Müller I, 1. Teil, S. 91f, vgl. auch Feldenkirchen, S. 97f.

58 Hentschel, Wirtschaftspolitik, S. 213.

59 Ebd., S. 99f.

Werkes jedoch pessimistischer gesehen. Zwar betonte Direktor Haarmann im Geschäftsbericht des Vorstandes 1894/95, daß er weiterhin mit Wort und Tat die „Wertüberlegenheit des Bessemermetalls gegenüber dem Thomaseisen, welches vorteilhaft herzustellen wir zur Zeit nicht in der Lage sind", in der Öffentlichkeit vertreten werde.[60] Haarmanns Erfindungen und Veröffentlichungen in diesen Jahren zielten ausschließlich darauf ab.[61] Bei allem Zweckoptimismus aber verdichtete sich ein anderes Problem, die Standortgebundenheit des GMBHV an die Erzlager des Teutoburger Waldes bei Osnabrück.[62]

In einer öffentlichen Eingabe an die Kgl. Eisenbahndirektion Münster/i.W. vom 18.2.1904 formulierte die Direktion die Sorgen öffentlich.[63] Hauptanliegen war die Angleichung an die ermäßigten Frachttarife für Erze und Kohlen, wie sie für die Eisenund Stahlwerke des Siegerlandes galten. Das Siegerland und der Teutoburger Wald stellten im Deutschen Reich die einzigen phosphorarmen Erzvorkommen, die sich für das Bessemer-Verfahren eigneten. Im Gegensatz zu den eisenreichen Erzen des Sieg-, Lahn- und Dillgebietes waren jedoch die Erze des Teutoburger Waldes nicht mehr im Ruhrgebiet abzusetzen, sie waren aufgrund ihrer Mulmigkeit nicht gut transportfähig und ihr Eisenanteil lag mit 26% zu niedrig.[64] Der GMBHV mußte sich weiterhin völlig auf die Selbstverhüttung vor Ort einstellen und das bedeutete zugleich Herbeitransport großer Kohlenmengen. Er produzierte daher vergleichsweise teuer. Haarmann wies für 1905 folgende Selbstkosten in der Stahlherstellung nach:

1. Rheinland/Westfalen	Thomasstahl	67,79 M/t
2. Lothringen	Thomasstahl	58,4o M/t
3. Siegerland	Martinstahl	71,00 M/t
4. Osnabrücker Stahlwerk	Bessemerstahl	82,95 M/t
5. Osnabrücker Stahlwerk	Martinstahl	84,00 M/t

Die Herstellungskosten für Roheisen beliefen sich für

1. westfälische Werke	45,31-47,53 M/t
2. siegerländische Werke	56,70 M/t
3. lothringische Werke	39,40 M/t
4. Osnabrücker Werke	58,54 M/t.

60 Geschäftsbericht des Vorstandes 1894/95, S. 18, Dep 49b, B, Nr. 5.

61 1896 veröffentlicht er „Der Bessemerstahl und der Thomasstahl in ihrer Bedeutung als Schienenmaterial". In eigenen Versuchen wies er die geringere Kopfabnutzung der Bessemerschienen im Vergleich von 19 Eisenbahnprofilen nach, die seit 1870 im Deutschen Reich verlegt worden waren. Bessemerschienen hatten danach eine zwei- bis dreimal höhere Haltbarkeit, s. Dep 49b, B, Nr. 2309.

62 S. auch Geschäftsbericht von 1901/02 und 1906/07, Rep 335, Nr. 12687, Bl. 109ff, 121ff.

63 Rep 335, Nr. 12073, Bl. 95f.

64 Sie zerfallen und „verstopfen" den Hochofen. Zu den einzelnen Erzrevieren und den chemischen wie physikalischen Eigenschaften s. Pothmann, Wilhelm, Zur Frage der Eisen- und Manganerzversorgung der deutschen Industrie, Jena 1930, S. 6f, 33, 38, 65ff. Pothmann nennt für die Erze des Teutoburger Waldes 1930 sogar nur einen Eisenanteil von durchschnittlich 13,5%. Alle übrigen Reviere in Deutschland liegen zwischen 24 und 42%.

Haarmann schloß seine Eingabe an die Eisenbahndirektion mit einem nationalen Appell: „Es handelt sich also nicht allein um die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit", sondern „um die Möglichkeit einer Verwertung der heimischen Bodenschätze überhaupt". Nicht zu vergessen sei, fügte er an, daß das Wohl von insgesamt 25.000 Menschen in dieser Gegend allein vom Werke abhängig sei. Doch Haarmann ging es eher um die Ermäßigung der Frachten als um nationale Gefühle. Da die Hochöfen gezwungen seien, auf Bessemereisen zu arbeiten, müsse das Werk beim „Rückgang der [hiesigen, s.m.] Mengenstückerze zur kostspieligen Einfuhr phosphorarmer Erze" [aus Schweden, s.m.] übergehen.

Aber nicht nur die Verwertbarkeit der Erze ließ nach, auch die Beschaffenheit änderte sich. Durch einen „zunehmenden Phosphorgehalt" eigneten sich nun auch die Hüggelerze immer weniger für die Herstellung von Bessemerroheisen. In einem internen Gutachten über die Entwicklung der Werksanlagen des GMBHV wurde schon 1904 als einzige Lösung die Orientierung weg von der Bessemerei gesehen.[65]

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Aufschwungsphase in der Eisen- und Stahlbranche, die bei sinkenden Preisen im wesentlichen eine Mengenkonjunktur war,[66] vom GMBHV nicht genutzt wurde. Zu hohe Selbstkosten, niedrige Preise für Fertigprodukte und unzureichende Roheisenversorgung des Stahlwerks durch die Georgsmarienhütte aufgrund von Brennstoffmangel führten dazu, daß zwar Betriebsüberschüsse erzielt wurden, die jedoch — ungleich zu den Produktionsschwankungen — stiegen und fielen.[67]

Der GMBHV stand nach der Jahrhundertwende vor einer grundlegenden Reform. Im Vordergrund stand das Hüttenwerk, das aufgrund seiner Abnehmer- und Zuliefererfunktion den Hauptbetrieb innerhalb des Werkes bildete. Der erste Schritt bestand in der Einführung eines neuen Stahlherstellungsverfahrens und damit dem Ende der Bessemerei. Im Jahre 1908 wurde zusätzlich zur Abteilung Osnabrück auch auf der Georgsmarienhütte ein Martinwerk und ein Walzwerk in Betrieb genommen.[68] Der zweite Schritt der Reform sah dann für das Osnabrücker Stahlwerk die Beschaffung billigeren Rohstahls vor. In der Weiterverarbeitung sollte die Herstellung auf „Qualitätsware" ausgerichtet werden, hierbei insbesondere die Aufnahme von „Fabrikationsartikeln mit weitgehender

---

65 Dep 49b, B, Nr. 1041. Von den eigenen Erzen waren außer denen des Hüggels in der Nähe der Hütte, dessen Erzquantum laut Gutachten zudem „nicht sehr erheblich zu sein scheint", nur noch die Erzlager des Schafberges bei Ibbenbüren für das Bessemerverfahren geeignet. Die Erze der Zeche Porta konnten indes aufgrund ihrer Zusammensetzung auf der Hütte nur als Zuschlagerze verwendet werden; s. Pothmann, S. 68.

66 Vgl. Feldenkirchen, Ruhrgebiet, S. 103 und Müller, II, S. 68ff.

67 Müller, II, S. 70ff.

68 Auch im Ruhrgebiet waren schon ab der Jahrhundertwende die meisten neuen Stahlwerke als S-M-Werke gebaut worden, hier jedoch, um gegen die Konkurrenz des Thomasstahls aus dem Minettegebiet (Minette: phosporhaltiger Brauneisenstein in Lothringen und Luxemburg) zu produzieren.

Bearbeitung, um aus der niedrigen Lohnskala gegenüber den westfälischen Hüttenplätzen Nutzen zu ziehen."[69]

Die Löhne in der Eisen- und Stahlindustrie lagen im Vergleich zum Ruhrgebiet in der Tat erheblich niedriger. 1892/93 betrug der durchschnittliche Schichtlohn im Osnabrücker Stahlwerk 2,96 M, bei Krupp hingegen 3,42 M, bei Hoesch 3,52 M.[70] Ein Vergleich der jährlichen Durchschnittslöhne in der Zeit 1905/06 bis 1908/09 bei 25 deutschen Hüttenwerken ergab, daß die Löhne des Werkes in Georgsmarienhütte mit großem Abstand an zweitletzter Stelle standen: 1905/06 verdiente ein Arbeiter im Jahresdurschnitt auf der GMHütte 993 Mark, beim Osnabrücker Stahlwerk 1.041 Mark, bei den Rheinischen Stahlwerken in Duisburg — das an erster Stelle lag — 1.632 Mark.[71]

Fortan änderte sich auch die Arbeitsteilung zwischen dem Hüttenwerk in GMH und dem Eisen- und Stahlwerk in Osnabrück. Die Stahlgewinnung in der Bessemerhütte wurde in Osnabrück wegen Unrentabilität stillgelegt und die Stahlgewinnung nach dem S-M-Verfahren stark eingeschränkt; sie betrug 23.391 t im Jahre 1908/09 gegenüber 65.321 t im Jahre 1907/08. Die Produktion konzentrierte sich noch stärker auf die Weiterverarbeitung, vor allem auf Oberbaukonstruktionen, Radreifen, Radsätze, Schmiedestücke für den Schiffbau sowie Maschinen für Bergwerks- und Bauzwecke.[72]

Technisch einigermaßen saniert, stand das Werk vor dem finanziellen Ruin. 1899 und 1904 mußte das Aktienkapital um 6 bzw. um 3,2 Mio. Mark erhöht werden, und 1902 wurde eine Anleihe von 6 Mio. Mark aufgenommen. Schon 1905 war eine weitere Anleihe von 6 Mio. Mark notwendig. Unter Auslösung einer ersten Anleihe von 6 Mio. Mark aus den Jahren 1881, 1883 und 1895 und Verpfändung des gesamten Bergwerks- und Grundbesitzes der Gesellschaft wurde sie auf 12 Mio. Mark festgelegt.[73] In den Jahren 1905 bis 1910 konnten keine Dividenden gezahlt werden — in einer Zeit, in der die Aktionäre der meisten Ruhrwerke Dividenden zwischen 10 und 20% erhielten.[74]

---

69 S. Gutachten in Dep 49b, B, Nr. 1041.

70 Zu Osnabrück: HStA Hannover, Hann. 122a, XXXIII, Nr. 15-20, zum Revier: Feldenkirchen, Ruhrgebiet, Anhang, Tabelle 106.

71 Zu den Lohnangaben s. Die Schwerindustrie im deutschen Zollgebiet, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter, hg. vom Deutschen Metallarbeiterverband, Stuttgart 1912, S. 306. Jochen Krengel weist nach, daß in standortungünstigen Werken z.B. in Oberschlesien (Erzbasis fehlte) die sich ergebenden Nachteile über die Löhne kompensiert wurden. Damit einher gehe meistens auch ein geringer gewerkschaftlicher Organisationsgrad. Generell entsprach „die Lohnkostenentwicklung [...] ziemlich genau der Kostenentwicklung bei Eisenerz und Brennstoffen." Krengel, Roheisenindustrie, S. 94, 99, 106f. Für GMH kommt noch der Faktor der fehlenden Arbeiterkonkurrenz hinzu.

72 Geschäftsbericht von 1906/07, S. 16f, Rep 335, Nr. 12687 sowie Schulte, GMBHV, S. 43ff. 1910/11 wurde noch eine Schraubenfabrik angegliedert.

73 Dazu Müller, II, S. 147-150. Die Selbstdarstellung des Werkes in literarischer Form sowie in technischen Fachzeitschriften nimmt in dieser Zeit stark zu; s. auch Sperling, Erich, Alles um Stahl. Wirtschaftsgeschichtliche Erzählung um den Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein, Osnabrück 1950, S. 160.

74 Zum Revier s. Feldenkirchen, Ruhrgebiet, Anhang, Tabelle 114.

Zur Generalversammlung der Aktionäre in Osnabrück im September 1908 entwickelte der Vorstand gemeinsam mit dem Aufsichtsrat ein Sanierungskonzept: Die Stammrechtsaktien sollten im Verhältnis 9:5 und die Vorrechtsaktien im Verhältnis 5:4 unter Beseitigung ihrer Vorrechtsstellung zusammengelegt werden. Das ergäbe einen Buchgewinn von 7 Mio. Mark. Ultimativ wurde dazu im Geschäftsbericht vertreten: „Werden unsere Anträge abgelehnt, so bleibt uns nichts anderes übrig, als auf unser Glück zu vertrauen, daß unsere finanzielle Klemme nicht zu einer Katastrophe führt."[75] Nun liefen die Aktionäre Sturm. Ein harter Vorkampf wurde zum Teil intern, aber auch öffentlich geführt.[76]

Am Tage der Generalversammlung brachte das Osnabrücker Tageblatt eine Sonder-Nachtausgabe. Die Zeitung berichtete erleichtert, die Vorschläge des Vorstandes seien angenommen und schüttete viel Lob über die Aktionäre aus. Eine Ablehnung hätte „bei der direkt beteiligten Arbeiterschaft, der Geschäftswelt und den Kommunen zu den nachhaltigsten Folgen geführt."[77] Die erhöhte Arbeitslosigkeit in den Stockungsjahren 1907/09 hätte die Verarmung des Großteils der Osnabrücker Industriearbeiterschaft noch verstärkt.

Zur Einordnung der Größenordnung und der Bedeutung des GMBHV als Arbeitgeber an dieser Stelle ein kurzer Blick auf die Stellung des Werkes in der Region in der Zeit um die Jahrhundertwende:

Nimmt man den Handelskammerbezirk Osnabrück — entsprechend den heutigen Kreisen Osnabrück, Nordhorn, Emsland, Diepholz und Tecklenburg — als Bemessungsgrundlage, so wurden im Jahre 1907 26.372 Arbeiter in 1765 „Fabriken und gleichgestellten Anlagen" gezählt.[78] Die allgemeine Beschäftigungssituation in der Phase der Hochindustrialisierung stellte sich zwar generell positiv dar, doch Beschäftigungsalternativen gab es für den Metallarbeiter des hiesigen Raumes kaum, wenn er nicht eine Abwanderung in Kauf nehmen wollte. Von den insgesamt 26.372 Arbeitern entfielen auf:

	Unternehmen	Arbeiter
Bergbau-, Hütten- und Salinenwesen	16	5.081
Industrie Steine u. Erden	265	4.920
Metallverarbeitung	40	700
Industrie der Maschinen u. Apparate	78	2.738
	399	13.439

75 Dep 49b, B, Nr. 36.

76 Ebd.; so warb im Hannoverschen Courier vom 18.9.1908 der Bankier Paul Emden in einer Anzeige für eine Fraktionsbildung gegen die Sanierungsvorschläge des Vorstandes und Aufsichtsrates.

77 Osnabrücker Tageblatt vom 26.9.1908.

78 Handelskammerbericht 1904-09, zit. nach Bremer, J.C, Osnabrück im Zeitalter der Industrialisierung, phil. Diss. (ms), Göttingen 1951, Anhang, Tabelle 9.

Die Georgsmarienwerke hatten in dieser Zeit eine Belegschaftsstärke von 7.541, wobei sich die Verteilung der Beschäftigten für 1908/09 wie folgt darstellte:

Georgsmarienhütte (Hütte)	1.679 Arbeiter u. Meister
Georgsmarienhütte (Erzbergbau)	885 Arbeiter u. Meister
Osnabrück	1.809 Arbeiter u. Meister
Werne	1.740 Arbeiter u. Meister
Piesberg	1.097 Arbeiter u. Meister
Beamte insgesamt pro 1907/08	331
	7.541

Von der Zeche Werne abgesehen, ragte der GMBHV 1907/08 als großindustrielles Unternehmen mit 5.801 Beschäftigten als wichtigster Arbeitgeber im Metallbereich heraus.[79] In seiner Branche jedoch blieb der GMBHV ein kleines Unternehmen.[80]

Möglichkeiten zur Abwanderung bot vorrangig das Ruhrgebiet. Eine eher theoretische Möglichkeit zur Pendelarbeit gab es im Regierungsbezirk Minden und in der Stadt Bielefeld,[81] doch hatte die Eisenbahnlinie Osnabrück — Bielefeld eher in umgekehrter Richtung Einfluß auf den Arbeitsmarkt, weil die Georgsmarienhütte Anziehungspunkt für Arbeiter aus dem Kreis Halle/Westfalen war und blieb.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung des GMBHV bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges blieb gedämpft. Das Werk versuchte sich mit Umstrukturierungen den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Der Bau des Walzwerkes in GMH für Halbzeug verbilligte die Walzprodukte, zumal das Material durch Nutzung der Hochofengase nun nicht mehr vorgewärmt werden mußte. Das Osnabrücker Stahlwerk verlagerte seine Produktion fortan von den Halb- zu Fertigfabrikaten.[82] So konnte die derzeitige Unrentabilität, die insgesamt aber noch stärker die reinen Stahlwerke traf, durch die Verlagerung zur Weiterverarbeitung aufgefangen werden. Doch die Dividenden des GMBHV blieben trotz steigender Produktions- und Gewinnentwicklung gering; mit 2-5% lagen sie bis 1913 stets bis zu 50% niedriger als die Dividenden der Konzernriesen im Ruhrgebiet. Zur weiteren Senkung der Selbstkosten wurde fortlaufend investiert. Die begonnenen Ausbauten — Grobwalzwerk, Erweiterung der Gaskraftmaschinen, Bau einer Benzolfabrik (die Hütte führte die Verkokung der Kohle selbst durch, eines der hierbei entstehenden Nebenprodukte ist Benzol) und einer neuen Koksofenbatterie — konnten jedoch vor dem Ersten Weltkrieg nicht abgeschlossen

79 Dep 49b, B, Nr. 37 und 2315.

80 Zum Vergleich Feldenkirchen, Ruhrgebiet, Anhang, Tabelle 104a und Treue, Ilseder Hütte, S. 396.

81 Beide zusammen wiesen im Bereich der Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren und im Maschinen- und Fahrzeugbau im Vergleich zum Regierungsbezirk Osnabrück das „Fünffache der Beschäftigtenzahl auf, obwohl sich die Fläche dieser Gebiete wie 5:6 verhalten". Petry, Struktur, S. 43 (Zahlenangaben dort leider nur für 1939).

82 S. Schulte, GMBHV, Anhang, Zahlentafel 2.

werden. Sie gaben dem GMBHV eine Hypothek mit für die Zeit der Neugliederung in der deutschen Schwerindustrie ab 1919.

Während und nach dem Ersten Weltkrieg stellte das Werk den Erzabbau bei Porta und 1920/21 am Schafberg bei Ibbenbüren wegen Unrentabilität ein. Eine 1916 erworbene Erzgrube in Thüringen wurde 1921 aus dem gleichen Grunde abgestoßen. Der Erzabbau im Hüggel, ursprünglich das Standbein des Vereins, verringerte sich in den 1920er Jahren immer mehr und seine völlige Einstellung, die in den 1930er Jahren tatsächlich vollzogen wurde, war bereits abzusehen. Diese Veränderungen waren nur durch die Fertigstellung des Stichkanals vom Mittellandkanal von Bramsche nach Osnabrück im Jahre 1914/15 verkraftbar, der den Transport von schwedischen und spanischen Erzen über Emden begünstigte. Zwar blieb der Verein auch im Kriege weiterhin importunabhängig, doch ohne den Zusatz hochwertiger ausländischer Erze war eine Friedensqualität nicht zu erreichen. Der GMBHV produzierte in den Jahren des Krieges ausschließlich für den Heeresbedarf.

Nach dem Ersten Weltkrieg stand das Werk vor einer völlig veränderten Situation. Die bisherige Orientierung auf die Vervollkommnung der gemischten Betriebsform zu einem lückenlosen vertikalen Betrieb reichte nicht mehr aus, um im schwerindustriellen Konkurrenzkampf existenzfähig zu bleiben. Das Werk vollzog 1923 den Anschluß an den Klöckner-Konzern, Sitz Castrop-Rauxel. Es gliederte sich damit an die Region an, zu der es über sechzig Jahre auf dem Gebiet der Produktion und im Bereich der Arbeitskräfte in Konkurrenz gestanden hatte. Der Verein führte nun den Namen „Klöckner-Werke AG, Georgs-Marien-Werke mit den Abteilungen Georgsmarienhütte, Osnabrück, Piesberg". Die Erzgruben des Hüggels wurden intern der Zeche Werne zugeteilt.

3. Die „Klöckner-Werke AG, Georgs-Marien-Werke, Abteilung Georgsmarienhütte" bis 1933

Zum weiteren Verständnis der Entwicklung des GMBHV ist es notwendig, zunächst die reichsweiten Veränderungen in der Schwerindustrie der Weimarer Zeit zu skizzieren.

Nach dem Ersten Weltkrieg setzte in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie eine schnell voranschreitende Konzentrationswelle ein. Sie war begründet im Rohstoffmangel und in der Flucht in die Sachwerte zur Inflationszeit. Der Drang nach Sachwerten wurde zudem noch gefördert durch Vorteile der Besteuerung.[83] Der Versailler Vertrag bildete den Anstoß zu diesen Strukturveränderungen: Deutschland verlor 79,9% der Erzförderung, 43,5% der Roheisengewinnung, 35,8% der Flußstahlgewinnung und 32,4% der Walzwerksfabrikation.

83 S. dazu Feldman, Gerald D., Der deutsche organisierte Kapitalismus während der Kriegs- und Inflationsjahre, in: Heinrich August Winkler (Hg.), Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, S. 150-171, hier S. 157.

„Die Größe des Verlustes für die Schwerindustrie des Deutschen Reiches wurde durch die Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen Lothringen mit seiner Minette-, Roheisen- und Halbzeugproduktion und Rheinland-Westfalen mit seiner Kohlengrundlage und den stark ausgebauten Verfeinerungs- und Verarbeitungsunterlagen noch potenziert. [...] Durch den Verlust schwerindustrieller Zentren zweiten Ranges wie des Saargebietes und eines Teiles von Schlesien stieg die relative Bedeutung der schwerindustriellen Zusammenballung im Rheinland und in Westfalen. Ihr Anteil an der deutschen Roheisen- und Rohstahlproduktion nahm erheblich zu: zwischen 1913 und 1925 von 42,5% auf 78,6% bzw. von 53,4 auf 81,0%."[84]

Die bisherige Verbindung der rheinisch-westfälischen Werke mit den lothringischen Werken war aufgehoben, der Austausch von Kohle und Koks gegen lothringische Erze und Walzwerksprodukte nicht mehr möglich. Die Werke der Eisen- und Stahlindustrie mußten sich nach der Rohstoffseite wie nach der Seite der weiterverarbeitenden Industrie orientieren. Die Abhängigkeit vom lothringischen Erz wurde indes bald ausgeglichen durch technische Umstellungen: Im Siemens-Martin-Verfahren machten Schrott 50%, einheimische Erze 1/6, ausländische Erze 1/3 des Eisengehaltes im Rohmaterial aus. „Begünstigt durch den erhöhten Schrottanfall nach dem Weltkriege, der die Abhängigkeit der deutschen Großeisenindustrie von ausländischer Erzversorgung zunächst abschwächte, schien sogar eine Politik erfolgreich, Frankreich an der Minette ‚ersticken' zu lassen."[85] Die großen Verluste, die der deutschen Schwerindustrie mit dem Kriegsende entstanden, konnten in überraschend kurzer Zeit ausgeglichen werden: „Ein grober Vergleich der Nachkriegsproduktion mit dem durch die Gebietsverluste rechnerisch bereinigten Umfang der Vorkriegsproduktion zeigt aber, daß auf gleichbleibendem Gebiet die Vorkriegsproduktion schon 1925 wieder erzielt worden ist."[86]

Der Gedanke an eine vertikale Konzentration wurde vor allem in der Großindustrie von der Vorstellung getragen, daß ein Zusammenschluß der großen Produzenten notwendig sei, um Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Schwerindustrie aufrechtzuerhalten. Hinzu kam die Erfahrung aus der Vorkriegszeit, daß allein über die Organisation von Interessenverbänden „Außenseiter nicht zu zähmen" waren.[87] So kam es in der Nachkriegszeit zu oft rein spekulativen Angliederungen von Industrieanlagen und zur Vergrößerung des Aktienbesitzes, d.h. zur Herausbildung großer Konzerne, die alle Zuliefererbetriebe und Produktionsstätten bis hin zur Weiterverarbeitung umfaßten. Bereits große Unternehmen expandierten durch Zusammenschluß zu Riesenkonzernen, andere Unternehmen kauften 1920-22 kleinere Werke auf.[88]

---

84 Weisbrod, Schwerindustrie, S. 36ff.

85 Ebd., S. 44.

86 Ebd., S. 37f.

87 Feldman, Kapitalismus, S. 156f.

88 Stollberg, Gunnar, Rationalisierungsdebatte 1908-1933. Freie Gewerkschaften zwischen Mitwirkung und Gegenwehr, Frankfurt/M. 1981, S. 43.

Mit dem Ende der Inflationszeit 1923 war die erste Phase der Konzentrationsbewegung in der deutschen Schwerindustrie abgeschlossen. 14 große Konzerne, darunter auch die Klöckner-Werke AG, besaßen 75% — bezogen auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet sogar 95% — der deutschen Hochöfen und Stahlwerke.[89]

Ab 1923 verschoben sich die Motive zur Konzernbildung. Eine Phase horizontaler Konzentration löste die bisherige Phase vertikaler Konzentration ab.[90] Die oft spekulativen Angliederungen in der Großeisenindustrie führten in den Jahren nach 1923 zu einer völlig neuen Form der Rationalisierung in den Betrieben. Der Erwerb oft gleichartiger Produktionsstätten gab den Konzernen den Spielraum, die Erzeugung in den besten und am günstigsten gelegenen Betrieben zusammenzulegen und die weniger aussichtsreichen Betriebe durch Stillegung aus dem Produktionsprozess auszuschalten.[91]

Die nach der Inflation kapitalarme deutsche Schwerindustrie finanzierte die großen Rationalisierungsmaßnahmen durch Bankanleihen. Insbesondere nordamerikanische, seltener auch deutsche Banken waren begehrte und begehrliche Kreditgeber.[92] Als mit Beginn der Weltwirtschaftskrise die amerikanischen Banken ihr Kapital abzuziehen versuchten, standen diejenigen Werke am ehesten vor dem Ruin, die hier kurzfristige Kredite aufgenommen hatten. Das Ausmaß der Krise zeigte sich deutlich im Rückgang der Produktion von Rohstahl und Walzwerkserzeugnissen. Sie sank bis auf 1/3 des Standes von 1927/29 herab und damit auf ein gefährlich niedriges Niveau der Auslastung. Der Riese unter den Konzernen, die Vereinigten Stahlwerke (VeStAG), nutzten die vorhandenen Kapazitäten 1930 zu 56%, 1931 zu 35,5% und 1932 nur noch zu 23,9%.[93]

Doch nun zurück zum GMBHV: Die Entwicklung in den 1920er Jahren wird zeigen, daß das Werk völlig in die oben beschriebene Strukturveränderung in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie eingebunden war. Die räumliche Lage hatte den GMBHV bisher in eine Sonderstellung gezwungen. Ursprünglich auf Erz und Kohle gebaut, sank die Rentabilität mit schwindender Erz- und Kohlebasis. Durch hohe Frachtkosten produzierten die Abteilungen Osnabrück und Georgsmarienhütte zu relativ hohen Selbstkosten. Diese Standortnachteile des Vereins wurden durch zunehmende Spezialisierungen aufgefangen. Dabei sicherten sich

---

89 Kupczyk, Edwin, Die Konzentrationsbewegung in der deutschen Großeisenindustrie nach dem Kriege, in: Wirtschaftsdienst, 1930, Heft 41, S. 1747-1752, hier S. 1748.

90 Ebd., S. 1748f.

91 Ebd., S. 1749. Weisbrod, Schwerindustrie, S. 38ff, weist nach, daß das Geschrei der deutschen Schwerindustrie, sie müsse all dies tun, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, „unredlich" war. Das eigentliche Problem waren, trotz gleichem Produktionsvolumen 1925 wie 1913, die unausgelasteten Kapazitäten.

92 Vgl. Stollberg, Gunnar, Rationalisierungsdebatte, S. 45-48 sowie Link, Werner, Der amerikanische Einfluß auf die Weimarer Republik in der Dawesplanphase (Elemente eines „penetrierten Systems"), in: H. Mommsen, D. Petzina, B. Weisbrod (Hg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 485-499, hier S. 489, 495.

93 S. Weisbrod, Schwerindustrie, S. 480.

das Stahlwerk und später auch die Hütte u.a. mit ihrer Ausrichtung auf den Eisenbahnoberbau und den Schiffbau neben dem mitteldeutschen auch den norddeutschen und skandinavischen Absatzraum.[94]

Am 26. November 1920 ging der GMBHV mit dem Lothringischen Bergwerks- und Hüttenverein (ab 1923: Klöckner-Werke AG) einen Betriebs- und Interessensgemeinschaftsvertrag ein. Der GMBHV blieb zunächst noch eigenständige Aktiengesellschaft mit Aufsichtsrat und Vorstand. Der Vertrag auf einheitliche Geschäfts- und Betriebsführung wurde auf 24 Jahre abgeschlossen, der Reingewinn sollte jährlich zusammengeschüttet werden, die Dividenden bis zur Höhe von 8% wurden zu gleichen Teilen, darüberhinaus zu 75% für die Aktionäre des GMBHV ausgezahlt.[95]

Die Interessen, die hinter diesem Vertrag und der späteren Fusion standen, waren auf beiden Seiten verschieden. Der Lothringer Bergwerks- und Hüttenverein handelte sich bedenkliche Frachtnachteile ein und beurteilte insbesondere die Abteilung Georgsmarienwerke extrem schlecht. Generaldirektor Haenel vom Hasper Eisen- und Stahlwerk, das ebenfalls in einem Interessengemeinschaftsvertrag mit dem Lothringer Verein stand, schrieb am 23.1.1921 an Peter Klöckner: Der Zustand des Hochofenwerkes in GMH ist in „allen Einzelheiten sehr schlecht, [...] wie in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts." Das Stahlwerk hingegen hinterließ bei Haenel einen „sehr günstigen Eindruck".[96] Das Entscheidende aber war für den Lothringer Bergwerks- und Hüttenverein, einen Ausgleich für seine durch den Versailler Vertrag zu Frankreich gekommenen Betriebsabteilungen zu erreichen. Die hierfür erhaltenen Entschädigungszahlungen waren an Neuinvestitionen im Sinne eines Wiederaufbaues gebunden.[97] Weiterhin war Klöckner bestrebt, die Höhe seiner Beteiligungen an Oberbaumaterialien in den Verbänden, vor allem im Stahlwerksverband, zu halten. Dort war festgelegt worden, so Klöckner am 20.8.1920 bei einer Besprechung in GMH mit den Direktoren aller Hüttenabteilungen, „daß nur die Gesellschaften, welche ihre Werke durch den Krieg verloren hätten, neue Beteiligungen haben sollten, wenn sie Neuanlagen auf den ihnen gebliebenen Werken errichtet hätten. Es sei deshalb unumgänglich notwendig, Neueinrichtungen für eine Mehrerzeugung von Oberbaumaterial zu schaffen. Den bestehenden Verhältnissen entsprechend käme für eine derartige Anlage nur die GMH in Frage."[98] Und schließlich sollte mit der Kohlenzeche Werne die eigene Kohlenbasis erweitert werden.[99]

Der Konzernaufbau der Klöckner-Werke AG stellte sich Mitte der 1920er Jahre wie folgt dar: an Kohlenbergwerken die Zechen Vicktor-Ickern bei Rauxel, die Zeche Werne, die Zechen Königsborn bei Unna und General bei Bochum; an Hüttenwerken das Hasper Eisen-und Stahlwerk, das Düsseldorfer Eisen- und

94 Schulte, GMBHV, S. 54.
95 Zur Interessengemeinschaft 1920-22 s. Dep 49b, B, Nr. 161.
96 Dep 49b, B, Nr. 1051.
97 Vgl. Schulte S. 112 und Weisbrod, Schwerindustrie, S. 31-51.
98 Dep 49b, B, Nr. 1051.
99 S. dazu Dep 49b, B, Nr. 161.

Drahtwerk, die Mannstaedtwerke in Troisdorf, die Georgs-Marien-Werke mit dem Osnabrücker Stahlwerk und dem Georgsmarienwerk in GMH sowie die Quinter Eisenwerke. An fünf weiteren Werken hatte der Konzern Beteiligungen.[100]

Im Verlauf der 1920er Jahre sollten sich die Georgs-Marien-Werke noch aus anderen Gründen für den Konzern als vorteilhaft erweisen: Die beiden Werke in GMH und Osnabrück lagen außerhalb der 1923 besetzten Gebiete und der Zeitpunkt der Fusion erfolgte wohl nicht zufällig kurz vor der Besetzung des Rheinlandes durch die Franzosen und Belgier. Zudem gehörten zu beiden Osnabrücker Abteilungen, insbesondere zur Georgsmarienhütte, umfangreicher Grundbesitz, und dies sollte sich später bei der Aufnahme von Anleihen als günstig erweisen. Schließlich lagen die Hüttenwerke Osnabrück, GMH und Haspe (Hagen) außerhalb des Tarifbezirkes des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk Nordwest des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (= Arbeitnordwest). Damit war Klöckner bei den großen Streiks und Aussperrungen im Ruhrgebiet ab 1927 im Vorteil: Die Arbeiter der Georgs-Marien-Werke produzierten weiter, wenn ihre Kollegen im Ruhrgebiet streikten.[101] Auf der Georgsmarienhütte wurde in den Jahren 1919 bis 1933 drei Mal gestreikt, 1923, 1927 und 1931. Das erste Mal legten im März 1923 die technischen und kaufmännischen Angestellten gemeinsam mit den Werkmeistern die Arbeit nieder, ohne ihr Ziel zu erreichen.[102] Sie forderten einen rückwirkenden Teuerungszuschlag auf die zwischen der Aushandlung und der Auszahlung verfallenen Inflationsgehälter.[103] Generell blieb, wie in

---

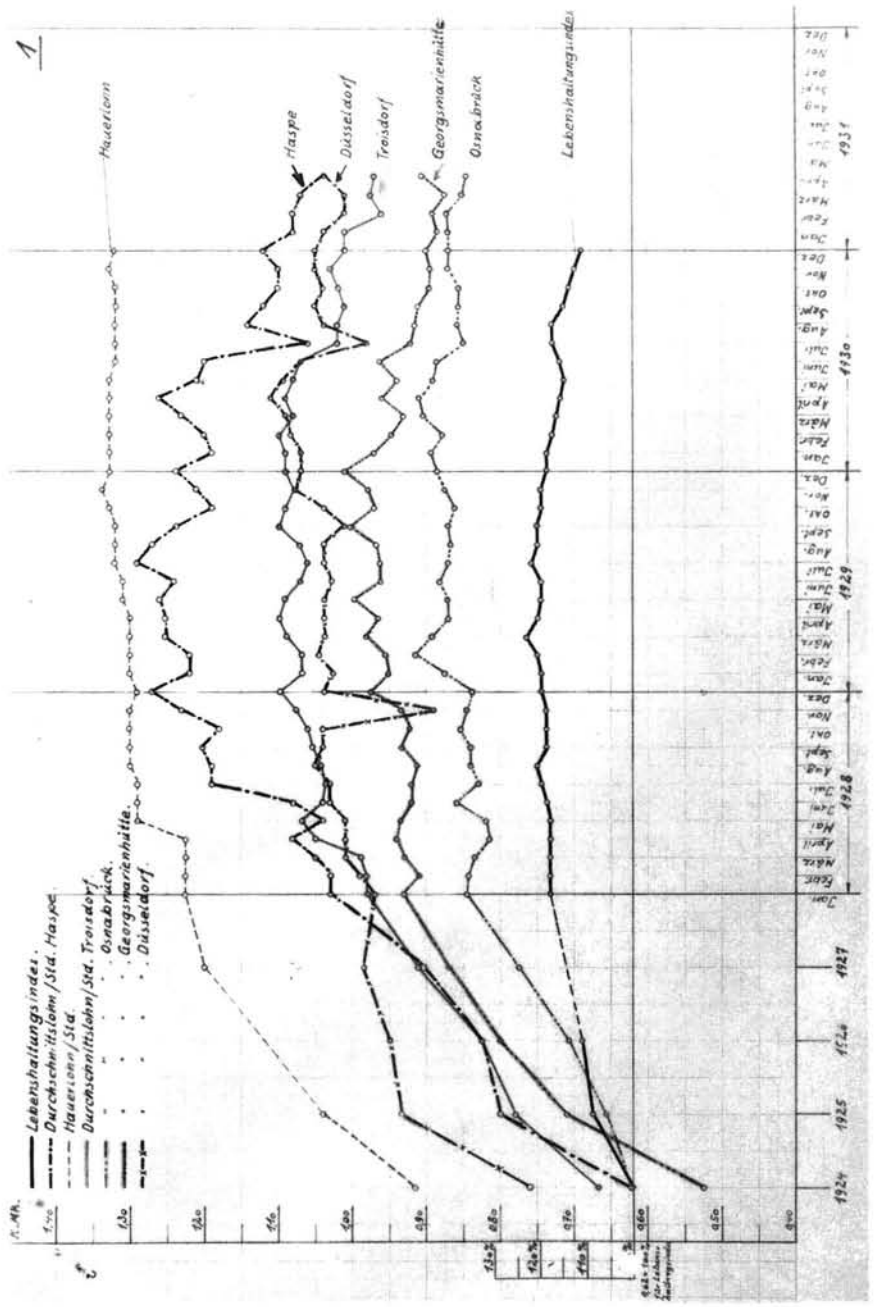
100 S. hierzu Muthesius, Volker, Peter Klöckner und sein Werk, Essen 1941.

101 Vgl. hierzu Weisbrod, Bernd, Schwerindustrie, S. 438, 441 sowie zu den Schlichtungsbezirken Hans-Herrmann Hartwich, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat. Die öffentliche Bindung unternehmerischer Funktion in der Weimarer Republik, Berlin 1967, S. 397f.

102 S. zum Streik Rep 610, Nr. 81, auch Sperling, Stahl, S. 190f. Das Stahlwerk und das Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerk (zur Gutehoffnungshütte gehörend) wurden ebenfalls bestreikt. In Osnabrück hatte sich eine ‚zentrale Streikleitung' aus Christlichen und Freien Gewerkschaften sowie dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband gebildet. Bei dem rasanten Geldwertverfall bröckelte die Streikfront aber nach vierzehn Tagen Lohnausfall ab. Die Bezüge wurden für Februar um 120% erhöht (Forderung 180%), für März um 34%. Wiedereinstellungen behielt sich die Werksleitung aber mit der Begründung vor, die Lage erfordere sowieso Einschränkungen und Streikende, die Arbeitskollegen beleidigt oder zum Mitstreiken aufgefordert hätten, würden nicht mehr genommen. Inzwischen seien sowieso andere eingestellt worden. S. auch Dep 49b, B, Nr. 2037 und 2038. Hinweise zu den Arbeitsniederlegungen von 1927 und 1931 s. S. 80f.

103 Der GMBHV führte in der Inflationszeit ein interessantes Modell der Entlöhnung ein, die „Kartoffelsparstunde": Auf Antrag konnten Verheiratete und Ledige mit eigenem Hausstand und Gartenland unter 5.000 qm den Antrag stellen, daß ein Teil der Stundenlöhne „wertbeständig" in Dollar, Goldanleihen oder Schatzanweisungen auf der Osnabrücker Bank angelegt wurden. Kaufte das Werk selbst Kartoffeln, so hatte es das Verfügungsrecht über die Spareinlagen „zur Zeit der Bezahlung der Waren". Reichten die Kartoffeln für eine Familie nicht, so konnte der Mann zusätzliche Kartoffeln über sog. „Vorschußstunden" bezahlen, d.h. er mußte sie ab Empfang der Kartoffeln mit wöchentlich 3 Stunden abarbeiten. Voraussetzung aber war auch hier die Einrichtung eines Sparkontos bei der Osnabrücker Bank; s. dazu Dep 49b, B, Nr. 2038.

Abb. 2: Lebenshaltungsindex und Löhne an den vier Standorten der Hüttenwerke des Klöckner-Konzerns 1924-1932



der Vorkriegszeit, das Lohnniveau in der Osnabrücker Schwerindustrie auch in der Weimarer Zeit erheblich unter dem des Reviers (s. Abb. 2).[104]

Diese Standortverteilung der einzelnen Werke innerhalb des Konzerns gab Klöckner insgesamt eine als vorteilhaft zu bewertende „wirtschaftliche Sonderrolle" im Rahmen der deutschen Schwerindustrie. Weisbrod weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Klöckner glaubte, auch unabhängig von den großen Verbänden wirtschaftspolitisch agieren zu können.[105] Seine engen Kontakte zum Zentrum — Klöckner war Parteimitglied und städtischer Abgeordneter in Duisburg, sein Bruder Florian Zentrumsabgeordneter im Reichstag — stärkten seine Bereitschaft, „sich staatlicher Hilfe direkt zu bedienen."[106] Klöckner stand nach Meinung seiner schwerindustriellen Kollegen zu Unrecht in dem Ruf eines sozialen Menschen. Schlenker, Geschäftsführer des Langnamvereins und der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und Mitglied der DVP, schrieb am 3.10.1927 angesichts bevorstehender Arbeitskämpfe an Paul Reusch, Generaldirektor des Haniel-Konzerns, er sei besorgt, daß man gezwungen sein würde, die Geschäfte des Herrn Klöckner zu besorgen, „er aber selbst als der Mann mit dem warmen sozialen Empfinden hingestellt wird, der aufgrund der gegensätzlichen Auffassung aus unserer Gruppe [NWG und Langnamverein, s.m.] ausgeschieden wäre."[107] Mit diesem Profil fügte sich Klöckner nahtlos in das Bild der früheren Direktoren des Hüttenwerkes, Wintzer, Holste und des Generaldirektors Haarmann ein: Auch sie bemühten sich, der scharf kalkulierenden Unternehmenspolitik den Mantel väterlichen Verhaltens umzulegen.[108]

Welche Gründe gab es auf Seiten des GMBHV für eine Interessengemeinschaft und Fusion? Das Werk war grundsätzlich neben den sich zunehmend herausbildenden Konzernen nicht mehr konkurrenzfähig. Die dringend erforderliche und überfällige Erweiterung der Kohlenbasis war, zumal die Werner Gaskohlen sich

---

104 Ein Vergleich der Preise im Werkskonsum der einzelnen Standorte für Artikel des täglichen Bedarfs zeigte im Übrigen keine nennenswerten Differenzen, Dep 49b, B, Nr. 85. Weisbrod, Schwerindustrie, S. 195, nennt durchschnittlich 3,5% geringeren Lohn in den Osnabrücker Werken als im Ruhrgebiet. S. auch oben Kap. 2, S. 73.

105 1925 schloß sich Klöckner nicht dem entstehenden Konzernriesen Vereinigte Stahlwerke (VeStag) an, die 50% des Roheisens und 40% des Stahls in Deutschland produzierten; s. Gossweiler, Kurt, Die Vereinigten Stahlwerke und die Großbanken. Eine Studie über das Verhältnis von Bank- und Industriekapital in der Weimarer Republik und unter der faschistischen Diktatur (1926-1936), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1965, Teil 4, S. 17-19.

106 Weisbrod, Schwerindustrie, S. 193-196.

107 Brief zit. nach ebd. S. 196. Klöckner wurden übrigens in der Silverberg-Kontroverse Sympathien für Silverbergs Position zugeschrieben. Auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie im September 1926 hatte der Braunkohlenindustrielle Paul Silverberg ein bedingtes Bekenntnis zur Weimarer Republik abgegeben. Er verknüpfte dies mit einem Angebot an die SPD zur politischen Zusammenarbeit, um insbesondere der gewerkschaftlichen Sozialpolitik entgegenzuwirken. Sein Vorstoß traf insgesamt in der deutschen Schwerindustrie auf harte Ablehnung. S. dazu Weisbrod, Schwerindustrie, S. 194, 248-272.

108 S. dazu auch Teil E, Kap. 3, S. 358f.

für den Hochofenbetrieb nicht gut eigneten, allein nicht zu leisten. Auch der Abschluß der vor 1914 begonnenen Umbauten war nur bei größerem finanziellen Rückhalt möglich.[109] Die Weiterführung dieser Umbauten wurde ab 1921 dann völlig in die Gesamtkonzeption des Konzerns eingefügt.

Nach diesem Konzept sollte die Hütte dem neuesten Stand der Technik angepaßt und die Roheisenproduktion auf die Bedürfnisse der anderen Konzernwerke ausgerichtet werden.[110] Neben technischen Umstellungen war dazu auch die Einsparung von zunächst 250 Arbeitskräften vorgesehen. Mitte der 1920er Jahre produzierte das Werk unter Verwertung des vor Ort gewonnenen Roheisens hauptsächlich Stabeisen und Schienen. Das Stahlwerk Osnabrück, früher ein Spezialwerk für Oberbaumaterialien, war mit der Verlegung der Stahlproduktion nach GMH nun überwiegend Produzent von Sonderheiten für den Eisenbahnbedarf. Es fertigte Schienen, Weichen und Kreuzungen nur für besondere Zwecke aus hochwertigem Stahl sowie Straßenbahnschienen. Das Werk war ferner ausgerichtet auf die Herstellung von Radsätzen, Radstreifen und Achsen, als Sonderheiten ferner Betonmischmaschinen und für den Bergbau Förderkorbanschlußbühnen.[111]

„Wir sind durch den Krieg 50 Jahre zurückgeworfen und aus diesem Grunde müssen wir wieder arbeiten wie in den 1880er Jahren, wo man bekanntlich Luxusausgaben überhaupt noch nicht gekannt hat," faßte Klöckner seine betriebliche Politik in einem internen Schreiben an die Direktion der Hasper und Osnabrücker Werke im September 1925 zusammen.[112] Mit den Wehklagen über die Schmach von Versailles und über den Sozialstaat von Weimar — wie sie durchgängig in den Geschäftsberichten der 1920er Jahre zu finden sind — entsprach Peter Klöckner der nach außen getragenen Einstellung der großen deutschen Schwerindustriellen. „Luxusausgaben" waren danach vor allem die Lohnkosten. Die Georgsmarienhütte wurde das erste deutsche Hüttenwerk, in dem überhaupt Zeitstudien durchgeführt wurden, nämlich schon 1924. Direktor Allan Haarmann, der 1911 die Nachfolge seines inzwischen verstorbenen Vaters in der Leitung des Werkes angetreten hatte, rechtfertigte sich 1928 vor Klöckner gegen den Vorwurf eines zu geringen Beschäftigtenabbaus in GMH mit der Vorreiterrolle des Hüttenwerkes: „Der Verein deutscher Eisenhüttenleute hat in den Jahren 1925 und 1926 die auf der GMH ausgebildeten Methoden studiert, mit den inzwischen aus Amerika herübergekommenen Beobachtungen verarbeitet und

109 Vgl. Schulte, GMBHV, S. 111f.

110 P. Klöckner am 20./21. Dez. 1920 in GMH, Dep 49b, B, Nr. 1051.

111 Laut Selbstdarstellung des Werkes zwecks Aufnahme einer Bankanleihe 1925, Dep 49b, B, Nr. 65.

112 Dep 49b, B, Nr. 64.

nach und nach auch den anderen Hüttenwerken in Rheinland und Westfalen zugänglich gemacht."[113]

Als im Zuge der horizontalen Konzentrationsbewegung die Stahlproduktion in einem der Hüttenwerke stillgelegt werden sollte, stand das Georgsmarienhütter Werk nicht zur Diskussion.[114] Es übernahm zusammen mit dem Hasper Werk die Produktion der stillgelegten Düsseldorfer Stahlwerksanlagen. Die montanindustriell ungünstige, konzernpolitisch aber günstige Lage erhöhte den Stellenwert der Georgsmarienhütte, der noch verstärkt wurde durch die zunehmende Verlagerung der Schienenerzeugung von Osnabrück nach GMH und die traditionell hochwertige Produktion von Siemens-Martin-Stahl.

Die im Vergleich zu den beiden anderen Stahlwerken relativ geringen Selbstkosten resultierten u.a. aus einer auf der GMH bisher nicht angewandten Rationalisierung im arbeitsorganisatorischen Bereich: Erstmals im Herbst 1925 wurden die für einen Monat vorliegenden Aufträge auf den denkbar kürzesten Zeitraum konzentriert. „Wir haben sämtliche vorliegenden Aufträge je nach Höhe in 8 oder 14 Tagen in 2 Schichten (à 12 Stunden mit Springern) abgewalzt und dann die Belegschaft in die Zurichterei oder an eine andere Arbeitsstätte abgeschoben, so daß die Lohnbelastung je t Walzwerk auf ein Minimum reduziert wurde. Diese Arbeitsweise hat sich bewährt und wurde seitdem auf der GMH beibehalten."[115] Neben den arbeitsorganisatorischen Veränderungen zielten die technischen Rationalisierungen Mitte der 1920er Jahre vor allem auf die Ausrichtung eines fließenden Produktionsablaufes und auf die Verbesserung der Wärmenutzung.[116]

Die Belegschaft in den Georgs-Marien-Werken wurde von Dezember 1923 bis April 1925 massiv abgebaut. Betrug die Zahl der Arbeiter, Angestellten und Meister im April 1923 noch 9.205, waren es im April 1925 nur noch 5.160. Das entsprach einem Abbau von 45,6% unter der Arbeiterschaft und von 22,7% bei Meistern und Angestellten.[117] Der 8-Stundentag, zur Zeit der Weimarer Republik von der Industrie als deren Untergang verteufelt, spielte in der Realität zwar schon seit 1924 als Rationalisierungsgrund keine Rolle mehr, diente aber um so mehr zu deren Rechtfertigung. Seit dem 2.1.1924 galt auch in der Osnabrücker

---

113 Haarmann an Klöckner vom 12.12.1928, Dep 49b, B, Nr. 2034. S. auch Sperling, Alles um Stahl, S. 194: „Nach dem Kriege schuf er [Hüttendirektor von Holt, s.m.] als einer der ersten in der Eisenindustrie eine Organisation für Betriebswirtschaft, die es ihm ermöglichte, Erzeugung und Verbrauch meßtechnisch zu erfassen und mit Zeitstudien den Arbeitsablauf, mit Materialstudien die Stoffwirtschaft und mit Betriebsstudien den Erzeugungsvorgang prüfend zu beobachten."

114 „Alle Betriebe, welche Verlust bringen und als Lebensnotwendigkeit für den Gesamtbetrieb nicht angesehen werden können, müssen sofort geschlossen werden." P. Klöckner am 22.4.1925 in einem Schreiben an die Direktion in Troisdorf, das Schreiben ging nach Osnabrück zur Kenntnis, Dep 49b, B, Nr. 64.

115 Direktor Haarmann am 12.12.1928 an P. Klöckner, Dep 49b, B, Nr. 2034.

116 S. dazu Bericht über die technischen Veränderungen ab Mitte der 1920er Jahre, Restarchiv im Stahlwerk Krupp-Klöckner, Osnabrück, Nr. 77 B.

117 Dep 49b, B, Nr. 2034; hier mag z.T. auch noch der Abbau von „billigen" Arbeitskräften mitgespielt haben, die man in der Inflationszeit eingestellt hatte.

Metallindustrie die 10-stündige Arbeitszeit statt des bisherigen 8-Stundentages. Beim GMBHV wurde die neue Arbeitszeit mit der Entlassung aller Bechäftigten zum Jahresende 1923 erzwungen: „Wer am 2. Januar 1924 wieder zur Arbeit kam, erklärte sich mit der neuen Regelung einverstanden. [...] Wer zu spät kam, fand keinen Arbeitsplatz mehr."[118] Aufgrund des frühen Beginns der Rationalisierung war der Belegschaftsabbau unter den Arbeitern der GMH in den Jahren 1924/25 besonders gravierend. Im darauffolgenden Jahr bedingte dann die Rationalisierung im arbeitsorganisatorischen Bereich der Verwaltung einen vermehrten Abbau in der Angestelltenschaft.[119]

Die Rationalisierungsmaßnahmen wurden in der Großindustrie generell aus Anleihen finanziert, vor allem ab 1924 aus der Dawes-Anleihe sowie direkten amerikanischen Beteiligungen.[120] Auch die Klöckner-Werke suchten Ende 1924 Kontakt zu amerikanischen Banken, nahmen aber schließlich im Frühjahr 1926 eine 40.000.000 Mark-Anleihe bei einer deutschen Bankengruppe auf. Dies war die bis dahin größte einzelne inländische Industrieanleihe der Weimarer Zeit, alle anderen bisher von deutschen Banken untergebrachten Anleihen betrugen zusammen nur insgesamt über 100 Mio. Mark.[121] Peter Klöckner galt zwar allgemein als ein Vertreter derjenigen Fraktion in der deutschen Schwerindustrie, die den Einfluß amerikanischen Kapitals auf die deutsche Industrie ablehnte.[122] Diese Tugend schien jedoch ihren Grund eher in mangelnder Gelegenheit zu haben; denn nach über einem Jahr Verhandlungen hatte Klöckner immer noch keinen amerikanischen Zuschlag erhalten.

Für die Bankanleihe haftete das Werk mit dem „Bergwerks- und Grundeigentum der Gesellschaft nebst allen darauf befindlichen Anlagen sowie beweglichem und unbeweglichem Zubehör."[123] Bei dieser Anleihe kam der Georgsmarienhütte eine ganz besondere Bedeutung zu, die von der Direktion früh erkannt wurde. In einem an Allan Haarmann zur Kenntnis gebrachten Schreiben von P. Klöckner an ein Kölner Bankhaus vom 17.1.1925 gab Klöckner den Grundbesitz der zum Konzern gehörenden sechs Hüttenwerke insgesamt mit 1.224 ha Land an. Haar-

118 Sperling, Stahl, S. 197f, Zitat ebd. sowie Weisbrod, Schwerindustrie, S. 87. Zum Kampf um die Beibehaltung des 8-Stundentages in Osnabrücker Betrieben s. Rep 430, Dez. 101, acc. 7/43, Nr. 331: Politische Wochenberichte vom 5.5.1924 und vom 22.4.1925. Ab 1.1.28 galt als Ergebnis harter Tarifauseinandersetzungen für die Hüttenarbeiter die neue, etwas entlastende Arbeitszeitverordnung (AZVO, § 7), vgl. dazu Weisbrod, Schwerindustrie, S. 355-364. Vom Reichsarbeitsminister als oberstem Schiedsrichter wurde für die außerhalb des Ruhrbezirkes liegenden Werke, also auch für die Osnabrücker, „eine Hinausschiebung genehmigt"; Geschäftsbericht 1927/28, S. 3, Restarchiv des Stahlwerks Osnabrück.

119 Haarmann an P. Klöckner am 12.12.1918, Dep 49b, B, Nr. 2034.

120 S. u.a. Link, Einfluß, S. 489,495.

121 Zur Größenordnung s. Osnabrücker Zeitung vom 23.4.1926.

122 Vgl. hierzu Gossweiler, Kurt, Großbanken, Industriemonopole, Staat, Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914 bis 1932, Berlin/DDR 1971, S. 344ff sowie Weisbrod, Schwerindustrie, S. 83, 273-276. So auch die Einschätzung des Werkssyndikus Sperling, Stahl, S. 200f, 210.

123 Anzeige des Schaaffhausenschen Bankvereins AG zur Vergabe der Anleihe in der Osnabrücker Zeitung vom 23.4.1926, Dep 49b, B, Nr. 65.

mann versah den Brief mit der Randnotiz: „Osn. 866 ha.", wovon der weitaus größte Teil in und um Georgsmarienhütte lag.[124]

Man kann sagen, daß hier mit der Werkskolonie GMH, die ein eigenständiges politisches Gemeinwesen war, aufgrund der besonderen Eigentumsstruktur ein ganzer Ort verpfändet wurde. Seine Bewohner hatten auch noch die Folgen der damit finanzierten Rationalisierung zu tragen.[125] Für die Jahre 1928-30 galt in den Osnabrücker Werken als Vorgabe ein Beschäftigtenabbau von 993 Arbeitern und Angestellten, was einem Anteil von 22,05% entsprach.[126] Laut Geschäftsbericht von 1927/28 stellten sich in diesem Jahr die „Erfolge der Rationalisierung aus den aufgenommenen Anleihen" mit einem Höchststand in der Stahlerzeugung seit dem Ersten Weltkrieg ein. Um die Stahlwerke in Georgsmarienhütte und Haspe voll ausnutzen zu können, wurde die Produktion im Düsseldorfer Eisen- und Drahtwerk 1927 endgültig stillgelegt. In GMH galten dann ab Herbst 1927 Sonntagssonderschichten im Walzwerk, woraufhin es am 18.10.1927 zur zweiten Arbeitsniederlegung in der Weimarer Zeit kam.[127]

Die Beschäftigtenzahlen auf der Georgsmarienhütte[128] stiegen zwar von Ende 1925 bis April 1930 von 2.289 auf 2.775, doch diese Zahlen täuschen: Das Werk griff vermehrt zum Mittel der „vorsorglichen Kündigung" bzw. leitete ausgeführte Kündigungen in befristete Verträge über.[129] Zudem hatte eine Produktionsverlagerung, hier der Walzprofile, vom Osnabrücker Stahlwerk zur GMH stattgefunden. Damit lag das Zugpferd in der Produktion, die Schienenherstellung, ab 1930 völlig bei der Georgsmarienhütte.

Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise setzten auf Konzernebene Überlegungen zur Umgestaltung bzw. Stillegung einzelner Werke ein. Die Gesamtproduktion an Roheisen sank im Gesamtkonzern von 777.172 t im Jahre 1927/28 — dies war der höchste Stand in der Weimarer Republik — auf 373.184 t bzw. 173.948 t in den Jahren 1930/31 und 1931/32. Die Rohstahlproduktion sank zwischen 1927/28 und 1931/32 von 885.431 auf 370.269 t. Im gleichen Zeitraum traf jeden zweiten Arbeiter und Angestellten die Entlassung: Die Reduzierung der 28.840 Beschäftigten auf 14.662 entsprach dem durchschnittlichen Beschäftigtenabbau im Tarifbezirk des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk Nordwest.[130]

---

124 Ebd., Nr. 65 sowie Nr. 1731.

125 Wir verdanken diesen Kreditgesuchen u.a. eine Bestandsaufnahme des hiesigen Grundbesitzes und der Werkswohnungen; s. dazu Teil C, Kap. 5 und Anhang 1, S. 375.

126 Dep 49b, B, Nr. 2034.

127 Vgl. Geschäftsbericht 1927/28, S. 3, Restarchiv Stahlwerk Osnabrück. Zum Streik s. Dep 49b, B, Nr. 98; die Walzwerkarbeiter verweigerten die Arbeit ebenso auch aus Protest gegen zu „rigorose" Bestrafungen bei der Arbeit, gegen eine Verringerung des Sonntagszuschlages sowie gegen Akkordeinbußen aufgrund betrieblicher Umstellungen. Die Sache endete vermutlich vor dem Arbeitsgericht. Protokoll einer Besprechung zwischen dem Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Osnabrück, Haas, und einem Werksvertreter am 17.10.1927.

128 Dep 49b, B, Nr. 2034.

129 S. u.a. Dep 49b, B, Nr. 2034, 2052, 2060.

130 Weisbrod, Schwerindustrie, S. 480.

Für die Umgestaltung der Abteilung der Georgs-Marien-Werke gab es mehrere Überlegungen. Der weitreichendste Plan zielte auf die Stillegung des GMHütter Werkes mit Ausnahme der Rippenplattenfräserei, der Zementfabrik und des Behälterbaues. Das Hasper Werk, zu dem die GMW in Konkurrenz stand, hätte die Produktion übernommen. Zur Debatte stand weiterhin, das Stahlwerk Osnabrück endgültig nach GMH zu verlegen, die Hauptverwaltung in Osnabrück aufzulösen und den GMW anzugliedern bzw. einzelne Werkstätten, die Weichenfabrik oder die Adjustage nach GMH zu verlagern.[131] Schließlich wurde der Mittelweg gewählt, die beiden Hüttenwerke in Haspe und GMH im monatlichen Wechsel produzieren zu lassen. Die Produktion von Martinstahl in GMH sowie von Thomasstahl in Haspe blieb so erhalten. In Georgsmarienhütte ruhte der Betrieb zum ersten Mal im Januar 1932, wobei die Belegschaften monatsweise entlassen wurden.[132] Erst nach zwei Jahren, im Februar 1934, wurde auf der Hütte wieder durchgehend gearbeitet, in Haspe hatte man schon im Herbst 1933 die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Der Einführung des wechselweisen Betriebs ging Anfang 1931 eine das übliche Niveau weit übertreffende Lohnkürzung von 10% voraus, die alle 3.333 Beschäftigten des mit Abstand immer noch größten Arbeitgebers in der Region traf.[133] Die Eisenwerke traten eigens aus dem örtlichen Arbeitgeberverband der Metallindustrie aus, damit die Lohnsenkung sowohl für die Hütten- wie die Eisenwerke Geltung bekam. Zur Durchsetzung des Schiedsspruches wurde wie schon bei der Einführung des 10-Stundentages allen Arbeitern und Angestellten für kurze Zeit gekündigt. Wer nach dieser Frist wieder zur Arbeit erschien, erklärte sich mit den Bedingungen einverstanden. Als der Deutsche Metallarbeiterverband daraufhin zum Streik aufrief, kam es zum dritten und einzigen großen Streik in GMH in der Weimarer Zeit: Vier Wochen lang streikten die Walzwerkarbeiter erfolglos bei leeren Gewerkschaftskassen und hoher Arbeitslosigkeit.[134]

Gegen weitreichende Betriebsveränderungen in den Osnabrücker Werken gab es verschiedene Argumente: Der Ruf Osnabrücks als Oberbaulieferant stand

131 Als der Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück 1929 Gespräche über einen Zuschuß zum teilweisen Erhalt des Osnabrücker Werkes anbot, sprach sich der Hüttendirektor der Georgsmarienhütte, von Holt, gegen Zuschüsse seitens der Stadt aus; denn dies „ganze Experiment käme einer Verzögerung gleich" und sei eine „Unterbindung notwendiger Rationalisierungsmaßnahmen, [...] um schließlich die Osnabrücker Werke überhaupt vor dem endgültigen Erliegen zu bewahren." Höhere Rentabilität erfordere eben zur Zeit die Verlegung der Osnabrücker Erzeugung nach der GMHütte. Zur Umgestaltung insgesamt s. Dep 49b, B, Nr. 118. Zitat: Brief Hüttendirektor von Holt an Direktor A. Haarmann vom 17.12.1929. Holt war ab 1928 zugleich technischer Leiter aller Eisenwirtschaftsbetriebe der Klöckner-Werke.

132 Sperling, Stahl, S. 214, 216-222 und Dep 49b, B, Nr. 1241.

133 Das Ergebnis wurde durch Schiedsspruch in einer Schlichtungsverhandlung gefällt. Die Arbeitgeber stimmten zu, der Deutsche Metallarbeiterverband lehnte ab. Zu Prinzip und Wirkung des Schlichtungswesens in Tarifauseinandersetzungen in der Weimarer Republik s. Hartwich, Arbeitsmarkt.

134 Freie Presse Osnabrück vom 15.4. bis 4.6.1931; vgl. auch Sperling, Stahl, S. 215ff. Die letzte Lohnerhöhung war in der Osnabrücker Metallindustrie 1929 erfolgt.

hoch im Kurs und eine Stillegung hätte einen Quotenaustausch mit der Fa. Krupp oder den Vereinigten Stahlwerken erfordert. Die Erzeugung in Osnabrück konnte nicht durch eigene Konzernwerke übernommen werden. Die Brennstofflieferungen der Zechen und die Lieferung von Halbfabrikaten seitens der Hütte fielen weg, was allgemein eine Erhöhung der Selbstkosten zur Folge gehabt hätte. Ins Gewicht fielen aber auch die hohen Stillstandskosten für die Georgsmarienhütte, die aus einer reinen Betriebskostenanalyse nicht hervorgingen, denn sie waren ganz und gar GMH-spezifisch: jährliche Ausgaben für den Erhalt der Infrastruktur des Ortes, für Kirche, Schule, Straßenbau neben den frei vereinbarten Gemeindesteuern.[135]

Der Versuch, alle Abteilungen zu halten, machte eines deutlich: Die Uhren standen schon wieder auf Start. 1932/33 übernahmen die Klöckner-Werke einen großen sowjetischen Auftrag, so daß auf der Georgsmarienhütte Werkzeuge, Achsen und Radsätze produziert wurden. Die Zahl der Arbeiter, 1931 noch bei 1.998, sank 1932 nochmals auf nun 861 herab. 1933 setzte sprunghaft die Wiedereinstellung auf zunächst 1.616 ein, bis 1945 arbeiteten dann zeitweise über 3.600 Arbeiter im Werk.[136] Aus einer internen Aktennotiz vom 30. März 1932 zum Stahlwerk geht hervor, man solle so weiterarbeiten wie bisher, ein Abwarten sei aufgrund der Marktlage gerechtfertigt, zumal die Aufträge wegen „Ausfall unbequemer Konkurrenten" zunähmen.[137]

135 Die Berechnungen und Argumentationen des Syndikus Dr. Sperling vom März 1931 im einzelnen in Dep 49b, B, Nr. 118. S. auch Teil C, Kap. 5, S. 152f.

136 Zu den Beschäftigungszahlen s. Anhang 4, S. 379. Zu den „Russengeschäften" s. Sperling, Stahl, S. 219f.

137 Dep 49b, B, Nr. 118.

Teil C: Werkswohnungsbau, Siedlung und Sozialstruktur

Einführung

Werkswohnungen wurden in der zeitgenössischen Literatur als Teil der betrieblichen Wohlfahrtseinrichtungen verstanden. Kritiker sprachen von „Wohlfahrtsplage", die Gewerkschaften benutzten schon früh den neutralen Begriff „Fabrikwohnungswesen". In den Schriften des Vereins für Sozialpolitik erschien 1905 bei Adolf Günther und René Prévôt zwar noch der Begriff „Wohlfahrtseinrichtungen" im Titel; doch differenzierten die Verfasser zwischen dem Werkswohnungsbau aus „Notwendigkeit", der diese Bezeichnung nicht verdiene, und Werkswohnungen, die aufgrund ihrer Ausstattung, Miethöhe und der Offenheit des Mietvertrages einer Wohlfahrt näherkamen. Vier Jahre später fordert Günther die Ersetzung des Begriffes durch „Betriebseinrichtungen" und seine Beschränkung auf betriebliche Sparkassen, Bibliotheken und Bildungsmaßnahmen.[1]

Im folgenden ordne ich die Wohlfahrtspolitik privater Unternehmen dem Bereich der Sozialpolitik zu. Diese Zuordnung beruht auf einer offenen Definition von Sozialpolitik, die den staatlichen wie den nichtstaatlichen Bereich umfaßt. Zum nichtstaatlichen Bereich gehören: a. private Fürsorge, b. betriebliche Sozialpolitik, c. Sozialpolitik der Selbsthilfeorganisationen und d. paritätische Sozialpolitik, die „durch gemeinsame Tätigkeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bzw. ihrer Organisationen zustande kommt."[2] Der Werkswohnungsbau ist damit Teil der betrieblichen Sozialpolitik, die aber im folgenden darüber hinaus nach zwei inhaltlichen Bestimmungsfaktoren differenziert wird: betriebliche So-

---

1 Düwell, Wilhelm, Wohlfahrts-Plage. Eine eingehende Studie über die sog. Wohlfahrtseinrichtungen in den verschiedenen Großbetrieben, Dortmund 1903; Die Zustände im deutschen Fabrikwohnungswesen. Ergebnisse einer von der Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges veranstalteten Erhebung, bearb. v. Wilhelm Jansson, Berlin 1910; Günther, Adolf, Wohlfahrtseinrichtungen und Betriebseinrichtungen, München 1909 (= Schriften des sozialwissenschaftlichen Vereins der Universität München, H. 2), S. 8,15: ders., Prévôt, René, Die Wohlfahrtseinrichtungen in Deutschland und Frankreich (= Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 114), Leipzig 1905, S. 33f. Günther und Prévôt fragen zugleich, ob sich Werkswohnungen „wirtschaftlich und sozial" für den Arbeiter als Wohltat erweisen und beziehen sich dabei auf verschiedene Berichte von Gewerbeinspektoren, „daß die von Arbeitgebern dargebotene Wohnungsgelegenheit immer weniger geschätzt wird, trotzdem die derart wohnenden Familien ohne Zweifel besser untergebracht sein dürften als die meisten anderen." Ebd., S. 34. Müller, I, 2. Teil, ordnet in seiner Chronik nicht nur die Werkswohnungen den Wohlfahrtseinrichtungen zu, sondern sogar die Gemeinde GMH selbst.

2 Weber, Max, Zum Begriff der Sozialpolitik, in: V. F. Wagner, F. Marbach (Hg.), Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Bern 1953, S. 167-176, S. 169f.

zialpolitik aus Gründen der „Betriebsnotwendigkeit" sowie aus Gründen der „Nützlichkeit".[3]

Die Entwicklung des Werkswohnungsbaues in GMH ist in fünf Phasen zu unterteilen: Der Koloniegründung und 1. Bauphase 1856-1859 folgt in einer 2. Phase 1860-1870 der Versuch des werksgeförderten Wohnungsbaues. Die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg umfaßt die Phasen 3 und 4: Die 3. Phase 1871-1894 ist gekennzeichnet durch eine eifrige Wiederaufnahme des Werkswohnungsbaues, die 4. Phase 1895-1914 durch einen allmählich sinkenden Stellenwert des Werkswohnungsbaues. In der 5. Phase 1918-1933 geht der Werkswohnungsbau — nach einem kurzen Aufschwung in der Nachkriegszeit — zugunsten des Baues von Siedlungshäusern in Privathand ganz zurück.

Über die dokumentarische Funktion hinaus dient dieser Teil als Bindeglied zwischen dem Kapitel über die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens und dem folgenden bevölkerungsgeschichtlichen Teil der Arbeit sowie dem Schlußkapitel über die Kolonie, ihre Binnenstruktur und Beziehungen zum Umland. Die Kolonie als materielle Umwelt stellt den vorgefundenen Rahmen für die Zugewanderten, sie ist Ziel und Schauplatz zugleich.[4] Wie zur Interpretation der baulichen Entwicklung der wirtschaftliche, bevölkerungsgeschichtliche und politische Zusammenhang gehört, muß auch die Erklärung des sozialen Rahmens, der formellen und informellen Strukturen vom Rückgriff auf die materielle Umwelt ausgehen.[5]

Darüber hinaus steht ein weiterer Aspekt im Vordergrund: Siedlung nicht nur im Sinne eines geschlossenen einheitlichen Wohnviertels oder einer Werkskolonie, sondern ebenso im Sinne der Besiedlung des ländlichen Umlandes. Dieser Bereich bildet einen der Berührungspunkte zwischen Werk und Ämtern, zwischen industriell tätiger und agrarischer Bevölkerungsgruppe in der Frühzeit des GMBHV.

Der GMBHV steht als Beispiel für ein Werk mit einem extrem hohen Anteil von Beschäftigten, die durch die Vergabe von Werkswohnungen an das Unternehmen gebunden wurden. Die Anzahl der Werkswohnungen berechnet auf die Zahl der Beschäftigten betrug 1905 448 zu 2.306, das entspricht einer Relation von 19,04 pro 100 Arbeitskräften. 1905 lebten durchschnittlich 1,6 Werksangehörige in einer Wohnung des GMBHV.[6] Zwanzig Jahre später hat sich das Verhältnis gravierend verändert. 673 Werkswohnungen bei 2.289 Beschäftigten ergibt ein Verhältnis von 29,40 Werkswohnungen pro 100 Beschäftigten.[7] Multi-

---

3 Vgl. u.a. Schulz, Günther, Der Wohnungsbau industrieller Arbeitgeber in Deutschland bis 1945, in: H. J. Teuteberg (Hg.), Homo habitans. Zur Sozialgeschichte des ländlichen und städtischen Wohnens in der Neuzeit, Münster 1985, S. 373-390, hier S. 380f.

4 Zum Begriff der Kolonie s. auch Einführung zu Teil E, S. 311ff. Im vorliegenden Teil wird Kolonie als materieller und räumlicher Rahmen verstanden.

5 Vgl. Buschmann, Linden, S. V-X.

6 In etwa zu errechnen nach Müller, I, 2. Teil, S. 75: im Ort wohnende Beschäftigte 1895.

7 Zu den Werkswohnungen 1905 Müller, II, S. 18, zu 1925 Dep 49b, B, Nr. 1014; zur Beschäftigtenzahl s. Anhang 4, S. 379.

pliziert man hingegen die Zahl der Werkswohnungen mit der durchschnittlichen Belegzahl an Beschäftigten von 1,6, so entspricht das im Ergebnis sogar einem Verhältnis von 30,5% im Jahre 1905 und von 47% im Jahre 1925! In Anbetracht der Größe der Werkswohnungen beim GMBHV ist eine Belegzahl von 1,6 Beschäftigten pro Werkswohnung auch für 1925 sehr wahrscheinlich. Trotz des massiven Beschäftigtenabbaues in den Jahren 1923-25 betrug z.B. die Zahl der Entlassenen, die noch in Werkswohnungen innerhalb des Ortes GMH wohnten, nur 4.[8]

Ich möchte an dieser Stelle auch auf die Unsicherheit einer solchen Statistik hinweisen. Das mit 19,4 bzw. 29,4 angegebene Verhältnis von Werkswohnungen pro 100 Beschäftigte ist zwar der ungenaueste Wert, um den Stellenwert des Werkswohnungsbaues auszudrücken, er ist aber die einzige Vergleichsgrundlage mit der älteren Literatur. Im Ergebnis tendiere ich zur zweiten Berechnungsart, die die Belegzahl der Beschäftigten pro Wohnung einbezieht. Der Vergleich mit den Werten für das Deutsche Reich zeigt, daß der GMBHV aufgrund seiner isolierten ländlichen Lage hier eindeutig an der Spitze stand. Die Durchschnittsrelation der Werkswohnungen pro 100 industrieller Arbeitskräfte betrug im Reich 1898 nur etwa 1,8. In der Schwerindustrie lagen die Werte — für die 1880er Jahre — jedoch höher: Auf 100 Arbeitskräfte kamen bei der Gutehoffnungshütte 4 Werkswohnungen, bei Hoesch 3-5, bei der Dortmund-Hörder Hüttenunion 6-8, beim Bochumer Verein 8-11 und bei Krupp, im Ruhrgebiet weit führend, 23-34.[9]

1. Erste Phase 1856-1859: Gründung der Kolonie. Idee, Konzept und erste Realisierung

Die Bedeutung des Siedlungsbaues für den GMBHV zeigte sich in der Position des „besonders wichtigen Postens eines Baumeisters."[10] Er wurde den Hütten- und Grubendirektoren beigeordnet und unterstand wie sie unmittelbar dem Verwaltungsrat. Den Auftrag erhielt der Hannoveraner Architekt Ludwig Debo (1818-1905), Lehrer für Baukunst an der polytechnischen Schule in Hannover. Er gehörte zu einer Gruppe von Lehrern, die aus dem Staatsbauwesen bzw. dem Eisenbahndienst an die Hochschule gewechselt waren.[11] Zugleich war er Vorstand des Technischen Bureaus der vormals Kgl. Hannoverschen Generaldirektion der Eisenbahnen und Telegraphen[12], gab aber diese Aufgabe zugunsten des

8 Errechnet nach Dep 49b, B, Nr. 1014. Zur Anteilsberechnung der Beschäftigten an der Einwohnerschaft des Ortes s. Teil D, Einleitung, S. 163.

9 Zahlen nach Schulz, Wohnungsbau, S. 383f.

10 Geschäftsbericht des Verwaltungsrates vom 13.1.1858, S. 6, Dep 32b, Nr. 765.

11 Scholl, Ingenieure, S. 243.

12 Launhardt, Wilhelm, Die Königlich Technische Hochschule zu Hannover 1831-1881, Hannover 1881.

GMBHV auf. Sein Vertrag sollte bis zur Fertigstellung des Werkes und der Siedlung gelten. Wann er ausschied, ist unbekannt.

Für seine Aufgabe erhielt Ludwig Debo strenge räumliche, zeitliche und finanzielle Vorgaben: optimale Ausnutzung des begrenzten Raumes, schnellste Ausführung der Bauten und geringe Kosten. Er verband die Vorgaben und seine eigenen Ansprüche zu einem funktionalistischen Entwurf (s. Abb. 3); der Plan zeigt das vom GMBHV erworbene Gebiet, den späteren Ort Georgsmarienhütte ohne die Exklave Osterberg). Debo fügte die Siedlung in die krummen Grenzen, in die Gegebenheiten der Hügellandschaft und der Bachläufe ein. Das Werksgelände nahm den plansten Teil ein, die Wohnhäuser und öffentlichen Einrichtungen wurden an das Werksgelände gefügt: südlich des Werkes ein großer Wohnplatz für Arbeitshäuser, davor, ganz in Werksnähe, eine Zeile Beamtenhäuser; im Westen nochmals Arbeiterhäuser, diesmal mit Handwerkerhäusern am Anfang jeder Häuserzeile und der Komplex Kirche, Friedhof, Schulen; im Norden der Markt, wiederum Handwerkerhäuser, Badeanstalt, Gasthaus und Vergnügungsgärten. Raum und Umfang ließen nur diese facettenartige Anlage zu. Hinter der auf den ersten Blick kasernenartigen Anordnung verbirgt sich ein klares funktionalistisches Konzept des Städte- bzw. Siedlungsbaues.[13]

Debo war ein Architekt, der seine eigenen Vorstellungen mitbrachte. Er kam aus einer neuen Generation[14] von Architekten, die in Abkehr vom Klassizistischen, Repräsentativen eine „gesunde und preiswürdige" Bauweise[15] zum obersten Prinzip erhoben. Bei der Georgsmarienhütte bezog sich Debo auf zwei architektonische Konzepte: Die Struktur des Ortes war an englische Vorbilder angelehnt, d.h. Fabrik, Siedlung und Gemeinschaftseinrichtungen wurden als geschlossener Komplex angelegt. Dabei übernahm er auch die englische Reihenhausbauweise, verzichtete aber auf die blockartige Gebäudeanordnung und vermied so geschlossene Innenhöfe. Für den Grundriß übernahm Debo den einfachen Typ des englischen Arbeiterhauses,[16] für das Gesamtkonzept hingegen berief er sich auf fortschrittliche zeitgenössische Vorstellungen einer funktionalistischen „Hygiene des Städtebaus".[17]

---

13 Die 'militärische' Wohnform ist nicht zufällig: „Nur das Heer hatte bis dahin mit der Organisation von Massen zu tun. Daß mit der Übertragung der Form die Übernahme von inhaltlichen Vorstellungen parallel geht, ist leicht nachzuweisen: die enorme Disziplin, die der Industriebetrieb von den Arbeitern fordert." Günter, R., Krupp und Essen, in: M. Warnke (Hg.), Das Kunstwerk zwischen Wissenschaft und Weltanschauung, Gütersloh 1970, S. 128-174, hier S. 139. Auf den Zusammenhang von Fabrik- und Klosterdisziplin gehen ein Treiber, Hubert, Steinert, Heinz, Die Fabrikation des zuverlässigen Menschen. Über die „Wahlverwandschaft" von Kloster- und Fabrikdisziplin, München 1980, hier S. 132.

14 Vgl. Buschmann, Linden, S. 175.

15 Debo, Ludwig, Grote, Carl, Gemeinnützige Bauvereine. Bericht an Königlich Hannoversches Ministerium des Innern, erstattet im März 1861, mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse der Residenzstadt Hannover, Hannover 1861, S. 24.

16 Buschmann, Linden, S. 180f.

17 Hans Plessner, Die Sonnenbaulehre des Dr. Bernhardt Cristoph Faust; ein Beitrag zur Geschichte der Hygiene des Städtebaus, Köln-Kalk 1933.

Als Debo im Sommer 1856 in den Dienst des GMBHV trat, hatte er sich als Architekt von Fabriken, öffentlichen Einrichtungen und Arbeiterwohnungen im Königreich Hannover schon einen Namen erworben. Für Adolph Meyer, Mitglied im Gründungskomitee des GMBHV, Privatbankier in Hannover und Besitzer einer Baumwollweberei im Hannoverschen Vorort Linden, hatte er schon 1854 Teile einer Arbeiterkolonie konzipiert.[18] Meyer versuchte sich 1854 mit der Gründung einer gemeinnützigen Baugesellschaft, seine Arbeitersiedlung in Linden sollte durch Aktien über eine Vielzahl von Kleinaktionären finanziert werden. Debo beschrieb für die Lindener Kolonie seine Überlegungen, die er für GMH nicht mehr grundlegend veränderte:

„Vor jedem Hause befindet sich ein kleiner, 14 Fuß breiter Garten, so daß die Bewohner darin vor ihrer Haustür sitzen können und vor ihrem Stubenfenster Blumen und Gesträuche haben. Hinter jedem Hause befindet sich ein 20 Fuß breiter Hof, welcher ebenso wie der vordere Eingang von der Straße zugänglich ist. Die Häuser haben also zu beiden Seiten Straßen. Diese Anordnung hat gegen die gewöhnliche städtische Anordnung, nach welcher die Häuser mit den Höfen zusammenstoßen, wesentliche Vorteile. Es braucht der Mist vom Hofe nicht durch die Häuser zur Straße geschafft zu werden, die Häuser sind durch die freie Lage gesunder, bei Feuersnot kann man leicht von vorn und hinten dazu kommen, und hauptsächlich ist es bei jener Anordnung möglich, die Häuser der Lehre vom Sonnenbau gemäß mit ihren Stuben nach Süden zu richten, was bekanntlich auf die Gesundheit der Bewohner einen höchst wohltätigen Einfluß übt."[19]

Die Lehre vom Sonnenbau lag auch der Konzeption der Georgsmarienhütte zugrunde. Ihr oberstes Prinzip lautete „Zur Sonne, nach Mittag" und zielte auf die „Gewinnung der möglichst größten Lichtmenge für ein Gebäude in der kalten und gemäßigten Zone bis zu dem Indifferenzkreise sowie die Erzielung der möglichst kleinsten Lichtmenge in den heißen Zonen."[20] Hierzu diente im ursprünglichen Konzept der Lehre eine trapezförmige Grundform der Häuser mit der längeren Frontseite nach Süden und einem von Süd nach Nord schräg abfallenden Flachdach. Wohnzimmer und Küche sollen stets nach Süden liegen. So erwärmte die niedrigstehende Wintersonne die täglichen Wohnräume, die hochstehende Sommersonne wirkt nicht so direkt und verhinderte damit allzu große Hitze.[21] Die Innenaufteilung sollte die Zugluft in Nord-Südrichtung durch das Haus begünstigen. Das Konzept wurde von dem Arzt Dr. Bernhardt Christoph Faust (1755-1842) intuitiv aufgenommen und entwickelt. Bei Faust entbehrte es nicht okkultistischer Züge und einer Überhöhung seiner erhofften gesellschaftlichen Wirkungen: Großzügige räumliche Anlagen der Siedlungen, öffentliche Plätze, Spielplätze und Gebäude, damit die „Jugend auch in der Kunst des For-

18 Launhardt, Technische Hochschule, S. 111f.
19 Debo/Grote, Bauvereine, S. 28, Hervorhebung im Original.
20 Plessner, Sonnenbaulehre, S. 27.
21 Ebd., S. 29.

mens und Bildens nach der Natur und Kunstwerken sich übe und die heftige Körperbewegung des Turnplatzes [...] als *Entgegengesetztes* sich ausbilde." In Tempeln sollte „alles Volk sich sammeln und dem, der Sonne, Mond und Sterne schuf, Dank und Opfer bringen." Durch die helle und räumliche Weite seien die Menschen voneinander befreit und „dies gibt eine *Umbildung* des häuslichen, gesellschaftlichen und *bürgerlichen Lebens*."[22] Ludwig Debo unternahm 1845 eine Studienreise, die ihn u.a. nach Bayern und ins Elsaß führte. Vermutlich kam er — über die Auseinandersetzungen in der Literatur hinaus — in München an der Baugewerkschule auch unmittelbar mit den Lehrern der Sonnenbauweise in Kontakt.[23]

Die Ablehnung der großen Architektur und der nach außen orientierten Repräsentativität führte zusammen mit der geforderten zweckmäßigen, preiswerten und hygienischen Zusammenballung großer Menschenmassen und den zeitlichen, räumlichen und finanziellen Vorgaben der Industrien bei denjenigen Architekten, die im Dienste des Staates oder im Auftrage von Industriellen und Aktiengesellschaften arbeiteten, zu einer Synthese. Debo selbst war ein Gegner des „philanthropischen Eifers" und zugleich weit entfernt von einer politischen Parteinahme. Er wollte „Wohnungen von der kleinsten Art, der(en) Mietpreis den Verhältnissen gewöhnlicher Tagelöhner entspricht, in angemessener Zahl *billig und gesund*" herstellen.[24]

Mit der Kolonie des GMBHV erhielt Debo die Möglichkeit, seine Vorstellungen erstmals in einem geschlossenen Ortskonzept zu verwirklichen. Aus der Mitschrift einer seiner Schüler in den Vorlesungen über Baukunst an der TH Hannover sind seine Überlegungen zur Georgsmarienhütte überliefert (s. dazu Abb. 4):[25]

„Auf dem Lande muß man selbst bei Arbeiterwohnungen einen Viehstall, enthaltend einen Raum für eine Ziege und ein Schwein, haben — das ist z.B. der Fall bei der Georgs-Marien-Hütte in Osnabrück. Es liegen hier immer zwei Häuser zusammen. Unten befindet sich ein Vorplatz als Küche und oben die Kammern. Es ist vorteilhafter, weil man hinten herum geht und deshalb nicht direkt in die Stube. Man konnte die Häuser nicht in einer Reihe fortführen, weil die Häuserreihe an einem Berge liegt. Um nun die Kosten eines Unterbaues zu sparen, so baute man sie, wie das Terrain es bot. — Es ist freilich vorteilhafter,

---

22 Faust in: Monatsblatt für das Bauwesen und Landesverschönerung, Sept. 1826, zit. nach Plessner, S. 16f, 20. Die Entwicklung von Gesetzmäßigkeiten für die Sonnenbauweise lieferte von Camerloh mit der Berechnung des Lichteinfalls und des Häuserzeilenabstandes je nach Klima und Region. Die Berechnungen entstanden 1827, als die bayer. Regierung ein Gutachten darüber anforderte, ob die Sonnenbaulehre als Lehrfach an der Baugewerkschule in München eingerichtet werden sollte. Plessner, S. 21.

23 Debo/Grote, Bauvereine, S. 20.

24 Ebd., S. 43f.

25 Debo, Ludwig, Baukunst III. Vorlesungen 1860/61, handgeschriebenes Kollegheft in der Bibliothek des Instituts für Bau- und Kunstgeschichte Hannover (Mitschrift von W. Cordes, eines Schülers von Debo), S. 46f. Ich danke Prof. Dr. Ing. Günther Kokkeling, TH Hannover, für den Hinweis auf dieses Manuskript.

wenn man die Häuser aneinanderbaut. Man spart in den Giebelwänden. Indessen hier waren die Kosten dieselben — weil man sehr hohe Sockel machen müßte. Es ist schon öfters darüber gestritten, ob es vorteilhafter ist, die Gebäude allein oder aneinander auszuführen. Stehen die Gebäude zusammen, so spart man an Mauerwerk. Ferner spart man an Feuerung, weil die Häuser wärmer sind. Dagegen wird folgendes ausgeführt: Es ist nicht so große Feuergefahr. Das Löschen ist eher auszuführen. Ferner sind sie so gesünder. Krankheiten können sich nicht so leicht fortpflanzen."[26] Und an anderer Stelle: *„Jedes Haus hat [...] einen so großen Garten, daß die Bewohner die nötigen Gemüse darin ziehen können. Wegen der großen Eile, in welcher diese ersteren Häuser (in GMH, s.m.) beschafft werden mußten, war es nötig, dieselben von Fachwerk herzustellen."*[27]

Anschließend erläuterte Debo das System seiner Anlagen, das er in Hannover-Linden nur im Ansatz in der Fannystraße ausgeführt und in GMH zumindest in der ersten Bauphase 1857-59 verwirklichen konnte. Seine wichtigsten Prinzipien waren Zugänglichkeit und Besonnung (s. System B in Abb. 5).[28]

Die Georgsmarienhütte ist die früheste Arbeitersiedlung im heutigen niedersächsischen Raum. Sie ist zugleich eine der wenigen geschlossenen Anlagen aus der Zeit der industriellen Revolution — in ihrer Vollständigkeit und in ihrem geschlossenen Siedlungscharakter vergleichbar mit der Siedlung Eisenheim/Ruhr (1844) der Gutehoffnungshütte in Oberhausen, die zweigeschossige Doppelhäuser und eingeschossige Häuser mit ausgebautem Dachgeschoß und Garten umfaßte. Der geschlossene Charakter war in der Gründungsphase in Eisenheim noch nicht vorhanden, die Siedlung entstand nach und nach. Weiterhin ist die Kolonie des GMBHV mit der Anlage Saltaire/England (1853) vergleichbar, einer Siedlung des Textilfabrikanten Titus Salt als Einheit von Fabrik, Wohnsiedlung, Schulen, Freizeit- und Versorgungseinrichtungen sowie der cité ouvrière in Mühlhausen (1852), der ersten Verwirklichung einer Arbeiterkolonie durch eine Aktienbaugesellschaft.[29]

In ihrer Größe ist GMH mit diesen und mit den späteren Kolonien im Ruhrgebiet nicht zu vergleichen. Für die Siedlungen im Ruhrgebiet waren allein schon aufgrund ihrer Ausdehnung öffentliche Einrichtungen nötig. Die Besonderheit der GMH ist allein qualitativ: Geschlossenheit und Autarkie der Siedlung bei re-

---

26 Ebd., S. 48.

27 Debo/Grote, Bauvereine, S. 29f. Cordes zeichnete den Typ der Bruchsteinhäuser, die etwas später gebaut wurden als die Fachwerkhäuser und bei denen die Treppe an der Innenwand zur Nachbarwohnung lag.

28 Debo, Baukunst, S. 48. Skizze aus Buschmann, Linden, S. 179.

29 Zu Eisenheim: Rettet Eisenheim! Gegen die Zerstörung der ältesten Arbeitersiedlung des Ruhrgebietes, hg. v. der Projektgruppe Eisenheim an der FH Bielefeld, West-Berlin 1975(3), S. 31-35; zu Mühlhausen Renate Kastorff-Viehmann, Wohnungsbau für Arbeiter. Das Beispiel Ruhrgebiet bis 1914, Aachen 1981, S. 178, zu Saltaire ebd., S. 159.

lativ hohem Standard — geplant und stringent beibehalten von der Idee bis zur Realisierung.[30]

Aufgrund der räumlichen Enge mußte Debo dennoch bei seinen eigenen Vorgaben einen Mittelweg suchen. Der Platz der Werksanlagen war aufgrund des planeren Terrains und des Wasserlaufes vorgegeben: Die Häuser — so seine eigene Vorgabe — benötigten eine bestimmte Position und Ausrichtung nach Süden. Das Schloß war von ihm ebenfalls für genau diesen Platz vorgesehen. — Wohin aber mit der Kirche, der Schule, den öffentlichen Einrichtungen? Da die Kirche schwerlich aus dem Gesamtgefüge auszugrenzen war, erhielt sie in der Planung den Platz zwischen beiden Wohngebieten (s. Abb. 3). Wir werden später sehen, daß sie in das Ortsgefüge dann doch stärker eingebunden wurde. Für den Marktplatz und die öffentlichen Einrichtungen blieb so lediglich die Notlösung fast außerhalb der Kolonie im Norden der Hüttenanlagen.

Die Zusammenfügung der öffentlichen Einrichtungen in zwei geschlossenen Komplexen gab Debo wiederum die Möglichkeit der inneren Gestaltung. Er realisierte hier auf engstem Raum zwischen Colon Schumpe und Potthofs Wiese eine an barocke Formen angelehnte Grundstruktur (Abb. 3): Die Pfarrwohnung (bb), zwei Schulen (cc) und im Westen (vermutlich) Wirtschaftsräume sind achsensymetrisch um die evangelische Kirche angeordnet und bilden ein parkähnliches Ensemble. An der Nordseite des Werksgeländes versuchte Debo eine Wiederholung, Mittelpunkt ist hier der Marktplatz, um den sich Gasthaus, Handwerkerhäuser, Waschhaus, Badeanstalt und Vergnügungsgarten (gg, hh, ii, ll, kk) anordnen.

Die Wohnungen der Direktoren und der Beamten muß man allerdings zwischen den einzelnen Ensembles genauer suchen.[31] Um ihnen eine repräsentative Unterkunft zu verschaffen, kaufte das Gründungskomitee das vor dem Abbruch stehende Lustschloß Monbrillant (x) König Georg V. in Hannover. Balken um Balken wurde es nach Malbergen transportiert und dort wieder aufgerichtet. Debo plazierte es fast trotzig in ein kleines Dreieck zwischen Werksgelände und zwei projektierten Eisenbahnstrecken. Die Entscheidung für diesen ungewöhnlichen Platz spricht aus der gestrichelten Mittelachse, die Debo hier wie auch bei der Kirche einzeichnete: Das Schloß wurde genau auf der Mittelachse der Hoch-

30 Vgl. auch Kirsch, Peter, Arbeiterwohnsiedlungen im Königreich Württemberg in der Zeit vom 19. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Tübingen 1982. Kirsch, S. 260ff, kommt zu dem Ergebnis eines kleinen, aber feinen Arbeiterwohnungsbaues in Württemberg. Als Gründe gibt er an: Fehlende Bodenspekulation ermöglichte eher ein „Experimentieren", der Kreis der betreffenden Unternehmer war meistens weitgereist und brachte so Impulse mit, die Struktur der Industrie erforderte die Bindung eines hohen Facharbeiteranteils. Am bekanntesten ist die württembergische Siedlung des Textilfabrikanten Staub in Kuchen.

31 Aus Mangel an geeigneten Wohnungen für Direktoren und Werksbeamte wurde für die ersten zwei Jahre nach der Gründung kurzerhand das ehemalige Dreschhaus des Hofes zur „Hauptbeamtenwohnung" umgebaut. Undenkbar schien es, die Beamten vorübergehend in den ersten kasernenartigen Arbeiterhäusern unterzubringen. Ein weiterer Teil der Beamten lebte deshalb in Osnabrück und hatte einmal pro Woche vor Ort zu einer Besprechung zu erscheinen.

öfen, d.h. der Hochbauten der Hüttenanlage erbaut. Hatte bei der Kirche die Achsenlinie mehr eine ästhetische Funktion, so dokumentierte sie hier symbolisch ein Machtgefüge zwischen den bürgerlichen und adeligen Gründern des Unternehmens. Für die Bürgerlichen — drei der sechs Verwaltungsratsmitglieder sowie alle drei Direktoren — war es der Wunsch nach adeligem Lebensstil und adeliger Anerkennung. Für die Adeligen war das Schloß Ausdruck materieller Beteiligung an dem Unternehmen und zugleich Symbol und allgegenwärtig sichtbare Repräsentanz ihres fortdauernden Führungsanspruches auch im beginnenden Industriezeitalter (s. Abb. 6 und 7).

Ganz glücklich war man mit dem nach dem Wiederaufbau durch verzinkte Blechplatten verkleideten Schloß nicht. Der Verwaltungsrat schrieb dennoch in seinen regelmäßigen Berichten immer wieder an den König, „in seiner Zierde und Stattlichkeit" sei das Schloß Monbrillant „ein sichtbares Erinnerungszeichen an die erhabene Königsfamilie" und symbolisiere über die Verleihung der königlichen Namen Georg und Maria für die Hüttenanlage die Verbindung zum Königshaus.[32] Über die Beschreibungen des jeweiligen Baufortschrittes von den Kellerund Sockelmauern bis hin zu den Balkenlagen wurde nach Hannover berichtet. Dabei war es für den König ein wahres Schnäppchen: 1856 wäre das 1713-1719 erbaute Lustschloß sowieso abgerissen worden, da es dem Bau des neuen Welfenschlosses — der heutigen TH — weichen mußte.[33] Eine ganz andere Sichtweise hatte da der Regierungsrat Schow, der im Auftrag des Innenministeriums 1858 an das Ministerium Bericht erstattete und das Schloß brüsk seiner Würde entkleidete:

„Neben dem Hüttengelände erhebt sich das dorthin verpflanzte Monbrillant, dem jedoch ein bedeutendes Souterrain gegeben ist, wodurch es in seinen Proportionen eben nicht gewonnen hat. Es ist zum Direktorial- und Geschäftsgebäude sowie zur Wohnung für die drei Direktoren und deren Familien bestimmt. Gegen die massiven Hochbauten des Hüttenwerkes, die sich durch schöne architektonische Verhältnisse auszeichnen, sticht das aus Fachwerk im Casernenstil erbaute Direktionsgebäude recht unvorteilhaft ab."

In vertrautem Gespräch äußerten ihm gegenüber dann sogar der Hüttendirektor Brand und der Vorsitzende des Verwaltungsrates Dr. Müller — die gewöhnlich auch die Briefe an den König abfaßten —, daß „ein Neubau sich zweckmäßiger und wohlfeiler herausgestellt haben würde als die Verpflanzung von Monbrillant nach dem Schultenhofe."[34]

---

32 Berichte des Verwaltungsrates an den König vom 10.5., 18.6. und 17.9.1857, Dep 103 IX, Nr. 459.

33 Hoeltje, Georg, Weber, Helmut, Georg Ludwig Friedrich Laves, Hannover 1964, S. 48. Laves war Hofarchitekt und Bauingenieur in Hannover.

34 Bericht des Regierungsrates Schow an das Innenministerium vom 1.7.1858, Rep 300, Nr. 1056. Auch die Familie Krupp versuchte sich in adeliger Attitüde: Als Alfred Krupp das zum Verkauf stehende Wasserschloß Borbeck (Essen) erwerben wollte, lehnte der adelige Besitzer mit der Begründung ab, er wolle es nicht dem „Grobschmied" aus Essen überlassen; Rettet Eisenheim!, S. 30.

Von der Nützlichkeit nun zur Betriebsnotwendigkeit: Im Herbst 1856 entstanden als erstes vier Logierhäuser am Osterberg und eine Speiseanstalt. Sie waren allein notwendig, um die Arbeiter für die Ausführung der weiteren Bauten überhaupt zu halten. Jedes der Logierhäuser war für 2 Familien und 20 Ledige bestimmt.[35] Im Winter 1856/57 wurden dann riesige Erdarbeiten und Planierungen ausgeführt, wobei sich die Möglichkeit ergab, einen eigenen Steinbruch samt Seilbahn auf dem Hüttengelände in Betrieb zu nehmen, um die Mengen an Bausteinen und Sand, Lehm und Ton für die Ziegel der Arbeiterwohnungen herbeizuschaffen. Ein Jahr nach der Gründung am 4. Juni 1856 begannen noch parallel zum Bau der Hüttenanlage und der ersten Arbeiterkoloniehäuser die Erztransporte vom Hüggel zum Hüttenplatz; im Frühjahr 1858 rollten dann die ersten Kohlentransporte von den nahegelegenen Schächten zum Werksgelände. Im Sommer 1857 arbeiteten ca. 1.100-1.400, in der Hauptbauphase sogar 2.500 Arbeiter, an den Bauten auf dem Hüttenplatz und in den Arbeiterkolonien, zum Herbst standen für über 700 Arbeiter die Wohnungen im Rohbau fertig.[36] Ein halbes Jahr später, d.h. zwei Jahre nach der Konstituierung des Vereins, wurde der erste von zunächst vier Hochöfen angeblasen und 800-1.000 Hüttenarbeiter und Werksbeamte bezogen die mittlerweile ca. 170 Wohnungen auf dem Hüttengelände (s. Abb. 8-12).[37]

Das Werk ging bei der Ansiedlung davon aus, den weitaus größten Teil der Hüttenarbeiter, die möglichst verheiratet sein sollten, in werkseigenen Wohnungen unterzubringen. Debo plante für die Gründungszeit insgesamt 166 Arbeiterhäuser für 2 Familien, 18 Logierhäuser für je 2 Familien und 20 unverheiratete Arbeiter, die auch als Vierfamilienhäuser genutzt werden konnten, 11 Doppel-Beamtenhäuser, 10 Häuser für Handwerker, also insgesamt 426 Wohnungen. Erbaut wurden von der ursprünglichen Planung in den ersten 2 Jahren 31 große und 39 kleine Häuser am Osterberge und in der Kolonie neben dem Hüttenplatz. Hinzukamen bis Juli 1858 4 Häuser am Hüggel für Bergleute und „eine Anzahl alter, gelegentlich angekaufter Häuser."[38]

Schon bei der Ausführung dieser Häuser hatte Debo die Rechnung ohne das Werk gemacht. Mit der Krise von 1857, d.h. noch unmittelbar in der Gründungsphase, stand der GMBHV bereits am Rande des Zusammenbruches. 1859 war das Grundkapital, im zeitgenössischen Sprachgebrauch Aktienkapital und Anleihen, in Höhe von 2,5 Mio. Tlr. erst zu 3/5 gezeichnet. Der Werkschronist Müller schrieb darüber 1895:

---

35 Die Zahl nach Schow, 1858, Rep 300, Nr. 1056, Bl. 126.

36 Nach Bericht des Verwaltungsrates an den König vom 18.6. und 17.9.1857, Dep 103 IX, Nr. 459.

37 Die Zahl von 170 ist annähernd zu errechnen aus den 193 Wohnungen laut Volkszählung von 1871 minus der zwischen 1860-70 in GMH privat erbauten 33 Häuser. Die Bevölkerungszahl ist, ausgehend von der Angabe von 978 für Mai 1859, geschätzt. Rep 335, Nr. 5456.

38 Müller, I, 1. Teil, S. 3.

„Aber alles gestaltete sich durchaus anders, als man erwartet hatte. Die Kostenvoranschläge erwiesen sich überall als unzulänglich und den eigenartigen sozialen Verhältnissen und den daraus erwachsenen Schwierigkeiten war keine genügende Rechnung getragen worden. Für den Bau des Hüttenwerkes mit vier Hochöfen und allen Nebenanlagen waren nur 500.000 Thaler ausgeworfen."[39]

Für „sonstige Bauten", und dazu gehörten u.a. die Unterkünfte der Arbeiter und Beamten, sah der Prospectus des GMBHV vom 5. Mai 1856 nur 50.000 Tlr. vor. Am 1. Juli 1858 waren für die in Bau befindlichen zwei Hochöfen mit Zubehör bereits 732.634 Tlr. 7 Gr. ausgegeben, dazu allein für Wohnhäuser 204.288 Tlr. 10 Gr. 4 Pfg.[40]

Als im Juli 1860 achtzehn unzufriedene Aktionäre einen Briefwechsel mit dem Verwaltungsrat veröffentlichten, um auf interne Mißstände und einen nahen Zusammenbruch der Gesellschaft hinzuweisen, wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt. Ihr Bericht ergab u.a. Ausgaben von 46.259 Tlr. allein für den Erwerb und den Wiederaufbau des Schlosses und von 142.316 Tlr. für Arbeiterhäuser. Damit hatte die ursprünglich veranschlagte Summe von 50.000 Tlr. für alle „sonstigen Bauten", d.h. für Wohnungen und Infrastruktur, gerade für den Ankauf des Schlosses gereicht.[41] Ein Doppel-Familienwohnhaus für zwei verheiratete Arbeiter kostete 1.200 rt., die Logierhäuser 3.800 rt.[42]

Gebaut wurde trotzdem — mit elegantem Gesicht und schlechter Qualität. In der Werkschronik von 1895 liest sich das folgendermaßen:

„Die Rücksichtnahme auf die möglichst rasche Unterbringung einer möglichst großen Anzahl von Arbeitern veranlaßte den Bau von sehr leichten Fachwerksgebäuden mit großen Wohn- und Schlafräumen, sog. Logierhäusern, deren späterer Ausbau zu je vier Familienwohnungen jedoch sofort in Aussicht genommen wurde und auch später, in den Jahren 1857-1859, erfolgt ist. Für die nach und nach heranziehenden verheirateten Arbeiter ward gleichzeitig durch den Bau von Familienwohnungen, je zwei in einem Hause, Sorge getragen. Auch diese Häuser wurden von leichtem Fachwerk, und, abgesehen von der inneren Einteilung, in ähnlicher Weise wie die Logierhäuser erbaut. Sie unterschieden sich vorteilhaft von den letzteren durch völlige Trennung der beiden in einem Hause vereinigten Wohnungen voneinander, so daß jede Wohnung ihren besonderen Eingang und besondere Wirtschaftsräume (Küche, Keller, Boden, Stall) erhielt, während die Logierhäuser auch nach ihrer Umwandlung in vier Familienwohnungen nur einen gemeinschaftlichen Eingang hatten und die Wirtschaftsräume von je zwei oder vier Familien gemeinschaftlich genutzt werden mußten. Im Übrigen entsprachen die kleinen Häuser ebenso wie die ausgebauten Logierhäuser den Anforderungen, welche an gute Arbeiterwohnungen zu stellen sind, nur in beschränktem Maße. Zu einem viel zu leichten Ausbau mit niedrigen Zimmern und Fenstern

39 Ebd., S. 8.

40 Ebd. und Prospectus, Rep 300, Nr. 1056.

41 Rep 335, Nr. 5462. Auch Amtmann Gerdes berichtete am 10.3.1857 an die Landdrostei über die Fehlkalkulation, s. Rep 335, Nr. 9074.

42 Geschäftsbericht der Direktion vom 13.1.1858, S. 6, Dep 32b, Nr. 765.

kam noch der Übelstand hinzu, daß der Stall unmittelbar an das Wohnhaus angebaut wurde, was sich sowohl für das Wohlbefinden der Einwohner, als auch der Haltbarkeit der Wohnungen als unzweckmäßig erwies. Im Laufe der Jahre ist durch Behängen der Häuser an den Wetterseiten mit Ziegeln (= Dachziegeln, s.m.) zum Schutze gegen die eindringende Nässe, durch völlige Erneuerung und solidere Herstellung von Fußböden, Türen und Fenstern, durch Absonderung der zu jeder Wohnung gehörenden Wirtschaftsräume und durch den Bau vieler neuer freistehender massiver Ställe das Mögliche geschehen, um die Wohnungen zu verbessern. Die Kosten dieser Aufwendungen waren aber so hoch, daß der Reinertrag der noch dazu wegen der obwaltenden schwierigen Verhältnisse sehr teuer erbauten Häuser bislang ein sehr geringer gewesen ist. Eine Besserung in dieser Beziehung wird bei fortschreitender Abschreibung in einigen Jahren eintreten, wenn sämtliche Wohnungen mit neuen Ställen versehen sein werden."[43]

Anlage und Innenstruktur der Logierhäuser waren aufgrund ihrer Umbaumöglichkeit zu Familienwohnungen nicht mit denen des Ruhrgebiets zu vergleichen, doch auch grundsätzlich war die Zahl der Logierplätze im Verhältnis zu den Familienwohnungen in GMH erheblich geringer. Im Ruhrgebiet bestand 1874/75 ein in etwa ausgeglichenes Verhältnis.[44]

Die Zweifamilienhäuser hingegen waren im zeitgenössischen Vergleich — hier einmal abgesehen von der Verwendung schlechten Materials — gute Arbeiterwohnungen. Hof, Keller, Boden und Toilette für jede Familie extra galten als ein seltener Standard. Die Wohnungen hatten eine Küche von 8,6 x 11,9 hannoverschen Fuß und eine Stube von 12 X 11,9 Fuß, zusammen entspricht das 20,91 qm im Erdgeschoß.[45] Da die Häuser im ersten Geschoß ohne Schrägen waren, galt hier dieselbe Wohnfläche. „Wohne mit dir allein" (Tecum habita), so lautete der Grundsatz für das „Wohnungsideal" einer Arbeiterwohnung auf der Internationalen Weltausstellung in Wien 1873, wo auch die Georgs-Marien-Hütte „ihre beachtenswerten Erfahrungen bei dem Bau von Arbeiterwohnungen" vorstellte.[46] Noch um 1900 galten Einzel- und Doppelhäuser, wie sie bis dahin in GMH ausschließlich gebaut wurden, als nur von besonderen Arbeitern erreichbares Ideal.[47]

In den Anforderungen an den Arbeiterwohnungsbau ist der GMBHV niemals hinter den bestehenden Standard zurückgegangen. Die Betonung der Privatheit

---

43 Müller, I, 2. Teil, S. 71f.

44 Kastorff-Viehmann, Wohnungsbau, S. 84.

45 Rep 350 Osn, Nr. 2484. Die Bruchsteinhäuser sind aufgrund der anderen Mauerstärke geringfügig kleiner.

46 Böhmert, Victor, Die Arbeiterfürsorge auf der Wiener Weltausstellung mit besonderer Beziehung auf die Arbeiterwohnungsfrage, in: Der Arbeiterfreund. Zeitschrift des Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, 12. Jg., Berlin 1874, S. 343-371. S. auch Beschreibung der Verhältnisse und Einrichtungen der Georgs-Marien-Hütte bei Osnabrück. Ausgestellt unter Gruppe I Nr. 8642 auf der internationalen Ausstellung in Wien 1873, Osnabrück 1873.

47 S. Kastorff-Viehmann, Wohnungsbau, S. 108.

wurde zumindest im Architektonischen durchgehalten: eigener Hof und eigener Eingang für jede Familie, der von der Straße nur zum Teil einsehbar war. Die Schaffung dieses „nichtöffentlichen Raumes" täuschte jedoch eine Privatheit vor, die nicht existierte, auch wenn es über die frühen Logier- und Menagehäuser hinaus keine einzige Wohnung in GMH findet, die die sonst üblichen halböffentlichen Treppenhäuser aufwies: Die Verkehrswege der einzelnen Wohnungen gingen über das gemeinsame öffentliche Treppenhaus.[48] Trotz der höheren Erschließungskosten wurde dieses Prinzip selbst nach Beginn der mehrgeschossigen Bauweise ab 1895 in GMH beibehalten. Der Hüttenarbeiter in GMH war so immer auch ein wenig Hausbesitzer. Durch die räumliche Weite die Menschen voneinander befreien, so hieß es in der Sonnenbaulehre. Sie reduzierte sich in der industriellen Auftragsarbeit aber letztendlich auf simpelste Vorkehrungen zur Seuchenvermeidung, zur Verringerung der Feuergefahr und zur Vortäuschung einer nicht vorhandenen Privatheit.

Konzeptionelle Überlegungen zur Gesamtgestaltung von Kolonien blieben bis in die späten 1860er Jahre in Deutschland selten. Häuser gleichen Bautyps wurden „addiert" oder „als Reihe angebaut und an Stichwege, senkrecht zu alten Wegen oder Landstraßen, plaziert."[49] In GMH wurde das architektonische Ortskonzept Debos in der ersten Bauphase 1857-1859 konsequent umgesetzt. Danach verwischt es, an seine Stelle trat eine gewisse Beliebigkeit. Am grünen Tisch als vollständige, auf sich selbst bezogene Anlage konzipiert,[50] zeigen die Katasterpläne von GMH aus den Jahren 1872/74 und 1895/1905 — wie später noch

48 Vgl. dazu für Krupp: Stemmrich, Daniel, Die Siedlung als Programm. Untersuchungen zum Arbeiterwohnungsbau anhand Kruppscher Siedlungen zwischen 1861 und 1907, Hildesheim, New York 1981, S. 84ff. Nach Stemmrich, S. 85, verdoppeln sich bei einer Bauweise wie der in GMH die Erschließungskosten. Krupp läßt in Neu-Westend — da es sich um mehrgeschossige Zeilenbauten handelt — das Problem der Privatheit durch einen zur Wohnung gehörenden kleinen Flur lösen.

49 Die erste Werkskolonie im Ruhrgebiet nach einem regelmäßigen Straßen- und Grundmuster war 1866/67 die Kolonie Stahlhausen des Bochumer Vereins. Führ, Eduard, Stemmrich, Daniel, Stahlhausen. Die Dinglichkeit sozialer Konfiguration, in: K. Bergmann, R. Schörken (Hg.), Geschichte im Alltag — Alltag in der Geschichte, Düsseldorf 1982, S. 94 (Zitat). Auch diese Siedlung wurde auf freiem Feld außerhalb der Stadt gegenüber der Fabrik gebaut. Bei Krupp wurde zum ersten Mal ein Ortschaftscharakter mit Infrastruktur ab 1870 in den Kolonien Cronenberg und Schederhof versucht. Stemmrich, Siedlung, S. 201ff und Abb. 49, 50. Siedlungen mit „deutlicher siedlungsgemäßer Zusammenfassung" gab es bei Krupp ab 1900, sie wurden alle „in weitgehend unbebautem Gelände, weitab von den jeweiligen Stadtzentren angelegt." Ebd., S. 255. S. auch die Anlage von Arbeiterwohnungen vom wirtschaftlichen, sanitären und technischen Standpunkte, mit einer Sammlung von Plänen der besten Arbeiterhäuser Englands, Frankreichs und Deutschlands, dargestellt von Rudolf Manega, Weimar 1893(3), darin das Kapitel „Anlage ganzer Arbeiterquartiere und Institutionen, die damit verbunden werden können", S. 120-132.

50 Vgl. Stemmrich, Siedlung, S. 205.

genauer beschrieben — deutlich das verrutschte Konzept (s. auch Kap. 4 und Abb. 24).[51]

Den Wendepunkt in der baulichen und infrastrukturellen Entwicklung Georgsmarienhüttes markierte die Gründung der politischen Gemeinde im Jahre 1860. Die Umsetzung des ursprünglichen Konzeptes hörte mit der ersten Bauphase auf, die Planideen Debos blieben im Konzept stecken. Realisiert wurden die einzeiligen Straßenzüge und die Ausrichtung aller Häuser exakt nach Süden — deutlich auf dem Entwurf durch die Verkantung des gesamten Ortes (s. Abb. 3). Die Aufgabe des stringenten Siedlungskonzeptes ab 1860 hat ihren Grund in der politischen Struktur dieser Industriegemeinde. Die sich andernorts über die Wohnanlagen, die Wohnform und die Auswahl der Bewohner manifestierenden Botschaften an die Verhaltensweisen der Arbeiter durch die Unternehmen erübrigten sich in GMH in den ersten Jahrzehnten nach der Gründung. Hier war der GMBHV Eigentümer des Gebietes der neu gegründeten politischen Gemeinde GMH und damit war das Werk eben mehr als ein Eigentümer einer oder mehrerer Kolonien in Werksnähe. Schule, Kirche, Vereine — alles unter starkem Einfluß des Werkes gegründet und geführt — traten an die Stelle informeller Botschaften. Sie wirkten nicht nur im Ort, sondern darüber hinaus weit über die Ortsgrenzen hinweg.[52]

Trotz dieser gravierenden Unterschiede weichen die späteren Bauphasen der zur Georgsmarienhütte gehörenden Kolonien nicht von den groben allgemeinen Entwicklungsphasen im Werkswohnungsbau des Ruhrgebietes ab. Die Sozialdisziplinierung erfolgte jedoch weniger mit Hilfe einer bestimmten Ausgestaltung der Häuser in der Werkskolonie. Ins Leere ginge deshalb in GMH eine Bewertung und Analyse der baulichen Anlagen mit der Frage nach der Ausformung

---

51 Die Pläne für die Bauentwicklung von 1870 bis 1905 sind zusammengestellt in Brunhild Borchardt, Die Industrialisierung GMHüttes 1856-1905, schr. Hausarbeit im Fach Geographie an der Universität Osnabrück (ms), Hasbergen 1978. Sie sind eine Projektion der Urkatasterkarte der Gemarkung Georgsmarienhütte von 1870/74 auf die Deutsche Grundkarte GMHütte mit eigenen Nachträgen bis 1905. Alle übrigen überlieferten Grundrisse und Pläne stammen aus der Neubauabteilung der Klöckner-Werke AG, Georgsmarienhütte, sie wurden mir freundlicherweise als Blaupausen zur Verfügung gestellt. Ferner gibt es an Examensarbeiten zur baulichen Entwicklung GMHs Beermann, Marianne, Pleister, Marianne, Der Werkswohnungsbau der Klöckner-Werke AG in Alt-Georgsmarienhütte und seine siedlungs- und sozialstrukturellen Auswirkungen, schriftliche Hausarbeit für das Lehramt, Universität Osnabrück (ms), Osnabrück 1979. Herausgearbeitet ist die Sozialstruktur einer Arbeitersiedlung aus den 1920er Jahren insbesondere von Haunhorst, Dorothea, Werkswohnungsbau und Nachbarschaften zwischen den beiden Weltkriegen in ländlich geprägtem Industrieraum. Eine sozial- und kulturgeschichtliche Fallstudie, schriftliche Hausarbeit für das Lehramt der Sekundarstufe II (ms), Münster 1984. Mündliche Aussagen und die Auswertung des Protokollbuches des Siedlungsvereines erlauben einen Blick hinter die Nachbarschaften.

52 S. dazu Teil E, Kap. 3.

unternehmerischer Sozialpolitik allein über das Mittel der Architektur.[53] Nichtsdestoweniger stand über der Entscheidung zum Bau von Werkswohnungen auch beim GMBHV der Aspekt der „Bedarfsdeckung", daran anknüpfend der „Aufbau eines Verhältnisses" und zuletzt die „Absicherung des Verhältnisses" Arbeiter-Fabrik.[54] Über die Frage nach dem architektonischen Wandel und der damit verbundenen „Dinglichkeit sozialer Konfiguration"[55] hinaus stehen im folgenden Fragen nach der Ansiedlung in Ort und Umland, der betrieblichen Notwendigkeit des Werkswohnungsbaues und nach der Binnenstruktur der Kolonie im Vordergrund.

2. Zweite Phase 1860-1870: Konsolidierung und Optimismus. Versuch des werksgeförderten Wohnungsbaues und die Hoffnung auf Privatspekulation

Nach der ersten Bauphase veränderte der GMBHV seine Wohnungsbaupolitik: Zum einen versuchte er sich im werksgeförderten Wohnungsbau, zum anderen setzte er auf die „Privatspekulation" und war auch selbst bestrebt, Häuser und Grundstücke außerhalb des Ortes zu erwerben. Der werkseigene Wohnungsbau wurde vollständig eingestellt. Der GMBHV „glaubte, darauf verzichten zu können",[56] zumal nach der Gründungs- und Bauzeit des Werkes die Beschäftigtenzahl auf der Hütte im März 1858 auf 778(!) gesunken war (d.h. ohne Erz und Kohle). In den folgenden sieben Jahren pendelte sie unregelmäßig auf und ab, überschritt bis 1865 aber nie die Höchstzahl von 1.300 auf den Hüttenanlagen.

Die Entscheidung gegen den Werkswohnungsbau fiel, obwohl die Werksleitung die Schwierigkeiten mit der Privatspekulation aus der Vorgeschichte und der Gründungszeit des Unternehmens kannte. An einem einzigen Tag im März

53 Wohl aber geben die Häuser Antwort auf das Alltagsleben der Bewohner. Vgl. zum Letzeren Führ/Stemmrich, Stahlhausen, in: Bergmann, Schörken. Am Beispiel zweier Kolonien Krupps, Nordhof und Baumhof (1871/1872) zeigt Stemmrich die Komplexität der Verschränkung von Motiven und formalen Mitteln. Das Verhältnis der Bewohner zu den Wohnungen soll das Verhältnis zur Fabrik mitbestimmen, und zwar nicht mehr nur über die Erfahrung der bloßen „Befriedigung dringenster Grundbedürfnisse, das faktische Ins-Verhältnis-Setzen von Bewohner und Siedlung, [...] sondern über das in der Architektur provozierte Verständnis der zentralen Planideen, die als positive Bemühung verstanden werden und so über die Wertschätzung dieser Bemühungen die Identifikation der Bewohner mit den Wohnungen, der Siedlung und indirekt der Fabrik verstärken sollen." (S. 274) Krupps Arbeiterkolonien stehen als Beispiel für die Spiegelung der Hierarchie innerhalb des Betriebes: Wohnungsgröße, Mieten, Wohnstandard, Lage der Wohnungen sind (immer auch) eine Umsetzung bzw. Ausdruck der inneren Struktur des Betriebes.

54 Stemmrich, Siedlung, S. 262ff und Schulz, Wohnungsbau, S. 376; so auch Bollery, Franziska, Hartmann, Kristina, Wohnen im Revier, Siedlungen vom Beginn der Industrialisierung bis 1933. Analyse-Bewertung-Chancen, in: Bauwelt 24 (Stadtbauwelt 46), 66. Jg., Berlin 1957, S. 85-100, hier S. 89.

55 So im Titel von Führ/Stemmrich, Stahlhausen.

56 Müller, I, 2. Teil, S. 73.

1856 — noch vor Gründung des GMBHV — waren 40 Personen aus dem Harz arbeitsuchend im Raum Oesede angekommen, nachdem die staatlichen Bergbaubetriebe in Borgloh und Oesede offiziell um Arbeitskräfte geworben hatten — nicht eine einzige Familie konnte privat untergebracht werden. Es fehlte schlichtweg an zusätzlichem Wohnraum.[57] Für die folgenden Jahre setzte der GMBHV geradewegs entgegen aller Bedingungen auf die Ansiedlung von Familien. Nach der ersten großen Bauphase bis 1859 zielten der Hauserwerb durch das Werk bzw. durch einzelne Arbeiter wie auch der werksgeförderte Wohnungsbau vorrangig auf die Unterbringung und die Bindung von Familien. Mit Beendigung der Gründungsphase war nicht mehr die Anwerbung und Ansiedlung allein das vorrangige Ziel, sondern verstärkt der Halt von Arbeitskräften. Nicht mehr der fehlende Wohnraum schien das vordringlichste Problem, sondern die hohe Fluktuation unter den Arbeitskräften. Der kostenneutrale „tüchtige und seßhafte Arbeiterstamm",[58] der Industriearbeiter als gebundener Hauseigentümer war das Ziel.

1. System des werksgeförderten Wohnungsbaus. Der Eigentumserwerb durch die Arbeiter wurde vom Architekten Debo selbst favorisiert. Vermutlich führte seine Hervorhebung dieses Prinzips zu der frühen Übernahme durch den GMBHV.[59] Er berief sich dabei auf das Mühlhausener System, das in der zeitgenössischen Literatur seit 1853 propagiert wurde: Kleine Einfamilienhäuser mit eigenem Eingang, Hof und Garten, zudem Läden und öffentliche Einrichtungen wie Badehaus, Lesezimmer, Waschhaus, Restauration gehörten zu einem Anlagenkomplex, der durch einen Aktienbauverein finanziert wurde. Für alle Wohnhäuser galt das Prinzip der Erwerbung durch die Mieter selbst. Weniger bekannt wurden die Probleme dieses Systems: Die zu hohen Schulden der Eigentümer führten zur Kreditaufnahme, die Abzahlung der Kredite wiederum zu Untervermietung und Überbelegung der Häuser.[60] Genau diese Probleme sollten dann auch in GMH auftreten.

Debo kritisierte die Überzogenheit des Prinzips der öffentlichen Einrichtungen in Mühlhausen: „Daß die Neigung zum Familienleben hier entgegensteht, kann nur als erfreulich angesehen werden." Das Problem der Schulden hatte für Debo hingegen einen positiven erzieherischen Aspekt. Hat die Arbeiterfamilie es

---

57 Bericht der Bergwerksadministration zu Borgloh an das Berg- und Forstamt zu Clausthal vom 23.3.1856, OBA Clausthal, Fach 165, Nr. 18. S. auch Teil D, Kap. 1.1 und 2.2.

58 Müller, I, 2. Teil, S. 73.

59 Koch, Wolfgang, Die betriebliche Wohnungsfürsorge als Teil der Unternehmenspolitik, phil. Diss., Köln 1968, S. 37ff gibt als Beginn der Eigentumsbildungsförderung für die Hüttenindustrie und den Bergbau im Saarland die 1870er Jahre, für das Ruhrgebiet die 1880er Jahre an. Vgl. auch Schulz, Wohnungsbau, S. 377; doch noch 1900 betrug der Anteil der werksgeförderten Wohnungen im Oberbergamtsbezirk Dortmund — hierzu gehörte auch Georgsmarienhütte — 3% im Vergleich zu den zecheneigenen Wohnungen, ebd.

60 Voigt, Wolfgang, Der Eisenbahnkönig oder Rumänien lag in Linden. Materialien zur Sozialgeschichte des Arbeiterwohnungsbaues während der Industrialisierung; mit Beispielen aus Hannovers Fabrikvorort Linden (1845-75) sowie einen notwendigen Exkurs über Deutschlands Eisenbahnkönig B. H. Strousberg, Berlin 1980, S. 44f.

erst dazu gebracht, daß sie Eigentum erwerben will, „so ist damit sehr viel zum Segen erreicht; denn zur Schuldentilgung bedarf es einer fortwährenden Ordnung und Sparsamkeit, die dann für's ganze Leben zur Gewohnheit wird. Das Bewußtsein, durch eigene Anstrengung den Besitz eines eigenen Hauses errungen zu haben, hebt die moralische Kraft aller Familienmitglieder."[61]

Der GMBHV verzichtete von Anfang an auf die Gründung eines Bauvereins. Er finanzierte seine bauwilligen Arbeiter direkt und setzte einheitliche Vorgaben für den Eigentumserwerb:

— Vorrangig sollten Arbeiter gefördert werden.
— Der Verein überließ den Bauwilligen das Grundstück von 30 Quadratruten (655,2 m^2) zum „ortsüblichen" Preis.[62]
— Der Verein vergab einen Bauvorschuß bis zur Höhe des Wertes des zu erbauenden Hauses zu 4% Verzinsung; die Abtragung er streckte sich auf 15 Jahre.
— Der Verein gab den Bauplan vor. Der Architekt des Vereins überwachte den Bau.
— Der Verein sicherte sich das Vorkaufs- und Vorvermietungsrecht.

Zehn Jahre lang lief der Versuch — doch nichts klappte. Nur etwa 30 Arbeiter und wenige Beamte riskierten überhaupt zu bauen. Die Arbeiter konnten die Tilgung nicht oder nur dann leisten, wenn sie zusätzliche Kredite aufnahmen. Auch der später stets geforderte Nachweis von 1/4 bis 1/2 der Bausumme änderte nichts an der „von Anfang an nicht sehr starken Baulust."[63]

Eine Berechnung der Schuldensituation verdeutlicht die zwangsläufige Erfolglosigkeit des werksgeförderten Wohnungsbaues: Insgesamt vergab der Verein eine Darlehenssumme von 100.000 M an etwa 30 Arbeiter.[64] Das ergab ein durchschnittliches Darlehen in Höhe von 3.333 M plus 4 % Verzinsung. Für den einzelnen Arbeiter bedeutete dies eine Tilgung von 19,3 M monatlich, also 231 M jährlich auf 15 Jahre, auf Reichstaler umgerechnet 77 rt.[65] Zum Vergleich: Die Miete für eine Werkswohnung betrug 1858 in GMH 18-40 rt. jährlich[66] und das bedeutete für Arbeiter nur ca. ein Viertel bis die Hälfte dieser Belastung.

---

61 Debo/Grote, Bauvereine, S. 22f. Debo war an einem ähnlichen Versuch 1854 in Hannover-Linden beteiligt gewesen. Der Aktienbauverein scheiterte, weil er zu sehr in dem Geruch stand, daß die zu schaffenden Wohnungen nichts anderes seien als Werkswohnungen im „eigennützigen Interesse der Hannoverschen Baumwollspinnerei und Weberei", deren Besitzer der Initiator A. Meyer war. S. dazu Buschmann, Linden, S. 165f, Voigt, Eisenbahnkönig, S. 46, Debo/Grote, S. 24ff.

62 Hierbei ist zu beachten, wie stark die Grundstückspreise mit der Hüttengründung anstiegen. S. Teil A, Kap. 1.3 und 1.4.

63 Müller, I, 2. Teil, S. 73. Das Vorvermietungsrecht ergibt sich lediglich aus Dep 49b, B, Nr. 849.

64 Müller, ebd.

65 Beschreibung des Versuchs in Post, J., Albrecht, H., Musterstätten persönlicher Fürsorge von Arbeitgebern für ihre Geschäftsangehörigen, Band II: Die erwachsenen Arbeiter, Berlin 1893, S. 263.

66 Dep 32b, Nr. 765, Geschäftsbericht der Direktion vom 13.1.1858, S. 6.

Schon diese Mieten wurden von den Arbeitern als zu hoch bezeichnet. Wer sollte das Doppelte bis Vierfache als Abzahlung aufbringen? Mehrfach wurden bei den Schuldnern Pfändungen am Hausstand vorgenommen. Die gepfändeten Gegenstände beim Maschinenwärter Fricke 1878 in GMH und beim Hüttenarbeiter und Neubauern Elixmann in Malbergen 1870 machen einen sehr unterschiedlichen Wohnstandard deutlich. Der erste lebte in bescheidenem Luxus, beim zweiten stand der Tisch vor dem Bett. Elixmann, der als Hüttenarbeiter immerhin eine kleine Landwirtschaft betrieb, mußte sein gesamtes Inventar an den GMBHV verpfänden: 2 Betten, 2 weitere Bettstellen, eine Kuh, 1 eichener Koffer, 1 Kochmaschine, 2 Tische, 1 eichener Schrank. Beim Maschinenwärter — hier wurde sogar nur ein Teil des Hausstandes gepfändet — ergaben sich 3 Tische, 1 Sofa, 1 Glasschrank, 1 Commode, 2 Polster, 2 Rohr- und 2 Brettstühle, 1 Spiegel, 3 Bilder im Rahmen, 2 Lampen, 10 Blumen in Töpfen, 1 Nähkasten, 1 Waschkommode, 1 Wasserbottich, 1 Ziege, 1 hölzener Eimer, 1 Tellerbord, 1 Teekessel, 1 großer Einmachtopf.[67]

Der Verein wollte unter keinen Umständen eine Miet- bzw. Kostenreduzierung vornehmen. Die Arbeiterwohnungen sollten sich zu 6% verzinsen.[68] Daß die Mieten im Verhältnis zu den besonders geringen Löhnen überhöht waren, zeigt ein Vergleich anhand eines Berichtes von Debo aus dem Jahre 1861 über die Wohnsituation in Hannover; dort seien die fast baugleichen Wohnungen bei einer Jahresmiete von 35 rt. stets besetzt und würden sehr gern genommen.[69]

Von den 30 in GMH und Umgebung in den 1860er Jahren als werksgeförderte Eigenheime erbauten Häusern wechselten dann in den ersten 10 Jahren 11 wieder den Besitzer, der Verein nahm dabei in allen Fällen sein Vorkaufsrecht wahr. Alle Klagen des GMBHV über die hohe Mobilität der Arbeiter führten nicht zu einer Änderung der Miet- und Baubedingungen oder zu einer Anhebung der Löhne. Direktor Wintzer hatte seine eigene Interpretation der Sache: Die vielen Gaststätten, 1877 immerhin 12 im Ort GMH, entstanden nach der Freigebung der Schankwirtschaften in der preußischen Gewerbeordnung von 1869 und zwangen dazu, so Wintzer, „unser ganzes System der Verwertung unserer Arbeiterhäuser abzuändern" und auf den privaten Wohnungsbau zu verzichten. Der Rückkauf der privaten Häuser soll in 4 oder 5 Fällen von denjenigen Arbeitern erfolgt sein, die nebenbei Schankwirtschaften eröffnet und sich verschuldet hatten.[70]

---

67 Dep 49b, B, Nr. 1016. Vgl. dazu auch Schomerus, Heilwig, Differenzierungen, S. 41. Sie unterscheidet 3 Stufen von Haushaltsausstattungen, wobei die hier beschriebenen zum 1. und 3. Typ gehörten.

68 Rep 300, Nr. 1056, Bericht des Regierungsrates Schow am 1.7.1858 an das hannoversche Innenministerium.

69 Debo/Grote, Bauvereine, S. 28.

70 Protokolle über die Vernehmungen der Sachverständigen durch die Eisenenquete-Kommission, o.O., O.J., (Berlin 1879), S. 263. Daß nicht allein die Arbeiter Schuld an dem Fehlschlag trugen, verschwieg Wintzer bei seinen Darlegungen über die Georgsmarienhütte.

Für 1894/98 liegt eine Zusammenstellung aller 37 Hausbesitzer in GMH[71] vor, die mit Krediten und auf Grundstücken des Werkes gebaut hatten und im Erfassungsjahr noch im Besitz des Hauses waren.

Tab. 1: Hausbesitzer in GMH 1894/98

Beruf	Jahr des Baues
Schlachter	1861
o. Angabe	1861
Bäcker	1863
Neubauer	1864
Dr. med.	1865
Apotheker	1865
Ev. Schulvorstand	1865
Müller	1866
Markscheider	1869
Schlosser	1869
Schuhmacher	1869
Neubauer	1869
Neubauer	1869
Bergmannswitwe	1869
Neubauer	1869
Fuhrmann	1869
Maschinist	1869
Bergmann	1869
o.A. = Besitzer i. Nachbargem.	1869
o.A. = Besitzer i. Nachbargem.	1869
Gastwirt	1870
o.A.	1870
Bäcker	1870
Schachtmeister	1870
Tischler	1870
Kaufmann	1871
Fabrikant	1871
o.A. = Besitzer i. Nachbargem.	1871
Zimmermann	1872
Ev. Kirche	1876
o.A. = Besitzer i. Nachbargem.	1876
Gastwirt	1878
Ev. Kirche	1883
Hüttenarbeiter	1884
Knappschaft	1886
N.N.	o.J.

71 Dep 49b, B, Nr. 849.

Deutlich ist die geringe Zahl der un- und angelernten sowie der gelernten Arbeiter, die ihr Eigentum halten konnten. Über diejenigen, die scheiterten, liegen wenig Angaben vor. In Aufzeichnungen über Pfändungen und Verzichtsleistungen finden sich insgesamt 12 Namen in den Werksakten.[72] Unter diesen „Baulustigen" im Ort GMH waren 1 Werkmeister, 1 Bergmann, 2 Hüttenarbeiter, 1 Schlosser, 1 Maurer, 1 Zimmermann und 1 Schmied, also weitgehend Inhaber qualifizierter Berufe. Nur über fünf von ihnen geben die Kirchenbücher weitere Auskunft. Um überhaupt einen Eindruck von dieser Gruppe zu erhalten, seien hier die Angaben so vollständig wie möglich wiedergegeben. Alle fünf waren Familienväter, 25 bis 43 Jahre alt, von weit her aus ländlichen Gemeinden zugezogen, drei stammten aus Handwerker-, Heuerlings- und Kleinkötterfamilien:

— Werkmeister Johannes Wawrowsky baute 1867. 1869 wird er im Konfirmandenbuch anläßlich der Konfirmation des ältesten seiner 3 Söhne erwähnt, der 1855 noch in Ilfeld im Regierungsbezirk Hildesheim/Kgr. Hannover geboren wurde. Seine Brüder wurden 1861 und 1866 in GMH geboren.
— Hüttenarbeiter Johannes Voß, er baute ebenfalls 1867, geboren 1838 in Mittelgründen im Kreis Büdingen/Provinz Oberhessen im Ghztm. Hessen als Sohn eines Schuhmachermeisters. Er heiratete 1861 in GMH die Tochter eines Gerichtsboten aus Warendorf, Regierungsbezirk Münster, Provinz Westfalen.
— Zimmermannsgeselle Heinrich Redeker, geboren 1824 in Gronau, der Vater war Kleinkötter. Redekers Sohn war noch 1855 in Dunsen, Kreis Gronau, Regierungsbezirk Hildesheim, geboren worden. 1870, also nach dem Hausbau, heiratete der Witwer Redeker ein zweites Mal. Seine Frau, eine Brinksitzerstochter aus Heinde, Kreis Marienburg i. Hannover Regierungsbezirk Hildesheim, lebte ebenfalls verwitwet in GMH.
— Maschinenwärter Fricke wohnte zuvor in Vlotho, Kreis Herford/Provinz Westfalen. Hier wurde noch 1864 seine Tochter geboren. Fricke scheint bald nach seinem Wechsel nach GMH gebaut zu haben, 1878 muß er jedoch seinen Hausstand an das Werk verpfänden.
— Schmied Friedrich Wilhelm Gößling baute ebenfalls 1867. 1836 in Hesselteich, Kreis Halle i.W., Regierungsbezirk Minden geboren, der Vater war Heuerling, heiratete er 1864 in GMH eine Hiesige, die Tochter eines Gradierers (Saline) aus Dissen.

Aber nicht mangelnde Nachfrage führte letztendlich zur Einstellung des werksgeförderten Wohnungsbaues. Ausschlaggebend wurde die Gefährdung des Alleinvertretungsanspruches des Werkes innerhalb seiner Gemeinde. Der Besitzwechsel der Häuser war geradezu durch die Finanzpraktiken vorbestimmt. Müller resümierte später: „Mehrfach wurden in den fraglichen Häusern, namentlich wenn sie durch Verkauf oder Erbschaft in andere Hände übergegangen

72 Dep 49b, B, Nr. 294 und 1016.

waren, Geschäfte angefangen und betrieben, welche den Interessen des Vereins und der Arbeiter nicht entsprachen, und die Eigentümer der Häuser behinderten die Werksverwaltung in ihren Dispositionen häufig und in mancherlei Weise."[73]

2. Hoffnung auf Privatspekulation. Parallel zum werksgeförderten Wohnungsbau hoffte der GMBHV auf eine Ausdehnung der Privatspekulation. Das Beispiel eines Hauskaufes im nahegelegenen Dorf Hagen soll die Ansiedlungsprobleme und den Einbruch in vorhandene Strukturen durch die Gründung des GMBHV verdeutlichen: Im Sommer 1856 hatte der GMBHV vom Markkötter und späteren Schmelzmeister Spratte aus Hagen/Amt Iburg als Arbeiterwohnung „ein auf dem Hofe aufgeführtes Nebenwohnhaus mit geringer Grundfläche" gekauft.[74] Spratte wollte scheinbar verkaufen, da er von dem Erlös Schulden zu bezahlen hatte. Der Verkauf, d.h. die Herauslösung des Nebenwohnhauses mit Garten aus einer Markkötterei zu einem selbständigen Eigentum, bedurfte nachträglich der polizeilichen Genehmigung durch die Landdrostei, um die Spratte und das Werk gemeinsam nachfragten. Das Amt Iburg befürwortete den Besitzerwechsel ebenfalls: Das Verkaufsobjekt sei für die Existenz der Markkötterei selbst nicht entscheidend und zudem auch vor dem Verkauf an den GMBHV zusammen mit einem 20 Quadratruten großen Stück Land verpachtet gewesen. Der Antrag wurde zur positiven Genehmigung an die Landdrostei weitergeleitet.

Einspruch erhoben indes die Gemeindevorsteher des Kirchspiels Hagen. Aus ihrer Begründung sprachen Mißtrauen gegenüber dem Werk und Verantwortung für Kleinbauern und bäuerliche Siedler. Im Falle eines Wiederverkaufs durch den Verein sei eine Existenz als Neubauerei aufgrund zu geringer Hofgröße nicht gegeben. Die Gemeindevorsteher bezogen sich auf § 8 des Gesetzes vom 24.10.1848 über die „Verhältnisse der Heuerleute": Keine neue Heuer, keine neue Erbpacht und keine Neubauerei dürfen eingerichtet werden, ohne daß die Heuerlingskommission sie als ausreichend für den Unterhalt einer Familie erklärt.[75] Der Handlungsraum für Werk, Bauern und Siedler wurde durch ein landwirtschaftliches System der Notregelung begrenzt, selbst im Falle der Einigkeit unter den Kaufparteien. Die Landdrostei — wohl noch in frischer Erinnerung an die Heuerlingsunruhen im Osnabrücker Land in der Revolution 1848 — war verunsichert und verfügte, es seien zuvor der Beitrag der Stelle zu den Gemeindelasten festzulegen sowie die besagte Heuerlingskommission des Kirchspiels Hagen anzuhören.

Der Hintergrund der Entstehung von Heuerlingskommissionen war folgender: Die Heuerlingsfamilien stellten in den Ämtern Iburg und Osnabrück um die Jahrhundertmitte über 50% der Bevölkerung. Ihre materielle Situation wurde entscheidend geschwächt durch die Teilung der den Bauern und damit den Verpächtern gemeinsamen Mark. Die Markenteilungen zogen sich über 50 Jahre bis

---

73 Müller, I, 2. Teil, S. 73. S. dazu auch Teil C, Kap. 4, S. 148f. über die Konflikte der 1890er Jahre. In dieser Zeit war der Wohnraummangel groß.

74 Rep 350 Iburg, Nr. 2716 zum Vorgang um die Sprattensche Markkötterei.

75 Zur Heuerlingskommisssion s. Niehaus, Heinrich, Örtliche Schiedsgerichte als wirtschaftlicher und sozialer Pachtschutz, Osnabrück 1925, hier S. 20.

in die 1830er, z.T. sogar 1840er Jahre hin.[76] Die Heuerlinge hatten bisher an der Markberechtigung ihres Verpächters teilgenommen, wovon sie nun ausgeschlossen wurden. Als zugleich das bisherige Zubrot im textilen Gewerbe als Weber und Spinner ausblieb und die Möglichkeit, als Saisonarbeiter in Holland zu arbeiten, in den 1840er Jahren zurückging,[77] Mißernten, Hunger und Preisanstieg die Not auf die Spitze trieben, verweigerten die Heuerlinge im März 1848 die Bildung von Schutzwehren und Schutzwachen gegen Tumulte und Plündereien und stellten eigene Forderungen auf.[78] Das Gesetz von 1848 über die „Verhältnisse der Heuerleute" war die Antwort der Provinzialstände auf Not und Unruhe im Osnabrücker Land. Es galt nur für den Bezirk des Fürstentums Osnabrück und blieb bis zum 1.1.1900 in Kraft. In ihm wurde u.a. die Instanz der Heuerlingskommissionen geschaffen, die aus je zwei Heuerlingen und Verpächtern bestand. § 8 des Gesetzes fand keine Anwendung auf Güter, „welche eine Gemeinde für sich bilden." Damit war die Gemeinde GMH, die dem Charakter nach einem Gutsbezirk entsprach, von der Verpflichtung ausgenommen.[79]

In Hagen saßen in der Kommission zwei Heuerlinge, ein Colon und ein Schuhmacher. Gemeinsam lehnten sie den Verkauf der Nebenwohnung der Sprattenschen Markkötterei ab und forderten die Landdrostei auf, ebenfalls nicht zuzustimmen. Es gäbe zwar nichts gegen den Erwerb eines Mietshauses durch den GMBHV einzuwenden, sollte jedoch das Gebäude wieder verkauft werden, könne keine Familie von dieser Neubauernstelle existieren. Nach einem halben Jahr des Hin und Her erging von der Landdrostei eine Entscheidung, mit der sie die Existenz der Heuerlingskommission ad absurdum führte: Verkauf ja, aber im Falle des Wiederverkaufs dürfe keine Neubauerei eingerichtet werden, „ohne daß die Heuerlingskommission dieselbe für zum Unterhalte einer Familie zugänglich erklärt habe." Die Sprattensche Markkötterei erklärte die Landdrostei zugleich für die Zukunft als unteilbar.

Damit wurde ein Wiederverkauf von Haus und Hof für den GMBHV zwar fast unmöglich, weil im Falle des Wiederverkaufes das Haus vermutlich ein Mietwohnhaus geblieben wäre. Viel wichtiger ist es jedoch, daß hier mit der Entscheidung der Landdrostei, die Heuerlingskommission in ihrem eigentlichen Zweck, der Überprüfung und Erhaltung von Bauernstellen als in sich existenzfähige landwirtschaftliche Betriebe, zu übergehen, der Weg und die Weise für die

---

76 Zur Situation der Heuerlinge s. auch Teil D, Kap. 1.1.

77 Zum Hollandgang jetzt detailliert Bölsker-Schlicht, Die Hollandgängerei, S. 103-109, 129-140, zum textilen Nebenerwerb s. Schlumbohm, Jürgen, Der saisonale Rhythmus der Leinenproduktion im Osnabrücker Lande im späten 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Erscheinungsbild, Zusammenhänge und interregionaler Vergleich, in: Archiv für Sozialgeschichte, IXX(1979), S. 263-298, ders., Agrarische Besitzklassen und gewerbliche Produktionsverhältnisse: Großbauern, Kleinbesitzer und Landlose als Leinenproduzenten im Umland von Osnabrück und Bielefeld während des frühen 19. Jahrhunderts, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Festschrift Rudolf Vierhaus, Göttingen 1982, S. 315-344.

78 S. dazu Behr, Hans-Joachim, Zur Rolle der Osnabrücker Landbevölkerung in der bürgerlichen Revolution von 1848, in: Osnabrücker Mitteilungen 81(1974), S. 128-146, hier S. 132ff.

79 Laut § 9 des Gesetzes, s. Niehaus, Schiedsgerichte, S. 20.

zukünftige Besiedlung im Umkreis der Georgsmarienhütte vorgezeichnet wurden: Kleine Nebenwohnungen und kleine Neubauereien sollten fortan das Siedlungsbild in den umliegenden Orten prägen.

Fast 40 Jahre später schrieb der Werkschronist Müller, daß *„viele Arbeiter in weitem Umkreise um die Hütte und die Bergwerke herum eigene Häuser und Ackerländereien erworben haben. Diese Kötter und Neubauern besaßen regelmäßig 3-4 Scheffelsaat (1 Scheffelsaat = 1.179,5 qm), einige sogar 10-12 Scheffelsaat Land. Ein anderer großer Teil der Arbeiter stand zu den Colonen im Heuerlingsverhältnis. Der Heuervertrag gewährte dem Heuerling Wohnung mit Garten und Ackerland — gewöhnlich 6-9 Scheffelsaat — gegen geringes Pachtgeld und gegen die Verpflichtung, persönlich oder durch Stellvertreter dem Colonen für freie Kost und im übrigen unentgeltlich oder gegen geringen Lohn — ca. 50 Pfg. pro Tag — bestimmte landwirtschaftliche Dienste, namentlich während der Bestellungs- und Erntezeit, zu leisten. Die übrigen Arbeiter wohnten zur Miete und pachteten ohne Dienstverpflichtungen Ackerstücke, in der Regel mindestens 1 Scheffelsaat. Die Colonen haben vielfach um ihre Hofstätten herum kleinere Mietwohnungen für Arbeiter gebaut. Eine solche Wohnung pflegt aus einer Stube, zwei Kammern und Stallraum zu bestehen und 54-72 M Miete pro anno zu kosten. Die Frauen der zur Miete wohnenden Arbeiter werden von den Colonen vielfach in Taglohn — ungefähr 1 M pro Tag ohne Kost — beschäftigt. Kötter, Neubauer und Heuerleute haben in der Regel ein bis zwei Kühe und einige Schweine, die zur Miete wohnenden Arbeiter meist Ziegen und Schweine; einige der letzteren besitzen auch ein oder zwei Kühe."*[80]

Neubauer — Heuerling — Mieter: Das sind drei unterschiedliche Rechtsverhältnisse, dahinter stehen drei unterschiedliche Formen der zusätzlichen Existenzsicherung. Waren — wie von Werksseite 1895 beschrieben — „viele Arbeiter" zugleich Neubauern, stand „ein anderer großer Teil" im Heuerlingsverhältnis, wohnten die „übrigen Arbeiter" zur Miete? Es bestätigt sich nur in beschränktem Maße.

Das Beispiel der Markkötterei in Hagen und die Beschreibung des Werkschronisten verdeutlichen einen Umbruch, der an der Nachbargemeinde GMHs, Oesede, überprüft werden soll. Verglichen werden Anzahl und Art der Wohngebäude in Oesede aus dem Jahr 1857, also ein Jahr nach der Hüttengründung, mit den entsprechenden Angaben der Katasterverwaltung aus dem Jahre 1910. Die Hofstellen werden hier nur im Zahlenverhältnis gegenübergestellt, ohne eine Bewertung der einzelnen Höfe nach Besitzgröße vorzunehmen. Bei der Übernahme der Bezeichnungen „Voll-, Halberbe" usw. ist jedoch stets miteinzubeziehen, daß gegebenenfalls ein Markkötter ebensoviel landwirtschaftliche Fläche

80 Müller, I, 2. Teil, S. 71 (Hervorhebung durch Verf.). Der Heuerling steht gleichzeitig in einem Miet-, Pacht- und Dienstverhältnis zum Grundeigentümer. Reine Mietverhältnisse hingegen bezogen sich auf sogenannte Nebenwohnungen, oft mit Garten und Hofraum. Die Neubauerei hingegen kann eine reine Wohnstelle sein, war aber meistens im Osnabrücker Land eine kleine Landwirtschaft in Eigentum, oft als Nebenerwerb. Sie entstand ab Ende des 18. Jahrhundert mit der Auflösung der Gemeinheit sowie auch auf dem ehemaligen Brink.

besitzen konnte wie ein kleinerer Vollerbenhof. Im folgenden geht es weniger um Hofgröße und Bodenqualität, sondern um das Verhältnis von Eigentum, Verpachtung und Vermietung sowie um eine Differenzierung innerhalb der unterbäuerlichen Schichten.[81]

Tab. 2: Gattung der Wohngebäude in Oesede in den Jahren 1857 und 1910[82]

	1857	1910
Vollerben	9	6
Halberben	5	5
Erbkötter	1	1
Markkötter/Kötter/Kolon	8/3/–	8/1/1
Erbpächter	1	–
Zeitpächter	–	1
Heuerhaus	36	3
Leibzucht/Wohnhaus	10/–	–/6
Neubauern	29	91
Nebenwohnhaus/Backhaus	3/1	70/–
ohne Angabe	6	1
Summe	**112**	**194**

Die übrigen Gebäude gehörten 1857 zu folgenden Besitzern: Papierfabrik (7 Häuser), Gastwirt, GMBHV(6), Gemeinde(3). In den folgenden Jahren kamen noch ein Schlachter, ein Zimmermann und ein Gastwirt hinzu. Für 1910: Papierfabrik (4), Fabrik Stahmer (19), Gemeinde/Kirche (6), GMBHV (10). Die geringe Zunahme beim GMBHV ergibt sich aus der Umgemeindung des Osterberges, des ersten Siedlungsgebietes des Werkes, von Oesede nach GMH im Jahre 1872.

Von 1857 bis 1910 betrug die Zunahme der landwirtschaftlichen Wohngebäude in Oesede 42,3%, einschließlich der genannten Gewerbe sowie der Werkswohnungen waren es 43,3%; die Bevölkerungszahl stieg — die Zahlen liegen für 1848 und 1905 vor — sogar um das Dreifache von 965 auf 2.789.[83] Auffallend ist das fast vollständige Verschwinden der Heuerstellen. Die Umwandlung der Heuerhäuser und Leibzuchtkotten in reine Nebenwohnungen zu Mietzwecken

81 Zur Unterscheidung zwischen Güter- und Sozialklassen auf dem Lande, auch im Osnabrücker Land, s. Gert Ritter, Die Nachsiedlerschichten im nordwestdeutschen Raum und ihre Bedeutung für die Kulturlandschaftsentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Kötter im Niederbergischen Land, in: Berichte zur deutschen Landeskunde, (41)1968, Heft 1, S. 85-128, hier S. 90ff und Schaer, Friedrich Wilhelm, Die ländlichen Unterschichten zwischen Weser und Ems vor der Industrialisierung — ein Forschungsproblem, in: Nds. Jahrbuch für Landesgeschichte, 50(1978), S. 45-69, hier S. 68f.

82 Pro 1857: Häusersteuerrolle, Rep 350 Iburg, Nr. 849; pro 1910: Rep 540 Osnabrück-Land (Iburg), Oesede(87) — Gebäudebücher.

83 Uelschen, Gustav, Die Bevölkerung in Niedersachsen 1821-1966, Hannover 1966.

ist nichts Außergewöhnliches, in dieser Vollständigkeit aber ist sie ein Hinweis auf die hohe Nachfrage und die Aussicht auf höheren Gewinn für den Bauern im Vergleich zur bisherigen Verpachtung an Heuerleute.[84] Über die Umwandlung hinaus gab es eine starke Zunahme an unselbständigen Stellen von 50 auf 81 und an Neubauereien von 29 auf 91. Relativ bedeutend waren daneben in Oesede auch die Werkswohnungen der Firmen Quirll, Stahmer und des GMBHV, wobei die 48 Wohnungen der noch jungen Kolonie Stahmer den größten Anteil stellten; zwischen den Ortskernen von Oesede und GMH gebaut, gehörte sie vom Siedlungsbild mehr zu GMH, von der Anbindung jedoch eher zu Oesede.

Die Tabellen 3, 4 und 5 bestätigen die Umwandlung der Heuer- und Leibzuchthäuser in Nebenwohnhäuser und Neubauernstellen durch die Voll−, Halberben und Markkötter.

Tab. 3: Heuerhaus (H) — Leibzucht (L) — Wohnhaus (W) — Nebenwohnhaus/Backhaus (N) nach Eigentümern 1857 und 1910 in Oesede[85]

	H	L	W	N	H	L	W	N
	1857				1910			
Vollerbe	20	7	–	1	1	–	3	21
Halberbe	5	3	–	–	–	–	–	7
Erbkötter	–	–	–	–	–	–	1	1
Markkötter	8	–	–	2	–	–	–	14
Kolon	–	–	–	–	–	–	–	2
Kötter	–	–	–	1	–	–	–	1
Neubauer	3	–	–	–	1	–	3	25
o. Zuordnung	–	–	–	–	1	–	–	–
Summe	**50**				**81**			

Den stärksten Wandel erfuhren die Neubauernstellen (s. Tabelle 4 und 5). 1857 waren bis auf einen Schmied, einen Maurer und einen Schuhmachermeister alle Neubauereien reine landwirtschaftliche Betriebe. Bis 1910 entstanden dann kleine und kleinste Neubauernstellen eigens für und von Industriearbeitern.

Tab. 4: Differenzierung der Neubauereien 1857 in Oesede nach Stand des Eigentümers[86]

1857:	Neubauer	26
	Neubauer und Schmied	1
	Neubauer und Maurermstr.	1
	Neubauer und Schuster	1
	Summe	**29**

84 Vor diesem Hintergrund bekommen auch die allgemeinen Klagen über Landarbeitermangel um die Jahrhundertwende eine weitere, hier lokal begründbare Ursache.

85 Wie Tab. 2.

86 Wie Tab. 2.

Tab. 5: Differenzierung der Neubauereien 1910 in Oesede nach Stand des Eigentümers sowie zusätzlich nach Besitz von Nebenwohnungen, Heuerhaus oder Wohnhaus[87]

1910:	Neubauer (o. Beruf)	37	davon 13 mit insg. 18 Nebenwohnhäusern, Heuer- oder Wohnhaus
	Neubauer und Bäcker	3	(2x noch zusätzlich Wirt)
	Neubauer und Gastwirt	5	(2x zusätzlich Bäcker)
	Neubauer und Kaufmann	2	
	Neubauer und Maurer	2	
	Neubauer und Maurermstr.	1	
	Neubauer und Tischler	5	
	Neubauer und Fuhrmann	1	
	Neubauer und Modelltischler	1	
	Neubauer und Bergmann	1	Von den 54 mit Beruf
	Neubauer und Former	1	haben 9 zusammen 11
	Neubauer und Eisendreher	1	Nebenwohnhäuser,
	Neubauer und Schlosser	2	Heuer- + Wohnhäuser.
	Neubauer und Schmied	2	
	Neubauer und Hüttenarbeiter	20	
	Neubauer und Maschinist	1	
	Neubauer und Werkmeister	2	
	Neubauer und Stationsarb.	1	
	Neubauer und Gendarm	1	
	Neubauer und Postbote	1	
Summe		**91**	

Zu jeder dritten der reinen landwirtschaftlichen Haupterwerbsstellen und zu jeder sechsten dieser Nebenerwerbsstellen gehörten noch ein oder mehrere kleine Mietwohnhäuser, drei Mal waren sogar Arbeiter untereinander zugleich Kollegen und Mieter bzw. Vermieter. Müller gab die Hofgröße der Neubauereien mit 3-4 Scheffelsaat an, das entspricht 0,41 ha oder 41 ar oder 4130 qm, in einigen Fällen waren es sogar 1,2 ha oder 120 ar. Eine Stichprobe unter den wenigen Gemeindesteuer zahlenden Landwirten bestätigt die Fläche von 0,5 bis 1,5 ha dieser Kleinstellen, nur wenige liegen darüber. Dies entsprach annähernd der 1848 erhobenen durchschnittlichen Hofstelle eines Heuerlings von 1-1,5 ha.[88] 25 Jahre später bestätigt sich, was 1874 die Borgloh-Oeseder Bergwerksdirektion in ihrer Begründung des Arbeitskräftemangels zur Akzeptanz von Werkswohnungen durch einheimische Bergleute berichtete: Erst bei 50 ar (= 0,5 ha) landwirtschaftlicher Nutzfläche werde eine Werkswohnung attraktiv.[89]

87 Wie Tab. 2.

88 Wrasmann, Adolf, Das Heuerlingswesen im Fürstentum Osnabrück, Teil I und II, in: Osnabrücker Mitteilungen 42(1919), S. 1-171 sowie 44(1921), S. 1-154, hier II, S. 28.

89 S. auch Teil D, Kap. 1.1, S. 179f.

Die Nebenwohnungen, sofern sie nicht zu Neubauereien gehörten, hatten durchweg Stall und einen Hofraum von 200-2.000 qm. Die Nebenwohnhäuser aber, die zu Neubauereien gehörten, waren jüngeren Datums, hatten fast nie Stall und Hofraum und waren demnach reine Mietwohnungen für Industriearbeiter. Weitere Stichproben zur Absicherung meiner Auswertungen beim Finanzamt Osnabrück-Land zu einzelnen Nebenwohnhäusern bestätigen zum einen den Charakter von Mietwohnungen sowie das Baudatum nach der Hüttengründung.

Zum anderen ergab die stichpunktartige Überprüfung eines 1910 im Kataster aufgeführten Halberbenhofes mit einem 1880 erbauten Nebenwohnhaus für das Stichjahr 1935 folgende Verpachtungen an Land:

2 Pächter je 1,00 ha
2 Pächter je 0,34 ha
1 Pächter je 0,25 ha
1 Pächter je 0,75 ha
1 Pächter je 0,35 ha
sowie „ca. 20 Kleinpächter" mit zusammen 5,35 ha.[90]

Die Gemeindesteuerliste von 1901 gibt einen ungefähren Überblick über die gewerblichen Arbeiter in Oesede. Die Steuer speiste sich aus den Zuschlägen auf die Realsteuern (Grund- und Gebäudesteuern, Gewerbesteuern) und die Einkommenssteuer. Da die Bauern nicht miterfaßt sind, sind vermutlich Gebäude- und Grundsteuern extra zusammengefaßt in der Grundsteuerliste. In der Einkommenssteuer wurde die Lohnsteuer im heutigen Sinne als vereinfachte Einkommenssteuer mit erfaßt. Sie versteuerte den jährlichen Lohn zwischen 900-3.000 M, ab 3.000 M galt ein intensiveres Veranlagungssystem, die eigentliche Einkommenssteuer.[91]

90 Auskunft von Herrn Schemschart, Finanzamt Osnabrück-Land, an die Verf.

91 Zum preußischen System der direkten Steuern s. Hue de Grais, Handbuch, S. 109, 201-210. Zur Gewerbesteuer gehörten die Versteuerung des „Arbeitsverdienstes" (Lohnsummensteuer) und des „Unternehmergewinns".

Tab. 6: Gemeindesteuerzahler/innen in Oesede 1901[92]

Hüttenarbeiter	200	
Arbeiter	14	
Kutscher	2	
Portier	1	
Gemeindediener	1	
Bote	1	
Briefträger	5	
Gastwirt	6	
Schlachter	2	
Handarbeiter	1	
Bergmann	1	
Schmied (2 x Lehrling)	20	
Schmiedemstr.	1	
Schlosser	15	
Monteur	2	
Dreher	3	
Maschinenwirt	3	
Eisenbahnarbeiter	1	
Bahnwärter	1	
Klempner	1	
Zimmermann	3	
Tischler	6	
Holzschuhmacher	1	
Schuhmacher	2	
Dachdecker	1	
Maurer	8	
Anstreicher	2	
Gärtner	3	
Müller	1	
Neubauer	13	2 x N. und Arbeiter, 1 x N. und Tischler
Heuerling	5	
Kötter	5	
Lehrerin	1	
Näherin	1	
unklar	6	
o. Angabe	2	
Summe	**341**	

Abschließend sollen in einer Stichprobe die Bewohner einzelner Neubauereien und Nebenwohnhäuser auf Beruf und Familienstand hin befragt werden. Erst die Belegung der einzelnen Häuser macht über Besitz- und Mietstatus hinaus die Wohnstruktur deutlich. Die Bewohner wurden wiederum nach der Gemeindesteuerliste von 1901 ermittelt. Da hierbei von den Hausnummern in den Ka-

92 Rep 511, Nr. 41, Bd. 2.

tastern des Jahres 1910 ausgegangen wird, sind leichte, aber nicht näher überprüfbare Unstimmigkeiten durch die verschiedenen Stichjahre möglich. Hinzu kommt, daß die bäuerlichen Besitzer in den seltensten Fällen Gemeindesteuer zahlten; es ist deshalb für die meisten Hofkomplexe von einer eher noch höheren Belegung auszugehen.

Tab. 7: Belegung einzelner Wohn- und Nebenhäuser 1910 nach Status der Bewohner von 1901 (Stichprobe bei 20 Hofstellen)[93]

a. Hofstellen mit Nebenwohnungen

Eigentümer und Wohngebäude	darin Gemeindesteuerzahler	Zahl der zur Familie Gehörenden
1. Vollerbenstelle	Hüttenarbeiter	1 Erw.
1 Wohnhaus und	Hüttenarbeiter	1 Erw.
5 Nebenwohnhäuser	Hüttenarbeiter	1 Erw.
	Hüttenarbeiter	1 Erw.
	Hüttenarbeiter	2 Erw.
	Hüttenarbeiter	3 Erw./3 Kinder
	Schmied	1 Erw.
	Schlosser	3 Erw./5 Kinder
	Schlosser	2 Erw./3 Kinder
	Monteur	3 Erw.
	Bergmann	2 Erw.
	Schlachter	1 Erw.
	Heuerling	3 Erw./2 Kinder
2. Vollerbenstelle	Arbeiter	2 Erw./5 Kinder
1 Wohnhaus und	Hüttenarbeiter	2 Erw./4 Kinder
4 Nebenwohnhäuser	Hüttenarbeiter	1 Erw.
1 Heuerhaus	Hüttenarbeiter	1 Erw.
	Hüttenarbeiter	3 Erw./2 Kinder
	Hüttenarbeiter	3 Erw./3 Kinder
	o. Berufsangabe	1 Erw.
	o. Berufsangabe	1 Erw.
	o. Berufsangabe	1 Erw.
	Heuerling	3 Erw./2 Kinder
3. Vollerbenstelle	Hüttenarbeiter	2 Erw./2 Kinder
1 Wohnhaus	Hüttenarbeiter	1 Erw./1 Kinder
2 Nebenwohnhäuser	Hüttenarbeiter	2 Erw./3 Kinder
1 Wohnhaus mit Hofraum	Hüttenarbeiter	2 Erw./1 Kinder

93 Wie Tab. 6.

4. Markkötterstelle	Briefträger	1 Erw.
1 Wohnhaus	Hüttenarbeiter	1 Erw.
5 Nebenwohnhäuser	Hüttenarbeiter	1 Erw.
	Hüttenarbeiter	1 Erw.
	Hüttenarbeiter	1 Erw.
	Hüttenarbeiter	2 Erw.
	Hüttenarbeiter	1 Erw.
	Neubauer (Bes.?)	2 Erw./1 Kind
5. Markkötter	Hüttenarbeiter	3 Erw.
1 Wohnhaus	Hüttenarbeiter	4 Erw./4 Kinder
2 Nebenwohnhäuser	Schmiedelehrling	1 Erw.
	Neubauer (Bes.)	3 Erw./5 Kinder
6. Markkötter		
1 Wohnhaus		
3 Nebenwohnhäuser	Arbeiter	2 Erw./1 Kind
	Arbeiter	2 Erw.
	Hüttenarbeiter	1 Erw.
	Hüttenarbeiter	1 Erw.
	Hüttenarbeiter	2 Erw.
7. Neub. u. Schuhmacher		
1 Wohnhaus		
1 Nebenwohnhaus	Schuhmacher (Bes.)	2 Erw./3 Kinder
	Eisenbahnarbeiter	2 Erw./1 Kind
	Hüttenarbeiter	2 Erw.
	Hüttenarbeiter	2 Erw.
	Hüttenarbeiter	3 Erw./5 Kinder
8. Neubauer		
1 Wohnhaus		
1 Nebenwohnhaus		
1 Werkstatt	Neubauer (Bes.)	3 Erw./1 Kind
	Hüttenarbeiter	1 Erw.
	Hüttenarbeiter	2 Erw./5 Kinder
	Hüttenarbeiter	2 Erw./1 Kind
	Hüttenarbeiter	2 Erw./1 Kind
9. Neubauer		
1 Wohnhaus		
1 Nebenwohnhaus	Hüttenarbeiter	1 Erw.
	Hüttenarbeiter	1 Erw.
	Hüttenarbeiter	1 Erw./6 Kinder
	Hüttenarbeiter	2 Erw./2 Kinder
	(1 Hüttenarbeiter war Besitzer der Neubauerei, 2 Hüttenarb. Verwandte.)	

10.	Neub. u. Hüttenarb.		
	1 Wohnhaus		
	1 Nebenwohnhaus	Neubauer (Bes.)	4 Erw./3 Kinder
		Hüttenarbeiter	1 Erw.

b. Hofstellen ohne Nebenwohnungen

11.	Markkötter		
	1 Wohnhaus	Kötter (Bes.)	1 Erw./3 Kinder
		Hüttenarbeiter	2 Erw./1 Kind
		Hüttenarbeiter	2 Erw./2 Kinder
12.	Markkötter und Bäcker		
	1 Wohnhaus	Gastw./Bäcker(Bes.)	4 Erw./1 Kind
		Briefträger	1 Erw.
		Schlachter	1 Erw.
13.	Neub. u. Hüttenarb.		
	1 Wohnhaus	Hüttenarbeiter	3 Erw./3 Kinder
14.	Neubauer		
	1 Wohnhaus	Wirt	4 Erw./2 Kinder
15.	Neubauer		
	1 Wohnhaus	Hüttenarbeiter	5 Erw.
16.	Neubauer		
	1 Wohnhaus	Neubauer (Bes.)	2 Erw./1 Kind
		Schmiedelehrling	1 Erw.
		Hüttenarbeiter	1 Erw.
17.	Neub. u. Hüttenarb.		
	1 Wohnhaus	Hüttenarbeiter	3 Erw./4 Kinder
18.	Neub. u. Bergmann		
	1 Wohnhaus	Hüttenarb. (Bes., zuvor. Bergmann)	2 Erw./1 Kind
		Hüttenarbeiter	2 Erw.
19.	Neub. und Schmied		
	1 Wohnhaus	Schmied (Bes.)	2 Erw./4 Kinder
		Hüttenarbeiter	3 Erw./4 Kinder
		Hüttenarbeiter	1 Erw.
20.	Neub. und Hüttenarb.		
	1 Wohnhaus	Hüttenarb. (Bes.)	2 Erw./5 Kinder
	48 Häuser		**259 Bewohner**

In Oesede lag die Belegzahl in den angeführten Stichproben insgesamt pro Wohnung im Jahre 1901 bei 5,8. Das Haupthaus wurde dann nicht mitgerechnet, wenn dazu kein Besitzer in der Steuerliste angegeben wurde. Auf den Siedlerstellen, zu denen keine Nebenwohnung gehörte (s. Tabelle 7b), lebten sogar 7,3 Bewohner. Hier wohnte man enger zusammen als in den rein zu Mietzwecken erbauten Nebenwohnhäusern, die sich durchschnittlich 5,7 Bewohner teilten. Wer es sich leisten konnte, blieb vermutlich — eng, aber allein — in seinen vier Wänden. Vermietet wurde in den dafür erbauten bzw. dazu umgewandelten Nebenwohnhäusern, doch in diesen Kotten war es genauso eng wie in den (Massen-)Wohnhäusern anderer Industriegebiete.[94] Im Ruhrgebiet lag 1893 in den privaten Mietwohnhäusern bei Bergleuten die Belegzahl, allerdings pro Zimmer, bei 1,9-2,0.[95]

Die starke Bevölkerungszunahme führte also zwar zur dichteren Besiedlung, aber das ländliche Siedlungsbild außerhalb der Werksgemeinde GMH wurde durch die Ansiedlung von Industriearbeitern kaum verändert. Der Kotten blieb das vorherrschende Wohnhaus, wobei eigener Garten und eigene Weide nicht immer das Haus umgaben.

Gemeinhin wird als Typus des Kottenbewohners der Industrieheuerling, der Noch-Landwirt und Noch-nicht-Industriearbeiter angenommen. Doch überraschenderweise zeigen Steuerlisten und Kataster, daß in dem unmittelbar an die Georgsmarienhütte angrenzenden Dorf Oesede um die Jahrhundertwende diese Mischform nicht (mehr) existierte. Unter denjenigen, die im Werk arbeiteten, besaß nur eine Minderheit eine eigene kleine Nebenerwerbslandwirtschaft. Die überwiegende Mehrheit aber lebte in äußerer Kottenidylle in enger Mietwohnung.[96]

---

94 In der Werkschronik von 1895 wird das Bild des Industriearbeiters beschönigt, der im „Kontrastprogramm" zur lärmenden Fabrik zu Hause Herr seiner Scholle war. S. dazu auch Bausinger, Hermann, Heimat und Identität, in: E. Moosmann (Hg.), Heimat. Sehnsucht nach Identität, Berlin 1980, S. 13-29, hier S. 18.

95 Kastorff-Viehmann, Wohnungsbau, S. 86.

96 Ich vermute, daß in zunehmend größerem Radius um das Werk die Zahl der Industrieheuerlinge und der in der Landwirtschaft Tätigen wieder zunimmt. Ich möchte nochmals ausdrücklich auf den Stichprobencharakter der Auswertung der Grundbücher hinweisen. Das Ergebnis am Beispiel Oesede zeigt zwar deutlich den Strukturwandel in den landwirtschaftlichen Besitzformen, berührt aber Voraussetzungen und Verlaufsformen nur am Rande. Die Gewichtung der einwirkenden Faktoren zu erkennen, erfordert mehr. Gerade das Beispiel der Georgsmarienhütte zeigt die Verknüpfung der Faktoren Tradition, Konfession, Erwerbsmöglichkeit. Erst eine breitere Untersuchung kann Antwort geben, ob der Strukturwandel in der Oeseder Landwirtschaft für das Einzugsgebiet des GMBHV typisch ist. Dies zu untersuchen wäre eine lohnende siedlungsgeographische und agrarsoziologische Arbeit über den südlichen Landkreis Osnabrück wert.

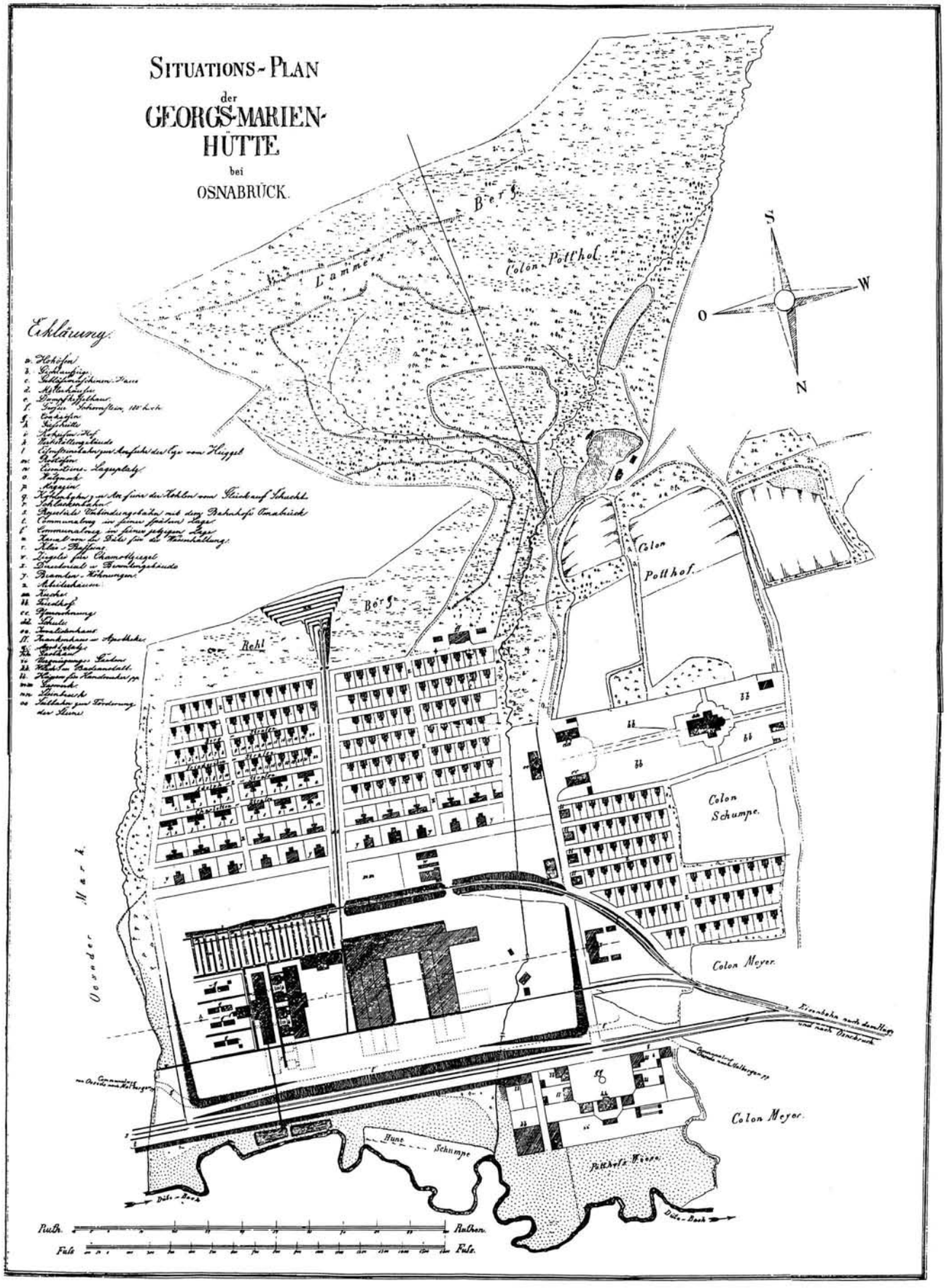


Abb. 3: Situationsplan der Georgs-Marien-Hütte nach dem Entwurf von Ludwig Debo, 1857

Abb. 3

Erklärung.

a. Hohöfen
b. Gichtaufzüge.
c. Gebläsemaschinen-Haus.
d. Möllerhäuser.
e. Dampfkesselhaus.
f. Großer Schornstein, 180' hoch.
g. Coaksöfen.
h. Gießhütte
i. Roheisen-Hof
k. Werkstättengebäude
l. Eisensteinsbahn zur Anfuhr der Erze vom Hüggel
m. Rostöfen.
n. Eisensteins-Lagerplatz.
o. Walzwerk.
p. Magazin.
q. Kohlenbahn zur Anfuhr der Kohlen vom Glück auf Schacht.
r. Schlackenbahn.
s. Projectirte Verbindungsbahn mit dem Bahnhofe Osnabrück.
t. Communalweg in seiner spätern Lage.
t' Communalweg in seiner jetzigen Lage
u. Kanal von der Düte für die Wasserhaltung.
v. Klär-Bassins.
w. Ziegelei für Chamottziegel.
x. Directorial u. Beamtengebäude
y. Beamten-Wohnungen.
z. Arbeiterhäuser.
aa. Kirche.
bb. Friedhof.
cc. Pfarrwohnung.
dd. Schule.
ee. Invalidenhaus.
ff. Krankenhaus u. Apotheke.
gg. Marktplatz.
hh. Gasthaus.
ii Vergnügungs-Garten.
kk. Wasch- u. Badeanstalt.
ll. Häuser für Handwerker pp.
mm Gaswerk.
nn Steinbruch
oo Seilbahn zur Förderung der Steine.

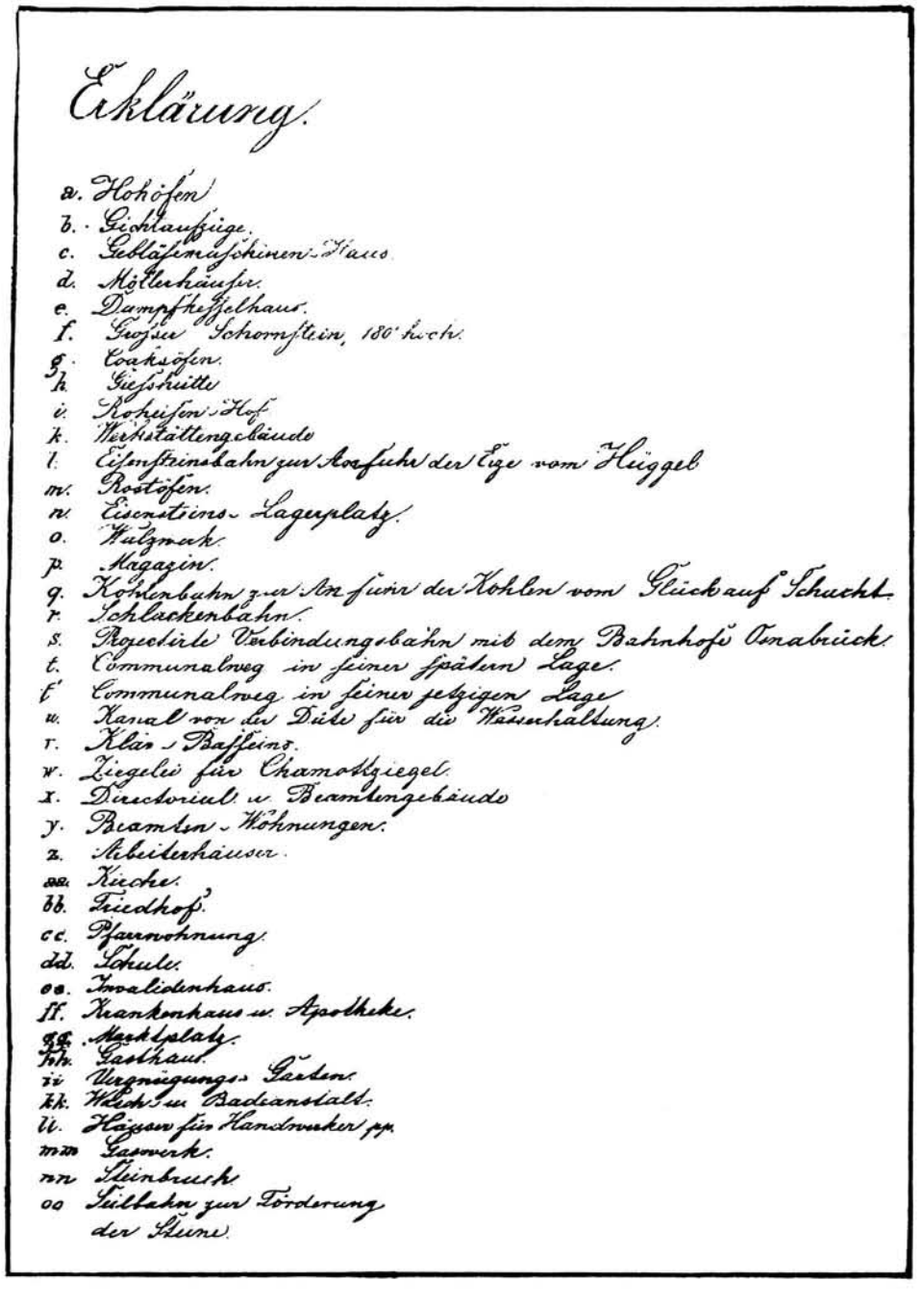
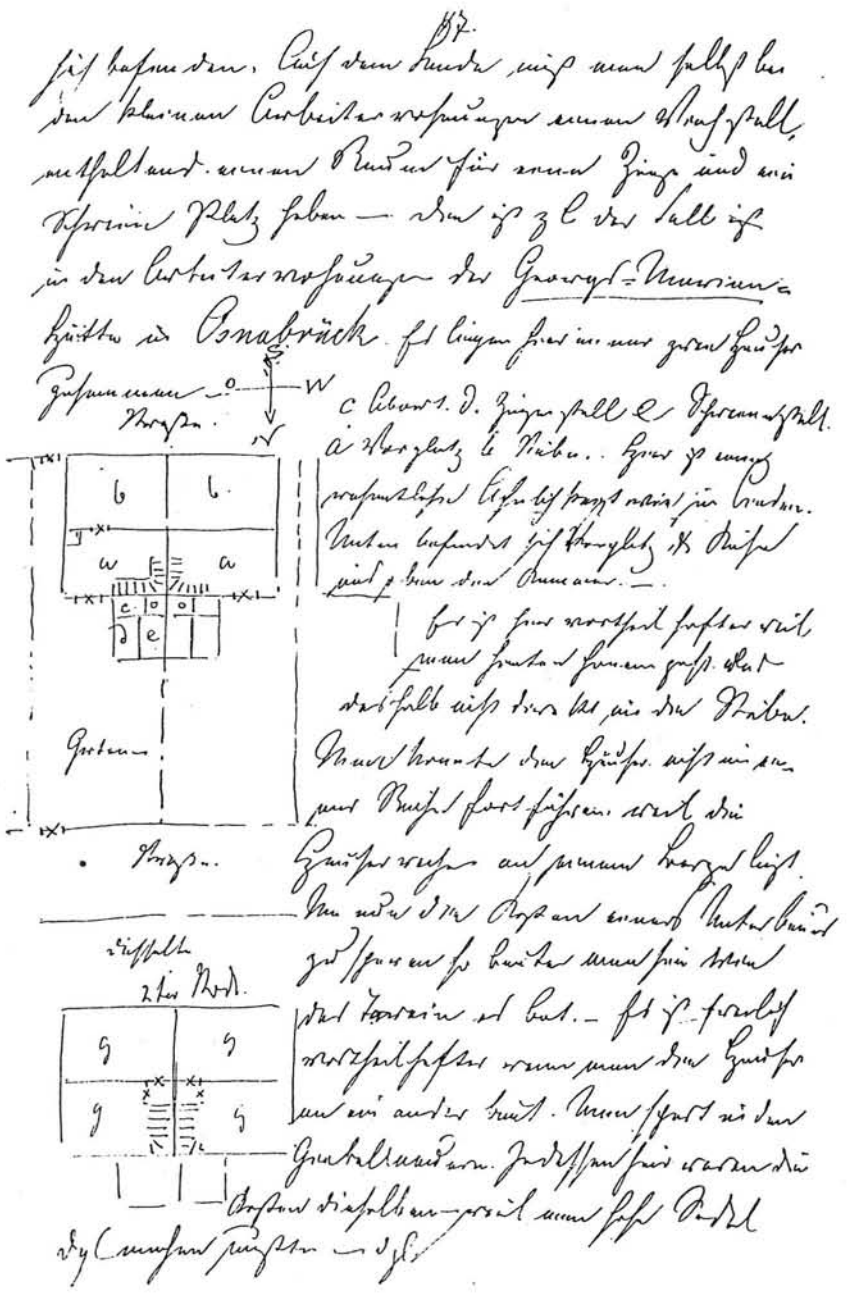


Abb. 4: Auszug aus der Mitschrift eines Schülers von Ludwig Debo, W. Cordes, über die Entwürfe Debos zu den Arbeiterhäusern in GMH



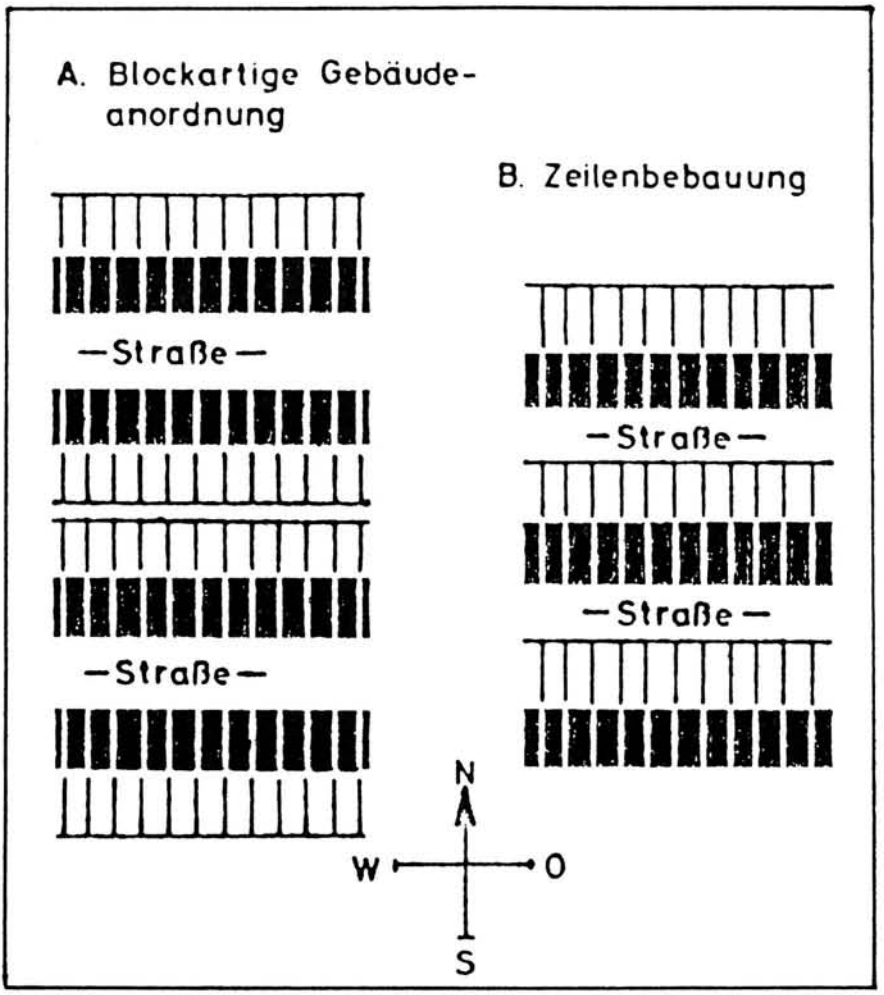


Abb. 5: Grundprinzip der Sonnenbauweise: die Zeilenbebauung

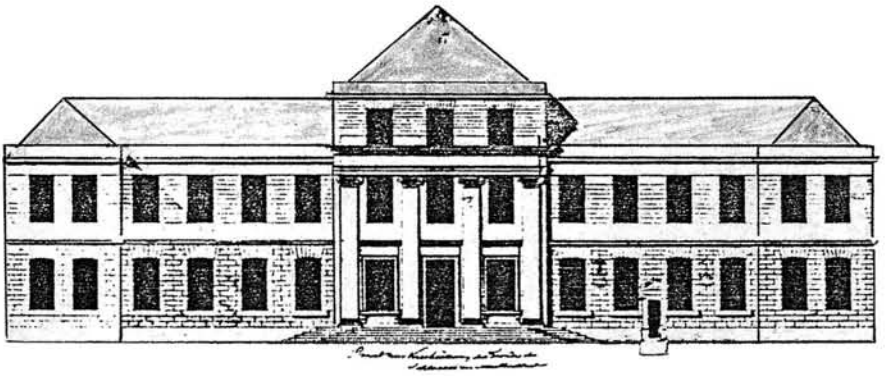
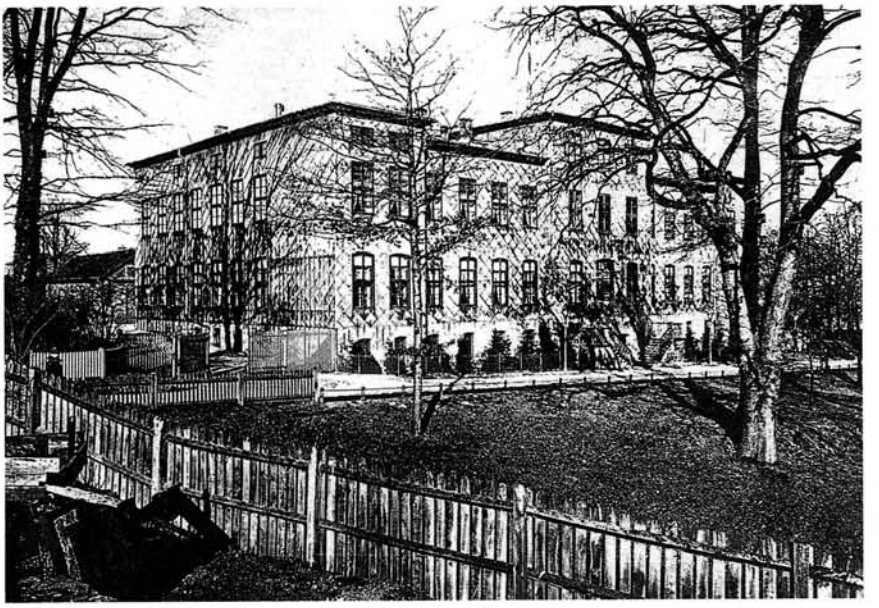


Abb. 6 und 7: Das Schloß Monbrillant vor dem Abriß (oben) und nach dem Wiederaufbau in GMH 1857 (unten)



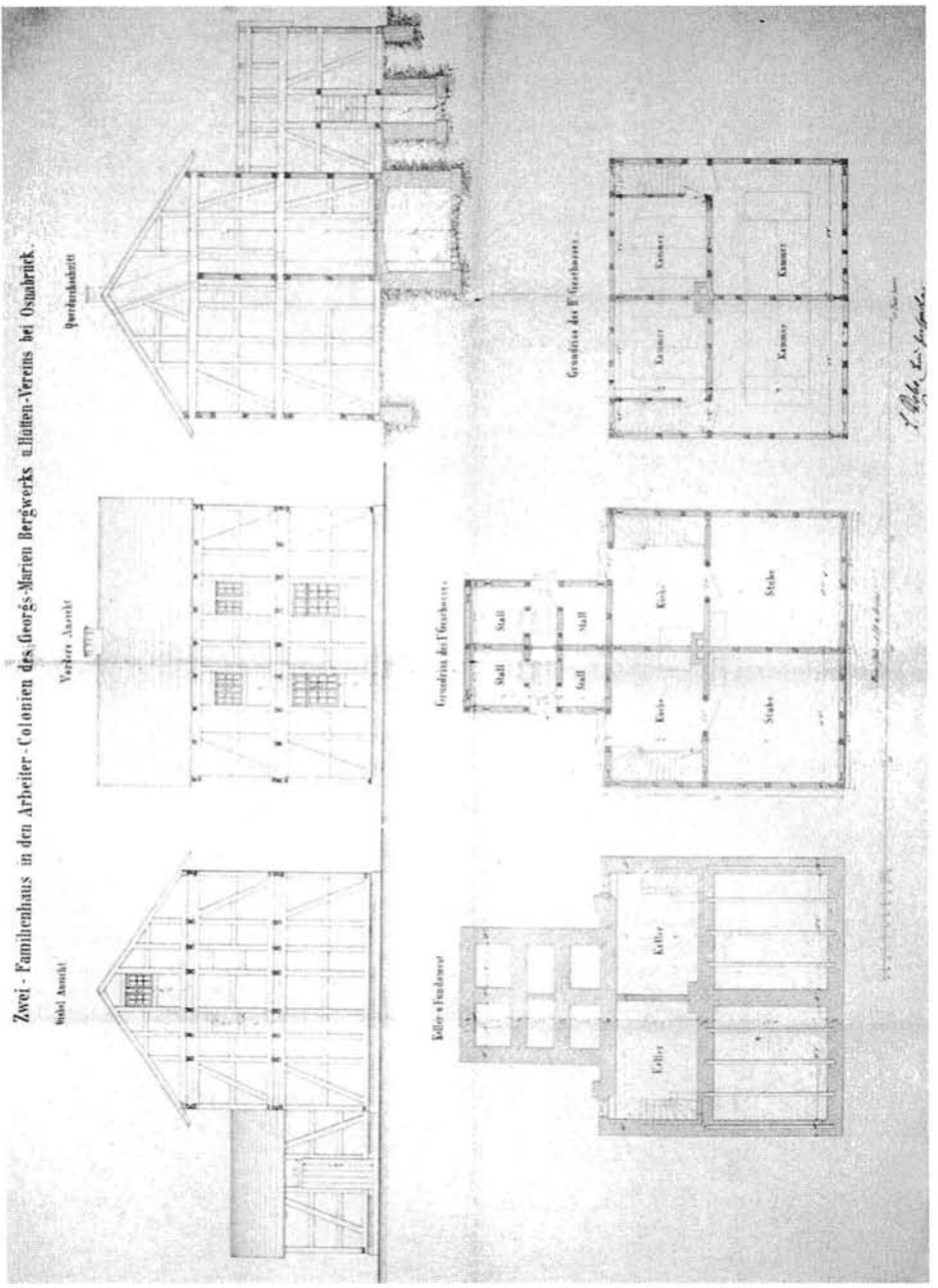


Abb. 8: Zweifamilienhaus für Arbeiter aus der ersten Bauphase 1856–1859

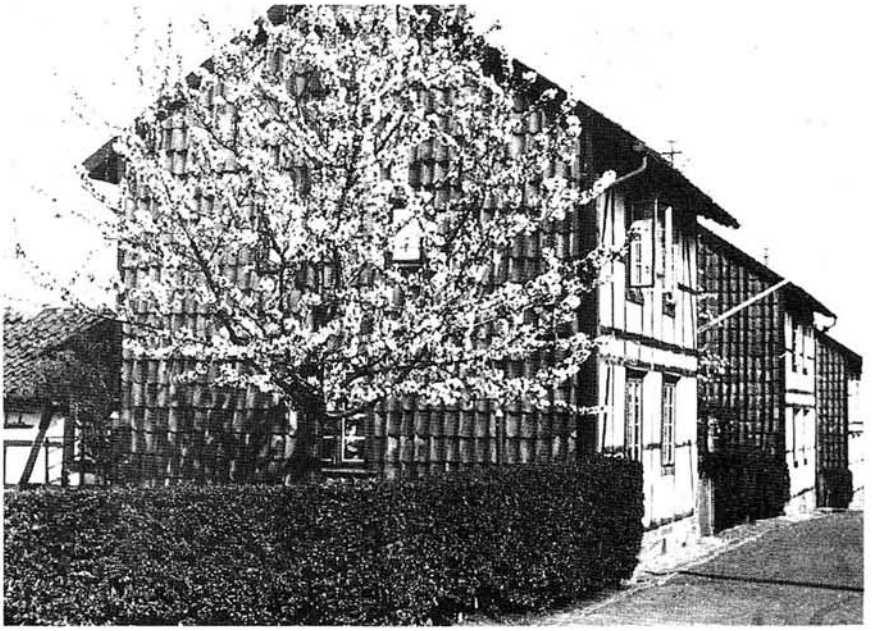


Abb. 9: Zweifamilienhaus für Arbeiter an der Friederikenstraße

Abb. 10: Zu Vierfamilienhäusern umgebaute ehemalige Logierhäuser an der Adolfstraße, Bauphase 1856-1859

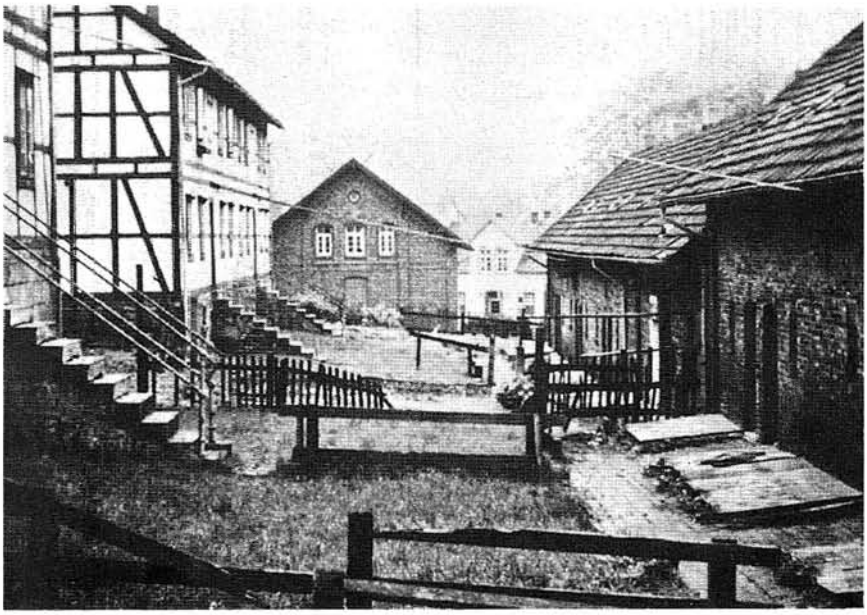


Abb. 11: Hinterhof und Stallungen der Vierfamilienhäuser in der Charlottenstraße, Bauphase 1856-1859

Abb. 12: Blick zwischen Haus und Stallung: Zu Achtfamilienhäusern umgebaute ehemalige Logierhäuser am Osterberg, die ersten Häuser der Bauphase 1856-1859

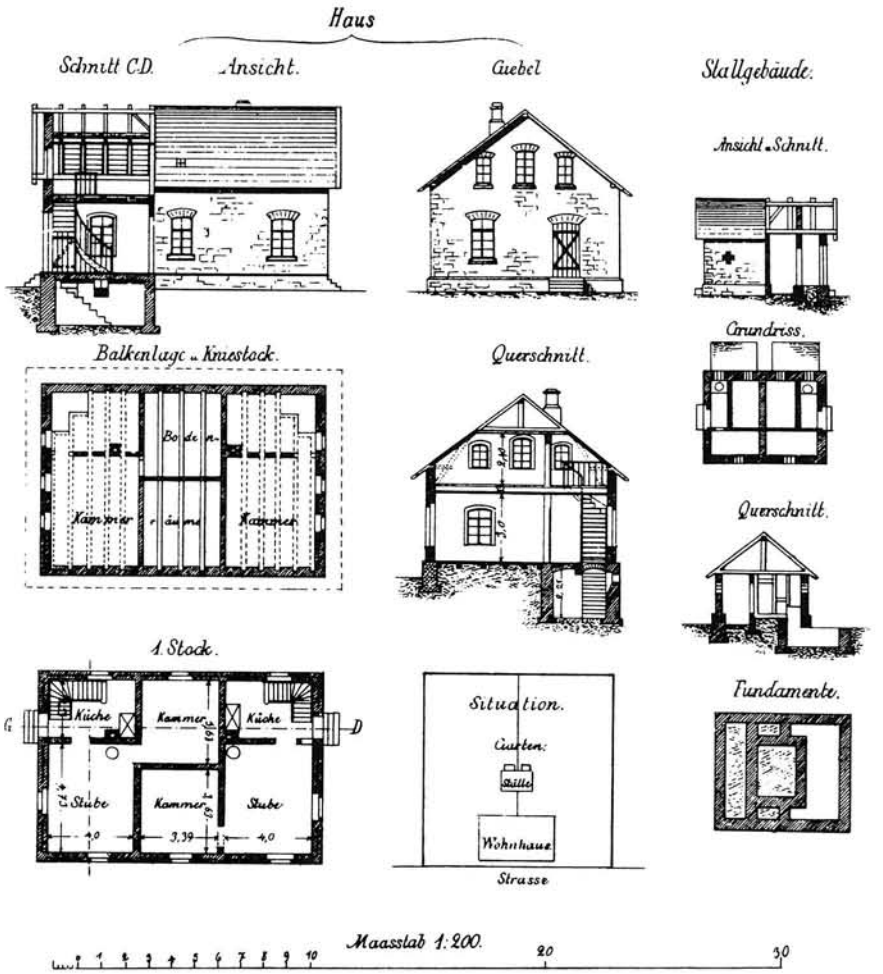


Abb. 13: Zweifamilienhaus für Arbeiter, Haustyp aus der Zeit nach 1871

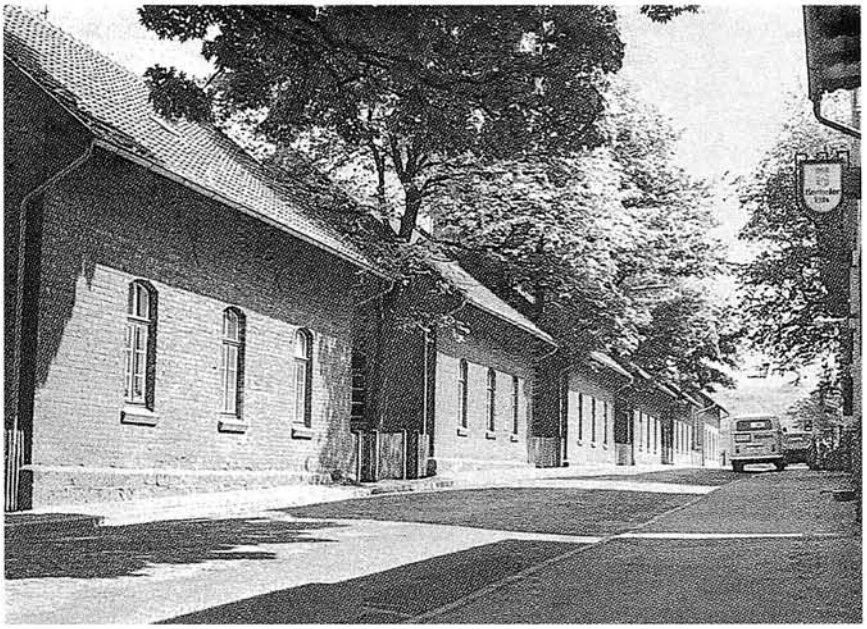
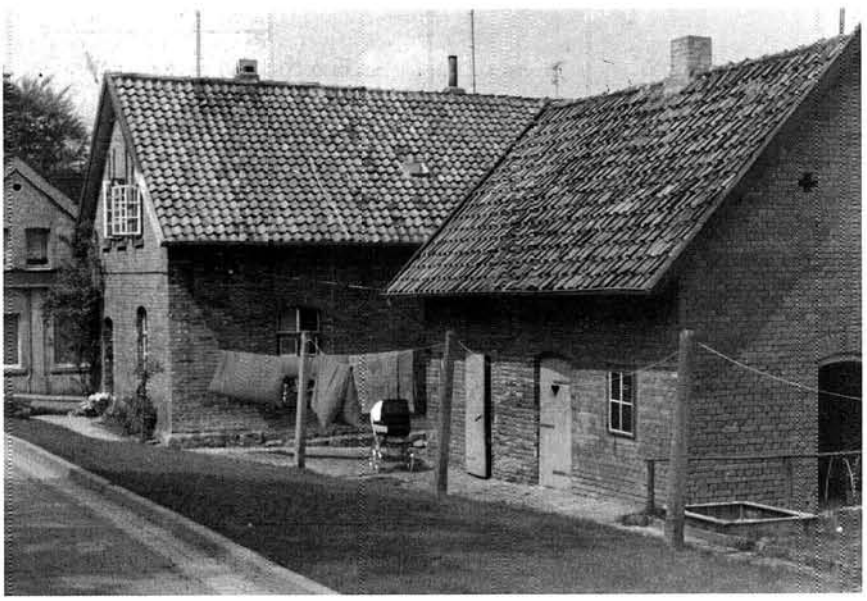


Abb. 14 und 15: Zweifamilienhäuser für Arbeiter an der Kaiserstraße und Ecke Hochstraße/Breiter Weg, Haustyp aus der Zeit nach 1871



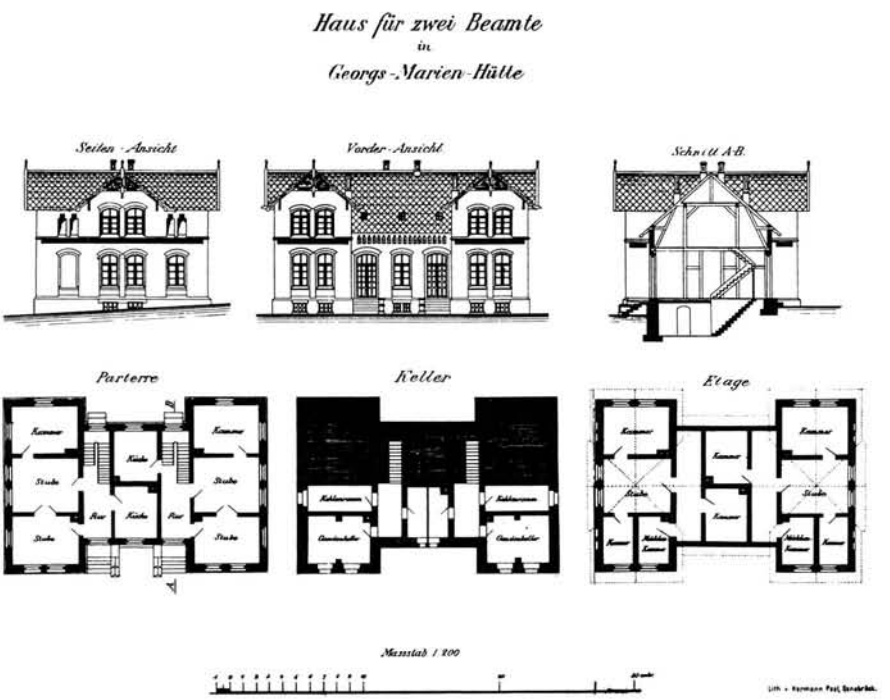


Abb. 16: Beamtenwohnhaus aus der Zeit nach 1871

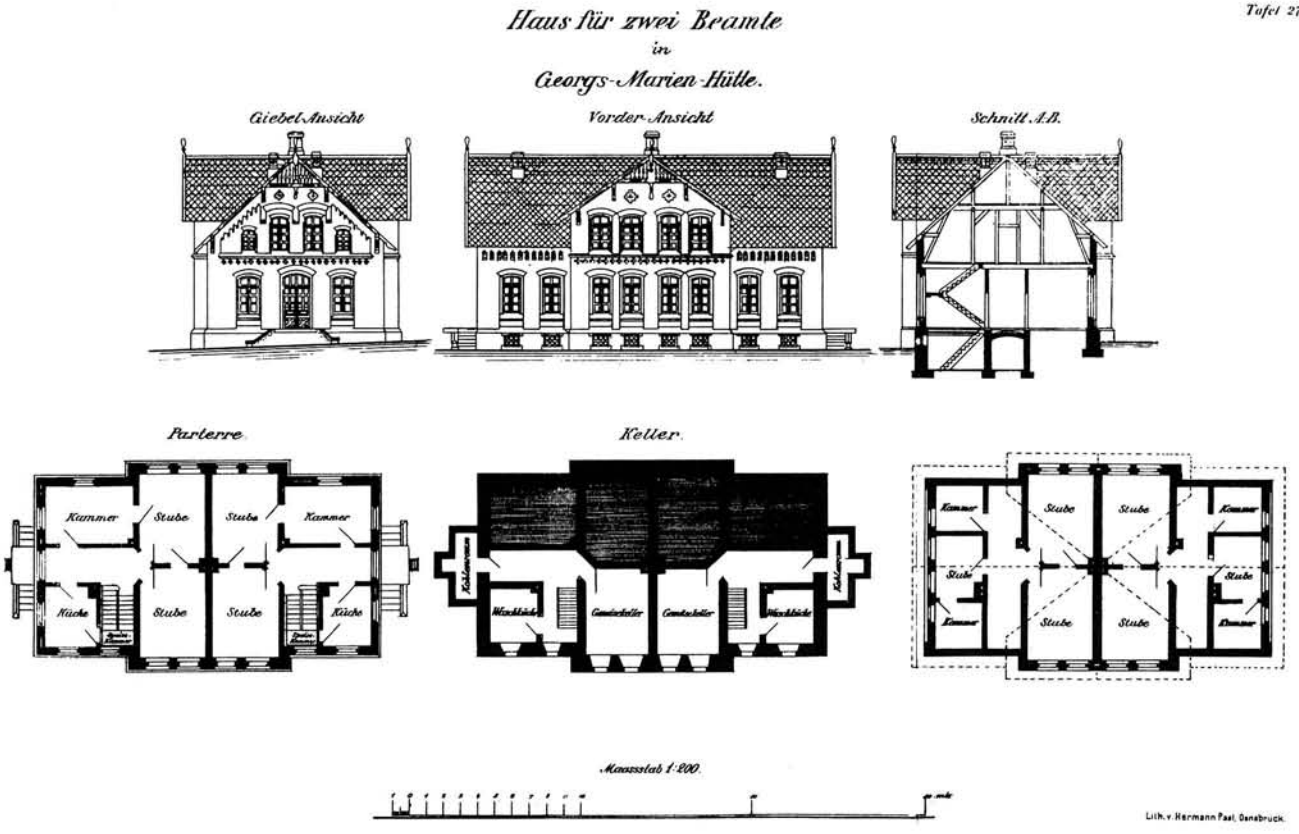


Abb. 17: Beamtenwohnhaus aus der Zeit nach 1871

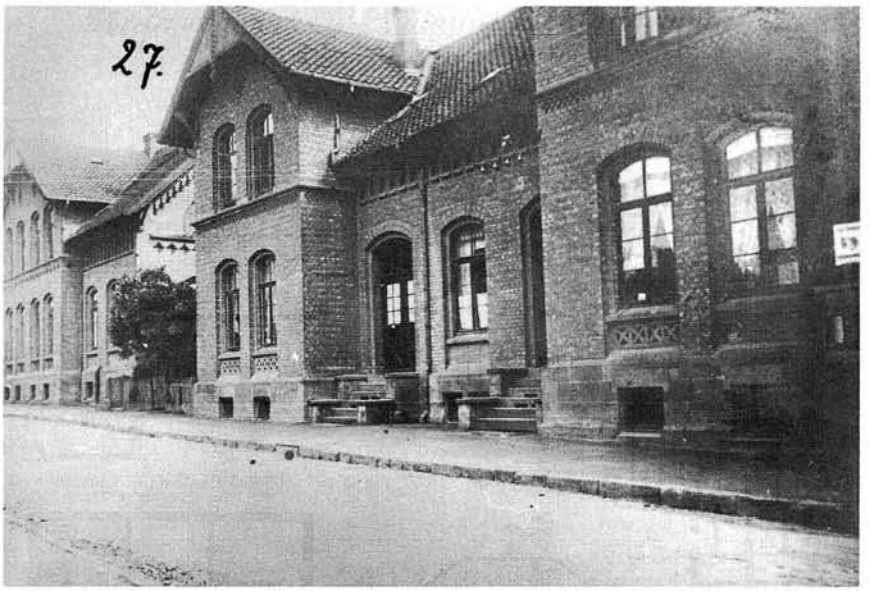


Abb. 18: Beide Haustypen der Beamtenwohnhäuser aus der Zeit nach 1871 an der Kaiserstraße

Abb. 19: Blick auf das Georgsmarienhütter Gesellschaftshaus mit Kasinoteich, 1896

Abb. 20: Blick auf die sich im Bau befindliche Siedlung Klein-Italien, 1912, links die katholische Kirche in Malbergen, in der Mitte das Schloß (Seitenansicht) und der westliche Teil der Werksanlagen

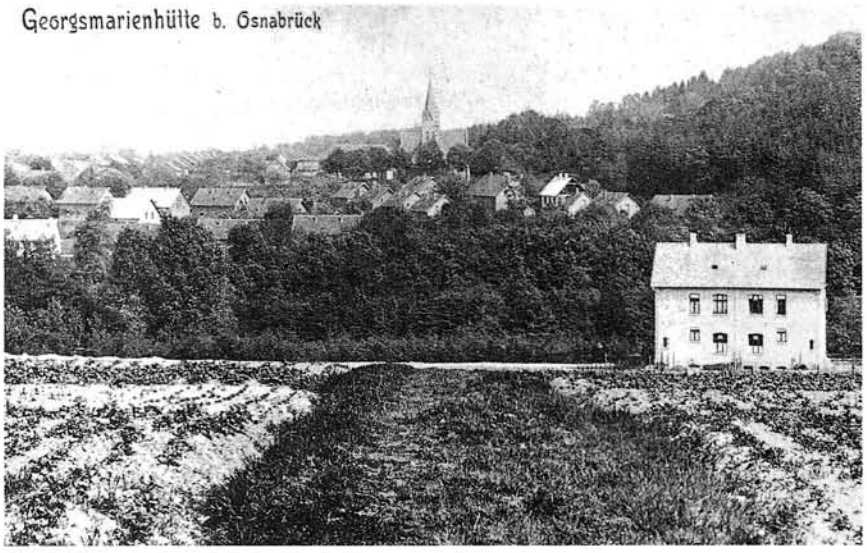
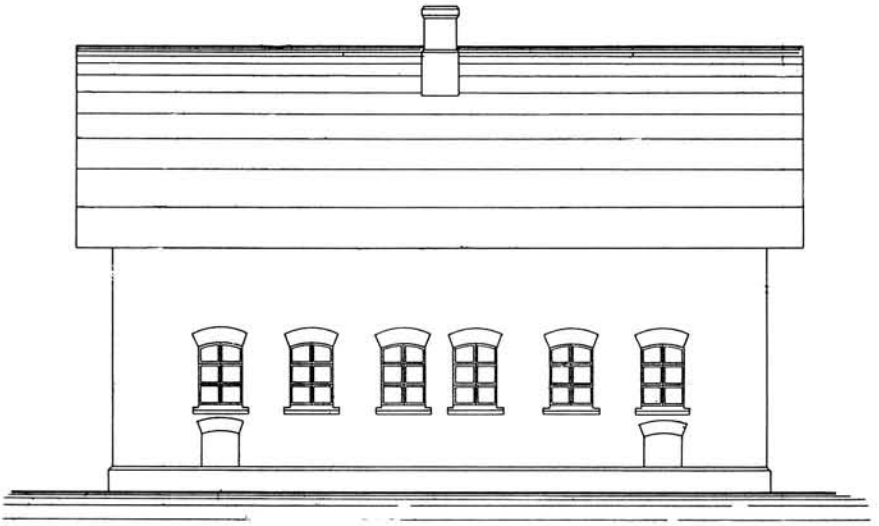


Abb. 21: Haustyp des Vierfamilienhauses in Klein-Italien, Schloßstraße, ca. 1905



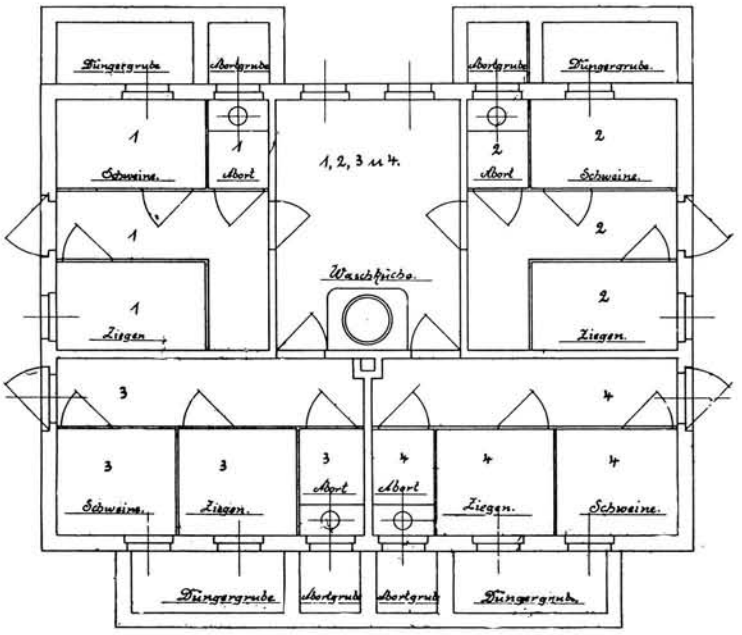


Abb. 22: Nebengebäude der Vierfamilienhäuser in Klein-Italien, 1905

Abb. 23: Meisterhaus in Klein-Italien an der Haarmannstraße, ca. 1912

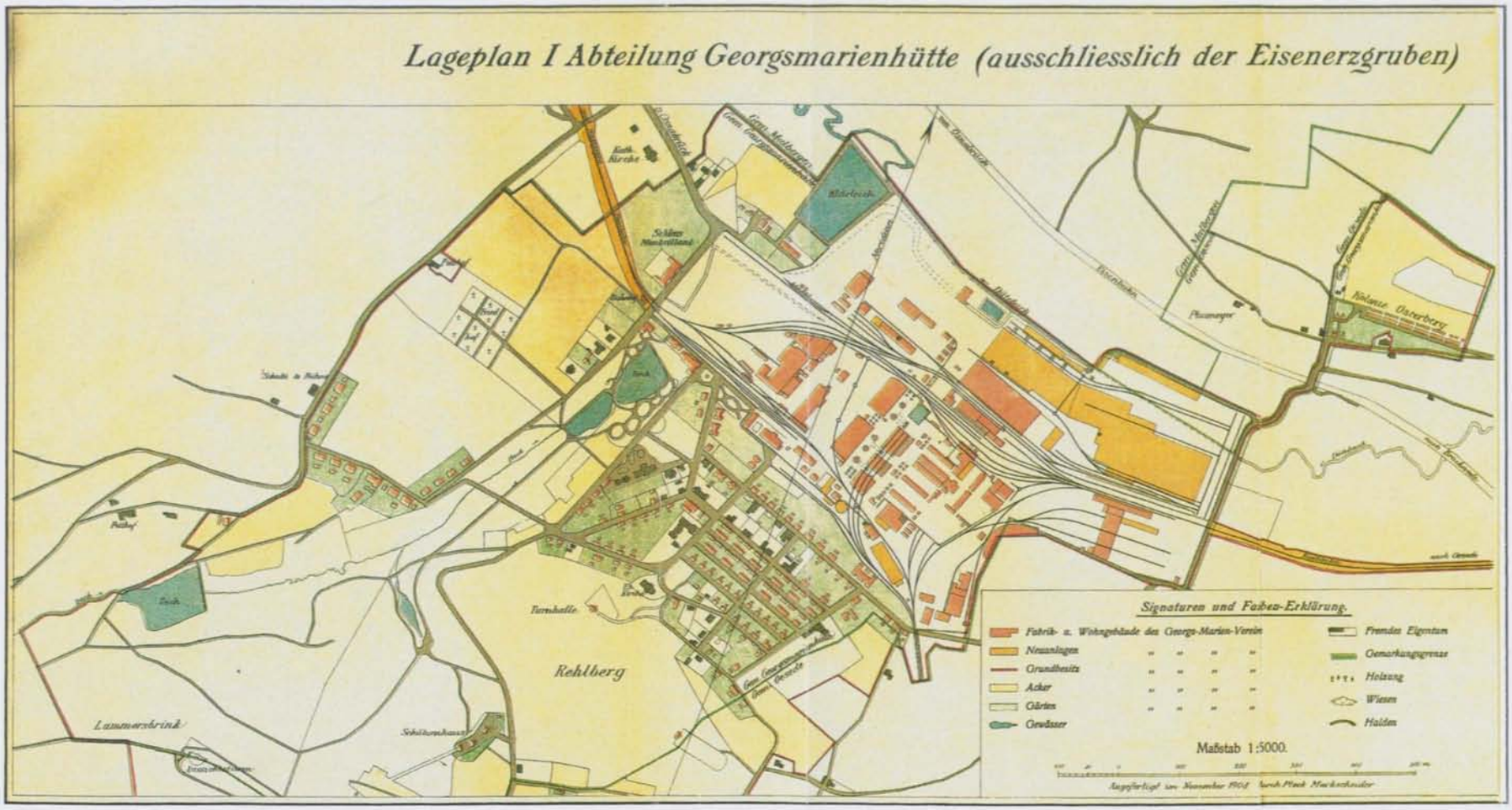
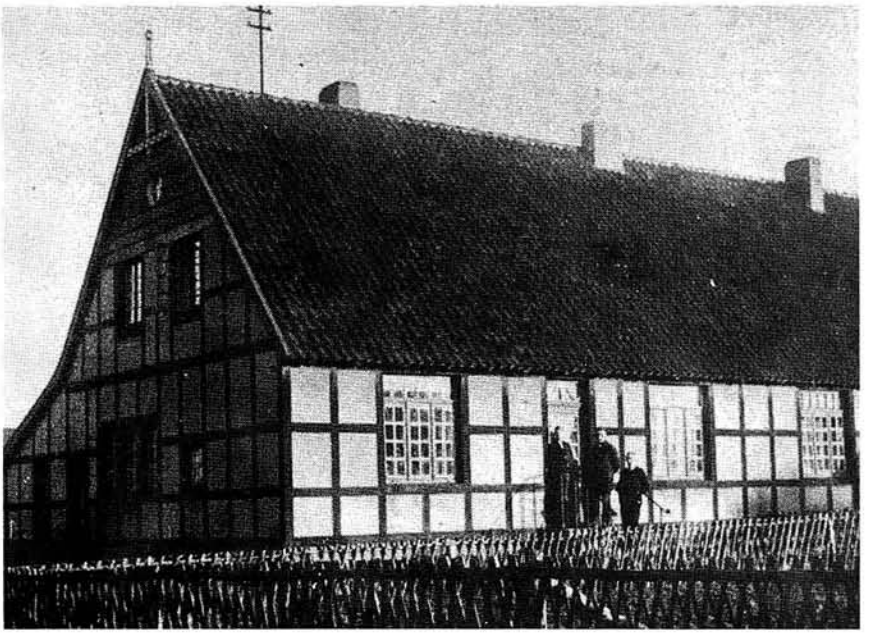


Abb. 24: Übersichtskarte der Georgsmarienhütte von 1908. Bis 1914 kamen nur noch einige Häuser in der Siedlung Klein-Italien hinzu.

Abb. 25 und 26: Zwei- und Mehrfamilienhäuser für Arbeiter in der Siedlung Patkenhof, Holzhausen, 1921-1923



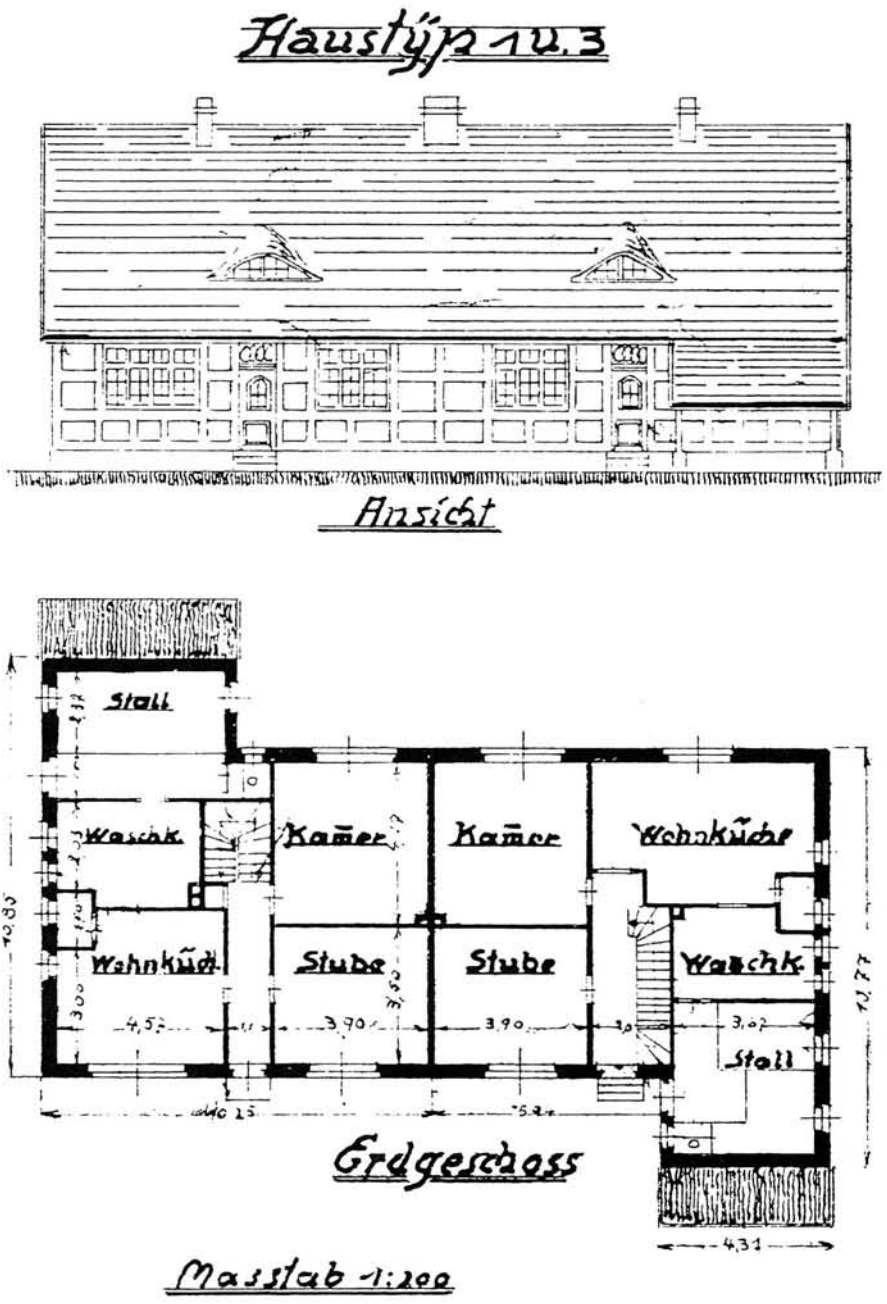


Abb. 27: Einer der drei Haustypen in der Siedlung Patkenhof in Holzhausen, entsprechend Abb. 26

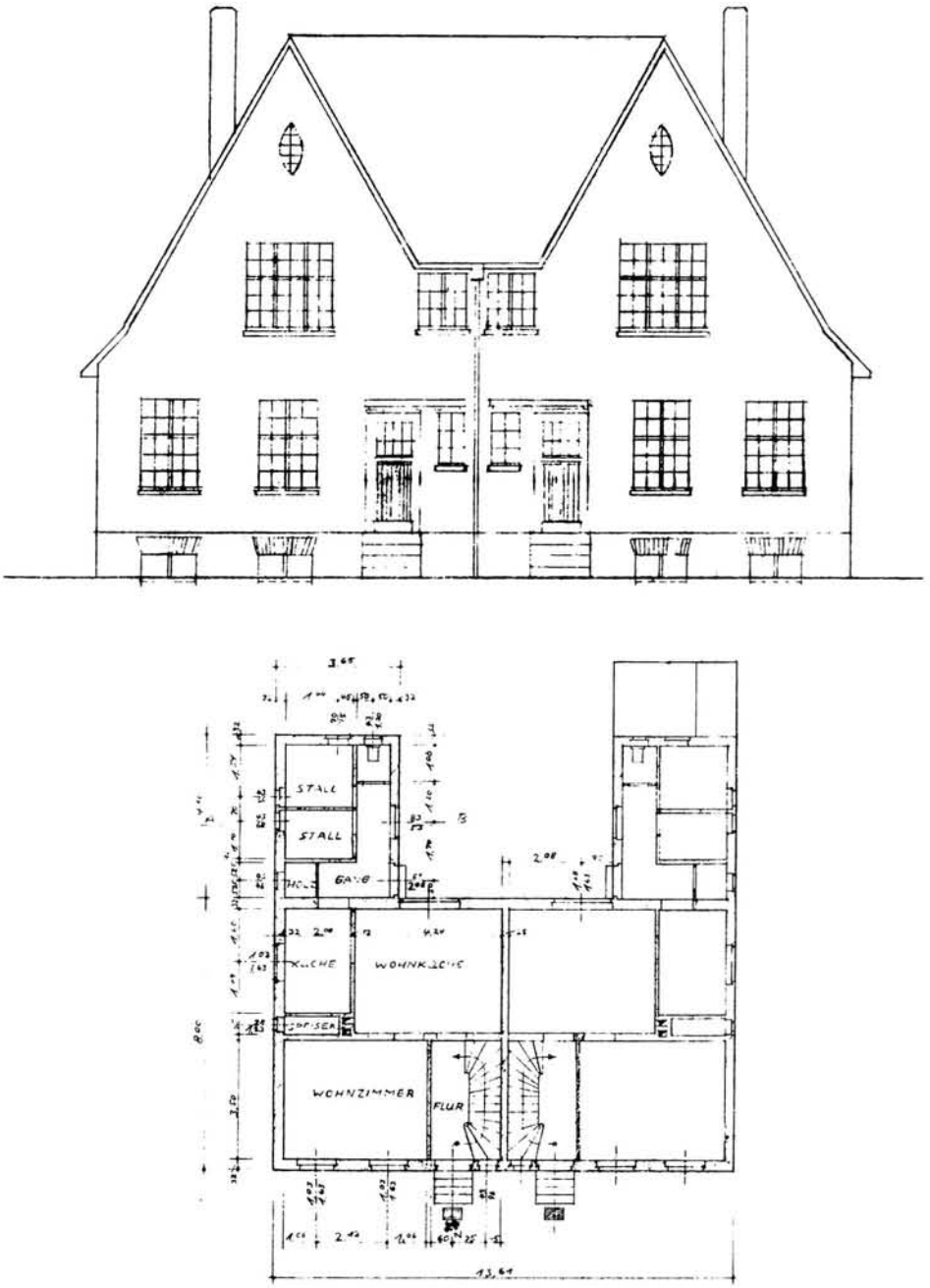


Abb. 28: Typ des Beamtenwohnhauses von 1919, erbaut in der Wellenkampstraße

Abb. 29: Siedlungshaus in der Dörenberg-Siedlung, Oesede, ca. 1930

Abb. 30: Blick auf die Dörenberg-Siedlung, 1939

Abb. 31: Zeichnung der Siedlung Halbmond des Architekten Justus Haarmann, 1927

3. Dritte Phase 1870-1894: Expansion und Stagnation. Wiederaufnahme des werkseigenen Wohnungsbaues und der Ausbau zu einer autarken Ortschaft

Eine doppelte Konsolidierung — im Blick auf die Wirtschaftsund Beschäftigtenentwicklung — stand hinter der Entscheidung des GMBHV, ab 1870 den Werkswohnungsbau in eigener Regie wieder aufzunehmen. Die späten 1860er und die frühen 1870er Jahre waren die Blütezeit des Unternehmens. Ein 5. und 6. Hochofen wurden gebaut, die Selbstkosten gesenkt, die Roheisenproduktion und der Absatz an westfälische Werke für die Weiterverarbeitung zu Bessemerstahl, insbesondere für den Eisenbahnbau, stiegen kontinuierlich, erstmals wurden Dividenden bis zu 15% gezahlt.[1] Die enorme Zunahme der Belegschaft von 1863/64 bis zum Anfang der 1870er Jahre von 951 auf 1.600, also um 68%, zwang den GMBHV zur Umorientierung in der bisherigen Wohnungsbaupolitik, nachdem der Versuch der Eigentumsförderung gescheitert war und die Bereitschaft der Einheimischen, vermehrt im Werk zu arbeiten, erst langsam zunahm.[2]

In GMH entstand im Westen der ersten Siedlung, der „Alten Kolonie", 1870-1873 die Siedlung „Klein-Amerika". Klein-Amerika, weil Straßen und Häuser wie Pilze aus dem Boden schossen; und dies geschah in der Vorstellung der Bevölkerung eben in Amerika, dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Ob der Name in diesem Falle auch auf Berichte zurückgeht, die von hiesigen Auswanderern in die Heimat gelangten, bleibt offen, doch war „amerikanisch" in dieser Zeit überhaupt ein Synonym für Tempo und Unfaßbarkeit.[3]

Die Wohnungen — alle in Doppelfamilienhäusern — hatten im Erdgeschoß Küche und zwei Zimmer sowie oben Flur, ein Zimmer und Boden. Der Garten mit 15 bis 20 Quadratruten (= 327-437 qm) lag unmittelbar am Hause (s. Abb. 13,14,15). Bei diesen Wohnungen sollten alte Fehler vermieden und „mustergültige" Arbeiterwohnhäuser errichtet werden.[4] Nicht nur der Baugrund war werkseigen, sondern auch im Baumaterial war der GMBHV autark. Als Baumaterial diente der graue poröse Schlackenstein, für diesen Mörtelstein wurde Schlacke, ein Nebenprodukt des Hochofenbetriebes, granuliert und mit Kalk gemischt. Die Umfassungsmauern der Häuser waren mit einem 2 1/4 Zoll (= ca. 6 cm) breiten Hohlraum wetterfester als diejenigen der Häuser aus der ersten Bauphase.

---

1 S. Teil B, Kap. 1, S. 59ff.

2 S. dazu Teil D, Kap. 1.1. Wintzer vor der Eisen-Enquete-Kommission 1878, S. 256: „Die Abneigung hat sich bis zu den sechziger Jahren hinübergezogen." Protokolle, S. 256.

3 1856 schrieb der Schriftsteller Levin Schücking über die Entstehung Oberhausens: „... erblicken wir die Schöpfungen modernsten Kulturlebens, eben aus dem Boden gestiegen: Sationsgebäude, Häuser, Hotels, Fabriketablissements; und ehe viel Zeit verfließt, wird mit amerikanischer Schnelligkeit eine Stadt auf diesen Sandhügeln aufwachsen." Zit. nach: Rettet Eisenheim!, S. 25.

4 Verhältnisse und Einrichtungen, S. 9. Zitat Müller, I, 2. Teil, S. 73.

Überraschend ist die Wohnungsgröße der Arbeiterwohnungen: 43,52 qm im Erdgeschoß, oben die gleiche Aufteilung, die Grundfläche jedoch kleiner durch Kniestock und Dachschrägen, insgesamt jedoch eine Wohnfläche von 60-70 qm. In der ab 1872 von der Firma Krupp erbauten Siedlung Baumhof, Häusern mit großem Garten in einer Nebenerwerbssiedlung, hatten die Familienwohnungen nur 44 bis 54,5 qm,[5] wobei Wohnungen mit einer Größe von 48 bis 50 qm im Ruhrgebiet schon als besonders großzügig galten. Nach einer Übersicht aus dem Jahre 1883 lag hier die Wohnungsgröße im privaten Wohnungsbau bei nur durchschnittlich 30-45 qm, in den Bergbauwohnungen zwischen 40-80 qm einschließlich Toilette, Vorraum, Waschkammer und Treppenhaus. Auch im überregionalen Vergleich galten die Werkswohnungen im Ruhrgebiet als gut.[6] In der Beurteilung der Wohnungsgröße muß jedoch die Einliegerzahl miteinbezogen werden. Im Bergbau fiel statistisch auf jede zweite Werkswohnung ein nicht verwandter Einlieger. Durchschnittlich war 1893 ein Zimmer in den privaten Mietwohnhäusern des Ruhrgebiets mit 1,9-2,0 Personen belegt. Die auch in der zeitgenössischen Literatur weithin bekannten Werkswohnungen der Fa. Krupp lagen mit einer Belegung von 1,89-2,14 pro Zimmer für 1905 weit darüber.[7]

Die Werkswohnungen von GMH sind zwar geräumig, doch ebenso eng belegt. Wenn man von einer Wohnungsgröße von 3 Zimmern (ohne Küche und Bodenraum) für den Haustyp in Klein-Amerika ausgeht, ergeben die Steuerlisten von 1905 für GMH eine überdurchschnittliche Belegungsdichte:S TIn einem Raum wohnen 2,14 Personen.[8]

Die Wohnungen für Beamte, Meister und Aufseher waren repräsentativ und von höchstem Standard (Abb. 16,17,18), wobei die Beamtenwohnungen von den Meisterwohnungen und den Wohnungen für Unterbeamte stärker unterschieden wurden: Sie umfaßten z.T. 2-3 Wohnzimmer und 1 Schlafzimmer im Erdgeschoß, im Dachgeschoß nochmals 1 Zimmer und 2 Mansardenkammern sowie Küche, Speisekammer und Gemüsekeller im Kellergeschoß. Die Stallung war ähnlich wie die der Arbeiterwohnungen. Zur Wohnung gehörte ein Garten von ca. 30 Quadratruten (= 655,2 qm), der es den Bewohnern ermöglichte, einen Teil des Gemüses selbst anzubauen und auf Pachtland zu verzichten. Anders die Meister- und Unterbeamtenwohnungen: Sie bestanden aus 2 Wohnzimmern, 2 Schlafzimmern sowie einem Kellergeschoß.[9]

Zu jeder Arbeiterwohnung gehörte ein geräumiger Keller und ein freistehender Stall für Schwein und Ziege sowie ein weiterer Raum für Futtervorräte. Fast

---

5 Stemmrich, Siedlung, S. 128ff,143.

6 Kastorff-Viehmann, Wohnungsbau, S. 85.

7 Ebd., S. 85f.

8 Errechnet nach Rep 511, Nr. 72, Bd. 1: Personenverzeichnis in Verbindung mit der Gemeindesteuerliste GMH 1905. Die Berechnung bezieht sich auf die Häuser Schulstr. 1 bis 5, Hospitalweg 1 bis 3, Schützenstr. 1,2, 5 bis 9. Rechne ich Küche und Bodenraum hinzu, ergibt sich eine Belegungsdichte von 1,28. Die Berechnungsgrundlage in der in Anm. 102 angegebenen Literatur bleibt offen, daher ist ein endgültiger Vergleich nicht möglich.

9 Verhältnisse und Einrichtungen, S. 9.

sämtliche Arbeiterfamilien pachteten zum begrenzten Gartenland noch ein kleines Ackerstück hinzu. Verpächter waren Bauern aus der Umgebung und in großem Umfang auch der GMBHV selbst. Soweit dazu der eigene Grundbesitz nicht ausreichte, pachtete das Werk Äcker benachbarter Grundbesitzer zur Unterverpachtung. Die Arbeiter zahlten für die Ländereien einen einheitlichen Pachtbetrag. Die Vergabe selbst erfolgte durch Verlosung, Ausnahmen gab es nur für die Ländereien, die wegen ihrer Entfernung vom Werk schwerer zu verpachten waren. In diesen Fällen wurde öffentlich verpachtet, wobei „in erster Linie nur die Arbeiter des Werkes konkurrieren."[10] Sie standen also nicht in Konkurrenz zu einheimischen Bauern und Kleinbauern. Die Verpachtung gab ein neues Zubrot für die Bauern des Umlandes und mit der Umwandlung der Pachthöfe in Nebenwohnungen war zusätzlich Pachtland verfügbar geworden.[11]

Den hohen Anteil an verpachtenden Bauern bestätigte schon 1869 der Iburger Amtmann. Die „grundbesitzenden Einwohner der betr. Kirchspiele, welche in der Nähe des Fabrikdistrikts wohnen", könnten ihr Land „zu früher nicht gekannten Preisen verpachten." In diesem Zusammenhang tauchte wieder der Gedanke einer Anpassung des Rechts an die sich verändernde Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur auf: Die ab 1866 nach preußischem Recht erleichterte Eheschließung habe zu einer starken Zunahme an Heiraten geführt und dies trage gerade bei der älteren Bevölkerung zu der nicht unbegründeten Furcht vor einer Zunahme der Armenlasten bei. Die bisherige Verteilung der Armenlasten innerhalb der Gemeinden allein nach dem Grundbesitz sei nicht mehr zu rechtfertigen.[12] Die Höhe der zu tragenden Armenlasten sollte sich an der vom einzelnen zu zahlenden Klassensteuer orientieren und damit die Einnahmen aus der Verpachtung mit erfassen. Zur Zeit der Hüttengründung hatte sich der Protest der Bauern gegen das Werk gerichtet, das nur wie sie, entsprechend dem eigenen Besitz an Grund und Boden, zu den Armenlasten veranlagt wurde. Nun waren die Bauern selbst Nutznießer der Industrieansiedlung, erhöhten ihr Einkommen durch Verpachtung an Grund und Boden und sollten hierfür anteilig herangezogen werden.[13]

Für den schnellen Bedarf wurden nach 1870 zugleich ein Menagehaus in GMH und eines am Rotenberg in Hasbergen für je 150 Personen errichtet. Der Bedarf der „Menge fremder Arbeiter"[14] ergab sich zum einen aus dem vorübergehenden Schub an Neubauten, zum anderen aus der betrieblichen Expansion. Die neuen Arbeiter hatten zunächst in Baracken gelebt und zogen dann in das an 3 Seiten von werkseigenen Eisenbahngeleise umgebene Menagehaus zwischen Kaiserstraße und Werk. Während das Hasbergener Menagehaus bald zu Vier-

10 Ebd.

11 S. oben Kap. 2.

12 Rep 335, Nr. 4688, Bl. 20f. Die Ämter sollten an die Landdrostei über die Veränderungen durch die preußische Annexion und die Reaktionen der Bevölkerung berichten.

13 S. auch Teil E, Kap. 2, S. 330.

14 Beschreibung der Verhältnisse, S. 14,20.

familienhäusern umgebaut werden sollte, blieb in GMH vorerst ein Bedarf vorhanden.[15]

In den Jahren vor und nach 1870 hatte sich der GMBHV wirtschaftlich konsolidiert, die Zeit des ersten Arbeitskräftemangels war vorbei, Wohnraum — auch infolge des nun einsetzenden Arbeitskräfteabbaus — ausreichend vorhanden. 1873/74 setzte ein Wechsel in der „Wohlfahrtspolitik" ein: Im Vordergrund stand nun zum einen die Konsolidierung des Arbeiterstammes, zum anderen die vollständige Ausformung der Gemeinde zu einer autarken Ortschaft;[16] der Werkswohnungsbau wurde bis auf weiteres eingestellt.

Baute das Werk in der ersten Bauphase 1856-59 auf Bedarf hin, erhoffte es sich in den Jahren zwischen 1860 und 1870 größere Seßhaftigkeit durch Eigentumsförderung. Beides galt zwar auch weiterhin, doch kam nun stärker das Moment der Belohnung im Sinne des Ausbaues eines „soliden, tüchtigen und strebsamen Arbeiter- und Beamtenstammes" hinzu.[17] In der Gründungszeit des Unternehmens und der Gemeinde, als jede Arbeitskraft gebraucht wurde, war die Belohnung nicht über die Zuweisung einer Wohnung, sondern über die sparsame Zuteilung des Wohnrechtes in GMH erfolgt, von dem das Recht zu bleiben und zu heiraten abhing.[18]

Die Werkskolonien des GMBHV wurden nun zum Stammsitz einer zuverlässigen Arbeiterschaft gemacht. „Nur tüchtige und achtbare Arbeiter erhalten dort Wohnung; schlechtere Elemente werden entfernt."[19] Die zunehmend deutliche Unterscheidung in der Architektur und im Wohnstandard zusammen mit dem Beschäftigtenabbau und Überangebot an Arbeitskräften ab 1874 ermöglichten eine gezielte Vergabe von Werkswohnungen. Und Wohnungen, die auch in „gesundheitlicher Beziehung (die) zu stellenden Anforderungen vollkommen" erfüllten,[20] waren als Belohnung allemal eher geeignet.

Die Wegeverbandsrollen von 1885/86 weisen für die Bewohner der nach 1870 erbauten Siedlung Klein-Amerika dann auch solche Berufe aus, die zu den besseren gehörten.[21]

---

15 Ebd., S. 20. Um 1900 waren auch diese zu Familienwohnungen umgebaut. Die Eisenbahn wurde später verlegt.

16 S. auch Teil E, Kap. 3 zur Binnenstruktur der Gemeinde.

17 Müller I, 1. Teil, S. 51.

18 S. Teil A, Kap. 2.2, insbes. S. 38f.

19 So Müller, I, 1. Teil, S. 69.

20 „Amtlicher Fund-Bericht" des Knappschaftsarztes, des Landrates und des Direktors der Irrenanstalt Osnabrück als Anlage zur Selbstdarstellung des Werkes, Beschreibung der Verhältnisse, S. 21.

21 Rep 350 Osn, Nr. 1006. Die Wegeverbandsrolle enthält alle Einkommens-, Gewerbe- und Gebäudesteuerzahler. Müller, I, 2. Teil, S. 70 gibt im Werk als „bessere Arbeiterstellungen" [...] Schlosser, Schreiner, Former, Maurer, Schmelzer und dergleichen" an. Zur Fluktuation und zu den Zielgruppen im Werkswohnungsbau s. auch Schulz, Wohnungsbau, S. 384.

Tab. 1: Arbeitsbereiche der Steuerzahler in der Siedlung Klein-Amerika 1885/86

Handwerkliche Berufe/Dienstleistung,	20
darunter 12 Handwerker, die ggf. auch im Werk tätig waren;	
Werksarbeiter,	42
davon 22 in „angesehenen" Berufen;	
höhere Werksberufe	14
Sonstige	5
Summe	**81**

Erstmals seit der Gründung des Werkes boten sich mehr Arbeitskräfte an, als das Werk benötigte. Entlassungen wurden jedoch genau gesteuert, denn „die zu entlassenden Arbeiter würden bei der allgemeinen Geschäftsstockung und bei der isolierten Lage der Hütte schwerlich andere Arbeit gefunden haben. Sie würden verarmt und der eigenen Gemeinde zur Last gefallen sein."[22] Sie wären auf Nimmerwiedersehen weggezogen oder sie hätten sich bei einer weiteren Lohnreduzierung zur Auswanderung entschlossen, hierauf und auf das Überangebot an Arbeitskräften wies Wintzer in Berlin 1878 hin. Bis zu diesem Jahr waren Hunderte von Arbeitern entlassen worden. Den 724 Neueinstellungen der Jahre 1864 bis 1873/4 folgte mit insgesamt 621 Arbeitern deren fast vollständige Entlassung. Auf der Hütte selbst sank die Zahl der Arbeiter zwischen 1873-78 um 17%, von 770 auf 640.[23]

Der Konsolidierung der Belegschaft entsprach die Ausformung der Werksgemeinde in den 1870er Jahren. Die Gemeinde gehörte im Selbstverständnis des Werkes zu den Wohlfahrtseinrichtungen[24] und zwanzig Jahre nach der Gründung hatte der GMBHV die Arbeiterkolonie zu einer autarken kleinen Ortschaft mit 1.862 Einwohnern ausgebildet.

Die Einrichtungen, Vereine und Verbände in GMH seien an dieser Stelle nur aufgezählt.[25] Die Zahl der Vereine im Verhältnis zu der doch geringen Einwohnerzahl deutet darauf hin, daß sich die Arbeiter und Beamten wohl nur schwer einer oder mehrerer Mitgliedschaften entziehen konnten.

Evangelische öffentliche Schule, 1857 als Privatschule des Werkes gegründet, 1861 zur öffentlichen Schule umgewandelt;

Katholisches Schulvikariat 1871, ab 1885 katholische öffentliche Schule;

Werkseigene Fortbildungsschule für Söhne und Töchter von Beamten und begabten Söhnen von Arbeitern;

Werkseigene Fortbildungsschule für ältere Knaben und jüngere Arbeiter einmal wöchentlich;

22 Protokolle, S. 256,259, s. auch Müller, I, 1. Teil, S. 47.

23 Müller, I, 1. Teil, S. 49 und Protokolle, S. 257.

24 S. die Gliederung der Werkschronik von Müller, I, 2. Teil und II.

25 Sofern nicht anders angegeben, die Angaben nach Müller, I, 2. Teil, S. 68-101.

Werkseigene Bibliothek von 1862, erweitert 1880 in Jugend- und Volksbibliothek;

Evangelische Kirche; ab 1866 Hilfspredigerstelle in GMH, 1873 eigens Neubildung einer Parochie für 8 Gemeinden mit Sitz in GMH, 1878/78 Bau einer Kirche in GMH mit starker Beteiligung des Werkes und Übernahme des Patronats durch das Werk, 1886 Verlegung der Superintendentur aus dem südlichen Landkreis nach GMH;

Katholische Kirche; erbaut 1883 an der Ortsgrenze zu GMH in der Nachbargemeinde Malbergen, zuvor seit 1871 katholischer Gottesdienst in GMH in einem vom Werk gepachteten Gebäude;

Friedhof, zunächst für die evangelische Konfession, vom Werk 1857 angelegt;

Knappschaftsarzt und Apotheke seit 1858.

Werkseigenes Krankenhaus von 1872, zuvor 18 Krankenbetten in einem Doppelwohnhaus; 1886 Verkauf des Krankenhauses an die Knappschaft;

Badeanstalt, 1874 auf werkseigenem Gebiet;[26]

Werkseigenes Gesellschaftshaus mit Bühne und Festsaal innerhalb von Parkanlagen, 1872/73 (s. Abb. 19);

Turnhalle und Turnplatz auf werkseigenem Gelände 1873;

Werkseigener Kinderspielplatz, 1872/73; Werkseigener Konsum- und Sparverein, gegr. 1866, 1870 erbaut das Werk eine Bäckerei;

Öffentlicher Wochenmarkt, eingerichtet 1863;[27]

Werkseigener Raum für die Feuerwehr in der Turnhalle, 1873;

Gemeindegefängnis in der Turnhalle, 1873, für 1908 wird ein Polizeigewahrsam für GMH erwähnt;[28]

Post- und Telegraphenamt, ab 1866 in GMH;[29]

Werkseigener Bahnhof, 1865;
Standesamt GMH ab 1875;
Friedensgericht, vom Werk gegründet 1865;
Waisenrat.

Unklar und auch wohl unklärbar bleiben die Eigentumsverhältnisse. Ein Großteil ist eindeutig werkseigen, ein anderer Teil, z.B. die Badeanstalt, entstand auf werkseigenem Grund. Da der Gemeindehaushalt bis 1887 zu 100% vom Werk bestritten wurde, ist faktisch immer vom Eigentum des Werkes auszugehen. Hinzukamen an Vereinen und Verbänden neben der Knappschaft mit

26 Rep 350 Iburg, Nr. 7638.
27 Rep 350 Iburg, Nr. 2375.
28 Nds. HStA Hannover, Hann 122a, VIII, Nr. 486a.
29 Rep 335, Nr. 5406.

ihren Unterstützungsverpflichtungen „Freie Vereine", die meistens vom Werk initiiert wurden.[30]

Gesellige Vereine:
— Orchesterverein, 1861
— Verein für Hornmusik, ca. 1865
— Musikcorps der Bergleute
— Männergesangverein Liedertafel
— gem. Gesangsverein Concordia, 1867
1871 stellte das Werk einen Musikdirigenten ein
— ‚Vereinigung' für Arbeiter, Beamte und sonstige Einwohner zum Zwecke der Belehrung und Unterhaltung, 1870
— ‚Club' zur Geselligkeit, Kartenspiel und Kegeln, meistens für Beamte
— Schützenverein
— ‚Turnverein' für jüngere Arbeiter, 1868
— Turnvereinigung für Arbeiter und Beamte
— Kameradschaftlicher Wehrverein von 1891, Vorgänger waren der Kriegerverein und der Militärverein
— Verschönerungsverein.

Aus allen Vereinen wurde ein Gesamtvorstand gebildet zur Beratung, Organisation und zur Beschlußfassung. Weiterhin gab es:

Unterstützungsvereine:
— Vaterländischer Frauenverein
— Krankenunterstützungsverein
— Viehversicherungsverein

Darüber hinaus gab es einen Arbeiterdispositionsfonds, gegründet zur Förderung von Einrichtungen, die der Wohlfahrt der Arbeiter dienten. Der Fond speiste sich aus Zuweisungen vom Reingewinn. Zudem existierten es verschiedene Privatstiftungen, u.a. die des ehemaligen Direktors Haarmann.

Die Gründungsjahre der verschiedenen Einrichtungen zeigen, daß der Ausbau der Gemeinde mit dem Ende der Expansionszeit 1873 abgeschlossen wurde. Eine vollständige Infrastruktur war vorhanden, der Kontakt der Bewohner nach außerhalb konnte nun nur noch privater Art sein. Lediglich die Ausgestaltung eines kirchlichen Gemeindelebens stand noch aus.

In der Zeit der wirtschaftlichen Wachstumsstörungen bis 1895 stellte der GMBHV alle Ausgaben für Wohlfahrtseinrichtungen ein. Die einzigen seit dem Kriseneinbruch 1873 in GMH ausgeführten Bauten waren die evangelische Kirche und die katholische öffentliche Volksschule, letztere weniger ein Bedarf als eine Antwort der katholischen Kirche auf die starke Position der Lutheraner in Georgsmarienhütte. Trotz des steilen Anstiegs der Beschäftigtenzahl zwischen

30 Angaben nach Müller, I, 2. Teil, S. 68-101.

1885-1895 entstanden keine neuen Werkswohnungen, die Unterbringung blieb dem freien Markt außerhalb GMHs überlassen. Hatten in den frühen 1870er Jahren massive Neueinstellungen noch zu reger Bautätigkeit geführt, so zeigte sich jetzt, wie sehr Wohlfahrtspolitik eben eine Frage der Wohlfahrt des Werkes, gepaart mit betrieblicher Notwendigkeit, war.

4. Vierte Phase 1895-1918: Umbau und Beschäftigtenzunahme. Sinkender Stellenwert des Werkswohnungsbaus in und außerhalb von GMH

Ab 1905 stieß das Werk an die Grenzen der Arbeiterrekrutierung im Osnabrücker Land;[31] „Arbeiternot" beklagte die Industrie, „Leutenot" und „Dienstbotennot" die Landwirtschaft. Die Beschäftigtenzahl hatte sich in den 1890er Jahren zwischen 1.900 und 2.300 bewegt (wiederum einschließlich Erzbergwerke) und stieg nun — mit nur leichten Rückgängen in den Jahren 1901/02, 1904/05 und 1908/09 — kontinuierlich bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges an, als schließlich 3.181 Arbeiter in den einzelnen Abteilungen arbeiteten.

Die Gleichzeitigkeit von Beschäftigtenzunahme und Arbeitskräftemangel hätte an sich zur Forcierung des Werkswohnungsbaues führen müssen. Während in dieser Zeit in den großen Montangebieten an der Saar, der Ruhr und in Oberschlesien der betriebliche Wohnungsbau seinen großen Aufschwung nahm,[32] konnte davon vor dem Ersten Weltkrieg in GMH nur bedingt die Rede sein.

Dem Beschäftigtenanstieg vor 1914 folgte zwar die Planung einer neuen Kolonie auf dem Fuße, doch kam ihre Realisierung bis 1914 nicht über den Ansatz hinaus. Dies hatte zum einen finanzielle Gründe,[33] entscheidender war jedoch die Möglichkeit einer veränderten Beschäftigtenpolitik: Dem Zuzug deutscher Arbeitskräfte und deren Seßhaftmachung über das Angebot von Werkswohnungen folgte nun der mobile ledige ausländische Arbeiter in Baracken. Die Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung auf die Wohlfahrtspolitik der großen Industrien sind schwer zu fassen und in der zeitgenössischen wie in der späteren Lite-

---

31 Die Zuwanderung war, wie noch gezeigt wird, in dieser Zeit gering. S. dazu Teil D, Kap. 2.1: Tab. 1, 4, 10, 13, Kap. 2.2: Tab. 1, Kap. 2.3: Tab. 1.

32 Koch, Wolfgang, Die betriebliche Wohnungsfürsorge als Teil der Unternehmenspolitik, phil. Diss. (ms), Köln 1968, S. 42f.

33 1908 führte der GMBHV einen Aktienschnitt durch: Die Stammaktien wurden im Verhältnis 9:5, die Vorrechtsaktien im Verhältnis 5:4 zusammengelegt. Bis 1914 zahlte er zwischen 0-5% Dividende auf Stammaktien und lag damit stets bis zu 50% niedriger als die großen Werke im Ruhrgebiet, s. dazu Feldenkirchen, Ruhrgebiet, Anhang. Ende der 1890er Jahre begann der GMBHV zudem mit dem Ausbau der Kohlenzeche Werne im Ruhrgebiet. Auch hier lag das Hauptproblem in der Heranziehung eines Arbeiterstammes und in der hohen Weiterwanderung der Arbeiter. 1911 wurden allein in der dazugehörenden Arbeiterkolonie Rünthe 121 Häuser mit 254 Wohnungen fertiggestellt, was aber immer noch nicht ausreichte. S. dazu Schulte, GMBHV, S. 30.

ratur nicht oder kaum beachtet;[34] daß sie aber existierten, ist sicher. Der Wohnungsbau des GMBHV in dieser Zeit ist ohne die Einbeziehung des Faktors Ausländerbeschäftigung nicht zu beurteilen.

Das Spektrum der Wohnorte unter den Beschäftigten und die Herkunft zusätzlich einzustellender Arbeiter läßt sich in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg nach fünf unterschiedlichen Distanzen fassen:

1. Nahwohnende aus der Gemeinde GMH und den angrenzenden Orten;
2. Fernwohnende, die den täglichen Weg zu Fuß zurücklegen;
3. Pendler aus dem weiteren Umland, die den Arbeitsweg per Eisenbahn zurücklegen; Zuzug aus Orten abseits der Eisenbahnlinie ist begrenzt möglich und wird an gestrebt durch Schaffung von Wohnraum;
4. Zuzug aus dem übrigen Deutschen Reich; er findet kaum noch statt, u.a. auch aufgrund niedriger Löhne beim GMBHV;
5. Ausländerbeschäftigung.

Das Werk setzte vorrangig auf Pendler und Ausländer, denn in dem Kreis der Nah- und Fernwohnenden war in den Jahren des Aufschwungs ab 1908 das Arbeitskräftepotential schnell ausgeschöpft.[35] Die Bevölkerungsstatistik der Landgemeinden und Landstädtchen in den GMH umschließenden Landkreisen Osna-

---

34 In einer von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veranstalteten Erhebung: Jansson, W. (Bearb.), Die Zustände im deutschen Fabrikwohnungswesen. Ergebnisse einer von der Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logieszwanges veranstalteten Erhebung, Berlin 1910, S. 58f wurden Barackenunterkünfte für Russen und Auslandspolen um 1910 für die Städte Dresden (Glasindustrie) und Treue b. Offleben (Bergbau) erwähnt.

35 Generell galt auch in der Industrie des Osnabrücker Umlandes selbst in den Stockungsjahren 1901/02 und bis 1906/08 eine geringe Arbeitslosigkeit. Montan- und Textilindustrie, faßte der Oberpräsident 1901 die Berichte der Landdrostei für das Innenministerium in Berlin zusammen, erlebe im Osnabrücker Land einen starken Niedergang, die Arbeitslosigkeit sei auf dem Stande wie vor dem Aufschwung 1896, doch dies gelte nur für die Stadt selbst. 1902 wurde außer für das in der Stadt gelegene Stahlwerk Besserung gemeldet, die GMH habe ihre Arbeiterzahl aufgrund der Erweiterungsbauten in alter Höhe gehalten, allgemein sei Arbeitslosigkeit „in großem Umfang nicht zu erwarten." Für 1903 wurde dann ein „lebhafter Zugang an beschäftigungslosen Industriearbeitern" wiederum in die Stadt Osnabrück gemeldet, die weder von der ‚auswärtigen' Industrie noch von der Landwirtschaft gebraucht würden. Daher wurden sie beim Landstraßenbau eingesetzt. Fünf Jahre später hatte sich das Blatt gewendet. In den Stockungsjahren 1906/08 legten diejenigen Industrien, die „durch die ungünstige Konjunktur des Eisenwerkes in Mitleidenschaft gezogen wurden, zur Vermeidung von Entlassungen Feierschichten ein", um ihre Arbeiter zu halten. Auch in den vergangenen Jahren habe es keinen „drückenden Arbeitsmangel" mehr gegeben, berichtete 1908 der Regierungspräsident, in der Landwirtschaft herrsche gar „dauernder Arbeitermangel". Nur für die Stadt Osnabrück stehe eine große Arbeitslosigkeit zu befürchten. Dieselbe Differenzierung zwischen Stadt und Land wurde auch im folgenden Jahr 1909 vorgenommen. Wiederum 4 Jahre später wurden keine Klagen über Mangel an Arbeitsgelegenheit mehr gemeldet, einzelne Fabriken suchten Arbeiter für neugeschaffene Arbeitsplätze. Zur Beschäftigungssituation in der Industrie Hann 122a, XXIV, Nr. 30: Die Arbeitsnot in den Jahren 1901/03. Zum Arbeitskräftemangel des GMBHV vor dem Ersten Weltkrieg s. Dep 49 A, Nr. 32.

brück und Iburg belegt von 1848 an deutlich eine Bevölkerungszunahme in all den Gemeinden, die Montanstandorte oder aber Vororte der Stadt Osnabrück waren bzw. später eingemeindet wurden. Zugleich zeigte sich eine kontinuierliche Abnahme in größeren, überwiegend landwirtschaftlichen Gebieten der Kreise.[36]

Diejenigen, die aus den landwirtschaftlichen Gebieten in die Industrie gingen, blieben im Sommer häufig der Arbeit fern, klagte Direktor Haarmann 1909 über die Arbeiter am Piesberg. Andere wurden für den Kanalbau, hier den Weser-Ems-Kanals, den Mittellandkanals und den Bau des Osnabrücker Bahnhofes abgezogen.[37] „Die Kotten sind leerer geworden", konstatierten 1908 auch die Synodalen der Evangelischen Bezirkssynode GMH im Zusammenhang der brüchig gewordenen Nachbarschaftshilfe unter den Heuerleuten. „Nicht wenige stehen ganz leer, und daß zwei Familien auf dem Flur wohnen, gehört heutzutage zu den Seltenheiten." Hinzu komme „die Dienstbotennot, unter der unsere Bauernhäuser leiden. Mit einem Mindestmaß von Hilfskräften muß man sich heute begnügen. Und was für Dienstboten sinds häufig noch, auf die man angewiesen ist! In vielen Fällen Mädchen aus Polen und Galizien oder kaum aus der Schule entwachsene Kinder."[38]

Um „gute Facharbeiter zu gewinnen und zu halten," müßten dringend Werkswohnungen gebaut werden, schrieb Haarmann im September 1911 an den Aufsichtsrat.[39] Im März 1912 zeichnete die Werksleitung ein düsteres Bild des einheimischen Arbeitsmarktes: In den vorausgegangenen 6 Monaten habe man durchschnittlich 35 Mann monatlich mehr eingestellt, doch mit dem bevorstehenden Frühjahr sei wiederum mit einem stärkeren Abgang von Arbeitern zu rechnen. „Wir haben versucht, von Borgholzhausen, Rothenfelde und dortiger Gegend mit den fahrplanmäßigen Zügen Leute heranzuziehen, die dann allerdings nur 8 Stunden arbeiten können, und haben Aussicht, auch Leute zu bekommen. Die von uns schon vor Jahresfrist nachgesuchte Durchführung der Arbeiterzüge bis Rothenfelde ist noch nicht genehmigt worden."[40] Haarmann kalkulierte mit einer Erhöhung des Arbeiterbestandes von mindestens 200 Mann, und „die können wir nur erreichen durch eine Erweiterung unserer Wohnungsneubauten. In der weiteren Umgebung (Lienen, Holte usw.) sind noch Leute zu

36 S. dazu Uelschen, Gustav, Die Bevölkerung im Wirtschaftsgebiet Niedersachsen 1821-1939, Oldenburg 1942, S. 182-86.

37 Antrag des GMBHV vom 31.8.1909 an die Landdrostei um Genehmigung zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Industriebetrieben, Rep 335, Nr. 13485.

38 Protokoll der 22. Bezirkssynode der 1. Osnabrücker Inspektion GMH von 1908, Hannover 1908, S. 39, Ev.-luth. Pfarrarchiv, GMH. Die hiesigen Heuerhäuser waren oft als Doppelkotten in völliger Längssymmetrie angelegt, Wohnstube und Schlafnischen hatte jede Familie für sich. S. dazu auch Funke, G.L.W., Über die gegenwärtige Lage der Heuerleute im Fürstentum Osnabrück, Bielefeld 1847.

39 Dep 49 A, Nr. 121.

40 Rothenfelde liegt in der Nähe von Dissen, s. Karte 1 in Teil B, Kap. 1, S. 59.

haben, die aber des weiten Weges halber die Arbeit scheuen, die wir jedoch hier ansässig machen können."[41]

Aus dem weiteren Umland der Hütte sollten diejenigen Pendler in GMH ansässig gemacht werden, die abseits der großen Eisenbahnstrecken wohnten und für den Weg zur Arbeit auf Verkehrsmittel angewiesen waren. Mit der Situation der „Fernwohnenden" hingegen, die mit viel Mühsal den Arbeitsplatz noch zu Fuß erreichen konnten, war man sehr zufrieden. Dem Verfasser der Schrift „Musterstätten persönlicher Fürsorge von Arbeitgebern für ihre Geschäftsangehörigen", Julius Post, berichtete die Direktion der Georgsmarienhütte 1893 über ihre „ausgezeichneten Erfahrungen, die sie in dieser Hinsicht gemacht habe. Trotz des weiten Hin- und Herweges von und zur Arbeitsstätte, und trotzdem die Arbeiter nicht selten durchnäßt am Ziele ankommen, ist der Gesundheitszustand unter den Fernwohnenden ein günstigerer als bei den Nahwohnenden." Und Post bestätigte, daß die Arbeiter die Wohltat des weiten Weges „nur meist nicht zu würdigen wissen."[42]

Ersatz und Ausgleich für den einheimischen Arbeitsmarkt bot die Ausländerbeschäftigung. 51,5% des absoluten Beschäftigtenanstiegs in den Jahren 1905/06 bis zum Ersten Weltkrieg stellten auf der GMHütte die Ausländer: Österreicher, insbesondere Galizier, Italiener und — ohne Papiere — einige Auslandspolen.[43] Diese Arbeitskräftesituation traf mit einer wirtschaftlich desolaten Lage des Werkes zusammen. Steigende Produktions- und Beschäftigtenzahlen ab 1895 täuschten über die Lage des Unternehmens hinweg. Zu einem grundlegenden Um- und Ausbau gab es keine Alternative. Im Zentrum stand dabei das Hüttenwerk selbst, das aufgrund seiner Abnehmer- und Zuliefererfunktion den Hauptbetrieb innerhalb des GMBHV bildete.[44] Beides hatte entscheidenden Einfluß auf die Wohlfahrtspolitik im Bereich des Arbeiterwohnungsbaus: Bei einem Anteil von 326 Ausländern auf der Hütte im Jahre 1913/14 bedeutete dies Barackenbau und nur noch ganz gezielt Wohnungsbau für einheimische Arbeiter, Facharbeiter, Meister und Beamte.

Die ausländischen Arbeitskräfte des GMBHV lebten am Ortsrand in zwei Baracken. Eine Bretterbaracke, nicht weit vom Werk entfernt oberhalb des neuen Klärteiches, hatte der GMBHV von einem Zwischenunternehmer übernommen; die andere wurde 1912 südlich des Werkes erbaut. Eine Postkarte aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg trägt die Aufschrift „An der Polackenburg", sicherlich ebenfalls eine Unterkunft ausländischer Arbeitskräfte. Diese Bezeichnung wurde

41 Dep 49 A, Nr. 32, Schreiben Haarmanns an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates Justizrat Wellenkamp vom 12.3.1912.

42 Post, Albrecht, Musterstätten, Bd II: Die erwachsenen Arbeiter, S. 99.

43 Zahlen errechnet nach Dep 3b V, Nr. 1372.

44 Zum Zwang zur Umorientierung s. „Gutachten über die weitere Entwicklung des GMBHV", 1904, Dep 49b, B, Nr. 1041. S. auch Teil B, Kap. 2.

sogar in das Kataster übernommen. Mitte der 1920er Jahre erwarb es ein Bürobeamter und baute es zu einem Wohnhaus um.[45]

Der übrige Teil der ausländischen Arbeitskräfte wohnte außerhalb GMH in drei Gemeinden: auf Schacht Perm bei Ibbenbüren, am nahegelegenen Hüggel und auf Gut Ledde in der gleichnamigen Gemeinde.[46] Der GMBHV hatte das kleine Schwefelbad Ledde im Kreis Tecklenburg aufgekauft, um sich gegen etwaige Bergschadensansprüche zu sichern. Die Gebäude wurden zur Unterbringung von ca. 120 ausländischen Arbeitern genutzt, der Wirtschaftsbetrieb zur Versorgung des werkseigenen Konsum in GMH weitergeführt.[47]

Die Dringlichkeit des Werkswohnungsbaus für einheimische Arbeitskräfte war durch die Beschäftigung der Ausländer zunächst einmal abgefangen worden. Um 1905 entstand der Plan einer neuen Siedlung. Sie zeigte ein schachbrettartiges Muster und sollte 32 Häuser umfassen. Die Bauten kamen bis 1914 aber nur langsam voran; erst zu Beginn der 1920er Jahre wurde die Siedlung fertiggestellt. Die Wohnungen, die vor und nach dem Ersten Weltkrieg entstanden, waren zunächst Arbeiterwohnungen (1906-08). Danach folgten Wohnungen für Meister und Beamte.[48] Da italienische Bauarbeiter vor dem Ersten Weltkrieg mit den Bauten begannen, trägt diese Siedlung nicht zufällig unter den älteren Bewohnern auch heute noch den Namen „Klein-Italien". Laut Volkszählung von 1905 lebten 50 Italiener in GMH.

In der Zeit vor 1905 hatte der GMBHV nur vereinzelt und konzeptionslos verschiedene Anwesen in und um GMH erworben. 1881 erwarb er den Bardinghaushof mit 62 ha Land und Wald, errichtete in den Hofgebäuden Wohnungen und eine Försterstelle. Die in Oesede an der Ortsgrenze liegende Neubauerei Middelberg wurde zu 4 Arbeiterwohnungen, die Hofgebäude des Schultenhofes zu 6 Arbeiterwohnungen umgebaut. Weiter nahm das Werk sein Vorkaufsrecht in zwei Fällen an dem von ihm in den 1860er Jahren vorfinanzierten Eigenheimen wahr und richtete hierin 3 Wohnungen ein. Auf noch freiem Baugrund in GMH (Hochstraße) errichtete er Arbeiterhäuser mit insgesamt 7 Wohnungen.[49]

Zugleich führte der GMBHV einen erbitterten Kampf um das Mitspracherecht bei der Untervermietung in den Privathäusern, die die jeweiligen Besitzer in den 1860er Jahren weitgehend mit einem Kredit des Werkes erbaut hatten. Als sich ab 1889 wieder „steigender Bedarf an Wohnungen für unsere Arbeiter" abzeichnete, beanspruchte er sein nach dem Vertragstext durchaus unklar formuliertes

---

45 Abdruck der Karte in Beermann, Werner, Görbing, Dieter, Erinnerungen, ... 80 Jahre historische Bilddokumente aus den ehemaligen Gemeinden der Stadt Georgsmarienhütte, Bd. I, o.O., 1979; dies., Erinnerungen II, o.O. (Georgsmarienhütte) 1972, hier Bd. I, S. 12. Ich danke Herrn Werner Beermann für die freundliche Genehmigung zum Druck zahlreicher Abbildungen.

46 Bericht des Gewerbeinspektors vom Juli 1913, Rep 335, Nr. 12689.

47 Dep 49b, B, Nr. 803. Zur Baracke von 1912 in GMH siehe auch Rep 540 Osnabrück-Land (Ibg.), Gebäudebuch, Oesede (87).

48 Mieterverzeichnis von 1926, Dep 49b, B, Nr. 1014.

49 Müller, II, S. 17f.

„Vorvermietungsrecht".[50] Sechs Jahre lang kämpfte das Werk gerichtlich um seinen Anspruch und gewann schließlich 1900 in letzter Instanz vor dem Reichsgericht gegen zwei seiner Meinung nach besonders wehrhafte Kaufleute aus GMH. War der Bau von Privathäusern aufgrund des Bodenbesitzes des Werkes sowieso nur mit Einverständnis des GMBHV möglich, dehnte er nun seinen Einfluß auch auf den überschüssigen Wohnraum in den wenigen Privathäusern aus — zusätzlicher Wohnraum wurde auf diesem Wege jedenfalls nicht geschaffen.[51]

Über diese Ausdehnungsversuche hinaus ergab sich ab Mitte der 1890er Jahre die „längst gewünschte Gelegenheit" zur Vergrößerung des werkseigenen Grundbesitzes.[52] Zum Verkauf stand 1899 das Restareal des Kolonats Schulte to Bühne, eben des Hofes, auf dessen Grund das Werk 1856 erbaut und die Gemeinde vor fast 40 Jahren gegründet worden war. Dieses restliche Terrain lag vollständig in der Nachbargemeinde Malbergen und grenzte unmittelbar an GMH an.

Der Druck zum Kauf ist am hohen Preis ablesbar: Bei einer Summe von 100.000 M und einer Fläche von 26,4 ha ergab sich immerhin ein ansehnlicher Preis von 3,70 M/qm. Es ging nicht nur darum, Wohnungen zu bauen, sondern ebenso den politischen Einflußbereich auszudehnen. Als der Eigentümer den Schultenhof verkaufen wollte und sich ein fremder Käufer meldete, „handelte es sich für den Verein nicht nur um den Erwerb des in den Hüttengrundbesitz scharf einschneidenden und deshalb sehr wertvollen Kolonats, sondern zugleich auch um die Abwehr der unter allen Umständen sehr unbequemen, möglicherweise sehr nachteiligen Ausnutzung des benachbarten Terrains durch Fremde."[53]

Zwischen 1896 und 1906 sog die Gemeinde 30 ha benachbarten Landes auf. Eingemeindet wurde zunächst 1896 nur ein 3 ha 25a 25qm großes Gebiet der ebenfalls erworbenen Neubauerei Middelberg, die schon vom Grundbesitz des GMBHV umgeben war. 1906 erfolgte die Eingemeindung des 26 ha großen erworbenen Gebietes des Schultenhofes.[54] Jetzt erst begann das Werk auf dem ein-

50 Dep 49b, B, Nr. 296. Die Formulierung lautet: Der Verein ist berechtigt, „in jeden Kauf- oder Mietkontract als Käufer resp. Selbstmieter mit dem Rechte der Weitervermietung an Angehörige des Vereins einzutreten." Die Besitzer bestanden auf der Auslegung, das Werk habe nur im Falle der Vermietung des ganzen Hauses Vorrecht, nicht aber bei einer Untervermietung.

51 Vermutlich hatte auch der große Bergarbeiterstreik von 1889 im Ruhrgebiet Einfluß auf den Zeitpunkt dieses kompromißlosen Eingriffs. Er führte in den Abteilungen des GMBHV nicht zu Unruhen; vorübergehend wurde aber der Gendarm der Gemeinde GMH in das Ruhrgebiet abgeordnet. S. Rep 335, Nr. 13870.

52 Müller, II, S. 17.

53 Ebd., S. 18. In der Nachbargemeinde Holzhausen lagen die Grundstückspreise „vor 1910" zwischen 1.10-1.50 M. Dep 49b, B, Nr. 802. Das Gebiet der projektierten Siedlung Klein-Italien lag zur Zeit des Landkaufes noch außerhalb der Gemeinde GMH, s. dazu Abb. 20.

54 Die 90 ha große Gemeinde von 1860 wuchs bis 1925 auf 132 ha, bis zum 1.4.1937 auf gar 320 ha, weitgehend durch Zukauf für Werkserweiterungen. 1937 kam per Gesetz die gesamte Gemeinde Malbergen zu Georgsmarienhütte, aus der sie ursprünglich durch Abspaltung eines halben Hofes entstanden war. Die Gemeinde GMH umfaßte nun 987 ha. Flächenangabe pro 1925: Gemeindelexikon für den Freistaat Preussen. Bearb. v. Preuß. Statist. Landesamt, Bd. X, Provinz Hannover. Laut Volkszählung vom 16. Juni 1925, Berlin 1930, S. 118. Flächenangabe für 1937: Sasse, Gerhard, Die funktionale Gliederung von Georgsmarienhütte, schr. Hausarbeit zur Prüfung f. d. Lehramt an Realschulen (ms), Osnabrück 1972, S. 73.

gemeindeten Land mit dem Bau neuer Wohnhäuser, eben der Siedlung „Klein-Italien". Die Wiederaufnahme des Werkswohnungsbaues fiel in die Zeit der Fertigstellung des Walzwerkes in der Abteilung Georgsmarienhütte. Daß dem Baubeginn die Eingemeindung noch unmittelbar vorausging, war sicherlich kein Zufall.

Da Bauland allgemein und besonders in der Gemeinde knapp war, baute der GMBHV nun in der neu angelegten Südstraße und am Wüstenweg erstmals auch mehrgeschossig (s. Abb. 20,21). Die Wohnungen dieses Haustyps (6 x 4 Wohnungen) waren 64 qm groß, pro Raum 16 qm. Jede Familie wohnte auf zwei Etagen, Wohn- und Schlafräume waren in der Anlage getrennt. Zu jeder Wohnung gehörte ein eigener, fast ein wenig herrschaftlich anmutender Treppenaufgang und somit ein vollständig separater Hausflur. Über die reale Trennung hinaus war an den Längsseiten wie an den Giebelseiten jede Wohneinheit in der Fassade ablesbar und verstärkte so das Gefühl der eigenen vier Wände.[55] Selbst in den aufwendigen Nebengebäuden für die Arbeiter- und Meisterwohnungen achtete das Werk auf vollständige Trennung. Lediglich eine gemeinsame Waschküche gab es (s. Abb. 22). Zudem hatte jeder Mieter noch einen 200 qm großer Garten. Die Wohnungen waren insofern aufgrund des hohen Grades der Privatheit keine Mehrfamilienhäuser, wie man sie in dieser Zeit aus dem großstädtischen Arbeiterwohnungsbau kannte.[56]

Die Meister- und Beamtenhäuser unterschieden sich erstmals auch äußerlich völlig von den Arbeiterhäusern. Stets Zweifamilienhäuser, gab es unter ihnen noch deutliche Gestaltungsunterschiede (s. auch Abb. 23). Neben den überkommenen Typen der 1870er Jahre standen Häuser in äußerlich aufwendiger und großzügiger Erscheinung. Sie lagen im Trend des zeitgenössischen gartenstädtischen Heimatstils und mögen in der dörflichen Siedlung wie Förster- oder Pfarrerhäuschen gewirkt haben. Die Übertragung dieses Baustils auf den Werkswohnungsbau spiegelte in seiner Differenziertheit die gestiegenen Leistungen an die „Bedingungen zur Treuepflicht"[57] wider: In den Jahren 1897 und 1898 hatte die Arbeiterschaft des GMBHV allein im Hüttenwerk vier Mal die Arbeit verweigert.[58]

---

55 Vgl. dazu Stemmrich, Siedlung, S. 168f, 294ff. In den Werkswohnungen der Firma Krupp, hier der Siedlung Baumhof 1871-1890, sollte die äußere Fassadenerscheinung die fehlende reale Privatheit ersetzten.

56 In den Jahresberichten für 1900 und 1907 des Gewerbeaufsichtsbeamten für den Dienstbezirk Osnabrück werden die Wohnungen des GMBHV zu den besseren im Bezirk gezählt. Rep 610, Nr. 10 und Nr. 26.

57 Kastorff-Viehmann, Wohnungsbau, S. 140-153, hier S. 141.

58 S. dazu auch Teil E, Kap. 2. Auch der Bergarbeiterstreik von 1905 wirkte auf die Auslastung des GMBHV zurück. Durch Umsetzungen der Arbeiter innerhalb des Hüttenwerkes verminderten sich deren Löhne zum Hungerlohn. Die Direktoren zeigten sich empört über das Engagement gerade dreier lutherischer Pfarrer aus Osnabrück, die für die Streikenden im Ruhrgebiet zu Sammlungen aufriefen. Dep 49b, B, Nr. 12073. Vgl. auch Brakelmann, Günther, Evangelische Pfarrer im Konfliktfeld des Ruhrbergarbeiterstreiks von 1905, in: J. Reulecke, W. Weber (Hg.), Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industrialter, Wuppertal 1978.

5. Fünfte Phase 1919-1933: Konzernbildung. Vom Werkswohnungsbau zum Siedlungshaus als Eigenheim

Allgemein resultierte das langsame Ende des Werkswohnungsbaus in der Weimarer Zeit nicht aus einer ihm eigenen Fehlentwicklung, sondern „aus dem exogenen Faktor des staatlichen Eingriffs: der wohlfahrtsstaatlichen Monopolisierung," begleitet von einer grundlegenden „Diskreditierung" des Werkswohnungsbau insgesamt.[59] Für den Werkswohnungsbau des GMBHV auf dem Lande stellte aber der staatliche Wohnungsbau sowie die Subventionierung des privaten Wohnungsbaues keine Alternative dar. Auch die Zuteilung von vorhandenem Wohnraum durch die Wohnungsämter tangierten das Werk nicht. Den GMBH traf dafür um so mehr das Reichsmieterschutzgesetz, das in seiner konsequentesten Form von 1923 bis 1928 die Arbeiter gegen willkürliche und politisch motivierte Kündigungen schützte, aber die Möglichkeit beibehielt, den Mietvertrag mit dem Arbeitsvertrag zu koppeln. Nachhaltig wirkte in GMH auch die Herausnahme des Werkswohnungsbaues aus der öffentlichen Förderung bei gleichzeitiger Verpflichtung zur Zahlung der Hauszinssteuer. Die Hauszinssteuer lag auf Althäusern, die durch die Inflation entschuldet wurden; sie diente wiederum zur Neubauförderung — ausgenommen war jedoch der Bau neuer Werkswohnungen.[60]

Der Versuch, über die Arbeit hinaus in das Leben der Beschäftigten einzugreifen, wurde auch, gerade und trotz alledem, zu Beginn der Weimarer Zeit von den Unternehmen weiterhin betrieben.[61] Der Umbruch in der Schwerindustrie zu Großkonzernen, der staatliche Wohnungsbau und der staatliche Dirigismus in der Wohnungsbaupolitik wirkten zusammen mit dem Streben der Unternehmen nach Einbindung der Arbeiter als sich gegenseitig bedingende und verstärkende Faktoren auf den Werkswohnungsbau als betriebliche Sozialpolitik zurück.

Der GMBHV wurde 1921/23 Teil der Klöckner-Werke AG und damit Außenstandort einer der vierzehn größten deutschen Stahlkonzerne.[62] Der Werkswoh-

---

59 Schulz, Wohnungsbau, S. 388f. Schulz sieht die veränderten Finanzierungsgrundlagen sowie den Mieterschutz als entscheidende Faktoren an, ebd., S. 387.

60 Zu den reichsgesetzlichen Regelungen Lütge, Friedrich, Wohnungswirtschaft, Stuttgart 1949(2), S. 299,351-54 sowie Stratmann, Mechthild, Wohnungsbau in der Weimarer Republik, in: Wem gehört die Welt? Kunst und Gesellschaft in der Weimarer Republik, hg. v. der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, Berlin 1977, S. 40-49. Bei der Zuteilung von vorhandenem Wohnraum waren ab Juli 1923 Neubauten ausgenommen.

61 Schulz, Wohnungsbau, S. 389. Im Werkswohnungsbau zeigte sich ein Versuch, den Verlust des gegenüber dem „zentralen Wohlfahrtsstaat" unterlegenen „partikularen Sicherungssystems" auszugleichen. Gertrud Milkereit gibt für die Thyssen AG in Hamborn als Zeitpunkt der Aufgabe des Werkswohnungsbaues das Ende der Inflationszeit an und begründet dies neben der Einwirkung der staatlichen Wohnungsbaupolitik zugleich mit den „strukturverändernden Maßnahmen in der Montanindustrie"; dies., Betriebliches Wohnungswesen im Duisburger Norden 1880-1974, in: Teuteberg, Homo habitans, S. 391-420, hier S. 405f.

62 Zur Umstrukturierung in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie und innerhalb des GMBHV nach dem Ersten Weltkriege s. Teil B, Kap. 3.

nungsbau in GMH war fortan an die Zustimmung des Konzern-Aufsichtsrates gebunden, die wiederum von der konzerninternen Bedeutung des GMBHV beeinflußt wurde. Die Verwobenheit von Werk und Ort spielte bis in die Konzernpolitik hinein.[63] Hierzu zwei Beispiele: Als der Konzern 1925 eine Anleihe über 40 Mio. Mark aufnahm und dafür mit dem gesamten „Bergwerks- und Grundeigentum der Gesellschaft nebst allen darauf befindlichen Anlagen sowie beweglichem und unbeweglichem Zubehör" haftete.[64] Bei dieser Anleihe kam der Georgsmarienhütte eine besondere Bedeutung zu — der ganze Ort wurde verpfändet. Nur ganz wenige Parzellen blieben ausgenommen: ein für die neue katholische Kirche vorgesehenes Grundstück; einige zur Kolonie der Deutschen Eisenbahn-Signalwerke AG (Stahmer, Oesede) gehörende Grundstücke; das Grundstück, auf dem die Knappschaft gebaut hatte, in das Anfang der 1930er Jahre die Gemeindeverwaltung zog, sowie 4 Grundstücke am Wüstenweg, die bald für den privaten Eigenheimbau verkauft wurden.[65]

Ein anderes Mal rettete sich die GMHütte just aufgrund ihrer ausgeprägten Patronatsverhältnisse selbst. Als 1930 die Schließung eines der Hüttenwerke anstand, zeigte sich, daß eine rein betriebswirtschaftliche Rechnung die wahren Stillstandskosten der GMW[66] nicht traf. Sie lagen erheblich höher als bei den anderen konzerneigenen Hüttenwerken, denn sie umfaßten beträchtliche „zusätzliche Kosten": bisherige jährliche Zahlungen an die evangelische Kirchengemeinde 500 Mark, an die Schulgemeinde GMH 24.600 Mark, Pacht 1.045 Mark, Aufwertungshypotheken an 4 Bauern bisher ca. 176.000 Mark, Straßenbaukosten („fast sämtliche Straßen in GMH gehören uns") im Durchschnitt jährlich 6.800 Mark, Bergbauschäden an drei Standorten jährlich 2.516 Mark, Gewerbesteuer vom Kapital und vom Ertrag an die Gemeinde eine „vereinbarte" Summe von 75.000 Mark — hier pro 1931 —, hinzu kam ein Gemeindesteuerzuschlag zur Grundvermögenssteuer von 8.688 Mark sowie weitere jährliche Unterstützungen von 47.200 Mark. All dies hätte auch im Falle einer Stillegung weiter gezahlt werden müssen. Bisher hatten die Wohnungen Überschüsse von insgesamt 50.000 bis 60.000 Mark erwirtschaftet. Falls aber die Arbeiter entlassen würden und keine Miete mehr zahlten, seien „erhebliche Verluste" aus dem Wohnungskonto zu erwarten. Da die Gemeinde die Mieten nicht vom „Wohlfahrtskonto"

---

63 Die Frage nach dem Erhalt des Werkes stellt sich heute wieder. Im Zuge der gegenwärtigen Stahlkrise steht gegen die vom Konzern geäußerten Schließungsabsichten auf GMHütter Seite immer noch und immer wieder das Argument der Monostruktur, der fehlenden Arbeitsplatzalternativen im Stahlbereich und der hohe Anteil an Haus- und Grundbesitzern unter den Beschäftigten.

64 Anzeige des Schaaffhausenschen Bankvereins AG zur Vergabe der Anleihe in der Osnabrücker Zeitung vom 23.4.1926; Dep 49b, B, Nr. 65, s. auch Teil B, Kap. 3, S. 79f.

65 Mutterrollen, Grundbuchblatt GMH; freundliche Auskunft im Katasteramt Osnabrück. Der Wert des Grundbesitzes der Abteilung GMH stellte sich wie folgt dar: a. landwirtschaftlicher Grundbesitz —> 1 ha. zu 5.000 Mark; b. forstwirtschaftlicher Grundbesitz —> 1 ha. zu 2.500 Mark; c. gewerblicher Grundbesitz —> 1 ha. zu 6.000 Mark; d. Kolonie —> 1 ha. zu 15.000 Mark, das entspricht einem Preis pro qm von 66 Mark. Dep 49b, B, Nr. 118.

66 1921 änderte sich der Firmentitel in „Georgs-Marien-Werke" (GMW).

decken könne, würden sie im Endeffekt auch wieder die Werkskasse belasten.[67] Hier kehrte sich nun um, was jahrzehntelang als Vorteil genutzt worden war: ein extrem hoher Anteil an Werkswohnungen und Grundbesitz sowie die geförderte Existenzsicherung im Arbeiterhaushalt durch Kleinviehhaltung und Landpacht, um die Löhne niedrig zu halten.

1925 wurde der Werkswohnungsbau auch bei den GMW endgültig eingestellt. Ob nun die rechtlichen, wirtschaftlichen oder die politischen Veränderungen in der Weimarer Republik letztlich ursächlich für die Einstellung waren, ist nicht eindeutig zu beantworten. Die Arbeiterzahl sank ab 1924/25 infolge massiver Rationalisierung, nachdem sie in der Inflationszeit, der Zeit der billigen Löhne, von 3.492 im Jahre 1921/22 auf 4.620 nach dem Stand vom 1.12.1924 hochgetrieben worden war.[68]

In einem Punkt aber waren die Veränderungen in der Weimarer Zeit für den GMBHV einschneidender als für andere Werke: Gerade die Einführung der formalen gemeindlichen Demokratie wirkte in GMH auf die Entscheidungen in der betrieblichen Sozialpolitik zurück. Im Wohnungsbau führte sie zur stärkeren Verlagerung aus der Gemeinde GMH hinaus. In den Jahren 1919 bis 1925 war das Verhältnis der neu erbauten werkseigenen Häuser in und außerhalb GMH etwa 1 : 1,2, konkret 19 zu 24 Häuser.[69]

Vor dem veränderten politischen Hintergrund in der Gemeinde GMH ist die Mitteilung Direktor Haarmanns aus dem Jahre 1920 an den Aufsichtsratsvorsitzenden zu verstehen, trotz großem Wohnungsmangel in allen Abteilungen erscheine der Bau von weiteren Arbeiterwohnungen „in unmittelbarer Nähe des Hüttenwerkes [...] nicht zweckmäßig und durchführbar."[70] Aus einem vom Syndikus Sperling verfassten Besprechungsprotokoll aus dem Jahre 1937 ging noch dieselbe Tendenz hervor: Die Deutsche Arbeitsfront und der Landrat wünschten den Ausbau einer NS-Siedlung am Rehlberg unmittelbar am Ort GMH und die GMW lehnten unter Hinweis auf die Baulandknappheit ab. „Außerdem wollen wir nicht in der nächsten Nähe des Werkes künstliche Siedlungen (!) schaffen und dadurch im Gegensatz zur bisherigen Dezentralisierung zur Massierung der Wohnungen in unmittelbarer Nähe des Werkes beitragen."[71]

Die Wohnungsnot nach dem Kriege war immens. Der schon in der Vorkriegszeit große Wohnungsmangel artete nun zu einer Wohnungsnot aus. Ursache dafür waren neben dem kriegsbedingten Bauverbot 1917/18 die Heiraten vieler

---

67 Dep 49b, B, Nr 118, Syndikus Sperling an Generaldirektor Haarmann am 28.2.1931.

68 Zu den Beschäftigtenzahlen von 1921/22 s. Geschäftsbericht des Vorstandes, Restarchiv Krupp-Klöckner, zu 1924 (ohne 267 Beamte) Dep 49b, B, Nr. 2034.

69 Zahlen nach Dep 49b, B, Nr. 65, zum Patkenhof in Holzhausen Rep 49b,B Nr. 1013. Weiterhin Rep 540, Osnabrück-Land sowie Osnabrück-Land (Iburg): Gebäudesteuerrolle zu GMH, Malbergen, Hasbergen, Holzhausen, Oesede, Kloster Oesede.

70 Brief Generaldirektor Haarmann an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates vom 5.8.1920, Dep 49b, B, Nr. 1013.

71 Dep 49b, B, Nr. 1024. Hierauf weisen auch Beermann/Pleister, Werkswohnungsbau, S. 70, hin. 1938 entstand die Siedlung am Rehlberg dennoch.

Angestellter und Arbeiter während der Kriegsjahre. Die Frauen hatten bis zur Rückkehr ihrer Männer bei den Eltern und Schwiegereltern gewohnt.[72]

Wie alle großen Zechen und gemischten Konzerne baute auch der GMBHV in der unmittelbaren Nachkriegszeit vorrangig und in großem Umfang Bergarbeiterwohnungen. Der forcierte Bergarbeiterwohnungsbau war Folge des erhöhten Kohlebedarfs, verdrängte aber nicht den übrigen Wohnungsbau. Um die Zechen finanziell zu entlasten, wurde bis 1923 eine Kohleabgabe als Preisaufschlag pro geförderter Tonne Kohle erhoben. Die Ausführung der Bauten lag in den Händen paritätisch besetzter Ausschüsse, die wiederum „Treuhandstellen für Bergmannswohnstätten" gründeten.[73] Sie übernahmen entweder die Bau- und Wohnverwaltung oder übertrugen Darlehen an Bergleute und gemeinnützige Bauvereine. Für die Arbeiter der GMBHV-eigenen Zeche Werne entstanden so zwischen 1919 und 1922 in den Kolonien Evenkamp, Rünthe und in Werne 261 Wohnungen; nur 10 Beamtenwohnungen gingen auf eigene Rechnung.[74]

Um die größte Wohnungsnot unter den GMHütter Arbeitern abzufangen, baute das Werk zwischen 1921-1924 8 Doppel- und 4 Einzelhäuser mit zusammen 20 Wohnungen für kinderreiche Familien in der Siedlung Patkenhof in Holzhausen, ca. 3 km von der Georgsmarienhütte entfernt. In einem zweiten Bauabschnitt folgten weitere 20 Wohnungen in 9 Doppelhäusern und 2 Einzelhäusern (s. Abb. 25 und 26). Der zweite Haustyp entstand in verschiedenen Variationen; aber auch bei diesen Wohnungen wurde durchgängig wie in allen Bauten des Werkes auf die vollständige Trennung des Wohnteils beider Familien und die Doppelung von Stall und Waschküche geachtet. Mit separatem Flur und, erstmalig, einem abgeschlossenen Wohnzimmer unterschieden sich die Wohnungen nur in der Größe von den Beamten- und Meisterhäusern. Sie umfaßten ca. 60 qm Wohnfläche einschließlich Waschküche im Erdgeschoß; hinzu kamen die Schlafstuben im Dachgeschoß. Das hieß Beibehaltung des bisherigen Standards in der Zeit der Wohnungsnot nach dem Ersten Weltkrieg (s. Abb. 27). Die Wohnungen wurden in der ersten Zeit jedoch extrem stark überbelegt.

---

72 Schreiben des Vorstandes an den Aufsichtsrat vom 22.2.1919; nach Haunhorst, Dorothea, Werkswohnungsbau und Nachbarschaften zwischen den beiden Weltkriegen in ländlich geprägtem Industrieraum. Eine sozial- und kulturgeschichtliche Fallstudie (Schr. Hausarbeit f. das Lehramt f. d. Sekundarstufe II an der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster), 1984, S. 38f. Und mit Blick auf das Osnabrücker Stahlwerk: „Die Schwierigkeit für verheiratete Meister und Beamte, zu deren weiteren Einstellung wir durch die Einführung des Achtstundentages gezwungen sind, geeignete Wohnungen zu finden, hat sich in den letzten Monaten vermehrt. Vielfach lehnten für uns geeignete Personen einen Eintritt in unsere Dienste ab, da wir ihnen keine Werkswohnungen zur Verfügung stellen konnten." Ebd. Zur kriegsbedingten „Entlastung" des Wohnungsmarktes durch alleinlebende Frauen s. auch Lütge, Wohnungswirtschaft, S. 451.

73 Zur Treuhandstelle s. Pergande, Hans-G., Die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Wohnungswesens und des Städtebaues, in: Deutsche Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft 1923-1973. 50 Jahre im Dienste der Bau- und Wohnungswirtschaft, o.O. 1973, S. 11-209, hier S. 83f. Zum GMBHV s. Schulte, GMBHV, S. 73, 114f.

74 Zur Kohleabgabe s. Lütge, Wohnungswirtschaft, S. 302, zur Zeche Werne Schulte, GMBHV, S. 114f.

Die Bewohner hatten 3 km zur Arbeitsstätte zurückzulegen. Das ländliche Wohnen bot den Vorteil, daß nicht nur zu jeder Wohnung 1.000 qm Gartenland gehörten, sondern weiteres Acker- und Gartenland gepachtet werden konnte. „Die Möglichkeit zur Selbstversorgung — ein gewichtiger Punkt in diesen Jahren — stand somit auf festeren Beinen als im Ort Georgsmarienhütte selbst."[75]

Bei den Wohnungsbauten innerhalb der Gemeinde GMH zu Beginn der 1920er Jahre bis zur Einstellung des Werkwohnungsbaus 1925 setzte das Werk weitgehend die schon bestehenden Pläne aus der Vorkriegszeit um. Es entstanden 1922/23 4 Häuser in der Ulmenstraße, 1920/26 10 Häuser in der Wellenkampstraße, 1920 2 Häuser in der Südstraße und 1922/30 2 Wohnhäuser in der Schloßstraße. In den zunächst für 4 Familien gebauten und später für 8 Familien aufgestockten Häusern in der Südstraße und am damaligen Wüstenweg aus der Zeit 1906-1908 wohnten Arbeiter, im übrigen wurde die Siedlung Klein-Italien mit den Bauten aus der Nachkriegszeit eine ‚bessere Gegend'. In allen nach 1906-08 gebauten Häusern, fast durchweg für zwei Familien, insbesondere in der Haarmann-, Wellenkamp- und Schloßstraße, wohnten bis auf wenige Ausnahmen ausschließlich Meister und Werksbeamte (s. Abb. 28).[76]

Als eine der letzten Bauten des Werkes entstand die neue Direktorenvilla. Im Zuge der Rationalisierung wurde die Ausdehnung des Werksgeländes in Ost-West-Richtung notwendig, die sich aus der Ausrichtung auf einen fließenden Produktionsablauf ergab.[77] Das im Westen des Werkes plazierte Schloß Monbrillant hatte man sich 1858 feudal, aber „gebraucht" wie ein „architektonisches Kleid"[78] übergestreift. Es wich nun einem Neubau abseits von Staub und Lärm. Über sechzig Jahre hatten im Schloß die wichtigsten leitenden Personen unter einem Dach zusammengewohnt. Anfang der 1920er Jahre lebten oben der technische Direktor und der Bergwerksdirektor, unten der Markscheider und der Hochofenchef.[79] Schon im letzten Kriegsjahr ließ das Werk von dem bekannten Osnabrücker Architekten Wilhelm Rosebrock (1860-1942) eine aufwendige Doppelwohn- und Parkanlage oberhalb des Ortes in Hanglage für zwei Direktoren entwerfen. In bescheidenerem Umfang wurde sie 1925/26 erbaut und vom Hüttendirektor bezogen.[80]

Opfer der Rationalisierung wurde auch die katholische Kirche. In alle konfessionellen Konflikte hineinpassend war die eigens für die katholische Arbeiterschaft Georgsmarienhüttes 1882/83 erbaute katholische Kirche schon kurz vor

---

75 Haunhorst, Nachbarschaften, S. 39.

76 Nach Mieterverzeichnis von 1926, Dep 49b, B, Nr. 1014.

77 Vgl. Bericht über die technischen Veränderungen ab Mitte der 1920er Jahre, Restarchiv im Stahlwerk Krupp-Klöckner, Osnabrück, Nr. 77B.

78 Dieses Bild für solche feudalen Fassaden bei Sturm, Hermann, Fabrikarchitektur Villa Arbeitersiedlung, München 1977, S. 105.

79 Laut Aussage eines älteren Ortsbewohners an die Verf. lag das Schloß „vom Gefühl her weit außerhalb der Kolonie."

80 Der erste Entwurf ist erhalten in Klöckner-Werke AG, Georgsmarienhütte, Neubauabteilung.

Ende des Ersten Weltkrieges gekauft worden, zu einer Zeit also, als die Kirchenvorstandsmitglieder weitgehend an der Front waren. Diese Kirche hatte man seinerzeit in GMH verhindert, mußte sie aber dann genau hinter der Gemarkungsgrenze in der dem Werk immer noch feindlich gegenüberstehenden Gemeinde Malbergen entstehen lassen, entscheidend gefördert von der Malbergener Bauernschaft. Das Vorrücken des Werkes ahnend, hatte die katholische Kirche noch vor dem Ersten Weltkrieg versucht, sich durch eine Friedhofsanlage gegen jedwede Vereinnahmung zu schützen. Das Werk sah darin auf katholischer Seite nur den grundsätzlichen Versuch, Schwierigkeiten zu provozieren, siegte schließlich und der Friedhof wurde weiter nördlich auf werkseigenem Grund in GMH neben dem protestantischen angelegt. Hier entstand später auch die neue katholische Kirche. Im Zuge der Werkserweiterung wurde 1937 die alte Kirche abgetragen, der Abbruch des Schlosses erfolgte 1926.[81]

Mit der Erbauung Klein-Italiens in GMH und dem Bau der Siedlung Patkenhof in Holzhausen lief der Werkswohnungsbau der GMW aus.[82] 1926 ging das Werk zu einer Variante des werksgeförderten Eigenheimbaues über. Zwischen 1926 und 1935 entstanden

in den umliegenden Ortschaften:
— die Siedlung Dörenberg in Oesede 1926-1930 mit 42 Häusern und 78 Wohnungen
— die Siedlung Halbmond in Holzhausen 1928/30 mit 19 Häusern und 37 Wohnungen

an Einzelbebauung außerhalb GMH:
— am Rotenberg in Hasbergen 1930/31 3 Häuser mit 5 Wohnungen;
— die Oberholthaus'sche Wiese in Holzhausen 1928/29 mit 2 Häusern und 4 Wohnungen

an Einzelbebauung in GMH:
— an der Hochstraße 1927/28 10 Häuser mit 18 Wohnungen: das Gelände gehörte zur Bauzeit noch zu Oesede und wurde dann nach GMH umgemeindet;
— an der Hindenburgstraße 1930-1935 12 Häuser mit 23 Wohnungen.[83]

Mit der Siedlung Dörenberg erprobten die GMW ein Modell, das unter die gängigen Schemata des werkseigenen und werksgeförderten Wohnungsbaues nicht paßte.[84] Bauwillige schlossen sich zu einem „Kleinsiedlungsverein Dörenberg e.V." zusammen, der vermutlich vom Werk initiiert wurde. Seiner Aufgabenstellung nach war er kein gemeinnütziger Bauverein (er baute nicht selbst), keine Baugenossenschaft (er war nicht offen für jeden Bauwilligen) und keine Betreuungsgesellschaft (er betreute nur die begrenzte Anzahl seiner Mitglieder). Von

81 Zur Lage von Schloß und Kirche s. oben, Abb. 24.
82 S. zum Gesamtbestand der Werkswohnungen Anhang 1, S. 375.
83 Dep 49b, B, Nr. 1024, s. auch Haunhorst, Nachbarschaften, S. 40.
84 Zur Siedlung Dörenberg stütze ich mich weitgehend auf Haunhorst, Nachbarschaften. Haunhorst spricht vom „werksgebundenen" Wohnungsbau.

allen drei Formen wies er aber einzelne Züge auf: Er gab sich eine genossenschaftliche Verfassung, betreute seine Mitglieder und erhob Umlagen zur Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben wie Wege-, Licht- und Wasserversorgung.[85]

Er war die loseste Form des werksgeförderten Wohnungsbaues, im Grunde nur ein werksbeeinflußter Wohnungsbau, maßgeschneidert für die Situation der GMW. Auf ihn trifft dennoch Lütges allgemeine Aussage über den werksgeförderten Wohnungsbau zu: „Damit ist den Belangen der Werke Rechnung getragen, die ja von ihrem Standpunkt aus nicht primäres Interesse an dem rechtlichen Eigentum, sondern an der Verfügungsmöglichkeit über Wohnungen haben."[86] Der Zugriff des Werkes fußte auf zwei Bedingungen, die jeder Bauwillige zu erfüllen hatte: Er mußte sein Grundstück vom Klöckner-Konzern erwerben und Mitglied des Kleinsiedlungsvereins Dörenberg werden.[87] Hieraus ergaben sich neue Bedingungen, die in handfesten Vorteilen für das Werk bestanden. Die GMW konnten

— für den Betrieb selbst nicht verwertbares Land abgeben;
— durch den Verkauf des Baulandes die Bauwilligen auswählen;
— auf unbebaute und bebaute Grundstücke 10 Jahre vom Abschluß des Kaufvertrages an ein Vorkaufsrecht beanspruchen.
— Die Baupläne waren vor der Ausführung den Klöckner-Werken vorzulegen oder konnten kostenlos vom Werk bezogen werden;
— das Werk nahm Einfluß auf den Bauverlauf, indem der „Schriftverkehr des Siedlungsvereins bis Ende der 20er Jahre, also während der Bauzeit, über das Hüttenwerk und von dort an den Vereinsvorsitzenden" lief.[88]
— Nicht nur genug Boden, auch Baumaterial war vorhanden. Halden von Steinen aus der eigenen Schlackensteinfabrik türmten sich und warteten vergeblich auf Absatz. In der Zeit der Baumaterialbeschränkung nach dem Ersten Weltkrieg produzierte der GMBHV monatlich das Baumaterial für ca. 50 Wohnhäuser. Im Gegensatz zu Ziegelsteinen waren bei der Produktion von Schlackensteinen keine Brennstoffe für den Produktionsprozeß nötig.[89]

Interessen und Absicht des Werkes bei der Anlage der Siedlung unterschieden sich also in Nichts vom Werkswohnungsbau.[90] Wie der Werkswohnungsbau bot auch der Siedlungsbau Steuerungsmöglichkeiten zur Seßhaftmachung und zur Belohnung ausgewählter Arbeiter, Meister und Beamter. Er zielte auf Bin-

85 Ebd., S. 47,62-66.
86 Lütge, Wohnungswirtschaft, S. 309.
87 Haunhorst, Nachbarschaften, S. 61. Das Werk hatte das für die Landwirtschaft fast unbrauchbare steinige Land zuvor im Tausch von den Bauern erworben. Mit der abseitigen Lage drängten die Bauern zugleich die Arbeiter an den Rand des Dorfes Oesede. Vgl. auch ebd., S. 44, 98.
88 Ebd., S. 44,50, Zitat S. 51.
89 Schulte, GMBHV, S. 123.
90 So auch die Bewertung von Haunhorst, Nachbarschaften, S. 47.

dung an das Werk ohne Verpflichtung für das Werk. Er sollte zugleich zu einer Umschichtung innerhalb der Werkswohnungen führen: Bisher frei zur Miete wohnende Werksangehörige rückten in die frei werdenden Werkswohnungen in GMH nach. Die Reduzierung der Belegschaft kam dabei der gezielten Auslese entgegen. Hüttendirektor v. Holt legte dieses Konzept in einem Schreiben an Generaldirektor Haarmann vom 14.1.1926 vor:

„Unseren Werksangehörigen ist dadurch die Möglichkeit gegeben, sich ein Eigenheim zu gründen. Ich hoffe damit zu erreichen, daß die Wohnungsnot unter den Werksangehörigen behoben wird, ohne selbst Wohnungen bauen zu müssen. Ferner glaube ich, durch diese Maßnahme die Grundstückspreise auf eine angemessene Grundlage bringen zu können. Letzteres hat sich, wie in einigen Fällen beobachtet werden konnte, bemerkbar gemacht. Als Käufer kommen nur Angehörige des Werkes in Frage und zwar sollen an erster Stelle solche berücksichtigt werden, die eine Werkswohnung in Benutzung haben, wodurch ich jedesmal eine Wohnung frei bekäme. An zweiter Stelle kämen solche Leute in Frage, die in der Werkswohnungsliste als ‚dringend' vermerkt sind, an dritter Stelle solche, die keine eigene Wohnung und kein Baugrundstück haben und an vierter Stelle soll das Dienstalter berücksichtigt werden."[91]

42 Eigenheime gleichen Typs entstanden auf 700-800 qm großen Grundstücken (s. Abb. 29 und 30). Die Haustypen entsprachen exakt den Vorstellungen der kommunalen Kleinhaussiedlungen; die Wohnfläche betrug im Erdgeschoß 72,3 qm, der Anbau mit Waschküche und Stall umfaßte 35,2 qm. Diese Typisierung wurde gegen die anfänglichen Vorstellungen der Bauwilligen von Seiten der Kommune mit der Zusage durchgesetzt, daß „die Regierung bei der Geldbeschaffung tun würde was in ihren Kräften stand."[92]

Für die GMW bedeutete die Siedlung Dörenberg eine Konzeption, bei der Bauherren, Behörden und GMW so weit zusammenarbeiteten, daß „allein die innere Ausgestaltung der Siedlungsbelange [...] künftig den Siedlern selbst überlassen (blieb)."[93] Die „innere Ausgestaltung" beschränkte sich auf die Anlage von Wegen, Straßen, Brunnen und Leitungen in Hand- und Spanndiensten.

In der Siedlung Halbmond in Holzhausen wurde das Grundprinzip beibehalten: Erwerb des Baulandes zuerst durch das Werk und damit gezielte Vergabemöglichkeit an Werksangehörige; Schaffung einer Gemeinschaftseinrichtung zur Finanzierung der Infrastruktur und Abstimmung der Baupläne zwischen Architekt und Werk. Als juristischer Ballast wurde die Form eines Siedlungsvereins aufgegeben, es entstand rein zweckorientiert eine Wege- und Wassergenossenschaft.[94]

---

91 Zitiert nach ebd., S. 46.

92 Grundriß s. ebd., S. 55; zur Typenbauweise s. S. 52f,56f. Zitat nach Protokoll des Kleinsiedlungsvereins vom 30.9.1926, in: ebd., S. 57.

93 Ebd., S. 57.

94 Ebd., S. 66. Auch hier erfolgte die Arbeit in Hand- und Spanndiensten; mdl. Aussage F. Flacke, Halbmond 1, an die Verf.

Die Bedingung lag, wie schon am Dörenberg, auf der Erstellung einer Nebenerwerbssiedlung. Das Flurstück Halbmond, ein Buchenwald, war zuvor von den Arbeitern schon selbst urbar gemacht und dann als Gartenland gepachtet worden. Der Grundstückspreis war dennoch hoch, 0,50 M/qm, das entsprach in etwa 5 Monatslöhnen eines Hüttenarbeiters bei einer Grundstücksgröße von ca. 1.000 qm.

Architekt der Siedlung war Justus Haarmann, der Sohn des schon legendären Generaldirektors des GMBHV, August Haarmann, und Bruder des derzeitigen Generaldirektors Allan Haarmann. Bedenken wegen einer Vetternwirtschaft waren schnell vom Tisch, zumal J. Haarmann ein angesehener und bekannter Osnabrücker Architekt auch von Arbeitersiedlungen war. Er entwickelte sich in den 1920er Jahren zum Verfechter eines konsequenten Funktionalismus.[95] In einem Vortrag, gehalten 1928 vor Jungsozialisten und Arbeiterjugend im Osnabrücker Gewerkschaftshaus, stellte er seine konsequente Definition des „Sozialen Bauens"[96] heraus:

1. *„Nicht zu große Entfernung von der Arbeitsstelle!"*
2. *„Günstige Lage zur herrschenden Windrichtung!"*
3. *„Richtige Lage zur Besonnung!"*
4. *„Die sehr wichtige Nähe von Grünanlagen und Spielplätzen, Sport- und Turnanlagen!"*

Ob Reihenhaus oder freistehendes Eigenheim, es sollte der jeweiligen Landschaft und den Menschen angepaßt werden. Unabdingbar aber war die Form der Siedlung für die Ausbildung des „Gemeinschaftsgedankens" und als Teil der gegenwärtigen „Entwicklung fort vom Herrenstaat und hin zum sozialen Wohlfahrtsstaat". Haarmann ging es nicht um die Umsetzung sozialistischer Vorstellungen.[97] Seine Baukonzeption fußte, wie er selbst vortrug, auf „tiefster Liebe" zur „menschlichen Gesellschaft". Unverkennbar spricht hier auch Ludwig Debo, Architekt der „Alten Kolonie" aus den Jahren 1856-60, der ersten Siedlung in GMH. Es ist Zufall, daß sein Vordenken und sein Weitblick in der letzten vom Werk geförderten Wohnsiedlung nochmals Ausdruck fand (s. Abb. 31).

---

95 Die Siedlung Halbmond galt als modernste im ganzen Landkreis. Sie bildet heute noch eine geschlossene Anlage in schöner Hanglage, alle 19 Häuser sind noch im Besitz der Gründerfamilien, mdl. Auskunft F. Flacke an die Verf. Zum Architekten Haarmann s. Der öffentliche und private Wohnungsbau in Osnabrück nach dem Ersten Weltkrieg, in: Inge Frankmöller (Hg.), „Neues Bauen" in Osnabrück während der Weimarer Republik — Architektur und Stadtplanung in der Amtszeit des Stadtbaurates Senator Friedrich Lehmann, Bramsche 1984, S. 29-42, hier S. 37-40.

96 Soziales Bauen — Vortrag von Justus Haarmann am 24.3.1928 vor Jungsozialisten und Arbeiterjugend im Gewerkschaftshaus Osnabrück, abgedruckt in ebd., S. 19-28, dort auch alle folgenden Zitate.

97 Zur Idealisierung der Funktionalität in der Weimarer Zeit s. u.a. Hermand, Jost, Trommler, Frank, Die Kultur der Weimarer Republik, München 1978, S. 401-437.

Für beide Siedlungen, Dörenberg und Halbmond, ist keine Aussage über die Gruppe der potentiell Bauwilligen möglich. Die Sozialstruktur der Besitzer zur Zeit der Erbauung läßt sich jedoch aus der beruflichen Stellung erschließen.[98]

Tab. 1: Sozialstruktur der Eigenheimbesitzer in geschlossenen Siedlungen außerhalb GMH und in einzelnen Straßenzügen in GMH 1927-1933

Siedlung/ Straße	insg.	unklar Rentn. o. A.	Arb.	Fach- arb.	Werk- mstr./ Mstr.	Selbst.	Frauen
Dörenberg/ Oesede	43	–	20	18	1	–	4
Halbmond/ Holzhausen	19	2	4	11	2		
Kiewitsheide Oesede	28	2	13	11	–	1	1
Hochstr. in GMH	9	–	–	6	3	–	–
Hindenburgstr. in GMH	10	2	1	5	1	1	–
Summe	109	6	38	51	7	2	5

Die Siedlung Dörenberg lag südöstlich des Werkes im katholischen Kirchspiel Oesede, die Siedlung Halbmond westlich GMH im katholischen Kirchspiel Hagen. In die Häuser am Dörenberg zogen zu ca. drei Viertel Bewohner des Kirchspiels Oesede, in den Halbmond ausschließlich Bewohner des Kirchspiels Hagen.[99]

Über die Siedlung Dörenberg schreibt Haunhorst, daß 32 Familien unter den 42 Siedlern „eindeutig aus den umliegenden Gemeinden stammten und noch ein bis zwei Generationen vorher Kleinbauern und Kötter gewesen waren."[100] Wenn das Werk an die erste Stelle in der Rangfolge der Grundstückskäufer seine derzeitigen Mieter von werkseigenen Wohnungen setzten wollte, so ließ sich dieses Konzept nicht realisieren: Nur drei der 35 Gründungsmitglieder der Dörenberg-Siedlung wohnten zuvor in einer Werkswohnung. In Halbmond kam etwa die Hälfte der Bewohner aus der ab 1920 erbauten nahegelegenen Werkssiedlung Patkenhof, die übrigen Familien stammten aus Hagen und hatten dort in gepachteten oder in den elterlichen Kotten gewohnt. Alle Bewohner waren katholisch.

98 Zusammengestellt nach den Katasterunterlagen Rep 540 Osnabrück-Land: GMH/Malbergen (11), Holzhausen (23) und Osnabrück-Land (Iburg): Oesede (87). Miteinbezogen ist hier der im gleichen Zeitraum entstandene erste Bauabschnitt der Siedlung Kiewitsheide in Oesede, die völlig unabhängig vom Werk 1927-37 entstand.

99 Haunhorst, Nachbarschaften, S. 57f, 88.

100 Ebd., S. 57.

Die Vermutung von Haunhorst, daß die Nähe zum ländlichen Herkunftsort ein Entscheidungsmoment für die Bauwilligen gewesen sein mag, trifft demnach auch auf die Siedlung Halbmond zu.

Tab. 2: Die Mieterstruktur aller Werkswohnungen der GMW 1925 in und außerhalb GMH[101]

	insg.	Arbeiter	Beamte	darunter Fremde	darunter Witwen/Invaliden
GMH und außerhalb	718	638	80	88	121

Wie aus Tab. 1) ersichtlich, stellten Facharbeiter, Meister und Werkmeister mit 53,2% gegenüber den Arbeitern mit 34,8% die überwiegende Mehrheit der Hausbesitzer. Der Vergleich mit den Mietern der Werkswohnungen (Tab. 2) zeigt eindeutig, wer sich den Bau leisten konnte. Andererseits wird klar, wen das Werk an sich binden wollte. In Zeiten vorübergehender Betriebsruhe wegen mangelnder Aufträge könne man die Arbeiter „nach Hause schicken und dementsprechend die Löhne sparen"; Neueinstellungen waren leicht wieder möglich. Anders bei Facharbeitern und Beamten: Sie konnte man bei vorübergehender Entlassung und aufgrund der geringen Löhne in GMH schwerer halten. Ein Abbau, wie er in den Jahren nach der Inflation von der Konzernleitung rigoros für die Stahlwerke gefordert wurde, war für die GMW gefährlich. Statt auf eine mögliche Wiedereinstellung auf der Hütte zu warten, zögen die qualifizierten Arbeitskräfte fort.[102] Auch im geförderten Eigenheimbau für Arbeiter und Beamte schwankten, wie beim Werkswohnungsbau, die Motive und Ziele zwischen konkreter betrieblicher Notwendigkeit und der nützlichen Absicht, Loyalität und Bindungen zu schaffen.

101 Im Zusammenhang der Kreditaufnahme 1926 vom Werk erstellt; Dep 49b, B, Nr. 65. S. auch im Anhang 1, S. 375.

102 „Die Beamten müssen sowieso für diese kurze Zeit bezahlt werden und verrichten den Überwachungsdienst besser als die Arbeiter." Auch die abgegangenen Walzwerkarbeiter habe man „nur notdürftig durch Heranziehung neuer Kräfte aus Westfalen" ersetzen müssen. Schreiben Hüttendirektor von Holt an Direktor Haarmann am 17.3.1925, Dep 49b, B, Nr. 64. Mit „kurze Zeit" sind die vorübergehenden Entlassungen und das System der arbeitsorganisatorischen Rationalisierung gemeint, s. dazu Teil B, Kap. 3, S. 88.

Teil D: Herkunft, Mobilität und Erfahrungswelt der Arbeiterschaft

Einführung: Methodische und verfahrenstechnische Hinweise zur EDV-Auswertung der Kirchenbücher

Im folgenden Kapitel geht es um zwei Bereiche: Zunächst wird nach dem lokalen Arbeitsmarkt und dem Abwanderungsgeschehen vor und nach der Hüttengründung gefragt (Kap. 1.1); im Vordergrund steht dabei die Frage, ob die auswärtige Arbeitskräfterekrutierung des GMBHV überhaupt in dem erfolgten Maße notwendig war. Im zweiten Bereich werden in einem Längsschnitt die Arbeitskräfte beschrieben, die zum GMBHV zuwanderten: Der erste Unterabschnitt (Kap. 1.2) beschränkt sich vorwiegend auf die Frage nach den zentralen Abwanderungsgebieten und auf eine Beschreibung derjenigen Personenstandsdaten, die bei einer Heirat im Kirchenbuch festgehalten wurden. Im zweiten Unterabschnitt (Kap. 2.1-2.3) geht es vorrangig um die Abwanderungsgebiete selbst und um den dadurch bestimmten Erfahrungshintergrund der Arbeiter und ihrer Familien.

Im anschließenden Schlußteil (E) geht es um GMH selbst. Kontakte und Probleme zwischen Einheimischen und Fremden in der Gründungszeit des GMBHV und in der Kontinuität bis 1933 werden auf zwei Ebenen beleuchtet: Zum einen werden die spezifischen Bedingungen der Herkunftsregionen der Zugewanderten, zum anderen das Neben- und Miteinander industrieller und agrarischer Bevölkerungsgruppen beschrieben.

Zur Datenbasis: Die Gemeinde GMH bietet sich für eine bevölkerungsgeschichtliche Untersuchung von ihrem Charakter und von der Größe her an. In der Zeit der Frühindustrialisierung als schwerindustrielle Kolonie gegründet, kurz darauf ein eigenständiges politisches Gemeinwesen, wohnte in ihr eine ausnahmslos eigens angesiedelte Bevölkerung. Die Bevölkerungszahl erlaubt eine Gesamterhebung der Vitalstatistiken. 1925, gegen Ende des Erhebungszeitraumes, betrug die Einwohnerzahl 2.246. Für die Belegschaft des GMBHV jedoch bildet die Gesamterhebung wiederum nur eine Stichprobe. 1900 betrug der Anteil der Werksangehörigen an der Einwohnerschaft GMHs 36,07%. Dieser Anteil entsprach aber nur 27,77% der Gesamtbelegschaft. Ohne die bei den Beschäftigtenzahlen der Hütte (2.337) im Jahre 1900 miterfaßten Beschäftigten der Erzbergwerke umfaßt die Hüttenwerksbelegschaft einschließlich der Nebenbetriebe 1.479 Beschäftigte. Der Anteil der werksangehörigen Ortsbewohner beträgt dann 43,88%.[1]

Ich erfasse grundsätzlich die Personen, zu denen in den Kirchenbüchern folgende Beurkundungen vorliegen:

Text zu Fußnote 1) siehe folgende Seite

— Trauungen aller evangelischen und katholischen Bewohner des Ortes im Erhebungszeitraum 1856-1933;
— Konfirmationen, das heißt alle evangelischen Jugendlichen des Kirchspiels am Ende der Schulzeit und damit zur Zeit des Eintrittsalters in den Beruf im Erhebungszeitraum 1869-1905;[2]
— Trauungen und Begräbnisse aller im Kirchspiel GMH verbliebenen Konfirmanden und Konfirmandinnen, Erhebungszeitraum 1869 bis in die 1960er Jahre.

Das Kirchspiel Georgsmarienhütte bestand aus den Orten Georgsmarienhütte, Malbergen, Oesede mit dem Osterberg, Dröper, Kloster Oesede, Holzhausen, Altenhagen und Hagen.

Die Grundgesamtheit der Trauungen umfaßt 1.350, die der Konfirmationen 1.587. Die Zahl der Konfirmationen erfaßt im Ort selbst entsprechend dem evangelischen Bevölkerungsanteil ca. 3/4 der Jugendlichen. Die Konfirmationsbücher wurden als Quelle dennoch gewählt, um auch den Familienzuzug, die soziale Mobilität innerhalb der Familie und den Wegzug aus dem Kirchspiel erfassen zu können. Zur Beantwortung der Fragen nach sozialer Mobilität und Wegzug wurden die Namen aller 1.587 männlichen und weiblichen Konfirmanden in den Trauungs- und Sterbebüchern weiterverfolgt.[3]

---

1 Errechnet nach Angaben der Beschäftigten und der Einwohner in Müller, I, 2. Teil, S. 75 sowie Schulte, GMBHV, S. 64 und Anhang. Im Jahre 1900 lebten in GMH: 68 Beamte, 29 Meister/Aufseher, 552 Arbeiter => 649. Die 4 Direktoren lebten übrigens mit in der Gemeinde. S. auch Einleitung zu Teil C, S. 84f zum Anteil der Werksangehörigen in Werkswohnungen insgesamt.

2 1869 deswegen, da ab diesem Jahr, also schon vier Jahre vor Einrichtung der Pfarrei in Georgsmarienhütte, der dortige Pastor alle Konfirmanden einheitlich erfaßt hat. Das Endjahr 1905 wurde gewählt, da sich die Bevölkerung nun weitgehend aus dem Ort selbst rekrutierte und die Aussagen über Trauung und Tod durch den Ersten Weltkrieg zu stark gebrochen würden. Mit dem Konfirmationsjahr 1905 ergab sich ein Heiratsalter von ca. 25 Jahren zu Beginn des Ersten Weltkrieges.

3 Arbeiterstammbücher waren für den GMBHV nicht vorhanden. Die auf den ersten Blick so verlockende Aussagekraft von Arbeiterstammbüchern stellt Schulz in all ihren problematischen Einzelheiten in Frage. Im Gegensatz zu den prozeßproduzierten Daten der Kirchenbücher sind die Arbeiterstammbücher aus buchhalterischer Sicht angelegt und damit auf den unmittelbaren Verwertungszweck ausgerichtet. Dies bedingt eine mögliche Uneinheitlichkeit und versteckte interne Systeme; Schulz, Günther, Die Arbeiter und Angestellten bei Felten & Guilleaume. Sozialgeschichtliche Untersuchung eines Kölner Industrieunternehmens im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1979, S. 196-203. David Crew stützt sich auf Adreßbücher zur Erforschung der sozialen und beruflichen Mobilität, zudem auf Jahresberichte der Industrie- und Handelskammern und städtische Verwaltungsberichte; Crew, David, Bochum. Sozialgeschichte einer Industriestadt 1860-1914, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1980; sehr ausführlich geführte Belegschaftslisten, ergänzt durch Zechenbücher, Zechenjournale sowie Jubilarlisten, wertet Liebetraud Rothert aus: Zur Herkunft westfälischer Bergleute auf Bochumer Schachtanlagen im 19. Jahrhundert, in: Westfälische Forschungen, Bd. 31, 1981, S. 72-117; eine Kombination zweier Quellengruppen führt H. Schomerus durch und verbindet die Auswertung von Personalbüchern und die in Württemberg bei Heirat und Tod neben den Kirchenbüchern üblichen Auflistungen zu den Vermögensverhältnissen zu sog. „quantitativen Biographien"; Heilwig Schomerus, Soziale Differenzierungen und Nivellierungen der Fabrikarbeiterschaft Esslingens 1846-1914, in: H. Pohl (Hg.), Forschungen zur Lage der Arbeiter im Industrialisierungsprozeß, Stuttgart 1978, S. 20-64.

Schwierig gestaltete sich die Erfassung der Daten in der Gründungszeit des Unternehmens und der Gemeinde. Der Ort GMH gehörte aufgrund seiner räumlichen Zweiteilung (Alte Kolonie und Osterberg) in der Gründungszeit zu zwei Ämtern sowie zu zwei evangelischen und zwei katholischen Kirchspielen. Eine einheitliche Kirchenbuchführung für beide Konfessionen gab es erst seit der Errichtung der Evangelischen Lutherkirche Georgsmarienhütte im Jahre 1873 und der katholischen Pfarrei Herz-Jesu-Pfarre 1884. Zuvor wurden die Katholiken aus der Alten Kolonie von der Pfarrei St. Johann in Osnabrück betreut, die des Osterberges von der Oeseder Kirche Peter und Paul. Für die kirchliche Betreuung der Evangelischen aus der Alten Kolonie war die Pfarrei St. Katharinen in Osnabrück zuständig, für die des Osterberges die Evangelische Schloßkirche Iburg. Erst während der laufenden Auswertung zeigte sich ein weiteres Problem, das Licht auf das Provisorium der kirchlichen Anbindung und zugleich auch auf das Ringen beider Konfessionen um die Seelen bei den Eheschließungen gemischtkonfessioneller Paare wirft: Zum einen gab es vereinzelt eine doppelte Kirchenbuchführung der beiden für GMH zuständigen Pfarreien vor der Gründung ortseigener Kirchen in GMH, d.h. die eine Pfarre führte für die andere das Buch mit; zum anderen trugen bei Mischehen die evangelische wie die katholische Kirche das Paar so ein, als seien sie jeweils zur Konfession des anderen konvertiert. In anderen Fällen trug eine der Pfarreien das Paar mit einheitlicher Konfession, die andere mit gemischter Konfession ein.

Datenerhebung, Lokalisierung der Geburtsorte und Klassifizierung der Berufe:[4] Die Daten wurden manuell über Erfassungsbögen erhoben und anschließend in den PC eingegeben. Die Auswertung erfolgte mit den Programmen dBase und SPSS. Zur Erfassung der 1.350 Trauungen und 1.587 Konfirmationen sowie zu deren Weiterverfolgung im Trauungs- und Sterberegister wurde ca. 1/2 Jahr benötigt, weil die Arbeit nicht länger als etwa vier Stunden täglich ohne erhöhte Fehlerquote durchzuführen ist. Mehr als zwei Personen konnten an der Datenerfassung nicht beteiligt werden, da das interne System der Kirchenbuchführung erspürt werden mußte. Beispiele: Die Eintragung „Mädchen" ist gleichbedeutend mit Haustochter; fehlende Wohnortangabe bei den Brauteltern weist darauf hin, daß der Wohnort mit dem der Braut bzw. dem des Bräutigams identisch ist. Mit der wechselnden Kirchenbuchführung verbunden ist eine gewisse Uneinheitlichkeit. So fehlt über 20 Jahre die Geburtsortangabe der Brautleute nach Einführung der Standesämter in Preußen 1875, d.h. die Kirchenbuchführung wurde zumindest bei den Evangelischen laxer gehandhabt. In dem Registerband der evangelischen Kirchenbücher 1875/95 wurden z.B. vom damaligen Pfarrer grundsätzlich keine Frauen/Bräute aufgenommen; dies bedeutete, daß ein Zwischenregister für unsere Personengruppe erst ad hoc angelegt werden mußte. Lücken konnten mit freundlicher Hilfe der Standesbeamtin von Georgsmarienhütte geschlossen werden.

---

[4] Zu den Einteilungskriterien von Zeitraum und Wanderungsdistanz s. Kap. 1.2, S. 199f im Zusammenhang der Darstellung der Ergebnisse.

Die abschließend erstellte Ortskartei umfaßt ca. 600 verschiedene Geburtsorte und 50 Wohnorte außerhalb Georgsmarienhüttes. Die Lokalisierung der Orte erfolgte über Ortsverzeichnisse und Gemeindestatistiken aufgrund von zum Teil unterschiedlichen Volkszählungen. Wichtigste Grundlage war die preußische Volkszählung vom 1.12.1905. Das Jahr 1905 wurde gewählt, da es ungefähr in der Mitte des erfaßten Erhebungsraumes 1856-1933 und zugleich in der erst beginnenden Phase der Ein- und Umgemeindungen größeren Stils als Folge der Industrialisierung lag.[5] Für die übrigen deutschen Länder wurden zum Teil frühere und spätere Ausgaben verwandt.[6]

Eine nicht ausgrenzbare Unsicherheit bei der Lokalisierung der Geburtsorte ergab sich aus dem mehrmaligen Vorkommen des gleichen Ortsnamens in den Registern der Volkszählungen. Insgesamt ergab sich eine im Endeffekt jedoch geringe Problemquote einschließlich der fehlenden Werte von 8,11%.

Für die übrigen 91,89% muß nur im Einzelfall ein Unsicherheitsfaktor in Kauf genommen werden, der nicht auszugrenzen ist: Die Identifizierung der Orte begann anhand des größten Verzeichnisses, der preußischen Gemeindestatistik. Erst was sich hier nicht fand, wurde in den außerpreußischen Ortsverzeichnissen nachgeschlagen. Mögliche Fehler durch Doppelung von Ortsnamen über das preußische Verzeichnis hinaus müssen in Kauf genommen werden und sind nicht behebbar. Die Fehlerquote konnte eben nur durch die Reihenfolge des Nachschlagens verringert werden, indem von dem Verzeichnis ausgegangen wurde, das das größte Gebiet im Deutschen Reich abdeckte. Im einzelnen wurde zur Eingrenzung der Fehlerquote folgendermaßen vorgegangen: a. Verknüpfung der Ortsangabe mit den übrigen Personendaten und Eingrenzung nach Plausibilität; b. Beschränkung auf die nächstgrößere Raumeinheit.

---

5 Vgl. Matzerath, Horst, Städtewachstum und Eingemeindungen im 19. Jahrhundert, in: J. Reulecke (Hg.), Die deutsche Stadt im Industriezeitalter, S. 67-89, hier S. 79f.

6 Gemeindelexikon für das Königreich Preußen. Aufgrund der Materialien zur Volkszählung vom 1. Dezember 1905 und anderer amtlicher Quellen bearbeitet vom Königlich Preußischen Statistischen Landesamte. Hefte I-XIII, Berlin 1908. Sehr gut als Ergänzung: Müllers Großes Deutsches Ortsbuch, Wuppertal, Barmen 1956 (11) sowie Deutsches Gemeindeverzeichnis, Verlag für Standesamtswesen, Frankfurt/M. 1970(7). Für die außerpreußischen Länder: Verzeichnis der Gemeinden des Königreich Bayern nach dem Stande der Bevölkerung von 1867, Heft XXI der Beiträge zur Statistik des Königreich Bayern, hg. v. Statistischen Bureau, München 1869. Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden, hg. v. Statistischen Bureau: Die Volkszählung vom 1.12.1885, Karlsruhe 1890. Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen, hg. v. der großhessischen Zentralstelle für die Landesstatistik, Darmstadt 1877: Bd. 15b: Übersicht über die Gemeinden und Wohnplätze. Gemeindeverzeichnis des Freistaates Oldenburg, aufgrund der Ergebnisse der Volkszählung vom 8.10.1919, hg. v. Oldenburgischen Statistischen Landesamt, Oldenburg 1920 Gemeindestatistik. Ergebnisse der Volkszählung von 1939 (= Statistik des Deutschen Reiches 559, Bd. 9: Westfalen, Lippe-Detmold); dass., Bd. 8: Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen, Schaumburg-Lippe; dass., Band 7: Provinz-Schleswig-Holstein, Hansestadt Hamburg und Mecklenburg. Ortsregister von Elsaß-Lothringen, enthaltend die Gemeinden und Außenorte, zusammengestellt nach amtlichen Materialien. Sonderausgabe des Orts-Registers zum Atlas „Elsaß-Lothringen in 21 Karten", Berlin 1904.

Zu a: Hier war es wichtig, den Kirchenbuchführern auf die Spur zu kommen. In unserem Falle konnten wir davon ausgehen, daß Orte, die in der näheren Umgebung liegen und wie selbstverständlich bekannt sind, ohne weitere Erläuterungen eingetragen wurden. Bei Orten der Umgebung wurde auch auf die geographische Erläuterung verzichtet; dieser Verzicht trägt so gerade zur Identifizierung des Ortes bei.

Eine weitere Möglichkeit ist die Hinzuziehung von Berufs- und Konfessionsangaben. Die Einbeziehung der Berufsangabe zur Lokalisierung des Geburtsortes hilft bei Angaben wie Heuerling, Kötter, Kätner (Ostpreußen), Kothsasse (Ostfriesland), Hausmann (Ammerland/Oldenburg) usw. Ebenso ist es z.B. sehr wahrscheinlich, daß ein Apotheker, der 1890 geboren wurde und dessen Vater ebenfalls schon Apotheker war, eher aus einer Stadt als aus einem 200 Einwohner zählenden Dorf gleichen Namens stammt.

Die Konfessionsangabe kann dann hilfreich sein, wenn mehrere Zuzügler einer Konfession aus einem Ort kommen. Beispiel: Das Dorf Laer existiert im Landkreis Iburg und im Landkreis Melle. Aus Laer kamen drei katholische Männer, die in den 1860er Jahren in GMH heirateten. Laut preußischer Gemeindestatistik gab es im Meller Laer überhaupt nur drei katholische, im Iburger Laer hingegen wiederum nur drei evangelische Einwohner. Nur hieraus kann abgeleitet werden, daß die katholischen Zuwanderer nach GMH mit hoher Wahrscheinlichkeit aus dem zu 99% katholischen Dorf im Kreis Iburg kamen.

Ein seltener, aber sicherer Weg war die Rücksprache mit heute noch in GMH wohnenden Personen über die Herkunftsregion ihrer Vorfahren. Auch handelte es sich manchmal um (orts-)bekannte Personen. Ein Ingenieur z.B. fand sich im ‚Who is who' und eine Chronik bot Genaueres über den Lebenslauf eines Lehrers.

Generell ist es wichtig, bei der Datenerfassung die Aufgebots- und Trauungsorte mitzuerfassen. Falls nicht in GMH geheiratet wurde, sind es in der Regel die zum Geburtsort nächstgrößeren Orte bzw. die Kreisstädte. Ihre Angabe ermöglicht in den Fällen, in denen als Geburtsortangabe in den Gemeindestatistiken die topographische Bezeichnung „Gut" oder „Wohnplatz" steht, einen sicheren Zugriff. Beispiel: Das Gut Altenhagen gibt es mehrfach, aber eben nur einmal mit der zuständigen Pfarre in Iburg, wo das Paar aufgeboten wurde.

Zu b: Da die Lokalisierung eines Ortes auf der Ebene des Landkreises bzw. des Amtes erfolgt, bleibt das zweimalige Vorkommen eines Ortsnamens innerhalb eines Landkreises problemlos. Bei Namensdoppelung und unterschiedlicher Landkreiszugehörigkeit innerhalb des nächstgrößeren Bezirks, der Landdrostei bzw. des Regierungsbezirks, muß sich die räumliche Eingrenzung auf diese Einheit beschränken. In wenigen Fällen wiederholte sich dasselbe auch auf der Ebene der Provinz bzw. des Landes. Hier wurde dann auf die Zuordnung zum Kreis und zum Regierungsbezirk verzichtet.

Es ist sehr selten, daß eine der genannten Möglichkeiten zur Lokalisierung oder zumindest zur räumlichen Eingrenzung der Geburts- und Wohnorte nicht griff und ein Ort sich völlig in der Statistik verlor.

Die Berufe der Eheschließenden konnten zu 95,03% erfaßt werden, die der Elternberufe zu 75,04%. Die in den Kirchenbüchern Georgsmarienhüttes erfaßten Eheschließenden wanderten aus ländlichen wie städtischen Regionen zu oder aber waren in GMH bzw. im nahen Umland geboren. Sie lassen sich in drei große Gruppen unterteilen: ländliche Bevölkerung, städtischbürgerliche Bevölkerung, industriell-proletarische Bevölkerung. Ein gewisses Ungleichgewicht innerhalb der Berufsklassifizierung ist daher unvermeidlich. Im folgenden wird die Klassifikation im vertikalen Bereich dargestellt:

Schichtungsschema: Qualifikations-/Statusskala für GMH

1. ungelernt
2. angelernt
3. gelernt

} 8. manual, wobei 1) und 2) als „Nichtberufsarbeiter", 3) als „Berufsarbeiter" definiert werden.[7]

4. Meister, Werkmeister, Aufseher
5. Beamter, Angestellter, kaufm. Verwaltung
6. Fachleute, Studienberufe, techn. Verwaltung
7. höhere Verwaltung, Leitung, Direktion

} 9. non-manual

10. nicht hierarchisch einzuordnen
11. Hausfrau, Haustochter, Witwe (wegen der Größe dieser Gruppe erhielt sie eine eigene Position, die Statuszuordnung blieb damit stets gleich).

Die Aufteilung der Funktionsbereiche beruht auf der klassischen Dreiteilung in Sektoren, nur der Dienstleistungsbereich wird in sich noch weiter differenziert.[8]

Aufteilung nach Funktionsbereichen und jeweiligen Untergruppen

Abkürzungen: F = Funktionsbereich/Sektor, G = Untergruppe, St = Status/Qualifikation, m/n = manual /non-manual, E = Eigentum. Kein „x" bedeutet ohne Zuordnung.

---

[7] Völlig fehl geht man bei der Übernahme des heutigen Verständnisses von Lernberufen. Zudem erfahren vor allem industrielle Berufe und Tätigkeiten im Laufe der Zeit starke Änderungen in den Qualifikationsanforderungen und damit oft im Prestige. Ein Beispiel für den Abstieg eines Berufes ist der des Gießers bzw. Formers. Berufsarbeiter bedeutet also nicht immer zugleich Ausbildungsberuf; häufiger ist eine längere Anlernzeit sowie ein Aufstieg aufgrund langjährigem Hineinwachsens in die Arbeit. S. dazu Vetterli, Rudolf, Industriearbeit, Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche Organisation, dargestellt am Beispiel der Georg Fischer AG (1890-1930), Göttingen 1978, S. 40ff, 46ff, 103.

[8] Die Aufteilung in Funktionsbereiche ist angelehnt an Jarausch, Konrad H., Bonn/Göttingen Code for students' father's profession, abgedruckt in: Hubbard, William H., Jarausch, Konrad H., Occupation and Social Structure in Modern Central Europe: Some Reflections on Coding Professions, in: Quantum Information, Nr. 11, July 1979, S. 10-19, hier S. 18f.

Funktionsbereich 1 => Landwirtschaft	**S**	**G**	**St**	**m/n**	**E**
1. Agrarische Unterschicht	x	x	x	x	x
2. Kleinbauern	x	x	x	x	
3. Mittel- und Großbauern, Vollköthner Gutsbesitzer, -pächter, -verwalter	x	x	x	x	
4. Forsten, Fischerei, Mühlen, Weinbau	x	x	x	x	x

Funktionsbereich 2 => Industrie u. Handwerk	**F**	**G**	**St**	**m/n**	**E**
1. Industrie	x	x	x	x	x
2. Bergbau, Saline	x	x	x	x	x
3. Handwerk	x	x	x	x	x
4. Zuordnung unklar	x	x	x	x	x

Funktionsbereich 3 => Handel und Verkehr	**F**	**G**	**St**	**m/n**	**E**
1. Kleinhandel, Kaufmann, Dienstleistung, Lebensmittel	x	x	x	x	x
2. Gaststätten	x	x	x	x	x
3. Versicherungen/Banken	x	x	x	x	x
4. Fuhrunternehmen	x	x	x	x	x
5. Eisenbahn — staatlich und privat	x	x	x	x	x

Funktionsbereich 4 => Häusliche Dienste	**F**	**G**	**St**	**m/n**	**E**
1. Beschäftigte	x	x	x	x	x
2. Haustochter, Hausfrau, Schüler, unverehelicht, Witwe ...	x	x			

Funktionsbereich 5 => Öffentlicher Dienst, Militär, Kammern, Verbände	**F**	**G**	**St**	**m/n**	**E**
1. Hof, Staat, Lokal (ohne Eisenbahn, aber mit Post) Justiz Verbände, Kammern,	x	x	x	x	x
2. Kirche	x	x	x	x	x
3. Medizin	x	x	x	x	x
4. Erziehung	x	x	x	x	x
5. Militär	x	x	x	x	x

Funktionsbereich 6 => Freie Berufe	**F**	**G**	**St**	**m/n**	**E**
1. Freie akademische Berufe wie Rechtsanwalt Arzt, Apotheker, Gelehrter	x	x	x	x	
2. Freie sonstige Berufe wie Künstler, Hebamme, Fotograph, Schriftsteller, Journalist	x	x	x	x	

Funktionsbereich 7 => nicht klassifizierbar	F	G	St	m/n	E
z.B. Rentner, Invalide, Rentier etc. vaterlos, Mietwohner, Hausbesitzer	x				x

Der Aufbau der Klassifizierung im vertikalen Bereich verbindet die Kriterien Qualifikation und Status. Dadurch ist von vornherein eine hierarchische Ordnung impliziert, die insbesondere bei einer stark auf industrielle Arbeit ausgerichteten Qualifikationsleiste unumgänglich ist.[9] Da die untersuchten Gesellschaften „außerhalb (unserer) persönlichen Erfahrung liegen" und wir in deren „lebensweltlichem Zusammenhang nicht eingebunden sind"[10], ist eine gewisse Konstruiertheit ebenso unumgänglich wie es unmöglich ist, „die in der heutigen amtlichen Statistik bzw. von zeitgenössischen Sozialforschern angebotenen Klassifikationssysteme ungeprüft und in Kenntnis des generellen Wandels in der Arbeitsorganisation und der Technik für historisch bestimmte Fragestellungen zu übernehmen."[11] Im vorliegenden Fall wurden Klassifikationsbeispiele aus der Forschungsliteratur in ausführlichen Gesprächen mit ehemaligen Beschäftigten und Leitenden aus Bergbau und Hüttenindustrie diskutiert, modifiziert und den gegebenen Besonderheiten der Georgsmarienhütte angepaßt.

Zur Vermeidung von Fehlzuweisungen und einer zu starken Vorabinterpretation war auch hier eine grobe vertikale Kategorisierung angeraten:[12] „Professionals, proprietors, employees and other white colors, skilled manual workers, semi- and unskilled workers" oder ähnlich „professional, managerial, proprietory, whitecolor, skilled, semiskilled, unskilled." Dabei sind Nichtbesitz und Besitz von Eigentum sowie die Merkmale „manual" und „non-manual" nebeneinanderstehende Kriterien. Es überlagern sich in der vorliegenden Klassifikation in der Statuszuweisung also folgende Merkmale: manual/non-manual als größter gemeinsamer Nenner in der vertikalen Zuordnung; Eigentum/kein Eigentum, hier definiert als Produktionsmittel.

Erläuterungen zu den einzelnen Funktionsbereichen: Der Funktionsbereich 1 (Agrarbereich) entzieht sich weitgehend einer hierarchischen Zuordnung nach

9 Anders Schüren, Reinhard, Staat und ländliche Industrialisierung. Sozialer Wandel in zwei Dörfern einer deutsch-niederländischen Textilgewerberegion 1830-1914, Dortmund 1985, S. 188. Schüren versucht die Verbindung ländlicher, städtischer und gewerblicher Bevölkerungsgruppen, indem er vorab „einigermaßen vergleichbare Sozialgruppen konstruiert". Hierin liegt m.E. die Gefahr einer in diesem Kontext und für diese frühe Zeit zu stark vorgegebenen Klassendichotomie, auch ist eine Differenzierung z.B. zwischen (traditionellem) Handwerk und Industrie schwer möglich.

10 So Grümer, Karl-Wilhelm, Soziale Ungleichheit und Beruf — Zur Problematik der Erfassung des Merkmals ‚Beruf' bei der Sozialstrukturanalyse gegenwärtiger und historischer Gesellschaften, in: Historische Sozialforschung 32(1984), S. 4-36, hier S. 21.

11 Ebd., S. 25.

12 So Grümer, ebd. Zitat nach Katz, Michael B., Occupational Classification in History, in: Journal of Interdisciplinary History, Bd. 3, 1972, S. 87 sowie Grümer, S. 23, zit. nach Hershberg, Theodore und Dockhorn, Robert, Occupational Classification, in: Historical Method Newsletter, Vol 9, 2/3, 1976, S. 76.

Status und/oder Qualifikation. Selbst die Zuordnung innerhalb des Sektors ist problematisch. Zum einen stehen erbrechtliche Bezeichnungen neben späteren Angaben wie „Bauer" und „Landwirt". Zum anderen muß aufgrund des Einzugsbereiches, der das gesamte Deutsche Reich umfaßt, auf eine Kategorisierung nach Hofgrößen verzichtet werden. Die Untergruppen 1) und 2) trennt der Faktor Eigentum, lediglich Häuslinge und Neubauern sind trotz Eigentum aufgrund ihrer fast immer sehr geringen Hofgröße bzw. des bloßen Hausbesitzes der Untergruppe 1) zugezählt.[13]

Die Funktionsbereiche 2 (Industrie, Handwerk) und 3 (Handel und Verkehr) wurden hingegen stärker nach Status und Qualifikation differenziert. Im Bereich 2 wird GMH-spezifisch eine funktionale Untergruppierung angestrebt. Unscharf bleibt die Zuordnung zur Untergruppe „Eisenbahn" in Funktionsbereich 3, zumal Berufe und Tätigkeiten wie „Zugführer", „Bremser", „Rangierer" in der Industrie, im Bergbau, in den werkseigenen, privaten oder staatlichen Eisenbahnbetrieben vorkommen.

Im Funktionsbereich 4 (Häusliche Dienste) tauchen mithelfende Familienangehörige nicht auf. Bei Frauen wird bei fehlender Eintragung „Haustochter" angenommen. Dies bestätigten auch ältere Bewohner des Ortes und die ehemalige Kirchenbuchführerin in GMH. „Haussohn" hingegen ist stets eine ausdrückliche Angabe im Kirchenbuch. Problematisch bleibt die Zuordnung von „Magd", „Dienstmagd" etc. zu den Funktionsbereichen 1 oder 4. Hier wurde weitgehend unter Hinzuziehung des Wohn-, Geburtsortes und des Vaterberufes entschieden.[14]

1. Die Arbeitskräftesituation: Reservoir, Bedarf und Rekrutierung

1.1 Notwendig oder gewollt? Die Ansiedlung von Arbeitskräften in der Gründungszeit des GMBHV

Die Anwerbung von Arbeitskräften in allen Bereichen — Erdschieber, Bauhandwerker, Fuhrleute, Bergleute und Hüttenarbeiter — wurde in den frühen Geschäftsberichten immer wieder als unverzichtbar beklagt. Es gebe zwar in der Umgebung des Werkes Arbeitskräfte; aus einer emotionalen Ablehnung heraus

13 Untergruppen angelehnt an Mooser, Josef, Ländliche Klassengesellschaft 1770-1848. Bauern und Unterschichten, Landwirtschaft und Gewerbe im östlichen Westfalen, Göttingen 1984, S. 467, 486.

14 Ich danke Herrn Museumsdirektor Prof. Dr. Ottenjann (Museumsdorf Cloppenburg) für Hinweise zur Klassifizierung im agrarischen Bereich.

übernähmen sie jedoch keine Fabrikarbeit oder böten ihre Arbeitskraft und ihren Wohnraum nur zu überhöhten Preisen an.[15]

Bei der Überprüfung dieser von Werksseite formulierten Einschätzung soll versucht werden, die emotionalen Beweggründe auf ihre möglichen Motivationsstrukturen zurückzuführen. Hierbei darf nicht von vornherein von einem zwar vorhandenen, Industriearbeit aber ablehnenden Arbeitskräftereservoir in der Landbevölkerung ausgegangen werden. Es ist zugleich auf Seiten des Werkes zu fragen, wie stark um diese lokalen Arbeitskräfte überhaupt geworben wurde und ob es nicht andere Gründe gab, den größten Teil der Arbeitskräfte in anderen Regionen anzuwerben. Im folgenden werden daher zunächst die Agrar-, Gewerbe- und Bevölkerungsverhältnisse des Osnabrücker Raumes beschrieben und zwar vor dem Hintergrund der Arbeitskräfterekrutierung in der Gründungszeit des GMBHV.[16]

Kennzeichnend für die agrarische Struktur im südlichen Osnabrücker Land war um die Mitte des 19. Jahrhunderts, daß die Schicht der Heuerleute die Mehrheit der Bevölkerung stellte — und dies, obwohl damals bereits Zehntausende von Heuerleuten ausgewandert waren. Heuerstellen boten aufgrund des herrschenden Anerbenrechts für nichterbberechtigte Bauernsöhne oder Knechte eine Möglichkeit, über ein Pachtverhältnis, meistens mit einem Erbbauern oder auch mit einem Kötter, zu einer oft nur kärglichen eigenen Existenz zu gelangen.[17] 1850 betrug der Anteil der Heuerlingsfamilien an den Familien insgesamt im Amt Osnabrück 58,44% (2.073), im Amt Iburg waren es 51,47% (2.157).[18] Ein Vergleich der Haupt- und Nebenhäuser von 1772 und 1806 zeigt, daß die Anzahl der Haushaltungen in den Ämtern Iburg und Osnabrück stärker stieg als die Zahl der Haupt- und Nebenhäuser.[19] Neu hinzukommende Heuerlingsfamilien zogen in schon bestehende Heuerhäuser ein, die oft schon als Mehrfamilienhäuser bzw. Doppelkotten gebaut wurden. Als Heuerhäuser dienten Scheunen, Stallgebäude, Backhäuser sowie nicht genutzte Leibzuchtkotten oder auch Kotten, die selbständig nicht mehr bewirtschaftet werden konnten und so in Pachthäuser umgewandelt wurden.[20] Die Zunahme der Bevölkerung — und die damit einhergehende Wohnraumenge — resultierten aus dem veränderten generativen Verhalten der Heuerlinge. Die Gründe dafür liegen im Zusammentreffen von Heuerlingssystem und Protoindustrie. Waren in Gebieten mit Anerbenrecht

15 Geschäftsbericht des Verwaltungsrates vom 13.1.1858, Dep 32b, Nr. 765. Dort heißt es, die Bewohner sahen das Werk als ein „Unglück" an. In der Werkschronik von 1895 wird diese Einschätzung vom Verfasser, der zugleich 40 Jahre seit Gründung des Unternehmens im Verwaltungsrat tätig war, wieder aufgenommen; er spricht angemessener und treffender von „Ungeneigtheit" der einheimischen Bevölkerung, Müller I, 2. Teil, S. 69. S. dazu auch Teil E, Kap. 2.

16 Vgl. die ausführliche und klare Darstellung zur Agrarsituation bei Ott, Kohle, S. 41-63, dort auch weitere Literaturangaben zu diesem Komplex.

17 Ebd., S. 42f. Zur Gestalt des Heuerlingsverhältnisses im Osnabrücker Land s. ebd., S. 43.

18 Bölsker-Schlicht, Hollandgängerei, S. 89.

19 Wrasmann, II, S. 4,18.

20 Ott, Kohle, S. 42 nach Wrasmann, II, S. 65, 73, 81.

späte Heirat und kleine Familien die Regel, weil der Sohn erst mit dem Tod des Vaters oder dessen Rückzug heiraten und den Hof übernehmen konnte, so waren für den Heuerling mit Nebenerwerb frühe Eheschließung und hohe Kinderzahl Voraussetzungen zur Existenzsicherung.[21] Die Heuerlingsfamilie im Osnabrücker Land sicherte ihre Existenz auf mehreren Wegen: Das Heuerverhältnis selbst bot kein ausreichendes Auskommen. Der Heuermann nahm zwar an der Markberechtigung seines Verpächters teil, dies aber ohne „eigenen rechtlichen Anspruch", er war sozusagen geduldet. Darüber hinaus arbeitete die Familie in der Spinnerei und Weberei, die Söhne und Männer gingen zur Saisonarbeit als Grasmäher und Torfstecher in die holländische Landwirtschaft oder in den Norden Hollands als Wal- und Heringsfänger, sie arbeiteten in Ziegelbrennereien und beim Deichbau. In begrenztem Umfang war noch die Arbeit als Bergmann in der Heimat möglich.[22]

Nicht erst die Markenteilung und der Rückgang des Nebenerwerbs machten die soziale Lage der Heuerlinge unerträglich. Stets war der Heuerling in seiner Existenz gefährdet. Eine erhebliche Verarmung erfuhren die Heuerleute jedoch durch die Markenteilungen; hatten sie bisher an der Markberechtigung teilgehabt, „hatten sie bisher gewissermaßen in den Poren der genossenschaftlichen Landwirtschaft, soweit sie sich in Gestalt der Gemeinen Mark erhalten hatte, gelebt, so wurden sie durch die Umgestaltung des Grundbesitzes zu bürgerlichem Eigentum eines ihrer Hauptsubsistenzmittel beraubt, ohne daß dafür ein Ersatz eingetreten wäre."[23] Die Markenteilungen führten wiederum zur Anlegung weiterer Heuerstellen.

In der Gesamtschau der Landdrostei Osnabrück hatte sich um die Wende der 1840/1850er Jahre die Situation der Heuerleute leicht gebessert. Nach der Statistik des Königreichs Hannover von 1852, die speziell die Lage der Häuslinge, Anbauern, Erbpächter in den Jahren 1849/50 beleuchtet, werden als Gründe hierfür angegeben: Günstige Ernten, Sparsamkeit, das Gesetz vom 24.10.1848 die Verhältnisse der Heuerleute im Fürstentum Osnabrück betreffend, das auf die Vermeidung zu kleiner Heuerstellen abzielte,[24] vor allem aber die Verringerung der Zahl der Heuerlingsfamilien durch die hohe Auswanderungsrate; weiterhin die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit durch die Verbesserung der landwirtschaftlichen Betriebe, denn die Ablösung zwang „den Kolonen (Bauern), seine Landwirtschaft zu intensivieren, was einen zusätzlichen Arbeitskräftebedarf ergab", schließlich die allmähliche Ausdehnung der industriellen Tätigkeit — der Tabakfabrikation, Baumwollwebereien und des Steinkohlenbergbaus.[25]

---

21 Kamphoefner, Walter D., Westfalen in der Neuen Welt. Eine Sozialgeschichte der Auswanderung im 19. Jahrhundert, Münster 1982, S. 28.

22 Ott, Kohle, S. 43.

23 Ebd., S. 44. Ott beruft sich auf Funke, Heuerleute, S. 28ff.

24 S. oben Teil C, Kap. 2, S. 103ff.

25 Zur Statistik des Königreichs Hannover, Zweites Heft, Anhang: S. 68-72, Hannover 1852, S. 66f. Zitat aus Ott, Kohle, S. 50 nach Funke, Heuerleute, S. 6, 32.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts differenzierte sich das Bild auf der Ebene der Ämter Osnabrück und Iburg.[26] In dieser Zeit hörte der Hollandgang in beiden Ämtern fast vollständig auf. Für 1849 gab das Amt Iburg 1.714 Heuerstellen bei 798 Heuerstellen verpachtenden Colonen (dies ist nicht die Gesamtzahl der Colonen!) und 630 Erbpächter- und Neubauerstellen an. Die Zahlen beziehen sich auf Familien. Hier wird nun ein Hinweis des Amtes Iburg interessant, der die Vorgabe des Statistischen Bureaus aus Hannover verändert: Von dort war die Bestimmung der Ab-, An-, Bei- und Neubauern vorgegeben als „Hauseigentümer ohne Grundbesitz oder doch so geringen, daß sie nicht vom Ackerbau, sondern von ihrer Hände Arbeit leben". Das Amt Iburg berichtete, daß in hiesiger Gegend die Neubauern und auch die Erbpächter so viel Land besäßen, daß sie überwiegend vom Ackerbau leben könnten.

Auf der Ebene der Kirchspiele veränderte sich die Lage nochmals. In den Kirchspielen Glane, Hagen, Oesede und im Flecken Iburg war die Situation der kleinen Leute, besonders der vom Taglohn Lebenden „nur eine dürftige, obwohl es an Arbeitsgelegenheit nicht fehlt". Für den Flecken Iburg wurde ein geringer Viehbestand der Heuerleute gemeldet und besonders im Winter seien die Erwerbsquellen „dürftig". Die Pachtpreise für Weideland lagen in diesen Kirchspielen wie auch im Kirchspiel Borgloh im Vergleich am höchsten; die Markenteilung war bis auf das Ksp. Hagen abgeschlossen. In allen übrigen Teilen des Amtes hatten die Heuerlinge „ziemlich ihr Auskommen".

Im Amt Osnabrück gab es im Jahre 1849 1.956 Heuerlingsfamilien bei 845 Heuerstellen verpachtenden Colonen und 370 Neubauer- und Erbpächterfamilien. Die Markenteilungen waren auch im Amt Osnabrück abgeschlossen. Die materielle Lage der Heuerleute verbesserte sich hier mit zunehmender Nähe zur Stadt Osnabrück. Diejenigen, die in einem Radius von 1,5 Stunden Fußweg zur Stadt wohnten, fanden „sicher in der Stadt einen Taglohn". Den Heuerleuten, die weiter entfernt wohnten, ging es entsprechend schlechter.

Innerhalb der Gruppe der Heuerlinge zeigt sich, daß die Daheimgebliebenen gegenüber den Auswanderern diejenigen mit einem leidlichen Auskommen waren. Bei den Neubauern, die in beiden Ämtern im Vergleich zur übrigen Landdrostei einen relativ hohen Anteil an der ländlichen Bevölkerung stellten,[27] war, wie oben erwähnt, eine Existenzsicherung in den meisten Fällen vorauszusetzen.

Die Bevölkerung nahm zwischen 1772 und 1801 im Amt Osnabrück um ca. 20%, im Amt Iburg um ca. 10% zu. Die Volkszählungen von 1821 und 1848 zeigen gegenüber den Angaben von 1801 eine weitere Zunahme im Amt Osna-

[26] Die folgende Beschreibung der Ämter Osnabrück und Iburg fußt auf der Statistik des Königreich Hannover, Zweites Heft, Anhang, S. 68ff.

[27] S. Bölsker-Schlicht, Hollandgängerei, S. 320.

brück um 11,12% von 17.176 auf 19.327 Einwohner, im Amt Iburg um 7,36% von 21.154 auf 22.835.[28]

Die Auswirkungen des langsamen Wegfalls der bisherigen Nebenerwerbsbereiche wurde nicht, wie in manchen Gegenden Westfalens, im Übergang durch neue Erwerbsbereiche ausgeglichen. Es fand im Osnabrücker Land eine „temporäre und partielle De-Industrialisierung"[29] statt, d.h. dem Zusammenbruch der protoindustriellen Produktion folgte kein sich anschließender (textil-)industrieller Aufschwung.[30] Auf diese Situation wirkte das Hannoversche Landgemeinderecht nochmals negativ verstärkend. Es war völlig auf ein Agrarland zugeschnitten und behinderte jede größere Binnenwanderung.

Im Osnabrücker Land gab es um die Mitte des 19. Jahrhunderts noch relativ wenig fabrikmäßige Fertigung. Ott beschreibt die industrielle Situation Osnabrücks dieser Zeit als „Sammelsurium" einer Übergangsepoche, in der die „Textilindustrie nicht mehr und die Montanindustrie noch nicht Schrittmacherfunktion besaß."[31] Die Stadt selbst konnte und wollte die vielen „müßigen und unterbeschäftigten Hände"[32] in gewerbliche Arbeit und damit auch auf den Wohnungsmarkt nicht aufnehmen. Ständisches und räumlich enges Denken spricht aus dem Satz, der 1853 im Osnabrücker Adreßbuch die Einwohnerentwicklung kommentiert: „Auch Osnabrück hätte wohl stärker (an Einwohnern, s.m.) zugenommen, wäre nicht die Stadtobrigkeit im Interesse der Gewerbetreibenden und der niederen Klassen bemüht gewesen, die Besetzung Fremder zu erschweren, um so drohender Arbeitslosigkeit vorzubeugen."[33] Diese aus der Zunfttradition des Alten Handwerks stammende Haltung sah die Stadt als begrenzten Wirtschaftsraum vor sich.

---

28 Zu den Zahlen von 1771 und 1801 Wrasmann, II, S. 1; zu 1821 und 1848 errechnet nach Uelschen, Gustav, Die Bevölkerung in Niedersachsen 1821-1961, Hannover 1966, S. 180-182. Im Amt Osnabrück sank die Bevölkerungszahl aber zwischen 1842-1852 von 21.752 auf 20.301, im Amt Iburg 1845-1852 von 23.870 auf 23.161 als Folge der hohen Auswanderung. S. hierzu Bölsker-Schlicht, Hollandgängerei, S. 132, 319.

29 Vgl. Kamphoefner, Neue Welt, passim. Ich danke Herrn Prof. Dr. Walter D. Kamphoefner für sein Interesse und seine gezielten Ratschläge zu diesem Kapitel.

30 Vgl. Kriedte, Peter, Medick, Hans, Schlumbohm, Jürgen, Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus, Göttingen 1977, S. 305f. „Im Zusammenhang damit wurden die gewerblichen Standorte neu bestimmt. Überlieferte Standorte traten mit der durch den Ausbau der materiellen und institutionellen Infrastruktur ermöglichten Mobilisierung der Faktor- und Gütermärkte zurück. Die Arbeit verlor an standortbildender Kraft, nachdem ihre rechtliche Freisetzung erzwungen worden war. Als Standortfaktoren schoben sich die räumliche Verteilung der Roh- und Kraftstoffe und die Transportkosten in den Vordergrund." Ebd., S. 302. Dies setzte aber eine Industrialisierungspolitik des Landes voraus, für die die Zeit in Hannover politisch noch nicht reif war. S. dazu Teil A, Kap. 1.

31 Ott, Kohle, S. 61.

32 Kaufhold, Entstehung, S. 83.

33 Osnabrücker Adreßbuch von 1853, S. 174, zit. nach Jeschke, Jörg, Gewerberecht und Handwerkswirtschaft des Königreichs Hannover im Übergang 1815-1866. — Eine Quellenstudie —, Göttingen 1977, S. 113.

In der Stadt Osnabrück existierten 1849 an Textilfabriken die Fa. Enners mit 90 Beschäftigten, die Textilfabrik Hammersen mit 50 Arbeitern, 3 weitere Baumwollwebereien und die Tuchfabrik Gülich mit ca. 100 Arbeitern. 1857 gab es 127 „wirkliche Fabrikbetriebe" mit 22 Dampfmaschinen zu insgesamt 252 PS und einer Arbeiterbelegschaft von 1.500.[34] Von 1833 bis 1861 verzeichnete Osnabrück im Handwerk eine Beschäftigtenzunahme bei einer gleichzeitigen Verringerung der Betriebsdichte, was auf eine Konkurrenzsituation im Handwerk schließen läßt. Unter den einzelnen Gewerbegruppen aber war es nur das Bauhandwerk, das eine überproportionale Zunahme um mehr als 100% aufwies. Es glich damit jedoch lediglich die Beschäftigtenabnahme im bisher weit führenden Textilbereich sowie im ebenfalls abnehmenden Holzbereich aus.[35] Die Bewegungen innerhalb der Handwerkerzahlen, die letztlich nur Verschiebungen waren und der zunächst langsame, erst ab 1860 steile Anstieg der Einwohnerzahl zeigen, daß die Stadt kaum „Ausweichmöglichkeit zur Existenzsicherung" bot.[36]

Im engeren Umland der Stadt Osnabrück und in den später eingemeindeten Dörfern gab es 1849 folgende Gewerbe: die Papierfabriken Gruner und Quirll mit je ca. 100 Arbeitern, zwei Eisengießereien in Nahne und Sandfort, ein Eisenhammer in Hellern, einige Ziegeleien und das städtische Steinkohlenbergwerk am Piesberg im Norden der Stadt mit ca. 200 Arbeitern. Weiterhin existierte im Norden der Stadt in den Gemeinden Belm und Rulle eine Zigarrenfabrikation (Gebr. André) mit 200 bzw. 140 Beschäftigten im Jahre 1849, die zudem in der Stadt selbst produzieren ließ.[37]

Das weitere Umland Osnabrücks zählte vor der Hüttengründung 1855 nur wenige industrielle Betriebe: das staatliche Steinkohlenbergwerk in Borgloh/Oesede mit 256 Beschäftigten, eine kleine Eisenhütte in Hagen-Beckerode mit 50 Arbeitern (1849), eine Papiermühle in Oesede mit 19 Arbeitern und eine weitere in Gretesch. Im südlichen Umland Osnabrücks, dem späteren unmittelbaren Einzugsgebiet des GMBHV, wurden 1849 für das Kirchspiel Hagen über den Flachsanbau und die Leinenproduktion hinaus 50 Holzschuhmacher, 30 sonstige Gewerbe sowie Obsthandel und Besenbinderei angegeben, für das Kirch-

34 Ott, Kohle, S. 61. S. auch 100 Jahre SPD in Osnabrück 1875 — 1975, hg. v. W. van Kampen und T. Westphalen, Osnabrück 1975, S. 18. Zahl zur Firma Gülich aus Statistik Königreich Hannover, Zweites Heft, S. 71. Zur Stadt Osnabrück in den Stichjahren 1818 und 1833 s. auch Jeschke, Gewerberecht, S. 306-309.

35 Vgl. Jeschke, Gewerberecht, S. 287ff, 291.

36 Ebd., S. 297. Zur Bevölkerungsentwicklung in Osnabrück s. 100 Jahre SPD, S. 19.

37 Statistik Königreich Hannover, Zweites Heft, S. 71, zur Zigarrenfabrikation Jeschke, Gewerberecht, S. 308f. „Die *preußische Zollvereinspolitik* veranlaßte im übrigen auch kleine Standortverschiebungen, indem nach der Gründung des Zollvereins ein Teil der Tabakverarbeitung aus dem Osnabrück'schen wegen der Zollbelastung nach Bünde [Westfalen, s.m.] und Umgebung abwanderte. [...] Der Beitritt Hannovers zum Zollverein konnte das nicht wieder rückgängig machen." Horstmann, Kurt, Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in Minden-Ravensberg, Lippe und Osnabrück im ersten und zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts, in: Historische Raumforschung Bd. 5, Teil 1: Raumordnung im 19. Jahrhundert, Hannover 1965, S. 97-116, hier S. 112f.

spiel Oesede neben der Leinenfabrikation 10 Holzschuhmacher und 24 andere Gewerbetreibende.[38]

Die unzureichende wirtschaftliche Existenzgrundlage allein in der Landwirtschaft und die mangelnde Ausweichmöglichkeit in die gewerbliche Arbeit waren die entscheidenden Gründe für die starke Auswanderung aus dem Osnabrücker Land seit den 1830er Jahren. Der Regierungsbezirk Osnabrück stellte in den 1830er Jahren „mehr als 7% der deutschen Auswanderer" bei einem Einwohneranteil von weniger als 1% des Deutschen Bundes. Das ehemalige Fürstentum Osnabrück (7 Ämter und die Stadt Osnabrück) lag mit einer Auswanderungsintensität von „im Schnitt jährlich 1%" bezogen auf die Gesamtbevölkerung zwischen 1830 und 1866 im Vergleich mit den preußischen Regierungsbezirken an der Spitze.[39]

Nach den bei Kiel erfaßten Auswanderungsdaten betrug ab 1832/33 bis zum Jahr der Hüttengründung 1856 die Gesamtzahl der Auswanderer in den Ämtern Osnabrück und Iburg 10.394, für den insgesamt erfaßten Zeitraum bis 1866 lag die Auswanderungsziffer im Amt Osnabrück bei 0.95% bzw. und im Amt Iburg bei 0.75%.[40] Die Berufsgruppen von 639 männlichen Auswanderern aus den Vogteien Osnabrück und Buer bei Melle im ehemaligen Fürstentum Osnabrück aus den Jahren 1832-1860 spiegeln die Elendsskala in der Auswandererstruktur[41] wider:

68,0% ländliche Unterschicht (Heuerlinge, Knechte, Tagelöhner),
7,1% Kötter und Kleinbauern,
4,4% Mittel- und Großbauern, 3,6% Gesellen und Lehrlinge,
13,3% Handwerker ohne weitere Angabe, 0,0% Handwerksmeister,
3,4% tertiärer Sektor, Industrie.

Hinter der Zahl der Handwerker verbargen sich hoher mit Wahrscheinlichkeit auch Heuerlingssöhne, die zuvor im Nebenerwerb in der ländlichen Leinenproduktion gearbeitet hatten und nun häufig in das Handwerk drängten.[42] Innerhalb der unterbäuerlichen Schicht waren es jedoch stärker Heuerleute als Knechte und Tagelöhner, die auswanderten. „Arm aber nicht armselig", so Kamphoefner, lautete das soziale Charakteristikum dieser Gruppe.[43] Ein Blick auf den Fami-

38 Zu Borgloh/Oesede Ott, Kohle, S. 60, zu den übrigen Angaben Statistik Königreich Hannover, Zweites Heft, S. 71.

39 S. Kamphoefner, Neue Welt, S. 23, zu Osnabrück Kiel, Karl, Gründe und Folgen der Auswanderung aus dem Osnabrücker Regierungsbezirk, insbesondere nach den Vereinigten Staaten, im Lichte der Hannoverschen Auswanderungspolitik betrachtet (1823-1866), in: Osnabrücker Mitteilungen, Bd. 61(1941), S. 85-176, hier S. 165-176, bes. S. 176.

40 Kiel, Gründe, S. 166f, 176. Kiel selbst schätzt die endgültigen Daten geringfügig höher ein. Die Auswanderungsziffer bzw. — intensität entspricht dem Anteil der Auswanderung eines Jahres bezogen auf die Bevölkerung desselben Jahres, hier innerhalb des genannten Zeitraumes 1832-36. S. dazu Marschalck, Bevölkerungsgeschichte.

41 Kamphoefner, Neue Welt, S. 59. Die Vogteien Osnabrück und Buer wiesen „durchschnittliche Emigrationsraten bezüglich der Gesamtregion" auf, ebd., S. 176f.

42 Vgl. Kaufhold, Entstehung, S. 82.

43 Kamphoefner, Neue Welt, S. 57-68; bezogen auf Tecklenburg s. S. 66, zum Lipper Land S. 67.

lienstand der Auswanderer aus den Ämtern Osnabrück und Iburg bestätigt den allgemein hohen Anteil der Familienauswanderung in den ersten Auswanderungswellen und zugleich deren langsamen Rückgang.

Tab. 1: Familienstand der Auswanderer aus den Ämtern Osnabrück und Iburg 1832-1856 und 1857-1866[44]

	ledig männlich	ledig weiblich	Familien
Amt Osnabrück 1832-1856: Gesamtzahl 5.723, davon	22,16%	14,59%	63,25%
Amt Osnabrück 1857-1866: Gesamtzahl 1.302, davon	28,64%	23,96%	47,38%
Amt Iburg 1832-1856: Gesamtzahl 4.671, davon	28,40%	20,05%	51,53%
Amt Iburg 1857-1866: Gesamtzahl 1.575, davon	36,50%	25,58%	37,90%

Als Schnittstelle ist hier das Jahr der Hüttengründung 1856 gewählt. Die Familienauswanderung übertraf in den ersten beiden Auswanderungsschüben bei weitem den Anteil der ledigen Wanderer. Mit den Eltern wanderten aber auch die Töchter und Söhne aus und damit zugleich die potentiellen Arbeiter für eine sich ansiedelnde Industrie.

Ehemaliges ländliches Gewerbe, Bevölkerungswachstum, relativ hohe Wohndichte und eine Landbevölkerung mit hohem Heuerlingsanteil sind Indikatoren für eine hohe Aus- und Abwanderungsrate.[45] An dieser Stelle ist zu fragen, ob eine Arbeitsmöglichkeit im gewerblichen Sektor den Entschluß zur Auswanderung überhaupt verändert hätte.

Als das städtische Bergwerk am Piesberg im Norden Osnabrücks in den 1850er Jahren Arbeitskräfte suchte, mußte es dies außerhalb Osnabrücks tun. Der steigende Absatz an die Kgl. Eisenbahn-Verwaltung hatte zu einer Erhöhung der 350 Mann starken Belegschaft geführt. Der Osnabrücker Bürgermeister Stüve wandte sich daher Ende 1855 wegen Überlassung von Bergleuten aus den staatlichen Harzer Gruben an die Kgl. Berghauptmannschaft zu Clausthal.[46] Das Steinkohlenbergwerk sei bisher im Stande gewesen, die nötigen Arbeitskräfte in der Nähe zu finden. Die nun vor einem Jahr aus dem Harz angeworbenen Gesteinsarbeiter hätten aber einen großen Widerwillen gegen die

[44] Errechnet nach Kiel, Gründe, S. 166f.

[45] Vgl. Kamphoefner, Neue Welt, S. 35. Kamphoefner weist auf die hohe Wohndichte in den jeweils untersuchten Räumen hin: Es gibt zwar eine Korrelation zwischen hoher Wohndichte und hoher Auswanderungsrate, die Gebiete mit geringer Wohndichte weisen jedoch nicht etwa auch geringe, sondern mittlere Auswanderungsraten auf. Darüber hinaus sei bedeutsam, daß der Faktor Wohndichte nur für ländliche Räume gilt. Zur Wohndichte auch Wrasmann, II, S. 18f.

[46] OBA Clausthal, Fach 165, Nr. 19, Schreiben Stüves vom 26.12.1855.

Kohlenarbeit: „Wir werden also genötigt, den Versuch zu machen, junge, noch nicht ausgebildete Leute, die den Bergbau zu ergreifen wünschen, auf die Kohlenarbeit einzuüben." Damit wurden nicht mehr nur Fachkräfte gesucht, sondern jeder Heuerlings- und Landarbeitersohn war angesprochen.

Auch die Bergwerksadministration der staatlichen Bergbaubetriebe zu Borgloh und Oesede hatte sich 1854 mit einem Gesuch an das Kgl. Hannoversche Finanzministerium gewandt, ihr „tüchtige Gesteinsarbeiter vom Harze" für den Schacht bei Oesede, der fast an das spätere Werksgelände des GMBHV grenzte, zu überlassen. Die Verwaltung berichtete vom „schwunghaften Betriebe und dem Mangel an Arbeitskräften",[47] da die Bergbaubetriebe in Borgloh und Oesede 1854 bzw. 1857 mit dem Abbau durch Tiefbauschächte begannen, was zu einem Zusatzbedarf an 60-70 Arbeitskräften führte.[48]

Diese über das Handwerk hinausreichenden, vor der Hüttengründung neu hinzugekommenen gewerblichen Erwerbsmöglichkeiten im südlichen Osnabrücker Land waren an Zahl nicht erheblich. Doch selbst diese geringen Arbeitsmöglichkeiten wurden von den Einheimischen nicht angenommen. Schon die wenigen Betriebe konnten ihren Bedarf an neu einzustellenden Arbeitskräften nicht in der näheren Umgebung decken. Zugleich blieb die Auswanderung hoch. Sie betrug in den Ämtern Osnabrück und Iburg 1854-1856, also in der Zeit der ersten Heranziehung fremder Arbeitskräfte für die Arbeit am Piesberg und in Borgloh/Oesede, immerhin 1.112, worunter ein hoher Anteil an Familien war.[49]

Erstaunlich, daß selbst für den Bergbau, in dem die Arbeitszeit die Tätigkeit als Landwirt im Nebenberuf — wenn auch unter extremen Belastungen — zuließ, die Einheimischen sich über das Bestehende hinaus wenig den neuen industriellen Arbeitsmöglichkeiten zuwandten und scheinbar die Aus- bzw. Abwanderung vorzogen. Die Arbeitszeit in den Steinkohlenbetrieben lag bei 6, maximal 7 Stunden pro Schicht.[50] Wie stark sich die Bedingungen der Heuerlingswirtschaft und der Bergarbeit ineinander gefügt hatten, zeigt der folgende Bericht aus dem Jahre 1874 über den Borgloh-Oeseder Bergbau:

„Fast alle Arbeiter sind aus dem landwirtschaftlichen Gewerbe hervorgegangen und betreiben dasselbe auch noch fort; 193 mit eigenem Haushalt, 163 als Kostgänger bei den Eltern und Verwandten. Von ersteren haben 59 Haus und Grundeigentum, in Größe von 148 Aren und im Werte von (nach Abzug der Realschulden) 950 Tlr. im Durchschnitt; von den übrigen 134 verheirateten, nicht grundbesitzenden Arbeitern haben 128 durchschnittlich jeder 106 Are Land gepachtet. 2/3 der Pächter stehen im Heuerlingsverhältnis und sind bis zu 80-130 Tagewerken dem Colon verpflichtet, die aber jetzt der Bergarbeit

47 Bericht vom Februar 1855 an das Kgl. Hannoversche Finanzministerium, OBA Clausthal, Fach 165, Nr. 18.

48 Zahl nach Rep 335, Nr. 5452, Bl. 1.

49 Kiel, Gründe, S. 166f.

50 Ott, Kohle, S. 72.

wegen nur nachmittags geleistet zu werden brauchen. Da die Colonen nicht geneigt sind, Grundstücke zu verkaufen, so fällt es schwer, die Arbeiter von den Handdiensten zu lösen. — Kostgänger zahlen bei Leistung ländlicher Handdienste monatlich 8 Tlr."[51]

106-148 ar, also 1-1,5 ha oder 4-6 Morgen Nutzfläche, das entsprach der durchschnittlichen Pachtfläche der Heuerstellen.[52] Doch eine „Loslösung" aus dem Status des Heuerlings oder „Bergmannskötter"[53] hin zum Nur-Bergmann war für den Einzelnen auch nicht das Ziel. Denn bis zu diesem Jahr, 1874, wurden bei Borgloh erst 4 Zweifamilienhäuser als Werkswohnungen gebaut und bezogen. Erst 50 ar, so die Bergwerksdirektion, seien attraktiv genug.[54] Gartenland statt landwirtschaftlicher Nutzfläche — das war für die Betreffenden Ablehnungsgrund genug.

Für den Piesberg wie für die Bergbaubetriebe in Borgloh und Oesede galt, daß ein weiterer Zuzug der fremden Arbeitskräfte schon sehr schnell gestoppt werden mußte. Grund war der Mangel an Unterkunftsmöglichkeiten. Stüve lehnte im Juli 1856 gegenüber dem Kgl. Berg- und Forstamt Clausthal den Zuzug weiterer Arbeitskräfte aus dem Harz ab. Darüber hinaus — so Stüve — seien die Bergleute zu alt, kämen mit Familie und in zu großer Zahl und seien an Kohlenbergwerksarbeit nicht gewöhnt.[55] Das Kgl. Berg- und Forstamt informierte daraufhin die Bergräte in den Harzstädten, die betreffenden Leute darauf hinzuweisen, daß sie „ein Unterkommen in Osnabrück *nicht* finden können."[56] Am Piesberg und in Oesede wünschte man von vornherein nur den Zuzug junger

---

51 Hiltrop, Eugen, Beiträge zur Statistik des Oberbergamtsbezirks Dortmund, mit besonderer Berücksichtigung der Ansiedlungsbestrebungen der Grubenbesitzer für die Belegschaft ihrer Werke, in: Zeitschrift des Kgl. Statistischen Bureaus, XV, 1875, S. 245-290, hier S. 279, zit. nach Ott, Kohle S. 70.

52 Statistik von 1847, nach Wrasmann, II, S. 28.

53 Tenfelde, Klaus, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 116ff. Tenfelde betont für das südliche Ruhrgebiet, im staatlichen Bergbau wurde „ausdrücklich auf die Bedürfnisse des landwirtschaftlichen Nebenerwerbs Rücksicht genommen. Man erwartete sich davon die Erhaltung eines gesunden, kräftigen Berufsstandes und begrüßte die Absicherung gegen Markt- und Versorgungskrisen." Die Besitzgröße betrug hier ebenfalls ca. 5 Morgen. Seit den 1830er Jahren wurde zunehmend der erhöhte Arbeitskräftebedarf durch Erhöhung der Schichtzeiten bei den nur von der Bergarbeit lebenden Arbeitern erreicht. Diese Ausweichmöglichkeit gab es natürlich für die hiesigen Betriebe kaum. Auch Albin Gladen bestätigt für den Ibbenbürener Bergbau im Kreis Tecklenburg die „Sonderform der Bergkötter", die Eigentum hatten und vor „allgemeiner Verelendung" geschützt waren; Gladen, Albin, Der Kreis Tecklenburg an der Schwelle des Zeitalters der Industrialisierung, Münster 1970, S. 96ff. S. auch Köllmann, Wolfgang, Soziale Frage und soziale Bewegungen, in: W. Först (Hg.), Das Rheinland in preußischer Zeit, Köln, Berlin 1965, S. 145-164, S. 149.

54 Nach Ott, Kohle, S. 71.

55 Schreiben vom 23.7.1856, OBA Clausthal, Fach 165, Nr. 19.

56 Schreiben des Kgl. Berg- und Forstamtes zu Clausthal an Bergrat Schuster zu St. Andreasberg vom 14.8.1856, ebd., Hervorhebung im Original. Zur Notlage der Harzer Bergleute s. Teil D, Kap. 2.2.

bzw. unverheirateter Arbeiter[57] und im März 1856 — also schon in der Gründungszeit des GMBHV — mußte die Leitung der Kohlengruben Arbeiter aus dem Harz wieder fortschicken. Allein an einem Tag, am 13. März 1856, kam eine so große Zahl schon einmal erfolglos aus dem Harz abgewanderter Bergleute, insgesamt 40 Personen, darunter 6 Familien, arbeitsuchend im Raum Oesede an, daß alle erdenklichen Unterkunftsmöglichkeiten ausgeschöpft waren. Nicht eine einzige Familie war mehr unterzubringen.[58]

Für die staatlichen Betriebe in Borgloh und Oesede wurde der Bau von Arbeiterwohnungen als Lösungsmöglichkeit abgelehnt. Das hannoversche Finanzministerium, dem bis 1866 die staatlichen Bergwerke direkt unterstanden, beantwortete noch im August 1856 — der Bau der privaten Hüttenanlage des GMBHV hatte inzwischen begonnen — den Antrag der Bergwerksverwaltung dahingehend, den Bau „wenn tunlich zu vermeiden."[59] Stattdessen wurden die Ämter um Lösungsvorschläge gebeten und Verhandlungen zwischen Gemeinden und Bergwerksadministration angeraten. Die Landdrostei riet zusätzlich, die für das benachbarte Kloster Oesede zuständigen Klosterbeamten hinzuzuziehen, um Arbeiter eventuell in dem seit 1832 in Gemeindebesitz befindlichen, vormals säkularisierten Kloster Oesede in der gleichnamigen Gemeinde unterzubringen, das jedoch eigentlich als Gemeindeschule genutzt wurde.[60]

Die Ämter bemühten sich. Im August 1856 wurde vom Amt Iburg der Amtsgehilfe Rüpke auf die Suche nach Unterkunftsmöglichkeiten geschickt. Er fand insgesamt nur 24 Familien: 14 davon wollten Familien, 10 Unverheiratete aufnehmen.[61] Unter ihnen waren 13 Colonen, 1 Heuerling, 2 Witwen, 1 Schneider, 1 Lumpensammler, 2 Wirte, 1 Commerzienrat, 1 Bauer. Auffallend ist die Ortsverteilung: 18 x Wellendorf, 1 x Borgloh, 4 x Ebbendorf, 1 x Eppendorf. Wellendorf und Borgloh liegen in unmittelbarer Nachbarschaft der Bergwerke und waren vermutlich am ehesten auf gewerbliche Vermietung eingestellt und mit dem Leben und Umfeld der Bergwerksarbeit vertraut. Als Grund für das magere Ergebnis bei der Wohnungssuche gab der Amtsgehilfe die hohen Miet- und Kostgeldforderungen an — immerhin wurden die Mietzahlungen vom Bergwerk ausdrücklich „sichergestellt".[62] Vermutlich wollte Rüpke sich mit dieser Begründung vor ungeduldigem Nachfragen seitens der Vorgesetzten

---

57 Bericht der Bergwerksadministration zu Borgloh an das Hann. Finanzministerium vom 27.2.1855, OBA Clausthal, Fach 165, Nr. 18.

58 Bauer von der Kgl. Bergwerksadministration Borgloh an das Berg- und Forstamt zu Clausthal am 23.3.1856, ebd.

59 Rep 335, Nr. 1389. S. auch Ott, Kohle, S. 70f. Ott geht davon aus, daß aufgrund der desolaten Wohnsituation fremde Arbeiter gar nicht erst angeworben worden sind. Zudem sei die Arbeitssituation völlig auf den Heuerling mit Nebenerwerb im Bergbau zugeschnitten. In diesem Zusammenhang ist es aber nicht entscheidend, wie groß letztendlich die Zahl der zugezogenen Arbeiter war und blieb, sondern daß sie überhaupt angeworben wurden.

60 S. Suerbaum, August, Geschichte des Klosters Oesede, Osnabrück 1934, S. 157ff.

61 Bericht des Amtsgehilfen an das Amt vom 29.8.1856, Rep. 335, Nr. 1389. Vgl. auch Ott, Kohle, S. 71.

62 Ebd.

schützen, doch ausschlaggebend wird nicht die geforderte Höhe der Miete gewesen sein, sondern der niedrige Lohn und die geringe Zahlungsbereitschaft der Bergwerke, die die Mieten sicherstellten.

Man kann sagen, daß hier mit der Hüttengründung in einem größeren protoindustriellen Gebiet, das insgesamt eine De-Industrialisierung erlebte, auf eng begrenztem Raum zeitversetzt, punktuell und monostrukturell eine Industrialisierung einsetzte. Auch wenn die gewerbliche Expansion absolut — gemessen z.B. am Ruhrgebiet — gering war, so bestand dennoch scheinbar ein Arbeitskräftemangel.

Der südliche Osnabrücker Raum war somit in gewissem Maße Zu- und Abwanderungsgebiet zugleich. Bleibt zu fragen, ob es den Mangel an Arbeitskräften für die staatlichen Betriebe wie auch für den privaten Betrieb der Georgsmarienhütte überhaupt gegeben hat.

Am Beispiel der Kreise Halle, Lübbecke, Minden und Herford des Regierungsbezirks Münster weist Kamphoefner einen Zusammenhang zwischen protoindustrieller Wirtschaftsweise und starker Überseeauswanderung nach. Die Binnenwanderung in die Stadt Bochum dient als Vergleich. Für die genannten Kreise galt

„eine negative Korrelation zwischen der Auswanderung nach Übersee und der Binnenwanderung in die Stadt Bochum, in die blühenden Kohlenfelder an der Ruhr. Obwohl sich der Hauptteil der Stadtbevölkerung aus dem Landkreis Bochum und angrenzenden Kreisen rekrutierte, gab es auch eine beträchtliche Migration über längere Entfernungen, und zwar etwa 12% aus dem Kreis Höxter und eine ziemlich starke Wanderung aus Paderborn, Büren, Warburg und Brilon. Aufgrund von Entfernungen und Verkehrswegen allein sind diese Regionen kaum von Minden-Ravensberg zu unterscheiden, besonders nach 1850, als die Köln-Mindener Eisenbahn dem Gebiet Minden-Ravensberg eine direkte Verbindung mit dem Herzen des Ruhrgebietes ermöglichte. Der größte Teil der Nahwanderung aus protoindustriellen Gebieten strömte wahrscheinlich nach Bielefeld, denn die Stadt scheint viele der potentiellen Emigranten aus ihrem unmittelbaren Hinterland absorbiert zu haben."

Dies läßt die Vermutung zu, daß „Arbeiter aus der Protoindustrie [...] weitgehend die Alternative Binnenwanderung in die Zentren der Schwerindustrie zugunsten einer Überseeauswanderung zurückgewiesen" haben.[63] Dabei ist von einer nicht geringen Zahl von Wanderern aus diesem Raum in das Ruhrgebiet auszugehen. Sie schwankt je nach Einschätzung zwischen 9.000 und 16.000 in den Jahren 1844-58.[64] Im Vergleich zum Umfang der Abwanderung ins Ruhrgebiet war jedoch die Auswanderung stärker.[65]

63 Kamphoefner, Neue Welt, S. 41f; bezüglich Bochum stützt Kamphoefner sich auf Crew, Bochum. S. auch ders., Regionale Mobilität und Arbeiterklasse. Das Beispiel Bochum 1880-1901, in: H.-U. Wehler, Historische Familienforschung und Demographie (= Geschichte und Gesellschaft, 1. Jg., 1975, Heft 2/3), S. 99-120.

64 Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 236: „Schon Anfang der 1850er Jahre wird von 1.000 Arbeitern aus der darniederliegenden Minden-Ravensberger Textilindustrie berichtet."

65 Kamphoefner, Neue Welt, S. 42, dort Anm. 21.

Doch auch Kamphoefner warnt vor voreiligen Interpretationen am Beispiel Bochum. Eine Konzentration des Blicks auf die immense industrielle Ballung im Ruhrgebiet mit ihrer Erscheinungsvielfalt und den großen Menschenmassen läßt andere schwerindustrielle Standorte leicht aus dem Blick geraten. Die Zuwanderung ins Revier als einzige Alternative zur Auswanderung anzusehen, verzerrt das Bild. Osnabrück als „das hannoversche Bochum"[66] bot im Norden des Münsterlandes, ebenso wie die entstehenden Ruhrgebietsstädte, eine Zuwanderungsmöglichkeit. Auch dorthin fand in der zweiten Hälfte der 1850er Jahre eine Abwanderung der ländlichen Arbeitskräfte statt. Viele Söhne von Heuerlingen aus dem Ravensberger Land machten sich auf den Weg nach GMH.[67]

Die Frage nach der Motivation des Einzelnen, zu bleiben oder auszuwandern, ist nur annäherungsweise zu beantworten. Bade unterscheidet in diesem Zusammenhang „materielle und immaterielle Bestimmungsfaktoren" jeweils auf zwei Ebenen:

„die nur sehr begrenzt bzw. in Einzelfällen faßbare Summe unmittelbar entscheidungs- und handlungsbestimmender Motivationen von Individuen im Wanderungsprozeß und die wiederum nur hypostasierbaren überindividuellen Kollektivmotivationen von Wanderungsbewegungen als Massenphänomenen. Ein Wanderungsentschluß wird nicht in kritischer Auseinandersetzung mit überindividuellen, bewegungsbestimmenden Faktoren der Sozialgeschichte, sondern nach Maßgabe individueller Enttäuschungen, Hoffnungen und Erwartungen gefällt."[68]

Aber auch die Reduzierung des Betrachtungsraumes auf eine kleine Einheit, wie dies im folgenden geschieht, läßt die endgültige Antwort offen. Anhand der Verengung des Betrachtungsraumes können dabei die Ergebnisse und Strukturdaten größerer Einheiten als Ausgangsbasis und Fragemuster genommen werden und die Frage nach der alternativen Entscheidung: Auswanderung oder „berufliche Landflucht ohne Ortswechsel"[69] teilweise differenzierter beantwortet werden.

In einem Kreis von 5-10 km um das Hüttenwerk wurden für den Zeitraum 1856-1870 *alle* überlieferten Auswandererdaten erfaßt.[70] Der Radius ergab sich schlicht aus der Überlegung, aus welcher Entfernung die Arbeiter das Werk und damit den Arbeitsplatz täglich zu Fuß erreichen konnten (s. Karte Nr. 2).

---

66 Müller-Wille, Wilhelm, Westfalen. Landschaftliche Ordnung und Bindung eines Landes, Münster 1950 (2), S. 311.

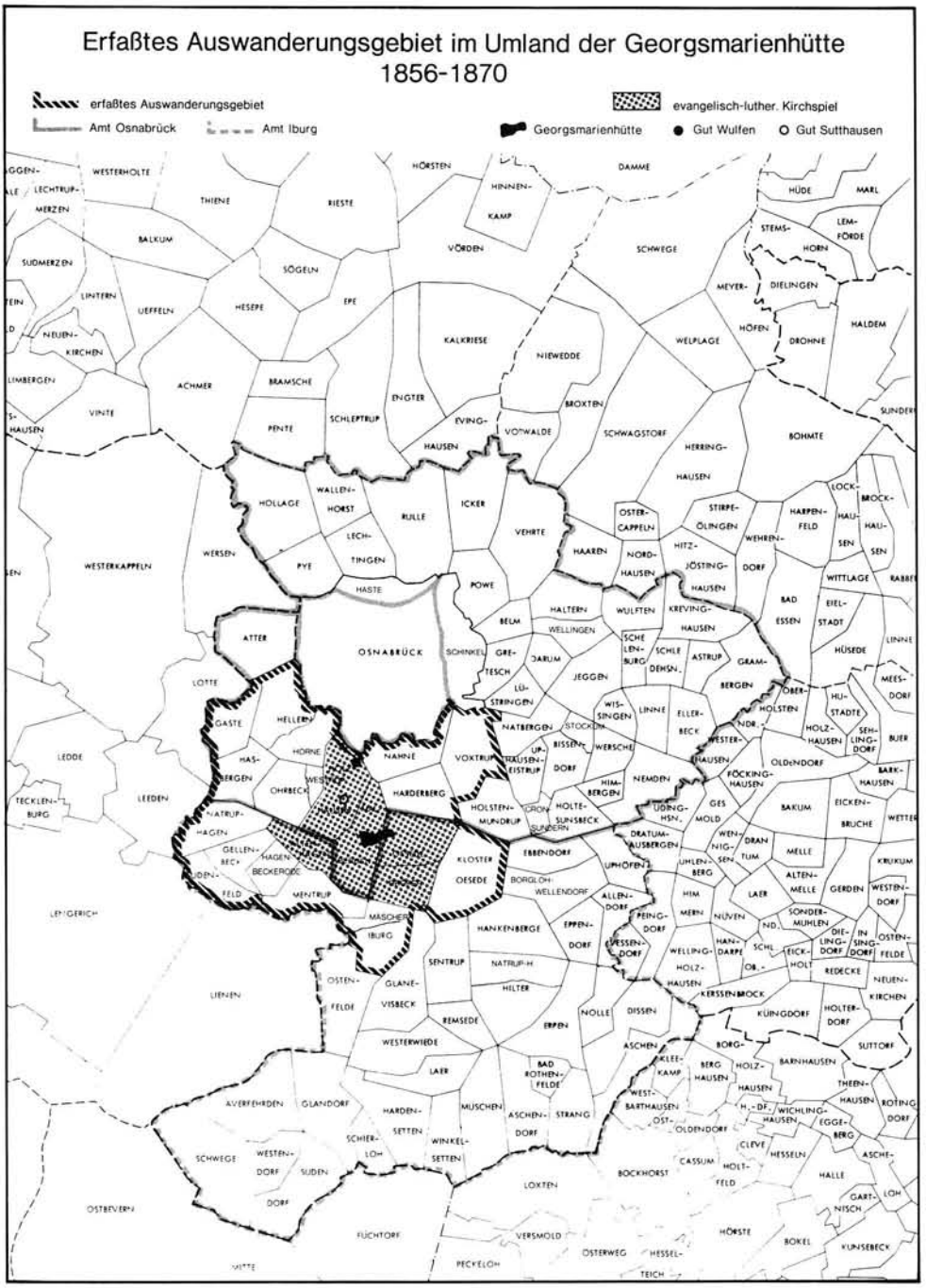
67 S. Teil D, Kap. 1.2 (b), S. 247-260.

68 Bade, Klaus J., Massenwanderung und Arbeitsmarkt im deutschen Nordosten von 1880 bis zum Ersten Weltkrieg, in: AfS, XX (1980), S. 265-323, hier S. 287.

69 Ebd., S. 306.

70 Die Berechnungsgrundlage war — entsprechend dem Aufbau der Auswandererkartei — die Kirchspielsebene, hier die katholischen Kirchspiele Oesede, St. Johann, Hagen, Iburg und das evangelische Kirchspiel St. Katharinen. Ich danke Herrn Brockel und Herrn Knizelis vom Nds. Staatsarchiv Osnabrück, die mir den Zugang zu Teilen der sich noch in der Aufbereitung befindlichen Auswandererkartei für den Regierungsbezirk ermöglichten.

Karte 2


Erfaßtes Auswanderungsgebiet im Umland der Georgsmarienhütte
1856-1870
erfaßtes Auswanderungsgebiet
evangelisch-luther. Kirchspiel
Amt Osnabrück
Amt Iburg
Georgsmarienhütte
Gut Wulfen
Gut Sutthausen
OSNABRÜCK
IBURG
WESTERKAPPELN
LENGERICH
LIENEN
OSTBEVERN
SCHWEGE
VÖRDEN
SCHWEGE
DAMME
WELPLAGE
BOHMTE
HERRINGHAUSEN
SCHWAGSTORF
BROXTEN
NIEWEDDE
KALKRIESE
ENGTER
SCHLEPTRUP
PENTE
ACHMER
BRAMSCHE
HESEPE
EPE
UEFFELN
BALKUM
SÖGELN
THIENE
RIESTE
WESTERHOLTE
LECHTRUPMERZEN
SUDMERZEN
LINTERN
NEUENKIRCHEN
LIMBERGEN
VINTE
HOLLAGE
WALLENHORST
LECHTINGEN
PYE
WERSEN
HASTE
ATTER
LOTTE
LEDDE
TECKLENBURG
LEEDEN
GASTE
HELLERN
HORNE
HASBERGEN
OHRBECK
NATRUPHAGEN
GELLENBECK
JÜDENFELD
BECKERODE
MENTRUP
NAHNE
HARDERBERG
VOXTRUP
KLOSTER
OESEDE
MASCHEN
HANKENBERGE
SENTRUP
NATRUP-H
HILTER
OSTENFELDE
GLANEVISBECK
REMSEDE
WESTERWIEDE
LAER
AVERFEHRDEN
GLANDORF
HARDENSETTEN
SCHIERLOH
WESTENDORF SÜDEN
DORF
WINKELSETTEN
MUSCHEN
ASCHENDORF
STRANG
BAD ROTHENFELDE
ERPEN
NOLLE
DISSEN
ASCHEN
KLEEKAMP
BERGHAUSEN
HOLZHAUSEN
BARNHAUSEN
WESTBARTHAUSEN
OSTBARTHAUSEN
OLDENDORF
CASSUM
CLEVE
HESSELN
BOCKHORST
HOLTFELD
LOXTEN
HALLE
GARTLOH
NISCH
HÖRSTE
BOKEL
KUNSEBECK
VERSMOLD
OSTERWEG
HESSELTEICH
FÜCHTORF
PECKELOH
WITTE
HÜDE
MARL
LEMFÖRDE
STEMSHORN
MEYERDIELINGEN
HÖFEN
DRONHE
HALDEM
SUNDERN
LOCKHAUSEN
MOCKHAUSEN
HARPENFELD
WEHRENDORF
WITTLAGE
RABBE
BAD ESSEN
EIELSTADT
HÜSEDE
LINNE
MEESDORF
HUSTADTE
SEHLINGDORF
BUER
BARKHAUSEN
EICKENBRUCHE
WETTER
KRUKUM
WESTENDORF
OSTENFELDE
NEUENKIRCHEN
SUTTORF
THEENHAUSEN
ROTING DORF
ASCHEHALLE
LOH
OSTERCAPPELN
STIRPEÖLINGEN
HITZJÖSTINGHAUSEN
NORDHAUSEN
HAAREN
VEHRTE
ICKER
RULLE
POWE
HALTERN
WULFTEN
KREVINGHAUSEN
WELLINGEN
BELM
SCHELENBURG
SCHLEDEMSN.
ASTRUP
GRAMBERGEN
OBERHOLSTEN
NDR.
WESTERHAUSEN
OLDENDORF
FÖCKINGHAUSEN
HOLZHAUSEN
GRETESCH
JÄGGEN
LÜSTRINGEN
SCHINKEL
DARUM
WISSINGEN
LINNE
ELLERBECK
NATBERGEN
STOCKUM
BISSENDORF
WERSCHE
UPHAUSENEISTRUP
HIMBERGEN
NEMDEN
HOLTESUNSBECK
HOLSTENMUNDRUP
GRON
SUNDERN
UBBENHSN.
MOLD
GES
BAKUM
DRATUMAUSBERGEN
UPHÖFEN
EBBENDORF
BORGLOH
WELLENDORF
ALLENDORF
PEINGDORF
EPPENDORF
EVESSENDORF
HIM
MERN
NUVEN
LAER
WENNIGSEN
DRANTUM
MELLE
ALTENMELLE
GERDEN
SONDERMÜHLEN
DIELINGDORF
INSINGDORF
HANDARPE
SCHL.
EICKHOLT
OB.
WELLINGHOLZHAUSEN
REDECKE
KERSSENBROCK
KÜINGDORF
HOLTERDORF
BORGHAUSEN
BERGHAUSEN
HOLZHAUSEN
WICHLINGHAUSEN
EGGEBERG
H.-DF.
OST-
ND.
HOLTEN
HOLTHAUSEN
HOLTEN
HOLTEN
HOLT

Die Fläche des ausgewählten Untersuchungsgebietes umfaßt von der Gesamtfläche der beiden Ämter Iburg und Osnabrück ca. 20%; der Bevölkerungsanteil, berechnet pro Stichjahr der Volkszählung vom 1.12.1871, ergab 27,6%. Der Auswandereranteil hingegen, errechnet für den Zeitraum 1856-1866 (!), betrug nur 6,15% entsprechend 205 Auswanderern gegenüber 3.336 in den Ämtern insgesamt.[71] Die Auswanderung war im unmittelbaren Einzugsgebiet der GMBHV im Vergleich zu den Restgebieten beider Ämter also niedrig. Hier ist aber zu bedenken, daß sich in der Berechnung des Bevölkerungsanteils die Zusammenballung in GMH (1871: 1056 Einwohner) niederschlägt. Die Differenz muß also etwas geringer bewertet werden. Die Bewegungen der Auswanderungswellen entsprechen aber, trotz der relativ geringeren Zahl für den Raum GMH, der in den Ämtern zu beobachtenden Gesamttendenz: Abnahme ab 1858, Wiederzunahme ab 1864. Welcher Anteil daran nun letztlich durch die Hüttengründung aufgefangen wurde, bleibt unklar. Die Gründe kamen sicherlich auch von außen: wirtschaftliche Krise, Proteste gegen die Einwanderer in amerikanischen Städten sowie verzögerte Umsetzung des Auswanderungsentschlusses als Reaktion auf den amerikanischen Bürgerkrieg.[72]

Obwohl in allen Fällen das Ziel angegeben ist, soll hier auf die Auswanderungsziele nicht ausführlich eingegangen werden. Nur soviel: 91% gaben Amerika bzw. Nordamerika an, 3,3% Holland und Dänemark, 5,3% blieben innerhalb Deutschlands, wobei aber unter diesen insgesamt 16 Binnenwanderern 4 Bremen angaben, das ein bevorzugter Einschiffungshafen war.[73] Dieser hohe Anteil an überseeischer Auswanderung läßt auf eine starke Auswanderungstradition[74] schließen. Sofern bei der Auswanderung die Zielangabe exakt angegeben ist, paßt sie in das Schema, das Kamphoefner über die Herkunftsgebiete der Deutschen und ihre Verteilung in ausgewählten amerikanischen Städten und ihrem Hinterland erarbeitet hat. Zentren der Hannoveraner waren u.a. die Städte Cincinnati/Ohio, St. Louis/Missouri und die großen Städte an der Ostküste, New York, Baltimore, Philadelphia.[75] Unter den nach Orten differenzierten Zielangaben (insgesamt 93) sind in 65 Fällen Cincinnati, 7 x St.Louis und 21 x die

---

71 Diese Zahlenangabe kann etwas ungenau sein, da ich mich für den Raum GMH auf alle in der genannten Auswandererdatei im Nds. ‚Staatsarchiv verfügbaren Auswandererdaten stützen kann, für die Ämter Iburg und Osnabrück aber auf die Angaben von Kiel, der eine geringe Unsicherheitsmarge bei den Zahlen ansetzt.

72 Vgl. Kamphoefner, Neue Welt, S. 70ff. und Marschalck, Peter, Die Deutsche Überseeauswanderung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1971, S. 40ff sowie Bade, Klaus J., Die deutsche überseeische Massenauswanderung im 19. und 20. Jahrhundert: Bestimmungsfaktoren und Entwicklungsbedingungen, in: ders. (Hg.), Auswanderer — Wanderarbeiter — Gastarbeiter, Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, 2 Bde., Ostfildern 1984, hier Bd. 1, S. 267ff.

73 Errechnet nach Auswandererkartei des Nds. Staatsarchivs Osnabrück.

74 Zur Rolle der regional unterschiedlichen „transatlantischen Wanderungstradition" und der „transatlantischen Kommunikation" als indirekte Einflußfaktoren s. Bade, Massenwanderung, S. 306.

75 Kamphoefner, Neue Welt, S. 94f, 100.

Ostküstenstädte angegeben. Dieser extrem hohe Anteil der überseeischen Auswanderung und die geringe interne Abwanderungsrate in den Jahren nach der Hüttengründung deuten schon darauf hin, daß es aus der Osnabrücker Region keine Bewegung in die enstehenden industriellen Zentren in Westfalen oder in größere Städte gegeben hat.

Tab. 2: Auswanderungsfälle aus den 11 erfaßten Gemeinden im Umland des Werkes GMH

Jahr	Auswanderungsfälle
1870	5
1869	36
1868	56
1867	36
1866	19
1865	33
1864	33
1863	10
1862	2
1861	10
1860	14
1859	8
1858	11
1857	33
1856	32
Summe	**338**

Die Auswanderung, deren Umfang insgesamt zurückging, verlief also weitgehend parallel zum allgemeinen Verlauf. Eine differenzierte Betrachtung des Alters, des Familienstandes und der Berufe der einzelnen Auswanderer gibt im folgenden Antwort auf die Frage nach den Veränderungen innerhalb der Auswandererstruktur aus dem unmittelbaren Einzugsgebiet des GMBHV und damit im Ansatz auf die Frage nach den Motiven, zu bleiben, abzuwandern oder auszuwandern.

Tab. 3: Altersangabe der Auswanderer aus dem Umland GMH[76]

Alter	Zahl abs.	Anteil
bis 14 Jahre	1	0,46%
15–19	93	43,25%
20–29	98	45,58%
30–49	18	8,37%
über 50	5	2,32%

[76] Die Altersangabe erfolgte in 215 von insgesamt 338 Fällen und ermöglicht so ein recht genaues Bild; errechnet nach Auswandererkartei des Nds. Staatsarchiv Osnabrück.

Die Vergleichszahlen für das Gebiet des ehemaligen Fürstentum Osnabrück[77] aus dem Jahre 1864 lauten: 21,11% zwischen 14 und 19 Jahren, 57,25% zwischen 20 und 45 Jahren, 21,62% zwischen 46 und 60 Jahren. Sie verdeutlichen nochmals die überdurchschnittliche Mobilität besonders der jungen Männer und Frauen bis zum 20. Lebensjahr (s. Tab. 3). Die Auswanderung erfolgte damit wohl bald nach der Konfirmation, also noch vor dem möglichen Berufsantritt.

Tab. 4: Familienstand der Auswanderer aus dem Umland GMH[78]

	Anteil der Ledigen	Anteil der Auswanderer in Familien	Zahl der Familien abs.
Umkreis GMH 1856-1870	80,00%, 64,55% männl. 15,55% weibl.	19,86%	14
Amt Osnabrück 1857-1870	52,20% 28,24% männl. 23,96% weibl.	47,38%	156
Amt Iburg 1857-1870	62,08% 36,50% männl. 25,58% weibl.	37,9%	149

Die Zahl der Auswanderer sank deutlich nach der Gründung des Hüttenwerkes. Ebenso deutlich sank der Anteil der Familienauswanderung: 1821-1856 lag er im Amt Osnabrück mit 63% bzw. im Amt Iburg mit 51% noch sehr hoch, 1856-1870 sank er auf 47,38% bzw. auf 37,9%. Der Anteil der aus dem Umkreis des Werkes auswandernden Familien verringerte sich jedoch auf 19,86%, wobei zugleich der Anteil der ledigen männlichen und weiblichen Auswanderer in der Altersgruppe von 15 bis 29 Jahren stieg.

Die Rate der Nachwanderung aus dem Umkreis GMH betrug zwischen 1856 und 1870 14,23%, doch ist bei diesem niedrigen Wert einzubeziehen, daß diese Angabe nicht automatisch bei der Konsensbeantragung gemacht wurde.

Eine weitere Differenzierung der Auswandererdaten nach Berufen führt noch näher an die Beantwortung der Fragen heran, wer auswanderte, wer blieb und was für diese Entscheidung bestimmend gewesen sein könnte.

77 Vgl. Ott, Kohle, S. 60.

78 Betreff GMH errechnet nach der Auswandererkartei des Nds. Staatsarchivs Osnabrück, für Osnabrück und Iburg errechnet nach Kiel, Gründe, S. 166. Die unterschiedlichen Ausgangsjahre 1856 und 1857 sind irrtümlich.

Tab. 5: Berufe der Auswanderer bzw. deren Väter aus dem Umkreis GMH[79]

Berufsangaben	Familienväter abs.	in % der Gesamtzahl	Ledige abs.	in % der Gesamtzahl
Heuerling, Neubauer, Tagelöhner, Ackerarbeiter, Knecht Magd (Knechte, Mägde = 47 abs.)	3	2,11	52	36,62
Kötter, Ackermann	3	2,11	4	2,81
Kolon, Erbpächter			5	3,52
Gesellen/Lehrlinge im Handwerk	1	0,70	17	11,97
Handwerksmeister	2	1,40		
Handwerker ohne weitere Angaben	1	0,70	19	13,38
tertiärer Sektor, dabei 10 Gesellen/ Lehrlinge;			23	16,19
extra: Bergmänner, Handarbeiter Arbeiter	1	0,70	11	7,74
insgesamt	**11**	**7,72**	**131**	**92,23**

Bei den Angaben ist zu beachten, daß die hohe Auswanderung im Ort Iburg, von 338 allein 82, den hohen Anteil im tertiären Sektor und im Handwerk mitbestimmt. 50% (32) der im Handwerk sowie im tertiären Sektor Tätigen (ohne Bergmänner, Handarbeiter, Arbeiter) kamen dabei allein aus diesem Ort.

Im Vergleich zum Regierungsbezirk Osnabrück hat hier eine eklatante Verschiebung in der Berufsstruktur der Auswanderer stattgefunden: Für die Vogteien Buer und Osnabrück galt 1832 bis 1860, daß von den Auswanderern
79,5% aus der Landwirtschaft,
16,9% aus dem Handwerk stammten und
3,4% im tertiären Sektor arbeiteten.

Für den Raum GMH galt 1856 bis 1870, daß
47,2% aus der Landwirtschaft,
28,2% aus dem Handwerk stammten und
24,6% im tertiären Sektor arbeiteten.

Sicherlich ist bei diesen Unterschieden in der beruflichen Herkunft außer der Zeitverschiebung im Erfassungszeitraum miteinzubeziehen, daß im Umland der Stadt Osnabrück Handwerk und Dienstleistung eine größere Dichte aufwiesen

79 Die Angabe erfolgte in 142 von insgesamt 338 Fällen, also bei fast 50%, zieht man die Kinderzahl von den Gesamtauswanderern ab. Errechnet nach Auswandererkartei des Nds. Staatsarchivs Osnabrück. Die Aufteilung der Berufsgruppen ist hier dem Muster von Kamphoefner, Neue Welt, weitgehend angepaßt.

als der Durchschnitt der beiden Vogteien. Und gerade das Handwerk wurde durch den Bau der Georgsmarienhütte gestärkt. Die Berufsangaben, die hier nicht im einzelnen wiedergegeben werden, belegen, daß sich ein bestimmter Handwerkerbedarf weit über dem Durchschnitt ausbildete: Maurer, Steinhauer, Zimmerleute, Tischler. Immerhin wurde zeitgleich mit den Werksanlagen der Georgsmarienhütte in kürzester Zeit ein vollständiger Ort entworfen und erbaut. Die Bauhandwerker stellten im Vergleich zur zweiten großen Auswanderergruppe der Schumacher und Schneider den in unserem Falle für die ländlichen Handwerker typischen Auswandererberuf dar. Schuhmacher und Schneider waren Berufe, die keine aufwendigen Werkzeuge erforderten und auch als Nebenerwerb möglich waren. Es ist zu vermuten, daß sich hinter der Zahl der Handwerker noch ein Anteil zugleich oder ehemals in der Landwirtschaft Tätiger verbarg.[80]

Zugleich hielt die Auswanderung der ledigen Knechte und Mägde an. Sie waren in einem Alter, in dem die Bereitschaft zur Mobilität noch stärker ausgeprägt war und über die Lebensplanung entschieden wurde, so eng der Entscheidungsspielraum auch gewesen sein mag. Zumindest für die Männer hätte eine Arbeitsmöglichkeit in der Industrie bestanden.

Anders die Familienväter: Sie hatten zum Zeitpunkt der Heirat aufgrund des Hannoverschen Landgemeinderechts zumindest eine kärgliche materielle Existenzgrundlage jenseits der Verarmungsgrenze nachweisen müssen. Aus der näheren Umgebung war es daher der — zumeist verheiratete — Heuerling, der sein Auskommen durch die Industriearbeit verbesserte; er und seine Familie konnten sich auf die Landwirtschaft als Zubrot und Basisexistenz im Falle einer Entlassung stützen. Da die Familie die Landwirtschaft weiter betreiben konnte, blieb der Heuerling eher auf seiner Heuerstelle oder in seinem Kotten und arbeitete zugleich selbst auf der Hütte. Hier war nicht mehr entscheidend, daß die gezahlten Löhne auf der Hütte geringer waren als die des Ruhrgebietes.[81]

Aus dem landwirtschaftlichen Betrieb, der ein Subsistenzbetrieb war (Landwirtschaft mit gewerblicher Nebenproduktion, vor allem Leinwand), wurde so nach einer Phase größter Armut und hoher Auswanderung nach dem Zusammenbruch der Leinenindustrie ein landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbetrieb.[82]

Ein Blick voraus in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, also zwei Generationen weiter, zeigt, wie wenig sich Lage und Selbstverständnis dieser Heuerleute verändert haben: Im nun industriestarken Kreis Osnabrück war im Vergleich zu den angrenzenden, weniger industrialisierten Kreisen die Zahl der Heuerstellen um die Jahrhundertwende gegenüber der der Bauernstellen „bei weitem am größten", die einzelnen Stellen jedoch kleiner. Der wegen seiner Gesundheit für

---

80 Vgl. Kamphoefner, Neue Welt, S. 59, 62. Anhand der Vaterberufe zeigt Kamphoefner auf, daß dies seltener traditionelle Handwerksfamilien waren. S. auch Kaufhold, Entstehung, S. 82, der vom „Druck auf das Handwerk als nächstliegender Ausweichmöglichkeit" spricht.

81 Vgl. Ott, Kohle, S. 287 und Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 296.

82 Vgl. Kriedte, Industrialisierung, S. 66f, 311f.

die Industriearbeit hochgeschätzte Heuerling hatte in seiner eigenen Landwirtschaft nur noch die Funktion des „Betriebsleiters". Die Arbeit wurde weitgehend von der Frau, den Kindern oder einem Dienstmädchen erledigt; er selbst gab nur noch seine landwirtschaftlichen Kenntnisse in der Familie weiter. Als Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes galt er damit aber auf dem Lande stets mehr als ein Arbeiter. Dies dokumentierte sich auch im Ausbildungsweg der Kinder, im Heiratsverhalten, in überlieferten Bräuchen oder in der weiteren Einbeziehung der Industrieheuerlinge in das System der bäuerlichen Nachbarschaften. Materiell standen sich die Heuerlinge gut; überraschenderweise ergibt eine Aufsplittung des Gesamtarbeitseinkommens am Beispiel dreier Industrieheuerlinge nach 1920, daß die landwirtschaftliche Arbeit, auf den Stundenlohn reduziert, sogar jedesmal mehr als das Doppelte betrug wie der industrielle Stundenlohn.[83]

Eine Bewertung der Löhne, die die GMH zu zahlen bereit war, zeigt die Unattraktivität der industriellen Arbeitsplätze für den nicht erbberechtigten Bauernsohn — selbst wenn damit Aussicht auf eine Werkswohnung verbunden war, was ja für einen Knecht immerhin einen begrenzten privaten Raum sowie aufgrund der Aussicht auf einen eigenen Hausstand die prinzipielle Möglichkeit zur Heirat bedeutete.

In der Bauphase beschäftigte der GMBHV im Sommer 1857 2.500 Männer, als Stammbelegschaft blieben nach Inbetriebnahme bis zur Mitte der 1860er Jahre durchschnittlich 1.300-1.400 Mann. Über die Heranziehung von Arbeitskräften wurde im Geschäftsbericht des Verwaltungsrates vom Januar 1858 unmißverständlich gesagt, der GMBHV habe „niemals über den Mangel an Arbeitskräften zu klagen gehabt". Dabei konnte er es sich leisten, daß der „gewöhnliche Tagelohn niemals den Betrag von 14 ggr. überstiegen hat, während an anderen Arbeitstellen 18-20 ggr. oder noch mehr bezahlt wurde." Der vermehrte Handwerkerbedarf durch den GMBHV wirkte zugleich auf die Löhne in der Stadt Osnabrück zurück. Der Stadtbaumeister schrieb im Frühjahr 1857, also nach einem Jahr Bauzeit des Werkes: „Die so sehr gesteigerten Anforderungen an Arbeitskräften von Seiten der großen in der Ausführung begriffenen Unternehmungen in und in der Umgebung der Stadt berechtigen und nötigen zu einer allgemeinen Erhöhung der Lohnsätze der baulichen Gewerbe." Die Löhne stiegen

---

[83] Drees, Johannes, Arbeitsausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft dargestellt am Heuerlingswesen im Kreis Osnabrück, Diss. (ms), o.O., o.J. (Osnabrück/Göttingen 1924), S. 19, 27, 73-79, 108. S. auch Kärger, Karl, Die Verhältnisse der Landarbeiter in Nordwestdeutschland, Württemberg, Baden und in den Reichslanden. Geschildert auf Grund der vom Verein für Socialpolitik veranstalteten Erhebungen, Leipzig 1892; über den Regierungsbezirk Osnabrück S. 57-71. Für die Berichtzeit (ca. 1890) erwähnt Kärger ein starkes Abströmen der Knechte aus der Umgebung Osnabrücks in die Industrie, besonders aus Hasbergen (S. 58-61). Bezüglich der Heuerleute bestätigt sich die Darstellung von Drees aus den 1920er Jahren. Auch für die vorangegangene Generation galt, daß sie meistens in relativ guten wirtschaftlichen Verhältnissen lebte. Drees geht sogar soweit, daß sich die Heuerleute mit den Bauern „sozial gleich" fühlten. Drees, Arbeitsausgleich, S. 70.

infolge des gesteigerten Bedarfs um 2 ggr. von 8-13 auf nunmehr 10-15 ggr. für Handlanger bzw. Steinhauergesellen.[84]

Eine Weiterbeschäftigung nach Beendigung der Bauphase als Hüttenarbeiter im Werk oder als Bergmann hätte nur einen geringen Lohnanstieg bedeutet.[85] Nach Umrechnung von ggr. und sgr. in Pfennig ergeben sich folgende vergleichbare Lohnangaben pro Tag:

„Andere Arbeitsstellen" 1857:	18-20 ggr. =	171-190 Pfg., „oder noch mehr"
Handwerker beim Hüttenbau 1857:	14 ggr. =	133 Pfg.
Handlanger und Steinhauergesellen 1857:	10-15 ggr. =	95-142,5 Pfg.
Former in der Hütte in Hagen-Beckerode 1850:	12-16 ggr. =	114-152 Pfg.[86]
Niederlage-Arbeiter am Piesberg 1863:	11 ggr. 4d =	136 Pfg.
Bergmann ebd. 1863:	15 sgr. 2d =	182 Pfg.
∅ Verdienst in Borgloh 1870:	17 sgr. 3d =	207 Pfg.[87]

Über die Löhne der Hüttenarbeiter liegen — außer der Angabe, daß sie in der Bauzeit „niemals den Betrag von 14 ggr. überstiegen" — für die frühen Jahre keine genauen Angaben vor. Einen Hinweis auf das Lohnniveau erhalten wir vom Gemeindevorsteher Georgsmarienhüttes, der 1865 den häufigen Weiterzug der zugewanderten ledigen Hüttenarbeiter beklagte. Als Grund wurde an anderer Stelle der zu „schwache Verdienst" angegeben.[88]

Wie noch genauer zu zeigen sein wird, bezog die Georgsmarienhütte den Großteil ihrer Arbeitskräfte aus Notstandsgebieten des eigenen Landes und der angrenzenden Länder. Anders als aus der hiesigen Gegend machte sich eine große Zahl der verarmten oder nicht erbberechtigten Söhne aus unterbäuerlichen Schichten auf den Weg zum GMBHV.

Die Hüttengründung wirkte also verändernd auf die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Auswanderer. Innerhalb der Gruppe der unterbäuerlichen Schichten wanderten nun eher die „Armseligen" als, wie bisher, die „Armen" aus. Für die Knechte und Tagelöhner bot die Arbeit als Industriearbeiter keine grundlegende Verbesserung in der Existenzsicherung. Andererseits bot ihnen

---

84 Geschäftsbericht: Dep 32 b, Nr. 765, S. 11. Bericht des Stadtbaumeisters vom 14.4.1857: Dep 3b V, Nr. 518, Stadt Osnabrück, Gilde- und Polizeisachen.

85 Dies war regional unterschiedlich. Im Ruhrgebiet z.B. lagen die Handwerkerlöhne sogar gewöhnlich höher als die der Bergarbeiter, im Osnabrück benachbarten Kreis Tecklenburg, bezogen auf die 1820er Jahre, lag der Bergmannslohn über dem der Handwerker. Vgl. Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 115 sowie Gladen, Tecklenburg, S. 95. Den im Vergleich zum Handwerk allgemein höheren Industrielohn bestätigt für die 1850/1860er Jahre im Kgr. Hannover auch Jeschke, Gewerberecht, S. 444.

86 Zu 1857 s. Anm. 84; zu 1850 s. Statistik Königreich Hannover, Zweites Heft, S. 70.

87 Die Angaben für 1863 und 1870 bei Ott, Kohle, S. 80,91. In den folgenden Jahren stiegen die Löhne, s. ebd. Zum Verhältnis der einzelnen Münzen s. Abkürzungsverzeichnis.

88 S. auch Teil A, Kap. 2.1, S. 40.

das Werk durch vorübergehende Beschäftigung die Möglichkeit, gezielt für die Auswanderung zu sparen. Zugleich neigten Handwerker und Beschäftigte aus dem tertiären Bereich weiterhin zur Auswanderung. Für sie galt, daß der Abstieg zum Industriearbeiter nicht einmal durch hohen Verdienst ausgeglichen worden wäre. Hinzukommen mag noch ein weiterer Aspekt: Das Neue, die ‚freie Stadtluft', der Reiz des Unbekannten, der vielleicht den Bruch mit dem Lande und der Heimat im Moment aufgewogen hätte, fehlte völlig. Schon vor der Entscheidung wußten sie, was sie an Negativem erwartete: Lärm, Disziplinierung, relativ geringer Lohn.

Eine Aufstellung der Lebenshaltungskosten dreier Heuerlingsfamilien aus dem Bersenbrücker Land im Norden des Fürstentums Osnabrück von 1846 sowie zweier Hüttenarbeiterfamilien aus der Werkskolonie des GMBHV aus dem Jahre 1877 stützen die oben gegebenen Interpretationen der Auswandererdaten. Wegen ihrer Anschaulichkeit soll hier näher darauf eingegangen werden: Die Aufstellung der Heuerlingsausgaben und —einnahmen zu einem Gebiet mit hoher Auswanderung stammt vom Amt Bersenbrück. Die Haushaltsaufstellung der Hüttenarbeiter stammt aus der Begründung des Direktors des GMBHV, Wintzer, für die Wiedereinführung der Eisenzölle in Berlin 1878.[89] Auch wenn zwischen beiden Aufstellungen 30 Jahre liegen, bleibt die Aussage möglich, daß weder die Heuerstelle noch die Arbeit im Hüttenwerk allein eine tragbare und schon gar nicht eine erstrebenswerte Lebensgrundlage boten. Damit soll nicht gesagt werden, den Heuerlingen sei es gar nicht so schlecht gegangen, nein, den Industriearbeitern ging es ebenso schlecht. Das „Gesamtarbeitseinkommen"[90] der Heuerlingsfamilie, einschließlich des Nebenerwerbs und der Wanderarbeit, deckte eher als der individuelle Lohn des Hüttenarbeiters die bescheidenen unverzichtbaren Ausgaben in der Familie.[91]

Wintzer gab vor der Enquete-Kommission auf die Frage nach den „Arbeiterverhältnissen" eine ausführliche, wohlvorbereitete Antwort: „Können die heutigen Löhne herabgesetzt werden oder erheischen dieselben vielmehr eine Erhöhung?"

---

89 Als nach 1873 die deutsche Eisenindustrie in eine Krise geriet und die Wiedereinführung von Eisenzöllen erwogen wurde, beschloß der deutsche Bundesrat eine Untersuchungskommission zur Anhörung von 46 Sachverständigen aus der Eisenindustrie, dem Handel und Bergbau einzusetzen. Unter ihnen war für den niedersächsischen Raum der Direktor des GMBHV, Georg Wintzer; s. Protokolle über die Vernehmungen durch die Eisenenquete-Kommission, Berlin 1879, S. 247-277. S. Abdrucke der Aufstellungen in Anhang 6 und 7, S. 387-394.

90 Kriedte, Industrialisierung, S. 113.

91 Die Aufstellungen der Haushaltsrechnungen der Hüttenarbeiter s. Protokolle, S. 275f. Die Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben der Heuerlingsfamilien stammt aus Wrasmann, Heuerlingswesen, II, S. 42-47. Hierbei ist einzubeziehen, daß im Bersenbrücker Land der Anteil der Auswanderung und der Anteil der Wanderarbeit bezogen auf den Landdrosteibezirk Osnabrück am höchsten war. S. dazu Bölsker-Schlicht, Hollandgängerei, S. 171-187, 317 und Kiel, Gründe, S. 176.

„Im Allgemeinen kann gesagt werden, daß die jetzigen Arbeitslöhne den Verhältnissen angemessen sind. Eine Herabsetzung würde nur dann und insoweit möglich sein, wenn etwa künftig die Beschaffung der Nahrungsmittel billiger geschehen könnte. Die Verschiedenheit der Löhne auf dem Hüttenwerke und den Gruben des Georg-Marienhüttenvereins hat darin ihren Grund, daß die größere Anzahl der Grubenarbeiter [...] mehr Zeit hat, sich mit ländlichen Arbeiten zu beschäftigen, als die Hüttenarbeiter, welche größtenteils in 12stündiger Schicht zu arbeiten haben. Eine Verminderung der Löhne ist nicht tunlich. Wir nahmen Veranlassung, von einigen unserer besten Arbeiter uns einen Etat ihres Haushaltsbedarfs aufstellen zu lassen, von solchen Arbeitern, die einen geordneten, regelmäßigen Hausstand führen und in ihren sonstigen Verhältnissen solide sind, wo die Frauen ihre Kinder gut erziehen und nicht verwahrlost umherlaufen lassen, also gewissermaßen ein paar Normalarbeiter, die ein menschenwürdiges Dasein führen. Ich habe mich an die letzteren gewandt, mir einmal den Etat über ihre wirklichen Bedürfnisse in ihrem Hause aufzustellen. Sie glauben gar nicht, welche Schwierigkeiten man hat, von den Arbeitern selbst derartige Zahlen zu bekommen. Die Leute fürchten durch derartige Mitteilungen geschädigt zu werden. Man sagt wohl leichthin: ein Schichtlohn von 3 M oder 2 M 50 Pf ist für die gegenwärtigen Verhältnisse genügend, aber ich bin erstaunt gewesen, die wahren Ausgaben kennenzulernen; nachdem ich diese Sätze mehrmals mit dem Arbeiter durchgegangen bin, und zu einem der Arbeiter z.B. sagte: ‚Höre, du brauchst zu viel Kartoffeln, es ist nicht möglich, daß Du so viele Kartoffeln ißt', antwortete derselbe: ‚Was sollen wir Leute denn Anderes essen, wenn wir keine Kartoffeln essen.' Ich habe mir erlaubt, in dieser Tabelle den vollständigen Arbeiteretat wiederzugeben, wie ich denselben aus den Händen des Arbeiters erhalten habe. Ich kann ihnen die Originale hier zeigen, wie sie aufgestellt sind; ich habe sie abschreiben lassen mit allen stilistischen Fehlern, die wohl drin sind; ich habe aber Veranlassung genommen, Ihnen ein Bild von dem Hausstand eines Arbeiters zu geben und was dieser in seinen kleinsten Bedürfnissen an Häringen und Holzschuhen, Nachtjacken und gestopften Strümpfen gebraucht. Originell ist eine Bemerkung von einem Arbeiter mit Bezug auf das Stopfgarn für die Strümpfe, wenn er mir angibt: 4 Paar Kinderstrümpfe, à 1 M für Wollgarn. Das Stricken besorgt die Frau selbst. [...] Die Arbeiter schwerer Arbeit legen wohl starkes Leinen, sogar dünnes Leder unter; jedoch, da Stopfgarn sehr viel gebraucht wird, so beträgt es jährlich 3 M. Die Mitteilungen gehen bis in das kleinste Detail, bis zum Stopfgarn an Strümpfen. Ich glaube, eine derartige Zusammenstellung der notwendigsten Lebensbedürfnisse ist nicht ohne Wert zur Beurteilung der Frage, ob noch fernere Lohnreduktionen statthaft sind; ich lege besonderes Gewicht darauf, daß dieser Tabelle, welche ergibt, daß bei dem Arbeiter mit 2 Kindern der monatliche Bedarf 67 M und bei einem Arbeiter mit 5 Kindern der monatliche Bedarf ungefähr 97 M beträgt, einige Beachtung geschenkt wird. [...] Er würde jedenfalls verarmen, wenn er nicht wenigstens diesen Verdienst haben könnte. Frage: Welche Nachteile würde eine Herabsetzung der Löhne hervorbringen? Herr Wintzer: Die würde eine Verarmung der Leute herbeiführen und sie zur Auswanderung zwingen. [...] Ich muß bemerken, daß eine Zeit lang unser Werk die Auswanderung nicht verhindert, sondern indirekt gefördert hat dadurch, daß die Leute 2, 3 Jahre lang fleißig arbeiteten, um sich das Geld für die Überfahrt (mitunter 300 Tlr.) zu ersparen und dann auswandern zu können. Unsere ländliche Bevölkerung hat sich jetzt [1878, s.m.] an die Fabrikarbeit gewöhnt, wir haben Arbeiter aus der ganzen Umgebung, bis zu den 1-2 Meilen entfernten Orten Versmold, Lengerich usw."

Wintzer war sich mithin bewußt, daß die Entlohnung bis auf das Äußerste abgesenkt war[92] und daß jede weitere Verringerung der Löhne ein Umkippen der Entscheidung über Annahme bzw. Beibehaltung der industriellen Arbeit oder Auswanderung bedeuten konnte. „Bei einem durchschnittlichen Monatslohn von 65 M., den Monat zu 25 Schichten und die Schicht zu 2,60 M. berechnet, ergibt sich bei Arbeiter A. ein Überschuß von ganzen 2,37 M. und bei Arbeiter B. ein Defizit von 32,40 M. Ein 5-Personen-Haushalt, wie er damals als statistisches Mittel angesehen wurde, lag also in jedem Fall unter Deckung."[93] Der Hüttenarbeiter stand, wie vormals der Heuerling aus der unterbäuerlichen Schicht, an der existenziellen Grenze, und dies begünstigte den Entschluß zur Auswanderung.

Bei der Frage nach der Motivation des Einzelnen muß dies in der Bewertung des „sozialen Anteils"[94] an der Entscheidung miteinbezogen werden: In unserem Falle müssen drei Faktoren bewertet werden: erstens die ökonomische Ausgangslage in der Heimat, zweitens die Hoffnungen und Erwartungen auf die bessere ‚Neue Welt' durch Auswanderung und drittens die Entlohnung, die mit der internen Abwanderung zum industriellen Arbeitsplatz verbunden sein würde. Bei der Einbeziehung dieser drei ökonomischen Kriterien werden mentale Beweggründe (Bauer bleibt Bauer) und die Bedeutung der Auswanderungstradition[95] jedoch weniger faßbar und in ihrem Stellenwert im Entscheidungsverlauf des Einzelnen schwerer nachvollziehbar. Die immaterielle Motivation, am Beispiel der Auswanderer aus den unterbäuerlichen Schichten in den nordöstlichen Provinzen in den ersten beiden Auswanderungswellen, war bestimmt durch drei Faktoren: Auswanderungstradition, „transatlantische Kommunikation" und „mentale Schollengebundenheit".[96] Dieses Ergebnis scheint sich hier anders gewendet zu bestätigen. Der Heuerling mußte nicht mehr auswandern, um Bauer zu bleiben; er blieb stattdessen auf heimischem Boden und verschaffte sich durch „‚berufliche Landflucht' ohne Ortswechsel",[97] durch die vor seiner Tür ansiedelnde Industrie einen existenziellen Ausgleich zu seiner bäuerlichen Existenz. Wer diese Verbindung für sich nicht wählte, neigte eher zur Auswanderung. Abwanderung hingegen in andere Industriezentren gab es nicht. Die industrielle Arbeit löste zeitverzögert bei demjenigen die protoindustrielle Arbeit ab, der vor der Gründung des Hüttenwerkes 1856 — aus welchem Grund auch immer — die Auswanderung für sich nicht oder noch nicht als Lösung ansah.

Zumindest für die Georgsmarienhütte galt: Der Heuerling wurde zum Industrieheuerling, der Kötter zum „Bergmannskötter", doch der Knecht seltener

92 Selbst in der Krise von 1873-78 hatte der GMBHV relativ günstig abgeschnitten. Vgl. Müller, I, 1. Teil, S. 46f. Investitionen, Verringerung der Lohnkosten über Lohnsenkung, Beschäftigtenabbau und Arbeitsverdichtung trugen dazu bei. Die Zahl der Arbeiter auf dem Hüttenwerk sank von 1872/73 bis 1876/77 von 1.600 auf ca. 1.000, die Schichtlöhne wurden im gleichen Zeitraum von 2,73 M auf 2,23 M gesenkt. Ott, Kohle, S. 285, 287.

93 Ott, Kohle, S. 306.

94 Marschalck, Überseeauswanderung, S. 52.

95 Bade, Massenauswanderung, S. 306 und Kamphoefner, Neue Welt, S. 42.

96 Bade, Massenauswanderung, S. 305-10, insbes. S. 306.

97 Ebd.

zum Arbeiter. Er war derjenige, der den „Übergang der vorindustriellen Armut in die industrielle Armut“[98] in seiner Person verkörperte. Er war gemeint, wenn der Direktor Wintzer von vorübergehender Arbeit im Werk sprach, um sich das Geld für die Überfahrt zu ersparen.

Wenn im Geschäftsbericht des Verwaltungsrates Anfang 1858, nach dem vorübergehendem Bedarf und der Einstellung von 2.500 Arbeitskräften, noch immer davon gesprochen wurde, daß „wir niemals über Mangel an Arbeitskräften zu klagen“ haben, so muß die einleitende Aussage des Werkes über die Notwendigkeit der Rekrutierung anders bewertet werden: Wo lagen die Gründe dafür, daß man Arbeitskräfte andernorts anwarb und anzog, die Anreise bezahlte, Wohnungen baute, obwohl im Osnabrücker Land zu dieser Zeit ein potentielles Arbeitskräftereservoir vorhanden war.[99]

1.2 Herkunftsgebiete, Familienstand, Konfession und Mobilität der Arbeiterschaft 1856-1933[1]

Im Jahr 1857 heiratete der Schachtmeister Dietrich-Friedrich Carl die Haustochter Maria Gertrud des Vollerben Schulte-zu-Bühne aus der Bauerngemeinde Malbergen. Carl war der Sohn eines Anbauern aus dem Dorf Mellinghausen im Kreis Sulingen, Regierungsbezirk Hannover. Beide waren im Jahr ihrer Heirat schon 31 Jahre alt, und dies mag vielleicht die alteingesessene katholische Vollerbenfamilie aus Malbergen dazu geführt haben, ihre Tochter Maria Gertrud einem evangelischen, zugewanderten, in der Industrie tätigen Mann anzuvertrauen. Carl wechselte die Konfession und holte seine Frau in die Kolonie des GMBHV.

Drei gemeinsame Kinder brachten Heinrich Koch und Henriette Merten 1860 in die Ehe ein. Der Sohn eines Gastwirts aus Voggenkruge, Kreis Goslar, Regierungsbezirk Hildesheim und die Tochter eines Fuhrknechtes aus Zellerfeld im Harz lebten zusammen in GMH und hatten ihre Familien in der Heimat gelassen. Beide kehrten, 30jährig, nach Hahndorf in den Harz zurück, nachdem der

98 W. Fischer, G. Bajohr (Hg.), Die Soziale Frage. Neuere Studien zur Lage der Fabrikarbeiter in den Frühphasen der Industrialisierung, Stuttgart 1967, Einleitung, S. 7.

99 Anders Bölsker-Schlicht, Hollandgängerei, S. 187f, bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts: „Der in diesem Gebiet schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu beobachtende Aufschwung in der Landwirtschaft und die ersten Ansätze einer gewerblich-industriellen Entwicklung glichen den durch den Niedergang des häuslichen Textilgewerbes verursachten Verlust der Erwerbsmöglichkeiten mehr als aus, während gleichzeitig infolge der Anfänge der 1830er Jahre einsetzenden Auswanderungswelle die Nachfrage nach Arbeit spürbar sank.“ Bölsker-Schlicht nimmt dabei die Ursachen der Auswanderung und die Auswanderung selbst als gegebene Situation zur Einschätzung der „Nachfrage nach Arbeit“. Ott, Kohle, S. 60, geht nach der Hüttengründung und vor dem Hintergrund der Auswanderung für die 1860er Jahre von einer „Region mit Arbeitskräftemangel“ aus.

1 Auf die soziale Herkunft wird in Kap. 2.1-2.3 im Zusammenhang der ökonomischen Ausgangslagen der Herkunftsgebiete eingegangen.

Schloßprediger der Evangelischen Schloßkirche Iburg sie getraut hatte. Es war jener Pastor Schmerfeld, der für die Gründung einer politischen Gemeinde Georgsmarienhütte auf dem Werksgelände argumentiert hatte. Er erhoffte sich davon ein Ende der Unzüchtigkeiten, denn die bäuerlichen Landgemeinden verweigerten den Zugewanderten häufig das Wohnrecht, das ja Voraussetzung für die Erlaubnis zur Eheschließung war.

Peter Heinrich Kaemper, evangelisch, von Beruf Schmelzmeister, war schon mit seiner Ehefrau nach Georgsmarienhütte gekommen. Nach ihrem Tode heiratete er 1863 die 45jährige evangelische Bergmannswitwe Johanne Strig. Sie stammte aus Schulenberg, Kreis Zellerfeld, wo auch ihr Vater als Bergmann tätig gewesen war. Kaemper hingegen war der Sohn eines Heuerlings aus dem Regierungsbezirk Minden.

Juliane-Katharina Brinkmann zog mit ihren Eltern von St. Andreasberg/Harz in den Gründungsjahren des Werkes nach GMH. Der Vater war Bergmann. 1860 heiratete sie in Georgsmarienhütte den Bergmann Johann Friedrich Ludwig Vollmer, gebürtig aus Elbingerode im Harz, Kreis Osterode. Sie wurde früh Witwe und heiratete mit 26 Jahren, 1865, den ebenfalls nach GMH zugezogenen ledigen evangelischen Schuhmacher Paulus Schneider. Schneider kam aus einer Handwerkerfamilie im kurhessischen Spangenberg, Kreis Melsungen. Sein Vater war Bäckermeister.

Vier Familien stehen hier stellvertretend für die Zuwanderer zum GMBHV. Aus den Regierungsbezirken Hildesheim, Kassel, Minden und Münster, von evangelischer Konfession, aus bergmännischen, unterbäuerlichen und handwerklichen Familien, von relativ hohem Alter, repräsentieren sie den Hauptstrom der Zugezogenen. Im folgenden werden die Heiratsdaten auf die Fragen nach den zentralen Rekrutierungsgebieten, der Wanderungsdistanz, den Zeiträumen der Zuwanderung, dem Verhältnis der Geschlechter, der Verdichtung in einzelnen Landkreisen und Gemeinden und den Familienzuzug hin ausgewertet. Es schließt sich ein Vergleich der jeweiligen Zuwanderergruppen in das Umland GMHs und in den Ort selbst sowie die Auswertung der Konfessionszugehörigkeit an. In einem dritten Schritt wird die Mobilität der Bevölkerung unter einem bestimmten Aspekt zu erfaßt: Nachdem ab den 1880er Jahren sich die Gemeinde voll ausgebildet, die Bevölkerung sich mehr und mehr aus dem Ort sich selbst heraus rekrutierte und das Werk sich konsolidiert hat, stellt sich die Frage nach der Abwanderung Jugendlicher.

Die Herkunftsgebiete der Arbeiter des GMBHV zeigen deutliche Verdichtungen. Acht Regierungsbezirke und das Hztm. Braunschweig ragen als Hauptrekrutierungsgebiete heraus:

Tab. 1: Zentrale Herkunftsgebiete der Eheschließenden in GMH 1856-1933 nach Regierungsbezirken

Osnabrück[a]	437,	201 Männer /	236 Frauen
Münster[b]	95,	53 Männer /	42 Frauen
Minden[c]	106,	65 Männer /	41 Frauen
Arnsberg	54,	33 Männer /	21 Frauen
Düsseldorf	49,	25 Männer /	24 Frauen
Hannover	57,	30 Männer /	27 Frauen
Kassel[d]	60,	37 Männer /	23 Frauen
Hildesheim	377,	216 Männer /	161 Frauen
Hztm. Braunschweig	28,	19 Männer /	9 Frauen
Summe	**1263**	**679**	**584**

a. Regierungsbezirk Osnabrück, hier ohne GMH (R 0) und die den Ort umschließenden Gemeinden des Kirchspiels (R 1). Zu den Radien s. Karte 1.
b. Nur 8 Zuwanderer stammen aus dem Radius 4.
c. Gehört fast vollständig zu Radius 3, nur vier Zuwanderer stammen aus Radius 4.
d. Einschließlich Grafschaft Schaumburg. Schaumburg kam erst 1932 zur Provinz Hannover.

Tab. 1) erfaßt die zentralen Gebiete der Zuwanderung zum GMBHV. Das unmittelbare Umland mit dem Kirchspiel GMH und der Ort GMH sind im Wert des Regierungsbezirks Osnabrück ausgenommen. Sie werden als vor Ort Ansässige in den Berechnungen der Zuwandererstruktur ausgenommen:[2] Die Zahl der im Ort GMH Gebürtigen betrug 718, 282 Männer und 436 Frauen, in den restlichen Orten des Kirchspiels waren es 277, 119 Männer und 158 Frauen.

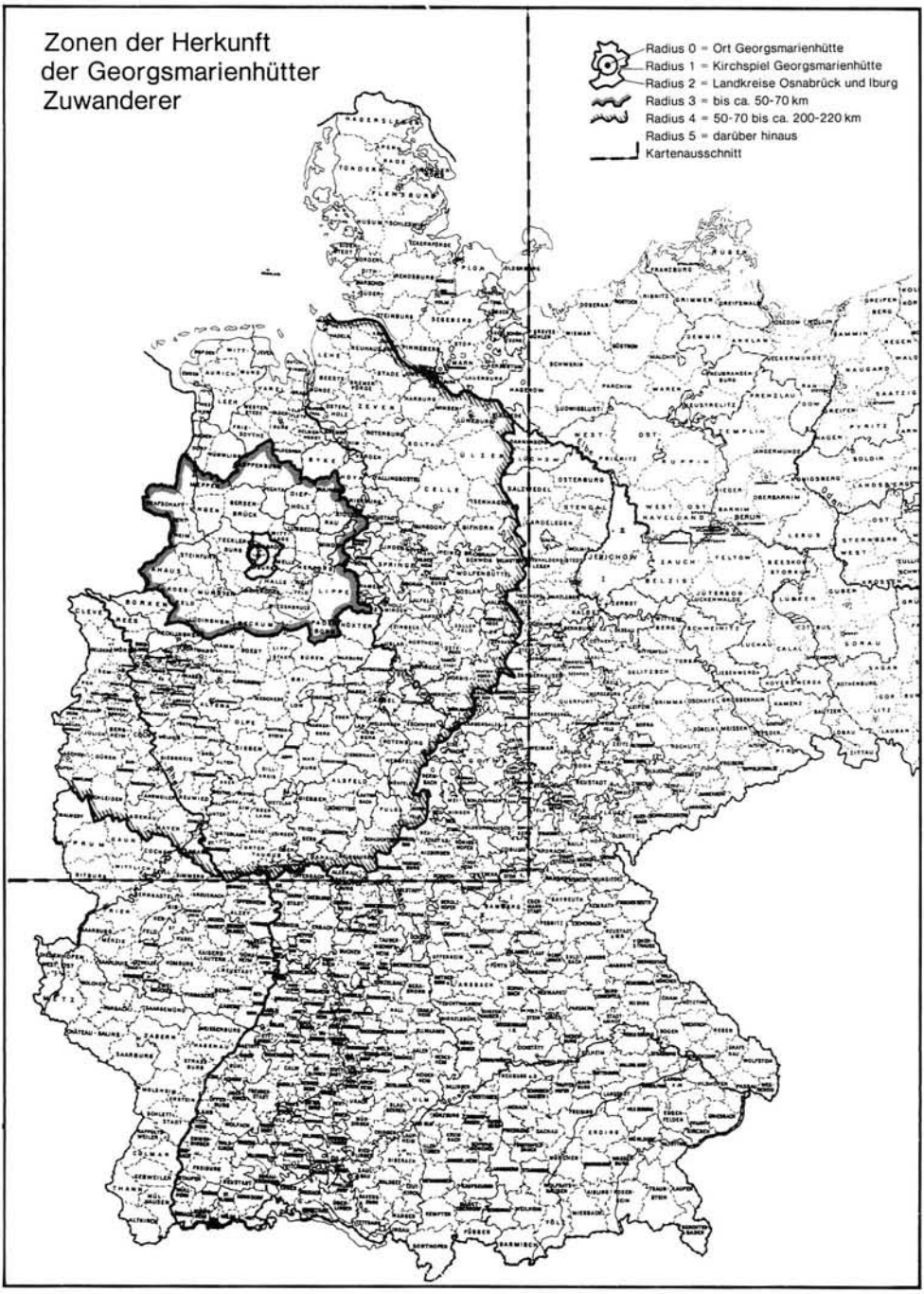
Die Gesamtzahl der Zuwanderer, die nicht aus den Landkreisen Iburg und Osnabrück kommen und nicht in Tab. 1) erfaßt sind, betrug hingegen nur 287.[3] Diese 287 Zuwanderer verteilen sich nach ihrer Herkunft mit einer Häufigkeit von 1-16 für den gesamtem Untersuchungszeitraum auf 51 weitere Regierungsbezirke und Kleinstaaten sowie auf das Ausland.

---

2 Zumal die meisten Eheschließenden in ihren Heimatorten wohnen blieben. Das Kirchspiel hat in etwa einen Radius von 8-10 km, wobei GMH in etwa im Zentrum liegt. Auch die Fälle des Zuzugs nach GMH nehme ich hier aus und ziehe damit eine starre Zäsur in der Bestimmung der Wanderungsdefinition. Ingeborg Esenwein-Rothe definiert Wanderung hingegen im Sinne der demographischen Forschung als alle „freiwilligen und erzwungenen Entscheidungen, die zu einer dauernden Wohnsitzverlegung von einem Gebiet in das andere führen." S. dazu dies., Einführung in die Demographie. Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsprozeß aus der Sicht der Statistik, Wiesbaden 1982, S. 156. Das Zitat beruht auf Sauvy, Alfred, Théorie Générale de la Population, Vol I, Economie et Croissance, 3. Aufl., Paris 1963.

3 Die Zahl 287 errechnet sich aus 2.700 Eheschließenden minus 135 missing values bei den Geburtskreisen, minus 70 Zweitheiraten *in* GMH, d.h. schon die erste Ehe war in GMH geschlossen worden. Ausgenommen sind ferner die 955 Geburtsorte in GMH und im Kirchspiel sowie die o.g. 1.263 Geburtsorte in den neun zentralen Rekrutierungsgebieten.

Karte 3


Zonen der Herkunft
der Georgsmarienhütter
Zuwanderer
Radius 0 = Ort Georgsmarienhütte
Radius 1 = Kirchspiel Georgsmarienhütte
Radius 2 = Landkreise Osnabrück und Iburg
Radius 3 = bis ca. 50-70 km
Radius 4 = 50-70 bis ca. 200-220 km
Radius 5 = darüber hinaus
Kartenausschnitt

Tab. 1a: Verteilung der übrigen Zuwanderer nach Regierungsbezirken

11 Regierungsbezirke mit je 1 Zuwanderer
6 x 2 Zuwanderer
5 x 3 Zuwanderer
7 x 4 Zuwanderer
2 x 5 Zuwanderer —> Allenstein, Fst. Schaumburg-Lippe,
5 x 6 Zuwanderer —> Königsberg, Trier, Schleswig, Erfurt,Baden
1 x 7 Zuwanderer —> Elsaß-Lothringen,
3 x 8 Zuwanderer —> Aurich, Koblenz, Fst. Lippe,
3 x 9 Zuwanderer —> Hamburg, Bremen, Oppeln,
1 x 10 Zuwanderer —> Potsdam,
2 x 11 Zuwanderer —> Frankfurt/O., Stade,
2 x 13 Zuwanderer —> Merseburg, Wiesbaden,
1 x 14 Zuwanderer —> Lüneburg,
1 x 16 Zuwanderer —> Magdeburg

22 x Ausland: Luxemburg (1), Holland (5), England (2), Italien (5), Schweden (3), Österreich (3), Böhmen (2), Schweiz (1).[4]

In den Regierungsbezirken der zentralen Herkunftsgebiete (s. Tab. 1) liegt der niedrigste Wert für das Hztm. Braunschweig bei 28, gefolgt vom Regierungsbezirk Arnsberg mit 54. In Tab. 1a) beträgt der höchste Wert 16. Damit fehlt die Spanne von 17 bis 27 Zuwanderern vollständig in der Häufigkeitsverteilung nach Regierungsbezirken und es ergibt sich eine ausgesprochen klare Streuung und Ballung bei den Herkunftsgebieten.

Um die Wanderungsdistanz und die Zeiträume der Zuwanderung zu erfassen und zu vergleichen, wurden Entfernungsradien und Zeitphasen vorab festgelegt. Zur Einschätzung der Wanderungsdistanz wurde das Einzugsgebiet ausgehend von der Georgsmarienhütte in 5 Radien unterteilt (s. Karte 3).

Radius 0 umfaßt die Gemeinde GMH einschließlich des Osterberges, also überwiegend die Werkswohnungen, Radius 1 das nahe Umland, von wo aus das Werk zu Fuß zu erreichen war. Radius 2 umfaßt die ins Westfälische hineinragende Spitze der Provinz Hannover, die Kreise Iburg und Osnabrück, die hier noch als heimatliches Gebiet bezeichnet werden. Radius 3 erstreckt sich vom westlichen Münsterland bis zum Ravensberger Land. Radius 4 reicht im Osten bis zum Eichsfeld, im Süden bis zum Sieger- und Sauerland. Radius 5 erstreckt sich auf alle darüber hinaus gehenden Gebiete.[5]

---

[4] Unter den 287 Eheschließenden waren 13 Geburtsorte nicht zu identifizieren.

[5] Zuordnung der Kreise zu den einzelnen Radien:
Radius 0: Gemeinde GMH.
Radius 1: Geburtsorte aus dem Kirchspiel GMH, aber in diesem Falle ohne GMH: Oesede, Kloster Oesede, Malbergen, Holzhausen, Hagen, Altenhagen, Osterberg, Dröper. (Hasbergen und Beckerode kamen erst 1895/98 dazu.)
Radius 2: Geburtsorte in den Kreisen Osnabrück und Iburg ohne die Gemeinden des Kirchspiels GMH.

In einem zweiten Schritt werden die Radien zu zwei Zonen zusammengefaßt: Radius 1 bis 3 umfaßt die Herkunftsgebiete der Zuwanderer aus dem Nahbereich, wobei Nahwanderer diejenigen sind, die etwa bis zu einer „Tagesreise von ihrem Heimatort entfernt wohnten und arbeiteten."[6] Der Nahbereich erstreckt sich von der Ortsgrenze GMH bis zu einer Entfernung von 50-70 km. Die Spanne zwischen 50 und 70 km ergibt sich aus der Anpassung des Radius an den Verlauf der jeweiligen Kreisgrenzen. Die Radien 4 und 5 erfassen entsprechend die Brautleute aus dem Fernbereich, definiert über den Geburtsort in einer Entfernung von GMH von ca. 70 km bis ca. 220 km und darüber hinaus.

Alle in Tab. 1) genannten Regierungsbezirke und das Hztm. Braunschweig liegen in den Radien 3 und 4, überwiegend in 4. Mit den Regierungsbezirken Hannover, Hildesheim, Kassel, Arnsberg, Düsseldorf und dem Hztm. Braunschweig stammten 628 der 913 Zuwanderer aus einer Entfernung von weit über 100 km.

Bei der Gliederung des Untersuchungszeitraumes 1856 bis 1933 wurde ein Mittelweg zwischen werksgeschichtlichen und übergreifenden Zäsuren gewählt:

1856-1870 => 14 Jahre
1871-1894 => 24 Jahre
1895-1918 => 24 Jahre
1919-1933 => 14 Jahre

Der Zeitraum 1865-1933 wurde zunächst halbiert (2 x 38 Jahre). Nicht sinnvoll erschien eine mechanische Einteilung etwa nach Jahrzehnten. Die weitere Unterteilung ergab sich aus der Notwendigkeit, für die Frühzeit des Unterneh-

---

Radius 3: Radius von ca. 70 km um GMH; das entspricht den Geburtskreisen (Ahaus), Beckum, Bersenbrück, Bielefeld, (Cloppenburg), (Coesfeld), (Detmold), Diepholz, (Gft. Bentheim), Halle, Herford, (Lemgo), Lingen, Lübbecke, (Lüdinghausen), Melle, (Meppen), Minden), Münster, (Nienburg), (Paderborn), Steinfurt, Stolzenau, Sulingen, Tecklenburg, (Vechta), Warendorf, Wiedenbrück, Wittlage. Radius 3 gilt ohne die Radien 0-2

Radius 4: die Geburtsorte in der Provinz Hannover (ohne die Kreise Lüchow und Dannenberg), Hansestadt Bremen, Hansestadt Hamburg, Hztm. Braunschweig, Fst. Schaumburg-Lippe, Ghztm. Oldenburg (ohne Eutin), Provinz Westfalen, Hessen-Nassau, Ghztm. Hessen (ohne die Provinzen Starkenburg und Rheinhessen), aus der Rheinprovinz die Regierungsbezirke Aachen (ohne Kreis Malmedy), Koblenz (ohne Kreise Simmern, Zell, Bingen, Meisenheim, Kreuznach), Düsseldorf und Köln, aus dem Eichsfeld im Regierungsbezirk Erfurt die obereichsfeldischen Kreise Mühlhausen, Worbis, Heiligenstadt, im Regierungsbezirk Hildesheim der untereichsfeldische Kreis Duderstadt und der Oberharz mit den Kreisen Osterode und Zellerfeld. Radius 4 gilt ohne die unter Radius 0-3 genannten Gemeinden und Kreise.

Radius 5: Radius über 220 km hinaus.

[6] Schomerus, Differenzierungen, S. 30. Schomerus geht aufgrund anderer Studien davon aus, daß die Nahwanderung überwiegend aus dem unmittelbaren Umland erfolgte. Dies bestätigt sich in seiner Arbeit über Esslingen: 60% stammen aus einem Umkreis von 1 bis 50 km, 40% sind Fernwanderer, wobei dann über den Radius von 200 km die Zahl der Zuzüge gering ist (Zeitraum 1846-1914).

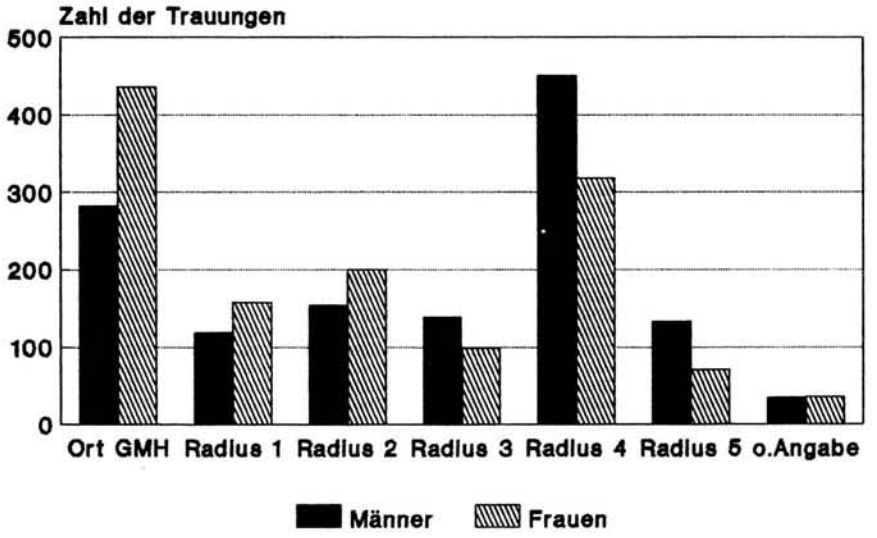
mens einen eigenen Erfassungszeitraum abzutrennen. Die Zäsur 1919 entspricht in etwa dem Beginn der Eingliederung des GMBHV in den Klöckner-Konzern und damit einer Veränderung in der Beschäftigungspolitik.

Graphik 1) zeigt die Gesamtheit der Eheschließenden nach der Wanderungsdistanz. Das Bild der extremen räumlichen Ballung in Radius 4 verändert sich dabei nicht. Dieser Radius liegt in den Zeitphasen bis 1894 mit weitem Abstand an der Spitze, danach kippt das Verhältnis um zugunsten des Ortes GMH: Ab 1895 kommen die Eheschließenden mehrheitlich aus GMH selbst, dazwischengeschoben die Zugezogenen aus dem Kirchspiel (R 1), den Landkreisen Osnabrück und Iburg (R 2) und dem Umkreis bis zu ca. 70 km (R 3). Sie haben in den Jahren 1871-1894 ihren höchsten Wert, erreichen aber nicht die Bedeutung von Radius 4.

Bei der Beurteilung der Geschlechter sind Männer als Werksangehörige getrennt von den Frauen zu betrachten: In den Radien 1 und 2 358 Frauen zu 273 Männern, in den Radien 3 bis 5 488 Frauen zu 722 Männern. Im Ort GMH waren 436 Frauen und 282 Männer gebürtig. Im Laufe der Zeit näherten sich die Werte der männlichen und weiblichen Eheschließenden aus dem Nahbereich immer mehr an, die Frauen blieben jedoch stets in der Überzahl. Umgekehrt überwog die Zahl der aus dem Fernbereich zugezogenen Männer, wobei das Verhältnis im Laufe der Zeit noch weiter auseinanderdriftete. Frauen aus dem Umland (Radius 1-2) heirateten häufiger die aus dem Fernbereich zugezogenen Männer. Dies gilt für den gesamten Zeitraum. Nur in der Weimarer Zeit nahm mit dem Rationalisierungsschub 1924/26 und den Entlassungen in der Weltwirtschaftskrise die Zuwandererzahl der Männer insgesamt ab. Daß die Werte ab 1919 überhaupt noch so hoch lagen, ist wohl bedingt durch die Eingliederung des GMBHV in den Konzern der Klöckner-Werke AG und damit einer internen Umverteilung der Arbeitskräfte.[7]

[7] Das Heiratsverhalten der Männer und Frauen aus den verschiedenen Regionen und Entfernungen wird in der Darstellung der Herkunftsregionen bzw. in Teil E, Kap. 1 aufgenommen.

Graphik 1: Geburtsorte der Georgsmarienhütter Zuwanderer nach Entfernungen 1856-1933



Radius 1 = Kirchspiel Georgsmarienhütte
Radius 2 = Landkreise Iburg und Osnabrück
Radius 3 = 50-70 km (ohne Radius 0, 1 und 2)
Radius 4 = 50-70 bis 200-220 km
Radius 5 = darüber hinaus
S. zu den Radien Karte 3, S. 198

Tab. 2: Geburtsorte der Frauen nach Radius und Zeitphasen

Radius —> Zeitphase	R 0	R 1	R 2	R 3	R 4	R 5	Summe
		30[a]	39	34	116	17	**236**[a]
1856-1870		12.7[b]	16.5	14.4	49.2	7.2	**18.4**[d]
	67	52	74	31	135	14	**373**
1871-1894	18	13.9	19.8	8.3	36.2	3.8	**29.1**
	240	37	48	16	36	16	**393**
1895-1918	1.1	9.4	12.2	4.1	9.2	4.1	**30.7**
	129	39	39	18	31	24	**280**
1919-1933	46.1	13.9	13.9	6.4	11.1	8.6	**21.8**
Summe	**436**	**158**	**200**	**99**	**318**	**71**	**1282**[e]
	34[c]	**12.3**	**12.6**	**7.7**	**24.8**	**5.5**	**100**

[a] absolute Zahlen;
[b] in Prozent der in dieser Zeitphase Heiratenden;
[c] in Prozent aller 1282 Eheschließenden;
[d] lies: 236 Frauen = 18,4% aller 1282 Heiraten zwischen 1856-1933.
[e] In 36 Fällen fehlte der Geburtsort bei den Frauen.

Tab. 2a: Geburtsorte des Mannes nach Radius und Zeitphasen

Radius —> Zeitphase	R 0	R 1	R 2	R 3	R 4	R 5	Summe
		12[a]	19	30	150	18	**229**[a]
1856-1870		5.6[b]	8.3	13.1	65.5	7.9	**17.9**[d]
	23	33	48	57	176	37	**374**
1871-1894	6.1	8.8	12.8	15.2	47.1	9.9	**29.3**
	166	40	36	30	78	44	**394**
1895-1918	42.1	10.2	9.1	7.6	19.8	11.2	**30.9**
	93	34	51	22	46	34	**280**
1919-1933	33.2	12.1	18.2	7.9	16.4	12.1	**21,0**
Summe	**282**	**119**	**154**	**139**	**450**	**133**	**1277**[e]
	22.1[c]	**9.3**	**12.1**	**10.9**	**35.2**	**10.4**	**100**

[a] absolute Zahlen;
[b] in Prozent der in dieser Zeitphase Heiratenden;
[c] in Prozent aller Eheschließenden;
[d] lies: 229 Männer = 17,9% aller 1277 Heiraten zwischen 1856-1933.
[e] In 35 Fällen fehlte der Geburtsort bei den Männern.

Innerhalb der Radien 3 und 4 ließen sich einzelne Regierungsbezirke als ausgeprägte Abwanderungsgebiete der Arbeiter zum GMBHV eingrenzen. In diesen Regierungsbezirken ergibt sich nun nochmals eine Verdichtung auf der Ebene der Landkreise: In den genannten 8 zentralen Regierungsbezirken und dem Hztm. Braunschweig kristallisieren sich die folgenden Landkreise als Zentren der Arbeitswanderung zum GMBHV heraus:[8]

Tab. 3: Zentrale Herkunftsgebiete der Eheschließenden in GMH 1856-1933 differenziert nach Landkreisen mit mehr als 6 Eheschließenden

Regierungsbezirk	Kreis	Männer	Frauen	Summe
Osnabrück (ohne LK Iburg u. Osnabrück)	Bersenbrück	5	8	
	Gft. Bentheim	6	2	76
	Melle	22	16	
	Wittlage	11	6	
	übrige 12 Kreise[a]	5	2	7
Münster	Recklinghausen	7	—	
	Tecklenburg	35	34	83
	Warendorf	4	3	
	übrige 7 Kreise	7	5	12
Minden	Bielefeld	6	4	
	Halle i.W.	26	18	
	Herford	20	11	96
	Minden	6	5	
	übrige 6 Kreise	7	3	10
	Fst. Lippe-D.[b]	7	—	7
Arnsberg	Dortmund	6	9	15
	übrige 18 Kreise	27	12	39
Düsseldorf	Duisburg	7	3	
	Düsseldorf	4	4	
	Essen	4	5	35
	Rees	3	5	
	übrige 21 Kreise	7	7	14
Hannover	Hameln	5	9	
	Hannover	6	9	37
	Linden i.H.	6	2	
	übrige 8 Kreise	13	7	20
	Gft. Schaumburg[c]	6	2	8

[8] S. auch Anhang 5, S. 381-386, mit einer Differenzierung nach Orten.

Regierungsbezirk	Kreis	Männer	Frauen	Summe
Kassel	Eschwege	5	5	
	Hofgeismar	6	11	42
	Melsungen	4	4	
	Ziegenhain	6	1	
	übrige 20 Kreise	10	—	10
Hildesheim	Alfeld	13	20	
	Duderstadt	19	5	
	Einbeck	18	13	
	Gronau	29	10	347
	Göttingen	11	10	
	Northeim	2	6	
	Osterode	25	24	
	Zellerfeld	82	60	
	übrige 7 Kreise	19	11	30
Hztm. Braunschweig	Gandersheim[d]	5	2	
	Holzminden[d]	7	3	17
	übriges Hztm.	7	4	11

[a] Stadt- und Landkreise werden hier jeweils zusammengefaßt.
[b] Fst. Lippe-Detmold, nach 1945 westfälischer Regierungsbezirk Detmold, hier räumlich dem Regierungsbezirk Minden zugeordnet.
[c] Die Hessen-Nassauische Enklave Gft. Schaumburg wird hier räumlich zum Regierungsbezirk Hannover gezählt; sie gehörte zur Verwaltung des Regierungsbezirk Kassel und kam erst 1932 zum Regierungsbezirk Hannover.
[d] Die Landkreise Gandersheim und Holzminden waren bis nach 1945 eine braunschweigische Enklave im preußischen Regierungsbezirk Hildesheim.

Entsprechend ihrer ökonomischen Struktur ergeben sich drei Gruppen: 1. agrarisch und protoindustriell geprägte Regionen; 2. ältere Gewerberegionen und 3. industrialisierte Gebiete (s. Karte 4 = Ausschnitt aus Karte 3). Die überwiegend agrarisch und zum Teil auch protoindustriell geprägte Gruppe umfaßt die Regierungsbezirke Osnabrück, den nördlichen Regierungsbezirk Münster, Minden, Kassel, z.T. Hildesheim und den westlichen Teil des Hztm. Braunschweig. Die zweite Gruppe umfaßt die alten fiskalischen Bergbaugebiete im Harz, die dritte die industrialisierten Kreise in den Regierungsbezirken Arnsberg, Düsseldorf und Hannover. Die agrarische und hier zum Teil protoindustrielle Gruppe wie die Bergbaugebiete weisen im Gegensatz zu den industrialisierten Kreisen eine stärkere Konzentration auf einzelne Landkreise auf.

In den Landkreisen ergibt sich wiederum eine Verdichtung auf der Ebene einzelner Geburtsorte, aus denen besonders viele Zuwanderer nach GMH kamen. Die Gemeinden und Städte waren im einzelnen:

Karte 4

Herkunftsgebiete der Zuwanderer
nach Georgsmarienhütte
1856-1933
Heiratende
7-14
15-24
31-33
38-49
68
142
FLENSBURG
HUSUM
SCHLESWIG
ECKERNFÖRDE
PLÖN
RENDSBURG
STEINBURG
SEGEBERG
PINNEBERG
STORMARN
LAUENBURG
LEHE
STADE
JORK
GEESTEMÜNDE
BREMERVÖRDE
HARBURG
WINSEN
LÜNEBURG
ZEVEN
OSTERHOLZ
ROTENBURG
SOLTAU
ÜLZEN
VERDEN
SYKE
HOYA
FALLINGBOSTEL
CELLE
ISENHAGEN
NIENBURG
NEUSTADT
BURGDORF
GIFHORN
LINDEN
SPRINGE
WOLFENBÜTTEL
GOSLAR
LIPPE
PADERBORN
HÖXTER
NORTHEIM
USLAR
WARBURG
BÜREN
LIPPSTADT
SOEST
HAMM
BECKUM
LÜDINGHSN.
WIEDENBRÜCK
MÜNSTER
KOESFELD
BORKEN
CLEVE
REES
MEPPEN
LINGEN
BERSENBRÜCK
DIEPHOLZ
VECHTA
LÜBBECKE
MINDEN
STEINFURT
AHAUS
ALTENA
MESCHEDE
OLPE
SIEGEN
DILLKREIS
MARBURG
KIRCHHAIN
ALSFELD
HEBSFELD
DERMBACH
HÜNFELD
FULDA
GIESSEN
WETZLAR
NEUWIED
SIEGKREIS
BONN
COLN
BERGHEIM
JÜLICH
DÜREN
SCHLEIDEN
MALMEDY
ADENAU
MAYEN
Rhein

Tab. 4: Geburtsorte der Zuwanderer mit einem Wert von 5 und mehr Eheschließenden (ohne Landkreise Iburg und Osnabrück)

Regierungsbezirk Arnsberg: Dortmund (14);
Regierungsbezirk Hannover: Hannover (15);
Regierungsbezirk Münster: Lengerich (8) und Lienen (23) im Kreis Tecklenburg;
Regierungsbezirk Minden: Bockhorst (8), Loxten (5), Peckeloh (8), Versmold (10) im Kreis Halle i.W., Niederjöllenbeck (6) im Kreis Bielefeld;
Hztm. Braunschweig: Brunkensen (7) im Kreis Holzminden;
Regierungsbezirk Kassel: Hoheneiche (7) im Kreis Eschwege, Udenhausen (6) im Kreis Hofgeismar, Neukirchen (7) im Kreis Ziegenhain;
Regierungsbezirk Hildesheim: Hoyershausen (9) und Sack (5) im Kreis Alfeld, Lindau (18) im Kreis Duderstadt, Einbeck (7), Salzderhelden (5), Sievershausen (13) im Kreis Einbeck, Eberholzen (16), Rheden (6) und Elze (10) im Kreis Gronau, Ellershausen (8) im Kreis Göttingen, Lauterberg (34) im Kreis Osterode, Zellerfeld (38), Clausthal (27), Lauthental (5), Lerbach (35), St. Andreasberg (19) im Kreis Zellerfeld.

Diese Zahlen finden ihre Erklärung und Relativierung, wenn man den Familienzuzug mit einbezieht. Laut Volkszählung von 1871 wohnten unter den 1.026 Einwohnern Georgsmarienhüttes 758 Zugezogene. Das heißt, elf Jahre nach der Ortsgründung und fünfzehn Jahre nach der Werksgründung lebten in der Gemeinde 268 Ortsgebürtige. Zugleich gab es in der Einwohnerschaft 329 Kinder im Alter bis zu zehn Jahren. Die Differenz ergibt eine Zahl von nur 61 Kindern unter zehn Jahren, die nachweislich bis 1871 mit ihren Eltern nach GMH gezogen und dort auch geblieben waren. All dies weist zunächst auf einen geringen Familienzuzug und stattdessen auf schnelle Familiengründung nach dem Zuzug hin. Doch zeigte sich bei dem Versuch, dem Familienzuzug auf die Spur zu kommen, daß zahlreiche Familien mit heranwachsenden oder schon erwachsenen Söhnen und Töchtern kamen, daß aber auch Geschwister und selbst Frauen allein nach GMH gingen.

Der Zuzug von Familien, mehreren Brüdern oder zumindest Verwandten nach GMH ist recht exakt an den Namen, Geburtsorten, Geburtsjahren und Elternberufen der Zugewanderten abzulesen. Einschränkend muß gesagt werden, daß diese Gruppe aber nur einen bestimmten Ausschnitt des Familienzuzugs wiedergibt — bedingt durch die gewählte Gesamtpopulation der Eheschließenden. Auch wurden die Heiratspartner aus dem engen Umland — überwiegend Frauen — hier nicht mit erfaßt. Da sie häufig in die Kolonie hinein heirateten, würde der Wert das Ergebnis verfälschen.

Die Ergebnisse sind in zweierlei Hinsicht überraschend: Zum einen war der Familienzuzug recht bedeutend; zum anderen relativiert die Tatsache des Familienzuzugs das häufige Vorkommen einzelner Orte in den zentralen Herkunftsgebieten der Eheschließenden, wenn daraus der Zuzug von Arbeitskräften für den GMBHV abgeleitet wird. Kamen bis 1871 nur wenige Familien mit ihren kleinen Kindern (nachweislich 61 Kinder insgesamt) nach GMH, so waren es um so

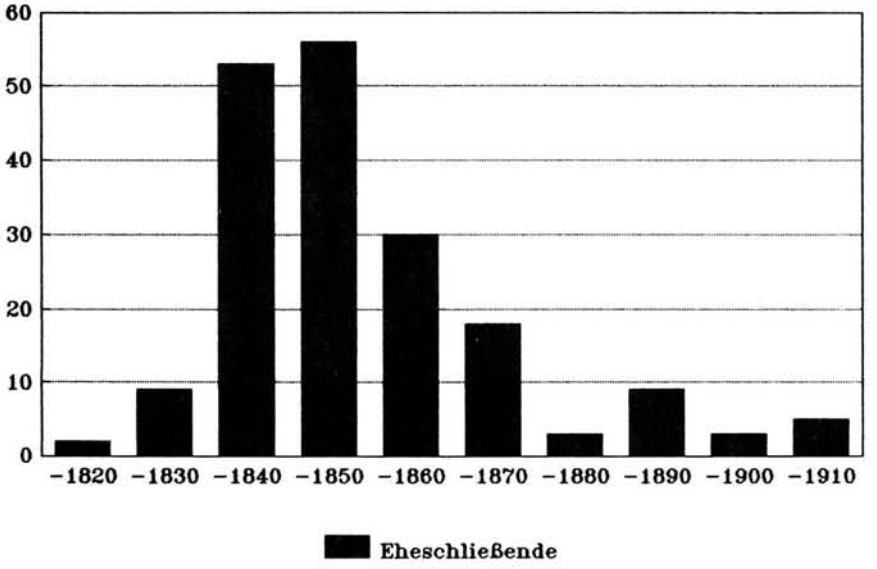
mehr Familien mit heranwachsenden Kindern bzw. Geschwister ohne Eltern. Bellstedt, Bertram, Fahlbusch, Jörns, Klages, Lucas, Pabst, Römermann, Schubert, Weisleder, Wittvogel und Zschau sind einige der Familiennamen, die mehrfach in den frühen Jahren in den Heiratsbüchern auftauchen. Sie kamen mit der Werksgründung und blieben; viele sind auch heute noch im GMHütter Adreßbuch vermerkt. Sie kamen aus den Dörfern und Städten mit auffallend hoher Zuwandererzahl: Aus den Kreisen Hofgeismar, Alfeld, Ziegenhain, Duderstadt, Einbeck, Gronau, Göttingen, Osterode, Zellerfeld und Holzminden, sämtlich in den Regierungsbezirken Kassel und Hildesheim. Nur vereinzelt stammten die Familien aus den nähergelegenen protoindustriellen Gebieten, aus den Kreisen Tecklenburg, Halle, Melle, Wittlage, Minden, sowie aus Dortmund.

Nachweislich sind 82 Mal Familien und Verwandtschaftsgruppen zugezogen. Die Auszählung nach Geschlecht der im Familien- oder Verwandschaftsverband Zuwandernden ergibt ein fast gleiches Zahlenverhältnis für Männer und Frauen. Dies deutet zunächst klar auf den Familienzuzug hin.[9] Der Schneider und Musikant Knauf aus Udenhausen im Kreis Hofgeismar kam z. B. mit fünf Töchtern, geboren zwischen 1842 und 1856. Aus der Familie Lucas aus Ellershausen bei Göttingen kamen scheinbar vier Brüder, geboren 1832-1839. Die Familie Hollborn aus St. Andreasberg im Kreis Zellerfeld/Harz kam mit fünf Personen, drei Männern und zwei Frauen, gebürtig zwischen 1828-1852. Alle hier Genannten heirateten in Georgsmarienhütte. Ähnlich verhielt es sich bei der Familie Bertram aus Lerbach im Harz, der Familie Bellstedt oder der Familie des Waldarbeiters Klages aus Lerbach, der mit vier Töchtern und Sohn zuzog und selbst später in GMH zum zweiten Mal heiratete.

Dem Familienzuzug fast gleichzusetzen ist der Ledigenzuzug mit geplanter bzw. bevorstehender Heirat. Er ist ableitbar aus der Identität des Geburtsortes des Mannes mit dem Wohnort der Frau. Ein besonderes Phänomen — wenn auch quantitativ nicht so bedeutend — war der Zuzug lediger, alleinstehender Frauen insbesondere aus Ostwestfalen und Südniedersachsen. Der Anteil der Männer, die nachweislich nach GMH zogen und deren Bräute zu Hause blieben, liegt recht niedrig. Nur 27 Männer, davon 19 allein aus dem Regierungsbezirk Hildesheim, holten in den Jahren bis 1875 ihre Frauen aus der Heimat nach. Später taucht dieses Vorauswandern des Mannes nicht mehr auf, abgesehen von zwei Ausnahmen, einem Bremser und einem Hüttenarbeiter aus dem Regierungsbezirk Minden. Ich bezweifele allerdings die Vollständigkeit dieser Statistik: Die Eintragungen im Kirchenbuch berücksichtigten eben nicht, wann die Braut in ihren zukünftigen Wohnort GMH zog. Das kann in vielen Fällen kurz vor der Heirat gewesen sein. Für die Zeit seit den 1870er Jahren kommen fast keine Fälle der Identität des Heimatortes des Mannes und des derzeitigen Wohnortes der Braut vor. Dies könnte aber einen ganz anderen Grund haben: Die Aufhebung des Trauscheinzwanges erfolgte nach der preußischen Annexion Hannovers 1867.

[9] Vgl. u.a. Marschalck, Peter, Deutsche Überseeauswanderung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1973, S. 72.

Graphik 2: Geburtsjahre der im Familien- bzw. Verwandtschaftsverband zugewanderten Eheschließenden GMHs (ohne die Landkreise Iburg und Osnabrück)



Der Trauschein wurde bis dahin von den Gemeinden vergeben und war durch den Nahrungsnachweis mit dem Wohnrecht gekoppelt. Frauen konnten somit nicht vor der Heirat in den Wohnort ihres Mannes ziehen, sie erhielten Wohnrecht erst mit der Verheiratung.

Der Familien- bzw. Verwandtenzuzug (s. Graphik 2) hörte abrupt mit dem Ende der Frühzeit des Unternehmens auf; die stärksten Geburtenjahrgänge dieser Gruppe lagen in der Zeit von 1830 bis 1850. Das Ende der Familienwanderung bestätigte sich auch in der zunehmenden Anzahl der Eheschließenden aus dem Fernbereich in der Zeit nach 1870 (s. Tab. 2), die ein Indiz für das Seßhaftwerden der vormals im Kindes- und Jugendalter Zugezogenen war und eben nicht für aktuell steigenden Zuzug. In der Zeit des Beschäftigtenabbaues — 1888 war mit 1.630 Beschäftigten erst wieder der Höchststand von 1.675 aus dem Jahre 1874 erreicht — hielt das Werk also diejenigen, die als Kinder und Jugendliche nach GMH gekommen waren.[10]

Die hohen Werte in den Tab. 3) und 4) beinhalten folgende Aussagen: Starke Wanderungsbewegung aus einzelnen Orten weist nicht unbedingt auf einen hohen Belegschaftsanteil aus diesen Orten hin. Sie bestätigt aber den Stellenwert, den der GMBHV der Ansiedlung von Familien beimaß. Die Familienwanderung wiederum gibt Antwort auf die Situation in den Abwanderungsregionen. Wo hoher Wanderungsdruck herrschte, trieb er ganze Familien fort. Von den 135 aus dem Kreis Zellerfeld Zugewanderten kamen 47 im Familienverband, darunter waren allein 24 Frauen.

Aus dem zeitlichen Verlauf und dem Umfang der Familienwanderung darf nicht der Schluß einer musterhaften Veränderung der Wanderungsweise im Zuge der Entwicklung von der Frühindustrialisierung zur Hochindustrialisierungsperiode gezogen werden, d. h. von der Wanderung im Familienverband zur individuellen reinen Arbeitswanderung.[11] Es waren hier nicht vorrangig Familien agrarischer Herkunft, die sich auf den Weg nach GMH machten: Im Familienverband kamen in der Mehrzahl Handwerker, Bergleute, Waldarbeiter, Tagelöhner und Arbeiter. Nur die Wenigen aus den Kreisen Minden, Tecklenburg, Halle, Wittlage und Melle gaben als Vaterberufe Pächter, Weber, Heuerlinge und, sofern der Vater mitgezogen war, Hüttenarbeiter an. Der zunächst häufige Zuzug im Familienverband und der abrupte Rückgang nach 1870 weisen für GMH auf ein ‚closed shop' hin: Der GMBHV bot in der späteren Zeit kaum mehr Zuwanderungsmöglichkeiten in größerem Umfang. Daher greift für GMH in der Frühphase stärker die Frage nach der Wanderungsbewegung und für die spätere Zeit die Frage nach den Kontakten zwischen Ort und Umland. Die Zuwanderung zum GMBHV zeigt paradoxerweise, daß Ledige und Familien aus Notstandsgebieten und Auswanderungsregionen in ebensolche Gebiete übersiedelten, wenn

10 S. dazu auch in diesem Teil den Bereich zur Mobilität GMHütter Jugendlicher, S. 219-227.

11 S. hierzu u.a. Bade, Massenwanderung, S. 272 und Langewiesche, Dieter, Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innerstädtische Mobilität in Deutschland 1880-1914, in: VSWG 64 (1977), H. 1, S. 1-40, hier S. 25ff.

sich dort neue Arbeitsmöglichkeit ergab, war sie auch noch so begrenzt und, im Falle des unternehmerischen oder individuellen Scheiterns, mit dem Preis des nochmaligen Weiterzuges zu bezahlen.

Die regionale und soziale Herkunft der Bewohner des Ortes GMH unterschied sich jedoch von der Gruppe der insgesamt im unmittelbaren Umland, hier im benachbarten Amt Iburg, ankommenden und erfaßten Zuwanderer. Der Vergleich zwischen Kolonie und Umland zeigt, daß für die Frühphase des GMBHV mit den Werksangehörigen in der Gemeinde GMH ein bestimmter Ausschnitt der Belegschaft vorgestellt wird. Zumindest jene, denen in der Frühphase vom Werk Wohnrecht und Wohnung in GMH zugeteilt wurde, sollten nach strenger Auslese als „eine bevorzugte Klasse" aufgenommen werden. So lautete es in der Antragsbegründung des Verwaltungsrates für eine Werksgemeinde 1858.

Eindeutig konnten über die Vergabe der Heiratserlaubnis Arbeiter am Ort gehalten werden: In den Jahren 1856 bis 1870 heirateten im Ort GMH 229 Männer und 226 Frauen bei 240 Trauungen insgesamt: 71% von ihnen blieben in GMH wohnen oder die Frau bzw. der Mann holten den Partner zu sich in die Kolonie. Ca. 25% suchten sich ein Unterkommen innerhalb des Kirchspiels und damit ebenfalls im engen Einzugsbereich des Werkes.

Nur 3,6% (= 21) der Heiratenden aus dieser Gruppe der 240 Trauungen, von denen mindestens ein Partner in GMH wohnte, verließen Ort und Kirchspiel GMH bzw. der Partner zog zum anderen nach außerhalb. Der zukünftige Wohnsitz war zwar nur in ca. 50% der Fälle eingetragen, für die Zeit bis 1870 jedoch liegt er fast vollständig vor. 21 Wegzüge sind ein niedriger Wert, zumal sie überwiegend in die Frühzeit des Werkes und der Gemeinde 1856-1870 fielen. Einschränkend gilt für diese Zeit, daß die Eintragung eines außerhalb liegenden zukünftigen Wohnortes noch nicht einmal gleichbedeutend mit einem Wegzug gewesen sein muß. Oft hatten die Eheschließenden lediglich zur Zeit der Heirat noch kein Wohnrecht in GMH. Sie mußten notgedrungen den Heimatort als Wohnsitz angeben und wurden somit auch nur in den für GMH zuständigen Pfarreien aufgeboten.[12]

Vor dem Hintergrund dieser dreifachen Bindung durch Arbeit, Wohnung und Heirat sind die extremen Unterschiede in der regionalen Herkunft der im Amt Iburg Ankommenden gegenüber denjenigen zu sehen, die später im Ort GMH Wohnrecht erhielten und heirateten. Die stärksten Abweichungen gab es zwischen den westfälischen und den Harzer Zuwanderern. 138 zogen in den Jahren 1858 bis 1865 aus den Regierungsbezirken Minden und Münster in das Amt Iburg, aber nur 43 aus diesen Regierungsbezirken heirateten in GMH. Umgekehrt zogen 30 Zuwanderer aus dem Harz in das Amt Iburg, hingegen heirateten 107 allein in GMH. Das Werk suchte die Wohnberechtigten unter allen Ankommenden aus und wählte dabei überwiegend Männer aus dem Raum Hildesheim und dem Harz. Sie kamen aus wirtschaftlichen Krisengebieten und waren eher bereit zu bleiben und zu relativ niedrigen Löhnen zu arbeiten. Auf der anderen

12 S. zur Handhabung des Domizil- und Trauscheinwesens Teil A, Kap. 2.1, S. 36ff.

Seite wollten viele Zuwanderer aus dem Nahbereich, wie die Kreise Halle und Minden zeigen, nicht auf Dauer beim GMBHV oder, anders gewendet, Industriearbeiter bleiben.[13]

Tab. 5: Zuzüge und Wegzüge der Arbeiter des GMBHV im Amt Iburg 1858-1865[14] und Heiratende in GMH 1856-1870 nach regionaler Herkunft

Herkunftsgebiete	Amt Iburg: Zuzüge		Wegzüge		GMH: Heiratende	
Harz	30		9		107	
übriges Kgr. Hannover ohne Landdr. Osnabrück und Harz	15		8		120	
Kreis Halle i.W.	68		17		6	
Kreis Herford	16		5		16	
Kreis Bielefeld	3	138	3	44	4	43
Kreis Minden	30		9		4	
Kreis Tecklenburg	12		5		10	
Kreis Münster und andere Kreise des Reg.bez.	9		5		3	
Ruhrgebiet	7		6		3	
übriges Dt. Reich	34		21		72	
	224*		**88***		**345***	
Ämter Osnabrück und Iburg	66		7		100	
Restliche Landdrostei	10		—		20	

* ohne die Landdrostei Osnabrück, d.h. auch ohne die Ämter Iburg und Osnabrück.

Im Amt Iburg standen die Zu- und Abwanderer aus den sieben Kreisen der westfälischen Regierungsbezirke Minden und Münster 1857-1865 im Verhältnis 138:44. Die in 33 von 44 Fällen angegebenen Zielorte in der Gruppe der Abwanderer unterteilen sich folgendermaßen: 18 x Heimat, 14 x neuer Zielort, wovon 6 x Essen und 5 x Osnabrück genannt wurden, nur ein Arbeiter zog in das an GMH angrenzende Dorf Mentrup.[15] Die Verbleibdauer beim GMBHV war gering, zum Teil wenige Tage, häufig nur über den Winter von September bis April; dies traf insbesondere auf die Zuwanderer aus dem Raum Minden-Ravensberg und Münster zu.

13 Die Zusammenhänge werden im einzelnen in Kap. 2.1 näher dargestellt.

14 Auswertung des „Verzeichnis der ausgestellten Arbeitserlaubnisscheine für Arbeiter beim GMBHV" 1858-1865 im Amt Iburg, Verzeichnis abgedruckt bei Ott, Kohle, S. 389-399; s. auch ebd., S. 207.

15 Ausgezählt nach Ott, Kohle, Anhang 2.

Die überraschend geringe Zahl der Ansiedler aus dem Westfälischen im Ort GMH — es gab nur 43 Eheschließende in den ersten 15 Jahren — hat ihren Grund in der sozialen Struktur: Von den insgesamt 43 Arbeitern stammten 81,13% aus der Landwirtschaft, darunter 79,07% aus unterbäuerlichen Schichten. Wenn Ott schreibt, aus dem südlichen Kreis Iburg und dem Ravensberger Land, insbesondere aus dem Kreis Halle i.W. müßten sich „halbe Dörfer" auf den Weg nach GMH gemacht haben,[16] so trifft das für diese Zeit eindeutig nur auf die Quartiernahme außerhalb GMHs im Amt Iburg zu. Tab. 2) zeigt für den Zeitraum 1871-1894 zwar bei den Männern eine Zunahme aus Radius 3 und damit den höchsten Stand, insgesamt ist dies aber das Einzugsgebiet, aus dem neben den weit entfernten Regionen in Radius 5 die wenigsten Zuwanderer kamen.

Ein Bericht der Direktion des GMBHV an das Oberbergamt Münster vom 29.10.1867 erhellt den Hintergrund:

„Außer aus nächster Nähe, besonders aus den Gegenden, wo früher eine ziemlich bedeutende Leinenindustrie für Handgespinst und die damit verbundenen Handarbeiten für Aufbereitung des Flachses bestand, welche Arbeit durch Maschinenaufbereitung und -spinnerei wesentlich geändert ist, kommen die Arbeiter periodisch und arbeiten mit Zurücklassung ihrer Familien 6 Monate bis 1 Jahr und auch wohl darüber hinaus, kehren dann aber mit einigem ersparten Gelde wieder zur heimathlichen Scholle zurück und treten andere dafür ein. [...] Auf längere Perioden von mitunter 2-3 Jahren kommen nun Arbeiter aus dem Hessischen, dem Thüringischen, dem Eichsfelde und dem Harz, welche jedoch ihre Familien nicht mitbringen, dieselben von hier aus unterstützen oder auch mit den Ersparnissen nach einiger Zeit zurückkehren."[17]

Die Auswertung der westfälischen Zuwandererzahlen für den gesamten Untersuchungszeitraum 1856-1933 aus den Kreisen Halle, Bielefeld, Herford, Minden, Tecklenburg, Münster, Melle ergibt unter den Eheschließenden in GMH exakt 200; bei insgesamt 238 aus Radius 3 zeigt sich hier ein deutlicher Schwerpunkt. In der sozialen Herkunft überwog weiterhin der Anteil der ländlich-agrarischen Bevölkerung mit 52,66%, darunter der der unterbäuerlichen Schichten mit 88,89%. Die übrigen Berufe, weitgehend schon die Vaterberufe in der Industrie, betrugen immerhin 36,17% (21 x ohne Angabe). Damit ist nicht gesagt, daß sich die Klientel veränderte, die direkt aus den westfälischen Landkreisen kam. Es können — und dies muß offen bleiben — eben die in der Heimat gebürtigen Söhne zugewanderter Familienväter sein, die inzwischen aus der Landwirtschaft in die Industrie abgewandert waren.

„Halbe Dörfer" hingegen kamen aus dem Harz bzw. dem Regierungsbezirk Hildesheim. Die Zuwanderung aus dem unmittelbaren bzw. mittelweiten Einzugsbereich einerseits und agrarisch-ländliche Herkunft andererseits waren dem-

16 Ott, Kohle, S. 206,49. Ott vermutet daher aufgrund seiner Zahlen insgesamt aus der ostwestfälischen Gegend den „stärksten Zustrom nach GMH".

17 Zit. nach ebd., S. 206.

nach aus Sicht des Werkes Indizien für unsichere Arbeitskräfte. Für sich standen dabei die mobilen Fernwanderer, die bei zu geringer Entlohnung schnell bereit waren, die Georgsmarienhütte wieder zu verlassen. 93 blieben nicht beim GMBHV, das entspricht 40,18% der zwischen 1858 und 1865 in das Amt Iburg Zugewanderten.[18] Eindeutig waren diejenigen eher bereit, nochmals zu wandern, die schon eine Fernwanderung auf sich genommen hatten. Sie kamen überwiegend aus dem „Ruhrgebiet" und dem „übrigen Deutschen Reich" (s. Tab. 5). Unter den Berufen waren dies häufig die Qualifizierten.[19] Hätte der GMBHV diese qualifizierten Arbeitskräfte — und das galt auch für die Einheimischen — halten wollen, so wären mehr Wohnungen nötig gewesen und vor allem höhere Löhne.

Die geringe Zahl der Abwanderer unter den Einheimischen ist irreführend, denn bis auf wenige Ausnahmen wurden für die lokalen Arbeitskräfte erstmals ab 1862 Arbeitserlaubnisscheine ausgestellt. Hieraus abzuleiten, es hätte in den Jahren zuvor keine Einheimischen im Werk gearbeitet, erschiene mir — trotz der bekannten Abneigung der Einheimischen gegenüber dem Werk — als zu einseitig. Vermutlich wurden den Einheimischen zuvor von den Behörden überhaupt keine Arbeitserlaubnisscheine ausgestellt, die ja wesentlich Voraussetzung für die Quartiernahme und somit für Einheimische überflüssig waren.

In dem genannten Bericht des Direktor Wintzer vor der Eisenenquête-Kommission in Berlin 1878 ist belegt, daß erst ab 1867 die Auswanderung stark abnahm. Zuvor habe das Werk gerade durch die kurzzeitigen Arbeitsmöglichkeiten die Auswanderung „indirekt gefördert".[20] 66 Personen aus dem Umland erhielten 1862/1863-1865 einen Arbeitserlaubnisschein beim GMBHV, dies entspricht immerhin ca. einem Fünftel aller überlieferten ausgestellten Scheine 1858-1865. Die Arbeiter kamen fast ausschließlich aus dem Raum Oesede und Hagen als direktem Umland des Werkes. Neun Mal wurde angegeben „wohnt bei Eltern", drei Mal eine eigene Familie.[21]

Über die sozioökonomischen Verhältnisse hinaus wurde für den Unterschied zwischen Kolonie und Umland die Konstellation der Konfessionen mitentscheidend. Katholiken kamen nur in geringer Zahl im Zuge der Arbeitswanderung: 440 der insgesamt 680 stammten aus GMH, dem engen Umland und aus den Landkreisen Iburg und Osnabrück; 240 hingegen aus dem Radius jenseits der Landkreise Iburg und Osnabrück. Diese wenigen Katholiken zogen — anders als der große Strom der über 1.200 evangelischen Zuwanderer — in konfessionelles Heimatland. Das südliche Osnabrücker Land war überwiegend katholisch. Hüt-

18 Es ist anzunehmen, daß der Wert noch höher lag; denn in unserem Falle ist der erfaßte Zuwanderungszeitraum mit dem Abwanderungszeitraum identisch, doch müßte an sich der Erfassungszeitraum für die Abwanderung weiter ausgedehnt werden. Ott, S. 211, gibt für die folgenden Jahre 1866/67 noch 15 nicht genauer differenzierte Wegzüge an.

19 Ott, Kohle, S. 206 und Anhang 2. So u.a. auch, hier am Beispiel Leipzig, Zwahr, Konstituierung, S. 156.

20 Protokolle, 1877, S. 259. S. auch oben Kap. 1.1, S. 193.

21 Errechnet nach Ott, Kohle, Anhang 2 und S. 207.

tengründung und Zustrom der Evangelischen geschahen in einer Zeit und in einem Ort, in dem, wie der evangelische Hüttendirektor Wintzer 1875 schrieb, „nicht einmal ein lutherischer Dienstbote, geschweige denn eine sonstige Steuerkraft für die Katharinengemeinde [zuständige ev. Pfarre in Osnabrück, s.m.] nachzuweisen gewesen wäre."[22]

Die katholischen Zuwanderer verteilen sich nach ihrer Herkunft auf das gesamte Reich. Für die Männer galt folgende Verteilung nach Geburtsorten:

103 aus dem Landkreis Iburg;
93 aus dem Landkreis Osnabrück, davon 35 gebürtig in GMH;
17 aus dem Landkreis Duderstadt, davon 13 mal aus Lindau;
9 aus dem Landkreis Melle;
119 weitere Katholiken verteilten sich mit einer Häufigkeit von 1-4 pro Kreis auf die Gesamtheit des übrigen Deutschen Reiches.

Bei den Frauen war die Zuordnung noch extremer. Es stammten
118 aus dem Landkreis Iburg;
126 aus dem Landkreis Osnabrück, davon 69 gebürtig in GMH;
5 aus dem Landkreis Alfeld, davon 4 mal Lamspringe;
90 weitere Katholikinnen verteilten sich wie bei den Männern mit einer Häufigkeit von 1-4 pro Kreis auf das übrige Deutsche Reich.

Mit dieser konfessionellen Konstellation entstand ein weiterer Gegensatz zwischen einheimischer katholischer, überwiegend in der Landwirtschaft tätiger Bevölkerung und den lutherischen, in der Montanindustrie beschäftigten Fremden. Darüber hinaus bot diese Konstellation eine willkommene Bühne für das Unternehmen, den Ort gegenüber dem Umland abzuschließen. Die evangelischen Direktoren des GMBHV haben hier bis in den Einzelfall mitgewirkt. Über die Vergabe des Wohnrechtes hatten sie eine direkte Steuerungsmöglichkeit. Solche konfessionellen Bevorzugungen waren nicht ungewöhnlich. Im Ruhrgebiet etwa gaben Kirdorf (Gelsenkirchener Bergwerks AG) und Grillo (Schalke) evangelischen Ostpreußen den Vorzug, während katholische Unternehmer wie Thyssen (Hamborn) lieber katholische Westpreußen in ihren Werken sahen.[23] Was in der Besiedlung der Kolonie angelegt war, verstärkte sich im Laufe der Zeit: Die Zahl der Katholiken sank seit den 1880er Jahren im Zuge der Konsolidierung der Gemeinde.

Daß die Anwerbung speziell evangelischer Arbeiter von Beginn an gezielt erfolgte, kann nur vermutet werden. Die spätere Politik des GMBHV läßt diesen Schluß durchaus zu. Ebenso wahrscheinlich ist es, daß eine Bevorzugung bei der Annahme bzw. Anwerbung von Arbeitskräften nach der Herkunft aus dem Kgr. Hannover erfolgte: Somit resultierte der Überhang der protestantischen Zuwan-

22 Schreiben Direktor Wintzer an den Verwaltungsrat in Hannover vom 6.8.1875, Dep 49b A, Nr. 117.

23 Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 242. S. auch Teil E, Kap. 2 und 3. Die Katholiken Thyssen und später Klöckner blieben Ausnahmen innerhalb der evangelischen Großindustriellenschaft des Ruhrgebiets. Ebd., S. 217.

derer aus ihrer Herkunft aus dem Königreich bzw. der späteren Provinz Hannover. Es entspräche dem Charakter der hannoverschen Industrieförderung, wenn bei der Konzessionserteilung an den GMBHV die Vorstellung mitbestimmend gewesen wäre, Fabriken des eigenen Landes sollten Einheimische ernähren. Diese Einschätzung aus der Zeit der Gewerbeförderung und des Gewerbefleißes wirkte in Hannover noch bis 1866. Ein Beispiel dafür war die zusätzliche Einführung von Leggen zur Reaktivierung des Leinengewerbes auf dem Lande noch in den 1850er Jahren.[24] Der Aspekt der Konfession gewann schließlich für den GMBHV noch aus einem weiteren Grund an Bedeutung: Die katholische Kirche kannte im Vergleich zur evangelischen weit mehr Feiertage; und später sollte es wegen dieser Feiertagsfrage zum größten Streik in der Werksgeschichte kommen.[25]

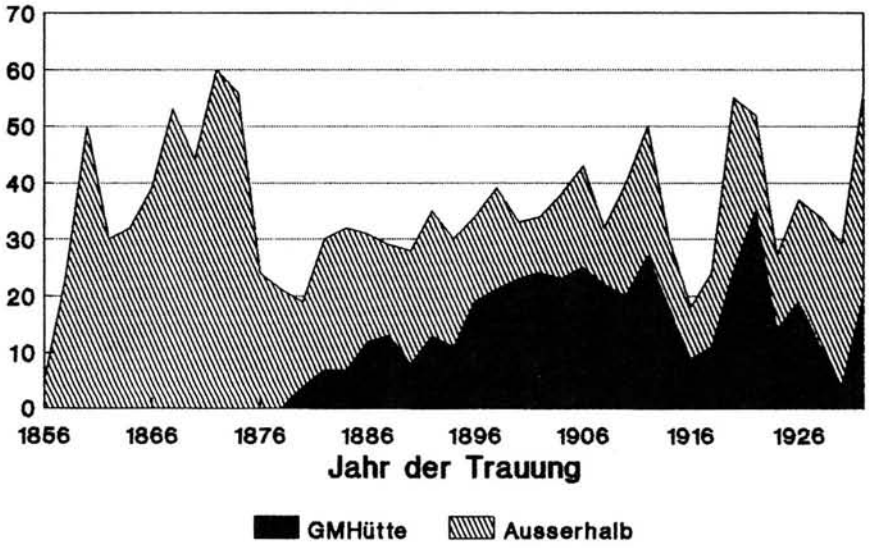
1881 heirateten die ersten in GMH gebürtigen Frauen, zwei Jahre später der erste in GMH gebürtige Mann. In der Zeit des Steilanstiegs der Einwohnerzahlen von der Ortsgründung bis zum Jahre 1875 auf 1.591 drängten sich die Eheschließungen. Niemals wieder wurden so viele Ehen in Georgsmarienhütte geschlossen wie in den ersten 15 Jahren nach Gründung der Gemeinde. Im Jahr der Gemeindegründung stieg die Zahl auf 29: Fast 4% der Bewohner heirateten, nachdem im Jahr zuvor nur 13 Ehen in der Kolonie geschlossen wurden. Den Höchststand erlebte GMH mit 39 Trauungen im Jahre 1875.

Ende der 1870er und zu Beginn der 1880er Jahre wurde GMH mehr und mehr zur Heimat, zum bleibenden Wohnort für viele Familien über Generationen hinweg. Ein langsamer Prozeß des Heimischwerdens setzte ein. Zwanzig Jahre nach der Gründung des Werkes hatten sich Werk und Gemeinde konsolidiert: Das Werk stand wirtschaftlich gefestigt da, die Zeit des Arbeitskräftezuzugs und -mangels war vorüber, Wohnraum vorhanden. Der nun einsetzende Ausbau GMHs zu einer autarken Ortschaft ging einher mit dem Aufbau eines Arbeiterstammes.[26] In der Folge rekrutierte sich die Bevölkerung immer stärker aus dem Ort und aus dem Umland:

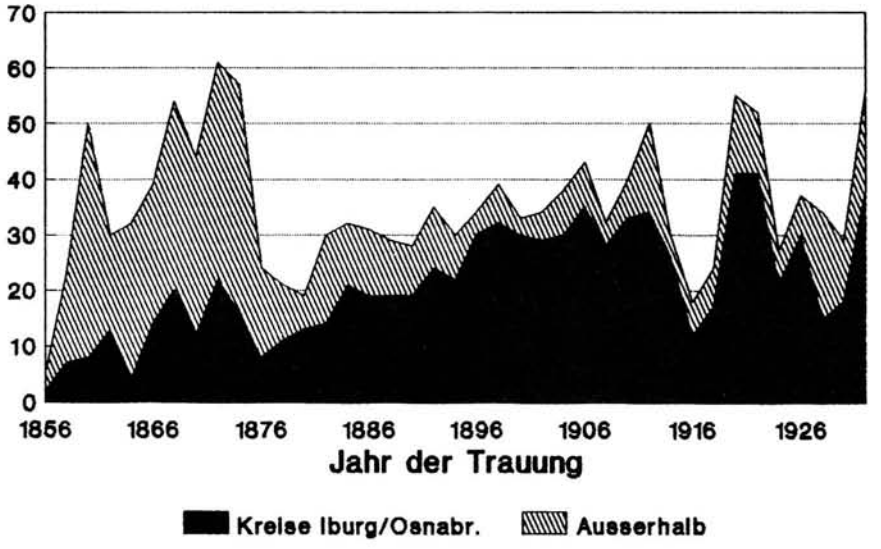
Zunahme der Bevölkerung bis 1875	ab 1875 Stagnation der Heiratszahlen auf niedrigerem Niveau, ab 1875 Stagnation der Bevölkerungzahlen und ab 1885 der Konfirmationszahlen auf hohem Niveau;
hohe Heiratsquote bis 1875	Tendenz zur Rekrutierung aus dem Ort heraus sowie aus den Landkreisen Iburg und Osnabrück;
Zunahme der Konfirmationen bis Mitte der 1880er Jahre;	ab 1885 kaum noch auswärtig geborene Konfirmanden.

24 Vgl. dazu auch am Beispiel Baden Fischer, Baden, S. 119, 122f.
25 S. dazu Teil E, Kap. 2, S. 343f und ebd., Anm. 60.
26 S. dazu auch Teil C, Kap. 3, S. 140.

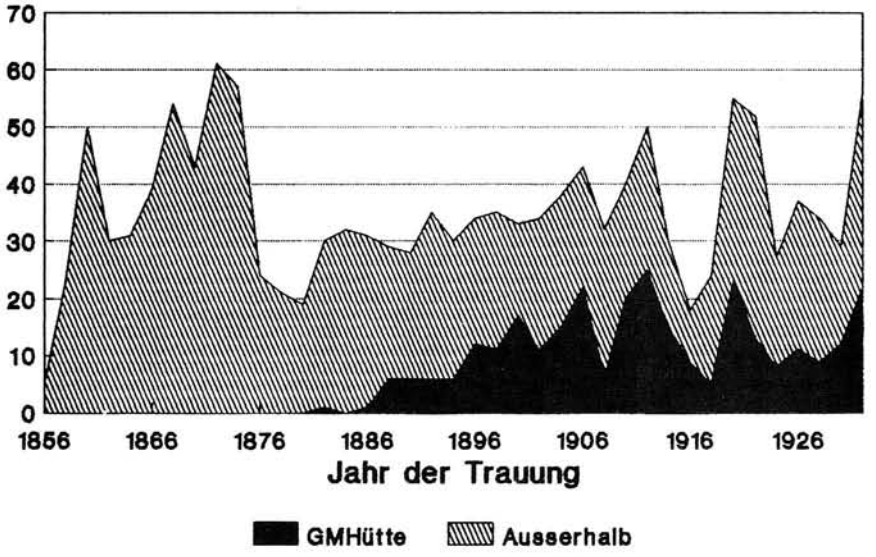
Graphik 3: Herkunft der heiratenden Frauen 1856-1933
Bezug: Geburtsort GMH bzw. Geburtsort außerhalb



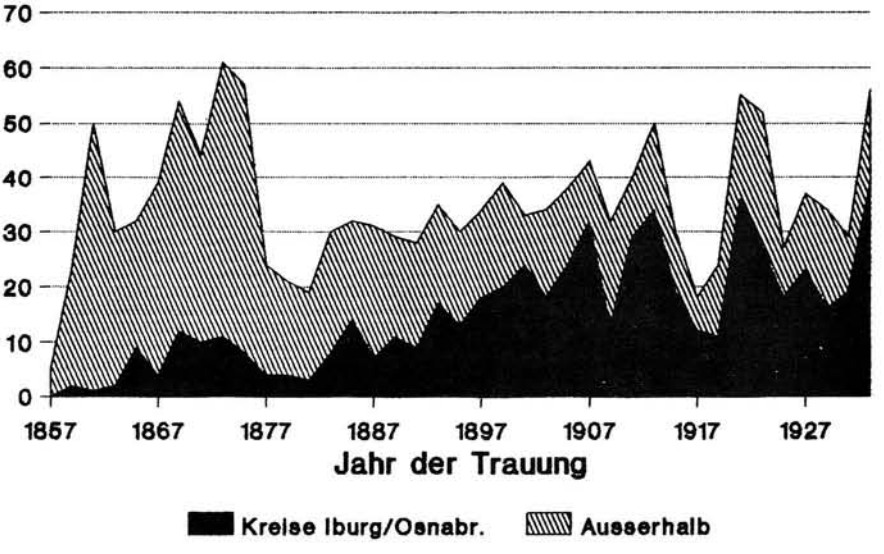
Graphik 4: Herkunft der heiratenden Frauen 1856-1933
Bezug: Geburtsort in den Landkreisen Iburg und Osnabrück bzw. Geburtsort außerhalb



Graphik 5: Herkunft der heiratenden Männer 1856-1933
Bezug: Geburtsort GMH bzw. Geburtsort außerhalb



Graphik 6: Herkunft der heiratenden Männer 1856-1933
Bezug: Geburtsort in den Landkreisen Iburg und Osnabrück bzw. Geburtsort außerhalb



Der Abbau des Bevölkerungsüberschusses in GMH war nun gleichbedeutend mit der Abwanderung Jugendlicher. Die Einwohnerzahlen in GMH stiegen zwischen 1885 und 1910 nur noch geringfügig: 1.785 Einwohner im Jahre 1885 gegenüber 2.046 im Jahre 1910, das ergibt einen Zuwachs von 261. Die natürliche Zuwachsrate (Geborenenziffer minus Sterbeziffer) im Zeitraum 1885-1910 lag mit 1.251 jedoch weit darüber,[27] und hieraus hätte sich, ohne Zu- und Abwanderungen, 1910 eine Einwohnerzahl von 3.035 ergeben.

Die Differenzierung des Bevölkerungsüberschusses zeigt zweierlei: Zum einen den hohen Anteil Jugendlicher und Lediger unter den Abwanderern, zum anderen — bezogen auf das Bevölkerungswachstum und die Wanderungsverluste — ein ungleiches Verhältnis zwischen den Konfessionen. 1885 lebten 74,6% Protestanten und 25,4% Katholiken in GMH. Bis 1900 verschob sich das Verhältnis zugunsten der Evangelischen auf 83% zu 17%. Bis 1905 stieg dann der Katholikenanteil zwar wieder auf 23% an; das aber war hier bedingt durch den leichten Rückgang der evangelischen Bevölkerung sowie, zu über 50%, durch den Zuzug katholischer Ausländer nach GMH, fast ausschließlich italienischer Bauarbeiter. Die Zuwachsrate unter der katholischen Bevölkerung war besonders stark: Der Geburtenüberschuß betrug im Zeitraum 1885-1910 bei den Katholiken 80%, bei den Evangelischen nur 55%.

Über den Verbleib der Bewohner ist folgendes bekannt: Ein Geburtenüberschuß von 1.251 und ein Anwachsen der Einwohnerschaft von absolut 261 ergibt einen Wanderungsverlust von mindestens 990 ohne Einbeziehung der Fluktuation. Zugleich zeigten die deutlich abnehmenden auswärtigen Geburtsorte der Konfirmanden und der Eheschließenden in beiden Konfessionen ab 1885 einen geringen Zuzug in den Ort an. Zugleich verließen nachweislich 412 ledige evangelische Konfirmanden/innen den Ort und das Kirchspiel.[28] Wegzug ist dabei so definiert, daß die Konfirmanden weder im Kirchspiel heirateten noch starben. Es verbleibt ein restlicher Wanderungsverlust von 578. Bei insgesamt sinkendem Bevölkerungsanteil und einem Geburtenüberschuß unter den Katholiken von 80% (= 542) verbargen sich hinter diesen restlichen 578 Abwanderern eindeutig die Katholiken.

Zur Mobilität der erwachsenen Einwohner gibt es über diese allgemeinen Aussagen hinaus nur wenige Hinweise für einzelne Jahre: Über den Wegzug liegen für 1885/86 und 1892/93 Anzahl und Berufe aus der Gruppe der Steuerzahler vor. 1885/86 verließen 7,2% (= 33) der 469 männlichen, erwachsenen Beschäftigten den Ort: 1 Schlosser wanderte in die USA aus, 26 zogen fort, im einzelnen 15 Handwerker, 8 Arbeiter, 3 Knechte, 1 Sekretär, 1 Kellner, 1 Kontorist, 2 Techniker, 1 Eisenbahnbauführer, 1 Lehrer, 1 Former. 25 gaben an, auf Wan-

---

27 1.301 evangelische Geburten bei 592 Todesfällen und 676 katholische Geburten bei 134 Sterbefällen.

28 Hierbei wurde der Erfassungszeitraum der Konfirmationsjahrgänge vorgezogen — 1876 bis 1905 —, um die Jugendlichen ins Heiratsalter kommen zu lassen oder in das Alter, um den Ort verlassen zu können.

derschaft zu gehen: 8 Arbeiter, 13 Handwerker, 2 Bergleute, 1 Former, 1 Knecht.[29] 1892/93 verließen von den 500 Steuerzahlern 7,8% den Ort: Drei wanderten aus, 36 zogen fort, 2 gingen auf Wanderschaft. Es waren dies wiederum — entgegen den bekannten Ergebnissen der höheren Fluktuation unter den Unqualifizierten[30] — die besseren Berufe und in überproportionalem Maße auch die nicht im Werk Beschäftigten.[31] 21 Mal ist der Zielort angegeben: Nur 6 Werksangehörige zogen in Nachbargemeinden, 6 nach Westfalen und ins Ruhrgebiet, je 2 nach Diepholz und Hamburg, je einer nach Thüringen, Nürnberg und drei nach Linden bei Hannover. Da ein Arbeitsplatzwechsel in GMH und Umgebung schwerlich möglich war, blieb der Wegzug hier gleichbedeutend mit dem Verlassen des Arbeitsplatzes beim GMBHV. Die wenigen Werksberufe deuten auf eine sehr geringe Fluktuation in der Belegschaft hin.[32] Im folgenden wird gezeigt, daß es — neben den Katholiken — überwiegend junge und sehr junge Leute waren, die den Ort verließen.

Die Abwanderung Jugendlicher wurde über die Namen der Konfirmanden erfaßt. 1.587 Jugendliche Schulabgänger, 786 Jungen und 801 Mädchen, wurden in der Evangelischen Lutherkirche in GMH 1869-1905 konfirmiert. Die Konfirmation und die Schulentlassung, beides mit der Vollendung des 14. Lebensjahres, markierten das Ende der Kindheit und den Beginn des Berufslebens. Oft beantragten die Eltern eine vorgezogene Konfirmation bei ihrer Superintendentur als zuständigem Schulaufsichtsorgan, obwohl die Kinder noch zur Schule gingen und das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten. Sie begründeten den Antrag mit der häuslichen Not und erklärten, „der Hilfe der Kinder dringend im Hause zu bedürfen." Doch kaum hatte die Konfirmation stattgefunden, gingen die Kinder in die Fabrik. Die Frage dieser sogenannten minorennen Konfirmanden wurde auf den Bezirkssynoden des Einzugsbereiches der Superintendentur Georgsmarienhütte mehrmals beraten und und beklagt.[33]

Zumindest die 786 männlichen Konfirmanden standen damit vor dem Eintritt ins Arbeitsleben, die Mädchen warteten notgedrungen auf den Heiratspartner, denn nur 6,4% der Mädchen übten zur Zeit ihrer Hochzeit einen Beruf aus. Die Arbeit kannten Jungen wie Mädchen aber schon vor dem 14. Lebensjahr: Bee-

29 Rep 350 Osn, Nr. 1006, Rolle der Wegeverbandsleistungen 1885/86.

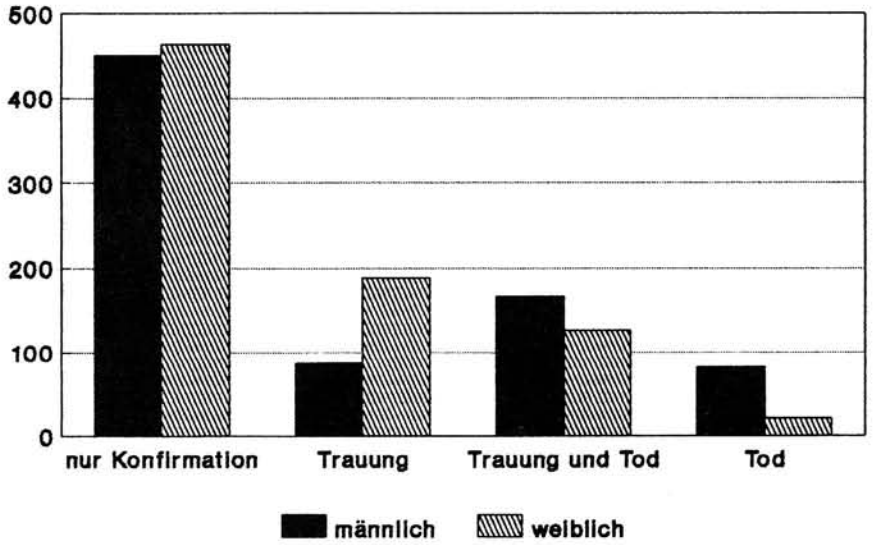
30 So u.a. Crew, Bochum, S. 79f.

31 Rep 350 Osn, Nr. 875, Steuerrolle für 1892/93.

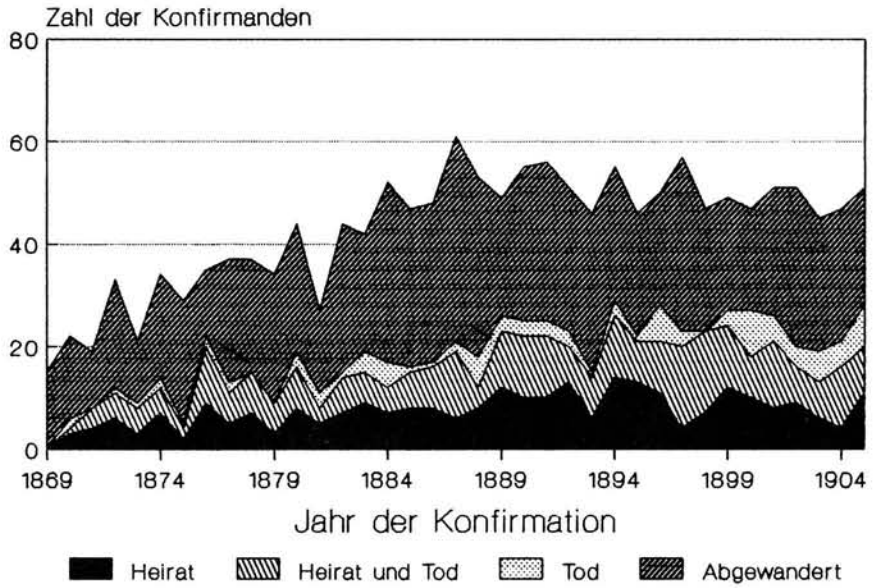
32 Die Austritte aus der Gesamtbelegschaft bei den MAN-Betrieben in Augsburg und Nürnberg lagen — allerdings für einen längeren Zeitraum beobachtet — weit höher. S. Rupieper, Hermann-Josef, Regionale Herkunft, Fluktuation und innerbetriebliche Mobilität der Arbeiterschaft der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN) 1844-1914, in: W. Conze, U. Engelhardt (Hg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß, Stuttgart 1917, S. 94-113. Zur Fluktuation in einer Stadt, hier Bochum, s. Crew, Bochum, S. 69-85. Hier zeigte sich auch, daß die unqualifizierten Kräfte eher zur Weiterwanderung bereit waren, was sich in GMH nicht bestätigte.

33 S. dazu Protokolle der 11. Bezirkssynode der 1. Osnabrückischen Inspektion Georgsmarienhütte, Hannover 1886, S. 14 und der 18. Bezirkssynode, Hannover 1900, S. 28ff; Zitat ebd., S. 31; Archiv der Lutherkirche in GMH.

Graphik 7: Erfassung der männlichen und weiblichen Konfirmanden der Konfirmationsjahrgänge 1869-1905 in den Georgsmarienhütter Kirchenbüchern



Graphik 8: Erfassung der männlichen und weiblichen Konfirmanden der Konfirmationsjahrgänge 1869-1905 im zeitlichen Verlauf



rensammeln, Arbeit in den Forsten des GMBHV, auf den Feldern und in den Gärten bot Gelegenheit zum Nebenverdienst für die Familie durch Frauen und Kinder.[34] Obwohl der GMBHV ein wachsendes Unternehmen war, blieb das Angebot der Schulabgänger bei weitem zu groß.

Die Konfirmanden wurden entsprechend ihrer Erfassung in den Kirchenbüchern, d.h. den Konfirmanden-, Heirats- und Sterbebüchern des lutherischen Kirchspiels, in vier Gruppen unterteilt:

a. die im Kirchspiel Heiratenden bzw. Aufgebotenen (275);
b. die im Kirchspiel Heiratenden und Gestorbenen (294);
c. die im Kirchspiel ledig Gestorbenen (104);
d. diejenigen, die weder im Kirchspiel Georgsmarienhütte heirateten noch starben (914).

Die Gruppe der ledigen Abwanderer war mit Abstand die größte: Sie umfaßte 914 der insgesamt 1.587 jungen Leute und war mehr als doppelt so groß wie die Gruppe der Seßhaften (b + c) mit 398 Konfirmanden, in Prozent 57,59 zu 25,08. Eine Mischgruppe (a) stellten mit 17,33% diejenigen 275 Eheschließenden, die zur Heirat oder irgendwann später mit ihren Familien das Kirchspiel verließen.[35]

Die These von der Mobilität im Junggesellenalter bestätigt sich also auch in GMH.[36] Die gewerblich und infrastrukturell autarke Kolonie erwies sich damit insofern als offene Gemeinschaft, als 57,59% der evangelischen Jugendlichen das Kirchspiel verließen; nur auf den Ort GMH beschränkt waren es 52,8%. Dies bedeutete zugleich Kontakte auf der Verwandschafts- und Bekannschaftssebene nach außen und von außen in den Ort hinein.

Der zeitliche Gesamtverlauf der Konfirmationszahlen (s. Graphik 8) entspricht im Trend der Entwicklung der Einwohnerzahlen und — ca. 14 Jahre zeitverschoben — dem Auf und Ab im Kurvenverlauf der Heiraten. Die Spitzen in den Konfirmationsjahrgängen spiegeln exakt die starken Heiratsjahrgänge wider.

---

34 S. auch Müller, I, 2. Teil, S. 70: Der Chronist Müller, der ja als Vorsitzender des Aufsichtsrates die Verhältnisse mehr oder weniger aus der Nähe gekannt hat, schrieb den GMHüttern großen „Heimatsinn" zu: „Die Regel ist, daß sämtliche jungen Leute sich bereits vor der Konfirmation zur Arbeit auf dem Werke melden, und je nach ihrer Tätigkeit, soweit Platz vorhanden, zur Lehre in den Werkstätten zugelassen werden. Geht der eine oder der andere in die Fremde, so pflegt er bald den Wunsch nach Rückkehr zu hegen und um Arbeit zu bitten. Junge Leute, welche nicht sofort in den Werkstätten Aufnahme finden, oder körperlich noch nicht genügend entwickelt sind, werden nach Tunlichkeit in den Forsten oder in sonst geeigneter Weise beschäftigt, bis ein Platz für sie offen ist."

35 Spricht man heute mit Mitbürgern des Ortes Georgsmarienhütte über die inzwischen gebannte Gefahr der Stillegung des Werksstandortes, stößt man auf den unvorstellbaren Gedanken, die Stadt eventuell verlassen zu müssen. Abwandererzahlen wie diese wurden selbst für diese frühe Zeit skeptisch betrachtet.

36 Vgl. u.a. Louis, Henry, Die Kirchenbücher als demographische Quelle, in: W. Köllmann, P. Marschalk (Hg.), Bevölkerungsgeschichte, Köln 1972, S. 220-230, hier S. 227; Crew, S. 73f.

Aus dem hohen Plateau der Konfirmandenzahlen ab 1884 spricht zugleich die Konsolidierung der Ortsbevölkerung ab den 1870er Jahren.[37]

Tab. 6: Mobilität der Konfirmanden 1869-1905

Wohnort/ Geschlecht	a: Heirat	b: Heirat und Tod	c: Tod	d: weder/ noch	Summe
GMH — männl.	71	146	64	321	**602**
GMH — weibl.	157	108	17	311	**593**
Umland — männ.	11	18	16	93	**138**
Umland — weibl.	24	18	3	113	**158**
Sonstige — männl.	5	3	2	37	**47**
Sonstige — weibl.	7	1	1	40	**49**
Summe	**275**	**294**	**103**	**915**	**1587**

Tab. 6) gliedert die 1587 Konfirmanden des evangelischen Kirchspiels GMH nochmals nach Wohnort und Geschlecht: 1.195 wohnten in GMH, 296 in den angrenzenden Nachbargemeinden Hagen (19), Hasbergen (73), Holzhausen (44), Malbergen (25), Oesede (135). Weitere 96 lebten zwar in GMH, der offizielle Wohnort lag jedoch außerhalb des Kirchspiels. Den größten Anteil der Abwanderer stellten die außerhalb GMHs Wohnenden: Von den insgesamt 391 heirateten lediglich 47 im Kirchspiel, 282 zogen vor der Heirat fort, nur 40 blieben. Im Ort GMH waren die Konfirmanden ein wenig seßhafter: Von den 1195 Konfirmanden heirateten 228, 632 zogen unverheiratet fort, 335 (= 28%) blieben bis zu ihrem Tode.

Das Verhältnis der Geschlechter unter den Konfirmanden war annähernd gleich, die Mädchen überwogen leicht mit 800:787.[38] Bei den Seßhaften (b + c) dominierten eindeutig die Männer, unter den Abwanderern leicht die Frauen: Der Anteil der männlichen und weiblichen Seßhaften betrug 249:148, der Anteil der männlichen und weiblichen Abwanderer hingegen 450:463. Am häufigsten zogen Frauen zum Zeitpunkt der Heirat oder danach fort (Gruppe a): Von den 800 Frauen heirateten 315 im Kirchspiel, von diesen 315 blieben wiederum nur 127 Frauen (= 40,3%). Von den 787 Männern heirateten 254 im Kirchspiel, davon blieben immerhin 167 (= 65,7%).

Im zeitlichen Verlauf ergeben die geschlechtsspezifischen Auswertungen keine Besonderheiten. Das starke Ausufern der Kurve der männlichen Abwanderer 1887/88 (s. Graphik 8) ist auf den hohen männlichen Konfirmandenanteil der ohnehin starken Jahrgänge zurückzuführen.

88,7% der 569 heiratenden Konfirmanden und Konfirmandinnen waren im Alter zwischen 20 und 30. Die Frauen heirateten doppelt so häufig wie die Män-

[37] Zur Einwohnerentwicklung s. Anhang 3, S. 378.

[38] In der Gesamteinwohnerzahl überwogen bis zum 1. Weltkrieg leicht die Männer. S. Anhang 3, S. 378.

ner im Alter zwischen 20 und 25, die Männer also überwiegend in der zweiten Hälfte des dritten Lebensjahrzehnts. Gering war die Zahl der zwischen dem 15.-19. Lebensjahr heiratenden Frauen (27), ihr entspricht fast genau die der über 30jährigen Männer (31). Das hohe Heiratsalter der Männer mag zweierlei Gründe haben: Zum einen entsprach es im Zuge der „Lebensverdienstkurve" dem Ende der „Niedrigverdienstphase"[39]; zum anderen wurden die ja begrenzten Werkswohnungen erst mit dem Tode der Eltern für die nächste Generation frei.

Die Eingrenzung des Alters der Abwandernden erschließt sich annähernd aus dem Heirats- und Todesalter der Gebliebenen: Bei den Frauen überwiegen die Lebensjahre zwischen 15 und 24, bei den Männern die Spanne zwischen dem 25. und 34. Lebensjahr.

Das Todesalter der im Kirchspiel 104 ledig gestorbenen Konfirmanden liegt sehr früh: 40,4% starben zwischen Konfirmation und dem 34. Lebensjahr, 14,4% bis zum 59. Lebensjahr und nur 42,3% erreichten das 60. Lebensjahr. Das Verhältnis der ledig gestorbenen Männer gegenüber den ledig verstorbenen Frauen beträgt 80:22. Diese Abweichung korrespondiert mit dem insgesamt frühen Heiratsalter der Frauen und der hohen Wegzugszahl der Konfirmandinnen vor der Heirat bzw. zur Heirat. Ledige Frauen blieben selten in GMH; denn für sie gab es dort wie auch in der Umgebung keinen Raum und wenig Aufgaben. Über das schon genannte Holz- und Beerensammeln und die Versorgung des Kleinviehs hinaus standen Frauen unter der Ebene des hauptberuflichen Gewerbes in Handwerk und Dienstleistung geringe Möglichkeiten offen. In der Gewerbesteuerrolle von GMH aus dem Jahre 1877/78 waren 20 Frauen verzeichnet: 8 Kleinhändlerinnen, 4 Hökerinnen, 8 Inhaberinnen von Schankwirtschaften. Sie wurden anders als die Gewerbe des Handwerks und der Dienstleistung in den Wohnungen der Arbeiter betrieben und waren so von den Frauen auszuüben.[40]

Die ungleich höheren Sterbeziffern der ledigen Männer haben ihren Grund in der gefährlichen und schweren körperlichen Arbeit,[41] aber auch im Anteil der Gefallenen des Ersten Weltkrieges.

Die väterlichen Berufe geben eine Antwort auf die Frage nach den Gründen der Abwanderung. In der Gesamtpopulation überwog bei weitem der gewerbliche Beruf in Industrie und Handwerk mit durchschnittlich 81% (s. Tab. 7). Der Anteil der hier Beschäftigten (Sektor 2 = Industrie/Handwerk) sank mit räumlicher Distanz vom Werk: Bei den in GMH Wohnenden betrug er 85% (511 von 600)

---

39 Zum Begriff der „Lebensverdienstkurve" s. Schomerus, Differenzierung, S. 24. Bei den Esslinger Arbeitern lag das durchschnittliche Heiratsalter der Arbeiter bei 25-27 Jahren. Ebd., S. 39. Vgl. zum höheren Heiratsalter der Männer u.a. Zwahr, Konstituierung, S. 125. Zwahr zieht eine Verbindung zwischen allgemein sinkendem Heiratsalter und dem Status des Ungelernten.

40 Rep 350 Osnabrück, Nr. 918, Gewerbesteuerrolle von GMH 1877/78.

41 Zu den Krankheiten s. u.a. die jährlich an einem Stichtag angelegten Revisionsberichte für die Jahre 1879-1904 des Knappschaftskrankenhauses GMH; Rep 430, Dez. 303, acc 1/60, Nr. 16. Zu den Unfällen und Erkrankungen der Osnabrücker Stahlwerksarbeiter 1872-78 s. Ott, Kohle, S. 255; zu den Arbeitern des Hüttenwerkes in GMH 1867-78 ebd., S. 289f.

unter den männlichen Konfirmanden, in den angrenzenden Orten 81%, darüber hinaus 38%. Unter den Vätern der Frauen war er noch höher: 83,7 bei den in GMH Wohnenden, 76,1 Prozent in den angrenzenden Orten, 70,8 bei den Sonstigen. Der landwirtschaftliche Anteil unter den Elternberufen betrug hingegen je nach Wohnort 0,7 — 7,3 — 31,9 Prozent bei den Männern, 0,2 — 9,7 — 12,5 Prozent bei den Frauen.

Tab. 7: Arbeitsbereiche und beruflicher Status der Väter aller Konfirmanden/innen 1869-1905

a. Sektor	**abs.**	**in %**
Landwirtschaft	51	3,2
Industrie u. Handwerk	1286	81,0
Handel u. Verkehr	141	8,9
Häusliche Dienste	5	0,3
Öffentlicher Dienst	43	2,7
Freie Berufe	7	0,4
nicht klassifizierbar	28	1,8
ohne Angabe	26	1,7
Summe	**1587**	**100,0**

b. Status*	**abs.**	**in %**
ungelernt	443	27,9
angelernt	243	15,3
gelernt	557	35,1
Meister	93	5,9
Beamter/Angestellte	47	3,0
Fachleute	68	4,3
höhere Verwaltung	16	1,0
nicht klassifizierbar	100**	6,3
ohne Angabe	20	1,3
Summe	**1587**	**100,0**

* Zum Schichtungsschema s. auch S. 168f.

** Hierin sind die freien Berufe und z.T. die landwirtschaftlichen Angaben enthalten.

c. Status der im Ort GMH und außerhalb wohnenden Väter der Konfirmanden und Konfirmandinnen im Vergleich

	Status in GMH		Status außerhalb	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
ungelernt	27,8	31,8	33,3	33,3
angelernt	22,0	16,1	8,1	8,7
gelernt	34,1	34,8	34,1	30,4
Meister	7,8	6,1	1,6	2,2
Beamter/Ang.	2,2	4,2	2,4	5,1
Fachleute	3,1	2,3	7,3	8,7
höhere Verw.	0,2	1,5	—	—
nicht klassif.	0,9	0,4	0,8	1,4
o. Zuweisung***	1,9	2,8	12,2	10,4

*** Hierzu gehören überwiegend die in der Landwirtschaft Selbständigen.

Die Statusangaben geben einen für das Werk nicht repräsentativen Querschnitt wider. Die Bewohnerstruktur der Kolonie entsprach nicht der Belegschaftsstruktur, der Anteil der einfachen Arbeiter lag im Ort zu niedrig. Dabei darf es nicht irritieren, daß die Struktur innerhalb der elterlichen Berufe der Konfirmanden im Ort GMH und in den angrenzenden Orten praktisch gleich war. In GMH lag der Anteil der An- und Ungelernten sogar etwas höher als außerhalb. Entscheidend ist, daß wir mit den Konfirmanden die evangelische Bevölkerung erfassen! Die große Zahl der ungelernten Hüttenarbeiter rekrutierte sich überwiegend aus der katholischen Bevölkerung: Aus den genannten fünf Nachbardörfern kamen insgesamt nur 87 Konfirmanden/innen aus Familien, in denen der Vater eine ungelernte Arbeit ausübte. In der Gemeindesteuerliste eines einzigen Dorfes, Oesede, waren hingegen im Jahre 1901 von 341 Steuerzahlern allein 200 Hüttenarbeiter. In der Gemeinde Oesede bestand in dieser Zeit ein Konfessionsverhältnis von 200 Evangelischen zu 1351 Katholiken.[42]

Der Vergleich nach Sektor und Status zwischen den nicht in GMH Gebliebenen mit der Gesamtpopulation zeigt, daß sich das Bild der sozialen Zusammensetzung in der Gruppe der Abwanderer nicht veränderte. Die Abwanderer sind hier wiederum definiert als jene, die weder im Kirchspiel heirateten noch starben.

Die Verteilung unter den Abwanderern — männlich wie weiblich — entspricht der der Gesamtgruppe. Demnach waren es nicht vorrangig soziale oder regionale Gründe innerhalb der hier erfaßten evangelischen Bevölkerung, die zur Abwanderung führten. Die gleichmäßige Struktur unter den Abwanderern

[42] Gemeindelexikon für die Provinz Hannover. Aus Grund der Materialien der Volkszählung vom 2. Dez. 1895 und anderer amtlicher Quellen, bearbeitet vom Königlich Statistischen Bureau, Berlin 1897.

spricht für ein Überangebot; es war ein Arbeitsplatzmangel, der kontinuierlich alle Arbeitsbereiche betraf. Die Verteilung dieses Mangels war jedoch beeinflußt durch außerbetriebliche Motive: Die katholischen Bewohner im Ort waren diejenigen, die in größerer Zahl und zuerst abwanderten.[43] In der Folge zogen die Frauen fort, da das Verhältnis zwischen den Geschlechtern aus den Fugen geraten war.

2. Ökonomische Ausgangslagen und Lebensverhältnisse in den Herkunftsgebieten

Einführung

Die Ansiedlung von Arbeitskräften in der Gründungszeit des GMBHV war unumgänglich, aber ebenso auch gewollt. Sie war notwendig, da Industriearbeiter im Osnabrücker Land kaum oder nur in geringer Zahl vorhanden waren und das Werk nicht ohne Fachkräfte beginnen konnte. Sie war weiterhin notwendig, weil das Arbeitskräftereservoir im Osnabrücker Land sicher nicht ausgereicht hätte, um die während der Bauzeit zeitweise 2.500 Arbeitskräfte herzugeben. Sie war hingegen gewollt, da von Beginn an andernorts geworben wurde statt verstärkt vor der eigenen Tür, zumal die Arbeitskräfte, vor allem die aus dem Harz im Gegensatz zu den Arbeitskräften aus den ländlichen Regionen schon eine bestimmte Form der Fabrikdisziplin mitbrachten.[1]

Die Probleme, die man vermeiden wollte, sah man in der Nachbarschaft. Das städtische Kohlenbergwerk am Piesberg, das der GMBHV später auch erwarb, rekrutierte den Großteil seiner Arbeiter aus dem nahen agrarischen Umland. Doch diese Arbeiter waren stets zwischen den Anforderungen und Belastungen ihres Heuerlingsdaseins und ihrer Tätigkeit als Arbeiter hin- und hergerissen:

„Die Bergleute sind durch das Heuerlingsverhältnis während der Sommermonate ganz von ihren Bauern abhängig und ist die Verwaltung des Bergwerks an keinem Tage während dieser Zeit in der Lage zu bestimmen, wieviel Arbeiter zur Grube kommen. So störend die-

43 Zur Konfessionsstruktur und zu den daraus resultierenden Spannungen s. Teil E, Kap. 1.2 und Kap. 3.

1 Zur Lebenssituation ländlicher Gewerbetreibender in proto-industriell geprägten Regionen s. als Überblick Kriedte, Peter, Medick, Hans, Schlumbohm, Jürgen, Industrialisierung vor der Industrialisierung: gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus, Göttingen 1977 (1), S. 138-154. Über die Veränderungen des Zeitbewußtseins im Prozeß der Modernisierung und Industrialisierung Thompson, Edward P., Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Frankfurt/M, Berlin, Wien 1980, darin: Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus, S. 34-63. Als kurzer Überblick Huck, Gerhard (Hg.), Sozialgeschichte der Freizeit: Untersuchung zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1982 (2), darin u.a. ders., Einleitung, S. 7-17.

ses Verhältnis für den Bergwerksbetrieb ist, so hat sich dasselbe bis jetzt nicht abstellen lassen und wird erst dann beseitigt werden können, wenn von der Zeche eine genügende Zahl von Arbeiterhäusern gebaut sein wird."[2]

Anfang der 1870er Jahre wurde für die Arbeiter des Piesberges die Kolonie Eversheide erbaut. Um die Wohnungen attraktiv zu gestalten, teilte man pro Familie aber soviel Ackerland zu, daß sich die Bewohner im Sommer als Landwirte und nur im Winter als Bergleute verstanden. Nach dieser Erfahrung wurden die Gartenflächen der späteren Arbeiterwohnungen so bemessen, daß sie lediglich für den Anbau von „Kartoffeln und Gartenfrüchte" ausreichten.[3]

Das staatliche Kohlenbergwerk in Borgloh klagte noch 1874, Werkswohnungen seien für einheimische Bergleute erst ab 0,5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche attraktiv. Und mit denjenigen, die zu Hause noch eine Heuer hatten, war es ebenso schwierig. Die heimischen Bergleute in Borgloh forderten im Juli 1875 unter anderem höhere Löhne und eine sechsstündige Schicht in der Erntezeit.[4] Nur noch mehr Wohnungen und höhere Löhne hätten die Probleme mit den einheimischen Arbeitskräften beseitigen können. Der GMBHV entzog sich daher mit dem Bau der Werkskolonie direkt auf dem Werksgelände langfristig vielen Schwierigkeiten.

Bevor die konkrete Situation in den Herkunftsgebieten im einzelnen beschrieben wird, muß nochmals nach den Bestimmungsfaktoren des Wanderungsverhaltens gefragt werden. Den heuristischen Orientierungsrahmen dazu bieten die in der von Bade entwickelten Konzeption der Sozialhistorischen Migrationsforschung dafür angebotenen Interpretationsmuster. Dabei wird von einer aus den verschiedensten Gründen entstandenen Wanderungsbereitschaft ausgegangen, die wiederum aufgrund des Zusammenwirkens wanderungsfördender und — hemmender Faktoren zu verschiedenen Formen des Wanderungsverhalten führt. Dabei bilden Absichten, Möglichkeiten, Kollektivmentalitäten und Wanderungstraditionen die wichtigsten Faktoren:

„Je nach Wanderungsabsicht (Landnahme/Arbeitnahme), den materiellen Möglichkeiten, sie zu realisieren (Auswanderungskosten), nach gruppenspezifischen Kollektivmentalitäten (Tagelöhner mit Arbeiterbewußtsein/proletaroide Subsistenzproduzenten mit kleinbäuerli-

---

2 Bericht über die im Interesse der Bergleute getroffenen Einrichtungen am Piesberg, 18.8.1874, Staatsarchiv Münster, Oberbergamt Nr. 1777, zit. nach Ott, Kohle, S. 87.

3 Ebd.

4 Erst für die spätere Zeit gilt, was Hans Zwahr den „agrarisch vorgeprägten Arbeitertyp" nennt: „mit enger Bindung an das Dorf, an Bauern- oder Landarbeiterfamilien, an die Kirche, mit ländlichen Lebensgewohnheiten, gering entwickeltem Widerstandswillen, aber großer Bereitschaft zur Anpassung an Ausbeutung und Unterdrückung." Zit. nach Mooser, Ländliche Klassengesellschaft, S. 21; s. für das Osnabrücker Land Drees, Arbeitsausgleich. In den Jahrzehnten bis zur Jahrhundertwende zeigte sich jedoch bei genau diesem Arbeitertyp eine größere Konfliktbereitschaft als bei dem reinen Industriearbeiter. S. dazu auch Teil E, Kap. 2, S. 342-348, hier ein Vergleich der in GMH und außerhalb GMH stattgefundenen Arbeitsniederlegungen.

chem Selbstverständnis) und regionalen Entwicklungsbedingungen (transatlantische oder interregionale Wanderungstradition und Kommunikation) setzte sich diese Wanderungsbereitschaft regional und sozial ganz unterschiedlich um."[5]

An Beispielen aus dem Osnabrücker Land, dem Münsterland und dem Ravensberger Landes soll die unterschiedliche Umsetzung des Wanderungsentschlusses deutlich werden. Die genannten drei Regionen lassen sich zum einen nach den Kriterien der Wanderarbeit, der Auswanderung, des lokalen Nebenerwerbes, zum anderen nach dem Faktor der Wanderungsdistanz unterteilen: Beherrschend waren im gesamten Gebiet Heuerlingssystem, Wanderarbeit im Zuge des ‚Nordseesystems' und hohe Auswandererzahlen. Sie waren jedoch graduell unterschiedlich stark ausgeprägt: Die Kreise Wittlage und Bersenbrück im nördlichen Fst. Osnabrück zeigten einen extrem hohen Anteil an Wanderarbeit und Auswanderung. Der Heuerlingsanteil war hier etwas geringer als im südlichen Osnabrücker Land, das Nebengewerbe ausgeprägter und die Bodenqualität schlechter. Eine andere Situation zeigte sich im südlichen Osnabrücker Land mit den Landkreisen Iburg und Melle, im Minden-Ravensberger Gebiet[6] und im Münsterland mit den Kreisen Tecklenburg und Warendorf: Hier treffen wir auf eine starke Verbreitung des Flachsanbaus und damit auf einen hohen Stellenwert des Nebenerwerbs in den unterbäuerlichen Schichten,[7] weiterhin auf einen ebenfalls hohen Auswandereranteil,[8] jedoch im Vergleich zum nördlichen Osnabrücker Land einen geringeren Anteil an Wanderarbeitern.[9]

In der Wanderungsdistanz der GMHütter Zuwanderer aus diesen Gebieten ergibt sich ein Kranz von Landkreisen um die Landkreise Osnabrück und Iburg. An diesen Kranz schließen sich östlich die Kreise Bielefeld, Herford und Minden an.[10] In einem Punkt scheint für den Entschluß, zu bleiben oder ab- bzw. auszuwandern, die Wanderungsdistanz entscheidend zu sein: Die räumliche Entfernung zwischen Heimat und möglichem industriellem Arbeitsplatz war mitentscheidend, ob der Pächter, Knecht oder Heuerling blieb, wegzog oder den Sprung über den Atlantik wagte. Es gab eine beschränkte Bereitschaft zur unbegrenzten Entfernung auf Dauer vom Heimatort im eigenen Land. Sie war an die soziale Herkunft gekoppelt und bestätigte sich auch in der veränderten Berufs-

---

5 Bade, Klaus J., Transnationale Migration und Arbeitsmarkt im Kaiserreich: Vom Agrarstaat mit starker Industrie zum Industriestaat mit starker agrarischer Basis, in: T. Pierenkemper, R. Tilly (Hg.), Historische Arbeitsmarktforschung. Entstehung, Entwicklung und Probleme der Vermarktung von Arbeitskraft, Göttingen 1982, S. 182-211, hier S. 188; vgl. ders., Sozialhistorische Migrationsforschung, in: E. Hinrichs, H. van Zoon (Hg.), Bevölkerungsgeschichte im Vergleich: Studien zu den Niederlanden und Nordwestdeutschland, Aurich: Ostfriesische Landschaft 1988, S. 68f.

6 Minden-Ravensberg umfaßt die alten preußischen Teile des Regierungsbezirks Minden: Lübbecke, Herford, Minden, Halle, Bielefeld, wobei Lübbecke in unserem Falle nicht zutrifft.

7 Reekers, Statistische Darstellung, S. 104.

8 Kamphoefner, Neue Welt, S. 43.

9 Bölsker-Schlicht, Hollandgängerei, S. 43-52, 54ff.

10 S. Karte 4 in Teil D, Kap. 1.2, S. 206.

struktur unter den Auswanderern nach der Hüttengründung 1856 im Umfeld der Hütte: Die Zahl der Heuerlinge unter den Auswanderern nahm rapide ab, da sie als Industriearbeiter in der Heimat nun eine doppelte Erwerbsmöglichkeit hatten, sich existentiell verbessern konnten und somit Heuerlinge blieben. Die Knechte und Tagelöhner aber, die als reine Industriearbeiter hätten anfangen können, wanderten weiterhin aus, weil ihnen die Löhne vor Ort, im Osnabrücker Land, zu gering waren und weil sie die Schattenseiten der Industriearbeit unmittelbar vor der eigenen Tür schon kannten.

Kamphoefner vermutet, daß gerade die Arbeiter aus den proto-industriellen Gebieten eher dazu neigten, nach Übersee auszuwandern als in die schwerindustriellen Betriebe abzuwandern.[11] Auch im südlichen und mittleren Ravensberg hieß nach dem Zusammenbruch des alten Textilgewerbes die Alternative Abwanderung oder Auswanderung: 1851 wanderten aus dem Amt Schildesche 4% der Einwohner aus, und „es scheint jeder Vernunft zu widersprechen, daß unter diesen Umständen die neu errichteten Fabriken unter Mangel an Arbeitskräften litten." Die Leute wanderten eher aus bzw. zogen zur Arbeit in die Bergwerke als in die nächstliegenden Städte zur Arbeit in den mechanischen Spinnereien überzusiedeln. So mußten trotz eines vorhandenen Arbeitskräftereservoirs schlesische und böhmische Arbeiter mit großem Aufwand herbeigeholt werden. Die Ravensberger Spinnerei erbaute, wegen Arbeitskräftemangels, eine zweite Fabrik nicht in Bielefeld, sondern in Wolfenbüttel. „Die Auswanderung nach den USA hatte zwar inzwischen nachgelassen, nun zogen aber die höheren Löhne im aufblühenden rheinisch-westfälischen Industriegebiet."[12] Diese Darstellung entspricht dem GMHütter Beispiel. Hier wie dort wurde die räumlich nahe Arbeit wenig angenommen.

Eine vierte Gruppe neben Binnenwanderern, Auswanderern und den am Ort Gebliebenen stellten diejenigen, die durch eigenen oder gepachteten Grund und Boden gebunden waren bzw. sich gebunden fühlten und als Saisonwanderer in die Industrie gingen. 1867 berichtete GMBHV-Direktor Wintzer, man sei nach wie vor darauf angewiesen, „eine große Zahl von Arbeitern vorübergehend zu engagieren". Die Arbeiter, „die wie die Zugvögel kamen und gingen und sich ablösten", seien für das Werk notwendig.[13] Dies traf sich mit dem bei vielen von vornherein als begrenzt geplanten Aufenthalt der Arbeitswanderer aus dem Thüringischen, dem Eichsfeld, dem Harz sowie „besonders aus den Gegenden, wo früher eine ziemlich bedeutende Leinenindustrie für Handgespinst" herrschte.[14] Die Identität der Regionen mit temporärer Arbeitswanderung und endgültiger Abwanderung zum GMBHV zeigt, daß entweder beides parallel lief oder das eine dem anderen vorausging.

---

11 S. auch Teil D, Kap. 1.1, S. 182.

12 Horstmann, Kurt, Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, S. 111.

13 Zit. nach Ott, Kohle, S. 231ff.

14 Das vollständige Zitat s. in Teil D, Kap. 1.2, S. 213.

Die materiellen Faktoren waren also ursächlich für die Wanderungsbewegung. Es bleibt aber die Frage der Verteilung, der Kanalisierung der Wanderungen. Für die Binnenwanderung am Beispiel des GMBHV galt: Wer wandern mußte, ging nicht unbedingt in den nächstliegenden Industriestandort. Wer wandern mußte, ging auch nicht unbedingt auf alten Wegen, wie das Beispiel des Kreises Lübbecke zeigt.[15]

Der Kreis Lübbecke ist ein extremes Beispiel. Rothert erwähnt, daß aus dem Nordwesten des Kreises nur wenige Zuwanderer zu den von ihr untersuchten Schachtanlagen in Bochum zogen. Sie vermutet daher für Lübbecke eine stärkere Hinwendung nach Bremen und ins Osnabrückische und vermutet, daß vielleicht die Auswertung von Belegschaftslisten Osnabrücker Unternehmen weiterführen könnte.[16] Zumindest für den GMBHV ist das Ergebnis negativ: Denn aus den Kreisen Sulingen, Lübbecke, Vechta und, im Süden Osnabrücks, aus Paderborn, Höxter, Wiedenbrück sowie aus dem Landkreis Büren kamen nur wenige Zuwanderer nach GMH;[17] diese Gebiete im Norden und im Süden des Osnabrücker Landes hätten ebenso wie das Osnabrücker Land auch Arbeitskräfte für Osnabrücker Werke stellen können. Stattdessen kamen zahlreiche Arbeitswanderer aus dem Ravensberger Land und aus den an Osnabrück angrenzenden Kreisen Melle, Halle, Tecklenburg.

Die Frage nach einer Logik, mit der der einzelne sein Wanderungsziel wählte, bleibt offen. Weder ein Vergleich der GMHütter Zuwanderer mit den bei Crew angegebenen westfälischen Wanderern in die Stadt Bochum noch mit der Auswertung Rotherts, die sich auf die beiden Bochumer Schachtanlagen Hannibal und Hannover bezieht, führte letztlich zu einem nachvollziehbaren Ergebnis: Das Minden-Ravensberger Herkunftsgebiet bringt in der Bochumer Gesamtstatistik keine hohen Werte hervor: Die Kreise Halle, Herford, Lübbecke und Minden lagen unter der Grenze von 2,5% der gesamten Zuwanderung. Speziell auf den beiden Bochumer Schachtanlagen waren diese Kreise jedoch führend in der Statistik: Die Kreise Halle, Herford und Minden wiederum waren ein wichtiges Rekrutierungsgebiet des GMBHV im Ravensberger Land — überraschenderweise traf dies aber nicht auf den Landkreis Lübbecke zu, obwohl er einen extrem hohen

15 Die auswärtigen Geburtsorte der Einwohner Osnabrücks im Jahre 1814 und die Herkunft der Neubürger 1815-1839 zeigen über den deutlichen Schwerpunkten innerhalb des Fürstbistums Osnabrück hinaus eine Gesamttendenz nach Norden und Osten (Damme, Diepholz, Lemförde, Minden, Lübbecke). Fast gar nicht vertreten ist Tecklenburg, nur schwach das Ravensberger Land. S. Blotevogel, Hans-Heinrich, Zentrale Orte und Raumbeziehungen in Westfalen vor der Industrialisierung (1780-1850), Paderborn 1975, Abb. 48 und 49.

16 Rothert, Herkunft, S. 91.

17 Im einzelnen kamen in der Frühzeit des GMBHV aus dem Kreis Sulingen zwei, aus Lübbecke vier, aus Vechta kein einziger Zuwanderer. Darüber hinaus lag Osnabrück ab 1871/73 an der Eisenbahnstrecke Diepholz-Osnabrück-Ruhrgebiet. Niemand kam aus Paderborn und Höxter, aus Büren stammten drei, aus Wiedenbrück fünf Arbeitswanderer. Insgesamt führen nur Einzelstudien zu Firmen in Zuwanderungsgebieten und zu Orten aus Abwanderungsgebieten in der Gesamtinterpretation weiter. Beim Beispiel Lübbecke sind möglicherweise die Auswertungen Bremer Belegschaftslisten ergiebig.

Anteil an ländlichem Nebenerwerb und an Wanderarbeit aufwies. Selbst wenn man für die späteren Jahre die Eisenbahn als wanderungsfördernden Faktor bei der Abwanderung in Rechnung stellt, ergibt sich, wie Rothert ganz exakt analysiert, keine Veränderung: Erst 1899 durchschnitt die Strecke Bünde-Lübbecke-Bassum den nordwestlichen Teil des Kreises Lübbecke, wohingegen die Linie Osnabrück-Hamburg schon seit 1873 bestand und Rothert auf die „Hinneigung des nordwestlichen Kreises Lübbecke ins Osnabrückische" hinweist.[18] Alte Verbindungen sowie neue Bahnlinien führten in diesem Falle aber fast keinen der Abwanderungswilligen in den Ort Georgsmarienhütte. Das gleiche galt für die im benachbarten Amt Iburg erfaßten Zuwanderer in der Frühzeit des Werkes.[19]

Diejenigen Kreise wiederum, die in der Stadt Bochum die höchsten Zuwandererzahlen stellten — Höxter, Warburg, Büren, Brilon und Paderborn — ergaben in der Auswertung der Zuwandererzahlen der beiden Bochumer Schachtanlagen einen mittleren Wert. Man zog also nicht in die Stadt Bochum, sondern gezielt zu diesen beiden Schachtanlagen. In der Georgsmarienhütter Einwohnerschaft tauchten jedoch exakt diese Kreise als Herkunftsgebiete fast gar nicht auf.[20] All dies weist auf die richtungsbestimmende Kraft immaterieller Faktoren wie interregionaler Wanderungstradition und Kommunikation,[21] die hier aber nicht näher überprüft werden sollen.

Zurück zum GMBHV. Bei der Bewertung der Zuwanderung aus bestimmten Gebieten gilt neben allen Faktoren noch ein zusätzlicher Aspekt: ‚Notwendig oder gewollt?' lautete die Frage zur Ansiedlung der Arbeitskräfte in der Gründungszeit des GMBHV. Zuwanderung in das südliche Osnabrücker Land hieß für diejenigen, die die gleichen sozialen Merkmale aufwiesen wie die potentiellen einheimischen Arbeitskräfte, nicht automatisch Aufnahme und dauerhafte Arbeit im Hüttenwerk oder in den Bergbaubetrieben. Gerade beim GMBHV bietet sich an, die Frage der Aufnahme durch das Werk vor dem Hintergrund der ökonomischen Ausgangslagen und Lebensverhältnisse zu stellen. Die Beurteilung der Zuwandererstruktur wird dadurch erleichtert, daß das Werk zu dieser Zeit der einzige größere Arbeitskräftemagnet der Region war. Die Hauptrekrutierungsgebiete des GMBHV gehören zu drei großen Zonen. Die folgende Einteilung ergibt sich aus der jeweils vorherrschenden Gewerbestruktur:

---

18 Rothert, Herkunft, S. 91.

19 S. oben Kap. 1.2, Tab. 5, S. 212.

20 Bei den genannten Beispielen ist jedoch einschränkend zu bedenken, daß für Bochum die Bevölkerung zu bestimmten Stichjahren, 1871, 1885, 1907, erfaßt wurde, das Beispiel Georgsmarienhütte weitgehend diejenigen mit Bleibeabsicht erfaßt und Rothert wiederum die jeweils ältesten vorhandenen Belegschaftslisten auswertet, mit einem Anlegedatum bis an den Beginn der 1870er Jahre. S. auch Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 240, der einige „regionale Präferenzen" der Zuwanderer in das Ruhrgebiet aufzählt.

21 Dazu Bade, Massenauswanderung, S. 305ff. Für die Auswanderung geht Kamphoefner dem Kommunikationsfaktor nach, indem er die regionale Verteilung und die Siedlungsmuster von Deutschen in Amerika untersucht. „Verpflanzte Dörfer" nennt er das Ergebnis solcher Kettenmigration, bis zur Mitnahme des Ortsnamens, z.B. Neu Melle. Kamphoefner, Neue Welt, S. 86-120,173.

1. Die *nordwestdeutsche Leinenzone* [22]: Die Landkreise Osnabrück und Iburg mit den sie umschließenden Kreisen Bersenbrück, Wittlage, Melle; aus dem Regierungsbezirk Münster die Kreise Warendorf und Tecklenburg; aus dem Regierungsbezirk Minden der Kreis Halle und weiter östlich — nicht mehr an Osnabrück und Iburg angrenzend — die Landkreise Bielefeld, Herford und Minden; aus dem Regierungsbezirk Hannover der Landkreis Hameln, angrenzend die hessische Enklave Gft. Schaumburg; aus dem Regierungsbezirk Hildesheim die Landkreise Alfeld, Gronau, Einbeck, Northeim, Göttingen und der zum Eichsfeld gehörende Landkreis Duderstadt; schließlich die Kreise Hofgeismar, Melsungen, Ziegenhain und Eschwege aus dem Regierungsbezirk Kassel.

2. Das *Bergbaugebiet im Oberharz* mit den Landkreisen Osterode und Zellerfeld im Regierungsbezirk Hildesheim.

3. In der Zuwanderung schwächer ausgeprägt die *industrialisierten Kreise* Dortmund, Rees, Recklinghausen, Essen und Düsseldorf in den Regierungsbezirken Arnsberg und Düsseldorf sowie die Landkreise Hannover und Linden im Regierungsbezirk Hannover.

Die folgende Charakterisierung der Herkunftsgebiete gilt gleichermaßen für die im Ort GMH wie auch für die im Umland Wohnenden. Der Anteil von Zuwanderern aus den einzelnen Gebieten bzw. Kreisen an der Wohnbevölkerung der Kolonie und des Umlandes war sehr unterschiedlich. Die Herkunftsregionen selbst jedoch waren in beiden Fällen dieselben: Die Zuwanderer aus dem Oberharz und dem übrigen Regierungsbezirk Hildesheim überwogen bei weitem im Ort GMH; im Umland hingegen waren diejenigen bis zu einem Radius von ca. 70 km stärker vertreten (s. Karte 3, S. 221).

Die Darstellung von Unterschieden, Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der genannten Kreise und Gebiete *innerhalb* der übergreifenden nordwestdeutschen Leinenzone, des Harzes und der Industriegebiete beugt der Gefahr vor, die jeweiligen Gebiete sozioökonomisch zu sehr als geschlossene Einheiten zu betrachten. Darüber hinaus ist es im Kontext dieser Arbeit ebenso wichtig, daß mit der Darstellung und der Differenzierung innerhalb der Abwanderungsgebiete zugleich das Zuwanderungsgebiet in den Vordergrund tritt: Denn „der Zuwanderer bringt die Mentalität des Herkunftsgebietes an den Zielort mit. [...] Die spezifische Mentalität einer Bevölkerung kann infolgedessen durch einen Rück-

22 Räumliche Zuordnung nach Kellenbenz, Herrmann, Der deutsche Außenhandel gegen Ausgang des 18. Jahrhunderts, in: F. Lütge (Hg.), Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende vom 18. und 19. Jahrhundert, Stuttgart 1964, S. 4-60, hier S. 10ff. Vgl. auch Harder-Gersdorff, Elisabeth, Leinen-Regionen im Vorfeld und im Verlauf der Industrialisierung (1780-1914), in: H. Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1986, S. 203-253, hier 204, 211. Kaufhold, Karl Heinrich, Gewerbe und ländliche Nebentätigkeiten im Gebiet des heutigen Niedersachsen um 1800, in: AfS, XXIII (1983), S. 163-218, hier S. 312, spricht von einem „Leinengürtel", der sich nach Kaufhold noch weiter nach Südosten ausdehnte. Die Landkreise Osnabrück und Iburg werden in Teil E, Kap. 1 einbezogen; s. auch oben Kap. 1.1 zur Arbeitskräftesituation zur Zeit der Hüttengründung.

gang auf ihren Herkunftsort eine Erklärung erhalten."[23] Weil der umfassende und zugleich noch immer vage Anspruch einer „Mentalitätsgeschichte" hier nicht erfüllt werden kann und soll, versuche ich die ökonomischen Ausgangslagen und Lebensverhältnisse der einzelnen regionalen Zuwanderergruppen im folgenden unter den im Anspruch begrenzteren Begriffen Erfahrungshintergrund bzw. Erfahrungswelt zu erfassen.

Es wird damit zugleich versucht, die Entstehung einer lokalen Arbeiterschaft zu rekonstruieren.[24] Über die Verknüpfung verschiedener Merkmale (regionale und soziale Herkunft, Konfession, Heiratsverhalten, Vorerfahrungen) wird die Zusammensetzung der Arbeiterschaft des Werkes und die der Bewohner des Ortes aufgeschlüsselt.[25] Hierbei greifen zwei Forschungsrichtungen ineinander, die im Grunde das gleiche Untersuchungsfeld von verschiedenen Seiten aus beleuch-

---

23 Burg, Peter, Demographie und Geschichte, in: Rheinische Vierteljahrsblätter. Mitteilungen des Instituts für Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn, 42 (1978), S. 298-383, hier S. 359. Mentalität, und darunter als ungeschriebenes Gesetz die Konvention als einer „geistigen Befindlichkeit, einem Denk- und Motivationshorizont", steht zu verschiedenen Faktoren in Abhängigkeit. Sie reagiert als Antwort auf unterschiedliche Herausforderungen: „auf Bodenbeschaffenheit, Klima, psychische Triebkräfte, ökonomische und gesellschaftliche, politische und konfessionelle Verhältnisse usw. Von der Art der Antwort erhält die Mentalität ihre Prägung." Ebd., S. 350. Hierzu auch für das Ruhrgebiet Brepohl, Wilhelm, Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform dargestellt am Ruhrgebiet, Tübingen 1957, S. 30f. Brepohl stellt die Frage nach dem „état mental" für die Bevölkerung des Ruhrgebietes und schlägt zur Strukturierung der Komplexität der Ereignisse den Idealtypus des „Erlebnismodells" vor, denen „im einzelnen Menschen Modellerlebnisse entsprechen". Die Verbindung dieses Kapitels über die Herkunftsgebiete mit dem folgenden Teil E führt in Ansätzen auf eine Mentalitätsbeschreibung der Bewohner des Ortes GMH hin. Detaillierter kann dies nur eine auf diese Studie aufbauende Arbeit leisten. Zum Mentalitätsbegriff in der Erforschung der Arbeiterkultur s. u.a. Scharfe, Martin, Geschichtlichkeit, in: H. Bausinger, U. Jeggle, G. Korff, M. Scharfe, Grundzüge der Volkskunde, Darmstadt 1978, S. 127-202, hier S. 183-203. Utz Jeggle, Alltag, in: ebd., S. 81-119, hier S. 97 weist auf die Bedeutung a. des Raumes und b. der Tradierung von Erfahrungen in notwendigerweise historisch angelegten Sozialisationsstudien zur Erfassung von Regionalcharakteren bei Gruppen oder Gesellschaften hin. Schildt, Gerhard, Tagelöhner, Gesellen, Arbeiter. Sozialgeschichte der vorindustriellen und industriellen Arbeiter in Braunschweig 1830-1880, Stuttgart 1986, S. 89-110 subsumiert zum Beispiel unter „die Mentalität der Tagelöhner" im Braunschweiger Land nur beschreibend ihre Haltung gegenüber den Bauern, ihren Eigentums- und Fürsorgebegriff, ihre Formen des Sexual- und Familienlebens, ihre Haltung gegenüber der Kirche, ihre Teilnahmebereitschaft an politischen Entscheidungen.

24 Dazu Conze, 1953: „Sozialstatistisch ließe sich die Entstehung des „Pöbels" und des „Proletariats" am unmittelbarsten an kleinräumigen Beispielen, an Städten und besonders auch an Dörfern, nachweisen und erläutern." Conze, Werner, Vom Pöbel zum „Proletariat", in: W. Fischer, G. Bajohr (Hg.), Die soziale Frage. Neuere Studien zur Lage der Fabrikarbeiterschaft in den Frühphasen der Industrialisierung, Stuttgart 1967, S. 17-50, hier S. 29.

25 Zu den regionalen und sozialen Wurzel lokaler bzw. regionaler Arbeiterschaft im Rekrutierungsbereich des GMBHV liegen zwei Arbeiten vor: Schildt, Tagelöhner, über den Raum Braunschweig sowie Schmiechen-Ackermann, Detlef, Ländliche Armut und die Anfänge der Lindener Fabrikarbeiterschaft. Binnenwanderungen in der frühen Industrialisierung des Königreich Hannover, Hildesheim 1990.

ten: Die Erforschung des Wanderungsgeschehens und die Erforschung der Entstehung der Arbeiterschaft. Beides, die Herausarbeitung von Migrationstypen und -formen wie auch der Entstehung der (lokalen) Arbeiterschaft ergibt sich letztlich aus der Antwort auf die Frage nach den regionalen und sozialen Wurzeln der Arbeiterschaft. Hilfreich ist dabei der Ansatz der Sozialhistorischen Migrationsforschung mit ihrer Zielrichtung, „Wanderungsgeschehen und Wanderungsverhalten einzubetten in die Bevölkerung-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte von Ausgangs- und Zielräumen",[26] wobei diese umfassende Aufgabenstellung im Sinne der Konzeption auch hier nur als heuristischer Orientierungsrahmen und nicht als in allen Facetten zu gestaltendes Gesamtbild verstanden werden soll.[27]

Die Herausbildung einer (lokalen) Arbeiterschaft geschieht nicht nur in der Spanne zwischen „arbeitsmarktnutzender Migration (‚Chancenwanderung') und erzwungener Migration (‚Flugsand')",[28] hierzu gehört — und dies wird am Beispiel GMH deutlich — ebenso die Entscheidung zur Nichtwanderung bzw. zur (überseeischen) Auswanderung. Die Zusammensetzung der Arbeiterschaft des GMBHV wurde durch die Zuwanderung entscheidend geprägt, sie wurde aber mindestens ebenso dadurch bestimmt, daß sich im Umland ein bestimmter Wanderungstyp herauskristallisierte, der potentiell eine Arbeitskraft für das Werk gewesen wäre.[29]

Die einzelnen Herkunftsgebiete werden im folgenden unter vier Aspekten erfaßt: Entfernung und Verkehrsanbindung, agrarische und gewerbliche Lage Ende des 18. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, regionale Erwerbsangebote, Aus- und Abwanderung in der Mitte des 19. Jahrhunderts, spezifische Besonderheiten des jeweiligen Gebietes. Dabei geht es nicht um eine Gesamtcharakterisierung der Gebiete. Die Akzentuierung erfolgt für jede Region vielmehr mit Blick auf die soziale Herkunft der Zuwanderer.

2.1 Die nordwestdeutsche Leinenzone

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts lassen sich im Deutschen Reich drei große Zonen ausmachen, in denen Leinen produziert und exportiert wurde. Sie waren in sich nochmals regional untergliedert. Die nördlichste Zone bildete der

26 Bade, Sozialhistorische Migrationsforschung, S. 68.

27 Ebd., S. 72.

28 Kaelble, Hartmut, Einführung, in: W. Conze, U. Engelhardt (Hg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 18-31, hier S. 27.

29 Die Erforschung der Mobilität von Arbeitern nahm ihre Anstösse auch aus den Bereichen der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Erforschung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen, was jedoch in der Literatur „kaum angesprochen" wird. Dennoch: „In der Forschung besteht Konsens darüber, daß die räumliche Mobilität von Arbeitern, ihre Herkunft und familiäre Verbundenheit mit dem Arbeitermilieu, ihre individuellen Ausweichmöglichkeiten aus proletarischen Arbeits- und Lebensbedingungen großen Einfluß auf die Stabilität, die soziale Basis, die Programmatik und politische Taktik von Arbeiterorganisationen besaß". Ebd., S. 19ff, Zitate S. 21, 20.

Karte 5

Herkunftsgebiete mit ehemals ausgeprägter Leinenproduktion
Heiratende
7–14
17–24
31–33
38–42
68

„nordwestdeutsche Raum mit den besonderen Schwerpunkten" Westfalens um Osnabrück, Bielefeld und Münster. Zu dieser Zone gehörten auch die in Niedersachsen und im Weserland konzentrierte Leinenweberei.[30]

Bei der regionalen Gliederung innerhalb der nordwestdeutschen Leinenzone hilft Kaufholds „vorläufige Übersicht" über „deutsche Gewerbelandschaften um 1800" weiter. Zu diesen Gewerbelandschaften gehören aus den Rekrutierungsgebieten der Georgsmarienhütte: Tecklenburg (wichtigste Erzeugnisse und Produktionsrichtungen: Leingarn und Leinwand), das Fürstbistum Osnabrück (Leingarn und Leinwand), Minden-Ravensberg (Leingarn und Leinwand), das mittlere und südliche Niedersachsen (Leingarn und Leinwand).[31] Das untere Eichsfeld mit dem Kreis Duderstadt zählt hier zum südlichen Niedersachsen. Die nordhessische Leinenlandschaft im Raum Hessen-Kassel wird aufgrund ihres Charakters als Leinenregion der nordwestdeutschen Leinenzone zugeschlagen.[32] Kaufhold fügt beim mittleren und südlichen Niedersachsen wegen der noch vielen offenen Fragen zu diesem Gebiet die Einschränkung „nicht sicher" hinzu. Darüber hinaus scheint das Gebiet „gewerblich relativ wenig entwickelt" gewesen zu sein.[33] Der Vergleich mit der Gesamtheit der Herkunftsgebiete macht deutlich, daß die Leinengebiete dabei den weitaus größten Teil stellten (s. Karte 5).[34]

---

30 Harder-Gersdorff, Leinen-Regionen, S. 204. „Eine weitere exportorientierte Produktionszone befand sich im oberdeutschen Bereich, zu dem die Gewerbelandschaften in der Schwäbischen Alb und am Bodensee gehörten. An dritter Stelle gewann schließlich die ausgedehnte Zone der ostmitteleuropäischen Leinenerzeugung besonderes Gewicht. Zu ihr zählen vor allem Schlesien und Böhmen, aber auch Oberösterreich, die Oberlausitz und Sachsen." Harder-Gersdorff erweitert im Anhang diese bisherige Optik aufgrund der Auswertung der hauptberuflich Beschäftigten in der Leinenweberei für 1846: Sie ermittelte „fünf jeweils in verschiedene Räume (Unterregionen) unterteilte Leinenregionen". Neu ist dabei die Kenntnis des „überdurchschnittlich hohen Anteils der Erwerbstätigen in der Leinenweberei in Mitteldeutschland und im östlichen Bayern." Eine Verdichtung des Leinengewerbes liegt bei Harder-Gersdorff dann vor, wenn „zwischen einem und fünf Prozent der Bevölkerung eines Kreises unmittelbar" in der Leinenweberei Beschäftigung hat. Ebd., S. 238f.

31 Kaufhold, Karl Heinrich, Gewerbelandschaften in der frühen Neuzeit, in: H. Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 78), Stuttgart 1986, S. 112-202, hier S. 171ff.

32 Harder-Gersdorff, Leinen-Regionen, S. 211 und Kaufhold, Gewerbelandschaften, S. 170 (Zitat).

33 Ebd., S. 167,173. Kaufhold, S. 114: „Als Gewerbelandschaft läßt sich ein bestimmtes Gebiet dann bezeichnen, wenn der Wirtschaftszweig Gewerbe (modern gesprochen: der sekundäre Sektor) in ihm ein erhebliches, die wirtschaftliche Struktur dieses Gebietes deutlich beeinflussendes Gewicht hat: Konkret sollte das Gewerbe also einmal überdurchschnittlich stark vertreten, zum anderen von überörtlicher Bedeutung sein. Liegen beide Merkmale vor, handelt es sich auf jeden Fall um eine Gewerbelandschaft; ist nur eines gegeben, muß der Forscher prüfen, ob er von einer solchen sprechen will oder nicht." S. auch Hans Pohl, Einführung, in: ders. (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften, S. 7-15, hier S. 13f. Kaufhold, Gewerbe, S. 218, erweitert den Begriff um den Aspekt der Tradition und des Grades der gewerblichen Verdichtung.

34 Vgl. dazu Karte 4 in Kap. 1.2, S. 206.

Den zum Teil geringen Zuwandererzahlen aus einzelnen Landkreisen stehen hohe Werte in anderen Landkreisen gegenüber: 68 aus dem Kreis Tecklenburg, 31 aus dem Kreis Einbeck, aber nur 8 aus dem Landkreis Northeim oder 10 aus dem Landkreis Eschwege. Diese Unterschiede verlieren an Bedeutung angesichts der Tatsache, daß alle Landkreise — ungeachtet einzelner regionaler Übergänge zur industriellen Produktionsform — eines verbindet: die vorindustrielle Leinen- und Flachsgarnproduktion.

Insgesamt stellten 22 Landkreise mehr als 6 Zuwanderer. Doch nicht alle zu dieser Zone gehörenden Landkreise werden beschrieben: Vier Gebiete stehen im folgenden stellvertretend für die sich von West nach Ost und von Ost nach Süden hinziehende Leinenregion:

a. Der Landkreis Tecklenburg;
b. die ehemalige Grafschaft Ravensberg für das Minden Ravensberger Land;
c. das Gebiet des südlichen Niedersachsen;
d. das nördliche Hessen.

a. Der Landkreis Tecklenburg[35]

Der Landkreis Tecklenburg grenzt im Osten an die Kreise Osnabrück und Iburg. Die Ost-West Ausdehnung beträgt maximal 35 km, die Nord-Süd Ausrichtung rund 34 km. Die Entfernung von GMH zum nächstgelegenen Tecklenburgischen Abwandererort Lienen beträgt 10-12 km, die weiteste in die Nordspitze etwa 30 km.

Nach dem Ende des 30jährigen Krieges wurde im Zuge des Landesausbaues das Hausleinengewerbe eingeführt. Im Ort Tecklenburg entstand 1654 eine „öffentliche Schauanstalt" zur Preisund Qualitätskontrolle, die erste Legge in Westfalen überhaupt.[36] Damit war für Tecklenburg die Richtung gesetzt als „Prototyp einer hochverdichteten, monostrukturierten Gewerbelandschaft".[37]

Seit Beginn des 18. Jahrhunderts gehörte Tecklenburg zu Preußen und in der nun preußischen Exklave Tecklenburg wurde der Landesausbau mit dem Ziel höherer Steuereinnahmen verstärkt. Hierzu gehörten Meliorationsarbeiten im Moor und die Kultivierung der Marken: 1770-85 entstanden in Lienen 35 Neubauernstellen auf Markengrund.

Die Bodenbeschaffenheit im Landkreis Tecklenburg wies ein Drittel sandigen Boden, ein Drittel Moor, das jedoch wirtschaftlich genutzt wurde, und ca. ein Drittel agrarische Nutzfläche für den Ackerbau auf, letzteres Lehm- und Tonböden bzw. sandiger Lehm- und Tonboden. Damit waren die natürlichen Grundla-

---

35 Der Landkreis wird etwas ausführlicher beschrieben, um in den nachfolgenden Beschreibungen auf bestimmte Begrifflichkeiten und Zusammenhänge zurückgreifen zu können.

36 Bei der Beschreibung der Grafschaft und des späteren Landkreises Tecklenburg stütze ich mich vorwiegend auf Gladen, Tecklenburg, S. 7, 49, der Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, Bevölkerung und Soziale Frage des Kreises Tecklenburg vor der Industrialisierung beschreibt.

37 Kaufhold, Gewerbelandschaften, S. 164.

gen für die Landwirtschaft zwar begrenzt, das feuchte Klima begünstigte jedoch den Flachsanbau.[38] Um 1800 wurde auf 28,1% der gesamten Ackerfläche Flachs angebaut.[39] Damit lag Tecklenburg im niedersächsischen Bereich an der Spitze und noch vor dem westfälischen Minden-Ravensberg mit ca. 19% Flachsanbaufläche. Allgemein galt, daß der Anbau ungeachtet der Bodenqualität dort am stärksten verbreitet war, wo die unterbäuerliche Schicht überproportional stark war.[40]

In Tecklenburg traf beides zu: wenig fruchtbare Ackerfläche und ein hoher Anteil bäuerlicher und unterbäuerlicher Schichten. Selbst bei geringerer Bevölkerungsdichte als in Minden-Ravensberg reichte das Getreide nur in den guten Erntejahren zur eigenen Versorgung.[41] Die Bevölkerungszahl Tecklenburgs stieg zwischen 1816-1855 um 16,23% von 35.458 auf 42.330. Bis auf die wenigen Jahre mit den extremsten Auswanderungsspitzen — dies waren 1836, 1837, 1840, 1846 folgende — gab es einen kontinuierlichen Bevölkerungsanstieg und dies trotz einer Auswandererzahl von 3.464 in den Jahren 1813-51.[42]

Der Landesausbau ab der Mitte des 18. Jahrhunderts und Maßnahmen zur Eheförderung bedeuteten steigende Bevölkerungszahlen, die auf zunehmende Arbeits- und Steuerkraft zielten.[43] Diese Politik setzte eine Entwicklung in Gang, die sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bei steigenden Geburten- und sinkenden Sterbeziffern zur Massenarmut auswuchs: „Ich habe hier eine ganz arme Landgegend, wo vereinzelte Bauernhäuser zwischen unzähligen Heuerhäusern liegen, die mit armen Mietsleuten ganz ausgefüllt sind. Dabei habe ich recht verbreitete Krankheiten, den Typhus und die Tuberkulose, hier vorgefunden, die mir die Armut dieser Heuerleute gleich in der traurigsten Gestalt gezeigt haben."[44]

1828 arbeiteten 70,7% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und davon stand über ein Drittel im Heuerlingsverhältnis.[45] In den zwölf Jahren zwischen

---

38 Gladen, Tecklenburg, S. 4.

39 Achilles, Walter, Die Bedeutung des Flachsanbaus im südlichen Niedersachsen für Bauern und Angehörige der unterbäuerlichen Schicht im 18. und 19. Jahrhundert, in: H. Kellenbenz (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert, S. 109-124, hier S. 110.

40 Ebd., S. 111.

41 Kamphoefner, Neue Welt, S. 33.

42 Gladen, Tecklenburg, S. 202, 209.

43 Ebd., S. 110f, 113f. Steuervorteile und materielle Unterstützung erhielten diejenigen Bauern, die Neubauer- und Heuerlingsstellen einrichteten. Ebd., S. 112. S. auch Husung, Hans-Gerhard, Zur ländlichen Sozialschichtung im norddeutschen Vormärz, in: H. Mommsen, W. Schulze (Hg.), Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung, Stuttgart 1981, S. 259-273.

44 Brief des späteren Mainzer Bischofs Freiherr von Ketteler vom 17.11.1846, der zuvor Pfarrer in Hopsten war. Zit. nach Gladen, Tecklenburg, S. 157. Das Verhältnis von Pachtpreis zu Reinertrag auf den landwirtschaftlichen Pachtstellen 1800-1830 war in Tecklenburg negativ. Ebd., S. 134.

45 Ebd., S. 124,132. Da die Familienoberhäupter gezählt wurden, ergibt sich, daß jede 4. Familie im Landkreis eine Heuerlingsfamilie war. Zu den Bedingungen des Heuerlingsverhältnisses s. S. 130f. S. auch Teil C, Kap. 2, S. 103f und 172 ff.

1816 bis 1828 stieg ihre Zahl um fast 60%, elf Jahre später waren zu den 1.735 Heuerlingsfamilien nochmals weitere 1.336 Heuerlingsfamilien hinzugekommen. Parallel dazu nahmen die Neubauernstellen zu und zugleich wuchs die Zahl der Knechte und Mägde 1819-1831 um 44%. Die unterbäuerliche Schicht der Heuerlinge erfuhr also ihre Vermehrung zum einen von oben durch die im Anerbenrecht abgehenden jüngeren Bauernsöhne und zugleich von unten durch die Knechte und Tagelöhner.[46] Die extreme Verarmung in den unterbäuerlichen Schichten setzte in den 1820er Jahren ein. Seit dieser Zeit verschlossen sich die bisherigen zusätzlichen Nahrungs- und Erwerbsmöglichkeiten, die Die Familien auf den kleinen Hofstellen zum Auskommen benötigten:

1. Die Markenteilungen beendeten mit dem Übergang der Flächen in den Besitz der Markgenossen das ungeschriebene Nutzungsrecht der Marken durch die Heuerleute und Neubauern.[47]

2. Die Gewerbefreiheit, 1815 erneut von den Preußen bestätigt, führte in den Städten zu einer Übersetzung der Handwerke. Auf dem Lande hingegen kam es gar nicht erst zu einer Expansion im Handwerk, denn die Aufnahmekapazität in den dörflichen Grundhandwerken war zuvor schon ausgeschöpft. Hier blieben die Handwerker häufig zugleich Landwirte.[48] Die Übersetzung des Handwerks hielt bis in die 1860er Jahre an.[49]

3. Der Verfall des Hausleinengewerbes setzte ab 1815 mit dem Export billigerer, maschinell hergestellter Waren aus England sowie mit der Konkurrenz der Baumwollprodukte ein. Endpunkt war 1858 die Schließung der Tecklenburger Legge von 1654. Die tiefgreifenden Veränderungen sprechen aus einer offiziellen Erhebung des Jahres 1840, also fast 20 Jahre vor der Schließung der Legge: Noch 60% der Bevölkerung waren auf die Spinnerei und Weberei als nebengewerbliches Zubrot angewiesen,[50] nur 40 der 2.580 Webstühlen im Kreis Tecklenburg wurden 1816 im Hauptgewerbe genutzt.[51]

Tecklenburg gehörte zum Kern der proto-industriellen Gebiete Nordwestdeutschlands. Protoindustrie wird definiert als „Herausbildung von ländlichen Regionen, von denen ein großer Teil der Bevölkerung ganz oder in beträchtlichem Maße von gewerblicher Massenproduktion für überregionale und internationale Märkte lebte."[52] In Nordwestdeutschland war sie stets eng an das Heuerlingssystem gebunden.[53] Tecklenburg steht dabei als ein Beispiel für den nicht vollzogenen Übergang von der Protoindustrie zur industriellen Fertigung. In

46 Ebd., S. 127-132, 203.
47 Ebd., S. 31.
48 Ebd., S. 41, 45f, Zitat S. 45.
49 Ebd., S. 48. Tecklenburg gehörte 1801 zu den Gebieten mit hoher Dichte der Meister im Landhandwerk pro 1.000 Einwohner, lag jedoch weit unter den süddeutschen Verhältnissen, s. Kaufhold, Gewerbelandschaften, S. 117f.
50 Kamphoefner, Neue Welt, S. 32.
51 Gladen, Tecklenburg S. 58.
52 Kriedte, Medick, Schlumbohm, Industrialisierung, S. 26.
53 Vgl. u.a. Kamphoefner, Neue Welt, S. 27f.

dieser Region, wie auch im Osnabrücker Land, fand mit dem Rückgang der Leinenproduktion insgesamt eine „De-Industrialisierung" statt.[54]

Innerhalb des westfälischen Hausleinengewerbes gab es Unterschiede „sowohl in der Verflechtung von Leinen- und Landwirtschaft wie hinsichtlich der kommerziellen Organisation des Absatzes":[55] Im Westmünsterland war es ein Hausgewerbe im Verlagssystem, ein fast ausschließlich „ländliches Nebengewerbe" für die unterbäuerliche Bevölkerung, die den Rohstoff Flachs oder das Garn über den Kaufmann bezog.[56] Im Osnabrücker Land war das Leinengewerbe ebenfalls ein reines Nebengewerbe, jedoch im Kaufsystem organisiert. Da das Leinen „in der Regel vom Flachsbau über das Spinnen und Weben bis zur Bleiche in eigener Regie" hergestellt wurde, setzte sich das Verlagssystem nicht durch. In der Grafschaft Ravensberg, zu der die späteren Landkreise Halle, Bielefeld und Herford gehörten, setzte sich ebenfalls das Kaufsystem durch. Die Heuerlinge spannen, webten und verkauften selbst an die Händler.[57]

In Tecklenburg, räumlich zwischen dem westlichen Münsterland (Verlag) und dem Osnabrücker bzw. Minden-Ravensberger Land (Kaufsystem) gelegen, herrschte vermutlich eine Mischform.[58] Der Tecklenburger Kaufmann organisierte zum einen den Absatz, lieferte, über die Verwendung des heimischen Flachses hinaus, zum Teil aber auch das u.a. aus dem Kreis Herford bezogene Garn. Häufig waren die Bauern auch zugleich Leinenhändler. Die Heuerlinge webten dann auf den Webstühlen der Bauern und ließen das Produkt gleich dort.[59]

Einzelne Versuche der Förderung und Wiederbelebung des Leinengewerbes brachten nur kurzfristig Erfolg und 1857 öffnete in Ibbenbüren die erste mechanische Baumwollweberei mit 100 Webstühlen. Wie sehr das Hausleinengewerbe endgültig der Vergangenheit angehörte, spricht aus dem Bericht dreier Amtmänner des Landkreises Tecklenburg von 1881: „daß selbst nicht mehr der Eigenbedarf gedeckt, sondern das Leinen jetzt vielfach von den Manufakturisten gekauft wird, denn die Leute können billiger Leinen kaufen als produzieren."[60]

4. Der Hollandgang und das Tüöttentum als zweiter großer Nebenerwerbsbereich waren die Vorläufer der Auswanderung als der großen Lösung des Armuts-

54 Ebd., S. 30.

55 Harder-Gersdorff, Leinen-Regionen, S. 209.

56 Ebd., S. 211.

57 Ebd. und Mooser, Klassengesellschaft, S. 67f. S. auch Unterpkt. b) zu Ravensberg. Der Begriff Kaufsystem ist zeitgenössisch und diente als Gegenbegriff zum „Fabriksystem". Er wird in der neueren Literatur als Abgrenzung gegenüber dem Verlagssystem verwendet. Mooser, Klassengesellschaft, S. 379, Anm. 97. Im Kaufsystem verkauften die Produzenten ihr zu Hause hergestelltes Produkt selbständig an einen Kaufmann, der mit dem Produkt Handel trieb. Im Verlagssystem schoß der Verleger (Kaufmann) dem Weber/Spinner die Produktionsmittel vor, die dieser dann zuhause verarbeitete. Ebd., S. 62.

58 Gladen, Tecklenburg, S. 54 spricht vom Verlagssystem, Kaufhold, Gewerbelandschaften, S. 164, vom Kaufsystem, Harder-Gersdorff, Leinen-Regionen, S. 222, spricht davon, daß „nicht im Verlag" produziert wurde. Auch Kamphoefner, Neue Welt, S. 32, rechnet Tecklenburg zur westlichen Ausdehnung des Minden-Ravensberger Landes.

59 Mooser, Klassengesellschaft, S. 282.

60 Gladen, Tecklenburg, S. 61-64, 67, Zitat S. 67.

problems. Die kleine Lösung bestand in der saisonalen Wanderarbeit der Kleinbauern, Landarbeiter, Pächter und vor allem der Heuerlinge vom Ende des 17. Jahrhunderts bis in die 1830er Jahre hinein.[61] Die Hollandgänger arbeiteten als Grasmäher, Heuwender, Getreide-Erntearbeiter, in der Torfgewinnung und nur zum geringeren Teil als Wanderarbeiter in unterschiedlichen Gewerben oder als Seefahrer. Holland und Westfriesland waren dabei die zentralen Zielgebiete.[62]

Der Landkreis Tecklenburg lag im „Kernraum" des großen regionalen Rahmens der Wanderarbeit, der den nordwestdeutschen Raum umfaßte: Dieser Kernraum umfaßte zu Beginn des 19. Jahrhunderts die „östlich der Ems gelegenen Teile des Emslandes (Meppen, Lingen), das Fürstentum Osnabrück, die Grafschaften Diepholz und Tecklenburg, einen kleinen Teil der Grafschaft Hoya, das heutige Oldenburger Münsterland, einen großen Teil von Minden-Ravensberg und den Nordosten des vormaligen Oberstifts Münster."[63] Im Stichjahr 1811 wanderten von hier 3% der Bevölkerung für 2-3 Monate im Sommer nach Holland bzw. Westfriesland.

Der Landkreis Tecklenburg gehörte mit durchschnittlich 2% Hollandgängern an der Bevölkerung zur mittleren Zone dieses Kernraumes.[64] Hier stellten die Heuerleute mit 61% die Hauptgruppe neben Köttern (4,3%), Neubauern (3%) und deren Söhnen und Töchtern mit 31,3%. Dabei weist gerade der hohe Anteil von Verheirateten unter den Hollandgängern (68,7%) die Saisonarbeit als notwendig für die Existenzsicherung in den unterbäuerlichen Familien aus.[65] Doch ab Beginn der 1830er Jahre war auch dieser Weg mehr und mehr verschlossen. Der Hollandgang hörte im Landkreis Tecklenburg gegen Mitte des 19. Jahrhunderts vollständig auf.[66]

5. Eine Sonderstellung innerhalb der Wanderarbeit nahm das Tüöttentum ein, in seiner Handelsform eine spezifisch Tecklenburgische Ausprägung. Zentren waren die Gemeinden Recke, Mettingen und Hopsten im Nordkreis. Wie beim Hollandgang ging es hierbei um den Verdienst „baren Geldes";[67] statt des Verkaufs der Arbeitskraft in den Sommermonaten war das Tüöttentum jedoch ein Handelsgeschäft. Oft über das ganze Jahr hinweg zogen die Männer fort und verkauften die von der Familie hergestellte oder auch zugekaufte Leinwand. Im Laufe der Zeit entwickelte sich der Handel zu einer ausreichenden wirtschaftlichen Existenzgrundlage; 1829 lebten in den drei Tüöttengemeinden fast 15% der Fa-

61 Bölsker-Schlicht, Hollandgängerei, S. 33 und Gladen, S. 68,71. Bölsker-Schlicht vermutet schon einen früheren Beginn, evtl. sogar im Spätmittelalter.

62 Ebd., S. 32ff.

63 Ebd., S. 47.

64 Ebd., S. 49.

65 Gladen, Tecklenburg, S. 68f.

66 Ebd., S. 71. Holländische Konkurrenz und das Verbot ausländischer Beschäftigung in staatlichen Betrieben waren u.a. die Gründe. Zur Hollandgängerei aus Tecklenburg s. Lucassen, Jan, Naar de Kusten van de Noordzee, Trekarbeid in Europees perspektief, 1600-1900, Gouda 1984, S. 43ff.

67 Gladen, Tecklenburg, S. 72. S. auch Lucassen, Naar de Kusten, S. 111.

milien vom Handel mit Leinwand.[68] Die Existenzgrundlage der überwiegenden Mehrheit der Tüöttenfamilien fußte jedoch weiterhin auf allen drei Grundlagen: Landwirtschaft, Hausleinengewerbe und Handel. Das Tüöttentum war an das Hausleinengewerbe gekoppelt; es hatte sich in Verbindung mit ihm nach dem 30jährigen Krieg ausgebildet und verschwand bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts folglich mit ihm auch wieder.

Die Partizipation an den Marken, das dörfliche Handwerk, das Hausleinengewerbe, der Hollandgang und das Tüöttentum gaben bis in die 20er und 30er Jahre des 19. Jahrhunderts existenzsichernde Verdienstmöglichkeiten für die unterbäuerlichen Schichten. Mit der Aufteilung der Marken in bäuerliches Eigentum, dem Zusammenbruch des Hausleinengewerbes, dem Ende des Hollandgehens, des Tüöttentums und zugleich der Übersetzung des Handwerks kamen massiv und unaufhaltsam Elend und Not.

Das übrige Gewerbe in Tecklenburg entwickelte sich spät und zögernd. Heimische Bodenschätze — Stein, Torf, Kalk und Ton, Salz, Erze und Kohlen — hätten zwar eine intensivere Nutzung zugelassen, doch arbeitskräftebindend war im frühen 19. Jahrhundert lediglich der Abbau von Torf, Ton und Steinen: 1804 beschäftigten diese Bereiche insgesamt 1.095 Arbeiter, die überwiegend für den Eigenverbrauch arbeiteten.[69] Den Hauptteil band mit 780 der 1.095 Arbeiter der Torfabbau im Moor.

Nur bei der Kalkgewinnung und beim Kohlenabbau erfolgte der Übergang zum industriellen Abbau in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Das Kalkwerk in Lienen im Südkreis erwarb später der GMBHV und baute 1936/37 zwischen Hüggel und Lienen eine Seilbahn, die noch bis in die 1970er Jahre in Betrieb war.

Der Erzabbau begann überhaupt erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts. 1861 arbeiteten auf der Gravenhorster Eisenhütte 141 Personen.[70] Der Kohlenbergbau, ab Mitte des 18. Jahrhunderts unter preußischer Landesherrschaft intensiviert, bot im Jahre 1858 709 Tecklenburgern Beschäftigung. Qualifizierte Bergleute hatten aus der Fremde, überwiegend aus Hessen und dem Mansfeld geholt werden müssen; ihre Zahl betrug zwischen 1750 und 1820 über 100.[71] Der Übergang vom Prinzip der preußischen merkantilistischen Gewerbepolitik zum Prinzip der freien Konkurrenz wirkte sich hier lähmend aus.[72] Anders als bei der massiven staatlichen Lenkung durch das Hannoversche Königshaus bei der Entwicklung des GMBHV kamen hier Kohle und Erz nur schwer zusammen. Die Hütte litt zeitweise unter den hohen Kohlenpreisen, die von der preußischen

68 Gladen, Tecklenburg, S. 74.
69 Ebd., S. 75f.
70 Ebd., S. 89.
71 Ebd., S. 10, 96, 122. Es waren die einzig nachweisbaren Einwanderungen in die Grafschaft Tecklenburg in dieser Zeit.
72 Ebd., S. 84.

Bergbehörde festgelegt wurden. Erst staatliches Entgegenkommen ab 1820 führte überhaupt zum Erhalt der Gravenhorster Hütte.[73]

So wurde die Aus- und Abwanderung zum „Segen Gottes für das Tecklenburgische".[74] Ab Beginn der 1830er Jahre verteilte sie sich „gleichmäßig und gleichzeitig" auf die Mehrzahl der Gemeinden.[75] Der Landkreis Tecklenburg stellte ein Drittel der Auswanderung des insgesamt zehn Landkreise umfassenden Regierungsbezirkes Münster, eine deutliche Übereinstimmung mit dem protoindustriellen Zentrum Tecklenburg innerhalb des Regierungsbezirks.[76] Auch in der späteren, zweiten Auswanderungswelle (1864-1873) lag Tecklenburg mit gut einem Drittel weiterhin mit Abstand an der Spitze im Regierungsbezirk.[77] Das wichtigste Zielgebiet blieb Nordamerika: 87,2% aller für 1813-1851 erfaßten Auswanderer zog es dorthin.[78]

1813-1851 wanderten 3.464 Tecklenburger aus, 1862-1886 folgten nochmals 5.876.[79] Für die 1850er Jahre liegen zwar keine Zahlen vor, doch vermutet Gladen hier einen Rückgang der Auswanderungen zugunsten der Binnenwanderung: Die Abwanderung in das Ruhrgebiet und in den nahen Osnabrücker Raum könnten zu einem vorübergehenden Rückgang der Auswanderung beigetragen haben, doch die Auswandererzahlen für die Jahre 1862-1886 bestätigen nicht, daß die Binnenwanderung eindeutig Auswirkungen auf den Umfang der Auswanderung hatte.

Aus dem gesamten Regierungsbezirk Münster heirateten 95 Zuwanderer im Ort GMH. 69 stammten aus dem Landkreis Tecklenburg. Dieses Zahlenverhältnis stimmt überraschend genau mit dem Schwerpunkt der Auswandererzahlen des Landkreises Tecklenburg innerhalb des Regierungsbezirk überein: Allein 23 Tecklenburger/innen kamen aus dem Ort Lienen, 8 aus Lengerich, je 5 aus Lotte und Ibbenbüren sowie 4 aus der Stadt Tecklenburg. Eine Auszählung aller Auswanderungsfälle aus den Gemeinden Lienen, Lengerich und Tecklenburg ergab

---

73 Für die Bergarbeiter ab 1824 und für die Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter mit dem Knappschaftsgesetz von 1854 galt eine soziale Sonderstellung, die extrem der Lage der ländlichen Bevölkerung, der Heuerleute und Tagelöhner entgegenstand. Auch lagen die Bergarbeiterlöhne (für 1819-1825) höher als die der Handwerker. 1861 erhielt ein Handwerker auf dem „platten Lande" 20-30 Taler jährlich zuzüglich Kost und Wohnung! S. Gladen, S. 49, 95, 98, 103. Im Vergleich dazu verdiente ein Handwerker beim Bau der Hüttenanlage des GMBHV hingegen 1857 — bei 300 angenommenen Arbeitstagen — 138,54 Tlr. Ungeachtet der Kaufkraft war der preußische und der hannoverschen Taler ab 1834 identisch. Ein Bergmann am Piesberg verdiente 1863 — wiederum ausgehend von 300 Schichten — 150 Tlr. S. dazu auch Kap. 1.1, S. 191.

74 So der Landrat 1859, zit. nach Gladen, S. 153f.

75 Ebd., S. 148, gestützt auf die Auswanderer-Namenslisten von Müller, Friedrich, Westfälische Auswanderer im 19. Jahrhundert — Auswanderung aus dem Regierungsbezirk Münster, I. Teil, 1803-1850, in: Beiträge zur Westfälischen Familienforschung, Bd. 22-24 (1964-1966).

76 Kamphoefner, Neue Welt, S. 58f, 32-37.

77 Müller, Vorbemerkungen, in: Westfälische Auswanderungen, S. 7-54, hier S. 47.

78 Gladen, Tecklenburg, S. 149. 12,1% gaben Holland, 0,6% Hannover an.

79 Für 1813-1851: Gladen, S. 210; für die Folgezeit Müller, Westfälische Auswanderer, S. 47.

für die Jahre 1830-50 für Lienen eine sehr hohe, für Lengerich eine hohe und für Tecklenburg eine mittlere Auswanderungsziffer.[80]

Die Tecklenburger Arbeitswanderer kamen aus der Nachbarschaft und waren allem Anschein nach in den ersten Jahren des Werkes Saisonarbeiter und Pendler; denn nur 10 Tecklenburger und Tecklenburgerinnen heirateten in der GMHütter Lutherkirche in der Frühzeit des GMBHV und nur 12 zogen überhaupt, ob ledig oder verheiratet, in den Landkreis Iburg zu. „Bei dem Reichtum des Kreises an dürftiger arbeitsfähiger Jugend und der Nähe der Hannoverschen Grenze geht ein nicht unbedeutender Teil [...] in Tagelohn besonders zur Georgsmarienhütte bei Boeckerade" (gemeint ist der Vorläufer des GMBHV, die als Werkstätte noch weiter existierende Hütte zu Beckerode, s.m.), bestätigte der Tecklenburger Landrat von Diepenbroick-Grüter 1861.[81]

Die Eheschließungen der Tecklenburger häuften sich erst in den späteren Jahren: 1871-1894 heirateten 31 der 69 Zuwanderer. Dieses späte Seßhaftwerden galt für die Mehrheit der Zuwanderer aus den westfälischen Kreisen bzw. aus dem Radius 3, also einer mittleren Wanderungsdistanz.

Tab. 1: Eheschließungen der Tecklenburger Zuwanderer

Zeit	Männer	Frauen	Männer und Frauen in Prozent der Heiratenden aus Radius 3, 4, 5
1856-1870	5	6	2,7
1871-1894	20	11	6,9
1895-1918	5	9	6,7
1919-1933	5	8	7,4
Summe	**35**	**34**	

Die sinkenden Heiratszahlen vor dem Ersten Weltkrieg deuten auf die Zeit des Arbeitskräftemangels und des Wohnungsmangels in und um GMH hin. Es war die Zeit des Pendelns zum Arbeitsplatz. Der weite Weg hatte u.a. diesen Arbeitern unter den GMHüttern den Namen „Morgenländer" eingetragen, „da sie erst so spät in ihren Heimatorten wieder eintrafen, daß sie sich gleich wieder auf den Weg zur nächsten Schicht machen mußten." Die Direktion des GMBHV beklagte, daß man zwar mehr Arbeitskräfte „aus der weiteren Umgebung (Lienen, Holte usw.) bekommen könne", daß diese aber oft den weiten Weg scheuten.[82]

Die hohe Zahl der zuwandernden Frauen ist an sich ein Indiz für den Familienzuzug, doch ist das Zahlenverhältnis Mann/Frau hier beim GMH benachbarten Kreis anders zu bewerten: Frauen kamen überwiegend nicht im Zuge des Fami-

80 Ausgezählt nach Müller, Westfälische Auswanderungen, S. 57-281. Die Kategorien wurden von mir wie folgt festgelegt: Sehr hoch: 35 und mehr; hoch: 20-34; mittel: 10-19; schwach: 1-9.

81 Zit. nach Gladen, Tecklenburg, S. 149.

82 Haunhorst, Dorothea, Werkswohnungsbau, S. 34. S. auch Teil C, Kap. 4, S. 146f.

lienzuzugs, auch nicht als nachziehende Bräute vormals Tecklenburger Männer, sondern als zuziehende Bräute.

Tecklenburg wurde ein Brautschaugebiet GMHütter Junggesellen. Drei von vier gebürtigen Tecklenburgerinnen wurden „geholt". Nur ein Viertel der Tecklenburger Männer und Frauen heirateten einen ebenfalls gebürtigen Tecklenburger, wovon wiederum nur vier aus demselben Heimatort stammten. Die in GMH lebenden Tecklenburger Männer heirateten also nicht nach heimatlichem Sinn: Nur 25,7% heirateten Tecklenburgerinnen, 20% gebürtige GMHütterinnen, 37,1 % aus den GMHütter Nachbarorten (17%) und dem weiteren Umland bis Minden-Ravensberg, 17,2% von weither zugezogene Frauen.

Tab. 2: Räumliches Heiratsverhalten der Tecklenburger Zuwanderer

	Herkunftsgebiete der Bräute Tecklenburger Männer in Prozent	Herkunftsgebiete der Bräutigame Tecklenburger Frauen in Prozent
Geburtsort gleich	11,4	11,8
Geburtskreis gleich	14,3	14,3
Iburg, Osn., Herford Halle, Bielefeld, Lingen	37,1	22,9
GMH	20,0	31,4
Osterode, Zellerfeld Ziegenhain	14,3	8,8
übrige Gebiete	2,9	8,8

64 der 69 Tecklenburger waren evangelisch, 5 katholischer Konfession. Zwei evangelische Männer und zwei Frauen gingen eine Mischehe ein; dies entspricht einer geringen Mischehenrate von 5,8.

Die elterlichen Berufsangaben sprechen ihre eigene deutliche Sprache, wobei die Verteilung der Berufsgruppen über den gesamten Zeitraum gleichmäßig bleibt.

Tab. 3: Die elterlichen Berufsgruppen der Tecklenburger Zuwanderer 1856-1933

	Männer	Frauen
Landwirtschaft	14	16
davon Heuerlinge, Neubauern, Erbpächter, Pächter, Ackermann	13	13
Handwerk	2	5
Hütten- und Bergwerke, Arbeiter	4	6
o. Angabe einschl. Halbwaisen o. Vater	7	5
Sonstige	6	30

Die wenigen Elternberufe im Hütten- und Bergbaubereich zeigen den starken Anteil der Eheschließenden in der ersten Zuwanderergeneration. Die Söhne aus diesen ländlichen und kleinhandwerklichen Familien blieben durchweg im un- und angelernten Bereich. Sie arbeiteten zur Zeit ihrer Heirat als Hüttenarbeiter, Arbeiter, Knecht und Bergmann. Die Söhne der einzigen drei Kolonen wurden hingegen alle drei Schmied, der Sohn des Zimmermanns Bäcker. Trotz aller gebotenen Vorsicht bei einer solch kleinen Subpopulation spricht die Eindeutigkeit der Zuordnungen Sohn-/Vaterberuf für sich.

b. Die ehemalige Grafschaft Ravensberg

Minden-Ravensberg zählt zu den ältesten preußischen Gebieten im Westen des Reiches. Es besteht aus dem ehemaligen Fürstentum Minden mit den späteren Landkreisen Minden, Lübbecke und dem Stadtkreis Minden sowie der ehemaligen Grafschaft Ravensberg mit den späteren Landkreisen Herford, Bielefeld und Halle. Minden und Ravensberg gehörten zusammen mit den Kreisen Wiedenbrück, Paderborn, Büren, Warburg und Höxter ab 1832 zum Regierungsbezirk Minden.[83]

Im Osten des Osnabrücker Landes grenzt der Landkreis Halle direkt an den südlichen Landkreis Iburg. Der Kreis Herford, durch den Landkreis Melle von Osnabrück und Iburg getrennt, bildet in etwa den räumlichen Mittelpunkt des sich von Südwesten nach Nordosten hinziehenden Minden-Ravensberger Landes. Die Entfernung GMH — Herford beträgt ca. 45 km und entsprach damit ungefähr einer Tagesreise. Seit 1855 waren Herford und Osnabrück durch die Eisenbahn verbunden: Die west-östliche Strecke Osnabrück-Löhne traf auf die Köln-Mindener Eisenbahn von 1847.[84] 1875 und 1886 führten zwei weitere Strecken, Osnabrück-Löhne-Hameln-Hildesheim und Osnabrück-Bielefeld, das Gebiet mit dem Osnabrücker Land enger zusammen. An der Linie Osnabrück-Bielefeld lag der Bahnhof Oesede und verband praktisch den Ort GMH direkt mit dem Minden-Ravensberger Land.[85] Durch diese günstige Verkehrsanbindung blieb der GMBHV und später die Klöckner-Werke Anziehungspunkt für die Arbeiter der Kreise Halle i.W. und Bielefeld.

Die in den Trauungsbüchern GMHs erfaßten 85 Ravensberger Zuwanderer verteilten sich auf die Landkreise Halle (44 Zuwanderern), Bielefeld (10) und Herford (31). Die übrigen sieben Landkreise des Regierungsbezirks Minden stellten insgesamt nur 23 weitere Heiratende. Zentrum war also eindeutig das Gebiet der ehemaligen Grafschaft Ravensberg.

Innerhalb der Kreise Halle, Bielefeld und Herford zentrierten sich die Geburtsorte der Arbeitswanderer überwiegend auf den Westen und Norden und waren damit, wie in Tecklenburg, nach GMH hin orientiert. Anders als der Landkreis

83 Mooser, Klassengesellschaft, S. 31f.

84 Schierholz, Gustav, Geschichte der Herforder Industrie, Herford 1952, S. 5. 1864 gab es täglich zweimal eine Zugverbindung Herford-Löhne-Osnabrück.

85 Zu den Konflikten um den Eisenbahnanschluß des Werkes s. Teil A, Kap. 1.3, S. 27-29.

Tecklenburg mit seinen speziellen Abwanderungsorten konzentrierten sich die Zuwanderer aus Ravensberg aber weniger stark auf einzelne Gemeinden. Im Kreis Herford herrschte eine ausgesprochene Streuung unter den ländlichen Herkunftsorten, keine Gemeinde stellte mehr als 3 Eheschließende, die Stadt Herford 4. Im Kreis Bielefeld trat lediglich Nieder-Jöllenbeck (6) hervor,[86] im Kreis Halle waren es die Gemeinden Loxten (5), Bockhorst (8), Peckeloh (9) und Versmold (10).

Tab. 4: Eheschließungen der Ravensberger Zuwanderer (Männer und Frauen) 1856-1933

Zeit	Herford		Halle		Bielefeld		M + F in % der Eheschließ. aus Radius 3, 4, 5
	M	F	M	F	M	F	
1856-1870	8	8	5	2	2	1	7,1%
1871-1894	6	—	13	10	2	2	7,3%
1895-1918	1	—	2	3	1	1	3,7%
1919-1933	5	3	6	3	1	—	10,3%
Summe	**20**	**11**	**26**	**18**	**6**	**4**	

Die Eheschließungen häuften sich wie bei den Tecklenburger Zuwanderern in der Zeitspanne 1871-1894. Wiederum auffallend niedrig lagen die Heiratszahlen vor dem Ersten Weltkrieg. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft (s. Tab. Nr. 5) der Ravensberger und der Verdichtung der Eheschließungen in den 1870/80er Jahren wurde schon im Vergleich zwischen den Zuwanderern insgesamt in die Kolonie GMH und in das Umland deutlich:[87] Es zeigten sich Unterschiede in der regionalen Herkunft der im Ort Wohnenden gegenüber den in den angrenzenden Kreis Iburg Zugezogenen. Die größte Differenz bestand bei den westfälischen und den Harzer Zuwanderern: 43 Frauen und Männer, die aus dem Westfälischen stammten, in GMH wohnten und dort 1856-1870 heirateten, standen allein 138 männlichen Arbeitern gegenüber, die 1856-65 aus Ostwestfalen in das Amt Iburg zuwanderten und dort registriert wurden. Umgekehrt proportional gestaltete sich das Verhältnis bei den Zuwanderern aus dem Harz, ihre Zahl überwog bei weitem innerhalb GMH.

Die Minden-Ravensberger Arbeiter kehrten in der Frühzeit des GMBHV häufiger in die Heimat zurück und andere traten an ihre Stelle. Die in den späteren Jahren in GMH Heiratenden hatten somit viele Vorboten, die Nachrichten aus GMH in die Heimat mitgebracht hatten. Anders verhielt es sich bei den hessischen, Harzer und Eichsfelder Arbeitern; hier kamen nach dem ersten großen Zuwandererschub nur noch vereinzelt Nachzügler. Der Zusammenhang zwi-

[86] Jöllenbeck war Mitte des 19. Jahrhunderts ein überquellender Ort und wies 1770-1806 eine extreme Zunahme der Heuerstellen auf; s. Angermann, Bielefeld, S. 21-28, 70.

[87] S. Teil D, Kap. 1.2, dort auch Tab. 5, S. 212.

schen unterbäuerlicher bzw. gewerblicher sozialer Herkunft und dem Zeitraum des Seßhaftwerdens liegt in der einleitend dargelegten Verquickung: Was auch immer zuerst da war: Den Vorbehalten der Werksleitung folgte ein Abwarten der ländlichen Bevölkerung — oder: Der Unstetigkeit der ländlichen Bevölkerung folgte der Vorbehalt der Direktion.

Tab. 5: Die elterlichen Berufsgruppen der Ravensberger Zuwanderer 1856-1933

	Männer			Frauen		
	Herf.	Halle	Bielef.	Herf.	Halle	Bielef.
Landwirtschaft	9	16	5	6	9	—
davon Heuerl., (1 Erbpächter)	8	14	5	5	9	3
Handwerk	1	1	—	1	1	—
Hütten- u. Bergarbeiter bzw. Arbeiter	2	3	—	—	4	—
o. Angabe, davon Halbwaise ( )	4 (2)	6 (3)	—	2 (1)	2 (1)	1
Rest	5	—	—	2	—	—
Summe		**52**			**33**	

Tab. 5 zeigt den deutlichen Überhang aus unterbäuerlichen Familien. Heuerling sein bedeutete in Ravensberg längst nicht mehr, sich einen Kotten zu teilen, 3-5 Morgen Land zu pachten, eine Kuh zu halten und für Kotten, Boden, Gespann- und Hilfeleistungen dem Bauern wiederum Heuerlingsarbeit zu leisten. Diese leidliche Existenzgrundlage war nur möglich gewesen bei einer Dichte an Heuerstellen pro Vollbauer von 1,5 in Minden und 3,8 in Ravensberg, wie Mooser für 1797 errechnet.[88] Minden-Ravensberg war schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts die „am dichtesten besiedelte Provinz des Preußischen Staates und ebenfalls das am dichtesten besiedelte Gebiet Westfalens",[89] wobei die Gft. Ravensberg mit 98 Einwohnern/qkm noch weit vor dem Fst. Minden mit 48 Einwohnern/qkm oder der Gft. Tecklenburg mit 42 Einwohnern/qkm lag.[90] In den folgenden 50 Jahren erhöhte sich das Verhältnis der Heuerstellen pro Vollbauer in Minden auf 3,1 und in Ravensberg auf 8,05 (!), so daß besitzlose Familien und ihre Angehörigen zwei Drittel der Bevölkerung stellten.[91]

88 Mooser, Klassengesellschaft, S. 267, 233f. Hierbei sind nicht die Heuerlingsverhältnisse bei Kleinbauern und Gütern einbezogen.

89 S. Reekers, Beiträge, Teil 2, S. 84.

90 Gladen, Tecklenburg, S. 107. Zahlen für Minden und Tecklenburg bezogen auf 1786. Für das Fürstentum Osnabrück galt 1811/12 eine Bevölkerungsdichte von 60 Ew/qkm, im Norden 47, im Süden 70. Bölsker-Schlicht, Hollandgängerei, S. 86.

91 Mooser, Klassengesellschaft, S. 232ff.

Hinter diesem Verhältnis verbarg sich in Ravensberg eine Gruppe, deren Angehörige „nur noch dem Namen nach Heuerlinge" waren.[92] Es kam zu einer Differenzierung innerhalb der unterbäuerlichen Schichten, ohne daß dadurch das Heuerlingssystem selbst aufgebrochen wurde. Doch das eigentliche Prinzip dieses Systems, die Gegenseitigkeit des Dienst- und Hilfsverhältnisses, war durch die enorme Zunahme der Heuerstellen ausgehebelt: „Am schlechtesten gestellt sind diejenigen, die bei einem Erbpächter oder Neubauer wohnen; denn da es meist diesen Leuten selbst an Land gebricht, so können sie natürlich auch ihren Heuerlingen nur wenig abgeben, und Arbeit haben sie für dieselben fast gar nicht."[93] So wuchs in Minden-Ravensberg neben dem Typ des „alten Heuerling" der „Einlieger ohne Land", deren einzige Einnahmequelle in der Regel das Spinnen war.[94] Mooser vermutet für die Jahrhundertmitte, „daß in Ravensberg und im Kreis Wiedenbrück, also in dem Gebiet mit der höchsten proto-industriellen Verdichtung, die besitzlose Bevölkerung sich etwa zu gleichen Teilen aus Heuerlingen mit Land und Einliegern ohne Land zusammensetzte."[95]

Bis zum zweiten Drittel des 18. Jahrhunderts wurde die protoindustrielle Fertigung von den Nachsiedlerschichten getragen, von Kleinbauern, Pächtern, Heuerlingen. Mit der Markenteilung kamen die Mieter-Heuerlinge, Erbpächter und Arröder (Kleinbauern auf aufgeteilten Ländereien aus Rittergutsbesitz) hinzu. Nur durch „Füllarbeit"[96] konnten diese unterbäuerlichen Familien überleben. Füllarbeit als Leinenweben und Garnspinnen war innerhalb Minden-Ravensberg regional unterschiedlich ausgeprägt: Der Westen des Kreises Halle und der Norden des Kreises Lübbecke bildeten Schwerpunkte der Löwendlinnenweberei. Die wichtigsten Leggen im Kreis Halle lagen in Versmold, Halle und Borgholzhausen;[97] das Weben war hier, berechnet für 1849, zu 81,6% ne-

92 Laer, Wilhelm von, Bericht über die Lage der arbeitenden Klassen des Kreises Herford an das Kgl. Preußische Landes-Ökonomie-Kollegium 1851, in: C. Jantke, D. Hilger (Hg.), Die Eigentumslosen. Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgenössischen Literatur, Freiburg, München 1965, S. 93-100, hier S. 94.

93 Ebd., S. 94.

94 Mooser, Klassengesellschaft, S. 235. Der „Pächter-Heuerling", der bei mehreren Bauern Land hinzupachtete, um leidlich von der Landwirtschaft zu leben, war stärker in Minden ausgeprägt. Ebd., S. 238f.

95 Ebd., S. 237. Die Bevölkerungsvermehrung und die kontinuierliche Vermehrung der Heuerstellen war möglich geworden durch die früh durchgeführte Gemeinheitsteilung in Ravensberg und die große Nachfrage nach Spinn- und Weberarbeit (S. 233). Die Teilungen der gemeinen Marken, die in Minden-Ravensberg schon 1769 eingeleitet wurden (S. 105) und in der Grafschaft Ravensberg um 1800 schon fast abgeschlossen waren, bewirkten zweierlei: Eine Besitzvergrößerung der bäuerlichen Landbesitzer, die durch die „Gemeinheitsteilungen eine Art Gründerzeit erlebten" und zugleich eine „Siedlungsbewegung" in Gang setzte: Kleinbauernstellen, Heuerstellen, Pachtland für neue und alte Heuerlinge und Erbpachtstellen entstanden (S. 124f, 126f). Das Streben nach Land trieb die Bodenpreise für Erbpachten und Heuerlingspachten in die Höhe, die Hofstellen wurden kleiner. Die Nachfrage nach Heuerlingen als landwirtschaftliche Arbeiter auf den Höfen hatte sich jedoch nicht geändert (S. 271).

96 Begriff nach ebd.

97 Reekers, Beiträge, 2. Teil, S. 94, 97, 104.

benberuflich. In und um die Stadt Bielefeld konzentrierte sich die hauptberufliche Weberei für feines Leinen. Im Kreis Herford und in Minden hingegen überwog die Garnproduktion, die Leinenweberei war hier weniger bedeutend.[98]

Füllarbeit stellte wohl in vielen Fällen die Hauptarbeit, denn bei dem Heuerling eines Kleinbauern mit häufig nur 1/2 oder 1 1/2 Scheffel Saat (0,33-1 Morgen) ist die ‚Neben'gewerblichkeit mit einem Fragezeichen zu versehen.[99] 1849 lebten in Schildesche und Jöllenbeck bei Bielefeld über 80% „Weber und Heuerlinge" sowie „Spinner und Heuerlinge" und nicht umgekehrt ‚Heuerlinge und Weber'.[100] Mußte ein Heuerling, der Land hinzupachtete, die Ausrüstung für Acker- und Viehwirtschaft aufbringen,[101] so war ein (Berufs)Weber- und (Berufs)Spinnerhaushalt ohne große Geldausgaben zu gründen.

Anschaulich berichtete von Laer 1851 über die Verhältnisse der Heuerlinge:

„Wir wollen hier einen Durchschnitt von 1 1/2 Scheffelsaat annehmen. Darauf kann der Heuerling nur eine Ziege halten; er baut auf seinem Lande Klee für seine Ziege, 3/4 seines Kartoffelbedarfs und sein Gemüse. Die Bestellung und Ernte beschäftigt ihn etwa 4 Wochen jährlich auf demselben. Bei seinem Erbpächter findet er selten Arbeit; die Kolonen haben deren kaum für ihre eigenen Heuerlinge. Er ist also beschränkt auf öffentliche Arbeit. Eine solche Familie, bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern, von denen zwei zur Schule gehen, eines noch nicht sechs Jahre alt ist, hat nun folgende jährliche Ausgaben":

133 Tlr., 9 Sgr., 8 Pfg. bei einer Einnahme von 71 Tlr., 25 Sgr., wovon 41 Tlr. aus der Garnproduktion stammten und 30 Tlr. Lohn für Arbeiten bei öffentlichen Bauten waren. Ein Knecht verdiente jährlich 12 Tlr. Lohn zuzüglich Kleidung um Wert von 6 Tlr.

„Dienstleute und Feldgesinde kennen wir hier nicht. Die Heuerlinge dienen meist in ihrer Jugend als Knechte, ihre Frauen als Mägde bei den Bauern. [...] Die Verheirateten müssen ringen und schaffen vom frühen Morgen bis zum späten Abend; sie müssen sich hüten vor jeder, auch der geringsten Ausgabe, die nicht unumgänglich nötig ist zur Fristung des Lebens. Wenige können daran denken, etwas Eigenes zu erwerben. [...] Dazu wird ein Teil der jetzigen Jugend förmlich zum Bettler erzogen. Manche Eltern sehen sich genötigt, die Kinder fortzuschicken. Bringen dieselben nicht genug mit, so gibt's Schläge. Da prügeln sich die Kinder oft abends auf den Straßen um das Erbettelte."[102]

98 Ebd., 2. Teil, S. 96-101 und Mooser, Klassengesellschaft, S. 65.

99 Mooser, Klassengesellschaft, S. 67, 239. Größe des Nutzlandes nach Laer, Bericht, S. 94.

100 Mooser, Klassengesellschaft, S. 236f.

101 Mager, Wolfgang, Protoindustrialisierung und agrarisch-heimgewerbliche Verflechtung in Ravensberg während der Frühen Neuzeit, in: Geschichte und Gesellschaft 8 (1982), S. 435-474, hier S. 469, 474. 4-5 Morgen guter Boden intensiv bearbeitet, reichte zur Selbstversorgung einer Familie mit Getreide. Im Kreis Bielefeld waren 54,7% des Kulturlandes gute Lehm-Tonböden, in Herford 90,7% und in Halle 29,7%. Ebd., S. 459.

102 Laer, Bericht, S. 94ff, 99.

Die webenden und spinnenden Heuerlinge und Kleinbauern arbeiteten im Kaufsystem. Anders als im Tecklenburger Land, wo sie häufig an den Webstühlen ihrer Verpächter webten, arbeiteten sie hier als „formal unabhängige Produzenten" und waren so auch im grundherrlichen Sinne schon in der überwiegenden Zahl persönlich frei.[103] Den Handel regelten Kaufleute, die das Ankaufsmonopol besaßen und sich in der Nähe der Leggen konzentrierten. Abhängigkeiten ergaben sich also nicht aus dem Verlag, sondern nur dort, „wo die Heuerlinge Samen und Flachs auf Kredit erwarben oder Land pachteten, um Flachs zu ziehen".[104] Heuerlinge arbeiteten aber in der Überzahl als Spinner; nur in bäuerlichen Betrieben mit genügend Anbaufläche, wo das Gesinde das Spinnen übernahm, konnten Flachsanbau und Verspinnen zugleich erfolgen.[105]

So waren in der Zeit der guten Garn- und Leinennachfrage die von ihrer agrarischen Basis her ärmsten Heuerlinge, nämlich die der Kleinbauern, paradoxerweise die Bessergestellten; da der „Wirt ihrer Hilfe selten bedarf, sind sie so Herr ihrer Zeit und wenn das Garn irgend in gutem Preis steht, so können sie sehr bestehen."[106] Diese Spinner stürzten mit der Krise und dem Zusammenbruch der Garnproduktion als Hausindustrie in völlige Schutzlosigkeit und bettelarme Not.[107] Sie stellten nun die Ärmsten der Armen, denn sie mußten ihre Produkte den Webern zu den Preisen überlassen, die durch das billige Maschinengarn bestimmt wurden.[108] In den 1840er Jahren gab es kaum mehr Nachfrage nach handgesponnenen Garn. „Die Rede vom ‚Niedergang' der ländlichen Textilindustrie trifft in vollem Sinne des Worts nur für die Handspinnerei zu. Sie war das ‚Hauptgewerbe' der Mehrheit der unterbäuerlichen Schichten."[109]

---

103 Mager, Protoindustrialisierung, S. 469ff. Damit nahmen sie schon vorweg den Status wie in der bürgerlichen Gesellschaft ein.

104 Harder-Gersdorff, Leinen-Regionen, S. 211. Zur Definition von Kauf- und Verlagssystem s.o. zu Tecklenburg Unterpunkt a., S. 241.

105 Mooser, Klassengesellschaft, S. 64, 237.

106 Schwager, J. M., Über den Ravensberger Bauer, in: Westphälisches Magazin, Bd. 2, 1786, Heft 5, S. 59, zit. nach Mooser, S. 64. Aus einer anderen Schrift von 1836: „Der Wohlstand des Webers gründet sich auf seinen Geldfonds, seine Kenntnisse, seine Sparsamkeit und seinen Fleiß. Viel Grundeigentum dient ihm nicht," zit. nach ebd., S. 65.

107 Mooser, Klassengesellschaft, S. 243, 239. Der Abstieg im Minden-Ravensberger Heimgewerbe setzte nicht abrupt und steil ein (Ängermann, Bielefeld, S. 170ff). Es gab einerseits eine Spezialisierung in der Heimweberei vor allem in und um Bielefeld (u.a. Seide, Damast), andererseits extreme Selbstausbeutung bei den Spinnern (Klocke, Ostwestfalen, S. 43f, 51, Titel s. nachfolgende Anm.). Nach Aufhebung der Kontinentalsperre 1815 gab es sogar eine Zunahme der nebengewerblichen Webstühle. Dies erklärt sich jedoch nicht aus einer gebesserten Lage, sondern im Gegenteil aus der Not bei steigender Bevölkerungszahl, der immer geringer werdenden Zahl der Heuerlinge mit Pachtland und nur zeitweise aus zunehmender Nachfrage nach Garn für den Export, freilich bei sinkenden Preisen und wiederum bei schlechterer Qualität. Zur Bevölkerung s. Angermann, S. 153 und Mooser, S. 157, zur Qualität Klocke, S. 44ff.

108 Klocke, J., Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Lage der Unterschichten in Ostwestfalen von 1830 bis 1850, phil. Diss., Bochum 1972, S. 53.

109 Mooser, Klassengesellschaft, S. 156, Zitat S. 154.

Mooser vermutet, daß sich aus dem „Einlieger-Proletariat" zunächst die Wanderarbeiter und später die Abwanderer in die entstehende Industrie rekrutierten. Wenn die Brautleute in GMH als Berufe ihrer Eltern „Heuerling" angaben, ist an diese Gruppe zu denken, die es nur noch dem Namen nach war. Unter den 1856 bis 1865 aus den ostwestfälischen Kreisen Kommenden und im Amt Iburg Registrierten überwogen die Berufe mit der Selbstbezeichnung „Arbeiter" / „Hilfsarbeiter" / „Handarbeiter". Nicht ein einziges Mal kam es vor, daß sie sich selbst, aus einer Heuerlingsfamilie stammend, als Knecht oder Heuerling bezeichneten. Nur einmal taucht die Selbstbezeichnung „Kolon" auf, einige wenige Male „Tagelöhner" und darüber hinaus seltener Bergleute aus dem Kreis Minden.[110] Die Bezeichnung als ‚Bindestrich-Arbeiter', als Hilfs- oder Handarbeiter, mag zum einen Selbstwerbung gewesen sein; sie war aber ebenso der Versuch, die agrarisch-unterbäuerliche Herkunft abzustreifen.[111] Dies entsprach insofern den Tatsachen, als diejenigen, die sich auf den Weg zum GMBHV machten, zumindest selten Heuerlinge alten Typs waren.

Anders als in Tecklenburg, wo neben dem Hausleinengewerbe der Hollandgang und das Tüöttentum bei insgesamt größeren Heuerstellen die Erwerbsmöglichkeiten verbesserten, waren in Ravensberg über das Spinnen und Weben hinaus andere Nebenerwerbsbereiche kaum ausgeprägt. Der Hollandgang war in Ravensberg noch geringer verbreitet als in Tecklenburg. Das Ravensberger Land lag, gemessen am Fst. Minden, einem Zentrum der Hollandgängerei, in der Randzone des Kerngebietes.[112]

Minden-Ravensberg gehörte zu den westfälischen Gebieten mit starker Auswanderung.[113] Die Auswanderung stieg im Kreis Halle und insbesondere in den Kreisen Herford und Bielefeld zu Beginn der 1850er Jahre stark an.[114] In den 1860er Jahren (1862-1871) kehrte sich das Bild um. Minden, Lübbecke und weiterhin auch Tecklenburg wiesen mit Abstand den höchsten Anteil der westfälischen Wanderung nach Übersee auf,[115] für Herford, Halle und Bielefeld hingegen wirkte sich die Industrialisierung in der Bielefelder Textilindustrie aus. Für den Kreis Halle kam zudem die Industrie im nahen Osnabrücker Land hinzu;[116] dennoch blieben grundsätzlich im Kreis Halle in der 2. Hälfte des 19. Jahrhun-

110 Ott, Kohle, S. 207ff und Anhang.

111 So Ott, ebd., S. 208.

112 Bölsker-Schlicht, Hollandgängerei, S. 49, 51.

113 Kamphoefner, Neue Welt, S. 30.

114 Mooser, Klassengesellschaft, S. 493. Weniger stark war in dieser Zeit die Auswanderung in Lübbecke, in Minden war sie schon Mitte der 1840er Jahre hoch.

115 Kamphoefner, Neue Welt, S. 43. Zu Lübbecke s. auch Kammeier, Heinz-Ulrich, Deutsche Überseeauswanderung aus dem Altkreis Lübbecke in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, phil. Diss. (ms), Münster 1983, S. 31ff.

116 Ebd., S. 30.

derts die wesentlichen Herkunftsorte der Zuwanderer nach GMH Orte mit weiterhin relativ hoher Auswanderung.[117]

Das Beispiel des Ortes Jöllenbeck, genauer Nieder-Jöllenbeck, zeigt wiederum den Zusammenhang zwischen lokaler Industrie und verändertem Wanderungsverhalten. Das Amt Schildesche-Jöllenbeck verließen 1851 allein 4% der Bevölkerung, 1/3 wanderte ab, 2/3 wanderten aus.[118] Der Ort Jöllenbeck wies für die Jahre 1856-1894 eine schwache Auswanderung auf;[119] die Nähe zu Bielefeld[120] und die Einführung der Seidenweberei vorrangig im Amt Schildesche-Jöllenbeck waren u.a. dafür verantwortlich. 1860 liefen im Amt schon 1.100 Webstühle zur manuellen Seidenherstellung. Die Auswanderung nahm zwar ab, damit aber nicht die Abwanderung. Es fehlten der neuen lokalen Industrie Arbeitskräfte, da die Einheimischen die höheren Löhne im Ruhrgebiet vorzogen.[121] Auch hier scheint sich zu bestätigen, daß derjenige blieb, dem die kleine Hofstelle zusammen mit dem Industrielohn eine annehmbare Lebensgrundlage bot.

Gewerbliche Alternativen waren in Minden-Ravensberg rar. Um 1800 stand dem ländlichen Leinengewerbe ein Landhandwerk ohne überörtliche Bedeutung gegenüber. Die Grundhandwerke wie Schneider, Schuster, Bäcker, Tischler nahmen zwar in den 1820er Jahren auf dem Lande erheblich zu,[122] ihr Anwachsen wurde aber schon in den 1840er Jahren verhaltener. Die Übersetzung des Handwerks, die sich in der Dichte der Meister/Gesellen pro 1000 Einwohner ausdrückt, fand hier nicht statt.[123] Von allen Ravensbergern, die in GMH heirateten, stammten nur 4 aus Handwerkerfamilien. Für die gebremste Expansion des

---

117 Erfassungszeitraum 1856-1900, ausgezählt nach Müller, Friedrich, Westfälische Auswanderer im 19. Jahrhundert. — Auswanderung aus dem Regierungsbezirk Minden, I. Teil 1816-1900 (erlaubte Auswanderung), in: Beiträge zur westfälischen Familienforschung, Bd. 38/39 (1980/81), Münster 1981.

118 Horstmann, Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, S. 111.

119 Müller, Minden.

120 S. u.a. Angermann, Bielefeld, S. 198-201 und Reekers, Beiträge, 2. Teil, S. 105ff.

121 Horstmann, Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, S. 111. Fischer, Wolfram, Herz des Reviers, 125 Jahre Wirtschaftsgeschichte des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen, Mülheim, Oberhausen, Essen 1965, S. 255f nennt gegen tausend Bergleute aus dem Minden-Ravensbergischen, die Anfang der 1850er Jahre nach Mülheim zuwanderten. In diese Zeit fiel auch die planmäßige Anwerbung von Arbeitern vorwiegend aus dem Harz und auch aus Schlesien. Ebd., S. 252. „Das Motiv der Saisonarbeiter ist klar: Die werdende Ruhrindustrie zahlte höhere Löhne, als sie in ihren ländlichen Gegenden gewöhnt waren. Viele ließen sich nach einigen Jahren dann mit ihren Familien ganz im Revier nieder." Daß das Motiv der höheren Löhne relativ war, zeigte sich meist erst, wenn man die ganze Familie nachgeholt hatte und versorgen mußte. Darüber hinaus sanken die Löhne Ende der 1850er Jahre (S. 255f). S. auch Harder-Gersdorff, Leinen-Regionen, S. 235: „Weder in Bielefeld noch in Schlesien erreichten die Einzellöhne der Textilarbeiter vor 1914 einen Stand, der den Lebenshaltungskosten einer Arbeiterfamilie entsprach. Insofern erhielt sich bis in das Stadium der Hochindustrialisierung der Charakter des 'Nebenerwerbs' der für die kommerzielle Leinenerzeugung ländlicher Regionen über Jahrhunderte maßgebend gewesen war."

122 Reekers, Beiträge, 2. Teil, S. 86, Mooser, Klassengesellschaft, S. 176.

123 Mooser, Klassengesellschaft, S. 177. Insgesamt nahm das Landhandwerk stärker zu, das Stadthandwerk leicht ab, ebd., S. 179.

Handwerks war entscheidend, daß zwar „mit der Vermehrung der besitzlosen Unterschichten eine Abnahme der Selbstversorgung und eine Kommerzialisierung der Lebensbedürfnisse zu beobachten" war; „die gleichzeitig zunehmende Massenarmut hat aber die damit potentiell steigende Nachfrage in engen Grenzen gehalten."[124]

Gewerbliche Ausweichmöglichkeit bot in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Zigarrenindustrie. Reekers zählt sie insofern zu den „Töchterindustrien" des Hausleinengewerbes, da ehemalige Weber und Spinner hausgewerblich in der Nachfolge Tabakarbeiter wurden. 1849 arbeiteten in Ravensberg und hier vorwiegend im Kreis Herford immerhin 25% der industriell Beschäftigten in der Zigarrenindustrie. Am stärksten ausgeprägt war das Gewerbe im benachbarten Kreis Minden.[125] Textilindustrie (in und um Bielefeld und Herford) und Zigarrenindustrie gehörten zu den langfristig expandierenden Gewerben, doch für die Masse der verarmten Spinner und Weber kam sie zu spät. Minden-Ravensberg blieb insgesamt eine Aus- und Abwanderungsregion.[126]

Wenn die Ravensberger Zuwanderer bei ihrer Einstellung im Hüttenwerk häufiger als andere die Selbstbezeichnung „Handarbeiter" angaben, so ist dies auch ein Indiz für den aus der ländlichen Familie stammenden Wanderarbeiter.[127] 1846 wohnten im Regierungsbezirk Minden 87% aller Handarbeiter in ländlichen Gemeinden.[128] Noch nicht „moderne Fabrikarbeiter", war für sie die

---

124 Ebd., S. 180f.

125 Reekers, Beiträge, 2. Teil, S. 105f.

126 Der Einlieger-Heuerling oder Mieter-Heuerling wurde dann zwar eine „quasi-proletarische Arbeitskraft", sein Weg führte aber nicht direkt von der Heimindustrie in die Fabrikarbeit vor Ort. S. Mager, Protoindustrialisierung, S. 74. Durch Wander-, Gelegenheitsarbeit und Nebenerwerb blieb das Heuerlingssystem erhalten; der Heuerling entwickelte sich vielfach zum Industriependler, wie er bis in das 20. Jahrhundert hinein typisch für diesen Raum geblieben ist.

127 Ab 1846 sind die Tätigkeiten in der preußischen Gewerbetabelle definiert: „Personen, die *selbständig* von Handarbeit leben, als: Näherinnen, Wäscherinnen, Tagelöhner, Holzhauer, Chaussee- und Eisenbahnarbeiter und dergleichen." Zitiert nach Mooser, Klassengesellschaft, S. 240. Schildt, Tagelöhner, S. 89, leitet aus einer zeitgenössischen Quelle von 1846 die Bestimmung Handarbeiter für ländliche Tagelöhner und Knechte ab. Sicherlich muß dies mit einbezogen werden und die zeitgleich gegebene amtliche Definition nicht zu begrenzt gesehen werden.

128 Mooser, Klassengesellschaft, S. 491. Er weist auf S. 241 darauf hin, daß die Projezierung der Handarbeiterzahlen auf die Einlieger-Proletarier zu einer Quote von über 100% führt. Hieraus leitet er die Tätigkeit auch von Kleinbauern als Handarbeiter und die zunehmende Auflösung des alten Heuerlingssystems ab. Besonders kraß war das Verhältnis zwischen Gesinde und Handarbeiter: In der Gewerbestatistik von 1846 zählten in Herford 2.763 Männer und Frauen zum Gesinde, hingegen gab es 10.455 Handarbeiter, in Bielefeld war das Verhältnis 2.979 : 4.905. S. auch Wortmann, Wilhelm, Eisenbahnbauarbeiter im Vormärz. Sozialgeschichtliche Untersuchung der Bauarbeiter der Köln-Mindener Eisenbahn in Minden-Ravensberg 1844-1847, Köln, Wien 1972, S. 245.

„kurzfristige, saisonale oder gegenstandsspezifische und daher häufig wechselnde Arbeit" typisch.[129] Die Krise und der Zusammenbruch des Leinengewerbes schuf in Minden und Ravensberg

„ein Heer von Arbeitslosen, das in Trupps von 30-50 Mann auf gut Glück in den Westen zog, nicht selten aber keine Arbeit fand und sich dann zu Bettelzügen formierte, die nach der Rückkehr in Folge der Entbehrungen und Krankheiten das Elend potenzierten. Diese Elends- und Gelegenheitswanderung besonders aus dem Ravensberger Land stellte zumindest zeitweise den Umfang des früheren Hollandganges weit in den Schatten. 1843 wurden in Bielefeld etwa 3.000 und in Bünde 1.000 Pässe an Arbeiter ausgegeben, die in Elberfeld, Hamburg und anderswo — vergeblich — nach Arbeit suchten."[130]

Von Laer wies 1851 auf die Notwendigkeit „öffentlicher Arbeit"[131] für die Einlieger-Heuerlinge hin. Sie ergab sich in Ravensberg im Straßenbau, beim Bau der Köln-Mindener Eisenbahn 1844-47, beim Ausbau der preußischen Festungsstadt Minden und auch in den früh industrialisierten Gegenden des Rheinlandes.

Der Anteil der Handarbeiter am Eisenbahnbau in Minden-Ravensberg betrug höchstens 18%,[132] doch muß sich aus ihnen später ein wesentlicher Teil der Ravensberger Zuwanderer nach GMH rekrutiert haben. Nicht anders ist das Drängen des GMBHV auf die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Eisenbahn-Legitimations-Scheine mit den ansonsten üblichen Pässen und Wanderbüchern der Zuwanderer zu verstehen. Die in Minden-Ravensberg geltenden Bestimmungen für den Eisenbahnbau entsprachen im allgemeinen den hannoverschen Regelungen:[133] Die Arbeiter mußten für den Erhalt einer Legitimationskarte (= Aufenthaltsgenehmigung) nur ihren Paß und ausdrücklich kein „obrigkeitliches Zeugnis über Wohlverhalten" hinterlegen. Die Anerkennung der Gleichwertigkeit beider Papiere wurde von der Regierung in Hannover jedoch mit der Begründung abgelehnt, daß Eisenbahnunternehmen „schlechtes Gesindel" an sich zögen und diese Arbeiter von den Heimatgemeinden oft leichtfertig und ohne Bedenken Eisenbahn-Legitimations-Papiere erhielten.

Aus der Begründung eines dringend erbetenen Treffens des Iburger Amtmannes mit seinem Osnabrücker Amtskollegen 1864 ist ersichtlich, daß der GMBHV sie dennoch einstellte: Es sollte eiligst ein Verfahren verabredet werden über die Zulassung und Beaufsichtigung der fremden Eisenbahnbauarbeiter.[134]

Eisenbahnbauarbeiter waren härteste Arbeit gewohnt. Bis zu fünfzehn Stunden täglich, oft auch sonntags, erhielten sie für ihre Akkordarbeit niedrigsten Lohn, der im Jahre 1848 zwischen 6 und 15 Sgr. täglich schwankte.[135] Arbeiteten an

129 Mooser, Klassengesellschaft, S. 240.
130 Ebd., S. 243, bezogen auf 1842/43.
131 Laer, Bericht, S. 94.
132 Mooser, Klassengesellschaft, S. 244, 491.
133 Wortmann, Eisenbahnbauarbeiter, S. 89.
134 S. dazu Teil A, Kap. 2.1, S. 35.
135 Wortmann, Eisenbahnbauarbeiter, S. 95-103.

den Baustellen gewöhnlich Ortsfremde, so wurden die Bauarbeiter in Minden-Ravensberg überwiegend von der verarmten einheimischen Bevölkerung gestellt.[136] Hier gab es „Dürftigkeitsatteste", die Die an der Strecke liegenden Gemeinden vorzugsweise ihren ärmsten Bewohnern als Mittel gegen die Konkurrenz fremder Arbeiter ausstellten.[137]

Die Ravensberger Zuwanderer waren zu 95% evangelisch-lutherischer Konfession. Sie glitten aus einer alle Lebensbereiche pietistisch durchdringenen Religiosität hinüber in den ebenfalls von der evangelischen Kirche stark geprägten Ort GMH, in dem Werk, Kirche und Gemeinde eng verbunden waren. Die Erweckungsbewegung wirkte im lutherischen Ravensberg besonders stark und wurde hier, wie im Süden und Westen Deutschlands, von den „kleinbürgerlichen-bäuerlichen Schichten" getragen.[138] Mit dieser Frömmigkeit gewannen „die alten Glaubensinhalte von Buße und Gnade, Wiedergeburt und Heiligung, neue Macht über die Gemüter, und mit diesen Gehalten auch die alte lutherische Obrigkeitslehre."[139]

Ursprünglich in einzelnen Gemeinden ab Mitte des 18. Jahrhunderts von unten her entstanden, wurde die Erweckungsbewegung von der Kirche durch neu hinzukommende Pfarrer aufgenommen und organisiert.[140] Zugleich wirkte die Kirche intensiv in die Gestaltung des Gemeindelebens hinein: Zum einen über die Armenfürsorge, zum anderen in der Organisation der Geselligkeit. Sie setzte gegen Feste und Vergnügungen die Bildung von Posaunenchören, Jungmänner- und Jungfrauenvereinen, Gesangsvereinen und Enthaltsamkeitsvereinen.[141] Die Arbeitergemeinde GMH unterschied sich hier nicht von der Landgemeinde in Ravensberg, in der weltliche wie kirchliche Autorität und Macht zusammenwirkten und den Gestaltungsrahmen des Lebens vorgaben.[142]

Die herausragende politische Rolle der Ravensberger Geistlichen nach den Märzunruhen der Revolution 1848 „stellte den Einfluß aller anderen politischen Kräfte weit in den Schatten".[143] Der Kirchenbesuch nahm in dieser Zeit zu und die Pfarrer auf dem Lande nutzten die Kanzel als Plattform für den Kampf gegen Demokraten. Die Rebellion in Minden-Ravensberg stand in der Spannung zwi-

136 Ebd., S. 237.

137 Ebd., S. 90.

138 Fischer, Fritz, Der Deutsche Protestantismus und die Politik im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift, 171 (1951), S. 473-518, hier S. 480. Die Erweckungsbewegung war auch in einzelnen Gemeinden des Osnabrücker Landes ausgeprägt; s. dazu Thiesmeyer, Ludwig, Die Erweckungsbewegung in Deutschland während des XIX. Jahrhunderts, 9. Heft (Bd. III, H. 1): Das ehemalige Königreich Hannover und die Grafschaft Tecklenburg, Hannover 1908, S. 31-38.

139 Fischer, Protestantismus, S. 480

140 Brepohl, Industrievolk, S. 78.

141 Ebd., S. 79, Rothert, Herkunft, S. 94.

142 S. Teil E, Kap. 3.

143 Mooser, Klassengesellschaft, S. 355. Mooser betont den vorläufigen Charakter seiner Schlußfolgerungen aufgrund der noch kaum erforschten „Allianz verschiedener Konservatismen in der Revolution".

schen einerseits weit verbreiteten, heftigen lokalen Unruhen von Kleinbauern und Landlosen und andererseits schriftlichen Eingaben an Behörden und Abgeordnete, deren Autorität dabei selten angetastet wurde:[144] Die Ergebnisse sollten „sozial" und nicht politisch sein. Das inzwischen auf Seiten der Kirche eingebundene Schwärmertum stellte sich nicht gegen den Staat.

Als Abgeordnete für die Berliner verfassungsgebene Versammlung entsandten die Minden-Ravensberger „ausgesprochen preußische Konservative und Monarchisten": drei Großbauern, einen Pastor, einen Landrat, einen Kaufmann und Juristen; in die Frankfurter Nationalversammlung entsandten sie Juristen und Verwaltungsbeamte.[145] Die demokratisch orientierten Ravensbergischen Volksblätter beklagten, daß in Ravensberg weder Demokraten noch Konstitutionelle gesiegt hätten, sondern ein Dritter mit der Siegesbeute davongegangen sei. Sie gaben den „Frömmlern" vom Lande die Schuld.[146] Die extrem rechten Abgeordneten führten den Ravensbergern den Ruf zu, eine „preußische Vendée" zu sein.[147]

Über den in GMH wirkenden kirchlichen Druck hinaus ist vor dem Hintergrund dieser Sozialisation der Anteil an Mischehen überraschend hoch. Er liegt leicht über dem Durchschnitt der Zuwanderer: 5 Mischehen unter den 81 evangelischen Zuwanderern standen 2 Mischehen unter den nur insgesamt 4 Katholiken gegenüber, dies ergibt eine Mischehenrate von 8,2%.

Wie die Tecklenburger Zuwanderer kamen die Ravensberger aus der Nachbarschaft. Die Männer waren in der Gründungszeit häufig Saisonarbeiter. Der Vergleich mit den Trauungen der Tecklenburger zeigt, daß auch unter den Paaren der Ravensburger die Anzahl der zusammen aus der Heimat gekommenen gering blieb: Von den 85 Eheschließenden heirateten nur 10, also 5 Paare, den Partner aus demselben Heimatkreis, davon wiederum nur 3 aus demselben Ort. Weder holten die Männer ihre Bräute aus der Heimat, noch die unverheirateten Töchter den Mann von Zuhause nach.

Der Anteil zugewanderter Frauen ist auch hier kein Indiz für den Familienzuzug. Aus Tecklenburg kamen die Frauen als zuziehende Bräute nicht nur für die aus bäuerlichen Familien stammenden Söhne, sondern insgesamt für die Industriearbeiter des GMBHV. Auch die Ravensbergerinnen kamen selten im Zuge der Familienwanderung, nur 7 Eheschließende kamen überhaupt nachweislich im Familien- bzw. Verwandtschaftsverband: je 2 Töchter aus 2 Heuerlingsfamilien sowie 2 Töchter und 1 Sohn eines Hüttenarbeiters sind im Trauungsbuch nachzuweisen. 10 der insgesamt 33 Frauen waren Töchter von Werksangehörigen, ein

144 Zu den Ursachen s. ebd., S. 356.

145 Ebd., S. 357.

146 Brepohl, Industrievolk, S. 78f.

147 Mooser, Klassengesellschaft, S. 357. Zur Problematik der Abbildung der Wahlergebnisse vom Mai 1848 auf die sozialen Fronten s. ebd., 357f. Bauern der Vendée hatten sich 1792/93 gegen die Pariser Zentralmacht gewehrt. Sie traten für das Festhalten an der katholischen Religion ein und wehrten sich gegen die Rekrutierung für den Heeresdienst. Katholische Priester und ländliche Adelige kanalisierten die Unruhen in royalistisches Fahrwasser.

Vater war Schlachter, alle gebürtig in Ravensberg. 5 waren dem Bräutigam nach GMH nachgezogen, 18 waren ledige Töchter aus zumeist agrarischen Familien: vor allem Heuerlinge, 1 Kolon, 1 Erbpächter, 1 Neubauer, 1 Tagelöhner, 1 Schönfärber, 2 x vaterlos. Sie kamen weder mit ihrer Familie nach GMH, noch folgten sie einem Mann aus der Heimat, noch hatten sie einen namensgleichen Angehörigen in den Kirchenbüchern.

Unklar ist, wie diese 18 Frauen nach GMH kamen. Über kirchliche Feste, Schützenfeste, die als Heiratsmarkt organisiert wurden? Schrieben Familienangehörige in die Heimat, hier sei es möglich, einen Mann, eine Wohnung, ein bequemeres Leben zu finden? Dabei war die soziale und räumliche Herkunft ihrer Männer völlig uneinheitlich: Keine der Frauen heiratete einen in GMH Gebürtigen aus der zweiten Generation, nur zwei einen Mann aus den Landkreisen Osnabrück und Iburg. Alle übrigen Frauen heirateten Männer aus allen Rekrutierungsgebieten des GMBHV — aber nicht einen einzigen Mann aus den Ravensberger Kreisen. Bedenkt man die Distanz von Ravensberg nach GMH, im Mittelwert ca. 45 km, so war für diese Ravensberger Frauen ihr Umzug nach GMH vermutlich ihr erster Weg nach GMH.

Derselbe unklare Weg nach GMH findet sich auch bei den Frauen aus dem südlichen Niedersachsen, hier jedoch schwächer ausgeprägt. Unter den Harzer und hessischen Frauen ist diese Erscheinung aufgrund der Elternberufe, die stärker im Gewerblichen lagen, schwerer auszumachen, zudem war aus beiden Gebieten grundsätzlich der Familienzuzug stärker.[148]

Tab. 6: Räumliches Heiratsverhalten der Ravensberger Zuwanderer

	Herkunftsgebiete der Bräute Ravensberger Männer in %	Herkunftsgebiete der Bräutigame Ravensberger Frauen in %
Geburtsort gleich	5,8	9,1
Geburtskreis gleich	3,8	6,1
Iburg, Osnabrück, Minden-Ravensberg	38,5	18,2
Tecklenburg, Melle	5,8	21,2
GMH	26,9	9,1
Südniedersachsen Hessen, Harz	13,5	36,4
übrige Gebiete	5,8	—

148 Anders gelagert ist da 1880 im Zuge der stärker wiedereinsetzenden Nahwanderung in das Ruhrgebiet die zunehmende Wanderung von Frauen, die im Dienstleistungsbereich und auch schon in der weiterverarbeitenden Industrie Arbeit fanden. S. Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 240.

Das Heiratsverhalten der Männer war da einheitlicher. Sie suchten ihre Frauen mehrheitlich in den GMH umgebenden Dörfern und in den Landkreisen Iburg und Osnabrück. Unter den 52 Frauen der Ravensberger stammten 5 aus der Heimat, 5 aus dem Landkreis Osnabrück, 15 aus Iburg, 2 aus Tecklenburg, 7 aus Südniedersachsen, dem Harz und Hessen. Erst in der späteren Zeit wurden 14mal gebürtige GMHütterinnen geheiratet. Die Heiraten innerhalb GMH fanden überwiegend erst in den 1920er Jahren statt, nur wenige vor dem Ersten Weltkrieg. Ländliche Herkunft führte eindeutig zur Brautschau in ländlichen Familien. Von den 33 Heuerlings-, Kleinbauernsöhnen und Halbwaisen heirateten 25 Töchter aus ebensolchen Familien. Nur 4 Söhne aus Familien mit ländlicher Herkunft heirateten überhaupt Töchter von Werksangehörigen: Zwei Väter waren Hüttenarbeiter, einer Maschinist, einer Bergmann. War hingegen der väterliche Beruf gewerblich, war es auch der des Brautvaters. Insgesamt blieben die jungen Ravensberger im un- und angelernten Bereich. Die Mehrzahl wurde in GMH Hüttenarbeiter, von 27 Heuerlingssöhnen und 3 Halbwaisen gaben 22 diesen Beruf beim Pfarrer an, nur 8 hatten Berufe wie Heizer, Schmelzer, Maurer, Schmied, Bahnwärter, Buchbinder.

c) Das südliche Niedersachsen

Der westfälischen Leinenregion schloß sich im Osten als zweites zentrales Rekrutierungsgebiet des GMBHV das Gebiet des südlichen Niedersachsen an. Zwischen beiden lag ein Streifen, der relativ wenig Arbeitswanderer zum GMBHV hergab: der Landkreis Minden mit 11 Eheschließenden, das Fst. Schaumburg-Lippe mit 5, die hessische Grafschaft Schaumburg mit 8 und das relativ große Gebiet des Fürstentum Lippe-Detmold mit 7 Eheschließenden, gleichwohl es insgesamt eine Region mit einem hohem Anteil an Aus- und Abwanderern sowie Wanderhandwerkern war.[1]

Die Herkunftsorte der GMHütter verdichteten sich erst wieder im Gebiet östlich der Weser und entlang der Leine. Entlang dieser beiden Flüße erstreckt sich von Nord nach Süd ein Band von Landkreisen mit hohen Zuwandererzahlen (in Klammern die Zahl der Heiratenden): Hameln (14) und Holzminden (10) an der Weser, die Landkreise Gronau (39), Alfeld (33), Gandersheim (7), Einbeck (31), Northeim (8), Göttingen (21) entlang der Leine; östlich Göttingen schloß sich der untereichsfeldische Landkreis Duderstadt (24) an. Aus den übrigen südniedersächsischen Kreisen Hildesheim, Marienburg, Springe, Uslar, Münden kamen insgesamt nur 21 Männer und Frauen.[2] Aus dem übrigen Eichsfeld, dem so-

[1] Zu Minden s. Rothert, Herkunft, Karte im Anhang; zur Lipper Variante der Wanderarbeiter s. Steinbach, Peter, Industrialisierung und Sozialsystem im Fürstentum Lippe. Zum Verhältnis von Gesellschaftsstruktur und Sozialverhalten einer verspätet industrialisierten Region im 19. Jahrhundert, Berlin 1986, S. 124-169. S. auch Hitzemann, Hubert, Die Auswanderung aus dem Fst. Lippe, phil. Diss (ms.), Münster 1953 sowie auch Fischer, Wolfram, Herz des Reviers, S. 252.

[2] Im einzelnen: Springe 2 Männer/2 Frauen, Marienburg 4/1, Hildesheim 5/-, Uslar -/3, Münden 4/-. Ich beziehe mich im folgenden auf die Kreise mit mehr als 6 Eheschließende.

genannten Obereichsfeld in der preußischen Provinz Sachsen, die ebenfalls eine ausgeprägte Ab- und Auswanderungsregion war, stammten nur zwei Eheschließende (einmal Mühlhausen, einmal Heiligenstadt).

In allen Kreisen dominierten einzelne Orte: Herausragend war im Landkreis Alfeld der Geburtsort Hoyershausen (9 Eheschließende in GMH), im Landkreis Duderstadt die Gemeinde Lindau (18), in Einbeck Sievershausen (13), in Gronau Eberholzen (16) und Elze (10), in Göttingen Ellershausen (8), in Holzminden Brunkensen (7).

Die genannten Landkreise entsprechen historisch mit Ausnahme des Landkreises Duderstadt dem südlichen Teil des Kurfürstentum Hannover mit den Fürstentümern Göttingen, Grubenhagen und Calenberg. In dieses Gebiet hinein schoben sich der Weserdistrikt des Herzogtums Braunschweig und das Fürstbistum Hildesheim. Sie zertrennten den hannoverschen Teil des Untersuchungsgebietes in ein nördliches und ein südliches Gebiet; diese Trennung ist in der Sozialstruktur der GMHütter Zuwanderer aus Südniedersachsen ablesbar.[3] Erst mit der Bildung des Königreichs Hannover kamen das Fürstbistum Hildesheim, die Freie Reichsstadt Goslar und das Obereichsfeld mit dem Landkreis Duderstadt zum hannoverschen Besitz hinzu, wohingegen die hessische Exklave Grafschaft Schaumburg erst 1866/68 der preußischen Provinz Hannover angegliedert wurde.[4] Dieses gesamte Gebiet entspricht heute dem südlichen Niedersachsen.

Die Eisenbahn verband diese Region schon vor der Hüttengründung auf mehrfachen Wegen mit Osnabrück: 1847/48 die Linie Osnabrück-Löningen-Hannover-Braunschweig-Wolfenbüttel-Harzburg und 1853/56 die Strecke Osnabrück-Hannover-Göttingen-Kassel entlang der Leine durch die Landkreise Alfeld, Gronau, Gandersheim, Einbeck, Northeim und Göttingen. Abseits blieb zunächst nur der Landkreis Duderstadt, der 1868 mit der Strecke Nordhausen-Northeim entlang des südwestlichen Harzrandes Anschluß erhielt.[5] Ab 1875 verkürzte die Strecke Osnabrück-Löhne-Hameln-Elze-Hildesheim den Weg über Hannover. Mit dem Bau der Eisenbahn Osnabrück-Bielefeld 1886 war auch

---

3 Der südliche Teil entsprach in etwa den Fst. Göttingen und Grubenhagen, der nördliche Teil dem Fst. Calenberg.

4 Detaillierte und übergreifende Arbeiten zu Landwirtschaft, Gewerbe und Bevölkerung sind noch selten. So auch Kaufhold, Gewerbelandschaften, S. 169 und Kaufhold, Gewerbe, S. 179; für das Handwerk ebd., S. 174. Ich beschränke mich im wesentlichen auf die folgenden Arbeiten: Kaufhold, Gewerbelandschaften; Harder-Gersdorff, Leinen-Regionen; Kaufhold, Karl Heinrich, Gewerbe und ländliche Nebentätigkeiten im Gebiet des heutigen Niedersachsens um 1800, in: Archiv für Sozialgeschichte, XXIII (1983), S. 163-218; Mittelhäusser, Käthe, Häuslinge im südlichen Niedersachsen, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 116 (1980), S. 235-278; Wächter, Hans Helmut, Die Landwirtschaft Niedersachsens vom Beginn des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, Bremen-Horn 1959; Zunkel, Friedrich, Gewerbe- und Industrielandschaften von der Frühindustrialisierung bis 1914: Wolle, in: H. Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, S. 254-283; Haendly, Karl, Bauern und Weber im Eichsfeld. Geschichte eines deutschen Kleinstaates, seiner Wirtschaft und der Menschen die ihn bewohnten, 897-1933, Diss., Köln 1945; Ritter, Nachsiedlerschichten.

5 Haendly, Bauern S. 245.

aus diesem Gebiet der Ort GMH direkt zu erreichen. Die kürzeste Entfernung bestand mit ca. 110 km zwischen Osnabrück und Hameln, die weiteste mit ca. 260 km von Osnabrück nach Duderstadt.

Im Vergleich zum westfälischen Leinengebiet, aus dem überwiegend Zuwanderer unterbäuerlicher Herkunft kamen, ist bei den Südniedersachsen die Zuordnung innerhalb der sozialen Struktur erheblich schwieriger. Die Angabe der Tätigkeiten verzerrt hier die eigentliche soziale Herkunft noch stärker als im Ravensburger Beispiel.

Die Bereiche Landwirtschaft und Handwerk stehen in umgekehrtem Verhältnis zueinander wie in den westfälischen Kreisen; dort überwogen die agrarischen Herkunftsangaben aus den unterbäuerlichen Schichten um ein Mehrfaches gegenüber dem Handwerkerbereich. Im südniedersächsischen Einzugsbereich halten sich beide Bereiche zwar augenscheinlich die Waage (64 : 66), doch deutet die Durchsetzung des landwirtschaftlichen Bereichs mit handwerklichen Tätigkeiten und mit Arbeiten im Tagelohn bei den Selbstangaben in den Kirchenbüchern die Brüchigkeit der Nahrungsgrundlage an (s. auch Tab. 8 und 9). Der Stellenwert des ländlich-bäuerlichen Anteils verringert sich deutlich, wenn man die Doppelberufsangaben zum Handwerk hinzurechnet: Einschließlich Tagelöhner ergibt das Verhältnis in absoluten Zahlen 36 reine landwirtschaftliche Stellen, 13 Tagelöhner/Landarbeiter, 78 Stellen im Handwerk, zusammen 127 der insgesamt 187 elterlichen Berufsangaben.

Tab. 7: Elternberufe der Heiratenden aus dem südlichen Niedersachsen 1856-1933 (Landkreise mit mehr als 6 Eheschließenden)

Sektor	Männer	Frauen	Summe
Landwirtschaft (= davon 43 unterbäuerlich)	27	23	50
Landwirtschaft und Nebengewerbe	8	6	14
Handwerk	39	27	66
Hütten- u. Bergwerksarbeiter bzw. Arbeiter	19	7	26
o. Angabe einschl. vaterlos (v)	9 (5 v)	10 (4 v)	19
Rest	7	5	12
Summe	**109**	**78**	**187**

Die Grenze zwischen den Bereichen Landwirtschaft und Handwerk verschwimmt vollends bei Einbeziehung der wirtschaftlichen Lage. Fast allen Nachsiedlerschichten war gemeinsam, daß die gepachteten oder erworbenen Stellen als Nahrungsgrundlage für eine Familie zu klein waren und den Nebenerwerb bei Männern und Frauen voraussetzte. Die Veränderungen in der sozioökonomi-

schen Struktur in den unterbäuerlichen Schichten führten zu Beginn des 19. Jahrhunderts dazu, daß die genannte landwirtschaftliche Berufszugehörigkeit und die Basis für den Lebensunterhalt verschiedene Dinge sein konnten.[6] Es stellt sich hier die Frage, inwieweit die Anbauern, Häuslinge, Beisitzer und Brinksitzer denn überhaupt noch zur bäuerlichen Schicht zuzurechnen sind. Weder die Besteuerungsart noch die Stellung innerhalb der Gemeinde, sondern die „Hauptnahrung" kann letztlich ein Kriterium sein, um zwischen bäuerlich und nicht mehr bäuerlich zu unterscheiden.[7] Vermutlich wäre eine Dreigliederung vonnöten: Landwirtschaft — Landwirtschaft und Nebentätigkeit — Handwerk und landwirtschaftliches Nebengewerbe.[8]

Tab. 8: Elternberufe im landwirtschaftlichen Bereich einschließlich Nebentätigkeit (südniedersächsische Landkreise mit mehr als 6 Eheschließenden)

a) die nördlich gelegenen Landkreise Hameln, Gronau, Holzminden, Alfeld, Gandersheim:

Halbmeier	2
Kötner	5
Brinksitzer	1 + 1*
B. und Schlosser	1
Anbauer	3 + 1*
A. und Schuhmacher	2
A. und Peitschenstockmacher	2
A. und Nebenhandwerker	1
A. und Forstaufseher	1
A. und Musiker	1
Heuerling	2
Häusling	9
H. und Leineweber	1
H. und Riemenmacher	1

* = 2. Spalte = Eintragungen im Kirchenbuch nach 1895.

6 Es wird hier von der Tatsache abgesehen, daß die Eintragung im Kirchenbuch auf einer Selbstbezeichnung beruhte und der Pfarrer, dem der familiäre Zusammenhang seiner Pfarrkinder fremd war, nicht im Sinne einer analogen Zuordnung korrigieren konnte. Der erste Pfarrer GMHs stammte aus dem Kreis Wittlage im Nordosten Osnabrücks.

7 Vgl. Schaer, Unterschichten, S. 68, Kaufhold, Gewerbe, S. 179 sowie Mittelhäusser, Häuslinge, S. 272, bezogen auf die Schicht der Häuslinge.

8 Vgl. zur Definition und Problematik der Erfassung des Landhandwerks und der ländlichen Nebentätigkeiten Kaufhold, Gewerbe, S. 174, 178f.

b) die südlich gelegenen Landkreise Einbeck, Göttingen, Northeim, Duderstadt:

Oekonom	3
Vollköthner	1
Ackermann	4
Landarbeiter	— + 1
Tagelöhner	12
Trüffeljäger	1
Brinksitzer	2
B. und Schuhmacher	1
B. und Steinbrecher	1
Anbauer	1
Häusling	1
Beisitzer und Maurer	1
B. und Handarbeiter	1

Tab. 9: Elternberufe im handwerklichen Bereich (südniedersächsische Landkreise mit mehr als 6 Eheschließenden)

a) nördlich gelegene Landkreise:

Zimmermann	8 + 1
Zimmermeister	1
Maurer	7 + 1** + 2*
Schieferdecker	1
Tischler	1
Peitschenstockmacher	2 + 2
Schuhmacher	2 + 3
Riemenmacher	1 + 1
Branntweinbrenner	1
Leineweber	2 + 1
Leineweber und Büttner	1
Schneider	1
Bäcker	3
Bäckermeister	1
Weber	— + — + 1
Böttcher	1
Böttchermeister	1
Schlosser	— + 1
Nebenhandwerker	— + 1
Steinbrecher	— + 1
Handarbeiter	— + 1
Forstaufseher	— + 1
Musiker	— + 1

** 2. Spalte = Nebenhandwerk;
* 3. Spalte = Eintragungen im Kirchenbuch nach 1895.

b) südlich gelegene Landkreise

Tischler	5
Maurer	6
Dachdecker	1
Zimmermann	1
Schmied	2
Kesselschmied	1
Schmiedemeister	1
Branntweinbrenner	1
Knochenhauermeister	3
Schlachtermeister	1
Salzsieder	3
Leineweber	1
Schneider	2

Bevor die Verknüpfung von sozialer und regionaler Herkunft der GMHütter Zuwanderer genauer differenziert wird, sind zunächst einige Erläuterungen zur Struktur der ländlichen Nachsiedlerschicht und zum Stellenwert des textilen Nebengewerbes in Südniedersachsen erforderlich:

Brinksitzer gehörten zu den jüngeren Nachsiedlerschichten, die seit dem 16. Jahrhundert durch Siedlung außerhalb des Dorfes, auf dem Brink,[9] einen kleinen Hof und Gartenland erwarben. Sie waren Besitzer an Haus und Boden. Die Ansiedlung erfolgte oft im Sinne der merkantilistischen Politik mit landesherrlicher Förderung.[10] Wegen ihres geringen Landbesitzes übten die Brinksitzer häufig noch ein Gewerbe aus.[11]

Zeitlich folgte den Brinksitzern die noch jüngere Siedlerschicht der Häuslinge, Abbauern, Einlieger und Heuerlinge. Der Unterschied zwischen den Häuslingen in Südniedersachsen und den Häuslingen und Heuerlingen im westlichen Niedersachsen lag in der Arbeitsverfassung. Während der Heuerling durch einen Arbeitsvertrag an den Verpächter seiner Hofstelle und seines Nutzlandes gebunden war, stand der südniedersächsische Häusling oder Einlieger in einem reinen Mietverhältnis.[12]

Der Häuslingsstatus wurde mit der Zunahme der Häuslinge nach dem 30jährigen Krieg und nach dem 7jährigen Krieg[13] amtlicherseits mit dem Ziel definiert, dem Gesindemangel wie auch dem allzu großen Zuzug Besitzloser ent-

9 Brink entspricht in der Bedeutung Rand, s. Ritter, Nachsiedlerschichten, S. 89.

10 In Braunschweig-Wolfenbüttel erhielten nach dem 30jährigen Krieg ehemalige Soldaten und zugewanderte Handwerker Brinkstellen. Sie stellten in der Nachsiedlerschicht den stärksten Anteil; ebd.

11 Ebd., S. 89, 95 und Wächter, Landwirtschaft, S. 18, 20.

12 Mittelhäusser, Häuslinge, S. 235; zum Abbauer s. Wächter, Landwirtschaft, S. 20: Er siedelte auf dem Hof eines Bauern und erhielt erblich ein Stück Land als Wohnstelle.

13 „Entlassene Soldaten, Soldatenwitwen, heimatlose Einzelpersonen", Mittelhäusser, Häuslinge, S. 239, 246f, 249; auch Achilles, Flachsanbau, S. 109f.

gegenzuwirken: Häuslinge hatten sich „entweder in Gesindedienst zu begeben oder sich ihren Aufenthalt im Amt als Häuslinge gegen Zahlung eines Schutzgeldes und gewisse Dienste besonders genehmigen zu lassen." Die Häuslinge lebten in Südniedersachsen meist ohne jeden Landbesitz beim Bauern zur Miete, führten aber ihre „eigene Oekonomie" und arbeiteten überwiegend im Tagelohn statt als Gesinde.[14] Die Tagelohnarbeit wird in der Mitte des 19. Jahrhunderts für die Häuslinge und Anbauern in den Ämtern des Landdrosteibezirks Hildesheim als „wichtigste" Verdienstquelle neben den häuslichen Erwerbstätigkeiten angegeben; ihr folgte an zweiter Stelle die Tagearbeit in Waldungen, Steinbrüchen sowie bei Chaussee- und Straßenbauten.[15]

Die Einlieger hingegen, die ebenfalls noch zur Gruppe der Häuslinge gehörten, lebten in einem oder wenigen Zimmern und saßen „andern beim Feuer".[16] Die Grenze zwischen eigener und gemeinsamer Haushaltsführung im Hause des Vermieters, oft auch bei Verwandten, blieb verschwommen und der wahre Status wurde von den Betroffenen auch gern verschwiegen; denn der Nachweis einer gemeinsamen, d.h. hier einer unselbständigen Haushaltsführung bewahrte sie vor der Zahlung des Schutzgeldes.[17] Die Spannweite innerhalb der Häuslingsschicht beruht darauf, daß sie ursprünglich eine „amtliche Gruppierung" war und nicht „eine durch lebendige Sozialwertungen abgegrenzte Schicht". Entscheidend war das Häuslingsmerkmal „Mieter" gegenüber einem „Hausgesessenen". Die Zuordnung zur unteren dörflichen Sozialschicht wurde dann problematisch, wenn es sich um einen gutgehenden Handwerkerbetrieb oder um einen Häusling mit Landbesitz handelte.[18]

Die amtliche Kontrolle der Häuslinge galt bis 1838/1848.[19] Eine letzte abrupte Zunahme der Häuslingszahl im beginnenden 19. Jahrhundert war zum einen Folge der Kriege, da es einen Schutzgeld-Erlaß für ehemalige Soldaten gab, zum anderen Folge des oft beschrittenen Weges zur frühen Eheschließung über die Möglichkeit der Gründung eines Häuslingshaushaltes.[20]

Die jüngste Schicht unter den Nachsiedlern stellten die Anbauern oder Neubauern. Ihre kleinen und kleinsten Hofstellen in Eigentum entstanden nach Auflösung der Gemeinheiten, die in Südniedersachsen schon ab 1800 begann. Zugleich waren die Abfindungsflächen geeignet, von den Höfen als Anbauernstellen veräußert zu werden;[21] dies ermöglichte wiederum in verstärktem Maße den

---

14 Verordnung vom 6.10.1656 des Herzogs von Braunschweig und Lüneburg, Mittelhäusser, Häuslinge, S. 236, 240, 255.

15 Statistik Königreich Hannover, 1852, S. 14f. Kaufhold, Gewerbe, S. 183f, vermutet für die Zeit um 1790 schon einen hohen Stellenwert der Tagelohnarbeit in den Dörfern und bezweifelt die Vollständigkeit der überlieferten Quellen.

16 Mittelhäusser, Häuslinge, S. 235.

17 Ebd., S. 257.

18 Ebd., S. 271.

19 Ebd., S. 247, 252.

20 Ebd., S. 250f.

21 Ebd., S. 251 und Wittich, Werner, Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland, Leipzig 1896, S. 442f.

Aufstieg von Häuslingen zu Anbauern. Darüber hinaus entstanden auf den Höfen Neubauten eigens zur Vermietung an Häuslingsparteien. Auf diese Weise entwickelte sich nach den Gemeinheitsteilungen aus der Wohnungsnot der Häuslinge heraus ein regelrechter planmäßiger „Mietwohnungsbau" auf dem Lande.[22]

Über die Gemeindeordnungen den landwirtschaftlichen Stellen zugeordnet, waren die Häuslingshaushalte in Wirklichkeit häufig reine Wohnstellen und die Besitzer von vornherein auf gewerbliche Arbeit ausgerichtet.[23] Im Landdrosteibezirk Hildesheim standen im Jahre 1849 22.088 Häuslingsfamilien 8.051 An-, Ab-, Beibauernfamilien und 27.787 „übrigen Familien" gegenüber.[24] Mit der Zunahme der Häuslinge ging zwischen 1830/32 und 1865 nur eine geringe Zunahme der Kulturlandfläche von ca. 4% einher, da der Landesausbau zuvor schon intensiv betrieben worden war.[25]

Für die Zeit um 1790 liegt für das Kurfürstentum Hannover eine Zuordnung pro Amt über das „Nebengewerbe der Bewohner des platten Landes" vor. Als häuslicher Nebenerwerb herrschte auch in Südniedersachsen die Garnherstellung vor.[26] „Der geringe Mann [...] würde durchaus nicht haben bestehen können, hätte er sich nicht neben dem Ackerbau mit Spinnen und Weben beschäftigt."[27] Die Leggen verteilten sich von Nord nach Süd auf das gesamte südniedersächsische Gebiet: Hameln, Alfeld, Lamspringe, Einbeck, Markoldendorf, Kalefeld, Northeim, Osterode, Uslar, Hardegsen, Gladebeck, Adelebsen, Göttingen, Duderstadt, Münden sowie Hedemünden waren Leggestandorte und zum Teil zentrale Orte der Abwanderung nach GMH.[28] Für die Mitte des 19. Jahrhundert wird neben dem Flachsspinnen und Leinenweben als wichtigstes häusliches Ne-

22 Mittelhäusser, Häuslinge, S. 251f.

23 Ebd., S. 251.

24 S. hierzu Statistik Königreich Hannover, 1852, Anhang, S. 14. Im Landdrosteibezirk Osnabrück bestand ein Verhältnis von 19.898 Heuerlingen, 1.496 An-, Ab- und Beibauernfamilien zu 17.058 „übrigen Familien", ebd. S. 66.

25 Wächter, Landwirtschaft, S. 75. Dies wirkte auch auf die notwendigen Flachsanbauflächen zurück.

26 Patje, Christ. Louis Albert, Kurzer Abriß des Fabriken-, Gewerbe- und Handlungszustandes in den Chur Braunschweig-Lüneburgischen Landen, Göttingen 1796, S. 354-419, zusammengefaßt und systematisiert bei Kaufhold, Gewerbe, S. 181. Ableitbar ist eine regionale Differenzierung dahingehend, ob die betreffende Nebentätigkeit in den einzelnen Ämtern ausgeübt wurde oder nicht, hingegen geht aufgrund der fehlenden Zahlenangaben der im Nebengewerbe Tätigen nicht der Umfang in den einzelnen Ämtern hervor. Im Vergleich mit dem übrigen Gebiet des heutigen Niedersachsen trat das südliche Niedersachsen mit den Fst. Göttingen, Grubenhagen und Calenberg, dem Gebiet um Hoya, Diepholz, Verden sowie Teilen des Fst. Lüneburg und der Gft. Dannenberg mit einem überproportional verbreiteten Nebengewerbe in der Garnspinnerei und Leinenweberei hervor; ebd., S. 190.

27 Gülich, Gustav von, Geschichtliche Darstellung des Handels, der Gewerbe und des Ackerbaus der bedeutendsten handeltreibenden Staaten unserer Zeit, 2. Bd., Jena 1830. S. 265.

28 Knösel, H., Linnenleggen im Hannoverlande, in: Niedersachsen, 35 (1930), Hildesheim, S. 420-424, hier S. 422. Diese Auflistung geht über die bei Kaufhold, Gewerbe, S. 192 wiedergegebene Aufzählung Patjes aus dem Jahre 1793 hinaus und umfaßt die Leggegründungen bis in die 1830er Jahre. Zu den einzelnen Orten s. auch Anhang 5, S. 384f.

bengewerbe noch die Strohflechterei und das Herstellen von Peitschenstöcken genannt.[29] Dem häuslichen Gewerbe folgte an zweiter Stelle die Holzgewinnung, der Holzhandel und Holztransport sowie das Gewerbe der Steine und Erden.[30]

Aufgrund der Verbreitung und der überörtlichen Bedeutung der Herstellung von Leinwand und Leingarn schreibt Kaufhold diesem Gebiet des südlichen Niedersachsen entlang der Weser und der Leine — trotz fehlender genauer Zahlen — das Etikett einer Gewerberegion zu.[31] Der Leinenherstellung folgte erst mit weit geringerem Umfang die Verarbeitung von Wolle in den Städten Einbeck, Hameln, Göttingen, wobei das Spinnen vermutlich auch auf dem Lande geschah.[32]

Der hohe Stellenwertes des Flachsanbaues und des Spinnens für die Angehörigen der unterbäuerlichen Schichten täuscht leicht darüber hinweg, daß das Potential der Spinner und Weber nicht einmal ausgenutzt werden konnte.[33] Es gab zu wenig Ackerfläche, um die Brinksitzer, Anbauern und Häuslinge, die auf diesen Nebenerwerb angewiesen waren, zu ernähren: Im Durchschnitt hatte der Brinksitzer oder Anbauer ein Quantum Aussaat, das ihm nur ein Drittel des Jahres Beschäftigung gab. Im Vergleich zu Westfalen und dem Osnabrücker Land, wo Flachs angebaut, gesponnen und gewebt wurde, stellte das Leingarn hier überwiegend das Endprodukt dar. Der Flachsanbau stand weit hinter dem westfälischen Anteil zurück: In Südniedersachsen betrug die für den Flachsanbau genutzte Fläche ca. 6%, in Ravensberg und Tecklenburg jedoch 19,3 bzw. 28,1% der gesamten landwirtschaftlichen Ackerfläche.[34]

Für den Häusling war es schwierig, überhaupt einen Morgen Anbaufläche von einem Bauern zu pachten. Er benötigte bis zum Endprodukt Garn bei einem Morgen Anbaufläche 310 Arbeitstage einschließlich der Abarbeitung des Betrages für das Pachtland. Um 1800 ergab dies einen durchschnittlichen täglichen Lohn je nach Preis von 5 bis 7 Mariengroschen; eine Spinnerin im Tagelohn ver-

---

29 Statistik Königreich Hannover, 1852, Anhang, S. 15. In Sievershausen z.B., aus dem allein 13 Eheschließende kamen, war die Strohflechterei als gewerbliche Alternative „neuerlich eingeführt" worden; ebd.

30 Kaufhold, Gewerbe S. 182f,186. Fremdling, Rainer, Eisen, Stahl und Kohle, in: H. Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart 1986, S. 347-370, hier S. 348 (Karte) nennt für 1857 Steinkohlengruben in den Herkunftsorten Duingen (Landkreis Alfeld) und Mehle (Landkreis Gronau); in: Der Landkreis Alfeld, Reihe Niedersachsen, Band 14, Bremen-Horn 1957, S. 151 wird ein blühendes Töpfergewerbe in Duingen bis zur 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts genannt.

31 Kaufhold, Gewerbelandschaften, S. 169f; ders., Gewerbe, S. 217f, lehnt für das Garn- und Leinengewerbe im Kurfürstentum Hannover die Bestimmung „protoindustriell" nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand ab. Die Verbindung zur Landwirtschaft war für die unterbäuerlichen Schichten zu stark, als daß im Sinne der Definition davon gesprochen werden könne, daß ein „großer Teil der Bevölkerung ganz oder in beträchtlichem Maße von gewerblicher Massenproduktion" lebte.

32 Kaufhold, Gewerbe, S. 197.

33 Achilles, Flachsanbau, S. 120, 124.

34 Ebd., S. 110f.

diente zur gleichen Zeit knapp 4 Mgr., ein „normaler Männertagelohn" lag bei 6 Mgr.[35] Spinnen brachte also nur dann einen Gewinn, „wenn man damit die Mußestunden nutzbringend füllte" oder aber der Bauer für das Gesinde in Ergänzung zur Bezahlung „Lein saete".[36]

Der Niedergang der Garnherstellung setzte ab 1820 ein.[37] Der Anstieg der Getreidepreise und das Sinken der Garnpreise führte zu einem Rückgang des Flachsanbaues, die steigende Bevölkerungszahl in den unterbäuerlichen Schichten konnte in der landwirtschaftlichen Beschäftigung nicht aufgefangen werden.[38] Die elterlichen Berufsangaben in den Kirchenbüchern GMHs spiegeln damit die nachtextile Zeit wider. Nur ein Häuslingssohn gab ausdrücklich als Nebentätigkeit seines Vaters Leineweber an, vier weitere nannten dies als väterlichen Hauptberuf, wobei ein Vater zugleich Büttner war.

Innerhalb des südniedersächsischen Gebietes zeigte sich bei der sozialen Herkunft der GMHütter Zuwanderer eine regionale Unterscheidung. Die Trennlinie lag zwischen dem nördlichen und südlichen Teil des Untersuchungsgebietes (s. Tabellen Nr. 8 und 9). Im nördlichen Teil mit den Landkreisen Hannover, Gronau, Holzminden, Alfeld und Gandersheim und im südlichen Teil mit den Landkreisen Göttingen, Einbeck, Northeim, Duderstadt standen 1. die bäuerliche und unterbäuerliche Herkunft, 2. die Tagelöhnerfamilie, 3. die unterbäuerliche Familie mit handwerklicher Nebentätigkeit und 4. der reine handwerkliche Beruf in ungleichem Verhältnis zueinander:

	Süden	Norden
bäuerlich und unterbäuerlich	13 = 22,5%	24 = 34%
Tagelöhner	13 = 22,5%	—
unterbäuerlich mit Nebenhandwerk	4 = 7,0%	10 = 14%
Handwerker	28 = 48,0%	37 = 52%

Die Tagelöhner stammten ausschließlich aus den Landgemeinden der südlichen Landkreise Göttingen, Northeim und Duderstadt. Mit der zunehmenden Verarmung in den unterbäuerlichen Schichten schien der gelegentliche Tagelohn zur

35 Ebd., S. 118f, 116f; 18 Mariengroschen = 1 1/2 rt. Statistik Königreich Hannover, S. 15, bezogen auf 1849: Im südlichen Teil verdiente ein Tagelöhner 6 ggr. ohne Kost, im nördlichen Teil 4 ggr. ohne Kost.

36 Ebd., S. 117.

37 Ebd., S. 110, 121 und Henning, Friedrich-Wilhelm, Industrialisierung und dörfliche Einkommensmöglichkeit. Der Einfluß der Industrialisierung des Textilgewerbes in Deutschland im 19. Jahrhundert auf Einkommensmöglichkeiten in den ländlichen Gebieten, in: H. Kellenbenz (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert, Stuttgart 1975, S. 168; dort zur allmählichen Verdrängung des Handgarnes durch das Maschinengarn an den südniedersächsischen Leggen im Jahre 1867. Das Prozentverhältnis, bei dem bis auf die Legge in Göttingen das Handgarn noch weit überwog, sagt nichts über die Not durch die sinkenden Preise aus, selbst wenn keine Maschinenspinnerei am Ort gegründet wurde, die mit einem Schlag die Spinner arbeitslos machte. Zu den sinkenden Preisen s. Achilles, Flachsanbau, S. 121.

38 Ebd., S. 121;

oft einzigen Lebensgrundlage zu werden, wenn nicht der Übergang ins Handwerk gelang.[39] Häuslinge im Amt Göttingen, die nicht mehr in der Landwirtschaft arbeiteten, zogen z.B. als Pendler im Tagelohn zur Arbeit in die Stadt.[40] Als Erwerbsgrundlage der Häuslinge, der An-, Ab- und Beibauern in den Ämtern der Landdrostei Hildesheim stand 1849 — graduell verschieden — Spinnen, Weben und Tagelohn an erster Stelle. Für die südlichen Ämter wurde die Existenzgrundlage überwiegend als nicht mehr ausreichend bezeichnet, während die Situation im nördlichen Teil nach der amtlichen Statistik noch als ausreichend galt.[41]

Im nördlichen Gebiet waren die unterbäuerlichen Schichten stärker als in den südlichen Kreisen vertreten, die weit größere Häuslingszahl resultierte hier aus dem Arbeitskräftebedarf größerer Höfe und Güter. Die Häuslingsstellen waren kleiner und das Pachtland teurer: Oft hatte der Häusling kein Land, um für seine eigenen Kartoffeln und das Mehl zu sorgen, selten hatte er ein Schwein, meistens eine Ziege, während die insgesamt kleinere Zahl der Häuslinge im Süden eher Vieh hielt.[42] Häuslinge, Anbauern und Brinksitzer stammten fast ausschließlich aus dem Norden, wohingegen von hier kein einziger Zuwanderer aus einer Tagelöhnerfamilie kam.

Unter den Halbwaisen — stets ohne Vater — stellten die Südniedersachsen zusammen mit den Oberharzern im Vergleich zu den übrigen Rekrutierungsgebieten den größten Anteil. Nur im engsten Umland der Gemeinde GMH waren die vaterlosen Söhne und Töchter noch überpräsentiert. Unter den Häuslingsfamilien in Südniedersachsen gab es stets einen hohen Anteil verwitweter und lediger Frauen,[43] 1810 lebten z.B. im Amt Ohsen im späteren Kreis Hameln unter den 138 Häuslingsfamilien 15% „Frauen ohne Berufsangabe"; sie verdienten ihr Brot mit dem Spinnen und gelegentlich als Näherin.[44] Anders als für den bäuerlichen Betrieb war für den Häuslingshaushalt eine Wiederheirat nicht so dringend erforderlich.

In den nördlichen Kreisen waren auch das Handwerk und das Nebenhandwerk unter den Zuwanderern stärker verbreitet als im Süden. Doch für die große Zahl der aus dem Textilgewerbe Herausgedrängten war in den dörflichen Grundhand-

---

39 Mittelhäusser, Häuslinge, S. 263, s. auch Kaufhold, Gewerbe, S. 179.

40 Mittelhäusser, S. 264. Mittelhäusser läßt diese Tendenz offen, die sich nur aus einem Bericht des Amtes Göttingen von 1839 ableiten läßt: „Die Häuslinge in der Vogtei Weende sind in der Regel Tagelöhner, ohne Grundbesitz und dürftig. Seit dem Jahre 1831 hat zwar durch die Abnahme der Universität Göttingen sich eine fühlbare Verdienstlosigkeit unter den Tagelöhnern gezeigt, jedoch ist eine gänzliche Verarmung derselben noch nicht eingetreten." Zit. nach ebd., S. 64. 1819/20 waren in Grone von 37 Häuslingen 13 „Arme".

41 Statistik Königreich Hannover, 1852, S. 17-24.

42 Ebd., 1852, S. 15.

43 Mittelhäusser, Häuslinge, S. 243, 253, 256. „Ledige Frauen wohnten meist zu zweien oder mit ihren unehelichen Kindern zusammen, lebten also in Zwei- oder Dreipersonenhaushalten;" ebd., S. 256.

44 Ebd., S. 259, 263. Statistik Königreich Hannover, 1852, S. 15, gibt als aktuellen Grund die Cholera an, die vielen Familien den Ernährer raubte.

werken nicht genügend Bedarf. Der Druck auf das Handwerk wuchs und schuf sich legal Raum seit der Hannoverschen Gewerbeordnung vom 15. Juni 1848, mit der die Grundlage für die Errichtung von Meisterbetrieben auf dem platten Lande geschaffen wurde: Lohnbäckerei, Feinbäckerei, Hausschlachterei, Schmiede-, Rade-, Holzdrechsler-, Böttcher-, Schneider-, Schuster-, Riemerhandwerk, Weberei, Maurer, Tischler, Dachdecker, Zimmerer, Glaser wurden zugelassen. Um die vielen kleinen Landstädte und das platte Land insbesondere im Hildesheimer und Calenberger Gebiet nicht zu benachteiligen, wurde der Vorschlag der Zweiten Kammer zurückgewiesen, um die Städte eine Bannmeile zu ziehen, in die sich das städtische Zunftrecht ausdehnen konnte.[45]

Im südlichen Gebiet konzentrierte sich die Zuwanderung aus handwerklichen und gewerblichen Familien auf den untereichsfeldischen Landkreis Duderstadt und die Stadt Einbeck im gleichnamigen Landkreis: 22 der 28 elterlichen Berufsangaben aus dem Handwerk gehörten in die Landkreise Duderstadt und Einbeck. 12 dieser 28 Handwerkerfamilien wiederum lebten in der Duderstädter Landgemeinde Lindau (1.323 Einwohner), 7 kamen aus der Stadt Einbeck.[46]

Die Eichsfelder nahmen in der sozialen Herkunft und in der Konfession unter den Südniedersachsen eine Sonderstellung ein. Sie werden daher hier getrennt beschrieben. Maurer, Zimmerleute, Dachdecker und Tischler, aber nur noch ein Leineweber und zwei Schneider als väterliche Berufe sprechen die Sprache des armen Eichsfeldes, denn das Eichsfeld war früher ein herausragendes Gebiet der Leinenweberei und der Tuchbereitung gewesen.[47] Erst der Zusammenbruch dieses Gewerbes[48] machte die Region arm. Als Ausweichmöglichkeiten boten sich den Menschen entweder die Aus- und Abwanderung oder der Versuch, im Wanderhandwerk bzw. im Hausierhandel Fuß zu fassen. Viele suchten in Bauberufen und Baunebenberufen einen Ausweg und zogen als Wanderhandwerker in die Städte. Maurer, Zimmerleute, Dachdecker und Tischler arbeiteten zum Teil in Göttingen. Für sie war das Eichsfeld zum Sonntag in einem Nachtmarsch zu erreichen, um bei der Familie die Landwirtschaft zu versorgen. Andere zogen in den Sommermonaten in die Städte West- und Norddeutschlands und arbeiteten unter anderem auf öffentlichen und privaten Bauten im Hamburg, Minden,

45 Kolb, Karlheinz, Teiwes, Jürgen, Beiträge zur politischen, Sozial- und Rechtsgeschichte der Hannoverschen Ständeversammlung von 1814-1833 und 1837-1849, Hildesheim 1977, S. 211-213. Über das illegale Landhandwerk liegen m.W. keine Angaben vor.

46 S. dazu auch zum Zuzug im Familienverband Kap. 1.2, S. 207-210.

47 Im Obereichsfeld vorwiegend Wolle und Tuche, erst ab 1780 verstärkt Leinenweberei, s. Kaufhold, Gewerbelandschaften, S. 135f, 170, 171ff; Zunkel, Wolle, S. 262. Im Untereichsfeld herrschte die Herstellung von Leinwand und Leingarn vor. 1802 zählte man hier auf 1.000 Einwohner 36 Wollwebstühle und 54 Webstühle insgesamt, wobei pro Wollwebstuhl 10 Beschäftigte gerechnet wurden; s. Haendly, Bauern und Weber, S. 205.

48 S. dazu Haendly, Bauern und Weber, S. 235-252, S. 441-451. S. auch Godehardt, Helmut, Die Auswanderung von Bewohnern der eichsfeldischen Gemeinden des Kreises Mühlhausen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Eichsfelder Heimathefte, Bd. 9, 1969, S. 8-24, hier S. 8-12. Zur Kritik an Godehardt vgl. Kamphoefner, Neue Welt, S. 54.

Paderborn und Osnabrück.[49] Unter den 18 in GMH heiratenden Männern aus dem Landkreis Duderstadt, die aus handwerklichen Familien stammten, waren 14 auch in GMH in Bauberufen tätig. Die ersten Hüttenarbeiterhäuser werden noch heute in der Stadt ‚Harzer Häuser' oder ‚die Häuser im Harzer Stil' genannt. Die später an den ersten leichten Fachwerkbauten gegen das Wetter angebrachte schützende Schieferverkleidung war u.a. typisch für den südhannoverschen und Braunschweiger Raum. Das handwerkliche Wissen brachten die Eichsfelder aus der Heimat mit.[50]

Der Eichsfelder (Wander-)Arbeiter stand im Ruf des zuverlässigen und tüchtigen Arbeiters, der auch jederzeit bereit war, „Schmutzarbeit zu übernehmen"[51] und, wie der Mühlhausener Landrat es 1849 formulierte, einer „echt religiösen, patriotischen und fleißigen Arbeiterklasse" angehörte.[52]

„Die gut geleitete und überwachte Auswanderung", die Saisonarbeit und das Wanderhandwerk nahmen im Eichsfeld bis zum Ende des Jahrhunderts noch zu.[53] Die Erfurter Regierung hatte für das Gebiet des Obereichsfeldes schon 1821 ausdrücklich die Auswanderung ganzer Familien gefordert. Der Landrat des Kreises Mühlhausen bat die Regierung in Erfurt 1844 um die Genehmigung zur Veröffentlichung der Auswanderernamen im Kreisblatt, um zu verhindern, daß sich die Familien mit der Auswanderung der Abzahlung ihrer Schulden entzögen.[54] Die Auswanderer gehörten nicht zu den ärmsten Bewohnern des Eichsfeldes, und Wanderarbeiter wurden notgedrungen diejenigen, die die Überfahrt nach Amerika nicht bezahlen konnten.[55] Die Emigrationsrate des Obereichsfeldes, das — anders als das mittlere und südliche Niedersachsen — ein protoindustrielles Leinen- und Wollgewerbe aufwies, rangierte innerhalb Preußens an fünfter Stelle.[56]

---

49 S. dazu Meinhardt, Günther, Die Wanderhandwerker des Untereichsfeldes, in: Göttinger Monatsblätter, Dezember 1979, S. 10-11, hier S. 10 und Renzsch, Wolfgang, Bauhandwerker in der Industrialisierung, in: U. Engelhardt (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung, Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984, S. 589-602, hier S. 595.

50 S. dazu auch Teil C, Kap. 1.

51 Meinhardt, Wanderhandwerker, S. 10.

52 Godehardt, Auswanderung, S. 23. Das Bild des ehrbaren, belastbaren und bescheidenen Eichsfelder Arbeiters taucht häufig in der Literatur auf. Neben dem Wanderhandwerk wuchs die Herstellung handwerklicher Waren in Heimarbeit, Korbwaren, Besen, Zigarren, als ein weiterer Zweig, die sie selbst im Hausierhandel absetzten oder an Wanderhändler verkauften. Im Ort Bilshausen gab es zwischen 1850-70 bis zu 370 Männer, die jährlich den Wandergewerbeschein erhielten (1895 hatte die Landgemeinde 1.242 Einwohner.) Die Hausiererzahl im Eichsfeld blieb bis zum Ende der Weimarer Republik konstant hoch; Meinhardt, Wanderhandwerker, S. 11.

53 Zehrt, Conrad, Eichsfeldische Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts, Heiligenstadt 1893, S. 25; s. auch Godehardt, Auswanderung, S. 16f sowie zu den Hausierern Haendly, Weber und Bauern, S. 415.

54 Godehardt, Auswanderung, S. 17f.

55 Ebd., S. 24; s. zu den Auswandererberufen bis 1844/46 S. 18-22.

56 Kamphoefner, Neue Welt, S. 54. Das Obereichsfeld gehörte zu Preußen.

Seit Mitte der 1860er Jahre stieg die Zahl der Eichsfelder Arbeitskräfte beim GMBHV, die nicht nur für 6 bis 12 Monate kamen, sondern zum Teil auch 2 bis 3 Jahre im Hüttenwerk arbeiteten und von dort aus ihre Familien in der Heimat unterstützten.[57]

Vor dem Hintergrund der Not und der Wanderungsbereitschaft der Eichsfelder überrascht die relativ geringe Anzahl von 24 Duderstädtern, die letztlich im Ort GMH blieben und heirateten. Heirat hieß Wohnrecht, Wohnung und Bleibenwollen: Die tiefgläubigen katholischen Eichsfelder waren aber in der streng evangelisch geführten Gemeinde Georgsmarienhütte ein Fremdkörper.[58] Von den 20 katholischen Duderstädtern gingen immerhin 7 eine Mischehe ein und waren damit zur Konversion gezwungen. Nur 2 heirateten Frauen aus der Heimat, 11 suchten sich eine katholische Frau, die aus dem ländlichen Umland des GMBHV stammte.[59]

Aus dem übrigen Südniedersachsen kamen nur noch 5 weitere katholische Ehefrauen. Alle stammten aus dem Landkreis Alfeld, 4 davon aus der Gemeinde Lamspringe, dem Sitz eines katholischen Klosters.[60] Alle 5 Frauen gingen eine Mischehe ein. Die übrigen 162 Zuwanderer waren evangelisch, wovon immerhin 17 (10,5%) einen katholischen Partner heirateten. So lag der Mischehenanteil bei den Südniedersachsen insgesamt bei 15,5%.[61]

---

57 S. dazu im Zusammenhang der Saisonwanderung Kap. 1.2, S. 212ff.

58 Zum Anteil der Katholiken innerhalb der Zuwanderer insgesamt s. Kap. 1.2, S. 214ff.

59 Vgl. Rensch, Bauhandwerker, S. 595f. Rensch, der auch das Eichsfeld vornehmlich als ein Rekrutierungsgebiet für Wanderarbeiter des Baugewerbes vermutet, schlägt aus „forschungspragmatischen Gesichtspunkten" für eine Untersuchung der Seßhaftwerdung von Wanderarbeitern die Zuwanderung der Eichsfelder Arbeiter in den Raum Hannover und dort speziell in das Dorf Döhren vor. Die Ansiedlung der Eichsfelder in und um Hannover läßt sich relativ gut nachzeichnen, weil es sich um eine katholische Gruppe im protestantischen Umfeld handelte." In einem ersten Überblick kommt Rensch zu dem Ergebnis, daß die dortigen Eichsfelder Gemeindemitglieder „fast ausschließlich proletarischer Herkunft waren. Bei den Heiratsbüchern zeigt sich, daß Ehen häufig zwischen Personen aus demselben Geburtsort geschlossen wurden: Es liegt nahe zu vermuten, daß der Ehemann ursprünglich nur saisonal nach Hannover gekommen war, sich dann aber bei entsprechender Arbeitsmarktlage niederließ, seine zukünftige Frau nachholte und in Hannover seine Familie gründete." Dieses Heiratsverhalten kann ich weder für die Eichsfelder noch für die übrigen südniedersächsischen, Ravensberger, Tecklenburger oder hessischen Zuwanderer bestätigen.

60 Der Landkreis Alfeld, S. 149.

61 7 x Duderstadt, 4 x Alfeld, 17 übrige.

Tab. 10: Eheschließungen der südniedersächsischen Zuwanderer 1856-1933 (Landkreise mit mehr als 6 Eheschließenden)

Zeit	Männer	Frauen	Summe	M und F in % aller Heiratenden aus Radius 3, 4, 5
1856-1870	40	31	71	19,45
1871-1894	61	44	105	23,34
1895-1918	6	3	9	4,09
1919-1933	2	—	2	1,14
Summe	**109**	**78**	**187**	

Die Eheschließungen waren auch hier absolut und prozentual nach 1871 am häufigsten. Bis 1870 stellten die Südniedersachsen 19,45 % der in den Radien 3, 4 und 5 Gebürtigen und in den 1870er bis mittachtziger Jahren 23,24%; dies waren zusammen immerhin 42,79 %. Ab 1895 vereinzeln sich dann die Heiraten. Höher als die Werte für Südniedersachsen liegen nur noch die Trauungszahlen der Zuwanderer aus dem Harz.

Frauen und Männer unterschieden sich in der Wahl ihrer Heiratspartner. Die südniedersächsischen Männer heirateten, wie die Tecklenburger und Ravensberger, verstärkt Frauen aus dem Umland, die Frauen dagegen wiederum häufiger aus der weiteren Entfernung zugewanderte Männer.

Tab. 11: Räumliches Heiratsverhalten der südniedersächsischen Zuwanderer

	Herkunftsgebiete der Bräute südnieders. Männer in %	Herkunftsgebiete des Bräutig. südnieders. Frauen in %
Geburtsort gleich	11,0	15,4
Geburtskreis gleich	10,1*	16,7*
übriges Südnds.	11,9	12,8
Harz/Hessen	13,7	9,0
Minden-Rav., Melle Tecklenb., Wittlage Iburg/Osnabrück	35,8**	19,2
Ort GMH	8,3	6,4
übrige Gebiete	7,3	19,2
o. Angabe	1,8	1,3

* 38 der insgesamt 39 Männer und Frauen aus dem Landkreis Gronau heirateten Partner aus ihrem Heimatkreis.

** Fast 50% der hierin enthaltenen Iburgerinnen und Osnabrückerinnen heirateten Duderstädter Männer.

Nur 34 der 78 Frauen und 36 der 109 Männer heirateten den Mann oder die Frau in oder aus dem Raum Südniedersachsen, darunter 11 bzw. 13 aus dem Hei-

matkreis. Die Heimatbindung in den Kreisen Alfeld und Gronau drückte sich in allein schon 16 Trauungen innerhalb dieser Kreise aus. Nur bei 12 der Trauungen stammten beide aus demselben Ort. Diese Heiratenden stammten ausschließlich aus Herkunftsorten mit ohnehin hoher Abwandererzahl.[62]

Wie bei den Ravensbergern und Tecklenburgern ist der hohe Anteil zuziehender Frauen nicht immer gleichzusetzen mit Familienzuzug. 17 Frauen und 16 Männer kamen nachweislich im Familien- bzw. Verwandtschaftsverband: 1 Vater mit 4 Kindern war Handarbeiter und Tagelöhner, 17 Väter arbeiteten im Haupt- und im Nebenberuf als Handwerker und nur 2 kamen aus der Landwirtschaft. Die geringe Übereinstimmung von Geburtsort und Geburtskreis bei den Eheleuten weist auch hier darauf hin, daß die Frauen selten ihrem Bräutigam in die Ferne nachfolgten.

Von den 109 männlichen Zuwanderer, die zu drei Viertel aus landwirtschaftlichen und handwerklichen Familien stammten, gaben in GMH zur Zeit ihrer Heirat als ihren Beruf an:

13 x Bergmann, Steinhauer
28 x Hüttenarbeiter, Arbeiter,
15 x sonstige Werksberufe,
36 x Handwerker,
4 x Handwerker außerhalb des Werkes,
8 x sonstige Berufe,
5 x ohne Angabe.

Anders als die Ravensberger und Tecklenburger arbeiteten diese Zuwanderer zum geringeren Teil in ungelernten Berufen. Unter den Bergleuten, Steinhauern, Hüttenarbeitern und Arbeitern waren elterlicherseits landwirtschaftliche, Handwerker- und Arbeiterfamilien zu fast gleichen Anteilen vertreten. Unter den Handwerkern überwogen jedoch in der Herkunft die Handwerkerfamilien mit fast 50%, die landwirtschaftliche Herkunft betrug 17 %. Die südniedersächsischen Zuwanderer hatten, wie es für die Ravensburger wohl auch galt, zwischen ihrer agrarischen Herkunft und der Arbeit in GMH schon Handwerk, Tagelohn und Wanderarbeit kennengelernt. Hier kommt ebenfalls zum Ausdruck, daß zwischen der Wanderungsdistanz und der Berufsqualifikation am Zielort ein Zusammenhang besteht: Der Anteil der höher qualifizierten Berufsgruppen wächst unter den Fernwanderern.[63]

---

62 Im einzelnen: Eberholzen (Landkreis Gronau) mit 8 Eheschließenden unter 16 Zuwanderen, Elze (Gronau) mit 4 von 10, Gerzen (Alfeld) mit 2 von 4, Brunkensen (Holzminden) mit 2 von 7, Lindau (Duderstadt) mit 4 von 18, Weende (Göttingen) mit 2 von 2, Sievershausen (Einbeck) mit 2 von 13.

63 So auch Schomerus, Differenzierung, S. 33 am Beispiel Esslingen.

d. Das nördliche Hessen

Die preußische Provinz Hessen-Nassau entstand 1866/68 aus dem Kurfürstentum Hessen-Kassel und dem Herzogtum Nassau. Sie war untergliedert in die Regierungsbezirke Wiesbaden und Kassel einschließlich der Exklave Grafschaft Schaumburg, die auf der Höhe Osnabrück-Hannover lag.

Die hessischen Zuwanderer nach GMH stammten überwiegend aus vier der insgesamt 24 Kreise des Regierungsbezirks Kassel: Hofgeismar (19 Eheschließende), Melsungen (8), Eschwege (10), Ziegenhain (7), Gft. Schaumburg (8). Die Gft. Schaumburg wird hier aufgrund ihrer nördlichen geographischen Lage ausgenommen. Aus dem übrigen Regierungsbezirk Kassel kamen nur vereinzelt Zuwanderer, insgesamt 10 Männer aus 9 Kreisen. Es zeigt sich damit eine deutliche Zuordnung zum nordhessischen Gebiet.[64] Nimmt man Ziegenhain als den südlichsten der 4 Landkreise aus, ergibt das Herkunftsgebiet zusammen mit dem südniedersächsischen eine fast geschlossene Form. Ziegenhain bildete insofern eine Ausnahme, weil es über die wirtschaftliche Lage hinaus einen besonderen Grund zur Abwanderung gab: Alle 7 Heiratenden stammten aus der Gemeinde Neukirchen, in der am 20.9.1854 ein Feuer 500 Menschen aus „der geringer bemittelten Klasse der ackerbautreibenden Bevölkerung" obdachlos machte.[65] Es ist zu vermuten, daß ohne diesen akuten Druck für die insgesamt ohnehin große Zahl der Aus- und Abwanderer aus dem Landkreis Ziegenhain GMH überhaupt nicht Zielort geworden wäre.[66]

Weitere Orte mit mehrfacher Abwanderung nach GMH waren Hoheneiche (7 Eheschließende) im Landkreis Eschwege und Udenhausen (6) im Landkreis Hofgeismar. Udenhausen war der Ort, aus dem allein 5 Töchter aus der Familie Knauf stammten: Der Vater war in GMH Schneider, Bergmann, dann wieder Schneider und Musikant. Alle Knauftöchter waren zwischen 1842 und 1856 in Udenhausen geboren. Wie groß muß der Mangel an Arbeitskräften und auch an Bräuten gewesen sein, wenn die raren Werkswohnungen in GMH an solch töchterreiche Familien vergeben wurden. Wie die späteren Heiraten der Knauftöchter zeigen, hielt das Werk damit 5 Junggesellen am Ort.

Die nordhessische Leinen-Landschaft war die von GMH am weitesten entfernte Herkunftsregion, doch war die Verkehrsanbindung nach GMH ähnlich günstig wie die des südniedersächsischen Raumes. Die Linie Hannover-Kassel wurde 1856 geschlossen, die Linie Kassel-Bebra-Halle war schon 1849 fertigge-

---

64 Aus dem westlich angrenzenden Regierungsbezirk Wiesbaden kamen 13 Männer und Frauen aus 6 Landkreisen, zusammen also 74 Heiratende aus der Provinz Hessen-Nassau.

65 Losch, Philipp, Geschichte des Kurfürstentums Hessen 1803 bis 1866, Marburg 1922, S. 328. Neukirchen hatte 1895 wieder 1492 Einwohner. Dieser Brand sei eine Mahnung vor voreiliger Interpretation struktureller Ursachen. Losch führt eine Reihe von Brandkatastrophen an, die insgesamt die Auswanderung verstärkten. Ebd.

66 S. dazu auch Geisel, Karl, Abwanderer aus dem Kreis Ziegenhain nach Westfalen im 19. Jahrhundert, in: Schwälmer Jahrbuch, Melsungen 1983, S. 81-86, dort zur Abwanderung in den 1860er Jahren nach Westfalen (keine Saisonwanderung) eine Namensliste der Entlassenen aus dem Untertanenverband. Kein Familienname ist mit denen der GMHütter identisch.

stellt und wurde 1850/53 nach Westfalen (Dortmund) weitergeführt. Damit waren auch Hofgeismar und Melsungen an die Eisenbahn angeschlossen, Hofgeismar lag an der Strecke Kassel-Dortmund, Melsungen an der Linie Kassel-Halle. Eschwege erhielt 1875 eine Stichbahn zur Linie Bebra-Kassel.[67]

Nordhessen wird aufgrund seines Charakters als „Leinen-Landschaft" trotz seiner geographischen Lage noch zur nordwestdeutschen Leinenzone gerechnet.[68] Die nordhessische Landschaft zeigt dabei ebenso wie die westfälische und südniedersächsische Region ein eigenes Profil in der sozialen Herkunft der Abwanderer. Alle genannten Rekrutierungsgebiete der Leinenzone waren landwirtschaftliche Gebiete mit zuvor hohem Anteil an Nebengewerbe im textilen Bereich. Sie unterschieden sich dennoch in der sozialen Herkunft der Zuwanderer: Im Westfälischen überwogen die unterbäuerlichen Schichten, in Südniedersachsen Landwirtschaft und Handwerk, deutlich auch an den häufigen „Bindestrich-Berufen". In Nordhessen dominierte hingegen eindeutig der gewerbliche Bereich und nicht die Landwirtschaft: Nur 2 Väter waren Ackermänner und vermutlich stammten nur die 3 Tagelöhner aus der besitzlosen agrarischen Schicht.

67 Möker, Ulrich, Nordhessen im Zeitalter der Industriellen Revolution, Köln, Wien 1977, S. 51f.

68 Kaufhold, Gewerberegionen, S. 170,173, so auch Harder-Gersdorff, Leinen-Regionen, S. 211.

Tab. 12: Elterliche Berufe der nordhessischen Zuwanderer 1856-1933 (Landkreise mit mehr als 6 Eheschließenden)

	Männer	Frauen	Summe
Landwirtschaft/Forsten:			
Forstaufseher	1	1	
Forstarbeiter	1	—	8
Ackermann	1	1	
Tagelöhner	2	1	
Arbeiter			
Arbeiter, Hüttenarbeiter	3	2	
Bergmann	1	3	9
Handwerk			
Sattler	1	2	
Schuhmacher	2	1	
Schneider (+ Musikant)	2	3 (2)	
Bäcker(mstr.)	1	2	20
Metzger + Tagelöhner	—	1	
Hufschmied	1	—	
Baumwollweber	1	—	
Orgelbauer	1	—	
Sonstige			
Musiker	—	1	
Aufseher	—	1	
Kaufmann	—	1	
Schützenwirt	1	—	7
Gastwirt	1	—	
Gemeindediener	—	1	
Kirchendiener	1	—	
vaterlos	—	2	
Summe	**21**	**23**	**44**

Im charakteristischen zeitlichen Nacheinander schloßen Kinder von Eltern bestimmter Berufsgruppen die Ehe: Von 6 Töchtern und Söhnen aus der Gruppe Sonstige, deren Väter alle in GMH arbeiteten, heirateten 3 in der Zeit nach 1871 und 3 nach 1895. Erst ab 1884 folgten die Eheschließungen der Kinder aus Arbeiterfamilien. Die Heiraten der Söhne und Töchter der in der Landwirtschaft Tätigen dominierten in der Zeit zwischen 1871 und 1894, die der in Handwerkerberufe tätigen Eltern hingegen in der Frühzeit: 15 Eheschließungen erfolgten bis 1877, davon ein Großteil in den 1860er Jahren und nur noch 5 zwischen 1877 und 1891.

Tab. 13: Eheschließende aus dem nordhessischen Gebiet 1856-1933 (Landkreise mit mehr als 6 Eheschließenden)

Zeit	Männer	Frauen	Summe	M + F in % aller Heiratenden aus Radius 3, 4, 5
1856-1870	8	8	15	4,11
1871-1894	12	13	24	5,34
1895-1918	1	2	3	2,27
1919-1933	—	—	—	—
Summe	**21**	**23**	**44**	

Die Kreise Hofgeismar, Melsungen und Eschwege gehörten zu den einstmals ausgeprägtesten und nun darniederliegenden Leineweberbezirken Hessens.[69] Im Kreis Melsungen, einem Zentrum der hessischen Exportleinen-Industrie, herrschte Ende der 1830er/Anfang der 1840er Jahre „weniger der Pflug als der Webstuhl". „Alle Dörfer waren mit Leinewebern gefüllt, einige Dörfer beinahe nur mit Webern bewohnt, wobei in den gebirgigen Gegenden die Leineweberei den Hauptnahrungszweig darstellte."[70] Die Betriebsform der Leinenweberei bleibt unklar, vermutlich stand textiles Heimgewerbe neben textilem Haupterwerb, wobei Haupterwerb aber nicht zwangsläufig das Fehlen einer Landwirtschaft bedeuten mußte.[71] Vermutlich herrschte in Hessen-Kassel das Kaufsystem vor.[72] Der Anteil von hauptberuflich im Leinengewerbe Tätigen war hoch: 1740 bestand in Nordhessen ein Verhältnis von 28,2 Leinewebern pro 1000 Einwohnern; 1846 war die Zahl der Meister einschließlich der Gehilfen und Lehrlinge auf 4,6 pro 1000 Einwohnern gesunken.[73]

Nordhessen schied früh aus der Gruppe der „Leinen-Landschaften" aus. Die nordhessische Produktion, die überwiegend auf den Export nach Übersee ausgerichtet war, brach schon Ende der 1830er Jahre zusammen.[74] Sie hat dies mit der

69 Dascher, Ottfried, Das Textilgewerbe in Hessen-Kassel vom 16. bis 19. Jahrhundert, Marburg 1968, S. 29, 154ff. Melsungen und Hofgeismar gehörten mit zu den bedeutensten Leineweberbezirken, S. 154, auch Möker, Nordhessen, S. 86. Dascher weist auf das Fehlen grundlegender Arbeiten zum textilen Gewerbe in Hessen hin, S. 143. Die in Nordhessen ebenfalls ausgeprägte Tuchmacherei war stärker in den Städten vertreten. Sie war von flandrischen Einwanderern ins Land gebracht worden und hatte sich zum zweiten bedeutenden Gewerbe entwickelt. S. Losch, Geschichte, S. 329 und Möker, Nordhessen, S. 165, 182.

70 Möker, S. 86 beruhend auf Landau, Beschreibung des Kurfürstenthums Hessen, Hessen (1842), S. 263f.

71 So Kaufhold, Gewerbelandschaften, S. 170.

72 Harder-Gersdorff, Leinen-Regionen, S. 212, 222.

73 Möker, Nordhessen, S. 85f. Vgl. auch Harder-Gersdorff, Leinen-Regionen, S. 221 und 240. Sie nennt für Oberhessen und Hessen-Kassel einen Anteil von 5,21% hauptberuflich in der Leinenerzeugung Beschäftigten und von 0,79% an der Gesamtbevölkerung.

74 Dascher, Textilgewerbe, S. 158. Die Wirtschaftskrise 1837 in den Vereinigten Staaten, die süd- und mittelamerikanische Revolutionen und die maschinelle Produktion der Baumwolle trugen dazu bei.

Tecklenburgischen Leinenproduktion gemeinsam, wo ebenfalls grobes Leinen für den Export produziert wurde.[75] Eine Zeit des nochmaligen längeren Aufschwungs nach Aufhebung der Kontinentalsperre ab 1815, wie er in Südniedersachsen und in Ravensberg zu beobachten war, fand hier nur im Ansatz statt. Die im Königreich Hannover zum Teil noch bis in die 1860er und 1870er Jahre hinein vereinzelt erfolgten Leggegründungen zur Förderung und Kontrolle der Produktion fehlten hier.[76] Der frühe Zusammenbruch war endgültig.[77]

Die Abnahme des Leineweberhandwerks förderte auch in Hessen zugleich die Zunahme des übrigen Handwerks. Nordhessen zählte 1740 noch 29,1 Meister pro 1.000 Bewohner, 1846 waren es 28,3 Meister.[78] Da das Handwerk auf den heimischen Absatz angewiesen war, entstand in unmittelbarer Folge eine starke Übersetzung, zumal die kurhessische Bevölkerung in den 1850er Jahren sank.

Inwieweit hinter den elterlichen Handwerkerexistenzen noch eine kleine Hofstelle steckte, bleibt im Fall der hessischen Zuwanderer nach GMH offen. Zumindest gaben die Söhne und Töchter nicht beide Erwerbsgrundlagen an, so wie es die Südniedersachsen taten, die aufgrund der beschriebenen rechtlichen Fixierung des Häuslingsstatus vielleicht gewohnt waren, ihre Angaben vollständiger zu machen.

Aus der Berufszählung vom 5.Juni 1882 geht der Stellenwert landwirtschaftlicher Nebentätigkeiten in den Kreisen Eschwege und Melsungen hervor. Das „System der ineinandergreifenden Erwerbstätigkeit"[79] lag hier auf den kleinen Hofstellen bis zu 2 ha Größe bei durchschnittlich 69,7%. Diese Hofgröße machte 61% aller landwirtschaftlichen Stellen in Nordhessen aus.[80]

In den beiden Kreisen Melsungen und Eschwege waren zusammen gewerblich selbständig:

---

75 Harder-Gersdorff, Leinen-Regionen, S. 221. Zu Tecklenburg ebd., S. 219.

76 Zu Westfalen Mooser, Klassengesellschaft, S. 147, 149. Zum Königreich Hannover Harder-Gersdorff, S. 218. Zu den Leggegründungen im Königreich Knösel, Linnen-Leggen, S. 422. Zur südniedersächsischen Produktion auch Henning, Industrialisierung, S. 168, hier Zahlen für 1867.

77 Dascher, Textilgewerbe, S. 11, 28f. Vor der Gründung hessischer Leggen im 17. Jahrhundert wurde hessisches Leinen „vorzugsweise nach den westfälischen Städten Osnabrück, Münster und Warendorf versandt, um, mit dem dortigen Leggestempel versiegelt, seinen Weg in die Niederlande anzutreten."

78 Laut Möker, Nordhessen, S. 69f. Ganz andere Zahlen bringt Kaufhold, Gewerbelandschaften, S. 117f, der sich bezieht auf Schultz, Helga, Die Ausweitung des Landhandwerks vor der industriellen Revolution. Begünstigende Faktoren und Bedeutung für die „Protoindustrialisierung", in: JbfWg 1982, Teil III, S. 70-90. Sie nennt pro 1740 für Hessen-Kassel eine Dichte von 57,7. Kaufhold setzt eine „grob gegriffene" Größe von über 30 als „besonders hohe Dichte" an. In der Skala von Schultz liegen Minden-Ravensberg mit 32,8% (1801) und Lingen-Tecklenburg mit 30,9% (1801) damit im Vergleich erheblich niedriger. Den höchsten Wert weist Württemberg mit 60,3 (1813) auf.

79 Möker, Nordhessen, S. 81.

80 Errechnet nach ebd., S. 78ff aufgrund der Daten der Preußischen Berufszählung von 1882. Weitere Kategorien waren „sonstige Selbständige", „sonstige Tagelöhner", „Hilfsarbeiter in der Industrie".

25,22% bzw. 24,11% aller Nebenerwerbstätigen,
19,67% bzw. 17,52% der Nebenerwerbstätigen auf Höfen bis zu 2 ha Größe.

Als Tagelöhner in der Landwirtschaft arbeiteten in Melsungen und Eschwege:
32,11% bzw. 34,32% aller Nebenerwerbstätigen,
38,52% bzw. 29,46% der Nebenerwerbstätigen auf Höfen bis zu 2 ha Größe.

Im übrigen Niederhessen, hierzu gehörte auch Hofgeismar, lag der Anteil des gewerblichen Nebenerwerbs noch höher.

Bei den Stellen bis zu 1 ha galt die Landwirtschaft als Nebengewerbe, auf den Stellen zwischen 1 und 2 ha standen Landwirtschaft und Nebengewerbe gleichrangig nebeneinander.[81] Die Zahlen stammten aus der Zeit nach dem Zusammenbruch des Leinengewerbes und lassen die Vermutung zu, daß auch hier die Handwerker zugleich Kleinststellenbesitzer oder Pächter waren.

Neben der Landwirtschaft, dem Handwerk und dem zurückgehenden Textilgewerbe waren in Nordhessen im gewerblichen Bereich noch der Bergbau, die Verhüttung und die Salzgewinnung von überregionaler Bedeutung. Drei Herkunftsgemeinden im Landkreis Hofgeismar waren zugleich Standorte von Eisengruben bzw. einer Eisenfabrik/Maschinenwerkstätte: Hohenkirchen, Lippoldsberg und Veckerhagen.[82] Insgesamt sank die Beschäftigtenzahl auch in der Braunkohlen- und Erzgewinnung: Im Kreis Hofgeismar arbeiteten in diesem Gewerbe 1852/54 238 Arbeiter, in Melsungen 86, in Eschwege 113, in Ziegenhain 383.[83]

Folgeindustrien nach dem Zusammenbruch der Leinenweberei gab es nicht.[84] Im Kurfürstentum Hessen galt bis 1869 die alte Zunftordnung von 1816, die nur bestimmte unzünftige Handwerke auf dem Lande zuließ: Huf-, Grob- und Nagelschmiede, Wagner oder Radmacher, Zimmerleute, Maurer, Dachdecker, Töpfer und Ziegelbrenner, Schuhflicker, Bauernschneider, Lein- und andere Weber.[85] Es war also auch hier das Landhandwerk, das die Notleidenden auffangen sollte und eine späte Ausbreitung erfuhr.[86] Ein umständliches Konzessionswesen für Handelsgeschäfte, Gaststätten, Krämer usw. und die Ablehnung der Gründung von Aktiengesellschaften[87] schränkten die gewerbliche Eigeninitiative ein. Dies führte zu einer Ackerbürger- und Kleingewerbestruktur in den Städten und verstärkte die Auswanderungsbewegung auf dem Lande.

---

81 Ebd., S. 81, nach Baumbach, V., Die bäuerlichen Verhältnisse im Regierungsbezirk Kassel, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik XXII, Bäuerliche Zustände in Deutschland, 1. Bd., 1883, S. 111-143, 121f.

82 Fremdling, Eisen, S. 350 (Karte).

83 Möker, Nordhessen, S. 88f.

84 Harder-Gersdorff, Leinen-Regionen, S. 221.

85 Möker, Nordhessen, S. 45 und Losch, Geschichte, S. 330.

86 Zur Bedrohung des städtischen Handwerks durch das unzünftige ländliche Handwerk s. Möker, S. 107.

87 Ebd., S. 48 und Losch, Geschichte, S. 330.

Neben der weitgehend erfolglosen Einführung der Strohflechterei und der etwas erfolgreicheren Einführung der Seidenzucht[88] wurde staatlicherseits die Ab- und Auswanderung gefordert und gefördert.[89] Die „Entledigung der Armen" nahm bis Mitte der 1850er Jahre solche Ausmaße an, daß es zu einem regionalen Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft und in der Handarbeit kam. Die Regierung sah sich veranlaßt, die Behörden bei der Vergabe von Reiselegitimationen zur Zurückhaltung aufzufordern, um die Nachteile, „welche durch das massenhafte Zuströmen inländischer Arbeiter zu ausländischen Arbeitsplätzen für den inländischen Landwirtschaftsbetrieb zu entstehen drohen", zu beseitigen.[90] 15 Jahre später wurde im Jahresbericht der Handelskammer Kassel wiederum der sommerliche Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft beklagt. Es hieß, daß ein Mann, der als Saisonarbeiter im Sommer 5 Monate bei einer Lehmsteinfabrik o.ä. arbeitete, reichlich doppelt so viel verdiente „als ihm selbst bei den jetzt schon so hoch gestiegenen Löhnen als Ackerknecht für das ganze Jahr gegeben werden kann."[91] Hessische Saisonwanderer waren auch unter den Arbeitern des GMBHV zu finden.

Die Amerikaauswanderung betrug zwischen 1839 und 1848 vermutlich 2,18% der Bevölkerung, 1852-1864 waren es 7,09% (berechnet nach der Bevölkerungszahl von 1849).[92] Der Anteil der Auswanderer aus den hier erfaßten vier Landkreisen entsprach im innerhessischen Vergleich etwa dem Durchschnitt.[93] Im übergreifenden Vergleich der Auswanderung in die Vereinigten Staaten 1870/71 rangierte Hessen-Nassau unter den Werten für Westfalen, aber weit über den geringen südniedersächsischen Auswandererzahlen.[94] Den Höhepunkt erreichte die kurhessische Auswanderung in den Jahren 1852-54 mit ca. 6.000 bzw. 9.000

---

88 Dazu Troitzsch, Ulrich, Staatliche Bemühungen um die Einführung der Strohflechterei in Kurhessen in der Mitte des 19. Jahrhunderts — ein Beispiel verfehlter Nebenerwerbsförderung, in: H. Kellenbenz (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert, Stuttgart 1975, S. 141-154. In Minden-Ravensberg (ebd., S. 154) und in Sievershausen im südniedersächsischen Landkreis Einbeck war ebenfalls versucht worden, die Strohflechterei einzuführen. Zu Sievershausen von Reden, Das Königreich Hannover statistisch beschrieben, zunächst in Beziehung auf Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, 1. Abteilung, Hannover 1839, S. 423. Als Grund für das Scheitern in der Strohflechterei, die weitgehend für Mädchen und Frauen gedacht war, galt der zu geringe Lohn. Als Dienstmädchen oder im Tagelohn verdiente man mehr; ebd., S. 151.

89 Möker, Nordhessen, S. 40f und Losch, Geschichte, S. 327. Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 237f, schreibt über das Ruhrgebiet von 1853/54: „Nur mit den hessischen Staatsbürgern ließ man mehr Vorsicht walten, weil die Nachlässigkeit der hessischen Behörden in der Paßerteilung bekanntgeworden war." Unter der 1865-1871 zugewanderten Bevölkerung in das Ruhrgebiet waren „immerhin" 8% Hessen.

90 Kurhessische Regierung im April 1857, zit. nach Möker, Nordhessen, S. 40.

91 Ebd., S. 72. Zu den Löhnen Mitte der 1850er Jahre ebd., S. 41.

92 Ebd., S. 28.

93 Ebd., S. 30f. Für die Jahre 1852-1864 liegt eine systematische Erfassung der Auswanderung vor.

94 Kamphoefner, Neue Welt, S. 24 (Karte).

Auswanderern pro Jahr. Dies führte zwischen 1849 und 1858 insgesamt zu einem Rückgang der kurhessischen Einwohnerzahlen.[95]

Die berufliche Struktur der Auswanderer ist nur punktuell zu erfassen. Für 1863 liegt eine Aufschlüsselung zu den niederhessischen Kreisen vor: Danach waren 26,13% Handwerker, 25,03% ohne Berufsangabe, 16,37% Frauen, 15,41% Arbeiter und Tagelöhner, 7,29% Kaufleute und Wirte, 3,58% Berg- und Hüttenleute, 3,16% Ackerleute und Gärtner, 3,03% sonstige Berufe.[96]

Die prozentuale Verteilung in der sozialen Herkunft der hessischen Zuwanderer nach GMH (s. Tab. 12) entspricht in etwa der Verteilung in der Überseeauswanderung. Die Berufe der Ziegenhainer Abwanderer in die westfälische Industrie in den 1860er Jahren bestätigen ebenfalls dieses Bild: Die Handwerksberufe führten weit vor den Tagelöhnern, Knechten und Arbeitern.[97]

Die hessischen Zuwanderer lagen in der zeitlichen Verdichtung der Eheschließungen analog zu der der Südniedersachsen (s. Tab. 13): Einer leichten Zunahme in der Zeit nach 1871 gegenüber der Frühzeit folgten nur noch wenige Eheschließungen vor dem Ersten Weltkrieg und überhaupt keine mehr in der Weimarer Zeit.

Auch in der regionalen Herkunft der Ehepartner bestätigt sich das Ergebnis der südniedersächsischen, Ravensberger und Tecklenburger Verteilung: Die Frauen heirateten verstärkt von weither zugewanderte Männer, die Männer wiederum verstärkt Frauen aus dem Umland GMHüttes und der angrenzenden Kreise.

---

95 Günther, Karl, Beiträge zum Problem der kurhessischen Auswanderung im 18. und 19. Jahrhundert, insbesondere nach Nordamerika, in: Zeitschrift des Vereins für Hessische Geschichte und Landeskunde, 75/76 (1964/65), S. 489-538, hier S. 493. Günther, S. 517, errechnet „vorsichtig" 30% des Geburtenüberschusses.

96 Möker, Nordhessen, S. 37. Den relativ hohen Handwerkeranteil bestätigen auch die Zahlen bei Struck, Wolf-Heino, Die Auswanderung aus Hessen und Nassau in die Vereinigten Staaten, in: Nassauische Annalen 89 (1978), S. 78-114, hier S. 97 sowie Geisel, Auswanderung. Losch, Geschichte, S. 327, spricht von „fast ausschließlich kleinbäuerlicher" Auswanderung. Kamphoefner, Neue Welt, S. 64, weist darauf hin, daß sich die Motive der Handwerker nicht sehr von denen der ländlichen Unterschichten unterschieden. Gerade im „Verfall der Protoindustrie liegt wahrscheinlich eine wichtige Ursache für die Emigration einer großen Zahl von Handwerkern, „weil die ehemals im Leinengewerbe Tätigen in diesen Bereich hineindrängten." Ebd., S. 62.

97 Geisel, Abwanderung, S. 81-86, dort eine Namensliste.

Tab. 14: Räumliches Heiratsverhalten der nordhessischen Zuwanderer

	Herkunftsgebiete der Bräute hessischer Männer in %	Herkunftsgebiete der Bräutigame hessischer Frauen in %
Geburtsort gleich	—	—
Geburtskreis gleich	14,3	13,0
übriges Hessen	4,8	8,7
Südniedersachsen/Harz	19,0	39,1
Ravensberg, Iburg Osnabrück, Tecklenbg.	42,9	21,7
GMH	9,5	4,3
übriges Dt. Reich	9,5	13,0

Nur 3 Paare stammten aus demselben Heimatkreis, aber kein einziges Paar aus ein- und demselben Geburtsort. Der gemeinsame Heimatkreis war in diesem Falle Hofgeismar, das ohnehin die höchste Zuwandererzahl aufwies. Dafür schien der Familienzuzug unter den Hessen stärker ausgeprägt. 15 Männer und Frauen kamen nachweislich im Familien- bzw. Verwandschaftsverband, da derselbe Familienname und Geburtsort wie auch derselbe Vaterberuf mehrfach auftauchen. Alle 15 stammten aus Handwerkerfamilien, ein Hinweis auf die existentielle Not in dieser Berufsgruppe. Allein nach GMH gekommene Frauen schien es unter den Hessen nicht oder nur ganz vereinzelt zu geben.

Die hessischen Zuwanderer waren evangelisch. Trotz des hohen Anteils der Heiraten hessischer Männer mit Osnabrücker und Iburger Frauen waren darunter nur 2 katholische Ehefrauen; dies ergibt einen Mischehenanteil von 4,5%.

Die soziale Herkunft der Ehepartner ist nicht in Gruppen zusammenzufassen: Söhne und Töchter aus der Landwirtschaft, von Handwerkern und Industriearbeitern heirateten scheinbar völlig uneinheitlich in ebensolche Familien. Innerhalb der Familien entsprach aber der sozialen Herkunft der Söhne eine bestimmte berufliche Richtung: Von den 7 Söhnen aus Handwerkerfamilien arbeiteten 4 wiederum als Handwerker, 3 gingen als Former, Bergmann und Koksbrenner in die Industrie. Hingegen wurden fast alle übrigen Söhne ungelernte Arbeiter und nur eine Minderheit übte den Beruf des Bergmannes aus: Die Söhne aus landwirtschaftlichen Familien wurden Arbeiter, die aus Industriearbeiterfamilien blieben es.

2.2 Das Oberharzer Bergbaugebiet[1]

Die 191 Eheschließenden aus den beiden Harzer Landkreisen Zellerfeld und Osterode bildeten die größte regionale Gruppe unter den Zuwanderern nach GMH. Fast jeder Dritte, der in den Jahren 1856-1870 in den derzeit für die Arbeiter des GMBHV zuständigen Pfarreien St. Katharinen und St. Johann zu Osnabrück sowie der Schloßkirche in Iburg vor den Traualtar trat, kam aus dem Harz und damit aus einem der ehemals bedeutendsten Montanreviere Deutschlands.

Tab. 1: Eheschließungen der Harzer Zuwanderer 1856-1933

Zeit	Männer	Frauen	Summe	Männer und Frauen in % aller Heiratenden aus Radius 3, 4, 5
1856-1870	64	47	111	30,68
1871-1894	34	36	70	15,68
1895-1918	8	—	8	3,34
1919-1933	1	1	2	1,14
Summe	**107**	**84**	**191**	

Der am nordwestlichen Harzrand gelegene Landkreis Zellerfeld bestand aus den sieben Harzer Bergstädten und darüber hinaus aus nur acht Dörfern.[2] Alle sieben Bergstädte und drei der acht Dörfer stellten Abwanderer nach GMH. Aus den Bergstädten stammten im einzelnen: Zellerfeld 38 Eheschließende, Clausthal 27, St. Andreasberg 23, Altenau 4, Lautenthal 5, Wildemann 2, Grund 4. Aus dem Dorf Lerbach kamen 37 Eheschließende, aus Bockwiese und Schulenburg stammte je 1 Eheschließender.

Der im Süden Zellerfelds gelegene langgestreckte Landkreis Osterode grenzt im Westen und im Norden an die Landkreise Duderstadt, Northeim, Einbeck und Gandersheim. Allein 37 der 49 Eheschließenden kamen aus der Stadt Lauterberg, 12 weitere verteilten sich auf die Landgemeinden am westlichen Harzrand: Kalefeld (1), Nienstadt (1), Osterode (3), Dorste (1), Herzberg (1), Pöhlde (2) und Bartolfelde (3). Von ihrer räumlichen Anbindung und ihrer ökonomischen Ausgangslage her gehören diese Orte eher zum Typ der südniedersächsischen Landgemeinden. In Osterode errichtete die Regierung noch in den 1820er und in Ka-

1 Die Bezeichnung Oberharz wird als allgemeine geographische Bezeichnung anders verwandt als in der örtlichen und bergbaulichen Sprache. Oberharz meint geographisch das Gebiet westlich der Linie Sachsa (Südharzrand) — Blankenburg (Nordharzrand); damit gehört das hier zutreffende Gebiet zum Oberharz. Der heimische und in der zeitgenössischen Literatur verwandte Begriff schränkt den Oberharz auf das Clausthal-Zellerfelder Gebiet ein. Ich verwende hier den erweiterten, geographischen Begriff. S. Brockhaus- Konversationslexikon in 16 Bänden, Berlin, Wien 1895 (14), Stichwort „Harz" sowie Mathis, Franz, Förderung und Verarbeitung von Nicht-Metallen, in: H. Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart 1986, S. 390-417, hier S. 401.

2 Ohm, Ferdinand, Der Oberharz als Verwaltungseinheit, aus: Allgemeiner Berg-Harz-Kalender 1973, S. 18-26, hier S. 18.

lefeld in den 1850er Jahren zur Förderung und Kontrolle des Leinengewerbes eine Legge.[3] Osterode und Herzberg waren aber zugleich gewerbliche Standorte der Eisenfabrikation.[4]

Die Eisenbahn hatte auf mögliche Zielorte des Harzer Arbeiters keinen „richtungsweisenden" Einfluß, denn er konnte nur in ganz beschränktem Umfang Zeitpunkt und Ziel seiner Abwanderung selbst bestimmen. Die Berg- und Hüttenleute, die Wald- und Wegearbeiter des Oberharzes wurden vielmehr — wie noch gezeigt wird — auf behördlichem Wege und mit staatlichem Geld an ihre neuen Arbeitsplätze gelenkt.[5]

Im Bereich der sog. Nichteisen-Metalle Silber, Blei, Kupfer und Zink gehörte der Harz neben dem Rheinland, Mansfeld, Erzgebirge und neben Oberschlesien zu den fünf traditionellen Gewerbelandschaften[6] im Deutschen Reich; im Bereich der Eisenerzeugung zählte er zu den bedeutenden jahrhundertealten „sekundären Zentren".[7] Insbesondere im Gebiet des späteren Landkreises Zellerfeld herrschte der Blei-, Silber-, Kupfererzabbau vor, die Eisenverhüttung dominierte im südlichen, südwestlichen und östlichen Harz, wobei Verhüttung und Herstellung von Fabrikaten bedeutender waren als die Erzförderung.[8] Um 1800 gab es 17 Hütten, worunter die Königshütte und Steinrennerhütte bei Lauterberg im Landkreis Osterode, die Lerbacher und Altenauer Hütte im Landkreis Zellerfeld, die Rothe-, Mandelholzer- und Elenderhütte bei Elbingerode im Ostharz und die Sollinger Hütte bei Uslar die wichtigsten vier Zentren waren.[9] Aus Lauterberg, Lerbach und Altenau stammten auch die GMHütter Arbeiter.

---

3 Knösel, Linnenleggen, S. 422. Zunkel, Wolle, S. 272f, gibt für 1875 auch 695 Vollerwerbstätige in der Wollindustrie an.

4 Dazu Fremdling, Eisen, Karte, S. 348f.

5 In der Gründungszeit des GMBHV bestand noch keine direkte Verkehrsanbindung in das Osnabrücker Land. Eine Stichbahn vom Nordrand des Harzes von Langelsheim nach Clausthal und Zellerfeld im Flußtal der Innerste gab erst 1877 dem Oberharz mit den Bergstädten Bahnabschluß. Die Strecke hatte Anschluß an die Linie Goslar-Braunschweig-Hannover.

6 Mathis, Förderung, S. 397, auch Kaufhold, Gewerbelandschaften, S. 168.

7 Fremdling, Eisen, S. 347, Winckel, Großindustrie, S. 14f.

8 Winckel, Großindustrie, S. 47, 14f.

9 Kaufhold, Gewerbelandschaften, S. 168, Winckel, Großindustrie, S. 20 und Fremdling, Eisen, S. 348 (Karte).

Tab. 2: Elterliche Berufsangaben der Heiratenden aus den Harzer Landkreisen Zellerfeld und Osterode 1856-1933

	Männer	Frauen	Summe
Bergmann	42	30	
Eisensteinsbergmann	3	1	89
sonstige Bergberufe	8	4	
Wegearbeiter	5	1	
Waldarbeiter	17	13	
Köhlermeister	1	—	42
Mühlenmeister	—	1	
Fuhrmann	3	1	
Hüttenarbeiter, Arbeiter	6	9	
Former	—	1	
Schlosser	1	—	19
Aufseher	—	2	
Handwerk (o. Nahrung und Textil)	5	8	13
vaterlos	5	4	
Invalide	2	—	11
Sonstige:			
ohne Angabe	1	4	
Fabrikant	1	—	
Pförtner	—	1	
Briefträger	2	—	17
Lehrer	—	1	
Schlachter	3	1	
Gastwirt	1	—	
Tabakshändler	1	1	
Summe	**107**	**84**	**191**

Die Arbeitskräfte aus dem Oberharz entsprachen zumindest in einem Punkt den Erfordernissen und den Rahmenbedingungen des GMBHV: Sie kamen aus der Tradition einer „das gesamte berufliche und öffentliche Leben umfassenden Staatsautorität."[10] Die Gründe für die Entwicklung dieser besonderen Struktur waren im Oberharz dieselben, die fast 200 Jahre später in GMH eine Verzahnung von kommunaler Verwaltung, Politik und betrieblicher Leitung begünstigen und herbeiführen sollten: die Notwendigkeit der Ansiedlung von Arbeitskräften.[11]

10 Dennert, Herbert, Die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben der Bergverwaltung im Oberharz vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, in: Neues Archiv für Niedersachsen, 11 (16), 1963, Heft 2, S. 127-135, hier S. 127.

11 Gezielte Gründungen von Hüttenarbeitersiedlungen am nordwestlichen Harzrand, Bornhausen, Münchehof, Herrhausen und Engelade, gab es schon nach dem 30-jährigen Krieg. Es waren vom Landesherrn geplante, geschlossene Siedlungen, in denen Hüttenarbeiter als Kötner angesiedelt wurden. S. Rippel, Johann Karl, Die Entwicklung der Kulturlandschaft am nordwestlichen Harzrand, Hannover 1958, S. 115.

Die Verschränkung der Macht war begründet in dem absoluten Vorrang des Bergbaus. Generell galten in den deutschen Ländern jeweils eigene, jedoch insgesamt für den Bergbau ähnliche Bergrechte und Freiheiten;[12] hier jedoch waren sie zunächst vorrangig zur Anwerbung der Arbeitskräfte eingesetzt.

1788 fiel der Oberharzer Bergbau in die Hand eines Landesherrn, des Kurfürsten von Hannover; zuvor gehörte das Gebiet zu den Herzogtümern Braunschweig-Wolfenbüttel und Grubenhagen mit je einem Bergamt in Zellerfeld und Clausthal. Die zentrale Leitung und Beaufsichtigung lag ab 1788 beim Königlich Hannoverschen Berg- und Forstamt zu Clausthal, das Verwaltung, Polizei, Strafgerichtsbarkeit, betriebliche Leitung und behördliche Bergaufsicht in einer Hand vereinigte, wobei Zivil- und Kriminalgerichtsbarkeit, Verwaltung und städtische Polizei über die Bergfreiheiten den einzelnen Bergstädten übertragen worden war.[13]

1822 entstand im Königreich Hannover neben den sechs Landdrosteien als siebenter Verwaltungsbezirk die Berghauptmannschaft Clausthal. Sie entsprach in etwa Kommune und Landdrostei zugleich und war direkt dem Finanzministerium in Hannover unterstellt.[14] Die Stadtverwaltung von Clausthal, geführt von „Richter und Rat", war faktisch in allen Fragen vom Berghauptmann abhängig.

Zwischen 1841-1852 wurden Justiz und Verwaltung entflochten: Die Gerichtsbarkeit ging von den einzelnen Bergstädten auf die beiden neu errichteten Berg- und Stadtgerichte St. Andreasberg und Zellerfeld über. Mit Einführung der Hannoverschen Städteordnung von 1852 führte statt des „Richters" ein „Bürgermeister" die Verwaltung.[15] Die Harzer Bergstädte mit ihren großen Einzugsbereichen erhielten 1852 entsprechend dem Verwaltungsaufbau im Königreich Hannover — Landdrostei-Amt-Kommune — dieselbe Stellung wie die Königlichen Ämter. Mit der Einführung des Preußischen Allgemeinen Berggesetzes in der Provinz Hannover erfolgte 1867 die endgültige Trennung der im Direktionsprinzip angelegten Verbindung behördlicher Verwaltung und Aufsicht des Bergbaues.[16]

Der eigenen, politischen Stellung des Oberharzes entsprach im wirtschaftlichen und sozialen eine Sonderstellung der Arbeitskräfte und der Gewerke, d.h. der bergbaulichen Unternehmer. Die Landesherren als Inhaber des Bergregals schränkten ihr Verfügungsrecht über die Erzlager schon früh ein, indem sie das Schürfen nach Erzen auf eigenen Gewinn gegen Abgabe des Zehnten für frei er-

---

12 Imbusch, Heinrich, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche Darstellung, Bonn 1979 (Reprint der Ausgabe von 1908), S. 17-24.

13 Zu den Bergfreiheiten s. unten. Zur Geschichte des Oberharzes u.a. Dennert, Aufgaben, S. 128 und Morich, Heinrich, Chronik der Bergstadt Clausthal-Zellerfeld, Clausthal-Zellerfeld o.J. (1939), S. 208f.

14 Dennert, Aufgaben, S. 128. Dem Finanzministerium unterstand der fiskalische Bergbau im Lande. Die Bergfreiheiten gehen auf böhmisch-sächsische Vorbilder zurück. Ebd.

15 Morich, Chronik, S. 181, 219.

16 Dennert, Aufgaben, S. 128.

klärten.[17] Der hohe Kapitalbedarf für den Stollen- und Schachtbau in größeren Tiefen erforderte im 16. Jahrhundert gewerbefördernde Regelungen, und so entstanden die landesherrlichen Bergfreiheiten: Die oft entfernt wohnenden Gewerke, im Harz reine Kapitalbesitzer, nahmen ihre Interessen vor Ort selbst nicht mehr wahr. Erst die Bergfreiheiten zogen „das Kapital der Gewerke und die Arbeitskraft der Bergleute an"; sie waren zu Beginn des 16. Jahrhunderts die Voraussetzung für die Ansiedlung böhmischer Berg- und Hüttenarbeiter im bis dahin dünn besiedelten Oberharz.[18]

Die Grubenhagener Bergfreiheit von 1554 gestand den Arbeitern und Gewerken umfassende Rechte zu, die sich auf alle Lebensbereiche erstreckten:

„a. *Forstzinsfreies Holz aus den landesherrlichen Wäldern für den Bergbau, die Hüttenbetriebe und den Wohnungsbau;*
b. *Äcker und Wiesen dürfen ungehindert angelegt werden;*
c. *freier und sicherer Zu- und Abzug für alle;*
d. *Schulden, die Zuziehende inner- oder außerhalb des Landes gemacht haben, können nicht mit Gerichtshilfe eingezogen werden. Die Bergteile sind besonders geschützt und können nicht eingeklagt werden.*
e. *Die Bergstädte sind für solche, die ohne Vorsatz oder in Notwehr einen Totschlag begangen haben, Freistätten.*
f. *freie Ausübung der bürgerlichen Gewerbe, Erteilung von Marktrechten;*
g. *Zoll- und Wegegeldfreiheit für den Handel innerhalb des Landes*
h. *freier Fisch- und Vogelfang;*
i. *Erlaß oder Ermäßigung von Steuern und Angaben jeder Art;*
j. *Befreiung vom Heeresdienst solange, wie die Person des Landesherrn bzw. das Land selbst nicht betroffen sind;*
k. *die Berggemeinde erhält eigene Berg- und Zivilgerichte und die hier anfallenden Gerichtsbußen;*
l. *Aussetzung einer Belohnung für das Erschürfen silberhaltiger Erzgänge."*[19]

Der Wirkungskreis und die Bedeutung der Bergfreiheiten werden unterschiedlich gefaßt und bewertet. Ihr Wirkungskreis, wenn auch in den Bergfreiheiten selbst nicht so eindeutig formuliert, erstreckte sich letztlich auf alle Berg- und Hüttenleute, auf die Gewerke und auf die mittel- und unmittelbar Beteiligten,

17 Tolle, Karl August, Die Lage der Berg- und Hüttenarbeiter im Oberharze unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung der gesamten Bergarbeiter-Verhältnisse und des Knappschaftswesens in Deutschland, Berlin 1892, S. 12.

18 Ebd., S. 13. Winckel, S. 7, nennt zudem noch sächsische und Tiroler Bergleute. Der Harzer Bergbau begann schon im 13./14. Jahrhundert, kam dann aber durch die Pest zum Erliegen, ebd. S. 4. Die allerersten Bergleute im Harz waren vermutlich Franken, „was nach dem von den Harzer Bergleuten gesprochenen fränkischen Dialekt unzweifelhaft" ist; Tolle, S. 13.

19 Zit. nach Streit, W., Vergleichende Darstellung der Oberharzer Bergrechte und des älteren deutschen Bergrechts, Diss., Clausthal 1966, S. 18.

d.h. letztlich auf die Gesamtheit der Berggemeinde.[20] Der Zweck der Bergfreiheiten lag zunächst in ihrer Anziehungskraft für die zuziehenden Arbeitskräfte, darüber hinaus aber hatten sie eine deutlich „einkommensbildende Kraft",[21] deren Notwendigkeit sich wiederum aus den Gegebenheiten der Harzer Landschaft ergab:

„Bei der Rauheit des Klimas, bei der Unmöglichkeit, Ackerbau in einigem Umfange zu treiben, bei der Schwierigkeit, durch andere Nebengewerbe den Verdienst zu erhöhen, bei der Kostbarkeit mancher aus dem Lande zu beziehender Bedürfnisse, würde der Oberharzische Berg- und Hüttenmann unmöglich leben und für seinen mühseligen und gefahrvollen Beruf Kraft und Mut behalten können, würden ihm nicht einige Begünstigungen zu Teil, die ihm Ersatz für die Entbehrung von manchen Gütern und Erwerbsquellen geben, welche dem Landbewohner das Leben erleichtern."[22]

Bis zur Regierungszeit des Hannoverschen Königs Georg IV., 1814-1830, hatte jeder Landesherr erneut die Bergfreiheiten bestätigt.[23] Aus ihrer formalen Rücknahme durch Georg IV sprach der Bedeutungsverlust des Harzer Bergbaus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Doch die zum „Gewohnheitsrecht"[24] gewordenen Vergünstigungen der Bergfreiheiten, wie z.B. die Kornversorgung durch das staatliche Kornmagazin zu Osterode von 1723 und die Leistungen der Knappschaftskasse, hatten sich im Bewußtsein der Bergleute fest verankert.[25] Mitte des 19. Jahrhunderts koppelte man die Kornversorgung an die Mitgliedschaft in der Knappschaft, damit ein Grundeinkommen auch dann gewährleistet war, wenn kein arbeitsfähiger Bergarbeiter mehr in der Familie lebte bzw. der Ernährer fernab in anderen Gruben arbeitete.

Forderungen nach Lohnerhöhungen wurden in dem Augenblick gegenstandslos, wenn das Hauptnahrungsmittel Getreide zu einem Festpreis an die Arbeiter abgegeben wurde. Dieses Prinzip des Lohnausgleichs über die Kornversorgung führte zu einer Zementierung der Lohnhöhe über Jahrhunderte hinweg. Das Korn war Bestandteil des Lohnes, die Unbeweglichkeit der Löhne war für den Harzer Bergmann selbstverständlich: Nicht die Löhne stiegen oder sanken, sondern die Kornpreise, wobei die Einkommenswirksamkeit in der Preisdifferenz zwischen dem sogenannten „Herrenkorn" aus dem Kornmagazin und dem orts-

20 Seelig, Wolfgang, Die wirtschaftliche Stellung Oberharzer Bergmannsfamilien im 18. und 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Bergfreiheiten — dargestellt am Bsp. der freien Bergstadt Clausthal, Diss. (ms), Clausthal 1970, S. 35-37. Laut Seelig schlugen sich in den Akten des Berg- und Forstamtes die Auslegungsschwierigkeiten nieder.

21 Ebd., S. 34.

22 Hausmann, J. Fr. L., Über den gegenwärtigen Zustand und die Wichtigkeit des Hannoverschen Harzes, Göttingen 1832, S. 55, zit. nach Seelig, Stellung, S. 35.

23 Winckel, Großindustrie, S. 6, Seelig, Stellung, S. 37.

24 Imbusch, Arbeiterverhältnis, S. 17.

25 Seelig, Stellung, S. 175.

üblichen Kornpreis lag.[26] Die Festsetzung der Löhne lag nicht bei den Gewerken, sondern bei den Bergämtern; hieraus ergab sich die Ungewöhnlichkeit, „daß auf die Entwicklung des Lohnes das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach Bergleuten ohne Einwirkung geblieben ist."[27]

Im 18. Jahrhundert ging die Verwaltung der Knappschaftskasse auf die Bergämter über. Die Leistungen der Oberharzer Knappschaftskasse waren im wesentlichen dieselben wie die der späteren Bismarckschen Sozialgesetzgebung, die jedoch nicht so weitreichend war.[28] Die Harzer Knappschaft gewährte Leistungen auf dem Gebiet der Alters- und Krankenunterstützung, des Gnadenlohns im Alter und im Krankheitsfall, gewährte freie Medizin und freie ärztliche Behandlung.

Parallel zur Verpachtung im und nach dem 30jährigen Krieg hatte im Harzer Bergbau im Bereich der Nichteisen-Metalle ein langsamer Weg zur Verstaatlichung eingesetzt.[29] „Der Betrieb entwickelte sich mehr und mehr zum Staatsbetrieb, während sich die gewerkschaftliche Form noch lange erhielt. [...] Erst nach 1830 machte man diesem innerlich unwahren Zustand ein Ende": Als die Zubuße, d.h. die Pflicht der Gewerke zur anteilseigenen Verlustübernahme, den wirklichen Verhältnissen angepaßt wurde, gab die Mehrzahl der Gewerke ihre Kuxen auf; 9 übriggebliebene Gewerke wurden 1863 durch Kapital abgelöst.[30] Ab dem 1.1.1864 war der gesamte Bergbau des Oberharzes staatlich, und diese Einheitlichkeit begünstigte vorübergehend die Entwicklung. 1878 gab es noch rund 4.700 Beschäftigte in den Oberharzer Berg- und Hüttenwerken im Bereich der Nichteisen-Metalle, 1913 noch etwa 2.750.[31]

Auch im Eisensteinbergbau und in der Verhüttung war die Verstaatlichung schon früh, 1763/64, abgeschlossen.[32] Zum Problem der Harzer Eisenverhüttung wurden die steigenden Kosten für die Fuhrunternehmer der Erz-, Kohlen- und Holztransporte. Als im 19. Jahrhundert mit der Erfindung der Kokshochofentechnik, in der Kohle den bisherigen Brennstoff Holz ersetzte, der entscheidende Rohstoff- und Standortvorteil des Harzes schwand, wurden die Steinkohlenstandorte die neuen, zentralen Verhüttungsorte. Die schlechte Qualität des Harzer Eisensteins und veraltete Verfahren trugen insgesamt zum Niedergang der Harzer Eisenindustrie bei.[33]

---

26 Eine kontinuierliche Zurechenbarkeit zum Einkommen der Bergmannsfamilie war aber nicht gegeben, denn dieser Einkommensausgleich trat immer nur auf, wenn Teuerung herrschte, und dann in Abhängigkeit vom Marktpreis und der sozialen Lage des Empfängers; ebd., S. 179f.

27 Tolle, Lage, S. 19.

28 Imbusch, Arbeiterverhältnis, S. 145-151. Sie unterschieden sich nur geringfügig von anderen Knappschaftsregelungen.

29 Tolle, Lage, S. 12, 14, Winckel, Großindustrie, S. 7 sowie Dennert, Ausgaben, S. 131.

30 Winckel, Großindustrie, S. 9f, Dennert, Aufgaben, S. 131.

31 Brüning, Kurt, Der Bergbau im Harze und im Mansfeldischen, Braunschweig, Hamburg 1926, S. 203, 205f. Für den Gesamtharz lagen die Zahlen bei rund 7.000 bzw. 4.500 Beschäftigten.

32 Zu den Zentren und Produktionsschwerpunkten s. Winckel, Großindustrie, S. 20f und 47f (bezogen auf 1832). S. auch oben S. 326.

33 Winckel, Großindustrie, S. 21, 23, 32.

Mitte der 1850er Jahre hatte sich die besondere Wirtschaftsund Sozialverfassung der Harzer Bergbaugebiete aufgelöst. Sie wirkte jedoch mental insofern nach, als die Berg- und Hüttenleute die Erwartung eines persönlichen Schutzes durch des Bergamt und den Bergherrn weitertrugen und in der Not ein korrigierendes Eingreifen des Staates erwarteten.[34] Ihre Mentalität entsprach der von „Staatsbeamten".[35] Sie entstand aus der Gewöhnung an die Vorrechte der Bergfreiheiten, vor allem aber aus der Tatsache, daß die Bergleute im Harz niemals „temporair" eingestellt wurden:[36] „Sind die Bergarbeiter erst einmal angenommen, dann hat der Berghaushalt ihnen bis zu ihrem Tode eine ihren Körperkräften entsprechende Arbeit, oder endlich eine Pension (Gnadenlohn) stets gewährt." Zur Erfüllung dieses quasi-Rechts auf Arbeit konnten die Bergleute innerhalb des Oberharzes „versetzt" werden.[37] Arbeitern, die in den Gruben und Hütten nicht mehr zu verwenden waren, gab man als Wald- und Wegearbeiter Beschäftigung (s. auch Tab. 2).[38] Die Vereinigung von Berg- und Forstamt erleichterte die Einsetzung der überzähligen bzw. alternden Berg- und Hüttenleute als Wald- und Wegearbeiter. Damit genossen und beanspruchten alle in sog. herrschaftlicher Arbeit Stehenden, d.h. auch die Tagelöhner, den Schutz des Staates. Der fehlende Zuzug Fremder in den Harz, der Mangel an alternativen Erwerbs-

34 Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 239, Tolle, Lage, S. 16. Die „untertänigst Bitte" des nach GMH gezogenen Bergmannes Adolf Giesecke von 1856 gibt einen Eindruck vom paternalistischen Glauben der Harzer. Giesecke wandte sich von GMH aus an die Berhauptmannschaft: „Vor allem sage ich den herzlichsten Dank das sie mir hierher geholfen haben das ich mit hier in Oesede bei Osnabrück mein täglich Brot verdienen kann noch mehr danke ich sie weil ich hier soweit gestritten (? s.m.) bin das ich hier heiraten kann sobald ich nur einen Schein beibringe. Um diese bitte ich gehorsamst mein Herr Berg-Hauptmann werden mir einen Schein ausstellen das ich am Oberharzer Bergbau zu Zellerfeld beschäftigt gewesen bin zugleich werden Herr Berg-Hauptmann mir meine Attest vom Ramsbeck welchen sie angenommen haben als ich um Arbeit nachsuchte mir durch meinen Bruder zusenden dann werde ich hier die Erlaubnis zum Heiraten erhalten. Sobald ich diese beiden Scheine erhalte die Erlaubnis ich durch die Hilfe der sämtlichen Herren des Georgsmarien-Vereins zu Oesede bei Osnabrück. Es harrt gehorsamst der Bergmann Adolf Giesecke aus Zellerfeld." Oberbergamt Clausthal, Fach Nr. 165, Nr. 18. Aufgrund seines Stellenwertes als Rekrutierungsgebiet werte ich nur für den Harz zusätzlich zur Literatur lokales Archivgut aus: Aus dem Oberbergamt Clausthal (OBA) die Titel „Übersiedlung herrschaftlicher Arbeiter nach dem Osnabrücker Kohlenbergwerke 1855-1864", Fach 165, Nr. 19; „Die Übersiedlung herrschaftlicher Arbeiter nach dem Borgloher Kohlenbergwerke 1855-1858", Fach 165, Nr. 18; „Die Unterbringung der von Ramsbeck zurückgekehrten Arbeiter bei anderen Bergwerken und Etablissements 1854-57", Fach 164, Nr. 16; „Die Übersiedlung herrschaftlicher Arbeiter nach Beckerode 1857", Fach 165, Nr. 26; „Die Auswanderung herrschaftlicher Arbeiter 1856-1866", Fach 161, Nr. 41 (im folgenden zit. als OBA und Signatur).

35 Tolle, Lage, S. 16. Allgemein auch Imbusch, Arbeiterverhältnis, S. 148: „Bis zum Jahre 1860 wurden die Bergleute von der Bergbehörde bemuttert."

36 Schell, L.W., Die Verhältnisse des Bergarbeiters am hannöverschen Oberharze. Ein Beitrag zur Arbeiterfrage, Leipzig 1850, S. 6.

37 Ebd., S. 4.

38 Tolle, Lage, S. 16.

möglichkeiten und der enge Rahmen, in dem sich Arbeit und Leben abspielten, verstärkten noch den patriarchalischen Charakter des Arbeitsverhältnisses.[39]

Das Überangebot an Arbeitskräften stieg ab 1820.[40] War es früher möglich, alle Söhne herrschaftlicher Arbeiter bei der Bergbehörde anzustellen, konnte man jetzt „in der Regel nur einen, oder doch nur wenige derselben wieder als ständige Arbeiter annehmen."[41] Sofern sie keinen anderen Erwerb fanden, fielen sie — da ein Armenwesen im herkömmlichen Sinne in den Gemeinden nicht existierte — auf die staatlichen Hilfs- und Unterstützungskassen zurück. Das Königliche Berg- und Forstamt zu Clausthal versuchte die Arbeiterzahl zum einen durch frühe Pensionen und den Verzicht auf Einstellung junger Leute[42] zu senken, zum anderen förderte es die Aus- und Binnenwanderung mit zum Teil großem Aufwand bis in den einzelnen Fall hinein. Das Berg- und Forstamt ging so weit, nach Übersee oder nach Preußen ausgewanderte und zurückgekehrte Personen wieder in den Harzer-Arbeiter-Verband aufzunehmen oder zumindest auf ihre weitere Entwicklung Einfluß zu nehmen. Es zahlte entweder die Fahrt nach Übersee oder gewährte ein Recht auf zweijährige Arbeit außerhalb des Wohnortes. In diesem Zusammenhang wird auch von „zweijährigem Urlaub"[43] oder von der „temporairen Abgabe von Arbeitern" gesprochen.[44] Bei möglicher Rückkehr, die letztlich in der individuellen Entscheidung des Einzelnen stand, behielt der Harzer Arbeiter sein Recht auf Wiederaufnahme und Weiterbeschäftigung, wenn auch häufig ohne feste Arbeit.[45] Er wurde nun nicht mehr als ständiger Arbeiter, sondern auf „temporaire Arbeit" eingestellt.[46] Die Zusage des Kgl. Berg- und Forstamtes lautete im Kern stets gleich; daher wird im folgenden ein beliebiges Beispiel aus der Sammelliste des Clausthaler Agenten mit Arbeitern für den GMBHV zitiert, die schon einen gescheiterten Abwanderungsversuch hinter sich hatten:

„... daß wir bereit sind, den aus Ramsbeck zurückgekehrten und gegenwärtig mit temporairer Arbeit beim hiesigen Bergwerkshaushalte versehenen Personen auf deshaltigen Ansuchens eine Bescheinigung dahin zu erteilen, daß diese Arbeiter, inwiefern sie innerhalb zweier Jahre vom Tage der Ausstellung des Scheins an, nach dem Harze zurückkehren, in eben derselben Weise wiederum temporaire Beschäftigung gewährt werden soll, wie dies jetzt geschieht, daß mithin ihr Verhältnis zur hiesigen Verwaltung durch den Aufenthalt in

39 Die Regierungsbehörde war bis 1851 mit der Berg- und Hüttenverwaltung identisch, sie war zugleich Besitzer an Erzen und Holz und konnte die Erlaubnis zum Gewerbebetrieb geben. Winckel, Großindustrie, S. 47.

40 Tolle, Lage, S. 15.

41 Statistik Königreich Hannover, S. 87.

42 Winckel, Großindustrie, S. 13.

43 OBA, Fach 165, Nr. 19 und Nr. 26.

44 OBA, Fach 165, Nr. 18.

45 OBA, Fach 165, Nr. 19.

46 Das Verfahren wird zusammengefaßt aus den o.g. Akten.

Beckerode eine Änderung nicht erleiden soll."[47] *(Beckerode = Vorläufer des GMBHV, gemeint ist jedoch das neue Hüttenwerk in GMH, s.m.)*

Zurückgekehrte ehemals ständige Arbeiter wurden demnach ohne einen Nachteil auch ein zweites Mal beurlaubt. Bedingung war, daß sie „nicht ohne Zustimmung" des Kgl. Berg- und Forstamtes vom GMBHV angenommen wurden.[48] Sollte ein herrschaftlicher Arbeiter dennoch sein Glück selbst versuchen, mußte er unterschreiben, daß er freiwillig gehe und auf alle Ansprüche an die herrschaftliche Arbeit verzichte.[49]

Straffeste Lenkung der Arbeitskräfte blieb bei den Harzer Bergbehörden die übliche Form, die Abwanderung zu fördern und zu kanalisieren.[50] Das Kgl. Berg- und Forstamt erwarb die Funktion einer Koordinierungsstelle für die abgehenden, zurückkehrenden und auch für die in der Ferne noch unter herrschaftlichem Schutz stehenden weiterwandernden Arbeiter. 1856 wurden zur Regelung der Abwanderung überzähliger Arbeiter Formulare eingeführt.[51]

Der Vermittlung herrschaftlicher Arbeiter zum GMBHV nach 1856 gingen mehrere Phasen der an feste Ziele gelenkten Aus- und Abwanderung voraus:

a. Auswanderung nach Brasilien, in die Vereinigten Staaten und nach Australien in den 1830er/40er Jahren;
b. Auswanderung in das Saarland 1853-55 und in das Ruhrgebiet, insbesondere 1854;
c. Abwanderung in das Osnabrücker Land 1855/56 und schließlich zum GMBHV ab 1856.

Viele Arbeiter und ihre Familien erlebten mehrere Etappen, einzelne mußten alle Stationen durchlaufen, bis sie endgültig beim GMBHV Arbeit fanden. Die Umstände spiegeln ein Bild der Not, der Erwartungen und Enttäuschungen der schließlich in GMH Ankommenden wider.

Zu a: Schon Mitte des 18. Jahrhunderts begünstigte die Bergbehörde die Auswanderung nicht zu beschäftigender Bergleute nach Nord- und Mittelamerika durch Zahlung der Überfahrt und Übernahme etwaiger Schulden.[52] In den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts warben englische Agenten Harzer Bergleute für die Londoner General Mining Association an, um sie vor allem in brasilianischen Bergbaubetrieben einzusetzen. 1827/31 wanderten etwa 50 Bergleute aus, ihnen folgten, „da gute Nachrichten ins Mutterland gelangten", viele Harzer nach Südamerika, in die Vereinigten Staaten, hier insbesondere Texas und später nach Süd-

47 Schreiben vom 5.2.1875, Fach 165, Nr. 26.
48 So Bergrat Werlisch zu Malbergen, Amt Osnabrück, am 10.3.1857 an das Berg- und Forstamt zu Clausthal, OBA, Fach 165, Nr. 26.
49 Ebd.
50 Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 237: Die Zeugnisse für die behördliche Lenkung nahmen in den 1850er Jahren allgemein ab.
51 OBA, Fach 165, Nr. 19.
52 Morich, Chronik, S. 124f.

australien.[53] Die Lösung des Armutsproblems durch Auswanderung war der Verwaltung willkommen.[54] Die Bergbehörde nahm 1848 selbst die Leitung der Auswanderung in die Hand und wählte Südaustralien als das für die Harzer Bergleute am besten geeignete Gebiet. In der Folge zogen mindestens 2.000 Harzer fort, allein 1848-54 etwa 1.100 in zwölf Schüben nach Australien mit einem Kostenaufwand von 72.000 Talern. Die Unterstützungen bestritt grundsätzlich die Königliche Zehntkasse.[55] Zwei beliebige Beispiele verdeutlichen die hohe Zahlungsbereitschaft der Bergbehörden:[56]

— Der auf herrschaftliche Kosten nach Amerika ausgewanderte und nun zurückgekehrte Bergmann Woltmann beanspruchte erneut herrschaftliche Arbeit oder auch temporaire Arbeit. Sie wurde ihm, da er die hohen Überfahrtskosten vom Staat bezogen hatte, grundsätzlich verweigert. Das Berg- und Forstamt wandte sich daraufhin um Rat an die Berghauptmannschaft zu Clausthal, damit „diese ruhelos(e), mit keinem sicheren Erwerb versehene Familie je eher, je lieber entfernt werde." Ergebnis: Mit seiner 30jährigen Frau, 3 Kleinkindern, 108 rt., davon 9 Taler für Decken, Eß- und Trinkgeschirr und 99 Taler für die Überfahrt, zog der Bergmann Woltmann 1860 ein zweites Mal Richtung Baltimore.
— Ein Bergmeister berichtete an das Berg- und Forstamt über den „ruhigen und zufriedenen" Bergmann Behrend, der jedoch wegen einer Bleikolik über ein schlechtes ärztliches Attest verfüge: In 4,5 Jahren (= 221 Wochen) habe er „15 Gnadenlöhne erhalten". Er riet dazu, Behrend durch „einen Beitrag zu den Überfahrtkosten los(zu)werden." Ergebnis: Das Berg- und Forstamt überwies am 20.4.1867 an den Kaufmann und Schiffsagenten Orlamünder zu Zellerfeld 150 rt. aus der Zehntkasse für den „zur dauerhaften Grubenarbeit unfähigen Bergmann C. Behrens." 150 rt. entsprach immerhin dem Jahreslohn eines Vollhäuers von 145 rt. 13 ggr. im Jahre 1855.[57]

Zu b: Die Zahl der Auswanderer nach Übersee sank seit den 1850er Jahren[58] zugunsten der Übersiedlung an preußische und hannoversche Gruben. Harzer Arbeiter wurden u.a. nach Saarbrücken (1853/55) und nach Ramsbeck (1854) im Landkreis Meschede, Regierungsbezirk Arnsberg, vermittelt.[59] Rückwanderer und Weiterwanderer von der Saar und aus Ramsbeck kamen mit der Gründung des Werkes auch zum GMBHV.

---

53 Tolle, Lage, S. 16.

54 Morich, Chronik, S. 179f.

55 Sie hatte zuallererst den Zweck, „den dem Landesherrn von den produzierten Metallen zustehenden Zehnten zu erheben und an die landesherrliche Hauptkasse zu verabfolgen." Tolle, Lage, S. 56.

56 Ausgewählt aus OBA, Fach 161, Nr. 41.

57 Tolle, Lage, S. 14. 1848 waren die Löhne neu normiert worden, 1855 kam eine zusätzliche Schicht hinzu, die hier schon eingerechnet ist.

58 Ebd., S. 17f.

59 Eine Gesamtschau über die Aus- und Abwanderung aus dem Oberharzer Bergbaugebiet fehlt meines Wissens noch.

Der Direktor des GMBHV, Wintzer, schrieb 1867 an das zuständige Oberbergamt zu Dortmund:

„Der Hauptzuzug an fremden Bergarbeitern erfolgte aus dem Harz und bei dem mußte aus der Noth eine Tugend gemacht werden und der Verein nur alle Hände engagieren, welche nur halbwegs arbeitsfähig waren. Dabei trat der unglückliche Umstand ein, daß die meisten der damals engagierten Bergarbeiter nicht gerade die Blume der Harzer Bergleute waren, sondern meistens aus den auf ihrem Rückwege von Ramsbeck begriffene s.Z. vom Harze ausgewanderte Bergleuten bestand."[60]

Sie waren, wie Wintzer eingestand, nicht nur nicht „die Blume"; die Arbeiter aus dem Harz waren entmutigt und lethargisch, nirgends gebraucht, gewollt, geduldet zu sein. Auf das Angebot, 1856 in Borgloh bei Osnabrück ein dauerndes Unterkommen im Steinkohlenbergbau zu finden, hieß es über einige der aus Ramsbeck heimgekehrten Arbeiter, „daß sie sich dazu nicht entschließen könnten. Sie haben, wie es scheint, das nötige Vertrauen zu sich selbst und allen Glauben an die Menschheit verloren."[61]

Anfang der 1850er Jahre waren die Ramsbecker Werke mit „riesigen Anlagen" und „fabelhaften Hoffnungen" als Aktiengesellschaft gegründet worden.[62] Die für die Blei-, Kupfer- und Silberproduktion herangezogenen Bergleute lebten in neuen, sehr solide gebauten Kolonien, die größte war mit 37 Häusern und 140 Wohnungen einschließlich 99 Morgen kultivierten Ackerlandes Neu-Andreasberg, die Kolonie der Harzer Bergleute.[63] Kaum zwei Jahre nach der Anwerbung der Arbeitskräfte hatte sich die Aktiengesellschaft mit ihren „großartigen", „unzweckmäßigen", „teuren" Einrichtungen bei einem Verlust von 2 Mio. rt. selbst ruiniert.[64] Die ausdrücklich nur beurlaubten Harzer Arbeiter standen somit bereits 1854 wieder zur Einstellung in die herrschaftliche Arbeit bereit. Das Berg- und Forstamt bemühte sich, sie direkt von Ramsbeck aus weiterzuvermitteln: Ein Schub wanderte nach Saarbrücken, ein zweiter Schub zog ins Osnabrücker Land, ein dritter Teil kehrte in die Heimat zurück, um dort vorübergehend oder auf Dauer im Status eines Tagelöhners zu bleiben.[65] Mehrere Hinweise deuten darauf hin, daß unabhängig von diesem wirtschaftlichen Desaster auch das Fremdsein, das Heimweh, die ungewohnte Aufgabe der selbständigen Haus-

60 Zit. nach Ott, Kohle, S. 206; Schreiben Direktor Wintzer an das Oberbergamt Münster vom 29.10.1867.

61 Bericht des Oberharzer Obersteigers Osann an das Berg- und Forstamt zu Clausthal, OBA, Fach 164, Nr. 16.

62 Glückauf. Berg- und Hüttenmännische Zeitung für den Niederrhein und Westfalen, 2/1867.

63 Glückauf, 2/1867 und 6/1867.

64 Glückauf, 6/1867.

65 Erst durch einen Gnadenakt des Hannoverschen Königs im Jahre 1863 erhielten die Rückkehrer, die kein zweites Mal vermittelt wurden, wieder die alten Rechte; Morich, Chronik, S. 180.

haltsführung und der fehlende Schutz des heimatlichen Systems sie zurückführten.[66]

1853 suchte das Bergamt Saarbrücken etwa 2.000 Kohlenbergleute und richtete seine Anfrage u.a. an das Berg- und Forstamt zu Clausthal.[67] Unmut, Armut, das Leben in äußerst primitiven Schlafhäusern in z.T. umfunktionierten Schuppen, die verweigerte Naturalisation, die Weigerung der Niederlassungsgemeinden und der Landräte, die Arbeiter überhaupt aufzunehmen, geringer Lohn bei hohen Getreidepreisen, hohe Mietpreise und große Strapazen für die im Kohlenbergbau ungeübten Harzer führten auch hier zu einer hohen Rückwanderungsrate, zumal die Bergbehörden häufig „alte, körperlich untaugliche Leute" geschickt hatten.[68]

1855 waren aus Lautenthal, St. Andreasberg und Clausthal 60-70 Bergleute nach Saarbrücken vermittelt worden, mindestens 100 weitere zogen von Ramsbeck aus nach. Um diese Arbeiter vollständig auszugliedern, hatte das Harzer Berg- und Forstamt beim Bergamt Saarbrücken als Bedingung ihre Ausgliederung aus dem hannoverschen Untertanenverband und die Aufnahme in den preußischen Staats gefordert.[69] Die ungewohnte Arbeit im Steinkohlenbergbau führte jedoch dazu, daß die Harzer Arbeiter aus Sicht der Gruben mehr Last als Nutzen brachten.[70] In endlosen Briefwechseln verhandelten beide Bergämter über Unterstützungen, Vorschüsse und nicht erfolgte Rückzahlungen, über Klagen verarmter und im Harz zurückgelassener Frauen, deren Männer nicht zahlen konnten oder ohne festes Ziel weitergezogen waren, über Familien, die das Bergamt Saarbrücken nachgeholt hatte und die nun allein dort hockten[71] — das war es, was letztlich als Ergebnis dieser Arbeitervermittlung übrigblieb.

Ein Bergmann, der 1858 nach drei Jahren enttäuscht aus Saarbrücken zurückkehrte, berichtete: Er sei in der Hoffnung, seine Familie ernähren zu können, fortgegangen. Nach drei Jahren war er immer noch nicht Mitglied der Knappschaft und dies verteuerte sein Leben. Das Leben sei nur mit erwachsenen Söhnen zu fristen, die hinzuverdienten. Für einen Vater mit minderjährigen Kindern sei es aussichtslos, in Saarbrücken durchzukommen. Er nannte in seinem Bericht auch die Namen anderer zurückgekehrter Bergleute: zunächst angeworben, gab

66 Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 239 und Tolle, Lage, S. 17. In Ramsbeck verkaufte das Werk Grundnahrungsmittel für die Koloniebewohner zu günstigen Preisen; Glückauf, 6/1867. Der für die Harzer nominal zwar höhere Lohn wurde durch die hohen Mieten und den Wegfall der Vergünstigungen aus den Bergfreiheiten aufgezehrt. Tolle, ebd.

67 Müller, E., Der Steinkohlenbergbau des Preussischen Staates in der Umgebung von Saarbrücken, VI. Teil: Die Entwicklung der Arbeiterverhältnisse auf den staatlichen Steinkohlenbergwerken vom Jahre 1816 bis zum Jahre 1903, Berlin 1904, S. 32.

68 Ebd., S. 24,35f,33ff.

69 Internes Schreiben des Berg- und Forstamtes an die Berhauptmannschaft zu Clausthal vom 22.11.1858, OBA, Fach 164, Nr. 16.

70 Müller, Steinkohlenbergbau, S. 35ff.

71 Ebd., S. 35-39; einzelne Fälle in OBA, Fach 164, Nr. 16.

es für sie dort kein Auskommen und nach Hause kein sinnvolles Zurückkommen.[72]

Warb das Bergamt Saarbrücken generell mit der Zahlung von Reisegeld und Vorschüssen,[73] so schien zumindest bei den Harzer Arbeitern die Zahlung über einen Vorschuß der eigenen Bergbehörde erfolgt zu sein.[74] Im November 1856 mahnte das Berg- und Forstamt beim Saarbrücker Bergamt die Rückzahlung der an die Ausgewanderten gegebenen Vorschüsse an, die durch eine Lohneinbehaltung von fünf Prozent monatlich erfolgen sollte. Das Berg- und Forstamt bot schließlich den Verzicht auf die Rückzahlungen an, wenn nur die Harzer Arbeiter in den preußischen Untertanenverband aufgenommen würden. 1859 machte das Handelsministerium dem Streiten ein Ende und verfügte die Naturalisation der Arbeiter:[75] Laut Berg- und Forstamt waren es im August 1859 noch 10 Personen![76] Doch die Klagen gingen weiter, nicht nur über die Not, sondern auch über die Neidgefühle zwischen den einheimischen und eingewanderten Bergleuten. Ein Harzer Bergmann in Dudweiler (Saarbrücken) schrieb am 26.7.1859 an das Berg- und Forstamt: Er und seine Kollegen seien nun in den preußischen Untertanenverband aufgenommen worden, wegen der großen Not bitte man aber um Rückzahlung der inzwischen vom Lohn abgezogenen Vorschüsse. Die Antwort aus Clausthal war insofern positiv, daß die noch ausstehende Rückzahlung aufgehoben werde. Der Bergmann wandte sich abermals an die Heimat: Der Oberschichtmeister, der die Lohnabzüge einbehalte, wolle sich an die neue Regelung nicht halten, „sondern (er) gab uns zur Antwort, er hätte das Geld alle nach dem Harzgebirge geschickt, und er zöge uns noch den letzten Pfennig ab, bis wir alles bezahlt hätten."[77]

Um die Rückkehr der einmal ausgegliederten Arbeiter als Konkurrenten um die raren Arbeitsplätze zu verhindern, bestritt das Berg- und Forstamt Clausthal noch am 3.9.1857 gegenüber dem Bergmann Hammer in Dudweiler sogar die seit 1855 bestehenden Verbindungen von Clausthal nach Osnabrück. Diese neue Möglichkeit der Arbeitervermittlung sollte nicht durch Etappenwanderer beschränkt werden. Hammer hatte um Rückkehr oder Übersiedlung nach Osnabrück nachgefragt, doch man müsse „ihn warnen, hierher zurückzukehren, indem die Reisekosten nur vergeblich aufgenommen sein würden." Wegen einer Übersiedlung nach Osnabrück müsse er sich schon selbst an den Osnabrücker Magistrat oder an den Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein wenden.[78]

---

72 Zeichen der Not ist auch die Liste „entlaufener" Bergleute, die das Bergamt Saarbrücken 1858 nach Clausthal sandte. Hintergrund war, nachzuweisen, um wieviel sich die Summe der Rückzahlungen an die Harzer Behörden reduziert habe. OBA, Fach 164, Nr. 16.

73 Müller, Steinkohlenbergbau, S. 32.

74 OBA, Fach 164, Nr. 16.

75 Müller, Steinkohlenbergbau, S. 37.

76 OBA, Fach 164, Nr. 16.

77 Ebd.

78 Ebd.

1866/67 schloß sich der traurige Kreis der Harzer Arbeitswanderung, als eine Anzahl nun in GMH ansässiger Bergleute, die zur selben Zeit vom GMBHV entlassen wurden, im Zuge des letzten großen Schubes angeworbener Arbeiter nach Saarbrücken wanderten.[79]

Zu c: Die Vermittlung älterer und kinderreicher Arbeitskräfte wiederholte sich auch in das Osnabrücker Land. Im Februar bzw. Dezember 1855 beantragten die staatlichen Bergbaubetriebe zu Oesede und Borgloh sowie das Osnabrücker Kohlenbergwerk am Piesberg ausdrücklich junge und ledige Arbeitskräfte aus dem Harz.[80] Die Vermittlung nach Borgloh geschah über das Hannoversche Finanzministerium, dem der fiskalische Bergbau im Lande unterstand, für das Piesberger Bergwerk führte der Osnabrücker Bürgermeister Stüve den Briefwechsel. Während Borgloh erfahrene Gesteinsarbeiter zum vorübergehenden Einsatz für komplizierte Sprengarbeiten benötigte, nähme die Stadt Osnabrück notfalls auch Anzulernende, wenn sie nur jung und ledig seien. Beiden Bergwerke wurden die von Ramsbeck zurückgekehrten Arbeiter angeboten. Borgloh befürchtete, daß die vorgeschlagenen Löhne bei den einheimischen Arbeitern „ähnliche Ansprüche" hervorrufen könnten und fragte an, ob die ehemaligen Ramsbecker, hierunter aber die jungen und tüchtigen, nicht für weniger Lohn zu arbeiten bereit seien, etwa für 2,5-3 Taler die Woche.[81] Die von der Harzer Bergbehörde vorgenommene Nachfrage in den eigenen Reihen ergab ein unpassendes Resultat: Nur ein einziger der in Frage Kommenden war nicht verheiratet, 10 weitere meldeten sich, 30-46 Jahre, verheiratet und mit geringer Erfahrung im Bergbau. Das Berg- und Forstamt stellte am 8.5.1855 in einer Untersuchung fest, daß ein Überfluß an „ausgezeichneten Bergleuten" nicht vorhanden und ein Teil der Rückkehrer entmutigt sei. Die einzigen beiden zur Abwanderung ausgewählten tüchtigen Bergleute wollten erst ihr „Schicksal hier abwarten".[82] Daraufhin wurden nach Borgloh Eisensteinsbergleute der Altenauer und Lerbacher Hütte beurlaubt und zum Piesberg die für den Kohlenbergbau ungeeigneten Leute.[83]

Doch inzwischen hatte sich der Arbeitermangel auf den Osnabrücker Werken herumgesprochen, so daß die ehemaligen Ramsbecker sich selbst auf den Weg ins Osnabrücker Land machten, jedoch schließlich bei keiner der beiden Gruben Wohnung und Arbeit fanden.[84] Da der Abwanderungsdruck unter den Harzer Bergleuten bekannt war, informierte die Kgl. Bergwerksverwaltung zu Borgloh am 27.7.1856 das Clausthaler Bergamt, daß der benachbarte Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein Arbeitsgelegenheit biete und daß „der Steiger

79 Müller, Steinkohlenbergbau, S. 38f.

80 S. dazu im Zusammenhang der Arbeitskräftesituation im Osnabrücker Land zur Zeit der Hüttengründung, Kap. 1.1, S. 174-177.

81 Schreiben vom 8.5.1855, OBA, Fach 165, Nr. 18. 2,5 rt = 60 ggr, das war im Vergleich zu den Löhnen vor Ort zur Zeit der Hüttengründung ein extrem geringer Lohn. S. zu den Löhnen Kap. 1.1, S. 191.

82 OBA, Fach 165, Nr. 18.

83 Zu Borgloh ebd., zum Piesberg OBA, Fach 165, Nr. 19.

84 S. Kap. 1.1, S. 178f. Für den Piesberg Schreiben von Bürgermeister Stüve an Berg- und Forstamt vom 25.1.1856, OBA, Fach 165, Nr. 19.

Quensel in den nächsten Tagen in Clausthal eintreffen wird, um eine Anzahl Arbeiter für den Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein zu engagieren, bei welchem sie ebenfalls dauernd Beschäftigung finden werden."[85]

Der GMBHV warb zunächst selbst und beanspruchte später den in Clausthal ansässigen Agenten und Kanzleischreiber Bode.[86] Wie aus Tab. 2 ersichtlich, gehörten die Berufe zu allen Bereichen der Berg-, Forst- und Hüttenarbeit. Einmal abgesehen davon, daß die Direktoren des GMBHV sich die Arbeitskräfte nur bedingt aussuchen konnten, schien es für den GMBHV ein entscheidenderes Kriterien gegeben zu haben als allein die Belastbarkeit und die beruflichen Fähigkeiten. Der 37-jährige Bergmann Carl Bertram aus Lerbach ist ein Beleg dafür: Er war von Ramsbeck in den Harz zurückgekehrt und stellte am 9.3.1856 das mündliche Gesuch, mit seinen fünf Kindern zum Osnabrücker Kohlenbergwerk am Piesberg überzusiedeln. Der Bescheid fiel abschlägig aus, Bertram sei für die Bergarbeit ungeeignet.[87] Zwischenzeitlich arbeitete er als Wegearbeiter in herrschaftlicher Arbeit, und am 5.2.1857 tauchte sein Name und der seines 16-jährigen Sohnes auf der Sammelliste des Agenten Bode für den GMBHV auf.

Für den GMBHV blieb der Status des Harzer Arbeiters sein entscheidender Vorteil: Da sie nur beurlaubt waren, schufen sie keine Probleme für den Fall eines Firmenbankrotts — wie beinahe geschehen. Im Falle der Entlassung oder Untauglichkeit kehrten sie zurück und verursachten keine Kosten. Die 40 rt. Reisegeld nach GMH übernahm die Kgl. Zehntkasse.[88] Darüber hinaus waren die Harzer Arbeiter genügsam bis entmutigt und insbesondere bescheiden im Lohn. Sie nahmen Eingriffe in die Lebensgestaltung hin und waren zudem evangelischer Konfession. Da sie vielfach im Familienverband zuzogen, stellten sie sich auf ein Bleiben ein. Sie hatten zwar ein hohes Durchschnittsalter, es betrug unter den 29 Arbeitern auf der Sammelliste des Agenten Bode 31,3 Jahre,[89] doch dafür waren sie im Gegensatz zu den Arbeitskräften aus den agrarischen Gebieten regelmäßige gewerbliche Arbeit, Schichtarbeit und Pünktlichkeit gewohnt.

Die Aussichtslosigkeit, für sich und die Söhne in der Heimat Arbeit zu finden, zwang sie, den Harz zu verlassen. Was sie eventuell gerade ins Osnabrücker Land zog und hier auch hielt, war ihr Obrigkeitsdenken und ihr Glaube an die

---

85 Schreiben vom 27.7.1856, OBA, Fach 165, Nr. 18. Um die Ausnutzung der Konkurrenz zwischen den Gruben durch die Arbeiter zu verhindern, trafen der GMBHV und die Kgl. Bergwerksadministration später eine Vereinbarung. Dem „Wandern" der Arbeiter zwischen Borgloh und Osnabrück beugten die Werke vor, indem sie selbst strikt die 8tägige Kündigungsfrist einhielten. Rep 335, Nr. 54-56, Bl. 234, Bericht des Amtes Dissen an die Landdrostei vom 20.9.1859. S. auch Ott, Kohle, S. 101.

86 Ersichtlich aus OBA, Fach 165, Nr. 26.

87 Bescheid in OBA, Fach 165, Nr. 19.

88 Ebd.

89 Auch Ott, Kohle, S. 210: Für die zwischen 1857-63 im Amt Iburg Ankommenden insgesamt aus allen Regionen: 27,5 Jahre.

staatlich-hannoversche Fürsorge.[90] Diese privatisierte sich beim GMBHV allerdings schnell und schlug in ganz normale schwerindustrielle Ausbeutung um, wie die hohe Fluktuation der ledigen Arbeiter bewies.[91] Art und Grad der mentalen Einbindung bleiben zwar im Bereich der Spekulation. Es ist aber davon auszugehen, daß das Osnabrücker Hügelland, die Kolonie GMH mit ihren Häusern im „Harzer Stil", die Möglichkeit, den Dialekt in der großen Gruppe der Zuwanderer weiterzusprechen und unter Menschen mit ähnlichen Erfahrungen zu leben, eine, wenn auch schwer faßbare, Rolle spielten.[92]

Die Harzer Zuwanderer stellten die einzige regionale Gruppe mit sehr hohen Heiratszahlen in der Frühzeit des GMBHV. Bis 1870 waren 30,68% aller aus den Radien 3, 4 und 5 stammenden Eheschließenden im Oberharz geboren. Bis 1894, und hierbei überwiegend in den 1870er und frühen 1880er Jahren, betrug ihr Anteil noch 15,68%. Danach sank ihr Zuzug zur Bedeutungslosigkeit herab.

30,89% der Harzer kamen nicht allein: 17 Zuzüge mit insgesamt 31 Frauen und 28 Männern fanden nachweislich im Familien- bzw. Verwandtschaftsverband statt. Sie stammten ausnahmslos aus den Bergstädten und der Osteroder Stadt Lauterberg. Aus den südniedersächsischen Landkreisen betrug der Anteil der im Familienverband Ankommenden 17,6%. Die Familiennamen aus beiden Gebieten tauchen fast alle später wieder in den Trauungsbüchern auf und bestätigen damit die Seßhaftigkeit der zugezogenen Familien. Der Zuzug von ledigen Frauen, wie er aus Südniedersachsen und Ravensberg zu beobachten ist, fehlte hier. Die heiratenden Frauen, 31 an der Zahl, kamen als Töchter.

---

90 Tolle, Lage, S. 148-151, nennt die „geschickt geleitete Agitation", den Kampf zwischen Nationalliberalen und Welfentum als einen Grund für die geringen sozialdemokratischen Erfolge unter den Harzer Bergleuten. Den Bergleuten wurde der Glaube an die Rückkehr eines Königreichs Hannover und damit ihrer Vorrechte vorgegaukelt, obwohl die Bergfreiheiten noch in Hannoverscher Zeit aufgehoben wurden und der Niedergang des Bergbaues und des Hüttenwesens in dieser Zeit einsetzte. Tolle nennt auch die Abgeschiedenheit, den fehlenden Kontakt zu Fremden und ein ausgesprochenen dürftiges Zeitungswesen als Grund. Doch all dies mag nicht entscheidend gewesen sein, denn in den frühen 1870er Jahren waren die sozialdemokratischen Arbeitervereine im Harz erfolgreich.

91 Ott, Kohle, S. 229. S. auch Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 334ff, über den Wandel vom Standes- zum Klassenbewußtsein unter den Bergleuten im Zuge der Aufhebung der „sozialordnenden Funktion" der Bergbehörden.

92 Tolle, Lage, S. 17. Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 239, spricht von den Harzer und sächsischen Bergleuten, die sich „mit den an der Ruhr ansässigen Arbeitern nicht befreunden können."

Tab. 3: Räumliches Heiratsverhalten der Harzer Zuwanderer

	Herkunftsgebiete der Bräute Harzer Männer in Prozent	Herkunftsgebiete der Bräutigame Harzer Frauen in Prozent
Geburtsort gleich	15,6	20,2
übriger Harz	20,2	28,6
Südnieders., Hessen	13,8	21,4
Minden-Ravensberg	6,4	3,6
Iburg, Osnabrück, Tecklenb., Melle, Bersenbrück	30,3	8,3
GMH	5,5	—
übriges Dt. Reich	8,3	18,9

Nur in der groben Tendenz ähneln die Harzer in ihrem räumlichen Heiratsverhalten den Südniedersachsen und Hessen: Die Frauen suchten sich ebenfalls ihren Partner verstärkt unter den zugezogenen Industriearbeitern, die Männer unter den einheimischen Frauen bzw. Frauen aus dem weiteren Umland. In der Wahl ihrer Partner aus der eigenen Heimat lagen die Harzer und Harzerinnen jedoch von allen Regionalgruppen an der Spitze: Fast 42% blieben unter sich, 17,8% stammten aus ein- und derselben Stadt, also auch hier ein hoher Anteil. Aus all dem sprach ein Gefühl der Geschlossenheit und der Zusammengehörigkeit, das räumlich wie sozial begründet war. Die hohe Berufsidentität von Vater- und Sohnberuf und die Abgeschlossenheit im Oberharzer Bergbau hatten zu einem besonders ausgeprägten Standesbewußtsein geführt, das es nicht einfach zuließ, die Tochter eines Heuermanns zu heiraten.[93]

Die Harzer Arbeiter stellten unter den ungelernten Arbeitern und Hüttenarbeitern des GMBHV nur eine Minderheit. In den ungelernten Berufen fanden sich überproportional diejenigen aus der ländlichen agrarischen Unterschicht.[94] Die Harzer arbeiteten als Bergmänner (40), als Handwerker (13), in sonstigen Werksberufen (26) wie Dreher, Lokomotivführer, Telegraphist, Bürobeamter etc., aber nur 17 Mal als Hüttenarbeiter bzw. Arbeiter, Eindeutig dominierte bei der sozialen Herkunft der angelernten und gelernten Berufe die Bergmannsfamilie.

Wie alle bisherigen regionalen Gruppen waren auch die Harzer evangelisch. Nur ein Mann und eine Frau aus Clausthal waren katholischer Konfession, und diese beiden heirateten sich 1856 in GMH. Bei 10 Mischehen war die Misch-

93 Vgl. auch Niethammer, Brüggemann, Arbeiter, S. 75.

94 Dies wird auch am Beispiel der westfälischen Stadt Borghorst bestätigt; dazu Kocka, Jürgen, Ditt, Karl, Mooser, Josef, Reif, Heinz, Schüren, Reinhard, Familie und soziale Plazierung. Studien zum Verhältnis von Familie, sozialer Mobilität und Heiratsverhalten an westfälischen Beispielen im späten 18. und 19. Jahrhundert, Opladen 1980, S. 342.

ehenrate der Harzer mit 5,23% gering, sie lag weit unter der der Südniedersachsen mit 15,5%, aber fast gleich mit den zu 100% evangelischen Hessen, die einen Mischehenanteil von 4,5% aufwiesen.

2.3 Die industrialisierten Kreise

Unter die „industrialisierten Kreise" werden diejenigen gefaßt, deren industrieller Aufbau in der Zeit der Industrialisierung erfolgte. Sie unterscheiden sich damit vom Oberharzer Gewerbegebiet, das schon in der frühen Neuzeit eine eigene Gewerbelandschaft bildete. Die Trauungsbücher der Gemeinde GMH weisen zu den Geburtsorten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und im Raum Hannover folgende Stadt- und Landkreise mit mehr als 6 Eheschließenden auf: Duisburg, Essen, Dortmund, Recklinghausen, Düsseldorf, Rees, Hannover, Linden i.H..

Innerhalb dieser Kreise ist zu differenzieren: Die Land- und Stadtkreise Hannover und Linden wichen in der gewerblichen Entwicklung von den Ruhrgebietskreisen ab. Hannover und sein Umland gehörten zu den Gebieten mit ehemals hohem Anteil an textiler Heimarbeit,[95] das Gebiet des späteren Ruhrgebietes war ursprünglich landwirtschaftlich geprägt.[96] Einen Einbruch wie den der Textilkrise in der Leinenzone gab es hier nicht; die „Landkarte des Elends" in der Provinz Westfalen erfaßte exakt die Gebiete des ländlichen Heimgewerbes und sparte die späteren Ruhrkreise aus. Aufgrund einer Einschätzung des Oberpräsidiums von 1829 galt als Indiz für die Armut die Anzahl der mit Salz unterstützten Gemeinden in den einzelnen Kreisen.[97] Die schnell wachsende Industrie fing seit Beginn der 1850er Jahre die Massenabwanderung als Folge der Bevölkerungszunahme auf und führte zum hohen Anteil der Nahwanderung in der Frühzeit der entstehenden Ruhrindustrie.[98] In Hannover und Linden traf dagegen die Textilkrise nicht so gravierend wie in den anderen Leinenregionen, weil die Folgen — wenn auch verzögert — von der sich ausbreitenden Industrieproduktion aufgefangen wurden. Der Ausbau der Industrie erfolgte in Hannover nicht abrupt, sondern sukzessive an den Bedürfnissen des eigenen Landes orientiert. Hannovers Fabrikvorort Linden war mit dem Ausbau der Textil- und Metallindustrie ein Frühstarter.[99] Die Residenzstadt Hannover folgte nach und entwickelte sich

---

95 Verarbeitet wurden Wolle und vor allem Flachs. Heimatchronik des Landkreises Hannover, von Elfriede Bühler u.a., Archiv für deutsche Heimatpflege, Köln 1980, S. 277f; Buschmann, Linden S. 17f.

96 Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 53. Das spätere Ruhrgebiet war um 1800 noch keine Gewerbelandschaft, der bestehende Steinkohlenbergbau trug die Möglichkeiten der zukünftigen Entwicklung in sich; Kaufhold, Gewerbelandschaften, S. 163.

97 Wischermann, Clemens, Hungerkrisen im vormärzlichen Westfalen, in: K. Düwell, W. Köllmann (Hg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, 4 Bde., hier Bd. 1: Von der Entstehung der Provinzen bis zur Reichsgründung, S. 126-147, hier S. 135f.

98 Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 100f, Crew, Bochum, S. 69f.

99 Voigt, S. 20f. Buschmann, Linden, S. 31-35.

in den Bereichen Nahrungsmittel und Textilien, Holz, Steine, Erden[100] und später im Maschinenbau.[101]

Anders als in den Rekrutierungsgebieten der Leinenzone und des Oberharzes, in denen sich geschlossene Verdichtungsräume der Abwanderung mit einem Steilabfall an den Randzonen mit nur noch wenigen Zuwanderern nach GMH herausbildeten, war im rheinisch-westfälischen Raum das Abwanderungsgebiet großflächiger. Aus den Kreisen mit 7 und mehr Heiratenden stammten 79 Männer und Frauen. Es kamen im einzelnen

— aus den „Kernkreisen" des Ruhrgebietes: 10 Männer und Frauen aus Duisburg, 9 aus Essen und 15 aus Dortmund sowie aus dem nördlichen Ruhrgebiet 7 aus Recklinghausen;
— aus den Kreisen Düsseldorf und Rees jeweils 8 Männer und Frauen sowie
— aus den hannoverschen Kreisen Hannover und Linden 15 bzw. 8;
— aus 6 weiteren Kreisen des Ruhrgebietes 15 Männer und Frauen mit 2-4 im Trauungsbuch erfaßten Zuwanderern pro Kreis.

War das Ruhrgebiet bis zum frühen 19. Jahrhundert überwiegend agrarisch strukturiert,[102] wiesen die südöstlichen Kreise Westfalens eine eigene Gewerbetradition auf: Aus dem bergisch-märkischen Land, dem Sauerland und dem Siegerland, die am Ende des 18. Jahrhunderts zu den „traditionellen Wirtschaftslandschaften" Rheinland-Westfalens gehörten,[103] kamen weitere 24 Eheschließende. Im einzelnen waren in den Herkunftskreisen der Zuwanderer folgende Erwerbsbereiche und Rohstoffe vorherrschend: in Brilon und Meschede Verarbeitung von Nichteisenmetallen,[104] in Soest Salinen und fruchtbarer Boden, in Iserlohn Eisen- und Nichteisenverarbeitung, Baumwoll- und Leinengewerbe, in Schwelm Kleineisenindustrie und Metallverarbeitung, Wollverarbeitung, Herstellung von Damast und Bändern, in Arnsberg Metallverarbeitung und Eisenbergbau,[105] in Siegen Metallverarbeitung, Eisenindustrie, Baumwollverarbeitung,[106] in Wittgenstein Woll- und Baumwollverarbeitung.[107]

---

100 Heimatchronik, S. 82 nach der Gewerbezählung von 1861.

101 Hentschel, Volker, Metallverarbeitung und Maschinenbau, in: H. Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart 1986, S. 371-389, hier S. 375.

102 Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 54, dort Zahlen zur Erwerbstätigkeit für 1848.

103 Vgl. ebd., S. 33. Dies waren der Aachener Raum und die nördliche Eifel, das niederrheinische und Minden-Ravensberger Textilgebiet, das bergische Land, die südliche Grafschaft Mark und das kölnische Sauerland. Insbesondere die Gft. Mark bildete eine „von Eisen beherrschte mit Textilverarbeitung durchsetzte Gewerbelandschaft." Zur Gft. Mark Reekers, Stefanie, Beiträge zur statistischen Darstellung der gewerblichen Wirtschaft Westfalens um 1800, Teil 5: Die Grafschaft Mark, in: Westfälische Forschungen 21 (1968), S. 98-161, hier S. 100, nach Schulte, Fritz, Die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft in Rheinland-Westfalen im 18. Jahrhundert, Köln 1859.

104 Mathis, Förderung, S. 414.

105 Hentschel, Metallverarbeitung, S. 376,388 sowie Reekers, Beiträge, Teil 5, S. 129, 133.

106 Hentschel, Metallverarbeitung, S. 376, Fremdling, Eisen, S. 356, Reekers, Beiträge, Teil 5, S. 129f.

107 Zunkel, Wolle, S. 272 und Reekers, Beiträge, Teil 5, S. 130ff.

Orte mit höheren Abwandererzahlen — meistens die größeren Kreisstädte bzw. kreisfreien Städte — gab es in den industrialisierten Kreisen ebenso wie in den ländlichen Gebieten. Doch bestätigt dies nur, daß es sich hier um Wanderung von einem Industriestandort zum anderen handelte: Im Kreis Essen kamen 5 der insgesamt 9 Zuwanderer aus der Stadt Essen, aus der Stadt Düsseldorf 5 der insgesamt 8, aus Dortmund 14 von 15, aus Duisburg 7 von 10, aus der Stadt Hannover alle 15, aus Linden i.H. 5 von 8, im Landkreis Rees 7 von 8 aus der Stadt Wesel.[108]

Die Zuwanderer aus den industrialisierten Kreisen kamen und heirateten erheblich später als die der anderen regionalen Gruppen: Absolut und in Prozent nahm ihre Zahl im Laufe der Zeit stetig zu, wobei die späteren Jahre gleichermaßen für alle genannten Kreise als Hauptzuzugsphase galten. Nur die in Tab. 1 nicht erfaßten Heiraten aus den südöstlichen Kreisen Westfalens, also den älteren Gewerberegionen, lagen mit 13 von 24 stärker in der Zeit bis 1895.

Tab. 1: Eheschließende aus den industrialisierten Kreisen 1856-1933 (Kreise mit mehr als 6 Heiratenden)

	Männer	Frauen	Summe	M und F in % aller Heiratenden aus Radius 3, 4, 5
1856-1870	5	6	11	3,01
1871-1894	7	6	13	2,89
1895-1918	16	12	28	12,73
1919-1933	14	13	27	15,43
Summe	**42**	**37**	**79**	

Die Tendenz mag nicht verwundern. Es stellt sich vielmehr die Frage, warum überhaupt so viele Männer und Frauen aus dem Ruhrgebiet und der Hannoverschen Industrie, aus dem Sieger- und Sauerland an den abgelegenen Standort des GMBHV zogen, hier blieben und heirateten. Die Angaben der Eltern- und Sohnberufe und insbesonders die Wohnorte der Eheschließenden geben darauf Antwort.

[108] Stadt- und Landkreise sind in der Gesamtzahl jeweils zusammengefaßt.

Tab. 2: Elterliche Berufsangaben der Heiratenden aus den industrialisierten Kreisen 1856-1933 (Kreise mit mehr als 6 Heiratenden)

	Männer	Frauen	Summe
Industrieberufe/Handwerk:			
Hütt.arbeiter, Walzer, Blechner	5	4	
Maschinist, Schlosser, Bergmann, Erz-,			
Steinhauer	—	3	30
Steiger, Grubenverwalter	1	1	
Aufseher, Werkmeister	1	2	
Schreiner, Tischler, Maurer, Maler	6	7	
Traditionelles Handwerk:			
Schneider, Uhrmacher,			
Böttcher, Buchbinder, Barbier,	9	3	12
Gärtner, Schlachter, Braugehilfe			
Bäcker(mstr.), Weber			
Landwirtschaft: Neubauer	—	2	2
Verwaltung/Bahn:			
Büro-, Gemeinde-, Gerichtsdiener			
Communalbeamter, Sekretär	1	4	
Oberbahnassis., Bahnoberinspekt.			11
Stations-, Bahnhofsvorsteher	4	2	
Amtsbaurat, Finanzoberinspekt.			
Sonstiges:			
Pensionär			
Kaufmann			
Fabrikant	7	2	9
Kohlenhändler			
Portier, Clubdiener, Tanzlehrer			
vaterlos, Invalide	1	1	
ohne Angabe	7	6	15
Summe	**42**	**37**	**79**

Industrie — Handwerk — Verwaltung — Versorgung: Die Gewerbe- und Infrastruktur einer industrialisierten Region schlug sich in den Berufsangaben der Eltern nieder. Die an- und ungelernten Berufe blieben in der Minderheit; Steiger, Aufseher, Werkmeister, Grubenverwalter sind erstmalig auch höhere Werksberufe unter den Herkunftsfamilien der Zuwanderer. In den weniger stark vertretenen Kreisen des Ruhrgebietes und des südöstlichen Westfalen war das Verhältnis ähnlich.[109]

[109] Die hohe Zahl der fehlenden Berufsangaben ergibt sich aus der Kirchenbuchführung in den 1920er Jahren, als die Angaben der Kandidaten einer in GMH lediglich aufgebotenen Ehe nur grob erfaßt wurden.

Für den Zuzug aus den industrialisierten Kreisen waren die betrieblichen Erweiterungen des GMBHV entscheidend, dessen Produktion ursprünglich nur auf die vor Ort lagernde Erz- und Kohlenbasis ausgerichtet war. Folgende Faktoren führten zu zeitweisen Umsetzungen von Arbeitern und Fachkräften wie auch in den Bereichen der kaufmännischen und technischen Verwaltung und erforderten zugleich einen höheren Bedarf an qualifizierten Kräften: die Angliederung des Osnabrücker Stahlwerkes 1885 mit vermutlich anderen Herkunftsgebieten der Arbeiter,[110] die zunehmende Spezialisierung im Bereich des Eisenbahnoberbaues, der Bau des Martin- und Walzwerkes 1908 in GMH, die neuen Kohlenstandorte des GMBHV in Werne ab 1899, die Errichtung des Eisensteinbergwerks bei Porta im Wiehengebirge 1899 und nach dem Ersten Weltkrieg vor allem die Einbindung des GMBHV in die Klöckner-Werke AG mit Sitz zunächst in Rauxel und später in Duisburg.[111]

Ob darüber hinaus die Wohnungsnot in den Ballungszentren, der Nachzug zu Verwandten, das zufällige Bleiben im Zuge der Etappenwanderung GMH zum vorläufigen oder endgültigen Ziel machten, bleibt eine Vermutung. Die Erfahrung, daß Arbeiter zur Verbesserung ihres Lohnes in guten Zeiten von einem Arbeitsplatz zum anderen wechselten,[112] traf für die Zuwanderung zum GMBHV nicht zu; denn man wechselte entweder, wenn es insgesamt gut oder woanders besser war, und das Lohnniveau des GMBHV lag im Vergleich zum Ruhrgebiet stets erheblich niedriger.

Die Verkehrsanbindung kann als wanderungsbestimmender Faktor ebenfalls außer acht gelassen werden. Als letztes Streckenteilstück zum Ruhrgebiet entstand 1871 die Strecke Osnabrück-Münster, die den Umweg über Löhne erübrigte.[113] Doch waren die Verbindungen von den Randzonen des Ruhrgebiets in das entstehende Ballungsgebiet schon früh und gut ausgebaut. Selbst das Sauerland war ab 1861 mit der Strecke Hagen-Iserlohn-Siegen an das Eisenbahnnetz im Ruhrgebiet angeschlossen.

Unter den Zuwanderern aus dem Harz und den Leinenregionen kam es fast nur in der Frühzeit vor, daß ein Heiratspartner noch in der Heimat lebte bzw. dort gemeldet war. Der Vergleich zwischen den Geburtsorten und den Wohnorten der Eheschließenden aus den Industriegebieten zeigt nun, daß mit 23 der 79 fast jeder Dritte weder in GMH noch im Kirchspiel wohnte, sondern — oft auch vom Geburtskreis abweichend — meistens in den Großstädten des Ruhrgebietes.

---

110 Die Herkunft der Arbeiter des 1867 gegründeten Osnabrücker Stahlwerkes ist bisher noch nicht untersucht worden.

111 S. dazu Teil B, Kap. 3.

112 Crew, Bochum, S. 75f. Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 231 spricht bezogen auf die intraregionale Mobilität vom „Wille zur Statusverbesserung." Hinzu kam der Kampfcharakter des Arbeitsplatzwechsels in der Frühindustrialisierung als „stumme Protestform", wie er beim GMBHV in der Frühzeit häufig vorkam. S. auch Teil E, Kap. 2, S. 342.

113 Ditt, Hildegard, Schöller, Peter, Die Entwicklung des Eisenbahnnetzes in Nordwestdeutschland, in: Westfälische Forschungen. Mitteilungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde, 8 (1955), S. 150-180.

Die Begründungen, wie sie für die Ansiedlung der Arbeiter aus den ländlich-gewerblichen Herkunftsgebieten gegolten hatten, trafen hier nicht mehr zu: Ihre Aufnahme in den Gemeindeverband war nicht primär aufgrund der Qualifikation, sondern der Willfährigkeit, der landsmannschaftlichen Zugehörigkeit, der Konfession, der Bleibeabsicht erfolgt. Nach der Konsolidierung des Werkes und der Gemeinde änderte sich das Verfahren des GMBHV: Bei den Beschäftigten aus den industrialisierten Kreisen zählte allem voran ihre betriebliche Einsetzbarkeit. Wurden in den Kolonien der schwerindustriellen Zentren anfänglich Fachkräfte gebunden und erst später Vorteil und Notwendigkeit der Bindung eines disziplinierten, loyalen Arbeiterstammes genutzt,[114] so war die Schrittfolge in GMH genau umgekehrt: Zunächst Bindung eines loyalen Arbeiterstammes, später verstärkt Bindung von Fachkräften.[115]

Entsprechend wich die Gruppe der Zuwanderer aus den industrialisierten Kreisen in allen Bereichen — Konfession, Familienzuzug, Heiratsverhalten, sozialer Mobilität — von den früheren Zuwanderergruppen ab. Die Beschäftigten zeigten ein durchweg verändertes Verhalten mit ausgeprägterer regionaler, konfessioneller und familiärer Bindungslosigkeit.

Tab. 3: Räumliches Heiratsverhalten der Zuwanderer aus den industrialisierten Kreisen

	Herkunftsgebiete der Bräute der männl. Zuwanderer in %	Herkunftsgebiete der Bräutigame der weibl. Zuwanderer in %
Geburtsort gleich	—	—
Kreis gleich	—	—
Ruhrgebiet	4,8%	10,8%
Gebiet Hannover	—	—
Harz, Südnieders., Hessen	9,5%	16,2%
Minden-Ravensberg, Osnabrück, Iburg	23,8%	5,4%
Ort GMH	45,2%	43,2%
übriges Dt. Reich	16,7%	24,3%

Die Männer und Frauen aus dem Ruhrgebiet bzw. aus den Industriestädten fühlten sich eindeutig nicht als regionale Gruppe. Sie blieben aber durchweg innerhalb des industriell-gewerblichen Umfeldes. Nur zwei Arbeiter heirateten Töchter eines Heuerlings aus Iburg und eines Tagelöhners aus Eschwege. Die

114 Dazu am Beispiel Krupp, Stemmrich, Siedlung, S. 61; Crew, Bochum, S. 161; Schulz, Siedlung, Wohnungsbau, S. 392ff.

115 Generell lebten in den Werkskolonien von Beginn an überproportional Meister und unterproportional Arbeiter, so u.a. Schulz, Siedlung, S. 384, für die industriellen Ballungsräume.

sonst deutlichen Abweichungen zwischen Männern und Frauen verringerten sich. Auch die Frauen suchten und fanden den Partner unter den Ortsbewohnern GMHs, die nun aus ihrer Perspektive zu den Einheimischen zu zählen waren. Die hohen Werte für GMH und die niedrigen für das unmittelbare Umland ergeben sich zum einen aus der Tendenz, innerhalb der sozialen Gruppe zu heiraten; zum anderen war das Geschlechterverhältnis zu dieser Zeit im Ort GMH mit 9 : 10 fast ausgeglichen und somit ein chancenreicher Heiratsmarkt auch für den zuziehenden Arbeiter vorhanden. Die Gruppe „übriges Dt. Reich" umfaßte ebenfalls fast ausschließlich Großstädte und industrialisierte Regionen.

Wie die Väter hatten auch die Söhne verantwortliche Positionen. Unter den 42 Männern stand nur ein einziger als ungelernter Arbeiter in der Hüttenarbeit, 4 waren als angelernte und 12 als gelernte Arbeiter tätig. Weitere 12 Söhne arbeiteten in der kaufmännischen und technischen Verwaltung, 3 im traditionellen Handwerk, 7 in Berufen wie Architekt, Bauführer, Fabrikant. Dies ergibt einen geraden Schnitt im Vergleich zu den stärker agrarischen Herkunftsregionen, deren Zuwanderer überwiegend in den an- und ungelernten Arbeiten tätig waren.

Die Konfessionszugehörigkeit war mit 27 Katholiken und 52 Evangelischen entsprechend der Herkunftskreise gemischt. 16 Mischehen wurden geschlossen; damit stellten die Zuwanderer aus den industrialisierten Kreisen mit 20,3% den höchsten Anteil innerhalb aller regionalen Gruppen.

Anders als bei den ländlichen Herkunftsgebieten gibt der Vaterberuf keinen Hinweis auf den Verbleib der Familie in der Heimat. Trotz der hohen Zahl von 37 Töchtern blieben Eintragungen mehrerer Geschwister im Trauungsbuch selten, nur zwei Familien kamen nachweislich aus Dortmund, eine aus Hannover. Ein Abwanderungsdruck für die Frauen im Ruhrgebiet bestand nicht, da sie dort in der Minderheit waren. Somit ist ihr Zuzug im Familienverband anzunehmen.

* * *

Die Beschreibung der nordwestdeutschen Leinenzone, des Harzes und der industrialisierten Kreise erschloß die ökonomischen Ausgangslagen in den Regionen und die Lebenswelten der Zugewanderten. Im Vordergrund standen dabei die agrarische und gewerbliche Lage in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die regionalen Erwerbsangebote, der Grad der Aus- und Abwanderung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, die Konfession sowie regionalspezifische Besonderheiten. Diese Akzentuierung erfolgte für jede Region mit Blick auf die soziale Herkunft der Zuwanderer. Die Bandbreite der herkömmlichen Erfahrungswelten leuchten dabei zugleich das Potential an importierten Lebenswelten in GMH aus: Doch dieses Potential konnte sich unter den Bedingungen einer schwerindustriellen Kolonie schwerlich sichtbar und greifbar entfalten: Das Instrument der Kolonie — auswählend und formend — war und blieb stärker.

Die unterschiedlichen regionalen Erfahrungswelten fügten sich jedoch wie einzelne Versatzstücke in das GMHütter Gemeindeleben und den Koloniealltag ein. Dabei zeigten sich in einzelnen Bereichen Verhaltensformen, die sich aus dem ursprünglichen regionalen Bezug herauslösten und sich in die Grundzüge der Ge-

meindestruktur und des Verhaltens der Ortsbewohner insgesamt einfügten: Hierzu gehörten das Versorgungsdenken und die Akzeptanzbereitschaft der Harzer; das pietistisch geprägte Leben der evangelisch-lutherischen Ravensberger; die industrielle Arbeitsbedingungen vorwegnehmenden harten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Eisenbahnbauarbeiter; das Absinken aus unterbäuerlichen Schichten überwiegend in den Status von Lohnarbeitern, verarmten Handwerkern und Mietwohnern besonders unter den Südniedersachsen; die selbstverständliche Ergänzung des Grundeinkommens durch Nebenerwerb, wie es die Bewohner in den Leinengebieten und des Harzes gewohnt waren; die extreme Belastbarkeit, fast Demut der Eichsfelder Wanderarbeiter. All dies erfuhr in der schwerindustriellen Kolonie GMH noch eine Verstärkung und wurde so — rückblickend betrachtet — zur Vorerfahrung einer aus den traditionnellen agrarischen und gewerblichen Verhältnissen schon lange vor der Abwanderung sich langsam herauslösenden Bevölkerung.

Ein Aufspüren der regionalen Besonderheiten im späteren Ort GMH ist jedoch schwierig: Regionales Zusammengehörigkeitsgefühl bzw. regional geprägte Lebensformen konnten sich auf der schwerindustriellen Insel GMH — bei einer vom Werk aus gelenkten Aufnahme in den Gemeindeverband, einer vom Werk aus gelenkten Wohnungsvergabe und einer von oben initiierten Vereinsstruktur — nicht in später noch greifbaren Indikatoren ausbilden.[116] Im anschließenden Teil E) wird daher auch auf die versuchsweise Herausarbeitung subkultureller Strömungen verzichtet; die Kolonie wird insgesamt im Gegenlicht des Umlandes untersucht: Es steht damit nicht die Frage nach der Integration der Zuwanderer bzw. nach einer Subkultur innerhalb des Ortes GMH als Abgrenzung unter den Zuwanderergruppen selbst im Vordergrund. Es geht um die Echtheit oder Unechtheit der Trennlinien zwischen Alt und Neu, zwischen Kolonie und Umland.

116 Zu den Schwierigkeiten bei der Präzisierung und Messung von Integration und Subkultur vgl. Kleßmann, Christoph, Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870-1945, Göttingen 1978, hier S. 13ff,192ff.

Teil E: Abgrenzung oder Ausgrenzung: falsche Fronten zwischen Kolonie und Umland?

Einführung

Die Zusammenballung der Zuwanderer in GMH könnte dazu verführen, die Kolonie als eine weitgehend homogene und geschlossene Einheit zu betrachten. Die im Laufe der Zeit abnehmende Zuwanderung und die wachsende Rekrutierung der Ortsbewohner aus GMH und dem engen Umland können diesen Eindruck noch verstärken. Zwischen den reinen Industriearbeitern innerhalb GMHs und den Nebenerwerbslandwirten außerhalb GMHs zu trennen, entsprach auch der Sichtweise und der Strategie des Werkes: „Noch jetzt besteht die Arbeiterschaft aus zwei ziemlich scharf voneinander geschiedenen Klassen. Die eine Klasse besteht aus den von auswärts herangezogenen Arbeitern und deren Nachkommen, die andere aus solchen, welche aus der Umgebung der Werke stammen. Die Arbeiter der ersten Klasse und die Beamten wohnen meist in den Kolonien des Vereins, diejenigen der anderen Klasse meist in ihren Heimatorten," hieß es noch in der Werkschronik von 1895.[1]

Eine Schematisierung von Kontakten und Konflikten ist schwierig. Sie sind in ihren Ursachen und Motiven ineinander verknäult. Klar ist dabei eines: Die Frontstellung zwischen Industriedorf und Umland, zwischen Evangelischen und Katholiken fußt auf einer faktischen Konstellation. Diese Konstellation selbst aber war keineswegs schon die Ursache. Die Begründung für diese Frontstellung allein in interkonfessionellen Spannungen und bäuerlicher Abwehrhaltung gegenüber dem neuen Werk zu suchen, hieße für die Frage nach Motiven und Ursachen zu kurz greifen.[2] Die Kontakte und damit auch die möglichen Konfliktursachen konnten grundsätzlich in sechs Bereichen liegen: im privat-familiären Umfeld, im rechtlichen und kommerziellen Bereich, auf der politischen und konfessionellen Ebene sowie am Arbeitsplatz.[3]

Diese sechs Bereiche bilden das Grundgerüst der folgenden drei Kapitel: Kap. 1.1 und 1.2 erfassen zunächst die Kontakte im privat-familiären Bereich und

---

1 Müller, II, S. 69.

2 Ott, René, „... ohne Nachteil Dritter ging es nicht ab". Montanindustrie und bäuerliche Bevölkerung im Osnabrücker Land um 1860, in: Osnabrücker Mitteilungen, 88 (1982), S. 188-215, hier S. 195f, kam ebenfalls zu dem Fazit einer „suggerierten Frontstellung" darüber, daß Gutsherren und Geistlichkeit, und das ist das Entscheidende, zusammen mit der ländlichen Bevölkerung sich dem Werk hemmend in den Weg stellten.

3 Vgl. auch Tilly, Charles, The Vendée, London 1964, S. 82. Tilly unterscheidet für die Analyse „four systems of social relationship within the community, essentially political, economic, religious, and affiliational." Ihnen entsprechen als Basis: commune, economy, parish, neighbourhood.

die Reichweite räumlicher und gesellschaftlicher Kontakte über die Heiraten der Einheimischen und der ersten Generation der Koloniebewohner. Gezeigt wird, inwieweit sich Zuwanderer und Einheimische räumlich, sozial und konfessionell durch Heirat verbanden und inwieweit sich die späteren Generationen in ihrem Heiratsverhalten davon unterschieden.[4] In Kap. 2 stehen die rechtlichen Rahmenbedingungen und die kommerziellen Verbindungen im Vordergrund: Wo lagen die Vor- und Nachteile für die einheimischen Bewohner aus dem Umland, wo lagen die Vorteile für das Werk? Darüber hinaus wird anschließend am Beispiel der Arbeitskonflikte nach Kontakten zwischen den Belegschaften der einzelnen Standorte des GMBHV sowie zu Arbeitern aus Betrieben in der Stadt Osnabrück gefragt. Kap. 3 zeigt abschließend die Steuerungsmechanismen innerhalb GMHs und versucht einen Eindruck vom Binnenleben des Ortes zu vermitteln.

Zur Charakterisierung der GMHütter Situation sollen die Begriffe „Kolonie" und „Integration" aus der soziologischen Migrationsforschung weiterhelfen:[5] Die Koloniebildung wird dort als ein „Ergebnis", eine Antwort der Arbeitsimmigranten selbst betrachtet. Sie umfaßt das „eigenständige Sozialsystem" der Minorität der Arbeitsimmigranten und setzt einen räumlich eingegrenzten Wohnbezirk nicht unbedingt voraus.[6] Somit sind Kolonie oder Koloniebildung eine „institutionelle Antwort", aber gegeben von den Einwanderern selbst. Die Kolonie ist Ergebnis der Selbstformung durch die Einwanderer und dient der Eingewöhnung in und Anpassung an ihre neuen Arbeits- und Lebensbedingungen.[7] Diese „Einwandererkolonie" beschränkt sich auf den Bereich „außerhalb des Arbeits-Produktionsprozesses."[8]

Einerlei, ob die Zuwanderer in einer räumlich geschlossenen Kolonie leben oder über einen Wohnbezirk verstreut siedeln — die Integration erfolgt zunächst „in die Gesellschaft der Einwanderer". Daher wäre es ein falscher und verfrühter Schritt, den Grad der Integration in die einheimische Gesellschaft an Kontakten über Heirat, Vereine, Verbände ablesen zu wollen. Erst später, im Zuge der Auflösung und des Funktionswandels der Kolonie selbst geht es um Integration in die Gesellschaft des Einwanderungslandes.[9]

Was ist hiervon auf die industrielle Kolonie und den späteren Ort GMH anwendbar? Zunächst einmal ist das Wort „Kolonie" identisch. Es wurde ursprünglich auf die Werkssiedlungen des Ruhrgebietes übertragen und bezeichnete die für die Zuwanderer in den zumeist noch nicht verstädterten Gebieten entstandenen

---

4 Ich beschränke mich dabei im folgenden auf eine Beschreibung und verzichte bei den Berufen aufgrund der grob angelegten Funktionsbereiche und der klaren Ergebnisse auf eine Indexberechnung. Zum „intermarriage index" s. Tilly, Vendée, S. 94.

5 Zum Folgenden s. Heckmann, Friedrich, Die Bundesrepublik: ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität, Stuttgart 1981.

6 Ebd., S. 215; zum historischen Koloniebegriff S. 215f.

7 Ebd., S. 136.

8 Ebd., S. 215f.

9 Ebd., S. 218.

Wohnsiedlungen. Wie in GMH auch, waren sie planmäßig angelegt, mit zum Teil eigener Infrastruktur und unterschieden sich damit von reinen Arbeiterwohnsiedlungen.[10] Das Unternehmen vergab die Wohnungen und begrenzte oder förderte den geselligen Rahmen, unter dessen Oberfläche sich jedoch ein informelles Kommunikationssystem entwickelte. Ein deutlich eigenständiges Sozialsystem hingegen war nicht vorhanden. Weiterhin: Eine Integration in die Kolonie war als erster Schritt auch in GMH notwendig. Die Zuwanderer mußten sich untereinander und an die neue Arbeits- und Lebenssituation anpassen lernen. Die Integration geschah dabei weitgehend über die Arbeit und — wie in den Einwandererkolonien — über Kirche, Schule und Vereine.

Darüber hinaus war die Ortsbevölkerung in GMH keine ethnisch oder kulturell geschlossene Gruppe; die Existenz der Kolonie ließ das nur so erscheinen. Untereinander verschieden, bestimmte sich das Kolonieverständnis der Einwanderer durch ihr Anderssein nach außen. Dieses Anderssein, gemessen an der Lebenswelt der Herkunftsregionen, war aber im Falle der Arbeitergemeinde GMH nicht sehr ausgeprägt.[11] Die Abgrenzung entwickelte sich vor allem erst als Folge der Gemeindegründung durch den GMBHV. Damit wurde jeder Zu- und Wegzug mehr als ein Umzug: Jeder Ortswechsel wurde zum Verwaltungsakt und zugleich zur öffentlichen und wertenden Handlung zwischen Aufnahme und Ausschluß — für den, der freiwillig ging, wie für den, den man über die Entlassung dazu zwang.

Der Gegensatz zwischen Kolonie und Umland entwickelte sich als Folge der vom Werk selbst betriebenen Segregation der Koloniebewohner gegenüber der Umwelt; denn Arbeiter wohnten hüben wie drüben. Der Ort GMH zeigte, gemessen an den Bestimmungskriterien der Migrationssoziologie, eher eine Tendenz zur „Ghettobildung" als den Charakter einer Einwandererkolonie im engeren Sinne.[12] Er nahm sozusagen eine Mittellage ein: mehr als eine Wohnkolonie, wie sie zur selben Zeit in allen Industriezentren entstanden, aber weniger als eine Einwandererkolonie. Um die Bestimmungskriterien einer Einwandererkolonie zu erfüllen, hätte sich eine „institutionelle Antwort" durch die Zuwanderer selbst ausformen müssen, die ihren Problemen und Bedürfnissen adäquat gewesen wäre. In der schwerindustriellen Kolonie GMH hingegen war der Entfaltungsrahmen für diese „institutionelle Antwort" schon vorgegeben.

---

10 Vgl. Kirsch, Arbeiterwohnsiedlungen, S. 5f.

11 S. auch Kap. 1.1, S. 326.

12 Heckmann, Einwanderungsland, zum Ghetto, S. 208, 133. Der Begriff Ghetto für eine vom Unternehmen geprägte Kolonie existierte z.B. für die Wohnkolonie der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei AG in Delmenhorst bei Bremen. Die Bewohner Delmenhorsts grenzten sich auch über die Bezeichnung „Wolle-Ghetto" von den Koloniebewohnern ab.

1. Heiratsverhalten

1.1 Soziale Herkunft, Beruf und Heiratsverhalten: die Einheimischen

Das Umland des GMBHV zeigt die schon bekannte Struktur der ländlichen Abwanderungsgebiete, die geprägt waren durch einen hohen Anteil Armer und Verarmter in der Landwirtschaft, durch den Niedergang des Leinengewerbes und den Rückgang der Wanderarbeit.[13] Die Notwendigkeit der Anwerbung von Arbeitskräften in das südliche Osnabrücker Land, d.h. in eine Region mit hohem Bevölkerungsüberschuß und starker überseeischer Auswanderung, ist schon grundsätzlich in Frage gestellt worden: Das Werk bot für die Einheimischen vorübergehend Arbeitsgelegenheit und damit vor allem für die Ärmsten die Möglichkeit, das Geld für die Überfahrt aufzubringen. Es förderte so in der Frühzeit indirekt die Auswanderung. Zugleich waren die Löhne für einen Arbeiter ohne Heuerstelle als Rückhalt nicht attraktiv und die Vergabe der Werkswohnungen an ledige Heiratswillige und an Familien aus der Ferne versprach größere Aussicht auf Seßhaftigkeit. Auch fehlte der Reiz des Unbekannten und der „Stadtluft", der in manchen Fällen die Entscheidung, in die Industriezentren abzuwandern, mitbeeinflußte. Die laute Wirklichkeit hatte man vor der Tür. Und schließlich hätte das Werk die täglichen Arbeitszeiten dem Rhythmus der Heuerleute anpassen müssen, wie es in den staatlichen Bergwerken der Umgebung üblich war.

Für das Umland des Werkes erweist sich eine Analyse der Arbeitskräfterekrutierung auf der Basis von Heiratsdaten als zu ungenau. Bei der Erfassung der Zuwanderer aus den entfernten Herkunftsgebieten ergaben die Eheschließungen ein quantitativ und qualitativ definierbares Ergebnis: die ausdrückliche Akzeptanz der Heiratenden seitens des Werkes durch die Vergabe von Wohnrecht und Wohnung und zugleich deren zumindest vorläufige Bleibeabsicht. Ihr Anteil spiegelt eine Gesamttendenz wider. Im Umland hingegen mit seinem ja schon vor Ort vorhandenen Reservoir an Arbeitskräften erfassen die Heiratsdaten nur einen schwer eingrenzbaren Ausschnitt der insgesamt zum Kirchspiel gehörenden Arbeitskräfte, die darüber hinaus von der zweiten Generation der Zuwanderer nicht zu unterscheiden sind. Für den Kontakt zwischen Kolonie und Umland hingegen sind die Heiratsdaten ein guter Indikator, da stets einer der Ehepartner in GMH wohnte.[14]

---

[13] S. hierzu Teil D, Kap. 1.1 sowie auch in Kap. 1.2 über den Landkreis Tecklenburg und die ehemalige Grafschaft Ravensberg als angrenzende Gebiete.

[14] S. dazu auch Kap. 1.1.

Tab. 1: Eheschließungen der Männer und Frauen gebürtig im Kirchspiel GMH (ohne Ort GMH) und im restlichen Gebiet der Landkreise Iburg und Osnabrück 1856-1933[15]

	Männer		Frauen		
Zeit	Kirchspiel	Restkreise	Kirchspiel	Restkreise	Summe
1856-1870	12	19	29	39	99
1871-1894	35	48	53	74	210
1895-1918	38	36	37	48	159
1919-1933	34	51	39	39	163
Summe	**119**	**154**	**158**	**200**	**631**

In den ersten 15 Jahren, der Zeit mit den meisten Eheschließungen im Verhältnis zur Einwohnerzahl, heirateten in den für GMH zuständigen Pfarreien nur 31 Männer und 68 Frauen, die in den Landkreisen Iburg und Osnabrück geboren waren. Bezogen auf die Gesamtheit der Heiraten in der Zeit bis 1870 sind es 13,5% unter den Männern und 21% bei den Frauen. Allein die Harzer Männer und Frauen stellten dabei einen Anteil von 28 bzw. 20%. Die Bezugsgröße des Wohnortes ergibt überraschenderweise, daß 25 der 31 Männer aus den Kreisen Iburg und Osnabrück in der Frühzeit des Werkes 1856-1870 in der Kolonie wohnten (s. Tab. 1 und 2). Der Zuzug aus den unmittelbar angrenzenden Gemeinden des Kirchspiels blieb hingegen stets gering. Von außerhalb des Kirchspiels, ab einer Entfernung von etwa 5 km, war der Zuzug zwar erheblich stärker; es hatten jedoch nie mehr als die Hälfte der Heiratenden ihr Zuhause in GMH.

Tab. 2: Häufigkeit der Wohnortangabe GMH der im Kirchspiel GMH (ohne Ort GMH) und im restlichen Gebiet der Landkreise Iburg und Osnabrück gebürtigen Männer zur Zeit ihrer Heirat 1856-1933

gebürtig	im Kirchspiel		Restkreise		Gesamtzahl der Eheschließenden aus R1 und R2
	abs.	in %	abs.	in %	in Pfarre GMH
1856-1870	10	32,3	15	48,4	31
1871-1894	13	15,7	40	48,2	83
1895-1918	14	18,9	24	32,4	74
1919-1933	11	12,9	19	22,4	85
	48	**17,5**	**98**	**35,9**	**273**

Nicht jeder Heiratende zog in den Industrieort und, was ebenso entscheidend ist, nicht jeder wurde aufgenommen: Die Zugezogenen übten in ihren Berufen weit über dem Durchschnitt gelernte Tätigkeiten aus. Die Gruppe der Eheschlie-

[15] Die räumliche Erfassung erfolgt auf der Ebene des Kirchspiels (R 1) und der Restfläche der Landkreise Iburg und Osnabrück (R 2). Zu den Radien s. Teil D, Kap. 1.2, Karte 3, S. 198.

ßenden bietet hier keinen repräsentativen Ausschnitt der überhaupt in die Industrie abwandernden Söhne. Ein Blick in die Gewerbesteuertabelle von Oesede aus dem Jahre 1901 zeigt eine extrem gegenteilige Struktur der Beschäftigten aus dem GMHütter Nachbarort: Die übergroße Mehrheit der dort Wohnenden bestand auch 40 Jahre nach der Werksgründung noch aus ungelernten Arbeitern und Hüttenarbeitern.[16]

Unter den 146 aus den Landkreisen Iburg und Osnabrück (s. Tab. 2) zuziehenden Männern waren zur Zeit ihrer Heirat nur 38 Hüttenarbeiter, hingegen 35 Arbeiter mit an- und gelernten Werksberufen wie Schlosser (19), Vorarbeiter, Dreher, Former etc. sowie 3 Aufseher. 25 übten einen handwerklichen Beruf aus, der häufig auch Werksberuf war: Tischler, Schmied, Maurer, Maler, zudem auch Uhrmacher, Schneider, Schuhmacher. Den Rest stellten Berufe aus dem Bereich der Versorgung, des Verkehrs und der öffentlichen Verwaltung: Tierarzt, Lehrer, Kaufmann, Polizeidiener, Briefbote, Mineralwasserhersteller. Hinzu kamen noch 3 Hausknechte. Mit dieser Qualifikationsstruktur entsprachen die nach GMH ziehenden Männer wiederum nur dem relativ hohen Qualifikationsniveau der Ortsbewohner: Unter den Männern waren, berechnet auf den Gesamtzeitraum, 27,6% Ungelernte und 54,6% Gelernte, 4% Fachleute und 4% Meister, Aufseher u.a. 88% aller Berufe gehörten in den Bereich Industrie und Handwerk. Die Anteile der Ungelernten nahmen im Laufe der Zeit zugunsten der An- und Gelernten noch weiter ab. In der Frühzeit bis 1870 heirateten 24,7% Ungelernte, 9,3% Angelernte und 57,3% Gelernte. In den Jahren 1871-1894, der Zeit mit den meisten Eheschließungen der Fernwanderer aus den ländlichen Gebieten, stieg die Zahl der Ungelernten und erreichte mit durchschnittlich 43% fast einen Gleichstand mit den Gelernten. Ab 1895, in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraumes, lag der Anteil der Gelernten zwischen 50 und 70%, derjenige der Ungelernten fiel auf 12 bis 20%. Da die Männer des Umlandes in der Gründungszeit weniger bereit waren, zum GMBHV zu gehen und dort zu bleiben, verpaßten sie sozusagen die Startchancen der anderen Fernwanderer ländlicher Herkunft, denen sich die Möglichkeiten der beruflichen Mobilität innerhalb der Kolonie eröffneten. Die Einheimischen mußten so später mit schon höherer Qualifikation „einsteigen".

Unter den 127 außerhalb der Kolonie Wohnenden war die Qualifikation ähnlich. Die Prozentwerte weichen maximal um 4% voneinander ab. Da ihre Verbindung zur Kolonie die über die Heirat war, ist eine der Kolonie entsprechende Berufs- und Sozialstruktur nicht überraschend. Wichtig ist, daß der ländliche Bereich unter den Berufen des Bräutigam nur mit einem (!) Heuerling aus dem südlichen Landkreis Iburg im Jahr 1872 vertreten war.

Auch in der sozialen Herkunft unterschieden sich beide Gruppen nicht. Bis 1870 kamen aus den angrenzenden Dörfern (R1) alle Männer aus bäuerlichen Familien: 4 Väter waren Neubauer, Kötter und Ackermann, alle übrigen Heuerlin-

16 S. dazu Teil C, Kap. 2, S. 110, Tab. 6.

ge. Im weiteren Umland (R2) waren bis auf 4 Väter — Müller, Blaufärber und Maurer — ebenfalls alle übrigen Heuerlinge (s. Tab. 3).

Der grundsätzlich niedrigen Zahl der Eheschließungen entsprach das weitere Anhalten der Auswanderung aus dem Umland. Dabei zeigt sich eine Korrespondenz zwischen der sozialen Herkunft der heiratenden Arbeiter des GMBHV und den Berufen der Auswanderer aus dem Umland des Werkes im Zeitraum 1856 bis 1870. Die Auswanderer wiesen einen insgesamt geringen Anteil an Heuerlingen auf; die Industriearbeiter hingegen einen extrem hohen Anteil. Nach Übersee gingen vor allem Knechte und Handwerker: Die landwirtschaftlichen Berufsangaben standen mit 36,6% gegenüber 49,2% Handwerkern und im Gewerbe Tätigen weit zurück. Der Vergleich der Auswanderung aus dem GMHütter Umland mit einem Gebiet im südlich gelegenen Landkreis Melle (Vogtei Buer) bestätigte ebenfalls den Rückgang der Auswanderung bei denjenigen, die aus der Landwirtschaft stammten.[17]

Bei den Vätern der Bräute in GMH dominiert von Beginn an der gewerbliche Beruf. Arbeiteten hier bis 1870 12% der Väter in der Industrie, so weist dies immerhin auf einen schwachen Zustrom der mittleren Generation in die Industriearbeit hin. Ab 1871 nahmen die Industrieberufe bei allen Vätern in dem Maße zu, wie die landwirtschaftlichen und traditionell handwerklichen Anteile zurückgingen. Der gewerbliche Beruf des Brautvaters — wie auch der hohe Anteil an Industriearbeitern unter den einheimischen Ehemännern — weist auf eine begrenzte Bandbreite der sozialen Kontakte hin.

Tab. 3: Elterliche Berufsangaben der Bräutigame gebürtig aus den Landkreisen Iburg und Osnabrück 1856-1933 (ohne GMH)

Männer	1856-1870		1871-1894		1895-1918		1919-1933	
	R 1	R 2	R 1	R 2	R 1	R 2	R 1	R 2
Landwirtsch.	9	13	17	23	11	8	7	12
davon Heuerl.	6	12	13	16	7	4	4	8
Handwerk	—	4	—	8	3	8	2	2
Werksangehörige	—	—	10	6	21	15	16	16
davon Hüttarbeit. und Bergmann	—	—	6	4	19	8	14	13
o. Vater	—	—	2	6	1	1	—	—
Sonstige	—	—	1	3	1	3	6	3
o. Angabe	3	2	3	4	2	—	3	18
Summe	**31**		**83**		**74**		**85**	

[17] S. Teil D, Kap. 1.1, S. 188.

Tab. 4: Elterliche Berufsangaben der Bräute gebürtig aus den Landkreisen Iburg und Osnabrück 1856-1933 (ohne GMH)

Frauen	1856-1870		1871-1894		1895-1918		1919-1933	
	R 1	R 2	R 1	R 2	R 1	R 2	R 1	R 2
Landwirtsch.	17	13	17	36	9	10	4	2
davon Heuerl.	11	8	13	22	7	5	2	1
Handwerk	1	12	7	18	6	14	1	5
Werksangehörige	5	3	17	9	16	14	19	7
davon Hüttarb.	3	—	11	7	13	14	15	6
Bergmann								
o. Vater	4	1	3	6	1	2	1	2
Sonstige	—	5	3	—	3	5	6	8
o. Angabe	2	5	4	6	2	3	6	17
Summe	**68**		**127**		**85**		**78**	

Die Söhne der Heuerlinge und Häuslinge aus den Abwanderungsgebieten Tecklenburg, Minden-Ravensberg und Südniedersachsen waren fast ausschließlich als ungelernte Hüttenarbeiter tätig. Die Berufe der einheimischen Bräutigame zeigten hingegen einen größeren sozialen Aufstieg innerhalb der Industrieberufe.

Der erreichte soziale Aufstieg hielt sich in der zweiten Generation: Die 108 aus der Landwirtschaft stammenden Söhne arbeiteten zu 32,5% als Arbeiter und Hüttenarbeiter, zu 19,5% in anderen Werksberufen; 21% waren Handwerker, 11% waren in sonstigen Berufen tätig. Für die zweite Generation der Eheschließenden wurden — um Ungenauigkeiten auszuschließen — nur die Werksberufe erfaßt: 10 Söhne der 42 Hüttenarbeiter, gebürtig in den Landkreisen Iburg und Osnabrück, wurden wiederum Hüttenarbeiter. Alle anderen übten ausdrücklich einen „Beruf" aus: 24 handwerkliche Berufe, 2 Maschinisten, 2 Kaufleute, 1 Bankbeamter, 1 Rechnungsführer, 1 Chauffeur, 1 Briefbote. Unter den 15 Bergmannssöhnen waren zur Zeit der Heirat 5 Hüttenarbeiter, 6 Handwerker, 2 Maschinisten, 1 Heizer, 1 Kutscher.

Unter den Söhnen der sog. Berufsarbeiter[18] im handwerklichen Bereich stieg keiner zum Arbeiter ab. Bis auf einen Müller und einen Brauer blieben alle im industriell-handwerklichen Bereich auf dem Niveau ihrer Väter. Den sozialen Aufstieg, etwa in die technische oder kaufmännische Verwaltung, schaffte niemand, zumindest nicht bis zu der Lebensphase der Heirat und Familiengründung, in der sie erfaßt wurden.

Mit 9,4% Mischehen lag der Anteil der Osnabrücker und Iburger im Vergleich zu den übrigen Herkunftsregionen im Durchschnitt. Nur die Zuwanderer aus

[18] Zum Begriff s. Teil D, Einführung, S. 168.

den industrialisierten Kreisen ragten mit 20,3% heraus. Die konfessionellen Zusammensetzung der 631 Heiratenden gebürtig aus Iburg und Osnabrück betrug 336 Katholiken und 295 Evangelische (s. Tab. 5).

Tab. 5: Eheschließungen nach Konfessionen der Männer und Frauen gebürtig in den Landkreisen Iburg und Osnabrück 1856-1933

	Mischehen Männer	Mischehen Frauen	Mischehen in %	Anzahl der Heiraten
1856-1870	3	18	21,0	100
1871-1894	6	13	9,2	207
1895-1918	3	3	3,7	161
1919-1933	5	8	8,0	163
	17 von 273	42 von 358	9,4	631

Daß jede 5. Ehe in der Zeit des starken Arbeitskräftezustroms gemischtkonfessionell war, zeigt den unkomplizierten Umgang mit dem eigenen Glauben bei den Betroffenen selbst, insbesondere als in der Frühzeit des Werkes der Frauenmangel unter den angeworbenen Arbeitern groß war. Nur 17 der 59 gemischten Ehen wurden zwischen Einheimischen geschlossen, die übrigen mit zugewanderten Frauen und Männern. Diese Haltung wurde in der folgenden Zeit deutlich sichtbar unterbunden: Nur 6 der Ehepartner aus gemischtkonfessionellen Ehen, 4 Männer und 2 Frauen, waren in GMH geboren: Eine Ehe wurde 1902, alle anderen wurden in den 1920er Jahren geschlossen, in einer Zeit also, als sich der Einfluß von Kirche und Werk lockerte.[19]

1.2 Heiraten zwischen Zugewanderten und Einheimischen[20]

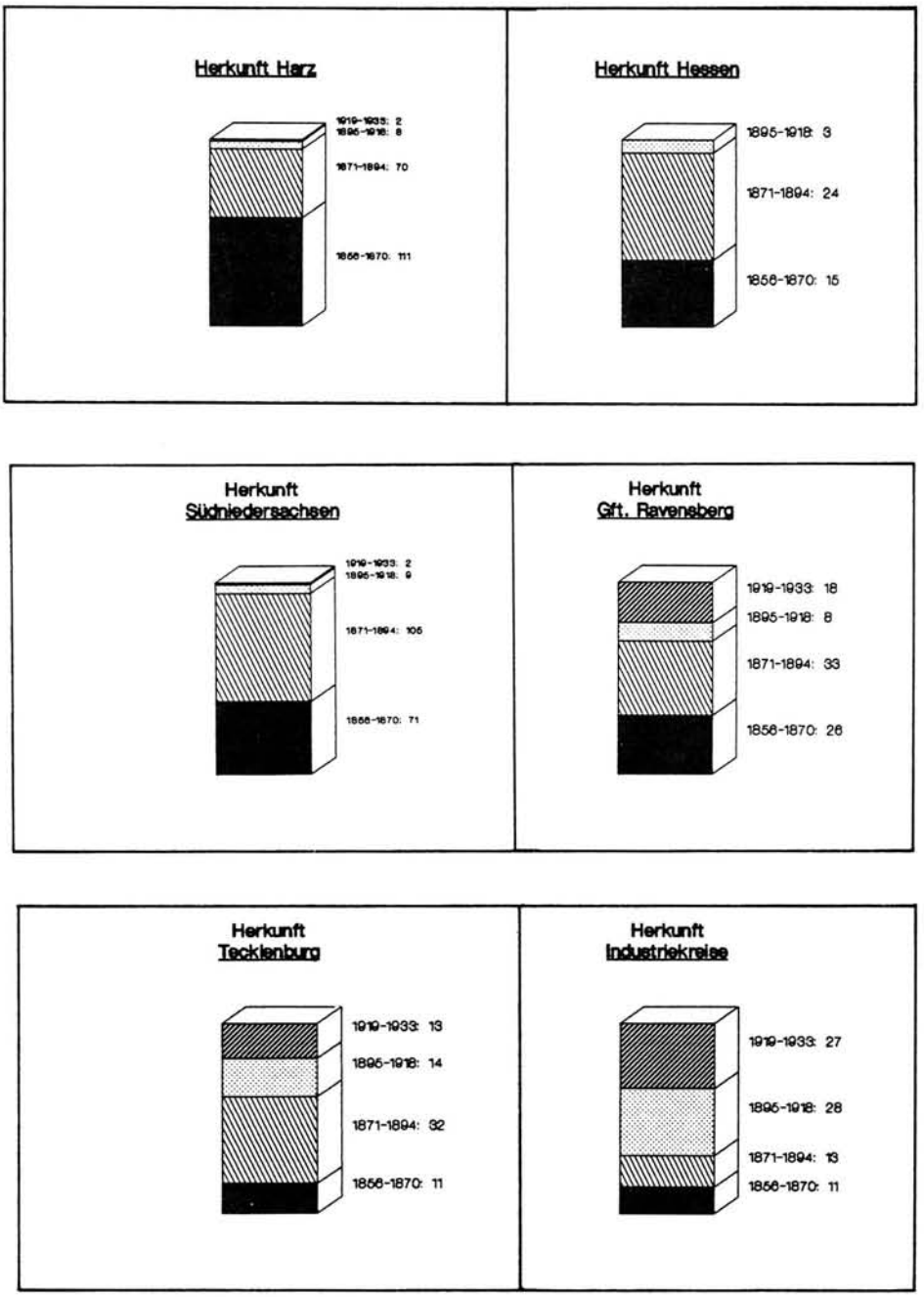
Die Hauptrekrutierungsgebiete des GMBHV umfaßten außerhalb des nahen Umlandes drei große Zonen: Tecklenburg, Minden-Ravensberg, Südniedersachsen und Hessen waren Herkunftsgebiete mit vormals stark ausgeprägtem Nebengewerbe in der Leinenproduktion und mit einem hohem Anteil Verarmter in den unterbäuerlichen Schichten und in der Handwerkerschaft. Der Oberharz setzte sich hiervon mit seiner alten montangewerblichen Tradition ab; die Kreise des Ruhrgebiets sowie Hannover und Linden hingegen gehörten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zu den Gebieten mit expansiver Industrie.

Innerhalb der Zuwanderer wurde folgende Tendenz deutlich: je größer die räumliche Distanz, desto früher die zeitlichen Verdichtungen in den Jahrgängen

19 Zur Verbindung der Konfessionen aus der Perspektive des Ortes GMH s. unten Kap. 1.2, S. 358-363.

20 Als Zugewanderte werden hier die Koloniebewohner insgesamt erfaßt. Die regionalen Ausprägungen ihres Heiratsverhalten werden jeweils am Ende der Beschreibungen ihrer Herkunftsgebiete im Zusammenhang mit ihrer sozialen Herkunft und Konfession differenziert; s. dazu Teil D, Kap. 2.1-2.3.

Graphik 9: Häufigkeit der Eheschließungen nach den zentralen Herkunftsgebieten der Heiratenden (Landkreise mit mehr als 6 Heiratenden)



der Eheschließungen. Die Harzer kamen als erste, gefolgt von den Hessen und den Südniedersachsen, ihnen folgten die Tecklenburger und die Minden-Ravensberger. Die Heiraten der Osnabrücker und Iburger wiesen die geringste Häufigkeit in der Gründungszeit und bis 1870 auf, waren dann jedoch annähernd gleichwertig verteilt.

Der frühe Zuzug der Harzer, Südniedersachsen und Hessen beeinflußte das Heiratsverhalten. Sie heirateten, von Schwankungen abgesehen, zur Hälfte innerhalb der großen Gruppen der Fernwanderer, die Frauen dabei etwas häufiger als die Männer, was sich auch aus deren geringerer Zuzugszahl ergab. Auf der Kreis- und Ortsebene waren es die Harzer, die am stärksten unter sich blieben: 38,5% der Männer und 48,8% der Frauen heirateten einen Partner aus dem Oberharz. In der ersten Generation suchten sich 34% der südniedersächsischen, 43% der hessischen und 37% der Harzer Männer eine Frau aus den Kreisen Iburg und Osnabrück (ohne GMH) und nur selten darüber hinaus aus den angrenzenden Kreisen in Radius 3.

Für die Einheimischen waren die Werte — zunächst nur für die Frauen — folgende: Bis 1894 heirateten 192 der insgesamt 358 Frauen aus den Kreisen Iburg und Osnabrück: 88 (= 45,8%) fanden den Ehemann unter den zugewanderten Arbeitskräften des GMBHV aus den Radien 4 und 5, 26 (= 13,7%) aus den angrenzenden Landkreisen in Radius 3, 72 (= 37,9%) innerhalb der Landkreise Iburg und Osnabrück, also den Radien 1 und 2.

Diese Ehefrauen aus dem Umland des Werkes unterschieden sich in der Frühzeit des Unternehmens von den später Heiratenden: Es waren zunächst Frauen in schon fortgeschrittenem Heiratsalter aus ärmeren Familien, die, bei der überproportionalen Auswanderung lediger Männer nach Übersee, zurückblieben[21] und zuerst und zumeist die zuwanderenden Industriearbeiter heirateten. Ihr Heiratsalter lag hoch: 53% zwischen 25 und 34 Jahren, 13% zwischen 35 und 44 Jahren und nur jede dritte Frau war jünger als 24 Jahre.[22] Diese Frauen stammten zu 44% aus unterbäuerlichen Familien, weitere 17% aus den traditionellen Handwerkerfamilien wie Schneider, Schreiner, Schlachter. Ein geringer Teil, 11,8% der Väter, arbeitete in der Industrie, kam aber vermutlich aus der Landwirtschaft und war zum Teil in den älteren fiskalischen Bergwerken beschäftigt. Die Frauen aus der Landwirtschaft waren in den Kolonien gern gesehene Ehefrauen, sie hatten das häusliche Handwerk gelernt und versorgten den kleinen landwirtschaftlichen Nebenerwerb, Kleinvieh und Garten. Hoch war auch der Anteil der Halbwaisen bzw. der außerehelichen Töchter, woraus zum einen das hohe Heiratsalter, aber auch der moralische Makel des Außerehelichen in der

21 Das Verhältnis der auswandernden Männer und Frauen war 1833-1866 in den Ämtern Iburg und Osnabrück 3:2; s. Kiel, Gründe, S. 166.

22 Vgl. auch Hörger, Hermann, Familienformen einer ländlichen Industrieansiedlung, in: Zft für Bayerische Landesgeschichte, 41 (1978), S. 771-819, hier S. 782. Hörger weist auf das hohe Heiratsalter und die überdurchschnittliche Zahl der Heiraten mit verwitweten Frauen, hier aber Besitzerinnen von bereits bestehenden Ansiedlerstellen, in den Dörfern um die spätere Bergbaustadt Penzberg in Oberbayern in den 1830er Jahren hin.

katholischen Gegend spricht. Hier erfüllten also die zuwandernden GMH-Arbeiter eine soziale Zusatzfunktion, indem ihre Ehen eine Verbindung zwischen Fremden und Randgruppen schufen.

In den Jahren 1870-1894 verschob sich das Heiratsalter nach oben und paßte sich dem Durchschnitt der zugewanderten Ehefrauen und der in GMH Geborenen der zweiten Generation an. Die Iburger und Osnabrücker Frauen waren nun bei der Eheschließung mehrheitlich unter 25 Jahre alt: 60% unter 24 Jahre, 31% zwischen 25 und 34, nur 7,5% über 35; damit schien der Frauenmangel aus der Gründungszeit des GMBHV ausgeglichen.[23] Der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Väter blieb bei den einheimischen Ehefrauen jedoch bis 1895 gleichmäßig hoch, der Anteil von Berufen im traditionellen Handwerk und in den Grundhandwerken stieg sogar auf 32%. Das war sicherlich Ausdruck des insgesamt steigenden Bedarfs in Folge der Ansiedlung der Industriearbeiter und ihrer Familien. Der Anteil der in der Industrie tätigen Väter stieg von 11,8 auf 20,6%, 40 Jahre nach Bestehen des Werkes war dies ein immer noch sehr geringer Wert.

In der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraumes (1895-1933) verändern sich die Werte. Entscheidend wird nun der Anteil der Heiraten auf der Grundlage des Wohnortes: Die Einbeziehung des Geburtsortes würde das Bild verzerren, denn im Kirchspiel GMH überschneiden sich in dieser Zeit Heiraten der ersten und zweiten Generation. Es sank die Zahl der in den Kreisen Iburg und Osnabrück gebürtigen Ehefrauen von 192 auf 166 bei insgesamt leicht steigender Gesamtzahl der Heiraten (635 : 715). Die Heiraten mit Fernwanderern gingen entsprechend der sinkenden Zuwanderung aus den Radien 4 und 5 von 45,9% auf 22,9% zurück. 92 (55,4%) der 166 Frauen wohnten zur Zeit ihrer Heirat in GMH, 44,6% wohnten außerhalb und heirateten einen Mann aus GMH.

Die Frauen aus Osnabrück und Iburg, die 1895-1933 in die Kolonie einheirateten, unterschieden sich in ihrer sozialen Herkunft nur geringfügig von der Gesamtgruppe der Ehefrauen (Werte für die Gesamtgruppe in Klammern): Noch immer stammten 33% (32%) aus Landwirtschaft und Handwerk, 29% (36%) aus Industriearbeiterfamilien, 6,1 (3,2%) waren vaterlos, 19,8% (16%) ohne Angabe.[24]

Für den Ort selbst ergeben sich folgende Werte: Die in der zweiten Zuwandererergeneration in GMH wohnenden Töchter, deren Familien mehrheitlich als Fernwanderer gekommen waren, traten als Ehepartner nur in geringem Maße an die Stelle der einheimischen Frauen. Die 262 zur Zeit ihrer Heirat in GMH wohnenden Frauen heirateten im Zeitraum 1871-1894 zu 36% einen außerhalb wohnenden Mann, zwischen 1895 und 1918 waren es 39%, in der Weimarer Zeit sogar 51%.[25] Sie stellten unter den Ehefrauen der GMHütter Männer von 1895

23 S. zum Heiratsalter der Konfirmandinnen auch Teil D, Kap. 1.2, S. 223f.

24 Der hohe Anteil unvollständiger Angaben liegt insbesondere bei den nur aufgebotenen Katholiken, die außerhalb heirateten oder einen evangelischen Partner heirateten.

25 Die Differenz, die sich bezogen auf 100% bei der Summe der beiden Heiratsgruppen ergab, beruht auf fehlenden Angaben.

bis zum Ende Ersten Weltkrieges nur 59%. In der Weimarer Zeit sank der Anteil nochmals auf 36%, entsprechend stieg die Anzahl der Ehefrauen aus den Kreisen Osnabrück und Iburg. Das heißt: Einheimische Frauen heirateten in hoher Zahl in die Kolonie hinein, zugleich aber zogen zugewanderte und dort gebürtige Frauen ebenso von GMH fort.

Überblicken wir das gleiche nun für die einheimischen Männer in der Zeit 1895-1933: Anders als die Frauen blieben die Iburger und Osnabrücker Männer heimat- und schichtorientierter. Sie kamen, wie die Frauen auch, bis 1894 zum weitaus größten Teil aus landwirtschaftlichen Familien und heirateten räumlich und sozial nach ihrer Herkunft.

Die bis 1894 in die Kolonie GMH einheiratenden oder doch eine Frau von dort heiratenden 114 Männer aus den Kreisen Iburg und Osnabrück waren zu 67% in Industrie und Handwerk und nur noch zu 3% selbst in der Landwirtschaft tätig. 9,1% arbeiteten in der öffentlichen Verwaltung und im Bereich Handel und Verkehr, für 19 % fehlen die Werte. Ihre Väter hingegen lebten noch zu 56% von der Landwirtschaft, darunter 76% als Heuerlinge, 11% arbeiteten in Handwerksberufen. Nur 14,5% waren in der Industrie tätig, jedoch kein einziger der Väter vor 1870.

Zwei Drittel der Männer heirateten Frauen aus heimischen Heuerlings- und Kleinbauernfamilien und aus dem traditionellen Handwerk. Obwohl 78 (68%) Männer zur Zeit der Heirat in GMH wohnten (s. Tab. 2, S. 328), stammte die große Mehrheit ihrer Frauen (68%) aus den Landkreisen Iburg und Osnabrück. Nur 22 der 114 Ehefrauen stammten aus Südniedersachsen und dem Harz und nur weitere 15 waren in der zweiten Generation schon in GMH geboren.

In der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraumes (1895-1933) stieg die absolute Zahl der Männer aus Radius 1 und 2 von 114 auf 158. Zugleich nahmen die Heiraten in die Kolonie hinein mit Frauen aus der Kolonie ebenfalls zu: 56% nach GMH zugezogene bzw. in GMH geborene Frauen gegenüber nur noch 33% der Frauen gebürtig aus den Landkreisen Iburg und Osnabrück. Zuvor (bis 1894) war das Verhältnis mit 37% (Radius 0,3,4,5) zu 63% (Radius 1 und 2) umgekehrt gewesen.

Trotz steigender Zahl der Heiraten zwischen Kolonie und Umland sank der Anteil der Heiraten auf der Ebene des Wohnortes: Nur noch 45% der 158 Ehemänner, zuvor 68%, gebürtig aus den Landkreisen Iburg und Osnabrück wohnten zur Zeit ihrer Heirat in GMH. Von diesen 45% heiratete knapp jeder Zweite (44%) eine gebürtige und dort auch noch wohnende GMHütterin, 12% heirateten eine Frau der ersten Zuzugsgeneration und nur noch 39% eine Frau aus den heimischen Landkreisen. 55% der Männer, zuvor 32%, lebten außerhalb und heirateten eine Frau aus GMH.

Der Anteil der Ehefrauen aus landwirtschaftlichen Familien sank auf nur 9%, zuvor waren es noch 67%. 45% stammten aus Industriearbeiter-, 11% aus Handwerkerfamilien, 12% aus den Bereichen Handel und Verkehr. Die Streuung der Wohnorte und die soziale Herkunft der Frauen sind deutliche Anzeichen zum einen für die zunehmende industrielle Durchdringung der Region, zum anderen

für die Begrenztheit der Kontakte zwischen industriell und landwirtschaftlich tätiger Bevölkerung.

Die soziale Herkunft der in die Kolonie Einheiratenden unterschied sich, wie bei der Frauengruppe, nicht von der Gesamtgruppe der in dieser Zeit in der GMHütter Kirche heiratenden Iburger und Osnabrücker (Werte der Gesamtgruppe in Klammern): Landwirtschaft 23% (23%), traditionelles Handwerk 8% (9%), Industrie 43% (42%), Handel und Verkehr, öffentlicher Dienst 11% (9%), ohne Vater 2,5% (1%), ohne Angabe des väterlichen Berufs 11% (16%). Unter den Berufen der Söhne war hingegen der industrielle Anteil höher als in der Gesamtgruppe (Werte in Klammern) des gleichen Zeitraumes: Landwirtschaft — (—), Handwerkerberufe, darunter überwiegend Werksberufe 8% (17%, hier jedoch überwiegend traditionelles Handwerk), Industrieberufe 71% (59%), Handel und Verkehr, öffentlicher Dienst 15% (20%), sonstige Berufe 3% (2%), ohne Angabe 3% (3%). Wie oben schon gezeigt, waren die Qualifikation und der soziale Status unter diesen Beschäftigten insgesamt hoch.

Bewerten wir zusammenfassend die Verbindung zwischen Kolonie und Umland anhand des räumlichen und sozialen Heiratsverhaltens: Die Iburger und Osnabrücker Frauen und Männer bildeten das Pendant der Zugewanderten: In der Gruppe der Fernwanderer heirateten die Männer mehrheitlich Frauen aus dem Umland des Werkes, die Frauen hingegen verstärkt Männer aus der alten Heimat.[27] Im Umland des Werkes war das Pendant dazu das räumlich und sozial traditionell geprägte Heiratsverhalten der heimischen Arbeiter und die eher „fremd" bzw. in die Kolonie hineinheiratenden Frauen.[28] Dies galt für den Zeitraum bis 1895.

Die in Zahlen gemessenen Kontakte über Heiraten in der Frühzeit des GMBHV waren jedoch nicht geringer als später in der Zeit der Konsolidierung der Gemeinde, als die Rekrutierung der Arbeitskräfte und der Familien weitgehend aus dem Ort und dem Umland erfolgte.[29] An sich kein Widerspruch, widerspricht es doch zumindest dem Bild zweier sich abgrenzender Gruppen oder „Klassen" unter den Arbeitern, wie dies in der Werkschronik noch für die 1890er Jahre festgestellt wurde. Hatte sich die hohe Fluktuation in GMH zum einen auch schon bei den ledigen Konfirmanden gezeigt, so bestätigt sich hier nochmals anhand der Heiraten, welch starke Kontakte zwischen Kolonie und Umland bestanden. GMH war kein in sich abgeschlossener Ort.

Doch ist Vorsicht angebracht bei der Aussage, die Heiraten bedeuteten eine Verbindung zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Bevölkerungsgruppen: Zwar stammten viele Söhne aus landwirtschaftlichen Familien, doch nur ein

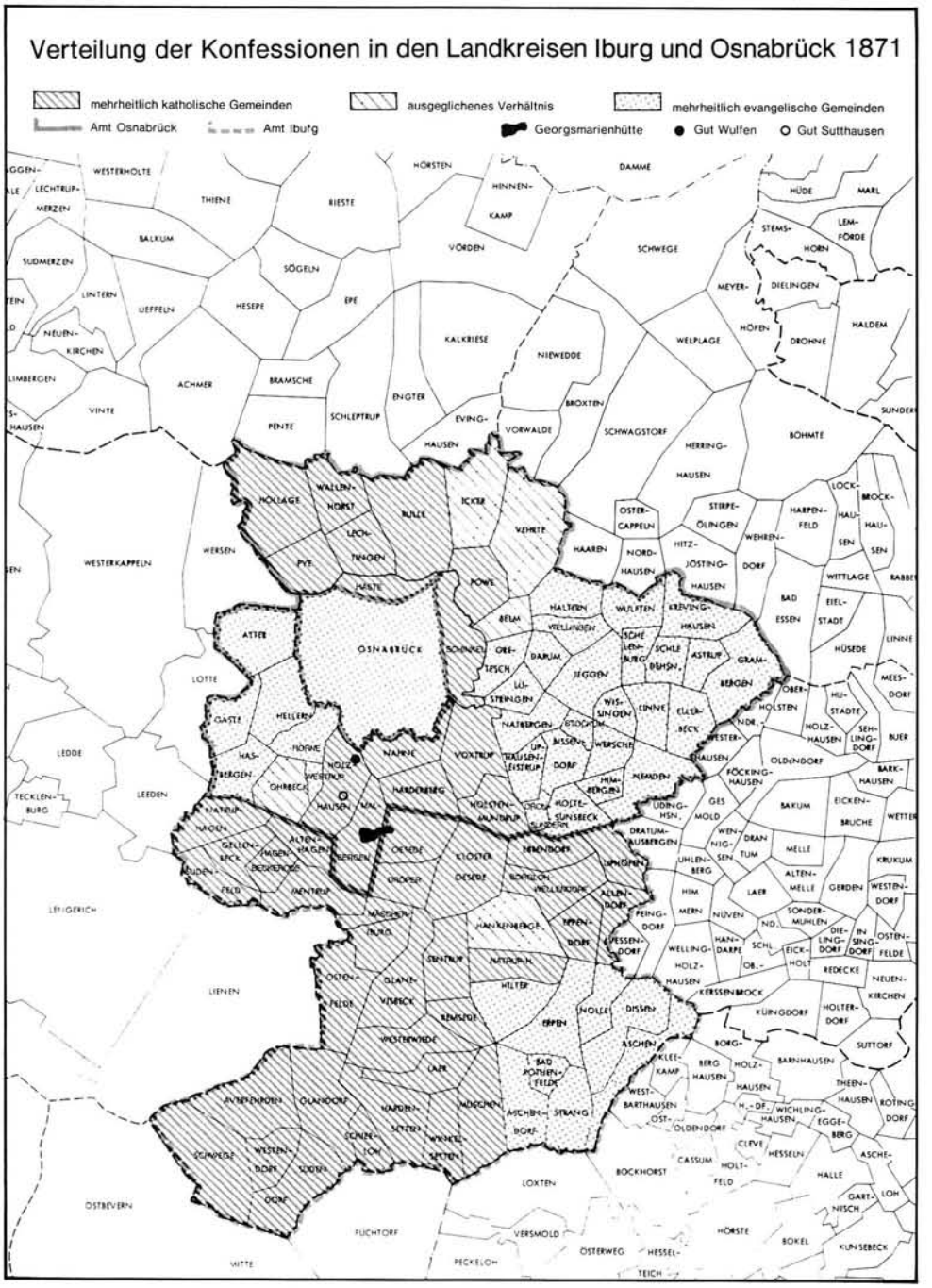
---

27 Im Zahlenverhältnis der zuwandernden Geschlechter kann dies nicht seinen Grund haben; es gab nur einen leichten Männerüberschuß unter den Fernwanderern.

28 Zum Heiratsalter s. oben S. 223f und S. 322.

29 S. dazu Teil D, Kap. 1.2, S. 216.

Karte 6


Verteilung der Konfessionen in den Landkreisen Iburg und Osnabrück 1871
mehrheitlich katholische Gemeinden
ausgeglichenes Verhältnis
mehrheitlich evangelische Gemeinden
Amt Osnabrück
Amt Iburg
Georgsmarienhütte
Gut Wulfen
Gut Sutthausen
OSNABRÜCK
WESTERKAPPELN
OSTBEVERN
LOTTE
LEDDE
TECKLENBURG
LEEDEN
LENGERICH
LIENEN
MITTE
WERSEN
ATTER
HOLTE
HASBERGEN
GASTE
HELLERN
OHRBECK
NAHNE
VOXTRUP
HARDENBERG
NATRUP
GELLENBECK
HAGEN
BEVERGERN
ALTEN-HAGEN
BERGE
OESEDE
KLOSTER
DODESE
BORGLON
ALTEN-BERGEN
HEIDENFELD
MENSLAGE
HANKENBERGE
NATRUPER
HILTER
GLANE
VISBECK
REMSEDE
WESTERWIEDE
LAER
AVENSTROTH
OLDENDORF
HAPPEN
SETTER
SCHNEEHORN
WINKELSETTEN
WESTEN
SCHWEDE
BOCKEN
OCKE
SCHLEPTRUP
PENTE
VINTE
ACHMER
BRAMSCHE
ENGTER
EVINGHAUSEN
VORWALDE
BROXTEN
SCHWAGSTORF
HERRINGHAUSEN
BÖHMTE
SUNDER
KALKRIESE
NIEWEDDE
WELPLAGE
HÖFEN
DRÖHNE
HALDEM
MEYERDIELINGEN
STEMSHORN
LEMFÖRDE
HÜDE
MARL
DAMME
SCHWEGE
VÖRDEN
HINNENKAMP
HORSTEN
THIENE
RIESTE
SÖGELN
EPE
HESEPE
UEFFELN
LINTERN
SÜDMERZEN
MERZEN
LECHTRUP
BALKUM
WESTERHOLTE
NEUENKIRCHEN
LEMBERGEN
HOLLAGE
WALLENHORST
BULLE
ICKER
VEHRTE
HAAREN
OSTERCAPPELN
NORDHAUSEN
HITZHAUSEN
JÖSTINGHAUSEN
STIRPEÖLINGEN
WEHRENDORF
HARPENFELD
LOCKHAUSEN
BROCKHAUSEN
WITTLAGE
BAD ESSEN
EIELSTADT
HÜSEDE
LINNE
MEESDORF
HUSTADT
SEHLINGDORF
BUER
HOLZHAUSEN
OLDENDORF
FÖCKINGHAUSEN
BARKHAUSEN
EICKENBRUCHE
WETTE
BAKUM
KRUKUM
WESTENDORF
OSTENFELDE
NEUENKIRCHEN
HOLTERDORF
SUTTORF
KLEINDORF
BORGHAUSEN
BARNHAUSEN
THEENHAUSEN
RÖTINGDORF
EGGEBERG
ASCHENDORF
HALLE
GARTLOH
NISCH
KUNSEBECK
BOKEL
HÖRSTE
HESSELTEICH
ÖSTERWEG
VERSMOLD
LOXTEN
BOCKHORST
CASSUM
HOLTFELD
CLEVE
HESSELN
WICHLINGHAUSEN
OSTBARTHAUSEN
WESTBARTHAUSEN
BERGHAUSEN
KLEEKAMP
ASCHEN
BAD ROTHENFELDE
STRANG
DISSEN
NOLLE
EPPEN
KERSSENBROCK
REDECKE
OSTENDORF
SINGDORF
DIELINGDORF
HANDARPE
WELLINGHOLZHAUSEN
KESSENDORF
PEINGDORF
MERN
NÜVEN
SONDERMÜHLEN
ALTENMELLE
GERDEN
MELLE
TUM
DRAN
UHLENBERG
WENNIGSEN
GES
MOLD
DRATUMHUSSBERGEN
UDINGHSN.
HOLTESUNSBECK
HIMBERGEN
HEMDEN
HOLTEANTRUP
UP-TRAUSENLESTRUP
DORF
WISSINGEN
STOCKUM
HALBERGEN
LINNE
ELLERBECK
WESTERHOLSTEN
NDR.
OBER-
LUSTEINGEN
OBERLESCH
DARUM
JEGGEN
SCHLEBUSCH
ASTRUP
BRAMSCHEBERGEN
KREVINGHAUSEN
WULFTEN
HALTERN
BELM
WELLINGHOLTEN
SCHNEVERDINGEN
POWE
HASTE
PYE
TINNEN
LECHTRUP
NEUENKIRCHEN
LIMBERGEN
VINTE
HAUSEN

einziger Bräutigam war selbst Heuerling und nur 3 waren Landwirte. Alle anderen arbeiteten in gewerblichen und öffentlichen Berufen. Die Kontakte bestanden also zwischen Familien, aus denen zumindest ein Familienmitglied schon den Sprung aus der bäuerlichen und unterbäuerlichen Schicht heraus vollzogen hatte. Vor diesem Hintergrund lassen es soziale Herkunft und ökonomische Ausgangslagen in den ländlichen Notstandsgebieten eher zu, von einem gemeinsamen Erfahrungshintergrund von Koloniebewohnern und Einheimischen zu sprechen: In der Mitte des 19. Jahrhunderts gehörten die beschriebenen Herkunftsregionen, ebenso wie das Osnabrücker Land, zu den „Nicht-mehr-Gewerberegionen" im ländlichen Raum.[30]

Trennender als alle sozialen Unterschiede erwies sich die Konfession. Die Grundkonstellation der Konfessionen war eindeutig: Von außerhalb der Landkreise Iburg und Osnabrück kamen und heirateten 95 katholische Frauen und 145 Männer im Kirchspiel GMH, zusammen 240 Katholiken gegenüber 970 evangelischen Zuwanderern. Aus den Landkreisen Iburg und Osnabrück (ohne GMH) hingegen waren unter den 631 Heiratenden 336 Katholiken und 295 Evangelische, wobei allein aus dem Kreis Iburg 221 Katholiken stammten.

Auf der Ebene der Landkreise zählte Iburg im Jahre 1905 69% Katholiken, Osnabrück 48% (s. Karte 6).[31] Das Gebiet des Regierungsbezirkes Osnabrück war im Königreich Hannover bzw. später in der Provinz Hannover der einzige Landesteil mit einer katholischen Mehrheit. In allen anderen Regierungsbezirken stellten die Katholiken die Minderheit.[32] Nur im Landkreis Duderstadt bildeten die Evangelischen eine Diaspora und im Landkreis Hildesheim lag ein etwa ausgeglichenes Konfessionsverhältnis vor.[33]

Die konfessionelle Konstellation des Osnabrücker Landes entsprang den Regelungen des Westfälischen Friedens: In der Capitulatio perpetua Osnabrugensis von 1650 wurde für jede einzelne Gemeinde der Bekenntnisstand festgelegt, und zwar weitgehend auf der Basis des sogenannten Normaljahres vom 1.1.1624. Mit der Aufteilung der Landpfarreien wurde die bisher noch unklare Konfessionsbildung im Fürstbistum Osnabrück abgeschlossen und festgeschrieben. Die eigentliche Abgrenzung der Konfessionen hat sich damit erst in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts vollzogen.[34] Die Zuordnung von 1650 behielt weitgehend ihre

---

30 Hierfür spricht ebenso, daß die Harzer wie auch die späteren Zuwanderer aus den industrialisierten Kreisen im Vergleich ein anderes Heiratsverhalten zeigten. S. auch Teil D, Kap. 2.2 und 2.3.

31 Wrede, Ortsverzeichnis, S. 733, 1096.

32 Rolffs, D. Ernst, Evangelische Kirchenkunde Niedersachsens. Das kirchliche Leben in den Landeskirchen von Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe, 2. völlig neu bearbeitete Auflage, Göttingen 1938, S. 203f.

33 Ebd.

34 Penners, Theodor, Zur Konfessionsbildung im Fst. Osnabrück. Die ländliche Bevölkerung im Wechsel der Reformationen des 17. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für niedersächsische Kirchengeschichte, 72 (1974), S. 25-50, hier S. 26ff, 50.

Gestalt, bis der Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen die alte konfessionelle Struktur nach dem Zweiten Weltkrieg aufbrach.[35]

In den Landkreisen Osnabrück und Iburg „besetzten" beide Konfessionen überwiegend zusammenhängende Gebiete, so daß von einer eigentlichen Diasporagemeinde, von Iburg abgesehen, nicht gesprochen werden konnte. Die Katholiken konzentrierten sich vor allem im Landkreis Iburg und im südlichen wie nördlichen Landkreis Osnabrück. Die Äußerung der Werksleitung von 1875, daß nicht einmal ein lutherischer Dienstbote zur Zeit der Gründung des GMBHV in den Nachbargemeinden nachzuweisen gewesen sei, wird hier belegt. In einzelnen Gemeinden überlappten sich die Einzugsgebiete der evangelischen und katholischen Pfarreien und in vier Orten, außer in Osnabrück, existierten bis 1933 Kirchen beider Konfessionen.[36] Hierzu gehörte faktisch auch GMH, nur daß die Katholiken mit dem Bau ihrer Kirche exakt hinter die Gemeindegrenze auf Malbergener Grund verwiesen wurden.[37]

Doch nicht die lokale Dominanz der Katholiken im südlichen Osnabrücker Land führte zur Forcierung von Kirchlichkeit und Frömmigkeit; es war das Nebeneinander beider Konfessionen, das Konkurrenz und Feindschaft förderte.[38] Damit ist die niedrige Zahl der Mischehen nicht mehr überraschend. Die Gegenüberstellung zweier Perspektiven verdeutlicht die starren Fronten im Ort: zunächst die Konfessionen aller Heiratenden in GMH, dann im Vergleich dazu die Heiraten der „Stamm"bevölkerung des Ortes, d.h. derjenigen Bräute und Bräutigame, die beide in GMH geboren waren und zur Zeit ihrer Heirat dort auch noch wohnten.

Tab. 1: Heiraten nach Konfessionen in den GMHütter Pfarreien[a]

Zeitphasen —>	**1856-1870**	**1871-1894**	**1895-1918**	**1919-1933**	
Konfession					Summe
beide evang.	164	285	310	179	938
in % d. Zeitphase	68,3	72,3	76	58,7	
beide kath.	37	76	75	93	281
in % der Zeitphase	15,4	19,3	18,4	30,5	
Mischehen	39	33	23	33	128
in % der Zeitphase	16,3	8,4	5,6	10,8	
Summe	**240**	**394**	**408**	**305**	**1347**

a. Zumindest einer der Ehepartner wohnt in GMH.

35 Hierzu in Vorbereitung die Dissertation von Hans-Bernd Meier über die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Region Osnabrück/Emsland (Osnabrück 1991).

36 Rolffs, Kirchenkunde, S. 387f.

37 S. Abb. 24, Mitte oben.

38 Der protestantische Stüve analysierte in seiner 1851 erschienenen Schrift über die Landgemeinden: „Die konfessionellen Verhältnisse sind in Osnabrück von Alters her ziemlich ausgeglichen, wenn nur Kirche und Schule geordnet ist. [...] Der konfessionelle Friede beruhte hier durchaus auf der strengsten Erhaltung des *status quo*. In Folge der Märzerrungenschaften hat man nun katholischer Seits zu den Jesuiten-Missionen gegriffen. Folge davon ist die Errichtung von Heiligenbildern gewesen, und daraus ist Aufregung hervorgegangen. Das Weitere wird erst die Zukunft lehren; die Entwicklung kann sehr unangenehm werden." Stüve, Landgemeinden, S. 190.

Tab. 2: Heiraten nach Konfessionen der in GMH Geborenen und zur Zeit ihrer Heirat dort noch Wohnenden[b]

Zeitphasen —> Konfession	1856-1870	1871-1894	1895-1918	1919-1933	Summe
beide evang.	—	4	87	33	124
beide kath.	—	—	4	1	5
gemischt	—	—	3	2	5
Summe	**—**	**4**	**94**	**36**	**134**

b. Beide Ehepartner sind in GMH geboren und wohnen noch dort.

In den für GMH zuständigen evangelischen und katholischen Pfarreien lag der Mischehenanteil insgesamt erheblich höher als in der recht kleinen Gruppe der 134 beide in GMH Geborenen und Heiratenden (s. Tab. 2). Hier gab es nur 5 Mischehen (3,7%) und nur 5 rein katholische Eheschließungen gegenüber durchschnittlich 9,5 % Mischehen in der Gesamtgruppe. Bei einem Katholikenanteil unter den Ortsbewohnern von etwa 20% ist dies nicht nur eine sehr niedrige Mischehenquote, sondern darüber hinaus auch ein auffallend geringer Anteil „seßhafter" Katholiken.

Einen anderen Zugriff bietet die Gruppe der Männer und Frauen aus den Landkreisen Iburg und Osnabrück, die in die Kolonie hineinzogen. In ihrer sozialen Herkunft wie in ihren Berufen war, wie oben gezeigt, kein Unterschied zwischen jenen auszumachen, die zur Zeit ihrer Heirat im Ort GMH ihren Wohnsitz hatten bzw. jenen, die außerhalb wohnten. Nur in der Konfession gab es Unterschiede.

Die Katholiken stammten weitgehend aus dem Landkreis Iburg. Ihre Zahl — Männer wie Frauen — nahm insgesamt im Laufe der Zeit ab und zwar in dem Maße, wie auch außerhalb von GMH eine zweite Generation von Zuwanderern heranwuchs und zudem die Arbeitskräfte genauer ausgesucht werden konnten. War der Zuzug unter den evangelischen und katholischen Frauen entsprechend dem Verhältnis ihrer Konfessionen ausgeglichen, so wohnten die katholischen Arbeiter ab den 1870/80er Jahren zunehmend seltener im Ort GMH. Als einziges Kriterium für die Ausgrenzung bleibt also die katholische Konfession bei denjenigen Bevölkerungsgruppen, die als Arbeitskräfte aus dem Umland in den Industrieort zogen bzw. nicht zogen.[39]

[39] Zur Herkunft der Katholiken s. Teil D, Kap. 1.2, S. 214f.

2. Industriewerk, Werkskolonie und agrarisches Umland: Berührungspunkte und Probleme

Die Gründungszeit des Unternehmens war geprägt von zahlreichen Konflikten, die aus dem Aufeinandertreffen von Industrie und ländlicher Bevölkerung resultierten. Sie erstreckten sich auf den Streit um Entschädigungen und Abfindungen, um Wege- und Wasserrechte, um verweigerte Landverkäufe, aber auch um Störungen im dörflichen Alltag und beim Kirchgang durch Lärm, verstopfte Wege u.a.m.

Auf der anderen Seite kann die Redensart gelten: Kein Unglück ist so groß, als daß nicht noch was Gutes dabei abfällt. Diese Über-Lebensweisheit trifft auch das Verhältnis der bäuerlichen Bevölkerung zum GMBHV: ein schnelles Sicheinfügen und innerhalb der von außen oktroierten Umstände die Suche nach dem besten Weg.

Darüber hinaus trafen die Zuwanderer und die Einheimischen auch als Arbeiter zusammen. Die Ebene ‚fremd' und ‚einheimisch' wurde dabei überlagert von der überwiegend gleichen sozialen Herkunft und Zugehörigkeit.[1]

Einzelne Berührungspunkte aus der Gründungszeit des GMBHV wie auch aus der späteren Zeit sollen die Wahrnehmungs- und Ausdrucksformen der beteiligten Gruppen verdeutlichen.[2] Berührungspunkte waren dabei im einzelnen: Geschäfte mit den Zuwanderen und Verdienstmöglichkeit im Werk, Armenrecht, Wegerecht und Bergrecht, Konfession und Gebräuche, Arbeitskonflikte und Arbeitsniederlegungen. Daß Häufigkeit, Härte und Anlässe der Konflikte mit dem Ende der Gründungszeit und der Konsolidierung von Werk und Ort abnahmen, ist ein Hinweis darauf, die Probleme nicht zu hoch zu bewerten.[3]

Vergegenwärtigen wir uns, wie die Oeseder und Malbergener Einwohner in den Entstehungsjahren des Werkes die entsprechenden Veränderungen erlebten: Zeitweise wohnten bis zu 2.500 Arbeiter mit fremdem Dialekt und überwiegend anderer Konfession in ihrer Nachbarschaft. Weideland verschwand, Wald wurde abgeholzt, Land planiert, ein echtes Schloß des Königs herbeitransportiert; Schornsteine wuchsen in Kirchturmhöhe, Häuser in fremdem Baustil entstanden, die Gemeindewege waren verstopft mit Fuhrwerken aller Art, Seilbahnen ratterten; auch an bisher stillen Sonntagen stampfte und rauchte es; Evangelische sollten auf katholischen Friedhöfen beerdigt werden, in den Gaststätten saßen Fremde, dort fand auch lautstark der Zahltag statt; minderwertige Münzen und minderwertiges Papiergeld kamen in Umlauf; Holz und Früchte eigneten sich die Fremden an, Wiesen wurden unerlaubt durchquert, das Gras zertreten, die Häu-

---

1 S. auch die zusammenfassenden Ergebnisse zum Heiratsverhalten, S. 324ff.

2 Ich greife hierbei häufig auf in der Arbeit an entsprechender Stelle breiter ausgeführte Passagen zurück. Darüber hinaus stützte ich mich für die Frühzeit u.a. auf den kompakten Aufsatz von Ott, Montanindustrie.

ser bekamen Risse, Brunnen versiegten.[4] Unbekannte Amtspersonen kamen, um Land zu erwerben oder Enteignungen anzudrohen; sie gingen von Haus zu Haus auf der Suche nach Unterkunftsmöglichkeiten, um so das Fremde sogar in die Häuser hineinzubringen.

Unvermittelt, raumgreifend und schnell wuchs das Werk auf der grünen Wiese. Nach einer kurzen Phase der Konfrontation läßt sich eine grundlegende Abwehr der Einheimischen gegenüber dem Neuen jedoch nicht mehr ausmachen. Sie unterschieden genau, gegen wen sich ihr Protest und ihre Skepsis richteten: Gegen die ankommenden Arbeiter und Familien, gegen das Unternehmen oder gegen die nun unverträglich gewordenen ländlichen Rechtsverhältnisse.[5]

Die erste geschäftliche Erfahrung der bäuerlichen Bevölkerung mit dem Industriewerk, das sich hierbei nur auf dem Papier und in Gestalt angereister Herren offenbarte, war die Abwicklung des Landkaufs für den Hüttenplatz und die Koloniehäuser. Aus betrieblicher Sicht lag das Terrain des ausgewählten Pachthofes Potthof in Malbergen zu den Erz- und Kohlegruben ungünstig. Doch mußte es auf Gedeih und Verderb erworben werden, nachdem alle anderen Versuche aufgrund der Eigentumsverhältnisse gescheitert waren. Die gezielten Unterstellungen und Vorwürfe, mit seiner Unfähigkeit ruiniere der Pächter Potthoff den Pachthof der Hannoverschen Klosterkammer, hatten nur zum Teil Erfolg: Potthoff gab zwar nach, erwirtschaftete sich aber eine Abfindung von 16.000 rt. und aus dem Restareal einen Hof in Eigenbesitz von 64 Morgen.[6]

Im selben Sommer 1856 wurde der Iburger Amtsgehilfe Rüpke über Land geschickt, um die anscheinend letzten wenigen Unterkünfte für die auf eigene Faust aus dem Harz ankommenden Familien auszuloten. Das Ergebnis war mager — vermutlich aufgrund der geringen von den Bergwerken garantierten Mietzahlung, oder in der Amtssprache: aufgrund der hohen Miet- und Kostgeldforderungen der Bauern, Handwerker und Heuerlinge.[7]

Die ländliche Bevölkerung wiederum erlebte die mit der Hüttengründung entstehenden Veränderungen als Teuerung: Außer den Löhnen für Bauhandwerker, für Handlanger und Steinhauergesellen stiegen auch die Preise für Baumaterialien, für Bruchstein, Mauerziegel, Holz wie auch für Lebensmittel. Der Preis für Bruchstein kletterte nach der Hüttengründung um 35%, für Mauerziegel um etwa 30%.[8]

Ungeachtet des schlechten Ergebnis bei den Bemühungen des Amtsgehilfen Rüpke gehörten Vermietung und Verpachtung von Beginn an zu den Geschäften

---

4 Auf diese Punkte wies der Landdrost am 18.12.1858 die Ämter Iburg und Osnabrück hin und forderte sie auf, Konferenzen über mögliche Probleme abzuhalten. Rep 350 Iburg, Nr. 2545. Zur Sonntagsruhe, zum Wegerecht und zur Löhnung s. auch die Protokolle der Konferenzen 1858f, ebd. und Rep 335, Nr. 5458.

5 Vgl. auch Ott, Montanindustrie, S. 199ff.

6 S. dazu ausführlich Teil A, Kap. 1.4.

7 S. dazu auch Teil D, Kap. 1.1, S. 180.

8 Zu den Lohnsteigerungen s. Teil D, Kap. 1.1, S. 191; zu den übrigen Preisen Rhode, Steinkohlenförderung, S. 160f, 167.

der Einheimischen und zu den Berührungspunkten zwischen ländlicher und industrieller Bevölkerung. Es herrschte demnach keine grundlegende Ablehnung in der bäuerlichen Bevölkerung gegenüber den Neuankömmlingen und ihren Familien, sondern lediglich ein gesunder Geschäftssinn. In Oesede gab es 1859 „etwa 500 zugewanderte Fremde" einschließlich der Kolonie Osterberg. Im Dorf, das Ende 1858 insgesamt 151 Wohngebäude mit 1244 Einwohnern zählte, lebten so „fast in jedem Haushalt ein oder zwei Kostgänger."[9]

Fast zwei Generationen später bestätigte die Auswertung der Gemeindesteuerliste von 1901 für die Gemeinde Oesede eine dichte Belegung der Wohnhäuser, eine Zunahme der reinen Wohnhäuser, die vorteilhafte Umwandlung bisheriger Heuerhäuser und Altenteile in reine Mietwohnungen und die Aufsplitterung landwirtschaftlicher Flächen für die vielen Klein- und Kleinstpächter.[10] Schon 1868 wies der Iburger Amtmann die Landdrostei darauf hin, daß die Bauern aus dem Umland des Werkes zu „früher nicht gekannten Preisen verpachten."[11]

Mit der Einrichtung eines Markttages im Jahr 1863 ergab sich eine weitere Verdienstmöglichkeit. Der Verkauf der Waren beschränkte sich auf Erzeugnisse aus Landwirtschaft und Viehzucht und fand an jedem 3. Donnerstag auf dem GMHütter Marktplatz statt.[12] Weiterhin übernahmen die Colonen Fuhrdienste für den GMBHV und transportierten Sand, Steine, Kalk, Kohlen und Erze. Insbesondere in der Zeit vor dem Bau der sog. Hüggelbahn[13] waren einheimische Fuhrleute neben aus dem Harz zugewanderten in großer Zahl notwendig. Vor der Fertigstellung der „Vereinschaussee" zu den Erzgruben im Hüggel mußte der Erztransport bis 1861 sogar noch über Osnabrück „auf einem nur bei gutem Wetter fahrbaren Wege, welcher fast das Doppelte der direkten Entfernung betrug, erfolgen." Im Zusammenhang eines Rechtsstreites um die Nutzung des Verbindungsweges zwischen Oesede und dem Hüttenwerk wurden in einer Stichprobe 1872 die Hauptnutzer erfaßt: Es waren 10 Fuhrleute, von denen 7 als Beruf Colon und 2 Kalkofenbesitzer angaben.[14]

---

9 Suerbaum, Pfarre Oesede, S. 30. Die Bevölkerungszahlen bestätigen die Angaben aus der Chronik des Pfarrers. Die offizielle Zahl aus dem Jahre 1848 stieg bis 1858 von 724 auf 1244, s. Ringklib, Statistisches Handbuch, 1859.

10 S. dazu Teil C, Kap. 2, S. 103-107, insbesondere die Tabellen 2, 3 und 4.

11 S. Teil C, Kap. 3, S. 140. Regierungsrat Schow, der 1858 im Auftrag des Königs an das Innenministerium einen Bericht verfaßte, wies darauf hin, daß die Bauern nur gegen „schweres Geld" zu Verkäufen und Vermietungen bereit seien. Rep 300, Nr. 1056, Bl. 123-130.

12 Rep 350 Ibg, Nr. 2375. Sicherlich boten auch Ortsbewohner Waren an, so war das Holz- und Beerensammeln Quelle „eines nicht unerheblichen Nebenverdienstes". S. Teil D, Kap. 1.2, S. 222.

13 S. Karte Nr. 1 in Teil B, Kap. 1, S. 59.

14 Zum Rechtsstreit s. Rep 335, Nr. 13967, Bl. 1. Das Zitat aus Geschäftsbericht des Verwaltungsrates vom 30.11.1860, Rep 300, Nr. 1056, Bl. 169ff. Die Arbeit von Croon, Helmut und Utermann, Kurt, Zeche und Gemeinde. Untersuchung über den Strukturwandel einer Zechengemeinde im nördlichen Ruhrgebiet, Tübingen 1958, verfolgt den Wandel eines Dorfes zur Industriegemeinde ab dem Ende des 19. Jahrhunderts und die Kontakte zwischen Dorf und Zechenkolonie. Auch hier zeigte sich die Ambivalenz der Einheimischen zwischen Ablehnung der Zuwanderer und zusätzlichen Verdienstmöglichkeiten an den Fremden. Ebd., S. 9-39.

Über das Zubrot im bäuerlichen Haushalt hinaus bot der GMBHV zum einen die schon beschriebenen Arbeitsmöglichkeiten. Die Zunahme der Auswanderung unter den Einheimischen in den ersten Jahren war nur möglich, weil es im Werk befristete Arbeit bei reinem Geldlohn gab. Mit dem Verdienst konnten auch die Ärmsten und vor allem die abgehenden Söhnen aus den unterbäuerlichen Familien die Fahrt nach Übersee bezahlen. Auf der anderen Seite entwickelte sich der einheimische Heuerling dauerhaft zum Industrieheuerling, der überwiegend zunächst im staatlichen Bergbau Beschäftigung fand, da die zwölfstündige Schicht im Hüttenwerk und in den Gruben des GMBHV mit der Landwirtschaft unvereinbar war.[15] Die preußische Statistik von 1882 weist — leider nur für den Landkreis Osnabrück — 42,9% aller Nebenerwerbslandwirte als „Hülfsarbeiter" in der Industrie aus. 6.610 Landwirtschaftstreibenden mit zusätzlicher „sonstiger" Tätigkeit standen 11.038 nur in der Landwirtschaft Tätige gegenüber. Innerhalb der Nebenerwerbslandwirte stellten die Hilfsarbeiter in der Industrie nicht nur die größte Gruppe, sie kamen auch fast ausschließlich von Hofstellen unter einer Größe von 1 ha Anbaufläche:[16]

4448 Landwirtschaftstreibenden mit „sonstiger" Tätigkeit und einer Anbaufläche bis zu 1 ha,
davon 2243 „Hülfsarbeiter" in der Industrie,
801 Tagelöhner,
125 Fuhrgeschäfte und Gastwirte,
499 Gewerbe ohne Gehilfen.

1039 Landwirtschaftstreibenden mit „sonstiger" Tätigkeit und einer Anbaufläche von 1-2 ha,
davon 372 „Hülfsarbeiter" in der Industrie,
225 Tagelöhner,
81 Fuhrgeschäfte und Gastwirte,
184 Gewerbe ohne Gehilfen.

1062 Landwirtschaftstreibenden mit „sonstiger" Tätigkeit und einer Anbaufläche von 2-10 ha,
davon 222 „Hülfsarbeiter" in der Industrie,
170 Tagelöhner,
166 Fuhrgeschäfte und Gastwirte,
233 Gewerbe ohne Gehilfen.[17]

---

15 S. zum Industrieheuerling Teil D, Kap. 1.1, insbes. S. 189f.

16 Zum Vergleich: Selbst im Landkreis Herford betrug der Anteil der in der Industrie Tätigen 25,2%, im Landkreis Bielefeld 27%. In Herford gab es 12.388 reine Landwirtschafttreibende gegenüber 8.259 mit sonstiger Tätigkeit, im Landkreis Bielefeld 6.955 zu 4.832. Die Ergebnisse der Berufszählung vom 5.6.1882 im preussischen Staate: Landwirtschaftsbetriebe sowie Hauptberufe und Religionsbekenntnisse der Bevölkerung, hg. vom Kgl. Statistischen Bureau Berlin, LXXVI, 3. Teil, Berlin 1885, S. 175, 183f.

17 Darüber hinaus gab es nur 61 noch größere Hofstellen, die nicht ausschließlich Landwirtschaft betrieben. Die Differenzen zu den Gesamtsummen sind in der Statistik nicht erklärt.

Klammert man einmal den häufig schwer faßbaren Bereich der Konfession aus, gab es keine sachlich unbegründeten Konfrontationen zwischen bäuerlicher Bevölkerung, Arbeiterschaft und Industriewerk. Gezielte, gewaltsame Angriffe auf die Anlagen des GMBHV sind nur zweimal, 1856 in Oesede und 1858 in Malbergen, nachzuweisen: Das erste Mal unmittelbar nach Baubeginn im Dezember 1856, als die Direktoren es nicht für nötig hielten, mit den Gemeinden die sie betreffenden Belange direkt zu regeln. Umgekehrt sah auch die Gemeinde Oesede keine Veranlassung, das in ihrem Ort entstandene fremde Eigentum des Unternehmens zu schützen. So mußte erst das Kgl. Amt Iburg die Gemeinde darauf hinweisen, es sei nicht das erste Mal

„ein Angriff auf verschiedene neue Anlagen des GMBHV gemacht worden, indem im Dunkel der Nacht versucht ist, den neben dem neuen Schacht im Dütetal errichteten großen Schornstein umzuwerfen, und bereits eine der Ketten gewaltsam gesprengt worden ist, bevor die angeordnete Wache die Frevler in ihrem strafbaren Beginnen zu stören vermag hat." Das Amt verpflichtete den Gemeindevorstand von Oesede, *„auf jede und alle strafbare, insbesondere gegen die Anlagen des GMW gerichtete, Schaden verursachende Handlung ein Augenmerk zu richten und jedes frevelhafte Beginnen auf alle Art und Weise zu verhüten suchen. Namentlich hat der Gemeindevorstand bekannt zu machen, [...] daß ein jeder, der sich irgend eine solche gesetzwidrige Handlung zu Schulden kommen lassen, oder dazu verleiten, oder — wenn ihm bekannt — nicht verhindern und Anzeige darüber machen würde, streng zur Strafe gezogen, eventuell sofort arretiert, — und verantwortlich für jeden Schaden gemacht werden würden. — Insbesondere wird ernstlich gewarnt, da die Verwaltung des Georgs-Marien-Vereins Anordnung zur wenn nötig gewaltsamen Abwehr etwaiger Angriffe getroffen hat."*[18]

Die Oeseder hatten demnach über die Taten stillgeschwiegen. Vermutlich bestand ein Zusammenhang zwischen dem Versuch der Zerstörungen am Oeseder Schacht und dem Versiegen der Trinkwasserbrunnen vier Wochen zuvor, wovon ein Heuerling, ein Kötter, ein Gastwirt, zwei Colonen und das Pfarrhaus betroffen waren. Bei allen übrigen, sich in den Akten des Werkes und der Ämter niederschlagenden Problemen aus der Gründungszeit des GMBHV sind die Streitpunkte klar erkennbar. Die Bandbreite brachte der Iburger Amtmann von Wippern schon früh präzise auf den Punkt: Die Fremden seien „ein großer Bedruck für die hiesigen betroffenen Gemeinden [...], und dieser nicht bloß in vermögensrechtlicher Hinsicht, sondern auch aus Mentalitätsrücksichten."[19]

Die Ausdrucksformen der unterschiedlichen „Mentalitäten" sind schwer faßbar. Rückblickend kommen drei Dinge in Betracht: der durch die unterschiedlichen Arbeitszeiten bedingte andere Lebensrhythmus, die konfessionellen Unter-

18 Amtmann v. Wippern am 17.12.1856 an den Gemeindevorstand zu Oesede, Rep 350 Iburg, Nr. 2545.

19 Konferenzprotokoll des Iburger und Osnabrücker Amtmannes über das Werk vom 9.4.1859, Rep 335, Nr. 5458.

schiede und der Zustrom vor allem der gewerblichen Arbeiter aus dem Harz. Ihr Erfahrungshintergrund und ihre soziale Herkunft wichen am stärksten von den Erfahrungen und Lebensbedingungen der einheimischen ländlichen Bevölkerung ab. Bei den Harzern kam ihr völlig anderes Versorgungsdenken zum Tragen. Die Hausbetteleien der Bewohner vom Osterberg in Oesede und vom Rothenberg in Hasbergen[20] — hier wohnten viele der Harzer Bergleute — waren, wie der Diebstahl von Holz und Früchten,[21] Ausdruck der blanken Not. Der „Diebstahl" war für sie vielleicht nur die selbstverständliche Übernahme der alten Harzer Bergfreiheiten und Gewohnheiten, zu denen u.a. das Recht zum Sammeln in den Wäldern gehörte.[22] Auch der Höker- und Kleinhandel und die Schankgeschäfte vieler Frauen mögen befremdlich gewirkt haben. Im Oberharz waren sie ein Zubrot der Bergmannsfrauen und -witwen. In der GMHütter Gewerbezählung von 1877/78 tauchen sie in großer Zahl wieder auf.[23] Vermutlich bezog der Iburger Amtmann in seiner Einschätzung der „Mentalität" auch die Konfession mit ein, zumal sie Feiertage und Feste besonders prägte und dies auch nach außen sichtbar wurde. Die Fremden veranstalteten keine Prozessionen, keine Frühmessen, feierten Konfirmation statt Kommunion, hielten keinen Leichenschmaus. Sie feierten ihre Hochzeiten nicht drei Tage lang, wie üblich meistens von Mittwoch bis Freitag, und führten dafür den Polterabend ein.[24]

In „vermögensrechtlicher Hinsicht" forderten die Bauern die Übernahme entstandener Schäden durch das Industrieunternehmen. Doch Armenrecht, Wegerecht und Bergrecht standen auf seiten des GMBHV: Im Armenrecht des Osnabrücker Landes gab es im 19. Jahrhundert noch keine Vereinheitlichung der Armenverbände, so daß sich Armen- und Domizilverband zum Teil nicht deckten.[25] Im Wegerecht war es ähnlich. Im Hannoverschen Gesetz von 1851 wurde die Wegepflicht der Gemeindewege den Gemeinden auferlegt, die der Landstraßen den Wegeverbänden. Der Unterhalt konnte in Hand- und Spanndiensten, aber auch in Barzahlung abgegolten werden. Bei einseitiger Nutzung der Landstraßen und der Gemeindewege z.B. durch Gewerbetreibende war der Betreffende „zu verhältnismäßiger Entschädigung" (42) anzuhalten, im Falle des

---

20 S. auch unten S. 338: Eingabe der Gemeindevorsteher.

21 Landdrostei an Amt Iburg am 23.12.1858, Rep 350 Iburg, Nr. 2545.

22 Schildt, Tagelöhner, S. 94f. berichtet ebenso über das Hztm. Braunschweig: „Aus Braunschweig sind die Berichte über Diebstähle außerordentlich häufig, und zwar handelte es sich hier hauptsächlich um Holzdiebstähle. Nur in den armen Wesergegenden zogen die Häuslinge auch in den Wald, um verbotener Weise Laub einzusammeln, das sie als Streu oder Dünger verwendeten. Man merkt den Berichten an, daß der Holzdiebstahl etwas Alltägliches war."

23 Rep 350 Osn, Nr. 918.

24 S. die umfangreiche, auf Gewährsleute aufgebaute Arbeit über die einheimischen Sitten und Bräuche in den Kirchspielen Oesede und Hagen insbesondere aus dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, in Erfahrung gebracht und gesammelt von dem katholischen Geistlichen aus Oesede: Suerbaum, August, Sitte und Brauch unserer Heimat, Osnabrück 1951, zur Hochzeit s. S. 40f.

25 S. dazu auch Teil A, Kap. 2.1, S. 37f.

Scheiterns einer gütlichen Einigung mußte die Landdrostei auf dem Verwaltungswege entscheiden.[26]

Das Bergrecht war bis 1867, als mit der Annexion Hannovers das Preußische Allgemeine Berggesetz von 1865 Gültigkeit erhielt, nicht kodifiziert. So förderte insbesondere das Fehlen eines Bergbaurechtes lang andauernde Streitfälle und verwies die geschädigten Bauern auf den Weg der Privatklage. Im Fürstbistum Osnabrück galt „an sich die Beschränkung [...], jeden verursachten Schaden vollständig beseitigen und entschädigen zu müssen. Nach diesem Grundsatz hat das Kgl. Finanz-Ministerium [...] stets entschädigt und dieses Prinzip ist auch in Rechtsstreitigkeiten von der früheren Justizkanzlei in Osnabrück ausgesprochen worden."[27] Das private Unternehmen des GMBHV sah für sich aber wenig Grund, den alten Gewohnheitsrechten zu folgen. Daß es vor diesem rechtlichen Hintergrund nicht weit häufiger zu Zerstörungen durch Einheimische kam, ist wohl nur der Drohung des GMBHV zuzuschreiben, gegebenenfalls selbst zur gewaltsamen Abwehr zu schreiten.

Der Streit um das Versiegen der Trinkwasserbrunnen war ein weiterer Konfliktpunkt. Er begann 1856 und zog sich über sechs Jahre hin.[28] Der GMBHV zahlte zunächst eine Entschädigung und leitete ersatzweise Grubenwasser in den Ort, das zuvor gefiltert worden war. Er interpretierte dieses Vorgehen als freiwillig und ohne jede Verpflichtung von außen. Die gewohnheitsrechtlichen Regelungen im Ausgleich von Bergschäden wurden zum großmütigen Geschenk deklariert.

Für eine von der Landdrostei angeregte Untersuchung des Grubenwassers lehnte der GMBHV die Kostenübernahme ab und empfahl den Betroffenen, sich selbst Quellwasser in der Nähe ihrer Höfe zu suchen. Wer das Grubenwasser ablehne, solle es sein lassen.[29] Hier kam hinzu, daß den Oesedern Wasser aus langen Röhren neu war und sie an eine zusätzliche Schädigung des Wassers durch den Transport glaubten.[30] Um sich reinzuwaschen, beauftragte das Werk nun seinerseits zwei Mediziner aus Osnabrück, deren Untersuchungsergebnis „durchaus günstig" lautete. Dermaßen gefoppt, bestand die Landdrostei nun ihrerseits entschieden auf einer zweiten Untersuchung, um Schäden bei Mensch und Vieh vorzubeugen — ohne Erfolg.

Mittlerweile, nach sechs Jahren, war die Qualität des Wassers immer schlechter geworden. Es versiegte beim Gastwirt Düttmann wiederum ganz, so daß er sich im Januar 1862 zu einer Eingabe an den König entschloß. Der daraufhin erfolgte Vorschlag des Innenministers von Borries bestand in einem Vermittlungsgesuch

---

26 Sammlung der Gesetze, Verordnungen und Ausschreiben für das Königreich Hannover vom Jahre 1851, Hannover 1851, S. 141ff.

27 Eingabe des Kgl. katholischen Konsistoriums an die Landdrostei vom 25.2.1859, zit. nach Ott, Kohle, S. 203. Zum Bergrecht im Königreich Hannover s. Jugler, Verhältnisse, S. 95-100.

28 Rep 335, Nr. 5457; ich stützte mich hier weitgehend auf Ott, Montanindustrie, S. 204ff.

29 Ott, Montanindustrie, S. 206.

30 Rep 335, Nr. 5457, Bl. 14.

an die Landdrostei — eine Parallele zur Unklarheit und zum Kompetenzgeschiebe in der Frage des Baues der Hüggelbahn. Letztlich gab er auch dies auf, da der Verwaltungsrat des GMBHV signalisierte, eine Vermittlung sei „voraussichtlich erfolglos, gleichwohl aber mit erheblichen Auslagen verbunden."[31] In Abwägung der Vor- und Nachteile trat der GMBHV noch im Februar 1862 selbst einen trotzigen Rückzug an und erklärte sich, „wenn auch unter ausdrücklichem Widerspruch gegen die von den Einwohnern Oesedes vorausgesetzte *Verpflichtung* des Vereins — endlich dazu bereit [...], lediglich aus Billigkeitsrücksichten den betreffenden Einwohnern [...] eine durch Sachverständige zu ermittelnde Vergütung hastiren zu wollen."[32] Die „Instruktionen" sollten die Sachverständigen von je einem Vertreter des Werkes, der Gemeinde Oesede und des Amtes Iburg erhalten.[33]

Ähnlich feilschend verlief der Streit um die Anerkennung der Risse in den Hauswänden. Sie waren eine Folge des Erzabbaus in Oesede und zum Teil so groß, daß die Begutachter „die Hand hineinschieben" konnten. Das starre Leugnen des GMBHV und die Diskussionen über jeden einzelnen der Risse führten letztlich zu einem mehr als unbefriedigenden Ergebnis für die Betroffenen. Der Iburger Amtmann, für den GMBHV der Einfahrer Hartleben sowie der Bergmeister Bauer von den staatlichen Kohlengruben zu Borgloh, wohl immer noch für die Bevölkerung ein Garant für Fairness, begutachteten die Schäden. Im Ergebnis wurde vom amtlicher Seite „der Einfahrer Hartleben ersucht und veranlaßt: von Zeit zu Zeit die in Augenschein genommenen Gebäude auch ferner zu besichtigen und zu constatieren: Ob die Risse an den Gebäuden sich etwa vergrößern oder vermehren würden? und dem Amte eventuell darüber Anzeige zu machen; — welche der Herr Einfahrer zugesichert hat."[34] Dabei blieb es.

Streitfälle, die sich aus dem Fehlen eines kodifizierten Bergrechts ergaben, füllen die Akten der Landdrostei.[35] Die Frage der Landenteignung für den Wege- und Eisenbahnbau sowie die spätere Wegegelderhebung sind ein weiterer Komplex. Im Zuge der Verlegung des Verbindungsweges von Oesede über Malbergen nach Hagen kam es 1858 zum zweiten Mal zu Angriffen auf die Anlagen des GMBHV. Der alte Weg kreuzte den ehemaligen Schultenhof und jetzigen Hüttenplatz und mußte weiter nach Norden verlegt werden. Der GMBHV hatte nach amtlicher Auflage ein neues Wegstück angelegt, den Weg begradigt und verbreitert und ihn der Gemeinde Malbergen übergeben, die Schnittstellen zum alten Weg mit einer Böschung bepflanzt und mit Staketten versperrt."20 bis 30 Einheimische" machten sich eines Morgens um acht Uhr gewaltsam Platz und

31 Zit. nach Ott, Montanindustrie, S. 207.
32 Ebd.
33 Bericht des Iburger Amtmannes an die Landdrostei vom 19.2.1862, Rep 335, Nr. 5457, Bl. 22.
34 Rep 335, Nr. 5458, Bl. 58.
35 Ott, Montanindustrie, S. 203, Anm. 41 nennt allein sieben umfangreiche Konvolute.

benutzten die alte Wegstrecke,[36] wozu der Gemeindevorstand vorab seine Zustimmung gegeben hatte. Der Gemeindevorstand, der sich nach der Landgemeindeordnung aus Grundeigentümern zusammensetzte, mußte damit wohl auch dem Protest seiner Heuerlinge nachgegeben haben, die das neue Übel am stärksten betraf. Der Ortsvorsteher Uetermann forderte eine dem GMBHV zu kostenaufwendige Begradigung des Weges, da „die Biegung des Bergweges auf den Verbindungsweg von Oesede nach Hagen unter einem Winkel von 90° zu große Unbequemlichkeiten für den geringen Mann darbiete, welcher sein Gespann von Kühen [...] führen zu lassen pflege."[37] Der Zusammenhalt der Bauern und Heuerlinge muß sich angesichts der Drohung des GMBHV, „Gewalt Gewalt entgegenzusetzen", nur noch gefestigt haben.[38] In Malbergen gab es 1852 nur 26 Hof- und 25 Heuerstellen. 20 bis 30 Bauern bildeten somit einen erheblichen Teil der männlichen erwachsenen Einwohnerschaft. Von jeder zweiten Hof- und Heuerstelle war also ein Mann gekommen oder geschickt worden.[39]

Bei den bisher ausgewählten Berührungspunkten und Konflikten wehrte sich die bäuerliche Bevölkerung gegen direkte Eingriffe in ihr Eigentum und in ihre Arbeitsbedingungen. Anders gelagert war hingegen die Frage der Armenversorgung: Hier ging es zugleich um die zugewanderten Menschen.

In der unmittelbaren Gründungszeit 1856/57 sind noch keine höheren Armenlasten für die Gemeinden nachzuweisen — wohl eher eine Folge des Chaos als Zeichen der ausgebliebenen Not.[40] Erst mit der Gemeindegründung GMHs entstand eine Ordnung — im Sinne Aschenputtels: die ‚Guten' nach GMH, die ‚Bösen' und die Armen nach außerhalb. Die bisherige Versorgung der ledigen Dorfarmen, der „Rundlieger", war in überschaubarer Weise abwechselnd durch die Bauern erfolgt. Die Dauer richtete sich je nach „Erbesgerechtigkeit": Der Vollerbe hatte ihn acht Tage zu beköstigen, der Halberbe vier, der Erbkötter zwei, der Markkötter einen Tag. Der Dorfarme hatte dabei am unteren Ende des Tisches zu sitzen.[41]

Die Eingabe der Ortsvorsteher von Holzhausen, Hasbergen, Ohrbeck und Natbergen vom 1.3.1862 an das Amt Osnabrück ist ein hervorragendes Beispiel

---

36 Schreiben des Verwaltungsrates an das Amt Osnabrück vom 28.8.1858, Rep 350 Osn, Nr. 1256. Die neue Wegstrecke hatte der Hannoveraner Architekt Ludwig Debo in blanker Unkenntnis der Gegebenheiten in den Entwurf für die Kolonie eingezeichnet.

37 Protokoll des Osnabrücker Amtmannes über die gescheiterte Güteverhandlung zwischen dem Gemeindevorstand Malbergens und dem Hüttendirektor Brand vom 9.4.1859, Rep 350 Osn, Nr. 1256. 1845 kam im Fst. Osnabrück auf 29 Heuerlinge nur ein Pferd. Nach Ott, Kohle, S. 50.

38 Wie Anm. 36.

39 Malbergen zählte 1848 383 Einwohner: Ringklib, Handbuch, 1853. Die Zahl der Hof- und Heuerstellen aus Chronik Georgsmarienhütte, S. 14.

40 Die Armenlasten für die Gemeinde Malbergen wiesen für 1856 und 1857 noch keinen Anstieg auf. Rep 350 Osn, Nr. 935.

41 Suerbaum, Sitte und Brauch, S. 78, vermutlich bezogen auf die ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

für die Haltung der grundbesitzenden Bauern aus der Umgebung des Werkes gegenüber der ‚neuen Armut'. Sachlich, informiert und verantwortlich trennten sie zwischen der Direktion des GMBHV und dem Gemeindevorstand GMHs einerseits sowie den Arbeitern andererseits, denen keine Schuld an ihrer Lage zugeschrieben wurde. Auch das Industriewerk als angsteinflössendes, allgemeines Unglück kam nicht vor.

„In letzter Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß Arbeiter des G.M.Vereins um Erwerb des Domizils und Erteilung eines Trauscheines bei den untenbenannten Bauernschaften eingekommen sind. Die unterzeichneten Vorsteher erlauben sich hohes Königl. Amt zu ersuchen, den Gemeinden in dieser Angelegenheit seinen Schutz zu Teil werden zu lassen, und es würden im entgegengesetzten Falle die Interessen der Gemeinden auf eine harte und einhellige Weise sehr gefährdet werden. Wir erlauben uns die Sachlage zu schildern. Augenblicklich hält sich in hiesiger Gegend eine große Anzahl Arbeiter auf, welche in verschiedener Weise, sei es als Bergleute, Erdschieber usw. in ausschließlichem Interesse des G.M.V.s arbeiten. Es sind fast durchschnittlich Fremde. Das Streben dieser jungen Leute geht dahin, sich eine Familie zu gründen. Um zum Ziele zu gelangen mieten sie zu hohen Preisen eine kleine Wohnung etwa 1 Stube und 1 und 2 Kammern, ohne zu bedenken, ob diese nur dürftig genügt, und ob ihre Existenz überhaupt eine gesicherte sei. Die Direktion des G.M.Vereins stellt Bescheinigungen aus, worin die Arbeitsfähigkeit, die Dauer der Arbeit, die Unbescholtenheit des Individuums bekräftigt wird. [...] Ob die Interessen der benachbarten Gemeinde durch die Familie der Arbeiter später gefährdet wird oder nicht, scheint dem G.M.V. gleichgültig zu sein; vielmehr liegt es im Interesse desselben, möglichst viele Arbeiter zu haben, die eine Familie gegründet haben, da er diesen leichter die Höhe des Lohnes vorschreiben kann; und in der Verarmung braucht er sie ja nicht zu unterhalten.

Sollte nicht bei einer solchen Sachlage der G.M.V. angehalten werden können, die Trauscheine auszustellen? Wir glauben dieses um so mehr, als der G.M.V. eine eigene Gemeinde bildet, und es ja ein Hauptmoment, worauf er sich beim Gesuch um Bildung einer solchen stützte das war, daß es seinen Arbeitern bei der Renitenz der Gemeinden nicht möglich sei, Familien zu begründen. Nun aber, da er eine eigene Gemeinde bildet, will er es möglichst vermeiden und es sehr erschweren, daß Arbeiter das Domizil auf der G.M.Hütte erwerben; ihn können die Arbeiter nicht zwingen, er vermietet keine Wohnungen, kündigt ihnen die Arbeit; daß die benachbarten Gemeinden gezwungen werden können, hilft er tunlich durch Ausstellung eines Scheines jeder Art! Ja, den Herrn des G.M.V. ist eine große Klugheit nicht abzusprechen, dadurch daß der G.M.V. eine eigene Gemeinde bildet, braucht er in Zukunft zu den Lasten, die seine Arbeiter Malbergen verursachen, nicht beizutragen!

Und was wird die Folge sein? Die Armenlasten werden für die Gemeinden eine unerschwingliche Höhe erreichen; denn es ist leider eine traurige Wahrheit, daß im Allgemeinen die Fabrikbevölkerung von der Hand in den Mund lebt und bei den ersten ungünstigen Verhältnissen unterstützungsbedürftig sind. Wir verweisen auf die jetzt schon zur Last werdenden Hausbetteleien der Bevölkerung des Osterberges und des Rothenberges. Wie wird es aber werden, wenn Geschäftsstockungen eintreten, oder wenn der gar nicht unmögliche Fall eintritt, daß der G.M.V. seine Arbeiten gänzlich einstellen muß. Von 100 sind die Aktien schon auf 25 gefallen, und von 25 auf 0 ist kein weiter Weg. Welch eine Menge arbeitsloser und

armer Familien werden wir dann haben und woher die Mittel sie zu unterhalten und zu ernähren? Wie viel günstiger sind denn auch die Städte gestellt; diese erhalten von den Einziehenden das Bürgergeld, die auch auf längere Jahre Bürgen stellen müssen.

So ist denn der alleinige Vorteil auf Seiten des G.M.Vereins und der alleinige Nachteil auf Seiten der Gemeinden. Wir bitten deshalb hohes K. Amt diesen erdrückenden Übelstande abzuhelfen und dahin zu wirken, daß der G.M.Verein seinen Arbeitern den Trauschein ausstellen muß, wozu er im Stande ist, da er eine eigene Gemeinde bildet."[42]

Zur Verstärkung wurde ein Beispiel genannt: Der Vorsteher GMHs hatte sich über einen Bergmann geäußert, der „von einer unseeligen Rauf- und Mordlust beseelt" sei. Solange er, Meyer, Vorsteher auf der GMHütte sei, werde er dessen Domizilierung niemals zustimmen. Der Bergmann hatte stattdessen in Holzhausen einen Trauschein beantragt und Papiere über Arbeitsfähigkeit, Arbeitsvertrag und Unbescholtenheit vorgelegt. Der Gemeindevorsteher Korff aus Holzhausen konnte nicht mehr tun, als den GMHütter Beamten zu bitten, doch „gütigst zur Notiz zu nehmen", wie es sein könne, daß die Direktion „einem solchen Menschen, wovon sie eine so ungünstige Meinung habe, noch kürzlich einen günstigen Schein ausgestellt habe."[43]

Das Recht, aber auch der Spielraum des rechtsfreien Raumes, lagen meistens auf seiten des GMBHV, auch wenn dies dem zeitgenössischen lokalen Rechtsempfinden widersprach. Doch diese Ohnmacht verleitete die Gemeindevorsteher nicht zu Haß und Wut gegenüber den fremden Arbeitern. An Besitz, in Herkunft, Status und Konfession verschieden, klingt aus ihrem Brief vielmehr eine Solidarität der Opfer. Sie bemühten sich im eigenen Interesse und im Interesse der Arbeiter um eine erträgliche Situation.[44] Der Regierungsrat Schow konnte in seinem Bericht vom Sommer 1858 an das Innenministerium die Haltung der Bevölkerung gar nicht anders als „nicht nur ablehnend, sondern auch positiv feindselig" charakterisieren[45] und aus der Sicht des Unternehmens war dies ganz richtig.

Mit der Konsolidierung des Unternehmens ab Mitte der 1860er Jahre, der Einstellung des Kohlenbergbaues in Oesede 1866, dem Abschluß der großen Bauten und dem vorläufigen Einpendeln der Arbeiterzahl bei etwa 1.500 nahmen Häufigkeit und Härte der Konflikte ab: Was blieb, war das Problem der Armenlasten und die Spannungen zwischen den Konfessionen. So gesehen bestand in der

---

42 Rep 350 Osn, Nr. 2271, in Auszügen auch bei Ott, Montanindustrie, S. 199f.

43 Rep 350 Osn, Nr. 2271.

44 Dieselbe Balance zwischen Fürsorge einerseits und Sicherung der Gemeindefinanzen andererseits zeigten die Gemeinden auch 1856 bei dem Streit um eine Markkötterei in Hagen. Der GMBHV wollte ein Nebenhaus zu Wohnzwecken erwerben, das jedoch von seiner Größe her keine existenzfähige Hofstelle mehr ergeben hätte. Die Heuerlingskommission, die ein Scheitern des neuen Industriewerkes befürchtete und damit die Aufgabe des Hauses durch den GMBHV, protestierte vergeblich gegen den Verkauf. S. dazu genauer Teil C, Kap. 2, S. 103f.

45 Rep 300, Nr. 1056, Bl. 130.

Gründungszeit eine ganz normale Front, die sich aus dem Aufeinandertreffen von Landwirtschaft und Industrie in einer Region ohne jedwede notwendige Infrastruktur ergab.[46] Eine falsche Front entstand erst, als die handfesten Probleme weniger wurden: Die Spannungen zwischen den Konfessionen, ursprünglich für den Verwaltungsrat kein Thema, wurden neu entdeckt und instrumentalisiert.

Überraschend ist, daß der Verwaltungsrat in den Begründungen zur Gemeindebildung noch keine konfessionellen Argumente anklingen ließ. Einzig der evangelische Iburger Pastor brachte sie direkt ins Spiel und ein Blick in seine Trauungsbücher in den Jahren nach 1856 zeigt die Häufigkeit der Familiengründungen ohne Trauschein. Mehrere gemeinsame Kinder ohne kirchlichen Segen waren keine Seltenheit. Der GMBHV nannte als wesentlichen Grund für eine Gemeindegründung die Frage des Wohnrechts und des Trauscheins, die dann später gern vergessen wurde.

Es hatte zwar von Beginn an Streit um Begräbnisplätze, Sonntagsruhe und die katholischen Feiertage gegeben; doch dies waren Störungen, die schlicht auf dem Verwaltungswege zu beseitigen waren. Die Nichteinhaltung der Ruhe an Sonn- und Feiertagen mußte polizeilich genehmigt werden, die Arbeitszeitfrage an katholischen Feiertagen aber wurde zum Dauerkonflikt und kompromißlos verfolgt.[47]

Das lang andauernde Verfahren zur Anlegung eines gemischtkonfessionellen Friedhofes in GMH ist ein Beispiel für die Nebensächlichkeit der Religionsfrage auf seiten des GMBHV. Während die Katholiken in Hagen und Oesede „ohne Schwierigkeiten in der Kirche betreut" wurden,[48] verweigerten die Oeseder die Beerdigung der in Oesede und Malbergen gestorbenen Fremden auf ihrem Friedhof. Ebenso kam es in Hagen vor, daß eine Leiche einfach liegenblieb.[49] Der Verwaltungsrat ließ daher ab Frühjahr 1857 die Toten auf einem bisher auf dem Schultenhof nur projektierten Friedhof, und das bedeutete auf einem noch ungeweihten Platz, begraben. Ende 1857 erteilte das Evangelischen Consistorium zu Osnabrück die Genehmigung für die Bestattung der evangelischen Fremden auf diesem Platz, doch nun fand sich nicht einmal ein evangelischer Totengräber, so daß ersatzweise dem Lehrer auf der GMH diese Aufgabe übertragen wurde. Das Angebot des Verwaltungsrates, den Friedhof für beide Konfessionen zu öffnen, blieb auf katholischer Seite unbeantwortet. Aus Platzmangel auf dem Oeseder Kirchhof mußten die Katholiken ihre Toten mittlerweile in Osnabrück bestatten. Dazu wiederum war häufig entweder kein Fuhrwerk vorhanden oder die Familien konnten es nicht bezahlen.

---

46 Diese konfliktreichen Jahren beherrschen in überdimensionierter und verzerrender Form die späteren Aussagen der Werksleitung, den Werkschronisten Müller von 1895 und den Großteil der darauf aufbauenden späteren Literatur.

47 Zur Einhaltung der Sonntagsruhe in den Jahren 1856-1870 s. u.a. Rep 350 Iburg, Nr. 5001 und 7969, zur Arbeitszeitfrage s.u. die Beschreibung der Arbeitsniederlegungen.

48 Ämter Osnabrück und Iburg an die Landdrostei am 5.3.1859, Rep 350 Iburg, Nr. 1692.

49 Ebd.

Das Kgl. Hannoversche Katholische Konservatorium knüpfte 1861 an die Zusage zur Bestattung der Toten in GMH die Bedingung, den katholischen Angehörigen des Vereins eine „katholische Einrichtung zur Befriedigung der religiösen Bedürfnisse" zur Verfügung zu stellen. Der Verwaltungsrat bot nun seinerseits, vergeblich, eine Frühmesse an allen Sonn- und Feiertagen an. Erst nach vier Jahren wurde der Dialog von den Katholiken, hier vom Bischöflichen General-Vikariat, wieder aufgenommen; es schien, als habe man bisher noch nicht so recht an das Bestehen des Unternehmen geglaubt. Das General-Vikariat gab dem Katholischen Consistorium zu Osnabrück die neue Perspektive vor: Man sei erst dann bereit, einen Priester abzuordnen, wenn ein Lokal zur Verfügung gestellt, Schulunterricht für katholische Kinder erteilt, eine Schulvikarie eingerichtet werde und der Vikar zugleich den Gottesdienst übernähme.

Zwei Monate später, im September 1865, kam es auf der GMH zum ersten Streik: Ausschließlich katholische Arbeiter beharrten auf der Einhaltung eines katholischen Feiertags. Dies mag die Direktion bewogen haben, sich die Kontakte der Katholiken genauer anzusehen und auch das katholische Friedhofprojekt voranzutreiben. Als Grund gab Direktor Wintzer an, die Beerdigungen auf dem Johannisfriedhof in Osnabrück gäben einigen katholischen Trauernden, speziell Familienvätern aus GMH, zugleich die Gelegenheit zu einem ganztägigen Wirtshausbesuch in der Stadt. In GMH gingen die Trauernden direkt vom Gottesacker nach Hause und der traditionelle Leichenschmaus wurde hier gar nicht erst eingeführt.[50] In Wirklichkeit sollten die Arbeiter zukünftig in GMH gehalten werden und keinen Grund mehr finden, sich in der Stadt aufzuhalten.[51] Das Generalvikariat erlaubte aber erst Ende 1872 die Bestattung der Katholiken auf dem Friedhof in GMH, nachdem entsprechend seinem Plan 1871/72[52] dem GMBHV die Einrichtung eines katholischen Gottesdienstes und einer katholischen Schule abgetrotzt worden waren.

Bestehende kirchliche Konfrontationen und Abneigungen sollen hier weder negiert noch verharmlost werden. Sie wurden jedoch genutzt und ausgespielt, um „zwei voneinander geschiedene Klassen" aufrechtzuerhalten.[53] Die Auswertung des Heiratsverhalten hat schon für die erste Generation gezeigt, daß es viele Verbindungen aus der Kolonie hinaus und in die Kolonie hinein gegeben hatte.

Abschließend wird nach den Kontakten zwischen den Belegschaften gefragt: Wann und wo gab es Verbindungen zwischen den einzelnen Werken und Abteilungen, zwischen Kolonie, Stadt und Land und wodurch waren sie charakterisiert? Hierzu werden hilfsweise die einzelnen Arbeitsniederlegungen beim GMBHV und in den übrigen Werken der Osnabrücker Montan- und Metallin-

50 Zur Anlegung des Friedhofes s. Rep 350 Osn, Nr. 512. Zur evangelisch-lutherischen Kirchengründung s. Teil E, Kap. 3.

51 Dieses Argument stand auch bei der Gründung der evangelisch-lutherischen Kirche Pate.

52 Holtmann, Bernd, Die Herz-Jesu-Pfarre Georgsmarienhütte, Osnabrück o.J. (1968), S. 71, 18. Die Verhandlungen über die katholischen Einrichtungen begannen in der Kirchenchronik erst 1867/69.

53 Zitat s. oben S. 311.

dustrie für den gesamten Untersuchungszeitraum beschrieben und verglichen; sie verdeutlichen das ganze Ausmaß und zugleich die Kontinuität in den gegensätzlichen Interessen der einzelnen Belegschaften.

Die frühen Arbeitskämpfe in der Osnabrücker Montanindustrie vor 1875 entsprachen dem Typus der punktuellen, noch nicht vorgeplanten und organisierten Streiks, wenngleich unter den Kämpfenden eine interne Meinungsbildung und Absprache stattgefunden hatte.[54]

Streiks in GMH: Im Hüttenwerk selbst und damit in GMH wurde nach der Überlieferung bis zum Ersten Weltkrieg vier Mal gestreikt, 1865, zwei Mal im Jahre 1897 und 1898: Am 8. September 1865, dem katholischen Feiertag Maria Geburt, waren 25-30 Arbeiter zuhause geblieben. Auf den prompt erfolgten Lohnabzug reagierten sie zunächst mit einer Eingabe: „Die Leute machten die Einwendung, daß ihre Kirche ihnen verbiete, an solchen Festtagen einem bürgerlichen Geschäfte nachzugehen" Damit protestierten sie „gegen den Abzug. Aber ohne Erfolg." Im Oktober kündigte daraufhin wohl die gesamte katholische Minderheit in der Belegschaft und entzog sich — vermutlich zur Genugtuung der Werksleitung — der Austragung ähnlicher künftiger Konflikte.[55]

Der zweite Streik fand erst fast 40 Jahre später, im März 1897, in der Gießerei und unter den ehemaligen Arbeitern der Möllerei statt.[56] Die „Neulinge" in der Gießerei erhielten bei hoher Auftragslage für dieselbe Arbeit geringeren Akkordlohn als die schon länger Beschäftigten. Die Neulinge legten die Arbeit nieder, sieben junge Leute wurden entlassen, zehn kündigten selbst. Der Protest blieb ohne Erfolg. Der Landrat berichtete außerdem, es haben „an 30 Arbeiter die Arbeit ohne Kündigung niedergelegt und die Dienststelle verlassen. Es ist möglich, daß dies nur in der Absicht geschehen ist, lohnendere Beschäftigung an benachbarten Arbeitsstellen zu finden."[57]

Kurze Zeit später verlangten die Arbeiter in der Möllerei die Gleichstellung mit den Eisenträgern aus dem Hüttenbetrieb, denen eine 7prozentige Zulage zugestanden worden war. Mit Beginn der Nachtschicht, um 22 Uhr, zogen die Arbei-

---

54 Eine detaillierte Verlaufsbeschreibung und Bewertung der Streiks vor 1875 bei Ott, Kohle, S. 311-323, 332-335, 367-374. Ich beschränke mich hier auf Zeitpunkt, Beteiligte, Forderungen und Ergebnis.

55 Social-Demokrat 177/24.10.1865, zit. nach Ott, Kohle, S. 318f. Zahl der Arbeiter s. folgende Anm. Ott gab „vermutlich 50" an. Die Eingabe des Osnabrücker Ober-Gerichtsanwalt Dykerhoff an König Georg V., angesichts seines Protektorats und seiner bedeutenden Beteiligung am GMBHV solches Verhalten der Direktion nicht zuzulassen, blieb ohne Antwort. Schreiben vom 19.10.1865, Dep 103, IX, Nr. 459. Die Rolle Dykerhoffs ist unklar, er war kein Aktionär.

56 „Das Möllerhaus ist kürzlich niedergelegt und es sind an dessen Stelle steinerne Erztaschen erbaut", um „ein Wiederaufladen der Erze nach dem Abstürzen auf die Lagerplätze zu vermeiden, die Erze trocken zu lagern und durch Heizung ihren natürlichen Wassergehalt zu mindern." Müller, I, 2. Teil, S. 45, geschrieben 1896.

57 Rep 335, Nr. 12641, Bl. 28f.

ter der Möllerei vom Werk aus zu den Direktorenwohnungen im Schloß und setzten ihre Forderung durch.[58]

Der vierte Streik, eine 10wöchige Arbeitsniederlegung von April bis Juni 1898, ist nicht so bekannt wie der zeitgleiche Streik der Bergleute am Piesberg.[59] Der Piesberger Streik unterschied sich von den anderen Arbeitsniederlegungen beim GMBHV vor 1914 dadurch, daß er sich auf zwei Standorte ausdehnte. Zudem war die Qualität dieses ersten klassischen Streiks, der sich durch Verhandlungen, Streikbeschluß und Streikdurchführung auszeichnete, auch eine Folge der Agitation von außen, hier durch den Essener Gewerkverein christlicher Bergarbeiter. Der Konflikt am Piesberg brach Anfang Januar 1898 am Dreikönigstag aus. Anlaß waren sieben arbeitsfreie katholische Feiertage, die das Werk nicht mehr zu dulden bereit war.[60] Letztlich waren für die Arbeiter diese Tage, außer für den Kirchgang, notwendig, um ihrer Landwirtschaft nachzukommen. Über die Einhaltung der sieben Feiertage hinaus forderten die Arbeiter „gerechten Lohn, mit dem ein Bergarbeiter und seine Familie anständig durchs Leben kommen kann und Einschränkung der Schichtdauer."[61] Der GMBHV, inzwischen Eigentümer des ehemals städtischen Bergwerks am Piesberg, entschied Ende Mai 1898, das Bergwerk absaufen zu lassen. Hier kam der Streik als Grund und Entscheidungshilfe entgegen, denn schon seit langem war man durch Probleme bei der Wasserhaltung an die Rentabilitätsgrenze gestoßen. Die Abteilung Piesberg blieb fortan ein reiner Steinbruchbetrieb.

---

58 Rep 335, Nr. 11113, Bl. 309ff. Ich beschränke mich hier auf wenige Fakten, um den Verlauf halbwegs aus dem Bericht des Gemeindevorstehers von GMH an die Landdrostei zu filtern und nicht zu verfälschen. Der Gemeindevorsteher sollte mit seinem Bericht die zuvor abgegebene Fassung des Gendarmeriewachtmeisters entschärfen.

59 S. hierzu Wagner, Gisela, Der Streik in den Piesberg-Betrieben im Jahre 1898, in: Osnabrücker Mitteilungen, 83 (1977), S. 115-131 sowie die grundlegenden Akten der Landdrostei: Rep 335, Nr. 12071, 12072 und 12614. Wagner beschränkt sich auf die Vorgänge am Piesberg und deren zeitgenössische Einordnung. Eine detaillierte Beschreibung des Streiks selbst steht noch aus.

60 Den Industrieheuerlingen blies in dieser für sie wichtigen Frage der Wind von zwei Seiten ins Gesicht. Schon 1892 forderten die Osnabrücker und Iburger Landräte in einem vertraulichen Bericht an die Landdrostei „in Anlehnung an die Zustände in der Provinz Westfalen" die Abschaffung der vielen hier üblichen protestantischen und katholischen Festtage aus „volkswirtschaftlichen Gründen", die wohl innerhalb Preußens eine Ausnahme darstellten. Danach feierten die Katholiken an 9 Festtagen zuzüglich Karfreitag, Ostern und Weihnachten. Überraschenderweise gaben der Iburger wie auch der Osnabrücker Landrat ausschließlich landwirtschaftliche Gründe an und betonten dabei besonders die Heuernte. An den Festtagen ist bis heute das Arbeiten auf den Feldern, also vor den Augen aller, verpönt. Ohne Umschweife äußerten sich da die Bezirkssynodalen des Kirchenkreises Georgsmarienhütte: Sie forderten selbst rundweg eine Abschaffung der protestantischen Feiertage und zeigten sich damit als Sprachrohr des Werkes. Rep 335, Nr. 12395, Bl. 111f, 127.

61 Rep 335, Nr. 12641, Vol. I, Bl. 39, Bericht der Landdrostei an Innenminister am 26.3.1898. Die Bergarbeiter hatten zu der Zeit eine 8stündige Schicht einschl. Ein- und Ausfahrt und einen bekanntermaßen geringen Lohn. Nicht zu unterschätzen ist für das zähe Durchhalten der Arbeiter, daß am 7.9.1893 neun Bergleute bei einem Wassereinbruch zu Tode gekommen waren.

Auf der Hütte flammte die Streikbereitschaft von 1897 sofort wieder auf. Auslöser war die Versetzung zweier Arbeiter aus der Möllerei, deren Arbeit nun eine Maschine verrichtete. Zeitpunkt war der Tag vor dem katholischen Feiertag am 2.2.1898. Zunächst erreichten die Maurer und Möllereiarbeiter über Verhandlungen mit der Werksleitung eine Lohnerhöhung und Wiedereinstellung der kurz zuvor entlassenen Arbeiter.[62] Der Landdrost berichtete darüber an das Ministerium des Innern, daß in GMH zeitgleich zum Piesberg-Konflikt „ein unzweifelhaft von sozialdemokratischer Agitation beeinflußter partieller Streik stattfand, welcher aber durch Nachgiebigkeit der Direktion gegenüber den gestellten Forderungen alsbald beigelegt wurde."[63] Nur 14 Tage später streikten in der Werkstatt und Gießerei 91 „meist junge, wenn auch nicht mehr minderjährige" Arbeiter, gaben aber unter dem Druck von Entlassungen nach zwei Tagen auf. Auch dieser Streik stand vermutlich unter sozialdemokratischem Einfluß, denn ein auf der Hütte beschäftigter sozialdemokratischer Arbeiter, den der Landdrost als den eigentlichen Agitator bezeichnete, „erhielt von der Werksleitung das Zeugnis eines besonders tüchtigen Arbeiters" und wurde entlassen.[64] An anderer Stelle findet sich nur ein einzelner Hinweis auf eine Wiederaufnahme des Streiks mit denselben Forderungen und dem Verlangen, die Entlassenen wieder einzustellen. Dieser Streik dauerte vom 25. März bis zum 9. April.[65]

Der längste, fast zehnwöchige Streik begann auf der Hütte, als Mitte April 1898 die Piesberg-Arbeiter nach langer Vorlaufzeit ihrerseits den Streik beschlossen hatten. Er dauerte vom 14. April bis Ende Juni und endete mit dem Zusammenbruch des Streiks der Bergleute am Piesberg, d.h. mit der Schließung des Bergwerkes. Eigene Forderungen der GMHütter Arbeiter sind für diese Arbeitsniederlegung nicht bekannt, es war der wohl erste Solidaritätsstreik überhaupt in der Osnabrücker Industrie.[66]

Es ist unklar, was letztlich die verschiedenen Gruppen der Streikenden im Hüttenwerk kennzeichnete. Sie schwammen sicherlich im Kielwasser der Piesbergarbeiter und die Ausbreitung des Streiks in den Abteilungen des Hüttenwerks war zum einen ein gemeinsames, solidarisches Vorgehen mit den Beschäftigten des Piesberges. Die schon 1897 in GMH vorausgegangenen Arbeitsniederlegungen lassen andererseits aber auch auf einen vor Ort gewachsenen und lang angestauten Groll schließen. Im Mai streikten allein im Hüttenwerk an die 500 Arbeiter, die vor allem aus dem Hochofenbereich kamen. In den ersten beiden Streiks des Jahres 1898 spielte die Feiertagsfrage in den Forderungen keine Rolle. Im April und Mai hingegen waren die Streikenden fast ausnahmslos katholisch, im Schnitt

62 Rep 335, Nr. 12071, Bl. 35.
63 Rep 335, Nr. 12614, Bl. 40f.
64 Ebd., Bl. 35f. Der Unmut hatte auch auf die Stahmersche Fabrik in GMH übergegriffen, dort wurde mit zwei Entlassungen jedweder größeren Arbeiteraktion vorgebeugt, s. auch Rep 335, Nr. 12701, Bl. 35.
65 Bericht des Kreishauptmannes Grote an die Landdrostei, Rep 335, Nr. 11113, Bl. 326.
66 Ebd., Bl. 326f, Bericht des Landrates an die Landdrostei.

streikten von den Evangelischen nur zwischen 5 und 25 Arbeiter.[67] Weist die Konfession schon auf ein Konfliktpotential aus den einheimischen Arbeitern im Umland des Ortes hin — in GMH lebten 1885 nur 76 katholische Familien[68] — wurden die Arbeiter aus GMH durch die frühzeitig ausgesprochenen Kündigungen der Werkswohnungen schnell ausgegrenzt. Von den insgesamt 700 Streikenden in GMH kamen 698 aus den Nachbargemeinden und nur 2 (!) aus „den eigenen Wohnungen des Vereins."[69] Es war somit keine gemeinsame Arbeitsniederlegung der Koloniebewohner und der Auswärtigen, der Evangelischen und der Katholiken. Was letztlich die Gruppe der im Hüttenwerk Streikenden im ersten großen Streik der Osnabrücker Montanindustrie so formte, wie sie war, bleibt offen; es kann Ausdruck der Bedrohung durch die sich offensiv evangelisch gebenden Direktoren gewesen sein, Empörung wegen lang andauernder Benachteiligungen; aber vordergründig war es ihre Solidarität mit den Piesberg-Arbeitern aufgrund der gemeinsamen ökonomischen Basis von Industriearbeit und Nebenerwerbslandwirtschaft.

Streiks außerhalb GMH: Die Arbeitsniederlegungen in den Betrieben der Osnabrücker Eisen- und Montanindustrie außerhalb des Hüttenwerkes und der Gemeinde GMH begannen 1859 am Kohlenbergwerk des GMBHV, dem sog. flachen Schacht in Oesede. Die wohl überwiegend Harzer Bergleute streikten für die Zurücknahme der neu erlassenen Arbeitsordnung. Ihr Kampf war ohne Verbindung zu den Bergleuten in den staatlichen Gruben zu Oesede und Borgloh, die mit ihrer der landwirtschaftlichen Arbeit angepaßten sechsstündigen Vormittagsschicht und festen Gedingesätzen für sich keinen Anlaß zur Unterstützung sahen.[70] Der Konflikt brach mit robuster Gewalt los und endete erfolglos mit der Entlassung der Wortführer.

1870 streikten die Bergleute am Piesberg gegen die Lohnabzüge durch Geldstrafen und vermutlich gegen die Einführung einer neuen Methode zur Gedingevergabe, die die Konkurrenz zwischen den Bergleuten schüren sollte — ohne Erfolg.[71] Im Oktober 1872 legten die Schlepper auf dem Georgsschacht im staatlichen Kohlenbergwerk zu Borgloh zunächst erfolglos für höhere Löhne und gegen „eine verschärfte Arbeitsdisziplin" die Arbeit nieder. Doch sah sich die Grubenleitung zum Jahresende gezwungen, „die Lohnsätze etwas zu erhöhen und damit (wurde) zugleich der Beginn gemacht, die Belegschaften an regelmäßiges Anfahren und Verlesen zu gewöhnen",[72] ein Versuch, den Heuerlingen

67 Rep 335, Nr. 12072, Bl. 214, 288, 301.

68 Rep 430, Dez. 407, acc 21/43, Nr. 900.

69 Geschäftsbericht des GMBHV — Bericht des Vorstandes — für das Jahr 1897/98, S. 15, Dep 49 B, Nr. 5. Ob diese runde Zahl von 700 nun exakt ist, sei dahingestellt. Zumindest bot sich hier eine gute Gelegenheit für die Selbstdarstellung des eigenen gelungenen Sozialkonzeptes.

70 Ott, Kohle, S. 313-316.

71 Ebd., S. 89f, 322.

72 Jahresbericht der Berginspektion zu Borgloh von 1872, zit. nach Ott, Kohle, S. 332f.

ein Gefühl für Arbeitsrhythmus, Zeit, Disziplin, kurzum eine „methodische Lebensführung" beizubringen.[73]

Im Sommer 1872 streikten zweimal die städtischen Arbeiter im Osnabrücker Stahlwerk, das nun ebenfalls zum GMBHV gehörte. Zunächst setzten sie erfolgreich die Einhaltung der Überstundenbezahlung durch, kurz darauf wehrten sie sich gegen eine zusätzliche Nachtschicht von Sonntag auf Montag, vermutlich aber ohne Erfolg.[74]

Im November 1874 streikte wiederum in Borgloh die Belegschaft des Ottoschachtes, es ging um den vergeblichen Versuch, eine 10prozentige Lohnkürzung abzuwenden. Ein halbes Jahr später folgte die Belegschaft am benachbarten Georgsschacht, sie forderten die Einhaltung der sechsstündigen Schicht in der Erntezeit, höhere Löhne und den Verzicht auf die Reinheitskontrolle der Kohle.[75]

Die Bergleute auf dem Piesberg streikten 1884, 1887 und, wie erwähnt, 1898. 1884 wehrten sie sich erfolgreich gegen eine Vorverlegung des Schichtbeginns von 4 auf 6 Uhr.[76] Im Oktober 1887 streikten die Bergleute und Steinbrucharbeiter für Lohnerhöhungen und gegen die in der Arbeitsordnung festgeschriebenen Bestrafungen, die besonders auf die Arbeitszeitverletzungen zielten. Sie forderten, „daß solchen Arbeitern, die wegen weiter Wege oder wegen sonstiger nicht böswilliger Verspätung, z.B. Verschlafens, nicht pünktlich zur ersten Schicht kommen, gestattet sein soll, auf 3/4 Schicht einzufahren, und daß endlich bei Festsetzung von Strafen mit Milde und Schonung, unter Berücksichtigung der eigenartigen Verhältnisse der ländlichen Arbeiterbevölkerung, verfahren werden soll."[77] Der Streik endete nach mehreren Wochen ohne Erfolg. Die Arbeiter erreichten lediglich die Einrichtung einer ständigen, aus den eigenen Reihen gewählten Deputation von Vertrauensmännern, die als Beschwerdeinstanz zwischen Belegschaft und Stadt agieren sollte.[78]

In den Metallbetrieben der Stadt Osnabrück legten über den Jahreswechsel 1905/06 40 Former der Firma Ortmann die Arbeit zur Erkämpfung von Lohnerhöhungen nieder, das Ergebnis ist unbekannt. 1907 streikten erfolglos die Klempner in der Gasuhrenfabrik Kromschröder ebenfalls für Lohnerhöhun-

---

73 Begriff nach Thompson, Edward P., Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus, in: R. Braun u.a. (Hg.), Gesellschaft in der industriellen Revolution, Köln 1973, S. 81-112, hier S. 96f. Zu Beispielen für das hartnäckige Festhalten am „blauen Montag" in der Schwerindustrie und in Bergwerken noch in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts s. Reid, Douglas A., Der Kampf gegen den „Blauen Montag" 1766-1876, in: D. Puls, E.P. Thompson u.a., Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert, Frankfurt 1978, S. 265-296.

74 Ott, Kohle, S. 329ff.

75 Ebd., S. 368, 370f.

76 Rep 335, Nr. 11113, Brief des Osnabrücker Landrates an die Landdrostei vom 16.10.1884.

77 Osnabrücker Zeitung vom 26.10.1887. Die Knappschaft hatte die Forderungen an die Zeitung gesandt, die Veröffentlichung erfolgte im Zusammenhang mit dem städtischen Ultimatum, das Bergwerk zu schließen.

78 Osnabrücker Zeitung vom 2.11.1887.

gen.[79] Für das Stahlwerk ist erst für 1911 wiederum eine Arbeitsniederlegung überliefert, bei der es vermutlich um bessere Arbeitsbedingungen ging.[80]

Die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Kolonie des GMBHV, in der Stadt Osnabrück und im ländlichen Umland gaben selbst unter den einzelnen Belegschaften der Standorte des GMBHV — Hüttenwerk, Erzgruben im Hüggel, Kohlengrube in Oesede, Stahlwerk in Osnabrück und später das Kohlenbergwerk am Piesberg — keinen Anlaß zur gemeinsamen Durchsetzung berechtigter Forderungen. Während die Arbeiter auf der Hütte und in der Stadt Osnabrück zumeist ausschließlich Lohnforderungen stellten, beruhten die Forderungen auf dem Lande und damit in den älteren Bergwerken überwiegend auf einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Unverträglichkeit von landwirtschaftlicher und industrieller Arbeit.[81] Was für den GMBHV galt, galt ebenso für die Belegschaften der anderen Unternehmen. Ungeachtet der Betriebszugehörigkeit verlief die Trennlinie in den Forderungen zwischen Stadt und Land: Die Nur-Industriearbeiter setzten verstärkt auf Lohnforderungen, die Industrieheuerlinge und Nebenerwerbslandwirte pochten aufgrund ihrer doppelten existenziellen Basis stärker auf den Erhalt der Bedingungen, die ihnen den nötigen Spielraum für die landwirtschaftliche Arbeit gaben.[82]

In der Weimarer Zeit veränderten sich durch die Herausbildung kollektiver Arbeitsbedingungen, der Schaffung eines Tarifrechts und damit vor allem eines flächendeckenden Tarifgebietes das Streikverhalten und die Streikstrategie auch in

79 S. dazu Rep 335, Nr. 12614, Vol I, Bl. 88.

80 Dep 49 A, Nr. 32. Der Hinweis auf diese Arbeitsniederlegung ergibt sich aus den Bauakten: Die Arbeiter hatten u.a. die Renovierung und Neubauten von Dusch- und Wannbädern gefordert.

81 Zur Abgrenzung der Kampfformen s. die Kategorien bei Tenfelde, Klaus, Volkmann, Heinrich (Hg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, darin dies., Einführung, S. 9-30, hier S. 16f. Danach fallen bis 1875 die Formen der Osnabrücker Arbeitskämpfe in die Kategorien Sabotage/Boykott (1859), Petitionseingabe, Arbeitsplatzwechsel (1865) und Abhaltung Arbeitswilliger durch Versperrung des Zugangs zur Arbeit (1870). Streik im Sinne einer kollektiven, befristeten Arbeitsniederlegung gab es im Ansatz nur im Stahlwerk Osnabrück (1872) und im Borgloher Georgschacht (1875). Milles, Dietrich, „... aber es kam kein Mensch nach den Gruben, um anzufahren." Arbeitskämpfe der Ruhrbergarbeiter 1867-1878, Frankfurt/M., New York 1983, widerspricht dem Erklärungsansatz Tenfeldes, den Mittel- und Bezugspunkt bei der Beurteilung der Streiks so ausschließlich in der Organisation zu sehen. „Theoretische Konstruktionen" und „‚Streiktheorien'" helfen nicht immer weiter. Die damit zwangsläufig häufigen Negativbewertungen verstellten den Blick für die „konkreten Auseinandersetzungen und gesellschaftlichen Verhältnisse in einem bestimmten Raum und einer bestimmten Zeit." Ebd., S. 20, 23f. Dies trifft exakt auf die Beurteilung der Osnabrücker Streiks zu. Ott, Kohle, S. 319 spricht in diesem Zusammenhang vom „exklusiven Charakter" der Bewegungen in der Osnabrücker Montanindustrie bis zum Beginn der 1870er Jahre.

82 Als der GMBHV 1889 die städtischen Piesberg-Betriebe aufkaufte, holte sich der Osnabrücker Amtmann Grote von Direktor Haarmann persönlich die „Erklärung, daß auf die Nebenbeschäftigung, welche die Bergleute zu behalten wünschen, *gehörige Rücksicht genommen werden sollte.*" Rep 335, Nr. 15510, Bl. 137. Schreiben des Amtmann Grote an die Landdrostei im Zusammenhang der Verhandlungen über die Errichtung eines gewerblichen Schiedsgerichtes 1890.

der Osnabrücker Montanindustrie. Die Gewerkschaften erhielten über die Betriebsräte die Möglichkeit, erstmals überhaupt einen Fuß in das Hüttenwerk zu setzten.[83]

Die wenigen Arbeitsniederlegungen auf dem Hüttenwerk sind kein Beleg für fehlende Konflikte.[84] Sie sind einerseits Ausdruck des unerbittlich starren Regimes der Direktoren, der Abgrenzung ihrer Arbeiterschaft gegen das Umland, der Trennlinie der Konfessionen und der Abhängigkeit der Arbeiter durch den hohen Anteil der Werkswohnungen.[85] Andererseits zeigen sich hier die Folgen der relativ guten Wohnverhältnisse und des steten Bestrebens, die Arbeiterfamilien durch Selbstversorgung mit Garten und Vieh zum individuellen Ausgleich konjunkturbedingter Lohnschwankungen anzuhalten. Bei all dieser geschickten Balance der Direktion spielte auch die personelle Kontinuität in der Führung des Unternehmens eine wesentliche Rolle.[86]

---

83 S. zur Weimarer Zeit u.a. Feldman, Gerald D., Streiks in Deutschland 1914-1933: Probleme und Forschungsaufgaben, in: Tenfelde, Volkmann, Streik, S. 271-286, hier S. 274f. Zu den Streiks beim GMBHV in den 1920er Jahren im einzelnen Teil B, Kap. 3, S. 74, 80f sowie von der Verfasserin den Aufsatz: Die Freien Gewerkschaften in den letzten Jahren der Weimarer Republik, in: Freiheit-Krise-Diktatur. Zur Zerschlagung der Gewerkschaften in Osnabrück 1933, hg. v. der Geschichtsgruppe Arbeit und Leben Osnabrück, Osnabrück 1985 (Rasch-Verlag Bramsche), S. 173-211.

84 In dem Bericht des SPD-Reichstagsabgeordneten Spiegel am 14.1.1914 vor dem Reichstag zur Schaffung eines Hüttenarbeiterschutzgesetztes wurde im Zusammenhang der Willkür am Arbeitsplatz auch der GMBHV erwähnt. Spiegel: „Auf der Georgs-Marien-Hütte verlangte der Meister Makoviak, daß ein Maschinist mit dem Kran Personen befördern sollte. Das ist ausdrücklich verboten, und der Arbeiter tat es nicht. Der Meister hat den Arbeiter dann beschimpft, geschlagen und in eine tiefe Kohlengrube hineingestoßen, wo er sich gerade noch an einer Schiene festhalten konnte. Der Arbeiter hat über acht Tage krank gelegen; der Meister ist nur mit 25 Mark Geldstrafe bestraft worden." Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages, XIII Leg.peride, 1. Session, 190. Sitzung, 14.1.1914, S. 6491. Der Bericht wird in der Antwort des nationalliberalen Abgeordneten Meyer aus Celle nicht widerlegt; ebd., 210. Sitzung, 10.2.1914, S. 7163.

85 S. u.a. Schulz, Wohnungsbau, S. 382 zur Wirtschaftsfriedlichkeit, auch Milles, „... aber es kam kein Mensch", S. 172.

86 S. dazu auch Teil E, Kap. 3, S. 358f.

3. Die Achse Werk-Gemeinde-Kirche: die Gemeindestruktur Georgsmarienhüttes

Aus dem Binnenleben der Kolonie ist in den ersten Jahren nur wenig zu erfahren. Einmal wird beklagt, daß die Familienväter nach der Löhnung im Gasthaus dort ihren Lohn vertränken. Für das Jahr 1860 ist vermerkt, manche Wohnung des Etablissements sei unbesetzt, darüber hinaus aber gäbe es keine „erheblichen Klagen außer denen entlassener Bergmannsfamilien über mangelnde Vereinsunterstützung zur Rückreise in die Heimat."[1] Die Identität von Werks- und Gemeindebezirk schloß den Ort nach außen ab. Die Identität von Werks- und Gemeindeakten macht heute die Rekonstruktion der Ortsgeschichte zwar nicht unmöglich, aber sie engt die Quellenlage erheblich ein. In den Akten des Werkes schlugen sich weder greifbares Gemeindeleben noch Gemeindepolitik nieder, sondern vorrangig die wichtigen Verbindungsstellen zwischen Werk und Ort, Schule und Kirche.[2] Im folgenden geht es daher um die zugrundeliegende Gemeindestruktur.

Schon Ludwig Debos Situationsplan aus dem Jahre 1857 zeigte eine vollständige Infrastruktur. Von Beginn an wurde der Ausbau der Kolonie zu einem autarken, auf sich selbst bezogenen Gemeinwesen angestrebt, wobei sich werkseigene und öffentliche Einrichtungen vermengten: Die gewerbliche Versorgung, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, Disziplinarorgane wie die Dienst- und Strafordnung und der Friedensverein, weiterhin die politische Gemeinde, Kirche, kirchliche Einrichtungen und Schulen — all dies ergab ein formelles und informelles Machtgefüge aus werkseigenen und halböffentlichen Vereinen und Institutionen. Sie bildeten die Instrumente, mit denen der GMBHV die Abgrenzung nach außen steuerte. Diese sechs Bereiche ergeben im folgenden zugleich die sechs Beobachtungsfelder für die Zergliederung der Gemeindestruktur.

Abgrenzung und Abschirmung ist ein aktives Tun; sie waren dort notwendig, wo Kontakten und Verbindungen nach außen im Grunde nichts im Wege stand

---

1 Schreiben des Landdrosten an die Ämter Osnabrück und Iburg vom 23.12.1858, Rep 350 Iburg, Nr. 2545 sowie Konferenzprotokoll vom 18.8.1860, Rep 335, Nr. 5458.

2 Ausgiebigeres Material liegt in den Beständen der Landdrostei zum hier nicht näher zu verfolgenden Bereich der Wahlen, besonders der in GMH ausgeprägten Wahlbeeinflussung und der Organisationsversuche in der Arbeiterschaft bis 1914. Dazu u.a. Rep 335, Nr. 4864 (Vol 1-3), 9542, 10096, 10097, 10098, 10099, 10100, 10288, 12613, 12614 (Vol 1-2), 12616, 12617, Erw D 3. In GMH hat es vor 1918 kaum sozialdemokratische Stimmen bei den Reichstagswahlen gegeben. Die Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1919 ergaben 56,2% SPD-Stimmen, 9,3% für das Zentrum, 12,9% für die DVP und 21,3% für die DDP. Die KPD hatte erstmals 1824 35 Stimmen erhalten und einen steilen Aufstieg bis 1932 mit 16,8% erlebt. Zum Ende der Weimarer Republik war der Betriebsrat (vermutlich) zu einem Drittel mit Mitgliedern der KPD besetzt. Bei der unter Drohungen ablaufenden Reichstagswahl vom 5.3.1933 lagen in GMH die SPD (27%) und die KPD (10%) mit zusammen 37% gegenüber 32% der Stimmen für die NSDAP im Vergleich des Reichsdurchschnitts günstig. Die NSDAP erzielte reichsweit 44%, SPD 18%, KPD 12%. Zu den Wahlergebnissen s. jeweils die Ausgaben der Osnabrücker Zeitung am Tage nach der Wahl.

oder wo Bereitschaft, ja zumindest Indifferenz vorhanden war. Die Ausgrenzung des Industriedorfes GMH war nicht das Bestreben der einheimischen Bevölkerung und der Gemeinden. Seine spätere Isolierung war das Ergebnis der gezielten Abgrenzung durch den GMBHV selbst. Anders hatte es sich mit der Gemeindegründung verhalten: Sie war auch von den Landgemeinden, Ämtern und Kirchen als Ausgrenzung gefordert worden, um weiteren Problemen vorzubeugen und Kompetenzen festzulegen.[3]

Die *Gewerbe* wurden in GMH so zugelassen, daß sie den Gang in das Nachbardorf erübrigten. Zugleich kamen die Bauern aus den Nachbarorten zum Verkauf ihrer Produkte zum eigens dafür in GMH errichteten Wochenmarkt. 1877/78 gab es im Ort zur Versorgung der etwa 1.600 Einwohner 38 gewerbetreibende Steuerzahler, von denen 14 im eigenen Haus arbeiteten: 1 Colonial- und Materialwarenhandlung, 2 Colonial- und Kurzwarenhandlungen, einmal mit Bäckerei, 1 Krämer mit Bäckerei, 2 Bäcker, 1 Schlachtermeister und 2 Schlachter, 8 Kleinhandel, 4 Hökerhandel, 1 Handel mit Wollgarn und Ellenwaren, 7 Schankwirtschaften, 4 Gastwirtschaften, 1 Bierschenke, 2 Maurermeister, 1 Zimmermeister, 1 Klempner, 1 Apotheker.[4]

Die Bandbreite der *Vereine* deckte alle geselligen Bedürfnisse:[5] Chor, Orchester, Sport, Belehrung und Unterhaltung, Kartenspiel und Kegeln. Zusammen gab es 615 Mitglieder in den verschiedensten Vereinen. Außer einem gemischten Chor mit 75 Mitgliedern waren die geselligen Vereine auf den erwachsenen Arbeiter, Angestellten und Beamten ausgerichtet. Für Frauen boten sich nur der Krankenunterstützungsverein und der Vaterländische Frauenverein, beide zusammen mit 128 Mitgliedern. Bei 1.843 Einwohnern sind insgesamt 615 Mitgliedschaften eine hohe Quote, auch wenn viele in mehreren Vereinen gewesen sein mögen.[6] Zur Beherrschung der Vereinslandschaft übernahm ein Gesamt-

---

3 S. Teil A, Kap. 2.2, S. 42ff.

4 Rep 350 Osn, Nr. 918. Seltsamerweise fehlen Handwerke wie Schuster, Schneider und Friseur, eventuell lagen sie unter der Steuergrenze. Es ist also von einer höheren Handwerkerzahl auszugehen als den hier erwähnten 38. Im Ort ist über diese Zeit folgende Geschichte überliefert — ob sie sich nun genauso zugetragen hat oder nicht, entscheidend ist, sie wird für wahr gehalten —: Eines Tages begegnet der Direktor dem Gemeindevorsteher und sagt: „Ich bin da eben durch die Gemeinde gegangen und habe gesehen, daß der x eine Gastwirtschaft betreibt. Wie kommt das?" Als darauf der Gemeindevorsteher erwiderte, daß dies doch so beschlossen sei, weil x die Wirtschaft von seinem Schwiegervater übernommen habe, erklärte der Direktor: „Davon weiß ich nichts. Damit bin ich nicht einverstanden." Dem Gemeindevorsteher blieb weiter nichts übrig, als dies dem x zu eröffnen. Einige Zeit danach begegnet der Direktor wieder dem Gemeindevorsteher und sagt: „Ich habe vorhin gesehen, daß der x die Gastwirtschaft nicht mehr betreibt," worauf ihm der Gemeindevorsteher erwiderte, daß der Direktor dies doch gewünscht habe. Da erklärte der Direktor: „Der x kann jetzt die Wirtschaft betreiben. Ich habe nichts mehr dagegen." Nun konnte x die Wirtschaft wieder aufmachen. Zit. nach Chronik Georgsmarienhütte, S. 35. Zu der großen Zahl der Bierschenken s. auch C, Kap. 2, S. 100.

5 S. zu den einzelnen Einrichtungen und dem Zeitpunkt ihrer Ausbildung Teil C, Kap. 3, S. 141ff.

6 Mitgliederzahlen nach Müller, I, 2. Teil, S. 92-95, bezogen auf das Jahr 1895. Darüber hinaus gab es einen Viehversicherungsverein mit 245 Versicherten.

vorstand aller Vereine unter Vorsitz des Direktors Beratung und Organisation. Treffpunkt und Mittelpunkt wurde ab 1873 das „Gesellschaftshaus", im Schnittpunkt der Wege zwischen Park und Werk sowie zwischen Kolonie und Direktorenwohnung gelegen. So wurde es allen Gelegenheiten gerecht, ohne daß die Besucher den Bereich der anderen kreuzen mußten: Es diente als Vereinshaus (mit Theaterbühne) für die Beamten und Arbeiter, als Raum für betriebliche Versammlungen und Jubilarehrungen, als Ausflugsziel für Sonntagsgäste und war zugleich Unterkunft für auswärtige Gäste und die Mitglieder des Verwaltungsrates. Die Funktion der Vereinslandschaft entsprach der von „Assoziationen", wie sie Friedrich Harkort 1844 in Form von Sparkassen, Konsumvereinen und Krankenkassen gefordert hatte.[7] Über den materiellen und geselligen Stellenwert hinaus banden sie den Arbeiter und seine Familie an die Statuten, „deren Einhaltung von den Assoziationsmitgliedern selbst überwacht wird, so daß die direkte soziale Kontrolle des Fabrikherrn die Steuerungsform der ‚unsichtbaren Hand' annimmt. Dadurch, daß die Kontrollmacht an die Assoziationen delegiert wird, gelingt die Uminterpretation des Sich-Fügen-Müssens in ein freiwilliges Mitmachen, wodurch es dem Fabrikherrn außerdem möglich wird, sich in die Position des ‚außenstehenden Dritten', also des unabhängigen Schiedsrichters, zu manövrieren."[8]

Die unsichtbare Hand des Werkes steuerte in GMH nicht nur gesellige Vereine, Konsumvereine und Hilfskassen, sie galt gleichermaßen in der Verwaltung der Gemeinde, der Schule und Kirche. Die Achse Werk — Kirche drängte die Gemeinde in den Hintergrund: Die Fabrikordnung wurde gleichsam zur „Verfassung",[9] die evangelisch-lutherische Kirche zum ‚Ersatzparlament'.

Das Werk bildete den Organismus; die *Gemeinde* war ein Glied dieses Gesamtorganismus — ungebrochen blieb diese Sichtweise auch noch nach 40 Jahren in der Selbstdarstellung des Werkes:

„Die Georgsmarienhütte unterscheidet sich von den meisten industriellen Werken sehr wesentlich dadurch, daß sie sich nicht als ein in ein bestehendes größeres Gemeinwesen eingefügtes Fabrik-Etablissement, sondern als ein vielgestaltiger Organismus darstellt, welcher neben seinen gewerblichen Zwecken auch alle diejenigen Zwecke selbständig verfolgt, welche in Gemeinde, Kirche, Schule, Arbeiterkolonien, Knappschaftsverein und vielen anderen, die Hebung des Arbeiterstandes bezweckenden Einrichtungen ihren Ausdruck finden. Die zweckmäßigste Einrichtung und sorgsamste Pflege und Ausbildung aller dieser in ein festes System gebrachten Einrichtungen hat der Georgsmarienverein sich von vornherein zur bestimmten Aufgabe gestellt."[10]

Oder mit den klareren Worten des Verwaltungsrates von 1857, dessen Mitglied der zitierte Werkschronist seinerzeit war: *„Es kann der Verein die Gemeinde — als*

7 So Treiber, Steinert, Fabrikation, S. 37f.
8 Ebd., S. 38.
9 Zum Bild der Verfassung s. ebd., S. 23.
10 Müller, I, 2. Teil, S. 68.

ein organisches Glied der Gesamtverwaltung — in eine zweckmäßige Verbindung und Wechselbeziehung zu anderen Einrichtungen bringen und dadurch seine eigenen Lasten mindern . .."[11]

Der GMBHV trug bis 1886 alle Gemeindelasten und übte somit das alleinige Stimmrecht aus. Die Hannoversche Landgemeindeordnung ließ die freiwillige Übernahme aller Verpflichtungen durch eine Person zu, sofern die übrigen Gemeindesteuerzahler hier einwilligten.[12] Über den Gemeindehaushalt wurde ganz unpreußisch nicht immer Buch geführt und so mußte sich das Amt Osnabrück in seiner Revision der Gemeinderechnungen für 1880/81 mit der Angabe einer vom Gemeindevorsteher geschätzten Summe von 1.500 bis 1.800 rt. zufriedengeben, da alles aus der „Vereinskasse" bezahlt worden war.[13] Die Einnahmen von ca. 90 rt. bestanden bis 1887 gleichbleibend aus der Hundesteuer und den Gebühren für den Tanzschein des Gastwirtes; beides floß direkt in die Werkskasse.[14] Werk und Ort waren nicht nur untrennbar, sie waren ein und dasselbe.

Um die potentiellen Steuerzahler mit heranzuziehen, wurde 1887 das Gemeindestatut geändert.[15] Ohne seinen Einfluß aufzugeben, stimmte in dem auf drei Klassen aufgebauten Wahlrecht nur der GMBHV in der ersten Klasse. Er schrieb sich laut Statut stets dieselbe Stimmenzahl zu wie die zweite und die dritte Klasse zusammen. Die Landgemeindeordnung sah dies für den Fall vor, daß ein Mitglied mehr als 50% der Gemeindeabgaben trug; die Zahlung von „freiwilligen Beiträgen" zur Erreichung der 50%-Grenze war in der Gemeindeordnung allerdings nicht ausdrücklich vorgesehen, die Regelung wurde im § 4 des GMHütter Statuts von 1886 schlicht eingefügt.[16] Zahlte der GMBHV unter 50% der Steuersumme, so hätte er in der zweiten Klasse stimmen müssen, zu der die Haus-, Hof- und Gutsbesitzern mit über 50 rt. Grund- und Gebäudesteuer gehörten. In der dritten Klasse stimmten alle sonstigen männlichen Einwohner mit eigenem Haushalt, sofern sie zu den Gemeindelasten beitrugen.[17]

Der ursprünglich vom GMBHV vorgeschlagene und von der Gemeindeversammlung schon angenommene Entwurf sah ein Stimmenverhältnis von 5 : 1 : 4

---

11 Rep. 335, Nr. 13193, Antrag des Verwaltungsrates zur Gründung der Gemeinde vom Juli 1857.

12 S. auch Teil A, Kap. 2.2, S. 45f.

13 Rep 350 Osn, Nr. 1015. Diese Ausgabensumme taucht bis 1890 immer wieder auf. Zum Vergleich: Die Nachbargemeinde Malbergen hatte 1879 554 rt. Einnahmen und 374 rt. Ausgaben, wovon 182 rt. Armengelder waren, Rep 350 Osn, Nr. 1014.

14 Rep 350 Osn, Nr. 1015.

15 Dep 81b, Akz. 21/86, Akte betreff Gemeindestatuten, unverzeichnet. Die privaten Gewerbetreibenden zahlten nicht nur keine Steuern, der GMBHV trug auch die sie betreffenden Gemeindelasten mit.

16 Vgl. Ebert, A., Handbuch für Gemeindebeamte, Bd. 1: Die Gesetzgebung über Landgemeinden in der Provinz Hannover, bearbeitet nach den neuen Verwaltungsgesetzen, Hannover 1885, S. 14.

17 Hier vereinfacht wiedergegeben; s. genaue Bestimmungen im Statut von 1887, § 5, abgedruckt in Chronik Georgsmarienhütte, S. 24. Die Ausmärker stimmten in der 3. Klasse.

vor: 5 Stimmen für die erste Klasse, 1 Stimme für die zweite und 4 Stimmen für die 3. Klasse. Diesen Abstimmungsmodus lehnte jedoch der Kreissausschuß des Landkreises Osnabrück am 7.6.1888 nachträglich ab und veränderte das Stimmenverhältnis auf 10:2:9. Am Beispiel der Volkszählungsdaten von 1890 sah das so aus:[18]

1. Klasse: GMBHV = 10 Stimmen;
2. Klasse: 28 Eigentümer von Häusern, die mehr als 50 rt. Grund- und Gebäudesteuer zahlten = 2 Stimmen;
3. 478 Männer, die beim GMBHV oder in den übrigen ortsansässigen Gewerben beschäftigt waren. = 9 Stimmen.

Die GMHütter wählten Ende 1888 erstmals auf sechs Jahre ihren Gemeindeausschuß: In seiner Zusammensetzung bestand er in der ersten Klasse aus Direktor Holste, in der zweiten Klasse aus Karl Stahmer, der zunächst mit Genehmigung des Werkes eine Eisenbahnunterbaufirma gründete und sich 1886 in Oesede selbständig gemacht hatte sowie dem Gastwirt H. Krampe. In der dritten Klasse stimmten der Meister J. Krauß, Maurermeister H. Klinkers, Aufseher W. Hollborn, Oberaufseher H. Möhrmann, Ingenieur Schemmann, Bauführer Schwenzer, Gemeindevorsteher Lötz sowie W. Flottmann und K. Gömann (Beruf unklar).[19]

Das Statut von 1887 galt bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Die alten Regelungen der hannoverschen Landgemeindeordnung von 1859 blieben zwar in der Weimarer Republik im wesentlich erhalten,[20] doch mit der Einführung der allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Verhältniswahl war GMH ab 1919 allen anderen Gemeinden gleichgestellt — ein Ort, der 60 Jahre nach seiner Gründung noch immer nicht in sich existenzfähig war.[21] Es entstand das Problem, für die gemessen an ihrem Steueraufkommen viel zu hohen Gemeindelasten eine Lösung zu finden: Bei Einführung des Wahlrechts wurde mit ministe-

---

18 Nach den Daten der Volkszählung von 1890 bei Müller, I, 2. Teil, S. 75. Die Niederlage des GMBHV vor der Gemeindeversammlung floß in das Protokoll folgendermaßen ein: „Im früher beschlossenen Entwurf (sei) die einzige Abänderung, daß jetzt 20 Stimmen durch 11 Personen vertreten sind, während früher 10 Stimmen durch 6 Personen vertreten werden sollten." Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14. April und 7. Juli 1888, Protokollbuch des Gemeindeausschusses, Bd. 1, S. 14, 16. Die ab 1885 geführten Protokollbücher sind für nur kurze Zeiträume überliefert: Bd. 1 vom 27.10.1885-19.10.1886, Bd. 2 vom 24.03.1897-26.4.1909, Bd. 3 vom 15.3.1919-26.04.1924.

19 Namen nach ebd., Bd. 1, Bl. 14, 16. Die Berufe soweit wie möglich nach Staatssteuerrolle der Gemeinde GMH von 1896/97, Rep 511, IX, Nr. 3 I.

20 Hue de Grais, Peters, Hans, Handbuch der Verfassung und Verwaltung in Preußen und im Deutschen Reich, Berlin 1927 (24), S. 126, 142f.

21 Über die Gemeindeausgaben wurde ab 1888 Buch geführt: Sie bestanden z.B. im Jahre 1892/93 zu 54,5% aus Armenlasten, dies waren regelmäßige Zahlungen an vier Witwen sowie Anstaltsgelder für zwei Personen. 29,4% waren Löhne für den Gemeindevorsteher, den Gemeindediener und den Steuer-Erheber, 9,7% für Wegeunterhalt, 7% sonstige Ausgaben, Rep 350 Osn, Nr. 1015.

rieller Genehmigung zwischen Werk und Gemeinde zugleich ein „Steuer-Vertrag" geschlossen; die Gemeinde erhob zwar die gesetzlich vorgeschriebenen Steuern, der Fehlbetrag wurde jedoch vom Werk übernommen.[22] Die politischen Veränderungen von 1919 dokumentierten sich auch in der Auslagerung der Gemeindeverwaltung aus den Räumen des Werkes in die Wohnung des Gemeindevorstehers. 1930 erhielt GMH dann ein eigenes Rathaus; die Gemeindeverwaltung zog in das dazu erworbene ehemalige Knappschaftshaus ein.

Die „Allgemeine Dienst- und Strafordnung für die Arbeiter" von 1859[23] und die nachfolgenden Arbeitsordnungen von 1871[24] und 1892[25] bildeten gleichsam die „Verfassung" der Arbeitergemeinde. Die *Dienstordnung* von 1859 umfaßte neben den Rechten und Pflichten die Kapitel „Beschwerden" und „Bestrafungen", in denen Beschwerdeweg und Sanktionen geregelt waren: Der Arbeiter konnte zwar seinem vorgesetzten Beamten berichten; führte dies aber zu keinem Ergebnis, mußte er sich an den Knappschaftsältesten wenden. Gelang es diesem nicht, den Arbeiter von der Unrichtigkeit seines Anliegens zu überzeugen, wurde der Streitfall ohne Beisein des Arbeiters der Direktion vorgetragen. Sie entschied endgültig und unwiderruflich in allen Dienstangelegenheiten, lediglich bei Verletzung von Vermögensrechten konnte der Rechtsweg beschritten werden.[26]

Die sich anschließende *Strafordnung* hatte man geschickt von der Dienstordnung abgekoppelt: Sie galt damit nicht nur für den Betrieb, sondern erfaßte die Familien der Arbeiter ebenso wie vom Arbeiter begangene Offizialdelikte.[27] Sie nannte zu allen erdenklichen Vergehen die entsprechenden Ahndungen, gestaffelt von Verweisen, Geldbußen, Strafarbeiten, Degradierung bis zu Entlassungen. Geldstrafen erhielt, wer die Schulordnung mißachtete, seine Familie mißhandelte, die Kinder vernachlässigte, sich schlug, trank, liederlich lebte, selbst bettelte oder auch, wenn Frau und Kinder beim Betteln gesehen wurden (§ 20, 21). Hierauf stand eine Strafe bis zu 3 Tlr.

Schon die Dienstordnung schuf ein System, in dem der Arbeiter stets in der Defensive blieb: Im Falle einer Beschädigung von Material und Räumen mußte er selbst seine Schuldlosigkeit beweisen, anderenfalls hatte er Schadenersatz zu leisten (§ 39). Für die als Straftaten deklarierten Delikte außerhalb des Betriebes galten noch strengere Grundsätze (§ 9 der Strafordnung):

---

22 Chronik Georgsmarienhütte, S. 34f. Wie lange diese Regelung bestand, konnte letztlich nicht nachgewiesen werden. Auf alle Fälle galt sie bis zum Ende der Weimarer Republik.

23 Rep 335, Nr. 5456, Bl. 156ff.

24 Die Einrichtungen für die Wohlfahrt der Arbeiter der großen gewerblichen Anlagen im preußischen Staate. Bearbeitet im Auftrag des Ministers für Handel, Gewerbe und Öffentliche Arbeiten. I. Teil: Die Beschreibung der Einrichtungen, Berlin 1876, S. 77ff.

25 Rep 335, Nr. 12072, Bl. 47.

26 § 56-58 der Dienst- und Strafordnung von 1859, vgl. auch Ott, Kohle, S. 221f.

27 Eine doppelte Bestrafung war üblich, § 24 der Strafordnung sagte: „Criminelle oder polizeiliche Bestrafung der Arbeiter schließt die Erkennung der vorstehend bestimmten Strafen in keinem Falle aus."

„Wenn die Direktion es für billig erachtet, Grundeigentümern einen denselben mutmaßlich durch Arbeiter des Vereins an ihren Grundstücken oder Holzungen zugefügten Schaden zu ersetzen, und die Täter bislang unbekannt geblieben sind, so soll, falls später ein Arbeiter eine gleiche Beschädigung verursacht, angenommen werden, daß auch die frühere von ihm herrühre, derselbe also zum Ersatze aller vom Vereine bezahlten Entschädigungsgelder unnachsichtlich herangezogen werde, auch wenn nicht mit Bestimmtheit nachgewiesen werden kann, daß der frühere Schaden wirklich durch Arbeiter des Vereins verursacht sei."

In der Dienstordnung war zwar bei Verletzung von Vermögensrechten der Rechtsweg prinzipiell zugelassen, im selben Atemzug aber eingeschränkt: „Sollte jedoch ein Friedensgericht errichtet werden, so ist jeder Arbeiter verpflichtet, den darüber zu erlassenden statuarischen Bestimmungen Folge zu leisten." (§ 56) Von vornherein stellten Arbeitsordnungen und *Friedensverein* auf eine einzigartige, perfekte Isolierung der Arbeiter ab.[28] Betonte die Werkschronik von 1895 und 1905 bei sämtlichen Einrichtungen, Vereinen und Hilfskassen ausnahmslos die Initiative des Werkes, so schrieb der Chronist Müller nur hier im distanzierenden Passiv: Es „hat sich in Georgsmarienhütte 1865 ein Friedensverein gebildet."[29] In den Arbeitsordnungen von 1871 (§ 7) und 1892 (§ 2) wurde die Zwangsmitgliedschaft aller Arbeiter im Friedensverein festgeschrieben und darüber hinaus einem möglichen gesetzlichen Eingriff in die GMBHV-eigene Konfliktlösungsstrategie vorgebeugt: So wie die Fabrikordnung von 1859 im Vorgriff die Mitgliedschaft im noch zu gründenden Friedensverein festschrieb, wiederholte sich in der Arbeitsordnung von 1871 der Vorgriff auf ein eventuell entstehendes Schiedsgericht, wie es nach der preußischen Gewerbeordnung von 1869 möglich war.[30]

Die in der Dienst- und Strafordnung nicht erfaßten Delikte kamen vor dieses Laiengericht, das vor allen staatlichen Instanzen die erste zivilgerichtliche Instanz für alle Arbeiter des GMBHV war, ob sie nun in GMH wohnten oder außerhalb. Selbst einzelne Strafsachen wie Diebstahl kamen zur Verhandlung.[31] Der Rechtsweg stand dem Arbeiter nur dann offen, wenn der Vorsitzende des Friedensgerichtes dies genehmigte, nach drei Terminen kein Ergebnis erreicht wurde oder drei Monate ohne Verhandlung verstrichen waren.[32]

---

28 Selbst die ähnlich strukturierte Kolonie und Fabrik des Textilfabrikanten Staub in Kuchen (Württemberg) kannte neben der Fabrikordnung keine extra Strafordnung, geschweige denn ein eigenes Gericht. Im Gegenteil, die Fabrikordnung beschränkte sich auf den Betrieb und belehrte im letzten Paragraphen die Arbeiter: „Im Übrigen kommen die Landesgesetze in Betracht." Dies war in der ganzen Fabrik ausgehängt. Ott, Kohle, Anm. 294, stellt für die Gutehoffnungshütte/Oberhausen ebenfalls keine Parallelen fest.

29 Müller, I, 2. Teil, S. 96. Die Einrichtung schlug sich weder in den Akten der Ämter noch der Landdrostei Osnabrück nachweislich nieder.

30 S. Einrichtungen für die Wohlfahrt, S. 77, dort § 8. Vgl. zum Friedensverein auch Ott, Kohle, S. 296; zum Schiedsgericht s. unten.

31 Protokollbuch des Friedensvereins GMH 1878/79, Dep 81b, Akz. 21/86, unverzeichnete Akte.

32 Müller, I, 2. Teil, S. 96. In der Mitte des Schulhofes der Evangelischen Volksschule ließ das Werk eine ausdrücklich als solche bezeichnete „Friedenseiche" pflanzen, Sinnbild für Kraft und Freiheit, Versammlungs- und Beratungsort bei den Germanen. Ebd., Tafel 29.

In seiner Beschreibung der „Verhältnisse und Einrichtungen" auf der Internationalen Ausstellung in Wien 1873 betonte der GMBHV die „segensreiche" Wirkung für das „geistige Wohl der Arbeiter":

„Der Friedensverein erstrebt eine vergleichsweise Beilegung von Rechtsstreitigkeiten und Prozessen. Mitglieder dieses Vereins sind:
1. Alle Arbeiter des G-M-V nach § 7 der Arbeitsordnung;
2. alle sonstigen Bewohner der Georgs-Marien-Hütte und der benachbarten Ortschaften, welche sich den Statuten durch Unterschrift unterwerfen.

Zur Schlichtung der Streitigkeiten werden 9 Friedensrichter aus der Zahl der Mitglieder des Friedens-Vereins auf die Dauer eines Jahres gewählt.

Die Sitzungen des Gerichts finden nicht regelmäßig an bestimmten Tagen, sondern nach Bedürfnis an einem rechtzeitig durch öffentlichen Anschlag bekannt zu machenden Tage statt. Die Mitglieder des Friedens-Vereins sind verpflichtet, in allen Rechtsstreitigkeiten untereinander die Vermittlung des Friedensgerichtes anzurufen, ehe sie den Rechtsweg durch Klage oder Denunziation betreten. Die Beteiligten müssen persönlich vor dem Gericht erscheinen und ist aller Beistand, außer dem durch Familienangehörige, ausgeschlossen.

Der Friedensverein [...] hatte anfänglich starken Zulauf über Bagatellen aller Art, allmählich jedoch ist für alle Fälle der Beleidigungen, Schlägereien etc. das Gericht mehr gefürchtet wie die Gerichte des Staates, weil die Angelegenheit im Beisein einer Menge genauer Bekannter verhandelt und eventuell eine ernste Rüge erteilt wird."[33]

Im ersten Jahr bestand die Richterschaft aus den Direktoren Wintzer, Kummerfeld und Wittenauer, dem Knappschaftsältesten und dem Knappschaftssekretär. Nach diesem Probelauf wurde das 9köpfige Gremium jährlich zu einem Drittel aus der Mitgliederschaft heraus erneuert — ein Paradefall im Sinne des o.g. Zwecks von Assoziationen und Vereinen. 1878 z.B. sprachen folgende Personen Recht: Direktor Wintzer, Grubendirektor Holste, technischer Direktor Kummerfeld, Ingenieur Schemmann, Gemeindevorsteher Lötz, Werkmeister Wawrowsky, Bahnhofsvorsteher Steinhoff, Hauptlehrer Brandt und F. Kollmann, (Beruf unklar). Vermutlich existierte das Friedensgericht bis 1918, zumindest wurde es noch 1905 in der Werkschronik erwähnt.[34] Das Protokollbuch ist für 22 Monate, von Februar 1878 bis Dezember 1879, erhalten. Allein in dieser Zeit fanden 77 Verhandlungen statt: 55 Geldforderungen, 3 Zänkereien, 3 Beleidigungen, 4 Verleumdungen, 7 x Schlägereien bzw. Schlagen eines fremden Kindes, 2 Körperverletzungen, 4 x Schadenersatz, 1 x Erbstreit, 1 x Verweigerung des Krankengeldes, 1 Schlichtung zwischen Schuldner und Gläubiger, 1 Diebstahl, 1 Lohnforderung.[35] Das Lesen des Protokollbuches hinterläßt den Eindruck brodelnder Spannung und ständiger Reibereien unter den Arbeitern und ihren Fami-

33 Beschreibungen der Verhältnisse und Einrichtungen, S. 11.
34 Müller, II, S. 58.
35 Ausgezählt nach Protokollbuch, s. Anm. 31. Die Strafen betrugen bis zu 30 rt. Wo die Gelder hinflossen, wird nicht gesagt.

lien. Die Worte, die der spätere Syndikus Sperling dem Direktor und Vorsitzenden Richter Holste über diese Zeit in den Mund legte, erklären den Preis der Isolation:

„Ich bin mir aber bewußt, daß unsere Art des Zusammenlebens ihre Schattenseiten hat. Die Einseitigkeit birgt Gefahren in sich. Die Leute schauen sich gegenseitig in die Kochtöpfe, Neid und Mißgunst sind wach. Streitigkeiten vervielfältigen und vertiefen sich, weil die Menschen sich nicht recht aus dem Wege gehen können."[36]

Noch drastischer äußerte sich 1884 der evangelische Kirchenvorstand: Der Ort sei zwar mit dem Werk „einig verbunden", doch schlechte und gute Eigenschaften entwickelten sich hier rascher und kräftiger, schlechte Vorbilder durch Beamte, Geistliche und Vorgesetzte seien oft „auf lange Jahre schädigend", ja wie „ein Krebsschaden an einem sonst gesunden Körper."[37] Die Übertragung der Spannungen aus dem Betrieb auf die Gemeinde und umgekehrt auf die Arbeit im Betrieb war unvermeidlich. So legitimierte sich die Position der Direktoren und Aufseher im Friedensgericht als sozialpolitische Maßnahme und verschaffte ihnen zugleich direkten Zugang zur Stimmung im Dorf.

Der Versuch, 1870 die von außen initiierte Errichtung eines gewerblichen Schiedsgerichtes zu verhindern, wurde zum Balanceakt unter Einkalkulierung jeglichen Gesichtsverlustes. Vor dem Hintergrund, daß das Werk erst fünf Jahre zuvor das Friedensgericht institutionalisiert hatte, verblaßten die Argumente gegen das Schiedsgericht zum absurden Schutz der Arbeiter vor ihrem eigenen, angeblich „instinktiven" Mißtrauen gegenüber neuen Institutionen, das erst „nach jahrelangen Bemühungen zu beseitigen" sei.[38] Die Landdrostei mußte dem Gewerbeministerium am 3.6.1870 ihr negatives Ergebnis mitteilen und betonte, daß die „Frage [...] seitens der Behörden in gänzlicher und durchaus sachgemäßer Weise [...] zur Erörterung gebracht worden ist." Als Beweis legte sie den Briefwechsel zwischen dem Amt Osnabrück und dem GMBHV bei.[39]

Die Gewerbegerichte sollten sich aus je einem von der Gemeindevertretung gewählten Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber und einem von der Justizbehörde der Provinzen zu ernennenden Beamten (Richter o.ä.) zusammensetzen. An sich eine Angelegenheit der Ämter und der Gemeinden, war in GMH automatisch das Werk der Ansprechpartner. Es argumentierte mit der fehlenden „Competenz" seiner Arbeiter und sagte die Inanspruchnahme von vorzugsweise unruhigen Arbeitern und „deputierten Mitgliedern" voraus. Der nächste Schachzug war so griffig wie paradox und zeigte zugleich, wie wenig Ämter und Landdrostei von der Binnenstruktur wußten:

---

36 Sperling, Stahl, S. 131. Auch wenn in erzählender Form abgefaßt, erweisen sich die Beschreibungen von Sperling in ihren Fakten und Einschätzungen als richtig. Sperling war ab 1920 Syndikus der Klöckner-Werke AG, Abteilung Georgs-Marien-Werke.

37 Ev. Kirchenvorstand an den Verwaltungsrat am 21.9.1884, Dep 49b, A, Nr. 117.

38 Rep 335, Nr. 15510, Bl. 45.

39 Ebd., Bl. 1.

„Dennoch würde zunächst die Frage zu beantworten sein, sind wir berechtigt, unseren Arbeitern aufzugeben, daß sie, bevor sie sich an die zuständigen Gerichte wenden, zuerst dem Schiedsgericht ihre Sache vorzulegen haben?" Es *„würde die Bildung desselben durch die hiesige Gemeindebehörde im Interesse der Arbeiter zu vermeiden sein, da jene in der Hauptsache mit der hiesigen Werksverwaltung zusammenfällt. [...] Dadurch würde ein berechtigtes Mißtrauen hervorgerufen."*[40]

20 Jahre später machten die Behörden einen erneuten Vorstoß.[41] Das Amt Osnabrück befürwortete ein gewerbliches Schiedsgericht für die Bergleute des Piesbergs, da hier weitere „Differenzen" zu erwarten seien. Die Erwägung, den Landgemeinden mit der Stadt Osnabrück ein gemeinsames Gericht zu geben, lehnten die Gemeinden jedoch grundsätzlich ab: Es bestünde die Gefahr, daß „städtische Arbeiter Gelegenheit haben, mit ländlichen Arbeitern Bekanntschaft anzuknüpfen."[42] Auch der Generaldirektor des GMBHV, Haarmann, argumentierte wieder mit der Gefahr der Kontakte zwischen Stadt und Umland, „weil die Bergleute einen Korpsgeist haben, der erhalten werden muß und durch die ihnen widerwärtige Vereinigung mit anderen Arbeitern als denen im Steinbruch des Piesberges geschädigt werden würde."[43] Doch letztlich griffen alle Isolierungsversuche daneben, denn trotzdem oder gerade deswegen brach acht Jahre später der große Streik der Piesberg-Arbeiter aus und griff auf das Hüttenwerk über. Lediglich die Arbeiter aus den Werkswohnungen der Kolonie konnten nach anfänglichen Unruhen weiterhin ausgegrenzt werden.[44]

Die stärkste Achse bildete sich zwischen Werk und *evangelischer Kirche*, wobei hier der Kirche eine doppelte Funktion zukam: Nach innen diente sie der Kontrolle des Gemeindelebens und der protestantischen Bewohner des Umlandes, nach außen galt allein schon ihre Existenz als Indiz für die Solidität des Unternehmens — „weil mit recht daraus geschlossen werden könne, daß die solide und dauernde Grundlage des Werkes bis in die höchsten Kreise anerkannt und bekannt sei."[45]

Kirche und Schule in die Sozial- und Unternehmenspolitik des GMBHV einzubinden war eine frühe Erkenntnis. Doch wohl nur wenige Unternehmen gingen so früh und so konsequent diesen Weg, der hier untrennbar von der vorgegebenen Konstellation, aber ebenso untrennbar von den Persönlichkeiten der Di-

---

40 Ebd., Bl. 46f.

41 Ebd., Bl. 123ff. Anweisung des Ministeriums für Handel und Gewerbe vom 27.9.1890 an Regierungspräsidenten betr. Gesetz betr. Gewerbegerichte vom 29.7.1890, überall dort auf kommunaler Ebene Gerichte einzusetzen, wo unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse „eine wohltätige Wirkung von ihnen erwartet wird."

42 Ebd., Bl. 218.

43 Ebd., Bl. 219f.

44 Zu den Unruhen am Piesberg s. Kap. 2, S. 343.

45 Pastor Mauersberg an den Werksvorstand am 24.2.1885, Dep 49b, A, Nr. 117; so oder ähnlich ist der Tenor vielfach im Briefwechsel zwischen Werk und Kirche.

rektoren des Hüttenwerkes Wintzer (1860-81), Holste (1881-1890) und des Generaldirektors des GMBHV, August Haarmann (1881-1911) zu sehen ist:[46]

Wintzer und Holste waren auch beide Reichstagskandidaten der Nationalliberalen: Wintzer kandidierte 1877 und 1878, Holste zweimal 1890; doch beide unterlagen, wenn auch nur knapp, ihren welfischen, katholischen Gegenspielern. In der Osnabrücker Zeitung erschien ein Aufruf der „Arbeiter des hiesigen Werks" für den Kandidaten Wintzer[47] zur Reichstagswahl und am 14.3.1877 folgte eine weitere „Erklärung" für Wintzer von Bewohnern GMHs und Umgebung unter Angabe von Namen und Beruf. Nicht ein Arbeiter und nur je ein Maurer- und Formermeister waren darunter, dafür aber unterzeichneten Colonen der Umgebung gemeinsam mit Beamten des Werkes und der Kaufmannsschaft.[48] Die Arbeiter äußerten sich hingegen am 21.3.1877 in der Osnabrücker Zeitung, wobei offen bleiben muß, wieweit die GMHütter daran beteiligt waren: „Vater der Arbeiter! — Herr Commerzienrath Wintzer, habe doch Vertrauen in Deine Kinder und sorge dafür, daß den Arbeitern wenigstens dieses Mal die Freiheit der Wahl nicht geschmälert werde. — Einige Deiner Lieben."[49]

Wintzer und Holste engagierten sich bis ins Detail in Fragen des Gemeindelebens. Beide übten die Patronatsherrschaft in der evangelisch-lutherischen Kirche wie in der evangelischen Volksschule aus, beide standen dem Friedensgericht vor. Beide hatten die Gewohnheit, zu Weihnachten vor der Kirchengemeinde selbst die Andacht zu halten und am „Nikolaustage mit einem riesigen Bart, Pelz, Sack und Rute bewaffnet, in den Häusern gute Gaben und Streiche, je nach Verdienst, zu verteilen."[50] Generaldirektor Haarmann hingegen spielte im Orchesterverein bescheiden die Flöte, dafür aber der Superintendent und Pfarrer in GMH, Mauersberg, die erste Geige.[51]

Der Druck auf den GMBHV, kirchlich für seine Angehörigen zu sorgen, kam von den Ämtern. Beide Amtmänner schlugen 1859 in Skepsis gegenüber dem Bestand des Werkes eine interimistische Lösung für die „noch länger wechselnde Arbeiterbevölkerung" vor. Sie dachten dabei an die schlesischen Erd-Arbeiter, die 1854 beim Bau der Eisenbahnstrecke Osnabrück-Rheine in den reformierten Kirchspielen Lotte und Leeden vorübergehend beschäftigt wurden und für die man eine katholische Kapelle errichtet hatte. Der Gottesdienstbesuch der GMHütter Arbeiter in Iburg und in Osnabrück war „spärlich". Sie zogen zwar

---

46 Vgl. auch Ott, Kohle, S. 276, der die Position Wintzers beispielhaft an dessen Vernehmung vor der Eisen-Enquête-Kommission 1878 darlegt. Die Wohlfahrtseinrichtungen des GMBHV schlugen sich in der zeitgenössischen Literatur breit nieder, hier als Beispiele Rothert, W., Die Innere Mission in Hannover, Stuttgart 1889(2); Protokolle der Eisen-Enquête-Kommission; Böhmert, Arbeiterfürsorge; Post, Albrecht, Musterstätten Bd. 1 und 2.; Einrichtungen für die Wohlfahrt.

47 Osnabrücker Zeitung vom 24.1.1877.

48 Erklärung abgedruckt in Ott, Kohle, S. 381.

49 Zit. nach Ott, Montanindustrie, S. 214. Zu den Kandidaturen und den Ergebnissen s. D. Flathmann, Die Reichstagswahlen in der Provinz Hannover 1867-1896, Hannover 1897.

50 So Sperling, Stahl, S. 131.

51 Ebd., S. 130.

sonntags von der großen Baustelle GMH in die Stadt,[52] aber wohl eher in die Gasthäuser als in die Gotteshäuser. Ab 1859 Jahre veranstalteten die evangelische Katharinenkirche Osnabrück und die Schloßkirche zu Iburg sieben Jahre lang an jedem 4. Sonntag in GMH einen provisorischen Gottesdienst in der Schule; denn ein Kirchbau gehörte bisher „nicht gerade zu den unvermeidlichen Aufwendungen", so Hüttendirektor Wittenauer an den Verwaltungsrat am 22.6.1966.[53] Mehr als einen Gottesdienst im Monat hatte das Evangelische Königliche Konsistorium zu Osnabrück gegen den Verwaltungsrat nicht durchsetzten können. Die Antwort auf eine erneute Anfrage von 1866, was denn der GMBHV für die Seelsorge seiner Arbeiter zu tun gedenke, fiel entgegenkommender aus, zumal das Werk in dieser Zeit wirtschaftlich in einer guten Position stand.

Ende 1866 wurde der erste Geistliche, Hilfsprediger Mauersberg, ein Vetter des Hauptlehrers Brandt, provisorisch angestellt. Die Finanzierung seines Gehaltes teilten sich der GMBHV, der 50% übernahm, sowie der inzwischen gegründete Zweigverein des Gustav-Adolf-Vereins als „Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger protestantischer Gemeinden" und das Landeskonsistorium. Wegen seiner besonderen Tüchtigkeit erhielt er vom GMBHV noch einen persönlichen Zuschlag von 100 rt. jährlich.[54] Mit dem Grundsatz „Wer das Evangelium predigt, soll sich vom Evangelium ernähren" beklagten Werk, Pastor und evangelischer Schulvorstand, daß die Gebühren für die pfarramtlichen Handlungen der „armen Arbeiter" aus GMH weiterhin der „reichen Commune" in Osnabrück zuflössen.[55] Wohl wissend, daß dieser Grundsatz in GMH nicht zutreffen konnte, trieben der evangelische Schulvorstand und der Gustav-Adolf-Verein das Vorhaben einer selbständigen Kirchengemeinde GMH voran.[56]

Der Kirchengründung war die Errichtung des *evangelischen Schulverbandes* vorausgegangen. Der GMBHV hatte noch 1856 eine private kleine Schule in Beckerode für die zuziehenden Arbeiterkinder eingerichtet, die 1858 nach GMH verlegt und 1861 in eine öffentliche evangelische Volksschule mit 150 — 160 Kindern umgewandelt wurde.[57] Wichtig wurde die Frage des Einzugsgebietes, um die Kinder von der Einschulung bis zur Konfirmation zu erfassen,[58] wozu man einen möglichst großen Schulbezirk anstrebte. Er sollte selbst Natrup, Hagen und Beckerode einschließen, aufgrund deren abseitiger Lage gerade erst die Verlegung der Privatschule von Beckerode nach GMH mit der Begründung erfolgt

52 Schreiben der Amtmänner von Iburg und Osnabrück, Gerdes und Wippern vom 5.3.1859, Rep 350 Iburg, Nr. 1692.

53 Dep 49b, A, Nr. 117. S. auch Schreiben des Ev. Kgl. Konsistoriums vom 25.6.1859 an Amt Iburg, Rep 350 Iburg, Nr. 1692.

54 Wintzer an den Verwaltungsrat am 3.5.1873, Dep 49b, A, Nr. 117.

55 So der Vorstand des GMBHV an das Amt Osnabrück am 14.12.1866, Rep 350 Osn, Nr. 437.

56 Zum Gustav-Adolf-Verein Dep 3b IV, Nr. 1709. Osnabrück war Sitz eines der 4 Hauptvereine in der Provinz Hannover. Um den Zweigverein GMH schien es nach der Etablierung der Kirchengemeinde ruhig geworden zu sein.

57 Haase, Johannes, Chronik der Evangelisch-lutherischen Gemeinde Georgsmarienhütte, o.O. (GMH) 1903, S. 12ff.

58 Dazu Dep 12b II, Nr. 240 und Rep 350 Osn, Nr. 437.

war, den GMHütter Mädchen bei den vielen fremden Arbeitern im Winter nicht den weiten Weg durch die Wälder zuzumuten.[59] Allen drei Gemeinden gelang es nun ihrerseits, sich gegen die Umschulung ihrer Kinder zu wehren.[60]

Die Direktoren bereuten die Errichtung der konfessionellen Volksschule bald als „Fehlgriff"; denn trotz Übernahme des Schulpatronats 1864, der Beteiligung an den jährlichen Belastungen, an den Kosten für den Schulneubau 1865 sowie trotz der Überlassung des Grundstückes führte all dies nicht zu mehr Einfluß. Im Nachhinein wünschte man sich eine Simultanschule.[61] Die Schullasten legte der Schulvorstand auf jährlich 590 rt. fest. Eine Gemeinde ohne Steuern in der Gemeindekasse mußte andere Wege suchen: 140 rt. Einnahmen durch Schulgeld, 270 rt. durch den GMBHV und die Knappschaft ergab einen Fehlbetrag von 180 rt. An sich hätten die wohlhabenden Familien im Schulbezirk diese Summe zu tragen; doch sie gehörten fast ausnahmslos einem Stande an, „der die Kinder einer Volksschule nicht anzuvertrauen pflegt und der Volksschule in GMH um so weniger anvertrauen wird, als die letztere von Kindern gefüllt ist, welche sämtlich Eltern aus der arbeitenden Klasse angehören und unter dem Einfluße der verschiedenartigen Erziehung und Behandlung heranwachsen."[62] Das Cultus-Ministerium in Hannover übernahm schließlich 100 rt. jährlich, übertrug aber den Schülern, „welche nicht Kinder von Arbeitern sind", die Zahlung der restlichen 80 rt.[63]

Aus der Sicht des Verwaltungsrates folgte bald ein zweiter Fehlgriff, indem man „dem Einfluß katholischer Aktionäre in der Richtung nachgegeben hat, 1870 neben der evangelischen Volksschule auch eine katholische Privatschule" zuzulassen,[64] obwohl selbst noch 1885 die Schülerzahl für eine eigene katholische Schulgemeinde „schwerlich" genügt hätte.[65] Es gab zwar 1885 76 katholische Familien in GMH und 84 katholische Schüler, doch existierten bereits in den Nachbargemeinden Malbergen und Oesede zwei katholische Volksschulen. Direktor Holste versuchte 1885 nochmals, den Katholiken eine 5klassige Simultanschule in GMH anzubieten, was geringere Kosten, bessere Resultate und für alle Kinder der Werksangehörigen eine gleich gute Ausbildung bedeute — doch vergeblich, 1886 wurde die katholische Privatschule in eine öffentliche umgewandelt.[66]

Die Direktion stand zwischen dem Unmut der Aktionäre und den eigenen, als notwendig angesehenen Strategien vor Ort. Ihr ging es letztlich um die Einbin-

---

59 Ebd.

60 Protokoll der Gemeindeversammlung von Hagen vom 29.7.1861, Rep 350 Iburg, Nr. 1891.

61 Zur Simultanschule Wintzer an Verwaltungsrat am 6.8.1875, Dep 49b, A, Nr. 117.

62 Bericht des Ev. Konsistoriums Osnabrück an das Cultus-Ministerium in Hannover, HStA Hannover, Hann 113, K II, Nr. 5997, Bl. 1-6.

63 Berechnungen des Cultus-Ministerium, HStA Hannover, Hann 113, K II, Nr. 5860, Bl. 20.

64 Wintzer an Verwaltungsrat am 6.8.1875, Dep 49b, A, Nr. 117.

65 So selbst das Bischöfliches Generalvikariat am 13.3.1885 an das Kgl. Kath. Konsistorium, Rep 430, Dez 407, acc 21/43, Nr. 900.

66 Rep 430, Dez 407, acc 21/43, Nr. 900.

dung der Arbeiterkinder und der Erwachsenen — ob nun über die Konfession oder nicht, war letztlich gleichgültig. Die Aktionäre hingegen sahen ihr Geld und ihre Dividenden in außerbetriebliche Belange fließen und die Katholiken unter ihnen noch dazu in die evangelische Kirchengemeinde. In der Kölnischen Volkszeitung, dem ultramontanen Blatt des Rheinlandes, erschien am 13.12.1874 ein nicht gezeichneter Artikel über die Art und Weise des GMBHV-Vorstandes, seine Bilanzen auszuweisen. Die krisenbedingte Geschäftsstockung im zweiten Halbjahr 1874 beunruhigte und provozierte die katholischen Aktionäre besonders und der Artikel endete mit einem Ausdruck des Mißtrauens gegenüber den Direktoren Wintzer, Holste und Kummerfeld: Außer den hohen Summen für die Tantiemen des Verwaltungsrates, der Direktoren und für die Neubauten der sich gerade im Bau befindlichen Siedlung Klein-Amerika kritisierte der Verfasser: „Für Kirche, Schule und Arbeiterzwecke wurden 1872 12.350 Thlr., 1873 über 16.000 Thlr., 1874 8630 Thlr. ausgeworfen. Das sind enorme Summen, womit sich allerdings Bedeutendes schaffen läßt. Es zeugt von großem Vertrauen, wenn die Gesellschaft der Direktion solche Summen *ohne Controlle* zur Verwendung anvertraut."[67]

Wintzer war schon seit Gründung der Kirchengemeinde 1873 Mitglied im Kirchenvorstand. Wie beim Schulverband sollte auch bei der Kirchengemeinde das Einzugsgebiet möglichst groß sein. Die Kirche in GMH verstand sich als „Pionier für protestantischen Geist"[68] gegen die „im Dunkeln betriebene Wühlerei" der Katholiken.[69] Zwei Streiks in den ersten 7 Betriebsjahren, von denen einer eindeutig von den Katholiken ausging, eine Mischehenquote von 16,3% in den Jahren bis 1870, die sonntäglichen Ausflüge in die Stadt und das zähe Ringen der katholischen Kirche in der Friedhofs- und Schulfrage riefen die Geister wach.[70]

Der evangelische Schulvorstand und der Gustav-Adolf-Verein schlugen die Identität von Schulverband und Pfarrbezirk vor, das heißt die Gemeinden GMH, Malbergen, Holzhausen, Oesede, Dröper, Altenhagen, die auch schon der Hilfsprediger versorgte.[71] Wie auch immer geschehen, es wurde ein Gremium von Bevollmächtigten aus den 6 Gemeinden gewählt, die darauf drängten, den Pfarrbezirk durch Umpfarrungen noch zu erweitern: Man dachte an die Gemeinden Hörne, Ohrbeck und Hasbergen, in denen Bergarbeiterfamilien des GMBHV zum Teil in Werkshäusern wohnten sowie an die drei Dörfer Kloster Oesede, Ha-

---

67 Kölnische Volkszeitung vom 13.12.1874, Bl. 3, Universitätsbibliothek Bonn, Ztg 161/26. Der Verfasser bezog sich auf einen vorausgegangenen Artikel in derselben Zeitung über die Generalversammlung der Aktionäre vom 2.12.1874. Laut Wintzers Schreiben an den Verwaltungsrat vom 6.8.75 war es ein bekannter katholischer Aktionär, der die Auflage erhalten hatte, den Artikel zu verantworten, Dep 49b, A, Nr. 117.

68 Bericht des Kirchenvorstandes vom 21.9.1884 betreff Einrichtung einer Superintendentur GMH an den Vorstand des GMBHV, Dep 49b, A, Nr. 117.

69 So Wintzer am 6.8.1875 an den Verwaltungsrat in Hannover, Dep 49b, A, Nr. 117.

70 S. auch Kap. 2, S. 340f.

71 Bericht des Ev. Schulvorstandes und des Vorstandes des Gustav-Adolf-Vereins vom 19.11.1866 an das Amt Osnabrück, Rep 350 Osn, Nr. 437.

gen und Beckerode, in denen ebenfalls protestantische Arbeiter wohnten. Die drei letztgenannten Gemeinden kamen zum Kirchspiel GMH. Hasbergen, Hörne und Ohrbeck widersetzten sich auf einer Gemeindeversammlung am 27.8.71 mit Erfolg.[72] Auf Drängen des GMBHV kam Hasbergen 1900 immerhin in den Aufsichtsbezirk der Superintendentur GMH, nachdem es ab 1898, finanziell unterstützt und gefördert vom GMBHV, ein eigenes Kirchspiel bildete. Es war damit ganz aus der städtischen Katharinengemeinde ausgepfarrt.[73]

Wintzer betrieb vor allem den Bau eines Kirchengebäudes als seine eigene Sache; doch wie schon beim Schulbau reichten auch hier die Gelder nicht aus. Auf 3.500 rt. veranschlagt, hatte die Volksschule schließlich 6.500 rt. gekostet. 1.500 rt. des GMBHV, 500 rt. des Cultus-Ministerium und 500 rt. „kurant aus allerhöchster Hand- und Schatullkasse" blieben zuwenig. Der Kniff, mit einer Glocke für den sonntäglichen Gottesdienst den kirchlichen Nutzeffekt des Schulhauses und gleichzeitigen Bethauses noch zu erhöhen, fruchtete halbwegs.[74] Das Cultus-Ministerium wies die Kgl. Kloster-Kammer zu Hannover an, es habe gegen ein weiteres Darlehen von 2.000 rt. über das bestehende von 4.000 rt. hinaus nichts einzuwenden.[75]

Wie bei der Schule übernahm der GMBHV auch bei der evangelischen Kirche das Patronat.[76] Der Patron hatte das Recht des Vorsitzes im Kirchenvorstand, der Vertretung der Kirche in Vermögenssachen, die sittliche Aufsicht und ein

---

72 Dep 11b, Nr. 75.

73 Zur Unterstützung und „äußersten Genugtuung" des GMBHV über die Ausgliederung Hasbergens aus der Kirchengemeinde in Osnabrück s. im einzelnen Dep 12b, II, Nr. 239. Direktor von Weyhe nahm persönlich an der entscheidenden Gemeindeversammlung teil. Der Antrag auf Gründung einer eigenen Kirchengemeinde stammte schon von 1883, die Begründung lautete: „Umstand, daß bei dem Wachsen der Industrie in dieser Gegend Leute sich ansammlen, die teils dem kirchlichen Leben schon entfremdet seien, teils in Gefahr stehen, bei der weiten Entfernung von Osnabrück sich immer mehr davon zu entfernen." Ev. Konsistorium Osnabrück am 29.5.1883; ebd.

74 Evangelischer Schulvorstand an Cultus-Ministerium am 18.2.1865, HStA Hannover, Hann 113, K II, Nr. 5860.

75 Ebd., Schreiben vom 8.10.1867. Zugleich betonte das Cultus-Ministerium am 16.6.1868 gegenüber dem Ev. Konsistorium in Osnabrück, die Hüttenverwaltung habe „desto mehr [...] *vor dem Staate*" die Verpflichtung für die Schullasten, denn die „Ansammlung einer Bevölkerung" sei schließlich ihr ureigenes Bedürfnis gewesen. Hann 133, K II, Nr. 5997.

76 § 5 der Erections-Urkunde der ev.-luth. Kirchengemeinde zu GMH vom 24.4.1873 lautet: „Bei der Besetzung der Pfarrstelle wird dem Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereine das Patronatsrecht unter folgenden Bedingungen eingeräumt: 1. der Verein hat dem Kgl. Landes-Consistorium drei, den gesetzlichen Anforderungen entsprechende Candidaten zur Auswahl zu präsentieren; 2. das Präsentationsrecht wird durch den Direktor des Vereins ausgeübt, sofern dieser der evangelisch-lutherischen Confession angehört, anderenfalls durch einen im Voraus zu bestellenden Bevollmächtigten, welcher diese Qualifikation hat; 3. das Patronatsrecht erlischt, sobald der Verein weniger als die Hälfte der Kirchenlasten tragen zu wollen erklärt oder tatsächlich im Laufe eines Jahres weniger als die Hälfte der Kirchenlasten getragen hat." 100 Jahre Lutherkirche in Georgsmarienhütte, zusammengestellt und herausgegeben vom Kirchenvorstand, o.O., o.J. (Georgsmarienhütte 1978), S. 14.

Einspruchsrecht in der Kirchengemeinde, sollte er im Falle der Verwendung von Geldern, die nicht von ihm stammten, sein „Interesse für verletzt erachten".[77]

Während in der Öffentlichkeit über die Unzeitgemäßheit des Kirchenpatronats debattiert wurde, zögerte sich die Abschaffung dieses alten Rechtes letztlich aufgrund der „Baulastpflicht" der Patrone hinaus, deren Ablösung für die Kirchen nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten mit sich brächte.[78] Mit der reichsgesetzlichen Gleichstellung der evangelischen und katholischen Konfessionsangehörigen ab 1650 hatte sich ein Recht ausgebildet, nach dem Vertreter jeder Konfession Patronate über Kirchen und Ämter der anderen erwerben konnten. Damit war der Weg nicht mehr weit, daß „auch juristische Personen/Vereine, welche ein gesondertes, ihren Zwecken dienendes Vermögen besitzen (wie Aktiengesellschaften) [...] des Erwerbes des Patronatsrechtes fähig sind."[79] Auch in GMH verhalf nur die Bereitschaft dem GMBHV zum Patronat, 50% der Kirchenlasten zu tragen.

Wintzer holte in einer mit Nachdruck verfaßten Darlegung vom 6.8.1875 an den Verwaltungsrat weit aus, um nach der erfolgreichen Gründung einer Kirchengemeinde nun die endgültige Erlaubnis für den Kirchenbau zu fordern.[80] Ungewollt legte er mit dem Versuch, die Katholiken zu demaskieren, auch seine eigenen Strategien offen. Es bleibt stellenweise unklar, in welcher Funktion Wintzer hier sprach: als Direktor, als Kirchenpatron, als Schulvorsteher, als Sprecher der Gemeinde — oder alles in einer Person. Er argumentierte: So rege sich das evangelische Gemeindeleben auch gestalte und so eng die Existenz der Gemeinde auch mit der des Werkes verknüpft ist, so sehr sei es die Pflicht der Gemeindevertretung,

„die evangelische Gemeinde gegen die Häßlichkeiten und Wechselfälle sicher zu stellen, welche Folge der Strömungen der Zeitverhältnisse auf politischem, sozialem und kirchlichem Gebiete das Werk treffen können.

Wenn es auch fast undenkbar ist, daß die Werke des GMW in ihrer Existenz gefährdet sein könnten, und damit der Fortbestand des Gemeindelebens, sowohl der politischen als der evangelischen Gemeinde gesichert sein dürfte, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Möglichkeit einer Wandlung in der Organisation und den Personen eintreten könnte, welche einen wesentlichen Einfluß auf das hiesige Gemeindeleben auszuüben imstande wäre. Die Notwendigkeit der Errichtung eines selbständigen evangelischen Kirchen- und Schulwesens war bei der über 300 hinausweisenden Zahl der schulpflichtigen Kinder in der evangelischen Gemeinde GMH eine solch dringende, daß darüber ein Zweifel nicht bestehen konnte. [...]

---

77 Kirchenvorstands- und Synodalordnung für die ev.-luth. Kirche des Kgr. Hannover vom 9.10.1864, Rep 350 Iburg, Nr. 1697.

78 In der preußischen Verfassung vom 31.1.1850, Art. 17, heißt es: „Über das Kirchenpatronat und die Bedingungen, unter welchen dasselbe aufgehoben werden *kann*, wird ein besonderes Gesetz ergehen." In der Verfassung von 1848 war es bereits abgeschafft worden; s. dazu Real-Encyklopädie für protestantische Theologie und Kirche, Leipzig 1883 (2), Bd. 11, S. 315, Stichwort „Patronat".

79 Ebd., S. 311.

80 Dep 49b, A, Nr. 117, Schreiben vom 6.8.1875.

Es ist bekannt, daß die Vertreter der katholischen Interessen ihre Zwecke mit großer Energie und einer geschlossenen Organisation verfolgen und bei den bedeutenden Mitteln, über welche dieselben verfügen, überall da an Terrain gewinnen, wo eine gemischte Bevölkerung herrscht. Wir haben mit großer Besorgnis in der hiesigen Gemeinde diesen stetigen Fortschritt seit Etablierung der hiesigen katholischen Volksschule bemerkt. Es fungieren in dieser Schule ein katholischer Geistlicher, welcher in dem Schulsaale sonntags Gottesdienst hält, täglich eine Frühmesse leitet, den Religionsunterricht erteilt und den hier wohnenden Gemeindegliedern seine seelsorgerischen Beistand spendet, sowie ein Lehrer. Es ist dem Einfluß dieses Leiters der hiesigen katholischen Schule gelungen, einzelne Convertiten heranzubilden."

Wintzer beschrieb dann zwei Fälle und zeigte sich dabei gut informiert: Eine evangelische Frau aus dem katholischen Hagen-Beckrode, verheiratet mit einem katholischen Arbeiter, war nach kurzem Aufenthalt in GMH konvertiert. „Derselbe Fall": Ein evangelischer Arbeiter, mit einer Katholikin verheiratet, früher in Beckrode lebend und jahrelang „unbehelligt geblieben", sei nun übergetreten.

„Kinder aus gemischten Ehen, welche fast bis zur Confirmation gekommen, die hiesige evangelische Schule besucht, deren ältere Geschwister bereits evangelisch confirmiert wurden, sind aus der evangelischen Kirche und Schule genommen und der katholischen Schule und dem katholischen Religionsunterricht überwiesen. Wie uns aus einzelnen Fällen bekannt ist, geht der hiesige Geistliche soweit, daß er keinen Anstand nimmt, die Eingehung gemischter Ehen seitens der Beichtkinder geradezu, selbst gegen den Wunsch und Willen der Eltern, gut zu heißen, wenn sie sich nur verpflichten, die Kinder katholisch werden zu lassen."

Einer der „besseren" Arbeiter sei deswegen dem Trunke verfallen. Wintzer hatte aufgrund dieser Politik dem katholischen Geistlichen mit „allen ihm erlaubten Mitteln" gedroht. Einen Arbeiter, der als „Werkzeug" des katholischen Geistlichen bezeichnet wurde, habe man

„in einen entfernter gelegenen Wirkungskreis verwiesen. Es ist erstaunlich, wie weit die Maschen gesponnen werden, um das hiesige Werk katholischen Zwecken dienstbar zu machen. [...] Es ist eine auffallende Erscheinung, daß der hiesige Gottesdienst von den Bewohnern der umliegenden Ortschaften, welche ebenso die umliegenden Ortschaften Oesede, Kloster Oesede, Iburg, Sutthausen und Hagen besuchen könnten, in einer fast demonstrativen Weise sonntags besucht ist."

Den Schulsaal, für 100 Personen angelegt, füllten 250-300 katholische Gottesdienstbesucher, um damit die Einrichtung eines eigenen Gotteshauses in GMH zu erzwingen. Der katholische Geistliche antwortete auf die Vorwürfe Wintzers, „daß er doch keine Einzelkarten für den Gottesdienst ausgeben könne."[81] Wintzer fuhr fort:

---

81 Ebd.

„Der Zweck dieser Leute geht ja überhaupt nicht darauf hinaus, einem wirklichen kirchlichen Bedürfnis zu entsprechen, sondern ihre Macht und ihren Einfluß zu kultivieren und zu erweitern. [...] Soll das hiesige evangelische Gemeindeleben in Mitten derartiger Bestrebungen nicht unterliegen, wo bei der gemischt konfessionellen Bevölkerung täglich gemischte Ehen geschlossen und diese von katholischer Seite geradezu ausgenutzt werden, einen Keil in das evangelische kirchliche Leben zu treiben, dann darf nicht verabsäumt werden, im größeren Interesse für ein regeres evangelisches kirchliches Leben zu sorgen. [...] Dazu gehört in erster Reihe, daß durch einen Pfarr- und Kirchenfond genügend, um die Gemeinde durch Überbürdung der Steuerlasten zu schützen, der Bestand der Gemeinde derartig gesichert ist, daß sie durch ungünstige Konjunkturen nicht gefährdet wird, dann aber auch, daß die Gemeinde in einem in einem würdigen Gotteshaus den Kristallisationspunkt eines kirchlichen Lebens findet."[82]

Ein Jahr später drängte Wintzer den Verwaltungsrat abermals und projizierte gar ein Wettrennen der Kirchen um die Seelen der Gemeindemitglieder: Mit Berufung auf die katholische Kirche drängte er, der Bau des katholischen Gotteshauses stünde kurz bevor, die Mittel seien vorhanden, die Pläne „fix und fertig". Er fügte einen an ihn gerichteten Bericht des evangelischen Pastors bei, man habe mit den Fundamentarbeiten der eigenen Kirche schon begonnen, die derzeit niedrigen Baupreise bedeuteten eine Ersparnis von 3.000 rt. Hierzu hätten die „Bergarbeiter des Hüggels in freiem Antrieb in Überschichten und unentgeltlich" zur Gewinnung von Bruchsteinen gearbeitet."[83]

Es kam schließlich nicht nur die erforderliche Summe von 20.000 rt. (= 60.000 M) für den Bau zusammen, Spenden und mehrjährige Sammlungen ergaben insgesamt 103.244,79 Mark. Davon waren im einzelnen:

---

82 Nach der Gesetzgebung hatte der Vater in gemischten Ehen das Bestimmungsrecht über die Kinder. Das ließ keine Gegenwehr gegen die Regelung zu, daß Kinder aus Mischehen katholisch werden müssen. 1888 gab Mauersberg hierzu auf der Bezirkssynode den Beschluß der Landessynode zum Verhalten in der Mischehenfrage bekannt, daß in solchen Fällen die zuständigen kirchlichen Organe „die ihnen zu Gebote stehenden Mittel" der Kirchenzucht auch gebrauchen. Protokoll der 12. Bezirkssynode der 1. Osnabrückischen Inspektion Georgsmarienhütte, 1888, S. 22, Archiv der Lutherkirche GMH. 1905 beschloß der Kirchenvorstand, daß lutherischen Ehemännern in Mischehen, deren Kinder katholisch erzogen werden, „das kirchliche aktive und passive Wahlrecht entzogen und solches in jedem Falle der Gemeinde mit Nennung des Namens von der Kanzel bekannt gegeben sein soll." Protokoll der Kirchenvorstandssitzung vom 3.4.1905, Archiv der Lutherkirche GMH.

83 Wintzer an Verwaltungsrat am 21.8.1876, Pastor Mauersberg an den Werksvorstand in GMH am 19.8.1876, Dep 49b, A, Nr. 117.

Geschenk des GMBHV incl. Zinsen:	29.856 M
Landes-Hauskollekte:	26.430 M[84]
Stiftung der 5 Verwaltungsratsmitglieder:	36.000 M
Konsistorium:	1.000 M
Kirchengmeinde:	2.452 M
Kirchenstuhlmieten etc.:	711 M.[85]

Um dem Eindruck entgegenzuwirken, das Aufkommen für den Bau und den Erhalt des Kirchengebäudes sei nicht etwa eine originäre Aufgabe der Gemeinde, achtete der GMBHV bei seinem Anteil ausdrücklich auf den Geschenkcharakter.[86] Das Grundstück von 30 ar war ebenfalls eine Überlassung durch den GMBHV; allerdings lastete darauf eine Hypothek zugunsten der Norddeutschen Bank in Hamburg wegen eines Darlehens von 700.000 Tlr. und einer Prioritätsanleihe von 600.000 Tlrn. In § 8 des Vertrages hieß es: „Wegen dieser Hypotheken übernimmt der GMBHV keinerlei Gewähr, im Übrigen wird das Grundstück frei von dinglichen Rechten auf den Erwerber übertragen."[87]

Für den Kirchenbau übernahm die Gemeinde den Entwurf des Hannoveraner Architekten Conrad Wilhelm Hase, einer gerade im Backsteinstil fertiggestellten neugotischen Kirche aus Lauenau bei Hannover.[88] 1878 fand die aufwendige Einweihung der Lutherkirche GMH statt. Die „neue Feudalität"[89] der Leitung des GMBHV manifestierte sich hier nochmals in der Anlage des Ortes,[90] wobei über das Mittel der Raumordnung Überblick und Überwachung gewährt wurde:[91] Schon mit der Anlage in geraden, parallelen Straßenzügen hatte man eine

---

84 Erst nach langem Zögern hatte der Verwaltungsrat dem Antrag auf eine Hauskollekte zugestimmt, nachdem der Kirchenvorstand ihm vorgeschlagen hatte, mit einem Flugblatt bei den Sammlungen darauf hinzuweisen, „daß die Parochie GMH nicht mit dem GMBHV zu verwechseln sei." Schreiben vom 3.6.1874, ebd. Dieses öffentliche Bild fürchteten die Verwaltungsratsmitglieder scheinbar so sehr, daß sie sogar auf einen Großteil ihrer Tantiemen aus dem Jahre 1872/73 verzichteten und eine Stiftung ins Leben riefen.

85 Haase, Chronik, S. 36.

86 So Wintzer am 3.5.1873, bezogen auf § 10 der Erektions-Urkunde der Kirchengemeinde, Dep 49b, A, Nr. 117. Darüber hinaus gab es zahlreiche Geschenke für die Innenausstattung wie Taufbecken (Stahmer), Orgel (Direktor Holste), Altarleuchter (Direktor Kummerfeld) und zwei Südfenster mit dem Motiv: Christus segnet die Kinder (Direktor Wintzer). Dazu Haase, Chronik, S. 35. Die Bronze für die Glocken war ein Geschenk des Kaisers, 12 Zentner Geschützbronze aus dem deutsch-französischen Krieg für „sehr arme Gemeinden" in den neuen Provinzen kostenlos bei Übernahme der Transportkosten; dazu Rep 350 Osn, Nr. 487, Schreiben des Ev. Konsistoriums Osnabrück an Kirchenvorstand vom 11.11.1872.

87 Vertrag mit dem Kirchenvorstand vom 26.9.1876, Dep 49b, A, Nr. 117.

88 Kokkelink, Günther, Conrad Wilhelm Hase, Baumeister des Historismus. Ausstellungsführer anläßlich der 150. Wiederkehr seines Geburtstages, Hannover 1968.

89 Böhme, Prolegomena, S. 50. S. auch Teil A, Kap. 2.2, S. 48.

90 Zur Raumordnung in einer Arbeitersiedlung, hier am Beispiel Kuchen in Württemberg, s. die Arbeit von Treiber, Steinert, Fabrikation, S. 23-29.

91 Treiber, Steinert, Fabrikation, S. 23, nach Foucault, Michel, Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt 1977, S. 221 (= Übersetzung von Surveiller et punir. La naissance de la prison, 1975). Foucault zur Einrichtung des zwingenden Blickes: „Eine Anlage, in der die Techniken des Sehens Machteffekte herbeiführen und in der umgekehrt die Zwangsmittel die Gezwungenen deutlich sichtbar machen." Ebd., S. 221.

Raumaufteilung geschaffen, die in den Wohnstraßen ein Wegsehen unmöglich machte. Die Einrichtung des zwingenden Blicks ging noch weiter: Der Bau der evangelisch-lutherischen Kirche, erhöht über dem Ort am Südhang des Rehlberges, nahm gemeinsam mit dem Werk und dem Schloß der Direktoren den Ort und seine Bewohner in die Mitte. Der Standort der Kirche zwingt auch heute noch den Blick des Betrachters die Kirchstraße hinab in Richtung Werk, dorthin, wo ursprünglich der Blick auf das Verwaltungsgebäude des GMBHV fiel.[92]

Mit den wirtschaftlichen Wachstumsstörungen 1884-86 und dem zeitgleichen Ausbau der Werksanlagen zog sich der GMBHV aus den finanziellen Belastungen für die Lutherkirche zurück, zum selben Zeitpunkt, als er sich von der Übernahme aller Steuerlasten für die Gemeinde lossagte.[93] Auf der Kirchenvorstandssitzung vom 5.10.1885 erklärte Holste, daß mit weiteren Unterstützungen nicht mehr zu rechnen sei und die Verteilung der Kirchenlasten abgeändert werden müsse.[94] Schon vordem zeichnete sich eine Veränderung ab, die den Einfluß zwar weiterhin gewährte und sogar noch erweiterte, die Kosten aber minderte: die angestrebte Einführung des Pastors Mauersberg als Superintendenten der 1. Osnabrücker Inspektion bei gleichzeitiger Verlegung des Sitzes der Superintendentur von Dissen im südlichen Landkreis in den Ort GMH. Die Befürwortung des Kirchenvorstandes war ein Rundschlag; es standen räumliche und verkehrsmäßige Argumente neben denen des Kampfes gegen Sozialdemokratie und Katholizismus.[95] Da die Gemeinde stets tüchtige Pfarrer haben werde, würden diese sicher auch stets zu Superintendenten berufen. Die einzige Chance, Mauersberg zu halten, sei die Verlegung der Superintendentur nach GMH. Auch in den anderen Orten des Kirchspiels gäbe es nicht unbedeutende Industrien wie Steinkohlenbergwerke und eine Kesselschmiede, in denen teils dauernd, teils vorübergehend evangelische Arbeiter in großer Zahl beschäftigt sind und nur Mauersberg sei es zu verdanken, daß sie sich der sozialistischen Bewegung noch nicht angeschlossen hätten. Als Superintendent verbesserte Mauersberg zudem seine gesellschaftliche Stellung und stünde über der Position des katholischen Pfarrer in Malbergen. Nachdem das Hüttenwerk weder eingestellt noch in „katholische Verwaltung" übergegangen sei,[96] habe die katholische Kirche 1883 in Malbergen, „hart an der Grenze zur Georgsmarienhütte",[97] eine eigene Kirche gebaut.

---

92 Dazu in Teil C, Abb. 24.

93 1883/84 bezuschußte er die Kirche noch mit 4.192 M, im folgenden Jahr mit 725. Zu 1883/84 s. Rep 701 I, Nr. 247, zu 1885 Protokoll der Kirchenvorstandssitzung vom 5.10.1885, Archiv der Lutherkirche GMH.

94 Ebd. Der Kirchenvorstand beschloß zur Deckung „vom 1. April 1886 ab eine Kirchensteuer von 32% der Staatssteuer heben zu lassen." 1908 wurde die Kirchensteuer auf 25% der Einkommenssteuer festgelegt. Dies war wenig im Vergleich zu anderen Diasporagemeinden: In Hagen/Ruhrgebiet lag sie bei 30-36%, in Lüdenscheid bei 40%. Kaiser, Jochen-Christoph, Sozialdemokratie und „praktische" Religionskritik. Das Beispiel der Kirchenaustrittsbewegung 1878-1914, in: AfS, XXII (1982), S. 263-299, hier S. 280.

95 Bericht des Kirchenvorstandes vom 21.9.1884 an den Werksvorstand, Dep 49b, A, Nr. 117.

96 Ebd.

97 Haase, Chronik, S. 42.

Und nicht zuletzt brächten die Behörden mit der Verlegung der Superintendentur ihren „Glauben an die Fortentwicklung des Werkes" zum Ausdruck.[98]

Am 28.2.1886 wurde Mauersberg zum Superintendenten ernannt. Ihm unterstanden damit alle evangelischen Pfarreien des Landkreises Osnabrück.[99] Zu seinen Aufgaben gehörte u.a. die Aufsicht über die Amtsverwaltung und den Lebenswandel der Geistlichen, die Leitung der Pfarrwahl, je nach Gesetzgebung auch die Aufsicht über die Schulen, was in GMH zutraf. Bei Streitigkeiten zwischen Pfarrer und Gemeinde war er die „nächstkompetente Stelle".[100] Der GMBHV ließ von nun an sein Patronatsrecht ruhen und wurde zugleich aller Verpflichtungen entbunden. Direktor Holste blieb jedoch einstimmig Kirchenvorsteher und bis auf wenige der zweijährigen Wahlperioden wurde bis 1919 stets einer der Direktoren zum Synodalen gewählt.[101] In Wirklichkeit jedoch hatte das Patronat schon längst keine Gültigkeit mehr, es war bereits 1878 aufgrund zu geringer Zahlungen des GMBHV erloschen.[102] Doch die Überzeugung von seiner Existenz lebte nicht nur in der Gemeinde, sondern auch beim GMBHV weiter.

Die untersuchten Heiraten zwischen Kolonie und Umland[103] passen in diesen Strukturrahmen. In der Kirchengemeinde lebten im Jahre 1900 2.007 Evangelische, davon im Ort GMH 1.531, in den übrigen acht Gemeinden 476.[104] Sie waren fast ausschließlich Arbeiter und Angestellte des GMBHV. Die Bewohner GMHs verbanden sich in hohem Maße durch Heirat mit den Bewohnern von außerhalb, dabei liefen diese Beziehungen über zwei feste Schienen: Erstens heirateten Mitglieder aus Industriearbeiterfamilien wieder in Industriearbeiterfamilien, häufig der ersten Generation; Verbindungen zwischen Industrie und Landwirtschaft gab es nur selten. Zweitens heirateten Evangelische evangelisch, Katholische katholisch und hier kam zum Tragen, daß die Kontaktmöglichkeiten auf ein Minimum beschränkt wurden. Es gab also eine vierfache Ebene, die die Kontakte zwischen Kolonie und Umland prägte:

Herkunft:	fremd / heimisch
Konfession:	evangelisch / katholisch
Beruf:	Industrie / Landwirtschaft
Status:	überwiegend (An-)Gelernte / überwiegend Ungelernte

Fremd und evangelisch zu sein bedeutete mehrheitlich auch einen höheren Status, einheimisch und katholisch hingegen war meist gleichbedeutend mit einer

98 Wie Anm. 95.

99 Dazu gehörten 10 Kirchengemeinden mit 24735 Mitgliedern in 72 Ortschaften, Rolffs, Kirchenkunde, S. 104.

100 Real-Encyklopädie, S. 70.

101 Dazu die Protokolle der Bezirkssynoden.

102 Dies kam nur einmal, auf der Kirchenvorstandssitzung vom 5.8.1895, zur Sprache. Wer es einbrachte, ist unklar, auch folgten keine weiteren Erklärungen oder Handlungen.

103 S. dazu Kap. 1.2, S. 319-329.

104 Lutherkirche, S. 28f.

Tätigkeit im ungelernten Bereich. Die Abgrenzung zwischen Ort und Umland gelang nur über die Einflußnahme in Gemeinde, Kirche und Schule. Ihr Erfolg zeigte sich im Rückgang der Mischehenquote.[105] Sie war in der Zeit bis 1870 noch sehr hoch und sank dann kontinuierlich bis 1918. Zwischen 1895 und 1918 lag sie mit 5,6% an der Untergrenze der Zahl der Mischehen, die die einzelnen regionalen Zuwanderergruppen aufwiesen: In der ersten Generation waren es unter den Tecklenburgern 5,8%, den Ravensbergern 8,2%, den Südniedersachsen 15,5%, den Hessen 4,5%, den Harzern 5,2%. Die Quote bei den Zuwanderern aus den industrialisierten Kreisen lag immerhin bei 20,3%.[106] Der Anstieg in den 1920er Jahren beruhte vermutlich auf dem nachlassenden Einfluß des Werkes in GMH sowie in der verstärkten Zuwanderung aus industrialisierten Gebieten, wobei diese Zuwanderer zugleich häufig über eine höhere gesellschaftliche Stellung verfügten.

Innerhalb der Kirchengemeinde galt ein streng geführtes, stets angestrebtes, aber nie erreichtes Miteinander. Die Sitzordnung im Gottesdienst war Ausdruck der auf den Kopf gestellten Sozialordnung innerhalb der Gemeinde. Über Jahrhunderte hatte die Vergabe von Kirchenplätzen in den bäuerlichen Dorfkirchen Hierarchie und Stand in der Gemeinde abgebildet,[107] in GMH setzte der Kirchenvorstand nun die Kirchenplatzvermietung ein, um geradewegs das Gegenteil vorzugeben: Gemeinsamkeit und Gleichheit. Die Platzvergabe schien ein heikles Thema zu sein; sie wurde immer wieder auf den von Kirchenvorstandssitzungen besprochen, auch wenn es sich dabei nur um die Weitergabe eines einzelnen freigewordenen Platzes handelte. Ein frei zu wählender Sitzplatz kostete jährlich zwei Mark, ein Platz durch Los eine Mark Miete. Während die offizielle Kirche gegen das System der Kirchenplatzvermietung zu Felde zog, um die Arbeiter durch die Mietzahlung nicht vom Gottesdienst fernzuhalten, blieb die Vermietung in GMH bis 1919 üblich. Und selbst dann noch konnte man sich schwer von dem gewohnten System trennen: Der Kirchenvorstand beschloß, zunächst nur die nicht verlängerten Plätze verfallen zu lassen, zuvor jedoch die Leute in den Häusern aufzusuchen „und durch einen Boten unter Erhebung einer Zuschlagsgebühr antragen zu lassen, ob dieselben ihren Platz auch wirklich verfallen lassen wollten."[108]

Die Kirchenplatzlisten sind für die Jahre 1884 bis 1893 und von 1900 bis 1904 erhalten. 1904 wurden 249 der 500 Plätze verkauft, 123 verlost, 11 wechselten den Besitzer und 117 Plätze blieben frei.[109] In beiden Zeitabschnitten saßen die

105 Dazu Kap. 1.2, S. 327f.

106 Zu den Konfessionsverhältnisssen der einzelnen Gruppen s. Teil D, Kap. 1.2 jeweils am Ende der Unterabschnitte a., b., c., d., S. 246, 257, 273f, 284, sowie Kap. 2.2, S. 302 und Kap. 2.3, S. 309.

107 Vgl. Weber-Kellermann, Ingeborg, Die Familie auf dem Lande in der Zeit zwischen Bauernbefreiung und Industrialisierung, in: Zft. für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 26 (1978), H. 1, S. 66-76, hier S. 71.

108 Protokolle der Kirchenvorstandssitzung vom 5.10.1919 und vom 31.10.1920, Zitat ebd.

109 Platz-Liste der evangelischen Kirche zu GMH, ev.-luth. Pfarrarchiv GMH.

Honoratioren, die Direktoren, der Fabrikant Stahmer und die Pfarrersfamilie zwar in eigenen Bänken, jedoch statt vorn in der Kirche reservierten sie stets inmitten der Losplätze für eine Mark.[110] Die Direktoren Wintzer, Holste und Pastor Mauersberg mieteten sich dann nochmals einen bzw. zwei Plätze in den vorderen Reihen 9 bis 13. Außer ihnen reservierten nur noch 41 Familien einen Doppelplatz, für die Mehrheit blieb ein Platz pro Familie üblich.

Es deutet auf ein Mißverhältnis zwischen dem großen Engagement des Werkes und der letztendlichen Akzeptanz des kirchlichen Lebens durch die Arbeiter hin, daß nur etwa 60% der GMHütter Haushalte ihr Zugehörigkeitsgefühl durch die Anmietung eines Kirchenstuhls ausdrückten. Der Anteil der Kirchenbesucher, allerdings liegen die Werte nur für Ende der 1870er, Anfang der 1880er Jahre vor, schwankte in den Kirchspielen der Superintendentur zwischen 21 und 40 %.[111] Für 1910 wurde ein Durchschnittswert von 25% angegeben,[112] doch auch damit näherte sich GMH immer erst knapp einzelnen Gemeinden im Ruhrgebiet an, für die ein reges Gemeindeleben galt: Im evangelischen Kirchenkreis Bochum lag die Besucherquote 1880 für die Hälfte der Gemeinden bei etwa 10 %, zu einem Drittel bei 17-20 %.[113] Der Gottesdienstbesuch als Indikator für kirchliches Verhalten[114] ist sicherlich nur ein Zeichen äußerer Akzeptanz. Als Indikator für die Beurteilung der inneren Akzeptanz kirchlichen Lebens galt hingegen die Kommunikantenziffern, also die Teilnahme am Abendmahl.[115] Das Kirchspiel GMH stand 1898/99 mit 54,1% zusammen mit den Kirchspielen Hilter (62,6%) und Dissen (35,2%), in denen ebenfalls Industriearbeiter wohnten, weit hinter den anderen fünf ländlichen Kirchspielen im Aufsichtsbezirk der Superintendentur zurück. Sie wiesen eine durchschnittliche jährliche Abendmahlsziffer von 84 bis 112 % pro Kopf der Kirchenmitglieder auf.[116] Die Kirchenaustrittsbewegung jedoch, wie sie in den Großstädten vor allem unter den Sozialdemokraten ab 1906 und besonders stark wieder in der Zeit der Weimarer Republik verbreitet war, ging an GMH spurlos vorüber,[117] doch wurde in den Synodalberichten und den Kirchenvorstandsprotokollen ab etwa 1900 der zunehmende Rückgang des kirchlichen Lebens in den Gemeinden beklagt.[118]

110 Es waren dies die Bänke in den Reihen 30, 31, 33, 38, 42, 48, 50.

111 Ebd., Protokoll vom 3.8.1880, S. 14 und vom 16.7.1884, S. 12.

112 Ebd., Protokoll vom 30.6.1910, S. 27f.

113 Kraus, Antje, Gemeindeleben und Industrialisierung. Das Beispiel des evangelischen Kirchenkreises Bochum, in: J. Reulecke, W. Weber (Hg.), Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, S. 273-296, hier S. 276.

114 Ebd., S. 277.

115 Vgl. Meyer, Johannes, Kirchengeschichte Niedersachsens, Göttingen 1939, S. 230.

116 Protokoll der 11. Bezirkssynode der 1. Osnabrückischen Inspektion Georgsmarienhütte, 1900, S. 30.

117 Dazu Kaiser, Religionskritik, S. 278-282, 297.

118 Kirchenvortstandsprotokoll vom 14.12.1903: „Es wird geäußert, daß die Sonntagsruhe, die viele [...] nach Osnabrück treibt, dem Besuch der Gottesdienste sehr hinderlich sei. Andererseits wird entschieden in Abrede gestellt, daß es mit dem kirchlichen Leben unserer Gemeinde abwärtsgegangen sei. Manchem passe es allerdings nicht, wenn er sich durch die Predigt getroffen fühle."

Das Jahr 1919 bildete im öffentlichen wie im kirchlichen Leben GMHs einen tiefen Einschnitt. In der Gesamttendenz bemühte sich das Werk um eine Dezentralisierung im weitesten Sinne, um jeden Eindruck der Machtballung in seinen Händen zu vermeiden. Indizien hierfür waren nicht nur die Ausgliederung der Gemeindeverwaltung aus dem Werk, der Rückzug der Direktoren aus dem Kirchenvorstand, aus den Ämtern der Synodalen sowie die Abschaffung der Kirchensitzvermietung. Dem formalen Rückzug aus der Gemeinde und der Kirche entsprach in dieser Zeit die Dezentralisierung im Wohnungsbau. Neue Wohnungen, die ausdrücklich in der Nähe des Werkes lagen, galten nicht mehr als „zweckmäßig".[119]

Parallel dazu strebten Werk und Kirche die stärkere Einbeziehung der Arbeiter in die Kirchenvorstandsarbeit an.[120] Der Vorstand schien zum eigentlichen Gemeindeparlament auserkoren. Der Vorsitzende, Direktor von Weyhe, wollte noch bei seinem Ausscheiden 1919 die Weichen stellen, was allerdings ohne nachhaltigen Erfolg blieb:

„... zur Mitarbeit im Kirchenvorstande Gemeindemitglieder aus dem Arbeiterstande heranzuziehen und so zu seiner Vertretung aller Stände der Gemeinde zu machen. Der Vorsitzende hofft, auf diese Weise nicht nur mehr Fühlung mit den Arbeiterkreisen zu bekommen und ihre Wünsche zu vernehmen, sondern sie auch zu regerer Beteiligung am kirchlichen Leben zu veranlassen."[121]

Die Empfindlichkeiten zwischen den Konfessionen, über Jahrzehnte gewachsen und gefördert, bestanden auch in den 1920er Jahren weiter.[122] Zwei Hinweise mögen das belegen: In den Jahren 1924 bis 1927, als Entlassungen im großen Umfang auch auf dem Osnabrücker Stahlwerk erfolgten, erfaßte das Werk eigens die Konfession der gekündigten Meister und Beamten. Tatsächlich entsprach das Verhältnis evangelisch/katholisch in der Gesamtgruppe der Meister und Beamten 1927 dem der zwischen 1923 und 1927 Entlassenen.[123] Vermutlich hatte die Direktion mit Unruhe gerechnet, doch dies weniger über die Entlassungen als über mögliche Ungerechtigkeiten in der konfessionellen Verteilung unter den Gekündigten. Als 1932 der Hüttendirektor starb und im Ort beerdigt wurde, bat Gene-

119 S. auch Teil C, Kap. 5, S. 153f.

120 Protokolle des Kirchenvorstandes vom 4.11.1918 und vom 5.10.1919.

121 Ebd., Protokoll vom 4.11.1918.

122 Auf dem Schulweg von Malbergen nach GMH, so der mdl. Bericht eines Ehepaares aus GMH an die Verf., habe der Mann an der katholischen Volksschule vorbei gehen müssen, wo ihn katholische Schüler oft verdroschen und ihn und andere zwangen, niederzuknien und das Vater-Unser zu beten. Im nächsten Augenblick wurde jedoch auch wieder friedlich miteinander gespielt. Am Karfreitag wurden die Feiertagsruhe durch Ausschütteln der Betten, Lärm oder durch Ausfahren der Jauche auf die Felder gestört.

123 Dep 49b, B, Nr. 2034 und 2042.

raldirektor Haarmann den Pfarrer, er möge in seiner Ansprache „das Verhältnis des Werkes zur Kirche ‚ruhen' lassen."[124]

Der zuverlässige Arbeiterstamm, auf den man von Beginn an hingewirkt hatte, blieb. Hierüber dürfen auch die überraschend starken SPD- und KPD-Anteile in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik nicht hinwegtäuschen.[125] Die GMW blieben bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes ein Unternehmen, das nur durch eine Ausbalancierung aller Standortfaktoren seine Existenz sichern konnte. Doch auch dies gelang nur bei der konsequenten Durchsetzung einer GMH-spezifischen Sozialpolitik, die wiederum nur an einem ländlich isolierten Standort durchsetzbar und auf Dauer haltbar war.

124 Dep 49b, B, Nr. 2096. Ab 1926 übernahmen die Klöckner-Werke wieder Zahlungen an die evangelische Kirche zur Gründung einer 2. Pfarrstelle, Protokoll der Kirchenvorstandssitzung vom 3.5.1926.

125 S. Anm. 2. in diesem Kap.

Anhang

1. Tabellen und Dokumente (Anhang 1 bis 4)

Anhang 1:
Anzahl der Häuser und Werkswohnungen des GMBHV in Georgsmarienhütte und in den umliegenden Ortschaften 1895 und 1925[1]

Ort	1895 Häuser/Wohnungen	1925 Häuser/Wohnungen
GMH	113/301	154/468
Malbergen	—	2/3
Oesede	10/20	12/32
Kloster Oesede	1/4	2/3
Hagen-Beckerode 3/7	3/13	
Altenhagen	—	1/4
Holzhausen	3/4	24/63
Ohrbeck	2/3	5/13
Hasbergen	14/24	16/30
Osnabrück	—	1/1
Gut Ledde	—	/3
zur Schachtanlage Perm	20/34	23/41
Summe	**166/409**	**245/671**

Anhang 1a:
Grundbesitz der GMW 1925 (abgerundet)

Nutzungsart	Abt. Piesberg	Abt. Osnabrück	Abt. GMH
gewerblich	97 ha	39 ha	142 ha
Wohnungsgrund	9	15	43
Äcker, Forst	224	18	281
Summe	331 ha	73 ha	467 ha
Anzahl der Wohnungen	275	207	627

[1] Zu 1895 Müller, I, 2. Teil, S. 67; zu 1925 Dep 49 b, B, Nr 65. Die Gesamtzahl 671 ist um 48 geringer als die Summe in Tabelle 2, Teil C, Pkt. 5. Eine Erklärung war nicht zu finden, zumal das Erfassungsjahr identisch ist.

Anhang 2:
Geburten, Heiraten und Todesfälle in Georgsmarienhütte 1885-1933[2]

Jahr	Geburten	davon unehelich	Heiraten	Todesfälle
1856			1	
1857			3	
1858			8	
1859			13	
1860			29	
1861			18	
1862			20	
1863			10	
1864			13	
1865			17	
1866			15	
1867			21	
1868			33	
1869			20	
1870			19	
1871			22	
1872			28	
1873			27	
1874			39	
1875			16	
1876			13	
1877			11	
1878			6	
1879			15	
1880			7	
1881			12	
1882			12	
1883			18	
1884			15	
1885	81	1	14	24
1886	81	1	15	34
1887	62	1	17	34
1888	69		14	32
1889	70	1	15	28
1890	68	1	15	35

[2] Zusammengestellt nach den Kirchenbüchern der katholischen Herz-Jesu-Kirche und der evangelischen Lutherkirche in Georgsmarienhütte. Die Zahl der Geburten wird mit der Zahl der Taufen in diesem Falle gleichgesetzt, da es meines Wissens in Georgsmarienhütte nach der Volkszählung von 1925 (s.u.) 2 Dissidenten sowie 2 Juden gab. Die Zahl der unehelichen Kinder bezieht sich ausschließlich auf die evangelischen Taufen. Ob im katholischen Taufregister diese nicht vermerkt wurden oder uneheliche Kinder nicht getauft wurden bzw. die Frauen beizeiten den Ort verließen, muß letztlich offen bleiben.

Jahr	Geburten	davon unehelich	Heiraten	Todesfälle
1891	79	2	13	29
1892	64	1	21	31
1893	64	1	14	37
1894	72	2	16	28
1895	74	3	14	29
1896	68	1	15	24
1897	66	2	19	18
1898	74	3	15	30
1899	80	4	24	34
1900	89	1	16	22
1901	82	2	15	26
1902	72	1	19	17
1903	71		15	26
1904	81		21	22
1905	74	1	16	33
1906	84	1	18	17
1907	90	1	25	36
1908	94		15	38
1909	88	2	17	15
1910	80	2	22	27
1911	84	1	17	51
1912	84	2	23	33
1913	108	4	27	44
1914	99	2	23	55
1915	90		7	56
1916	62		11	58
1917	59	1	7	78
1918	49		8	76
1919	85	1	16	49
1920	80	1	32	38
1921	86		23	31
1922	99	1	29	31
1923	80		23	32
1924	84		12	32
1925	80		15	32
1926			18	
1927			19	
1928			18	
1929			16	
1930			12	
1931			17	
1932			24	
1933			32	

Anhang 3:
Einwohner Georgsmarienhüttes nach Geschlecht und Konfession 1858-1969[3]

Jahr	Einwohner	männl.	weibl.	evang.	kathol.
1858	725				
1868	808				
1871	1056	574	482	834	222
1875	1591				
1880	1682				
1885	1785			1424	361
1890	1768	964	896	1469	299
1895	1843	949	894	1551	292
1900	1792			1532	260
1905	1856	978	879	1499	357
1910	2046				
1920	2138				
1925	2246	1101	1145	1652	564
1933	3519				
1939	4239				
1942	4291				
1946	5541				
1950	6269	2975	3294		
1956	6425	3072	3353		
1961	6636				
1965	7308	3552	3756		
1969	7909	3921	3988		

[3] Zu 1858-1880: Ringklib, H., Statistisches Handbuch des Königreichs Hannover, Hannover 1859 (3), ders., Statistisches Handbuch der Provinz Hannover, Hannover 1880 (4), ders., Statistisches Handbuch der Provinz Hannover, Hannover 1885 (5). Ab 1875 ist bei der Einwohnerzahl der Ortsteil Osterberg mit einbezogen, der 1871 nach GMH umgemeindet worden ist.
Zu 1885: errechnet nach Haase, Chronik.
Zu 1871: Die Gemeinden und Gutsbezirke der Provinz Hannover und ihre Bevölkerung. Nach den Urmaterialien der allgemeinen Volkszählung vom 1. Dezember 1871, bearbeitet und zusammengestellt vom Königlichen Statistischen Bureau, Berlin 1873.
Zu 1890: Müller, I, 2. Teil, S. 75. Müller stützt sich auf die Volkszählungsdaten.
Zu 1895: Gemeindelexikon für die Provinz Hannover. Auf Grund der Materialien der Volkszählung vom 2. Dezember 1895. Bearbeitet vom Königlichen Statistischen Bureau, Berlin 1897.
Zu 1900: errechnet nach Haase, Chronik, S. 65.
Zu 1905: Gemeindelexikon für die Provinz Hannover. Auf Grund der Materialien der Volkszählung vom 1. Dezember 1905. Bearbeitet vom Königlichen Statistischen Bureau, Berlin 1908. Unter den Katholiken befinden sich 50 Italiener und 4 andere Ausländer. Der Anstieg der Zahl der katholischen Einwohner ist also durch die Ausländerbeschäftigung mitbedingt.
Zu 1910: Osnabrücker Tageblatt vom 25.1.1912.
Zu 1919, 1920: Gemeindeprotokollbuch der Gemeinde Georgsmarienhütte, Band 3, Dep 81b, Akz. 21/86, unverzeichnet.

Anhang 4:
Beschäftigtenentwicklung der Abteilung Georgsmarienhütte 1857-1984[4]

Jahr	Arbeiter/Mstr.*	Jahr	Arbeiter/Mstr.*
1856		1901	2421
1857 Mai	1800	1902	2287
1857 Juli	2500	1903	2328
1858 März	778	1904	2317
1859 Mai	848	1905	2256
1860		1906	2548
1861	983	1907	2714
1862	1044	1908	2859
1863	960	1909	2537
1864	951	1910	2715
1865	1285	1911	2943

noch Fußnote 3

Zu 1925: Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen. Band X: Provinz Hannover. Nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni 1925 und anderen amtlichen Quellen unter Zugrundelegung des Gebietsstandes vom 1. August 1930. Bearbeitet vom Preußischen Statistischen Landesamt, Berlin 1930. 1925 wohnten zudem zwei Juden und zwei Dissidenten in GMH.
Zu 1933, 1939, 1946, 1950, 1956, 1961: Uelschen, Gustav, Die Bevölkerung in Niedersachsen 1821-1961, Hannover 1966. Uelschens Daten beziehen sich auf den Gebietsstand der Gemeinden vom 6. Juni 1961; somit liegt die Zahl für 1933 zu hoch, denn sie enthält schon die Einwohnerzahlen der erst 1937 nach GMH umgemeindete Gemeinde Malbergen.
Zu 1942, 1945, 1965, 1969: Chronik der Gemeinde Georgsmarienhütte, bearbeitet im Auftrage der Gemeinde vom Verschönerungsverein 1870, Heimatverein Georgsmarienhütte, Osnabrück 1969.

[4] Sofern kein Monat angegeben ist, bezieht sich die Zahl auf den Juni eines jeden Jahres als Ende des Geschäftsjahres. Die Beschäftigtenzahlen varieren in unterschiedlichen Quellen leicht. Da die Tendenz der Entwicklung dadurch nicht verändert wurde, blieben die leichten Schwankungen unberücksichtigt.
Zu Mai 1857, Juli 1857: Rep 335, Nr. 5456, sowie Geschäftsbericht vom 13.1.1858, Dep 32b, Nr. 765.
Zu März 1858, Mai 1859: Rep 335, Nr. 5456.
Zu 1859-1865: Mitteilungen des Gewerbe-Vereins für das Königreich Hannover, Hannover 1834ff, hier Jg. 1867, Heft 1, S. 5f.
Zu 1865, 1866: Geschäftsbericht des Verwaltungsrates vom 16. November 1866, Rep 335, Nr. 5459.
Zu 1868-1875: Ott, Kohle, S. 285.
Zu 1876-1895: Hann 122a XXXIII, Nr. 15-20.
Zu 1895/96-1919/20: Schulte, Rudolf, Geschichte des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hütten-Vereins, Köln-Kalk 1928, Anhang, S. 147.
Zu 1921/22: Geschäftsbericht des Vorstandes von 1922, Restarchiv Krupp-Klöckner Osnabrück.
Zu 1923-1925: Dep 49b, B, Nr. 2034.
Zu 1926/27: Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Osnabrück und Umgebung: Bericht über die Kassenverhältnisse und Mitgliederbewegung, o.O., 1930.
Zu 1928-1984: Mitteilung der Abteilung Personalwirtschaft, Planung und Berichtwesen der Georgsmarienhütte an den Verf., Georgsmarienhütte 1986.
Ab 1928 Angabe ausdrücklich ohne Lehrlinge, für die Angaben zuvor bleibt dies unklar.

Jahr	Arbeiter/Mstr.*	Jahr	Arbeiter/Mstr.*
1866	1300	1912	2982
1867		1913	3265
1868		1914	3181
1869	1500	1915	2332
1870	1500	1916	2493
1871	1500	1917	2569
1872	1500	1918	3063
1873	1600	1919	3283
1874	1675	1920	3570
1875	1425	1921	
1876	1350	1922	3492
1877	1197	1923 Dez.	4620 (+ 267)
1878	1190	1924	2589 (+ 212)
1879	1054	1925 Nov.	2141 (+ 148)
1880	1138	1926 Sept.	2177
1881	1300	1927 Sept.	2450
1882	1272	1928	2860
1883	1306	1929	2745
1884	1450	1930	2387
1885	1465	1931	1998
1886	1431	1932	861
1887	1234	1933	1616
1888	1630	1934	2371
1889	1867	1935	2656
1890	1877	1936	2912
1891	1925	1937	3000
1892	1951	1938	3214
1893	1936	1939	3372
1894	1834	1940	3420
1895	2054	1941	3354
1896	2039	1942	3108
1897	2132	1943, Jan.	3258
1898	2200	1944, Jan.	3663
1899	2322	1945, Jan.	3558
1900	2337	1945 Apr.	598 (+ 518)

* Für einige Jahre liegen die Zahlen der Beamten/Angestellten vor; sie wurden jeweils mit (+) angefügt.

Anhang 5:

Geburtsorte in den zentralen Herkunftsgebieten der Eheschließenden in GMH 1856-1933 (Kreise mit mehr als 6 Eheschließenden)

Reg.bezirk	Kreis	insg.	davon aus Gemeinden
Osnabrück (ohne LK Iburg u. Osnabrück)	Bersenbrück	13	1 Anten
			1 Achmer
			2 Berge
			3 Bramsche
			1 Fürstenau
			1 Gehrde
			1 Halen
			1 Hesepe
			1 Quakenbrück
			1 Suttrup
	Gft. Bentheim	7	2 Bentheim
			1 Brandlecht
			2 Haftenkamp
			1 Schüttorf
			1 Uelsen
	Melle	38	2 Bakum
			5 Buer
			2 Föckinghausen
			3 Gesmold
			2 Groß Aschen
			1 Hoyel
			1 Kerssenbrook
			1 Krukum
			1 Küingsdorf
			1 Markendorf
			1 Melle
			6 Neuenkirchen
			1 Oldendorf
			1 Schlochtern
			2 Suttorf
			1 Wehringdorf
			1 Wellingholzhausen
			1 St. Annen
			1 Salhofe
			1 Riemsloh
			2 Ausbergen
			1 Altenmelle
	Wittlage	17	1 Barkhausen
			3 Bohmte
			1 Borgwedde
			1 Brockhausen

Reg.bezirk	Kreis	insg.	davon aus Gemeinden
	Wittlage		1 Essen (Bad)
			1 Herringhausen
			1 Hitzhausen
			1 Hüsede
			2 Ostercappeln
			2 Stirpe
			1 Schwagstorf
			1 Wehrendorf
			1 Lecker
Münster	Recklinghausen	7	2 Buer
			1 Dorsten
			1 Gladbeck
			2 Hervest
			1 Recklinghausen
	Tecklenburg	68	4 Dorfbauer
			2 Hambüren
			2 Holperdorp
			2 Hoeste
			1 Hohne
			5 Ibbenbüren
			3 Ledde
			8 Lengerich
			23 Lienen
			2 Laggenbeck
			5 Lotte
			2 Mettingen
			1 Nieder-Lengerich
			1 Püsselbüren
			1 Schollbruch
			4 Tecklenburg
			1 Westerkappeln
			1 Wersen
Minden	Bielefeld	10	2 Bielefeld
			6 Niederjöllenbeck
			1 Niehorst
			1 Schildesche
	Halle i.W.	42	1 Ascheloh
			8 Bockhorst
			1 Borgholzhausen
			1 Cassum
			2 Halle i.W.
			2 Hesselteich
			1 Holzfeld
			5 Loxten
			2 Osterwedde

Reg.bezirk	Kreis	insg.	davon aus Gemeinden
	Halle i.W.		1 Ostbarthausen
			8 Peckeloh
			10 Versmold
	Herford	31	1 Bardüttingsdorf
			1 Bieren
			3 Bünde
			1 Dreyen
			2 Diebrock
			1 Exter
			4 Herford
			1 Hiddenhausen
			2 Kirchlengern
			1 Oetinghausen
			2 Rödinghausen
			1 Schwarzenmoor
			3 Spenge
			1 Südlengern
			1 Spradow
			3 Wallenbrück
			1 Wersten
			2 Valdorf
	Minden	11	1 Bölhorst
			1 Dützen
			2 Ellerbusch
			1 Meißen
			3 Minden
			1 Oeynhausen
			2 Wölpinghausen
Arnsberg	Dortmund	15	14 Dortmund
			1 Mengede
Düsseldorf	Duisburg	10	7 Duisburg
			2 Ruhrort
			1 Sassendorf
	Düsseldorf	8	5 Düsselddorf
			1 Homberg
			1 Ratingen
			1 Bilk
	Essen	9	5 Essen
			1 Krey
			1 Borbeck
			1 Holsterhausen II
			1 Werden

Reg.bezirk	Kreis	insg.	davon aus Gemeinden
	Rees	8	7 Wesel 1 Hamminkeln
Hannover	Hameln	14	3 Aerzen 5 Hameln 1 Lauenstein 1 Reser 1 Wallensen 1 Weenzen 1 Polle 1 Behrensen
	Hannover	5	15 Hannover
	Linden i.H.	8	5 Linden i.H. 2 Holtensen 1 Ricklingen
Kassel	Eschwege	10	2 Eschwege 7 Hoheneiche 1 Niederhein
	Hofgeismar	17	2 Hohenkirchen 3 Lippoldsberg 6 Udenhausen 3 Vaake 2 Veckerhagen 1 Oedelsheim
	Ziegenhain	7	7 Neukirchen
	Melsungen	8	1 Gensungen 2 Lohre 1 Pfieffe 4 Spangenberg
	Gft. Schaumburg	8	2 Hohenrode 1 Rinteln 1 Rolfshagen 1 Rodenberg 1 Riehe 1 Uchtdorf 1 Vachtenhagen
Hildesheim	Alfeld	33	4 Gerzen 1 Groß-Freden 9 Hoyershausen 2 Duingen 1 Coppengrave 1 Föhrste 1 Grafelde 2 Kapellen

Reg.bezirk	Kreis	insg.	davon aus Gemeinden
	Alfeld		4 Lamspringe
			1 Lübbrechtsen
			2 Neuhof
			5 Sack
	Duderstadt	24	2 Hilkenrode
			18 Lindau
			1 Bilshausen
			1 Duderstadt
			2 Rollshausen
	Einbeck	31	7 Einbeck
			1 Hollenstedt
			1 Mackensen
			5 Salzderhelden
			13 Sievershausen
			4 Sülbeck
	Gronau	39	1 Dunsen
			16 Eberholzen
			10 Elze
			2 Gronau
			1 Mehle
			6 Rheden
			2 Banteln
			1 Betheln
	Göttingen	21	8 Ellershausen
			5 Göttingen
			1 Settmarshausen
			2 Weende
			2 Bovenden
			2 Lenglern
			1 Stockhausen
	Northeim	8	1 Edelsheim
			2 Northeim
			1 Elvershausen
			1 Fredelsloh
			1 Nienhagen
			2 Oberdorf
	Osterode	49	3 Bartolfelde
			1 Dorste
			1 Herzberg
			37 Lauterberg
			3 Osterode
			2 Pöhlde
			1 Kahlefeld
			1 Nienstedt

Reg.bezirk	Kreis	insg.	davon aus Gemeinden
	Zellerfeld	142	38 Zellerfeld
			4 Altenau
			27 Clausthal
			4 Grund
			5 Lautenthal
			37 Lerbach
			1 Schulenburg
			23 St. Andreasberg
			1 Bockswiese
			2 Wildemann
Hztm. Braunschweig	Gandersheim	7	1 Gehrenrode
			2 Wenzen
			1 Ammensen
			1 Astfeld
			1 Düsterthal
			1 Schleweke
	Holzminden	10	1 Bisperode
			2 Harderode
			7 Brunkensen

Anhang 6:

Einnahmen und Ausgaben zweier Hüttenarbeiterhaushalte in GMH aus dem Jahr 1878 Quelle: Protokolle über die Vernehmung der Sachverständigen durch die Eisen-Enquête-Kommission, o.O., o.J. (Berlin 1879), S. 275f.

Arbeiterétat

A. Eine Arbeiterfamilie mit zwei Schulkindern von 10 und 12 Jahren dürfte wohl, nach Annahme, monatlich ausgeben:

I. für Nahrungsmittel

	M.	Pfg.
Im Monat zu Mittag 8 Mahlzeiten Erbsen à 1/2 Pfd. zu 7 1/2 Pfg.	—	60
Im Monat zu Mittag 8 Mahlzeiten Bohnen à 1/2 Pfd. zu 7 1/2 Pfg.	—	60
Im Monat zu Mittag 6 Mahlzeiten Gemüse à 5 Pfg.	—	30
Im Monat zu Mittag 8 Mahlzeiten Reis oder Graupen à 10 Pfg.	—	80
Im Monat für Fett, Speck oder Fleisch à 20 Pfg.	6	—
Monatlich 3 1/2 Hunten Kartoffeln (à Malter 18 M.)	5	25
Monatlich 3 Pfd. Butter (Durchschnittspreis à 1 M.)	3	—
Täglich ein Brot zu 50 Pfg. bei theurer Mehlpreisen mehr	15	—
Die Woche 2/3 Pfd. Kaffee à Pfd, 1 M. 20 Pfg. beträgt im Monat	3	60
Die Woche 1 Packet Zichorien oder Kaffeemehl à 10 Pfg.	—	40
NB. Hierbei ist zu bemerken, daß sowohl in starken wie in schwächeren Familien die Kinder den Satz mit Zichorien trinken.		
Täglich für 10 Pfg. Milch (für 1/2 Liter) beträgt monatlich	3	—
Monatlich 4 Pfd. Petroleum à Pfd. 11-15 Pfg. (ist auch schon theurer gewesen)	—	44
Monatlich 4 Pfd. braune Seife à 25 Pfg.	1	—
Monatlich 3/4 Pfd. weiße Seife à 40 Pfg.	—	30
Monatlich 4 Ringel Kohlen à 45 Pfg. (im Durchschnitt Sommer und Winter)	1	80
Monatlich Holz (im Durchschnitt Sommer und Winter)	—	50
Monatlich billigste Wohnung	5	18
Monatlich Knappschaftsgeld	3	13
Monatlich Schulgeld für 2 Kinder	—	36
Monatlich Schul- und Kirchensteuer	—	25
Monatlich Klassensteuer und Wegeumlage	—	56
Monatlich für Schulbücher u.s.w.	—	60
	52	67

Nebenbei sei bemerkt, daß ein Fabrikarbeiter hier viel Kaffee verbraucht, erstlich täglich vier Mal regelmäßig. Bei warmen Tagen und heißen Arbeiten auch noch aus Gesundheitsrücksichten.
Auch scheint ferner die Mittagsmahlzeit wohl stark angeschlagen, es wird aber gewöhnlich zu Abendbrod nicht gekocht und ist gewissermaßen für zwei Mahlzeiten zu rechnen.

Die vorstehend genannte Familie verbraucht:

II. für Kleidung

		M.	Pfg.
Im Jahr 3 Mannshemden à 3 M.		9	—
Im Jahr 3 Frauenhemden à 2 M. 50 Pfg.		7	50
Im Jahr 6 Kinderhemden à 1 M. 50 Pfg.		9	—
Im Jahr für den Mann 2 Paar Strümpfe à 1 M. Wollgarn		2	—
Im Jahr für die Frau 2 Paar Strümpfe à 1 M. 20 Pfg.		2	40
Im Jahr 4 Paar Kinderstrümpfe à 1 M Wollgarn		4	—
NB. Selbige Strümpfe müssen aber jährlich wenigsten ein Mal vorgestrickt werden, für den Mann aber 3 mal, die Arbeiter schwerer Arbeiten legen wohl starkes Leinen, sogar dünnes Leder unter, jedoch da Stopfgarn sehr viel; verbraucht wird, trägt jährlich wenigstens:		3	—
Jährlich für den Mann	— 1 Paar Stiefel	13	50
	— 1 Paar Schuhe	8	50
Jährlich für die Frau	— 1 Paar hohe Schuhe	8	50
	— 1 Paar Holzschuhe	1	—
	— 1 Paar Holzschuhe	1	—
Jährlich für das älteste Kind	— 1 Paar Lederschuhe à 6 M.,		
	— 2 Paar Holzschuhe à 80 Pfg.	7	60
Jährlich für das zweite Kind von 10 Jahren			
	— 1 Paar Lederschuhe 5 M.		
	— 2 Paar Holzschuhe à 70 Pfg.	6	40
Jährlich für den Mann	— 1 Unterjacke		
	und eine Unterhose	8	—
	— 2 Arbeitshosen, 2 Blousen	7	50
	— Sonntagsanzug	12	—
Jährlich für die Frau	— 1 Druckkleid	4	50
	— 2 Jacken zur Nacht und Hausarbeit	5	—
Jährlich für Sonntagskleidung ebenfalls		12	—
Jährlich für die beiden Kinder Kleider u.s.w. für jeder Kind schlechthin 12 M.		24	—
Jährlich für Bettzeug		12	—
Jährlich für Schuhmacherreparatur		8	—
	Beträgt jährlich Summa	176	40
Also im Monat		14	70
Aus vorgehenden Ausgaben ergibt sich:			
An Monatsausgaben für Kost		52	67
Für Kleidung		14	70

Hierbei sind ebenfalls keine Doktor- und Apothekerkosten, Lebensversicherung, Krankheiten, Todesfälle, Wochenbetten und sonstige Wechselfälle berechnet.

B. Eine Arbeiterfamilie mit 5 Kindern, wovon vielleicht das älteste 12 Jahre, das zweite 10, das dritte 8, das vierte 5 und das kleinste 2 Jahre alt ist, würden im Monat verbrauchen:

	M.	Pfg.
6 Hunten Kartoffeln	8	—
Pro Tag 1 Brot zu 75 Pfg.	22	50
8 mal Erbsen im Monat zu Mittag à 15 Pfg.	1	20
8 mal Bohnen im Monat zu Mittag à 15 Pfg.	1	20
6 mal Gemüse im Monat zu Mittag à 10 Pfg.	—	60
8 mal Reis od. Graupen i. M. zu Mittag à 20 Pfg.	1	60
Für Fett, Speck, etwas Fleisch pro Tag 40 Pfg.	12	—
4 Pfd Butter durchschnittlich à 1 M.	4	—
1 Pfd. Kaffee pro Woche à 1,20 M.	4	80
1 Packet Zichorien oder Kaffeemehl pro Woche à 10 Pfg.	—	40
Täglich für 10 Pfg. Milch	3	—
4 Pfd. Petroleum à 15 Pfg.	—	60
6 Pfd. braune Seife à 25 Pfg.	1	50
1 Pfd. weiße Seife à 40 Pfg.	—	40
4 Ringel Kohlen à 45 Pfg.	1	80
Holz	—	50
Billigste Wohnung mit Anstrich, Miethe	5	18
Knappschaftsgeld	3	13
Schulgeld	—	55
Schulsteuer	—	25
Klassensteuer und Wegeumlage	—	56
Für Schulbücher, Papier, Federn u.s.w.	1	—
	75	77
Für Kleidung und Nebenausgaben	21	63
Summa	97	40

Jährliche Ausgaben

	M.	Pfg.
3 Mannshemden à 3 M.	9	—
3 Frauenhemden à 2 1/2 M.	7	50
15 Kinderhemden 1,50-2 M., durchschnittlich 1,75 M.	28	25
2 Paar Strümpfe für den Mann à 1 M.	2	—
2 Paar Strümpfe für die Frau à 1,20 M.	2	40
10 Paar Kinderstrümpfe von 25 Pfg. bis 1 M. Durchschnitt, für 85 Pfg. Wollgarn pro Paar, stricke selbst	8	50
1 Paar Stiefel für den Mann	13	50
1 Paar Schuhe für den Mann	8	50
1 Paar hohe Schuhe für die Frau	8	50
2 Paar Holzschuhe für die Frau	2	—

1 Paar Schuhe für das älteste Kind 6 M.		
2 Paar Holzschuhe à 80 Pfg.	7	60
1 Paar Schuhe für das zweite Kind 6 M.		
2 Paar Holzschuhe à 75 Pfg.	7	50
1 Paar Schuhe für das dritte Kind 5 M.		
2 Paar Holzschuhe à 60 Pfg.	6	20
1 Paar Schuhe für das vierte Kind à 4 1/2 M.		
2 Paar Holzschuhe à 50 Pfg.	5	50
1 Paar Schuhe für das fünfte Kind à 3 M.		
2 Paar Holzschuhe à 30 Pfg.	3	60
Für den Mann 1 Unterjacke, ein Unterhose	8	—
2 Arbeitshosen, 2 Blousen	7	50
Für Sonntagszeug	12	—
Für die Frau 1 Druckkleid	4	50
2 Nachtjacken	5	—
Für 5 Kinder Kleidung, à Kind 12 M.	60	—
Frau Sonntagszeug	12	—
Bettzeug jährlich	20	—
Schuhmacherreparatur	10	—
Summa	259	55
beträgt monatlich	21	63

Doktorkosten, Apotheker und Lebensversicherung, auch wohl ein Packet Tabak.

Ferner sind noch stets andere Ausgaben, als: Soda, Zwirn, Nadeln, Schnürbänder, Kochgeschirr, Teller, Zylinder zur Lampe, Bürsten, Schrubber, Besen, Kiepen, Körbe, Häringe, Bettstroh, Briefporto, Salz.

Bei hartem Frost braucht man, statt wie angenommen, 4,40 Ringel Kohlen pro Monat. Dann giebt es keine Familie ohne Wechselfälle, Krankheiten, Todesfälle, Wochenbetten.

Anhang 7:

Einnahmen und Ausgaben dreier Heuerlingshaushalte in den Vogteien Alfhausen und Berge aus dem Jahre 1846
Quelle: Wrasmann, Heuerlingswesen II, S. 42-47

A. Haushalt einer geringen Heuerlingsfamilie von 5 Personen mit 6 Scheffelsaat Ackerland. Vogtei Alfhausen.

I. Ausgaben

	Rtl.	Ggr.	Pfg.
Miete für Wohnung mit Garten	8	—	—
Pacht für 6 Scheffelsaat alten Ackerlandes	9	—	—
Für die Ackerbestellung	2	—	—
Für Düngerfuhren	—	18	—
8 Himten Roggen (Brotkorn)	10	16	—
4 Himten Hafer (zu Grütze)	1	16	—
1 Himten Gerste (zu Graupen)	—	18	—
Feuerung	5	—	—
Tran in den 26 Winterwochen (wöchentlich 1/2 Pfund)	1	19	2
Salz, wöchentlich 2 Pfund	2	4	—
Seife	1	—	—
Kaffee, wöchentlich 1/4 Pfund	2	12	8
Zichorien, wöchentlich 1/4 Pfund	—	17	4
Tabak, wöchentlich für 1 ggr.	2	4	—
Kleidung, außer der selbst verfertigten Leinwand	14	—	—
Schul- und Feuerungsgeld für 2 Kinder	2	20	—
Personensteuer	1	4	—
2 Metzen Leinsamen	2	—	—
Gras oder Heu	8	—	—
1 Ferkel zum Mästen	1	12	—
Ergänzung des Inventars	—	12	—
	78	5	4

II. Einnahmen

	Rtl.		
Verdienst in Holland	16	—	—
Für Leinen und Garn	10	—	—
Für Schinken	3	—	—
Für ein Kalb	1	—	—
	30	—	—

B. Haushalt einer Heuerlingsfamilie von 6 Personen (3 Erwachsenen und 3 Kindern) mit 11 Scheffelsaat Ackerland und Wiesenland. Vogtei Berge.

I. Ausgaben

	Rtl.	Ggr.	Pfg.
1. Pacht			
Haus und Garten	7	18	—
11 Scheffelsaat Ackerland, das Scheffelsaat 16 ggr.	7	8	—
Wiese	6	—	—
2. Bestellungs-Kosten			
Pferdehülfe bei Bestellung des Ackers und beim Torffahren	10	—	—
12 Scheffel Roggen (= 1 Malter) zur Besäung von 8 Scheffelsaat	10	—	—
1 1/2 Malter Kartoffeln zur Bepflanzung von 2 Scheffelsaat, das Malter 3 Rtlr.	4	18	—
Hafer und Buchweizen zur Besäung von 1 Scheffelsaat	1	—	—
3. Unterhalts-Kosten			
Der Unterhalt einer Kuh und die Mästung eines Kalbes oder Schweines deckt sich mit dem Heu- oder Strohgewinn und dem Abfall im Haushalt. Der Bedarf an Gemüse deckt sich mit den gewonnenen Gartenfrüchten.			
Jede Person durchschnittlich 6 Scheffel Roggen; der Bedarf für 6 Personen ist demnach 36 Scheffel = 3 Malter; das Malter 10 Rtlr.	30	—	—
6 Malter Kartoffeln für jede Person 1 Malter à 3 Rtlr.	18	—	—
Hafergrütze und Buchweizenmehl	4	—	—
Auslage für Bekleidung von 6 Personen	10	—	—
Schulgeld ung Personensteuer	3	—	—
Für Seife, Salz, Tabak usw.	6	—	—
	117	20	—

II. Einnahmen

	Rtl.	Ggr.	Pfg.
Für das Weben von 10 Stück Wollaken	23	—	—
Verdienst des 7wöchentlichen Aufenthalts in Holland	15	—	—
Tagelohn, pro Tag 2 ggr. 8 Pfg. und Beköstigung	16	—	—
Für Grasmähen usw., pro Morgen 4 ggr. mit Beköstigung	4	—	—

Roggenernte (4 1/2 Korn) von 8 Scheffelsaat, 3 Malter	30	—	—
Kartoffelernte von 2 Scheffelsaat, auf dem Scheffels. 2 Malter = 8 Malter à 3 Rtlr.	24	—	—
Hafer- u. Buchweizenernte v. 1 Scheffelsaat	6	—	—
Aus dem Verkauf von Butter und Eiern und sonstigen Kleinigkeiten	6	—	—
Ein Kind wird im Sommer als Kuhhirt verdungen. Lohn 2 Rtlr., die Kost wird mit 6 Rtlr. berechnet	8	—	—
	132	—	—

C. Haushalt einer Heuerlingsfamilie von 6 Personen (3 Erwachsenen und 3 Kindern) mit 15 1/2 Scheffelsaat Ackerland und Wiesenland. Vogtei Berge.

I. Ausgaben

1. Pacht	Rtl.	Ggr.	Pfg.
Haus und Garten	9	—	—
15 1/2 Scheffel Acherland, das Scheffelsaat 1/2 Rtlr.	7	18	—
Wiese	9	12	—
2. Bestellungs-Kosten			
Pferdehülfe bei Bestellung des Ackers und beim Torffahren (geringfügig, da Heuerleute dieser Klasse die Fuhren meistens mit ihren Kühen machen)	3	—	—
Für den Torffstich	2	—	—
10 Scheffelsaat mit Roggen besät, Einsaat 15 Scheffel à 20 ggr.	11	16	—
2 Scheffelsaat mit Kartoffeln bepflanzt, dazu erforderlich 18 Scheffel à 6 ggr.	4	12	—
2 Scheffelsaat mit Hafer besät, Einsaat 6 Scheffel à 8 ggr.	2	—	—
1 Scheffelsaat mit Buchweizen	—	8	—
3. Unterhalts-Kosten			
Der Unterhalt einer Kuh und die Mästung eines Kalbes oder Schweines deckt sich mit dem Heu- und Strohgewinn und dem Abfall im Haushalt. Der Bedarf an Gemüse deckt sich mit den gewonnenen Gartenfrüchten.			
Jede Person durchschnittlich 6 Scheffel Roggen = 36 Scheffel = 3 Malt. à 10 Rtl.	30	—	—
Jede Person 1 Malter Kartoffeln = 6 Malter à 3 Rtlr.	18	—	—
Hafergrütze, Buchweizenmehl usw.	6	—	—

Auslage von Bekleidung für 6 Personen. Da eine Heuerlingsfamilie dieser Klasse fast ihren ganzen Bedarf an Kleidungsstücken selbst anfertigt, so kann für bare Auslagen nur angeschlagen werden	6	—	—
Schulgeld, Personensteuer	3	—	—
Die kleinen Bedürfnisse wie Salz, Kaffee, Seife, Tabak usw. werden meistens gegen Butter und Eier eingetauscht. Als bare Auslagen kann angeschlagen werden	3	—	—
Der Bedarf an Fleisch wird von einem selbstgezogenen und aus dem Haushaltsabfall gemästeten Schwein gewonnen.	—	—	—
	115	18	—

II. Einnahmen

	Rtl.	Ggr.	Pfg.
Für die Anfertigung von 8 Stück Wollaken das Stück 2 1/3 Rtlr.	18	16	—
Aus dem Verkauf eines fetten Schweines, nach Abzug von 3 Rtlr. Einkaufskosten	20	—	—
Verdienst des siebenwöchigen Aufenthalts in Holland	16	—	—
Roggenernte von 10 Scheffelsaat, 3 3/4 Malter à 10 Rtlr.	43	12	—
Kartoffelernte von 2 Scheffelsaat, 8 Malter à 3 Rtlr.	24	—	—
Haferernte von 2 Scheffelsaat, 2 Malter à 4 Rtlr.	8	—	—
Buchweizenernte von 1 Scheffelsaat, 1 Malter	3	—	—
	133	4	—

2. Verzeichnisse

2.1 Tabellen, Graphiken, Karten und Abbildungen

Seite

a. Tabellen
b. Graphiken und Karten
c. Abbildungen
d. Anhang

a. Tabellen

zu Teil C, Kap. 2:

Tab. 1 Hausbesitzer in GMH 1894/98 101

Tab. 2 Gattung der Wohngebäude in Oesede in den Jahren 1857 und 1910 106

Tab. 3 Heuerhaus — Leibzucht-Wohnhaus-Nebenwohnhaus/Backhaus nach Eigentümern 1857 und 1910 in Oesede 107

Tab. 4 Differenzierung der Neubauereien 1857 in Oesede nach Stand des Eigentümers 107

Tab. 5 Differenzierung der Neubauereien 1910 in Oesede nach Stand des Eigentümers sowie zusätzlich nach Besitz von Nebenwohnungen, Heuerhaus oder Wohnhaus 108

Tab. 6 Gemeindesteuerzahler/innen in Oesede 1901 110

Tab. 7 Belegung einzelner Wohn- und Nebenhäuser 1910 nach Status der Bewohner von 1901 (Stichprobe bei 20 Hofstellen) 111

zu Teil C, Kap. 3:

Tab. 1 Arbeitsbereiche der Steuerzahler in der Siedlung Klein-Amerika 1885/86 141

zu Teil C, Kap. 5:

Tab. 1 Sozialstruktur der Eigenheimbesitzer in geschlossenen Siedlungen außerhalb GMH wie auch in einzelnen Straßenzügen in GMH 1927-1933 160

Tab. 2 Die Mieterstruktur aller Werkswohnungen der GMW 1925 in und außerhalb GMH 161

zu Teil D, Kap. 1.1:

Tab. 1 Familienstand der Auswanderer aus den Ämtern Osnabrück und Iburg 1832-1856 und 1857-1866 178

Tab. 2 Auswanderungsfälle aus den 11 erfaßten Gemeinden um das Werk GMH 1856-1870 186

Tab. 3 Altersangabe der Auswanderer aus dem Umkreis GMH 186

Tab. 4 Familienstand der Auswanderer 187

Tab. 5 Berufe der Auswanderer bzw. deren Väter aus dem Umkreis GMH 188

zu Teil D, Kap. 1.2:

Tab. 1 Zentrale Herkunftsgebiete der Eheschließenden in GMH 1856-1933 nach Regierungsbezirken 197

Tab. 1a Verteilung der übrigen Zuwanderer 199

Tab. 2 Geburtsorte der Frauen nach Radius und Zeitphasen 203

Tab. 2a Geburtsorte des Mannes nach Radius und Zeitphasen 203

Tab. 3 Zentrale Herkunftsgebiete der Eheschließenden in GMH 1856-1933 differenziert nach Landkreisen mit mehr als 6 Heiratenden 204

Tab. 4 Geburtsorte der Zuwanderer mit einem Wert von 5 und mehr Eheschließenden (ohne Landkreise Iburg und Osnabrück) 207

Tab. 5 Zuzüge und Wegzüge der Arbeiter des GMBHV im Amt Iburg 1858-1856 sowie die Heiratenden in GMH nach regionaler Herkunft 212

Tab. 6 Mobilität der Konfirmanden 1869-1905 223

Tab. 7 Arbeitsbereiche und beruflicher Status der Väter aller Konfirmanden/innen 1869-1905 225

zu Teil D, Kap. 2.1:

Tab. 1 Eheschließungen der Tecklenburger Zuwanderer 245

Tab. 2 Räumliches Heiratsverhalten der Tecklenburger Zuwanderer 246

Tab. 3 Die elterlichen Berufsangaben der Tecklenburger Zuwanderer 246

Tab. 4 Eheschließungen der Ravensberger Zuwanderer 1856-1933 248

Tab. 5 Die elterlichen Berufsangaben der Ravensberger Zuwanderer 1856-1933 249

Tab. 6 Räumliches Heiratsverhalten der Ravensberger Zuwanderer 259

Tab. 7 Elterliche Berufsangaben der Heiratenden aus dem südlichen Niedersachsen 1856-1933 (Landkreise mit mehr als 6 Eheschließenden) 262

Tab. 8 Elterliche Berufsangaben im landwirtschaftlichen Bereich einschließlich Nebentätigkeit (südniedersächsische Landkreise mit mehr als 6 Eheschließenden) 263

Tab. 9 Elterliche Berufsangaben im handwerklichen Bereich (südniedersächsische Landkreise mit mehr als 6 Eheschließenden) 264

Tab. 10 Eheschließungen der südniedersächsischen Zuwanderer 1856-1933 (Landkreise mit mehr als 6 Eheschließenden) 274

Tab. 11 Räumliches Heiratsverhalten der südniedersächsischen Zuwanderer 274

Tab. 12 Elterliche Berufsangaben der nordhessischen Zuwanderer 1856-1933 (Landkreise mit mehr als 6 Eheschließenden) 278

Tab. 13 Eheschließende aus dem nordhessischen Gebiet 1856-1933 (Landkreise mit mehr als 6 Eheschließenden) 279

Tab. 14 Räumliches Heiratsverhalten der nordhessischen Zuwanderer 284

zu Teil D, Kap. 2.2:

Tab. 1 Eheschließungen der Harzer Zuwanderer 1856-1933 285

Tab. 2 Elterliche Berufsangaben der Heiratenden aus den Harzer Landkreisen Zellerfeld und Osterrode 1856-1933 287

Tab. 3 Räumliches Heiratsverhalten der Harzer Zuwanderer 302

zu Teil D, Kap. 2.3:

Tab. 1 Eheschließende aus den industrialisierten Kreisen 1856-1933 (Kreise mit mehr als 6 Heiratenden) 305

Tab. 2 Elterliche Berufsangaben der Heiratenden aus den industrialisierten Kreisen 1856-1933 (Kreise mit mehr als 6 Heiratenden) 306

Tab. 3 Räumliches Heiratsverhalten der Zuwanderer aus den industrialisierten Kreisen 308

zu Teil E, Kap. 1.1:

Tab. 1 Eheschließungen der Männer und Frauen gebürtig im Kirchspiel GMH (o. Ort GMH) und in den restlichen Landkreisen Iburg und Osnabrück 1856-1933 315

Tab. 2 Häufigkeit der Wohnortangabe GMH der im Kirchspiel GMH und in den restlichen Landkreisen Iburg und Osnabrück 1856-1933 gebürtigen Männer zur Zeit ihrer Heirat (o. Ort GMH) 315

Tab. 3 Elterliche Berufsangaben der Bräutigame gebürtig aus den Landkreisen Iburg und Osnabrück 1856-1933 (o. Ort GMH) 317

Tab. 4 Elterliche Berufsangaben der Bräute gebürtig aus den Landkreisen Iburg und Osnabrück 1856-1933 (o. Ort GMH) 318

Tab. 5 Eheschließungen nach Konfessionen der Männer und Frauen gebürtig in der Landkreisen Iburg und Osnabrück 1856-1933 319

zu Teil E, Kap. 1.2:

Tab. 1 Heiraten nach Konfessionen in den GMHütter Pfarreien 327

Tab. 2 Heiraten nach Konfessionen der in GMH Gebürtigen und zur Zeit ihrer Heirat noch Wohnenden 328

b. Verzeichnis der Graphiken und Karten

zu Teil B, Kap. 1:

Karte 1 Übersicht der Werksanlagen von 1908
Quelle: Dep 49b, B, Nr. 2315 59

zu Teil D, Kap. 1.1:

Karte 2 Erfaßtes Auswanderungsgebiet im Umland der Georgsmarienhütte 1856-1870 184

zu Teil D, Kap. 1.2:

Karte 3 Zonen der Herkunft der Georgsmarienhütter Zuwanderer 198

Graphik 1 Geburtsorte der Georgsmarienhütter Zuwanderer nach Entfernungen 1856-1933. Zu den Radien s. Karte 3. 202

Karte 4 Herkunftsgebiete der Zuwanderer nach Georgsmarienhütte 1856-1933 206

Graphik 2 Geburtsjahre der im Familien- bzw. Verwandtschaftsverband zugewanderten Eheschließenden GMHs (ohne die Landkreise Iburg und Osnabrück) 209

Graphik 3 Herkunft der heiratenden Frauen 1856-1933. Bezug: Geburtsort GMH bzw. Geburtsort außerhalb 217

Graphik 4 Herkunft der heiratenden Frauen 1856-1933. Bezug: Geburtsort in den Landkreisen Iburg und Osnabrück bzw. Geburtsort außerhalb 217

Graphik 5 Herkunft der heiratenden Männer 1856-1933. Bezug: Geburtsort GMH bzw. Geburtsort außerhalb 218

Graphik 6 Herkunft der heiratenden Männer 1856-1933. Bezug: Geburtsort in den Landkreisen Iburg und Osnabrück bzw. Geburtsort außerhalb 218

Graphik 7 Verbleib der männlichen und weiblichen Konfirmanden der Konfirmationsjahrgänge 1869-1905 221

Graphik 8 Verbleib der männlichen und weiblichen Konfirmanden der Konfirmationsjahrgänge 1869-1905 im zeitlichen Verlauf 221

zu Teil D, Kap. 2.1:

Karte 5 Herkunftsgebiete mit ehemals ausgeprägter Leinenproduktion 236

zu Teil E, Kap. 1.2:

Graphik 9 Häufigkeit der Eheschließungen nach Zeitphasen und Herkunftsgebieten (Landkreise mit mehr als 6 Heiratenden) 320

Karte 6 Verteilung der Konfessionen in den Landkreisen Iburg und Osnabrück 1871 325

Verzeichnis der Abbildungen

zu Teil A, Kap. 1.4:

Abb. 1 Blick vom Rehlberg auf Georgsmarienhütte, 1894, vorn die Evangelische Kirche, dahinter die Alte Kolonie
Quelle: Müller, I, 2. Deckblatt 30

zu Teil B, Kap. 3:

Abb. 2 Lebenshaltungsindex und Löhne an den vier Standorten der Hüttenwerke des Klöckner-Konzerns 1924-1932
Quelle: Dep 49b, B, Nr. 85 75

zu Teil C, Kap. 1:

Abb. 3 Situationsplan der Georgs-Marien-Hütte, Entwurf von Ludwig Debo, 1857
Quelle: Rep 335, Nr. 5461 115

Abb. 4 Auszug aus der Mitschrift eines Schülers von Ludwig Debo, W. Cordes, über die Entwürfe Debos zu den Arbeiterhäusern in GMH
Quelle: Debo, Baukunst III, Bl. 47 117

Abb. 5 Grundprinzip der Sonnenbauweise: die Zeilenbebauung
Quelle: Buschmann, Linden, S. 179 118

Abb. 6 u. 7 Das Schloß Monbrillant vor dem Abriß (oben) und nach dem Wiederaufbau in GMH 1857 (unten) Quelle: Hoeltje, Laves, S. 48 (Zeichnung), Müller I, 2. Teil, Tafel 25 (Foto) 119

Abb. 8 Zweifamilienhaus für Arbeiter aus der ersten Bauphase 1856-59 Quelle: Rep 350 Osn, Nr. 2484 120

Abb. 9 Zweifamilienhaus für Arbeiter an der Friederikenstraße Foto: Beermann, Erinnerungen, Bd. 1, S. 22 121

Abb. 10 Zu Vierfamilienhäusern umgebaute ehemalige Logierhäuser an der Adolfstraße, Bauphase 1856-59 Foto: Huntemann, GMH 121

Abb. 11 Hinterhof und Stallungen der Vierfamilienhäuser in der Charlottenstraße, Bauphase 1856-59 Foto: Beermann, Erinnerungen, Bd. 1, S. 22 122

Abb. 12 Blick zwischen Haus und Stallung: Zu Achtfamilienhäusern umgebaute ehemalige Logierhäuser am Osterberg, die ersten Häuser in der Bauphase 1856-59 Foto: Huntemann, GMH 122

zu Teil C, Kap. 3:

Abb. 13 Zweifamilienhaus für Arbeiter, Haustyp aus der Zeit nach 1871 Quelle: Müller I, 2. Teil, S. 72f 123

Abb. 14 u. 15 Zweifamilienhäuser für Arbeiter an der Kaiserstraße und Ecke Hochstraße/Breiter Weg, Haustyp aus der Zeit nach 1871 Foto: Huntemann, GMH 124

Abb. 16 Beamtenwohnhaus aus der Zeit nach 1871 Quelle: Müller, I, 2. Teil, Tafel 28 125

Abb. 17 Beamtenwohnhaus, aus der Zeit nach 1871 Quelle: Müller, I, 2. Teil, Tafel 27 126

Abb. 18 Beide Haustypen der Beamtenwohnhäuser aus der Zeit nach 1871 an der Kaiserstraße Foto: Sammlung Beermann, GMH 127

Abb. 19 Blick auf das Gesellschaftshaus mit Kasinoteich, Georgsmarienhütte 1896 Quelle: Müller I, 2. Teil, Tafel 25 127

zu Teil C, Kap. 4:

Abb. 20 Blick auf die sich im Bau befindliche Siedlung Klein-Italien, 1912, links die katholische Kirche in Malbergen, in der Mitte das Schloß (Seitenansicht) und der westliche Teil der Werksanlagen
Foto: Sammlung Beermann, GMH 128

Abb. 21 Haustyp des Vierfamilienhauses in Klein-Italien, Schloßstraße, ca. 1905
Foto: Sammlung Beermann, GMH 128

Abb. 22 Nebengebäude der Vierfamilienhäuser in Klein-Italien, 1905
Quelle: Neubauabteilung der Klöckner-Werke AG, Georgsmarienhütte 129

Abb. 23 Meisterhaus in Klein-Italien an der Haarmannstraße/Ecke Südstraße, ca. 1912
Foto: Sammlung Beermann, GMH 130

Abb. 24 Übersichtskarte der Georgsmarienhütte von 1908. Bis 1914 kamen noch einige Häuser in der Siedlung Klein-Italien hinzu.
Quelle: Dep 49b, B, Nr. 2315.

zu Teil C, Kap. 5:

Abb. 25 u. 26 Zwei- und Mehrfamilienhäuser für Arbeiter in der Siedlung Patkenhof, Holzhausen 1921-23,
Fotos: Sammlung Beermann, GMH 131

Abb. 27 Einer der 3 Haustypen in der Siedlung Patkenhof in Holzhausen, entsprechend Abb. 26
Quelle: Neubauabteilung der Klöckner-Werke AG, Georgsmarienhütte 132

Abb. 28 Typ des Beamtenwohnhauses von 1919, erbaut in der Wellenkampstraße
Quelle: Neubauabteilung der Klöckner-Werke AG, Georgsmarienhütte 133

Abb. 29 Siedlungshaus in der Dörenberg-Siedlung, Oesede, ca. 1930
Reproduktion: Beermann, GMH 134

Abb. 30 Blick auf die Dörenberg-Siedlung, 1939
Reproduktion: W. Beermann, GMH 134

Abb. 31 Zeichnung der Siedlung Halbmond des Architekten Justus Haarmann, 1927
Quelle: Frankmöller, Neues Bauen, S. 23 135

d. Anhang

Anhang 1 Anzahl der Häuser und Werkswohnungen in Georgsmarienhütte und in den umliegenden Ortschaften 1895 und 1925 375

Anhang 2 Geburten, Heiraten und Todesfälle in Georgsmarienhütte 1885-1933 376

Anhang 3 Einwohner Georgsmarienhüttes nach Konfession und Geschlecht 1858-1969 378

Anhang 4 Beschäftigtenentwicklung des Georgsmarienhütter Werkes 1857-1945 379

Anhang 5 Geburtsorte nach den zentralen Herkunftsgebieten der Eheschließenden in GMH 1856-1933 (Kreise mit mehr als 6 Eheschließenden) 381

Anhang 6 Einnahmen und Ausgaben zweier Hüttenarbeiterhaushalte in GMH aus dem Jahr 1878
Quelle: Protokolle über die Vernehmung der Sachverständigen durch die Eisenenquête-Kommission, (Berlin 1879), S. 275f. 387

Anhang 7 Einnahmen und Ausgaben dreier Heuerlingshaushalte in den Vogteien Alfhausen und Berge aus dem Jahre 1846
Quelle: Wrasmann, II, S. 42-47 391

2.2. Archivalien, Zeitschriften und Literatur

a. Ungedruckte Quellen

Niedersächsisches Staatsarchiv Osnabrück

Dep 3b: Stadt Osnabrück
V, Nr. 518, 1372 (Polizei- und Gildesachen)
IV, Nr. 1709, (Stadtsachen)

Dep 11b: Katharinenkirche zu Osnabrück
Nr. 75

Dep 12b: Marienkirche zu Osnabrück
II, Nr. 239, 240

Dep 32b: Gut Astrup
Nr. 765

Dep 49b: Klöckner-Werke Georgsmarienhütte
A (Aufsichtsrat), Nr. 32, 117, 118, 121
B (Vorstand und Direktion), Nr. 5, 36, 37, 64, 65, 85, 98, 118, 161, 294, 296, 802, 803, 849, 1013, 1014, 1016, 1024, 1041, 1051, 1241, 1731, 2042, 2052, 2034, 2037, 2038, 2060, 2096, 2315, 2309,

Dep 81b: Stadt Georgsmarienhütte
Akz. 21/86 Protokollbücher der Gemeindevertretung (unverzeichnet)
Akz. 21/86 Protokollbuch des Friedensverein (unverzeichnet)

Rep 300: Staats- und Kabinettsministerium zu Hannover
Nr. 1056

Rep 335: Landdrostei Osnabrück/Regierung — älterer Bestand
Nr. 143, 1389, 4688, 4864, 5406, 5452, 5456, 5457, 5458, 5459, 5461, 5462, 9074, 9542, 10096, 10097, 10098, 10099, 10100, 10288, 11113, 12071, 12072, 12073, 12395, 12613, 12614, 12616, 12617, 12641, 12687, 12689, 12958, 13193, 13485, 13870, 13967, 15510

Rep 350 Osn: Amt Osnabrück
Nr. 437, 487, 512, 875, 917, 935, 936, 977, 1006, 1014, 1015, 1256, 1501, 2271, 2484

Rep 350 Iburg: Amt Iburg
Nr. 849, 1389, 1692, 1891, 1697, 2375, 2545, 2716, 5001, 5458, 7638, 7969

Rep 360 Osn: Vogtei Osnabrück
Nr. 115

Rep 430: Regierung Osnabrück — jüngerer Bestand
Dez. 303, acc 1/60, Nr. 16
Dez. 101, acc 7/43, Nr. 331
Dez. 407, acc 21/43, Nr. 900

Rep 540: Katasterämter
Gebäudebücher Nr. 11, 23, 87

Rep 511: Einkommenssteuer- und Veranlagungskommission
Nr. 41, Bd. 2
Nr. 72, Bd. 1
IX, Nr. 3 I

Rep 610: Gewerbeaufsichtsamt Osnabrück
Nr. 10, 21, 26, 81

Rep 701: Evangelisches Konsistorium Osnabrück
I, Nr. 247

Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover

Dep 103: Bestand des Hannoverschen Königshauses
XXIII, Nr. 226
IX, Nr. 459

Hann 113: Kultusministerium Hannover
L, Nr. 3376 (Klostersachen)
K II, Nr. 5860, 5997 (Registratur der geistlichen und Schulsachen)

Hann 122a: Oberpräsident der Provinz Hannover
VIII, Nr. 486, 486a (Staatsbehörden)
XI, Nr. 122, 123 (Polizei)
XXXIII, Nr. 15, 16, 17, 18, 19, 20 (Handel und Gewerbe)

Archiv des Oberbergamtes Clausthal

Fach 161, Nr. 41
Fach 164, Nr. 16
Fach 165, Nr. 18, 19, 26

Archiv der Schmiedewerke Krupp/Klöckner Osnabrück

Nr. 77

Archiv der Klöckner-Werke AG, Georgsmarienhütte

Neubauabteilung: Ba4/1, Ba4/2, Ba4/4, Ba4/5, Ba4/6, Ba4/7, Ba4/8, Ba4/9, Ba4/10, Ba4/11, Ba4/12, Ba4/13, Ba4/14, Ba4/15, Ba4/16, Ba4/17, Ba4/18, Ba4/19, Ba4/20, Ba4/21, Ba4/22, Ba4/23, Ba4/24

Archive der für GMH zuständigen und ehemals zuständigen Pfarreien

Lutherkirche, Georgsmarienhütte
Evangelisch-lutherische Schloßkirche zu Iburg
Evangelisch-lutherischer Gesamtverbandes Osnabrück
Katholische Kirche St. Johann, Osnabrück
Katholische Herz-Jesu-Kirche, Georgsmarienhütte
Katholische Kirche Peter und Paul, Oesede

Katasteramt Osnabrück-Stadt und Osnabrück-Land

Finanzamt Osnabrück-Land

b. Gedruckte Quellen und Literatur

Zeitungen/Zeitschriften

Freie Presse Osnabrück
Osnabrücker Tageblatt
Osnabrücker Volkszeitung
Osnabrücker Abendpost
Neue Osnabrücker Zeitung
Glückauf. Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift.
Kölnische Volkszeitung

b. Gedruckte Quellen und Literatur

(*kursiv* —> Kurztitel in Anmerkungen)

Achilles, Walter, Die Bedeutung des *Flachsanbaus* im südlichen Niedersachsen für Bauern und Angehörige der unterbäuerlichen Schicht im 18. und 19. Jahrhundert, in: H. Kellenbenz (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert, Stuttgart 1975, S. 109-124.

Angermann, Gertrud, Land-Stadt-Beziehungen. *Bielefeld* und sein Umland 1760-1860. Unter besonderer Berücksichtigung von Markenteilungen und Hausbau, Münster 1982.

Bade, Klaus J., Sozialhistorische *Migrationsforschung*, in: E. Hinrichs, H. van Zon (Hg.), Bevölkerungsgeschichte im Vergleich: Studien zu den Niederlanden und Nordwestdeutschland, Aurich 1988, S. 63-74.

Ders., *„Preußengänger"* und „Abwehrpolitik". Ausländerbeschäftigung, Ausländerpolitik und Ausländerkontrolle auf dem Arbeitsmarkt in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte, XXIV(1984), S. 91-283.

Ders., *Auswanderer*-Wanderarbeiter-Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, 2 Bde., Ostfildern 1984.

Ders., *Massenwanderung* und Arbeitsmarkt im deutschen Nordosten von 1880 bis zum Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte, XX (1980), S. 265-323.

Ders., Transnationale *Migration* und Arbeitsmarkt im Kaiserreich: Vom Agrarstaat mit starker Industrie zum Industriestaat mit starker agrarischer Basis, in: T. Pierenkemper, R. Tilly, Historische Arbeitsmarktforschung. Entstehung, Entwicklung und Probleme der Vermarktung von Arbeitskraft, Göttingen 1982, S. 182-211.

Barmeyer, Heide, *Gewerbefreiheit* oder Zunftbindung? Hannover an der Schwelle des Industriezeitalters, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 46/47 (1975), S. 231-262.

Baumbach, V., Die bäuerlichen *Verhältnisse* im Regierungsbezirk Kassel, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik XXII, Bäuerliche Zustände in Deutschland, 1. Bd., 1883, S. 111-143.

Bausinger, Hermann, *Heimat* und Identität, in: E. Moosmann (Hg.), Heimat. Sehnsucht nach Identität, Berlin 1980, S. 13-29.

Ders., **Braun**, Markus, **Schwedt**, Herbert, Neue *Siedlungen*. Volkskundlich-soziologische Untersuchungen des Ludwig-UhlandInstituts Tübingen, Stuttgart 1959.

Beermann, Marianne, **Pleister**, Marianne, Der *Werkswohnungsbau* der Klöckner-Werke A.G. in Alt-Georgsmarienhütte und seine siedlungs- und sozialstrukturellen Auswirkungen, schr. Hausarbeit für das Lehramt, Universität Osnabrück (ms), Osnabrück 1979.

Beermann, Werner, **Görbing**, Dieter, *Erinnerungen* ... 80 Jahre historische Bilddokumente aus den ehemaligen Gemeinden der Stadt Georgsmarienhütte, *Bd. 1*, o.O., 1979; dies.,*Erinnerungen II*, o.O., 1972.

Dies., Die *Hütte.* Arbeit und Leben in der Region um das Werk in Georgsmarienhütte. Georgsmarienhütte o.J. (1988).

Behr, Hans-Joachim, Zur Rolle der *Landbevölkerung* in der bürgerlichen Revolution von 1848, in: Osnabrücker Mitteilungen, 81(1974), S. 128-146.

Beiträge zur Statistik *des Königreich Hannover*, hg. v. Kgl. Statistischen Bureau, Heft 2, Hannover 1852.

Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden, hg. vom Statistischen Bureau: Die Volkszählung vom 1.12.1885, Karlsruhe 1890.

Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen, hg. von der großhessischen Zentralstelle für die Landesstatistik, Darmstadt 1877: Bd. 15b: Übersicht über die Gemeinden und Wohnplätze.

Bendix, R., Herrschaft und Industriearbeit. Untersuchungen über Liberalisierung und Autokratie in der Geschichte der Industrialisierung, Frankfurt/M. 1960.

Berichte über den *Kreiskirchentag* des Kirchenkreises Georgsmarienhütte, Hannover 1923ff.

Beschreibung der Verhältnisse und Einrichtungen der Georgs-Marien-Hütte bei Osnabrück. Ausgestellt unter Gruppe I Nr. 8642 auf der internationalen Ausstellung in Wien 1873, Osnabrück 1873.

Blessing, Patrick J., New Urban History in den Vereinigten Staaten, in: W. H. Schröder (Hg.), Moderne Stadtgeschichte, Stuttgart 1979, S. 15-34.

Blotevogel, Hans Heinrich, Zentrale Orte und *Raumbeziehungen* in Westfalen vor der Industrialisierung (1780-1850), Paderborn 1975.

Blumberg, Horst, Die *Finanzierung* der Neugründungen und Erweiterungen von Industriebetrieben in Form der Aktiengesellschaft während des 19. Jahrhundert in Deutschland, am Beispiel der preußischen Verhältnisse, in: H. Mottek (Hg.), Studien zur Geschichte der Industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960, S. 165-209.

Böhme, Helmut, *Prolegomena* zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1968.

Böhmert, Victor, Die *Arbeiterfürsorge* auf der Wiener Weltausstellung mit besonderer Beziehung auf die Arbeiterwohnungsfrage, in: Der Arbeiterfreund, Berlin 1874.

Bollery, Franziska, **Hartmann**, Kristina, Wohnen im *Revier*, Siedlungen vom Beginn der Industrialisierung bis 1933. AnalyseBewertung — Chancen, in: Bauwelt 24 (Stadtbauwelt 46), 66. Jg., Berlin 1957, S. 85-100.

Bölsker-Schlicht, Franz, Die *Hollandgängerei* im Osnabrücker Land und im Emsland. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeitswanderung vom 17. bis zum 19. Jahrhundert (= Emsland/Bentheim, Beiträge zur neueren Geschichte, Bd. 3). Sögel 1987.

Borchardt, Brunhild, Die *Industrialisierung* GMHüttes 1856-1905, schr. Hausarbeit im Fach Geographie an der Universität Osnabrück (ms), Hasbergen 1978.

Brakelmann, Günther, Evangelische Pfarrer im Konfliktfeld des Ruhrbergarbeiterstreiks von 1905, in: J. Reulecke, W. Weber (Hg.), Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978.

Braubach, Max, Von der Französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß (= Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, hg. v. H. Grundmann, Tb-Ausgabe Bd. 14), München 1974 (9).

Braun, Rudolf, Gesellschaft in der Industriellen Revolution, Köln 1973.

Ders., Sozialer und kultureller Wandel in einem ländlichen Industriegebiet im 19. und 20. Jahrhundert, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1965.

Bremer, Johann Cord, *Osnabrück* im Zeitalter der Industrialisierung, phil. Diss. (ms), Göttingen 1951.

Brepohl, Wilhelm, *Industrievolk* im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform dargestellt am Ruhrgebiet, Tübingen 1957.

Brockstedt, Jürgen, Anfänge der Industrialisierung in Agrarregionen Norddeutschlands im 19. Jahrhundert, in: H. Kiesewetter, R. Fremdling (Hg.), Staat, Region und Industrialisierung, Ostfildern 1985.

Brüning, —, Die *Wohnungsverhältnisse* der ärmeren Volksklassen in der Stadt Osnabrück, in: Die Wohnungsnot der ärmeren Klassen in deutschen Großstädten und Vorschläge zu deren Abhilfe (= Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 31,2) Leipzig 1886, S. 129-151.

Brüning, Kurt, Der *Bergbau* im Harze und im Mansfeldischen, Braunschweig, Hamburg 1926.

Burg, Peter, *Demographie* und Geschichte, in: Rheinische Vierteljahrsblätter. Mitteilungen des Instituts für Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn, 42 (1978), S. 298-383.

Buschmann, Walter, *Linden*. Geschichte einer Industriestadt, Hildesheim 1982.

Chronik der Gemeinde *Georgsmarienhütte*, bearbeitet v. Verschönerungsverein 1870 Heimatverein Georgsmarienhütte, Georgsmarienhütte 1969.

Conze, Werner, Vom *„Pöbel"* zum „Proletariat", in: W. Fischer, H. Bajohr (Hg.), Die Soziale Frage. Neuere Studien zur Lage der Fabrikarbeiterschaft in den Frühphasen der Industrialisierung, Stuttgart 1967.

Ders., Engelhardt, Ulrich (Hg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979.

Crew, David, *Bochum*. Sozialgeschichte einer Industriestadt 1860-1914, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1980.

Ders., Regionale *Mobilität* und Arbeiterklasse. Das Beispiel Bochum 1880-1901, in: H.-U. Wehler (Hg.), Historische Familienforschung und Demographie (= Geschichte und Gesellschaft, 1 (1975), Heft 2/3., S. 99-120.

Croon, Helmut und **Utermann**, Kurt, *Zeche* und Gemeinde. Untersuchung über den Strukturwandel einer Zechengemeinde im nördlichen Ruhrgebiet, Tübingen 1958.

Dascher, Ottfried, Das *Textilgewerbe* in Hessen-Kassel vom 16. bis 19. Jahrhundert, Marburg 1968.

Debo, Ludwig, *Baukunst* III. Vorlesungen 1860/61, handgeschriebenes Kollegheft in der Bibliothek des Instituts für Bau- und Kunstgeschichte Hannover (Mitschrift von W. Cordes, Schüler von Debo).

Ders., **Grote**, Carl, Gemeinnützige *Bauvereine*. Bericht an Königlich Hannoversches Ministerium des Innern, erstattet im März 1861, mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse der Residenzstadt Hannover, Hannover 1861.

Dennert, Herbert, Die wirtschaftlichen und sozialpolitischen *Aufgaben* der Bergverwaltung im Oberharz vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 11 (16) (1963), Heft 2, S. 127-135.

Deutsches Gemeindeverzeichnis, Verlag für Standesamtswesen, Frankfurt/M. 1970 (7).

Ditt, Hildegard, **Schöller**, Peter, Die *Entwicklung* des Eisenbahnnetzes in Nordwestdeutschland, in: Westfälische Forschungen. Mitteilungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde, 8 (1955), S. 155-180.

Drees, Johannes, *Arbeitsausgleich* zwischen Industrie und Landwirtschaft dargestellt am Heuerlingswesen im Kreis Osnabrück, Diss. (ms.), o.O., o.J. (Osnabrück, Göttingen 1924).

Dumke, Rolf H., Der Deutsche *Zollverein* als Modell ökonomischer Integration, in: H. Berding (Hg.), Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1984 (= Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 10), S. 71-101.

Düwell, Kurt, **Köllmann**, Wolfgang (Hg.), *Rheinland-Westfalen* im Industriezeitalter, 4. Bde., hier Bd. 1: Von der Entstehung der Provinzen bis zur Reichsgründung, Wuppertal 1983.

Düwell, Wilhelm, Wohlfahrts-Plage. Eine eingehende Studie über die sog. Wohlfahrtseinrichtungen in den verschiedenen Großbetrieben, Dortmund 1903.

Ebert, A., Die Heirats-, Armen- und *Gemeinde-Gesetzgebung* nebst Ausführungs-Vorschriften in der Provinz Hannover, Hannover 1873.

Ders., Handbuch für *Gemeindebeamte*, Bd. 1: Die Gesetzgebung über Landgemeinden in der Provinz Hannover, bearbeitet nach den neuen Verwaltungsgesetzen, Hannover 1885.

Die **Einrichtungen für die Wohlfahrt** der Arbeiter der großen gewerblichen Anlagen im preußischen Staate. Bearbeitet im Auftrag des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. I. Teil: Die Beschreibung der Einrichtungen, Berlin 1876.

Ehalt, Hubert Ch. (Hg.), Geschichte von unten. Fragestellungen, Methoden und Projekte einer Geschichte des Alltags, Köln, Wien, Graz 1984.

Engelhardt, Ulrich (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984.

Ergebnisse der Volkszählung von 1939 (= Statistik des Deutschen Reiches 559), Bd. 8: Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen, Schaumburg-Lippe.

Ergebnisse der Volkszählung von 1939 (= Statistik des Deutschen Reiches 559), Bd. 7: Provinz Schleswig-Holstein, Hansestadt Hamburg und Mecklenburg.

Ergebnisse der Volkszählung von 1939 (= Statistik des Deutschen Reiches 559), Bd. 9: Westfalen, Lippe-Detmold.

Die **Ergebnisse** der Berufzählung vom 5.6.1882 im preußischen Staate: Landwirtschaftsbetriebe sowie Hauptberufe und Religionsbekenntnisse der Bevölkerung, hg. v. Kgl. Statistischen Bureau, Berlin LXXVI, 3. Teil, Berlin 1885.

Esenwein-Rothe, Ingeborg, *Einführung* in die Demographie. Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsprozess aus der Sicht der Statistik, Wiesbaden 1982.

Fauck, Siegfried, Geschichte der Stadt Ludwigshafen a.Rh. in Daten, Speyer 1972.

Feldenkirchen, Wilfried, Die Eisen- und Stahlindustrie des *Ruhrgebietes* 1879 — 1914. Wachstum, Finanzierung und Struktur ihrer Großunternehmen, Wiesbaden 1982.

Feldman, Gerald D., Der deutsche organisierte *Kapitalismus* während der Kriegs- und Inflationsjahre, in: H.A. Winkler (Hg.), Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974, S. 150-171.

Ders., *Streiks* in Deutschland 1914-1933: Probleme und Forschungsaufgaben, in: K. Tenfelde, H. Volkmann (Hg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981.

Festschrift zur Hundertjahrfeier der Dortmund-Hörder Hüttenunion, Essen 1952.

Fischer, Fritz, Der deutsche Protestantismus und die Politik im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift, 171 (1951), S. 473-518.

Fischer, Wolfram, *Herz des Reviers.* 125 Jahre Wirtschaftsgeschichte des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen, Mülheim, Oberhausen, Essen 1965.

Ders., Planerische Gesichtspunkte bei der Industrialisierung in *Baden*, in: Raumordnung im 19. Jahrhundert, (1. Teil), Historische Raumforschung, Bd. 5, Hannover 1965, S. 117-126.

Ders., **Bajohr**, G. (Hg.), Die Soziale Frage. Neuere Studien zur Lage der Fabrikarbeiter in den Frühphasen der Industrialisierung, Stuttgart 1967.

Flathmann, D., Die *Reichstagswahlen* in der Provinz Hannover 1867 bis 1896, Hannover 1897.

Foucault, Michel, Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt/M. 1977.

Frankmöller, Inge (Hg.), *"Neues Bauen"* in Osnabrück während der Weimarer Republik — Architektur und Stadtplanung in der Amtszeit des Stadtbaurates Senator Friedrich Lehmann, Bramsche 1984.

Die **Freien Gewerkschaften** in den letzten Jahren der Weimarer Republik, in: Freiheit-Krise-Diktatur. Zur Zerschlagung der Gewerkschaften in Osnabrück 1933, hg. von der Geschichtsgruppe Arbeit und Leben, Osnabrück, 1985 (Rasch-Verlag Bramsche), S. 173-211.

Fremdling, Rainer, *Eisen*, Stahl und Kohle, in: H. Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart 1986, S. 347-370.

Führ, Eduard, **Stemmrich**, Daniel, *Stahlhausen*. Die Dinglichkeit sozialer Konfiguration, in: K. Bergmann, R. Schörken (Hg.), Geschichte im Alltag — Alltag in der Geschichte, Düsseldorf 1982, S. 88-109.

Funke, G.L.W., Über die gegenwärtige Lage der *Heuerleute* im Fürstentum Osnabrück, Bielefeld 1847.

Geisel, Karl, *Abwanderer* aus dem Kreis Ziegenhain nach Westfalen im 19. Jahrhundert, in: Schwälmer Jahrbuch, Melsungen 1983, S. 81-86.

Gemeindelexikon für das Königreich Preußen. Aufgrund der Materialien zur Volkszählung vom 1. Dezember 1905 und anderer amtlicher Quellen bearbeitet vom Königlich Preußischen Statistischen Landesamte. Hefte I-XIII, Berlin 1908.

Gemeindelexikon für den Freistaat Preussen. Bearb. v. Preuß. Statist. Landesamt, Bd. X, Provinz Hannover, Berlin 1930.

Gemeindeverzeichnis des Freistaates Oldenburg, aufgrund der Ergebnisse der Volkszählung vom 8.10.1919, hg. vom Oldenburgischen Statistischen Landesamt, Oldenburg 1920.

Gemeinfaßliche Darstellung des Eisenhüttenwesens, hg. v. Verein deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf, Düsseldorf 1929 (13).

Gladen, Albin, Der Kreis *Tecklenburg* an der Schwelle des Zeitalters der Industrialisierung, Münster 1970.

Glettler, Monika, **Haumann**, Heiko, Materialien zur vergleichenden *Regionalgeschichte*, in: dies. und G. Schramm (Hg.), Zentrale Städte und ihr Umland. Wechselwirkungen während der Industrialisierungsperiode in Mitteleuropa, St. Katharinen 1985, S. 1-14.

Glückauf. Berg- und Hüttenmännische Zeitung für den Niederrhein und Westfalen, 2/1867 und 6/1867.

Godehardt, Helmut, Die *Auswanderung* von Bewohnern der eichsfeldischen Gemeinden des Kreises Mühlhausen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Eichsfelder Heimathefte, Bd. 9 (1969), S. 8-24.

Gossweiler, Kurt, Die Vereinigten *Stahlwerke* und die Großbanken. Eine Studie über das Verhältnis von Bank- und Industriekapital in der Weimarer Republik und unter der faschistischen Diktatur (1926-1936), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1965, Teil 4.

Ders., Großbanken, Industriemonopole, Staat, Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914 bis 1932, Berlin/DDR 1971.

Greve, Klaus, Akten der Steuerverwaltung als Quelle zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Historischen Geographie Schleswig-Holsteins ca. 1789-1867. Ein Überblick, in: ders. (Hg.), Quellenkundliche Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Kiel 1985, S. 67-110.

Grümer, Karl-Wilhelm, Soziale *Ungleichheit* und Beruf — Zur Problematik der Erfassung des Merkmals ‚Beruf' bei der Sozialstrukturanalyse gegenwärtiger und historischer Gesellschaften, in: Historische Sozialforschung 32 (1984), S. 4-36.

Gülich, Gustav von, Geschichtliche *Darstellung* des Handels, der Gewerbe und des Ackerbaues der bedeutendsten handelstreibenden Staaten unserer Zeit, Bd. 2, Jena 1830.

Günter, R., Krupp und Essen, in: M. Warnke (Hg.), Das Kunstwerk zwischen Wissenschaft und Weltanschauung, Gütersloh 1970, S. 128-174.

Günther, Adolf, **Prévôt**, René, Die *Wohlfahrtseinrichtungen* der Arbeitgeber in Deutschland und Frankreich (= Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 114), Leipzig 1905.

Günther, Adolf, *Wohlfahrtseinrichtungen* und Betriebseinrichtungen, München 1909 (= Schriften des sozialwissenschaftlichen Vereins der Universität München, Heft 2).

Günther, Karl, *Beiträge* zum Problem der kurhessischen Auswanderung im 18. und 19. Jahrhundert, insbesondere nach Nordamerika, in: Zeitschrift des Vereins für Hessische Geschichte und Landeskunde, Bd. 75/77 (1964/65), S. 489-538.

Haase, Johannes, *Chronik* der Evangelisch-lutherischen Gemeinde Georgsmarienhütte, o.O. (GMH) 1903.

Hahn, Hans-Werner, Geschichte des Deutschen *Zollvereins*, Göttingen 1984.

Haendly, Karl, *Bauern und Weber* im Eichsfeld. Geschichte eines deutschen Kleinstaates, seiner Wirtschaft und der Menschen die ihn bewohnten, 897-1933, Diss. (ms), Köln 1945.

Hagemann, Walther, *Bergbau-* und Hüttenbetriebe des Osnabrücker Landes in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, Hannover 1930.

Harder-Gersdorff, Elisabeth, *Leinen-Regionen* im Vorfeld und im Verlauf der Industrialisierung (1780-1914), in: H. Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1986, S. 203-253.

Hartwich, Hans-Herrmann, *Arbeitsmarkt*, Verbände und Staat. Die öffentliche Bindung unternehmerischer Funktion in der Weimarer Republik, Berlin 1967.

Haunhorst, Dorothea, Werkswohnungsbau und *Nachbarschaften* zwischen den beiden Weltkriegen in ländlich geprägtem Industrieraum. Eine sozial- und kulturgeschichtliche Fallstudie, schr. Hausarbeit f. das Lehramt der Sekundarstufe II, Universität Münster (ms), Münster 1984.

Hauptmeyer, Carl-Heinz, Heimatgeschichte heute, in: ders., Landesgeschichte heute, Göttingen 1987, S. 77-92.

Hausmann, J. Fr. L., Über den gegenwärtigen Zustand und die Wichtigkeit des Hannoverschen Harzes, Göttingen 1832.

Heckmann, Friedrich, Die Bundesrepublik: ein *Einwanderungsland*? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität, Stuttgart 1981.

Heimatchronik des Landkreises Hannover, von Elfriede Bühler u.a., Archiv für deutsche Heimatpflege, Köln 1980.

Henning, Friedrich-Wilhelm, *Industrialisierung* und dörfliche Einkommensmöglichkeit. Der Einfluß der Industrialisierung des Textilgewerbes in Deutschland im 19. Jahrhundert auf Einkommensmöglichkeiten in den ländlichen Gebieten, in: H. Kellenbenz (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert, Stuttgart 1975, S. 155-176.

Henry, Louis, Die *Kirchenbücher* als demographische Quelle, in: W. Köllmann, P. Marschalk (Hg.), Bevölkerungsgeschichte, Köln 1972, S. 220-230.

Hentschel, Volker, *Metallverarbeitung* und Maschinenbau, in: H. Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1986, S. 371-389.

Ders., Wirtschaft- und *Wirtschaftspolitik* im Wilhelminischen Deutschland. Organisierter Kapitalismus und Interventionsstaat? Stuttgart 1978.

Hermand, Jost, **Trommler**, Frank, Die Kultur der Weimarer Republik, München 1978.

Hinrichs, Ernst, *Regionale Sozialgeschichte* als Methode der modernen Geschichtswissenschaft, in: ders., W. Norden, Regionalgeschichte. Probleme und Beispiele, Hildesheim 1980.

Ders., Zum gegenwärtigen Standort der Landesgeschichte, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 57 (1985), S. 1-18.

Hippel, Wolfgang von, Regionale und soziale *Herkunft* der Bevölkerung einer Industriestadt. Untersuchungen zu Ludwigshafen a.Rh. 1867-1914, in: W. Conze, U. Engelhardt (Hg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 51-69.

Hitzemann, Hubert, Zur Auswanderung aus dem Fürstentum Lippe, phil. Diss (ms), Münster 1953.

Hoeltje, Georg, **Weber**, Helmut, Georg Ludwig Friedrich *Laves*, Hannover 1964

Holtmann, Bernd, Die Herz-Jesu-Pfarre Georgsmarienhütte, Osnabrück o.J. (1968).

Hörger, Hermann, *Familienformen* einer ländlichen Industrieansiedlung, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte, 41 (1978), S. 771-819.

Horstmann, Kurt, *Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung* in Minden-Ravensberg, Lippe und Osnabrück im ersten und zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts, in: Historische Raumforschung Bd. 5, Teil 1: Raumordnung im 19. Jahrhundert, Hannover 1965, S. 97-116.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche *Verfassungsgeschichte*, Bd. 1: Reform und Restauration 1789-1830, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1975 (2).

Huck, Gerhard (Hg.), Sozialgeschichte der Freizeit: Untersuchung zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1982 (2), darin ders., Einleitung, S. 7-17.

Hue de Grais, *Handbuch* der Verfassung und Verwaltung in Preußen und im Deutschen Reiche, Berlin 1882 (2).

Ders., *Handbuch* der Verfassung und Verwaltung in Preußen und im Deutschen Reiche, Berlin 1904 (16).

Ders. und **Peter**, Hans, *Handbuch* der Verfassung und Verwaltung in Preußen und im Deutschen Reich, Berlin 1927 (24).

100 Jahre Lutherkirche in Georgsmarienhütte, zusammengestellt und herausgegeben vom Kirchenvorstand o.O., o.J., (Georgsmarienhütte 1978).

100 Jahre Neunkirchner Eisenwerk unter der Fa. Gebr. Stumm, Saarbrücken 1906.

Husung, Hans-Gerd, Zur ländlichen *Sozialschichtung* im norddeutschen Vormärz, in: H. Mommsen, W. Schulze (Hg.), Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung, Stuttgart 1981, S. 259-273.

Ders., Protest und Repression im Vormärz. Norddeutschland zwischen Restauration und Revolution, Göttingen 1984.

Imbusch, Heinrich, *Arbeitsverhältnis* und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche Darstellung, Bonn 1979 (Reprint der Ausgabe von 1908).

Imig, Hans-Peter, Die *Gründungsepoche* der Georgs-Marien-Hütte, schr. Hausarbeit an der Univ. Münster (ms), Münster 1972.

Jarausch, Konrad H., Bonn/Göttingen Code for students', fathers' profession, abgedruckt in: Hubbard, William H., Jarausch, Konrad H., Occupation and Social Structure in Modern Central Europe: Some Reflections on Coding Professions, in: Quantum Information, Nr. 11, July 1979.

Jeggle, Utz, *Alltag*, in: H. Bausinger, U. Jeggle, G. Korff, M. Scharfe, Grundzüge der Volkskunde, Darmstadt 1978, S. 81-119.

Ders., Regional- und Gemeindeforschung, in: H. Gerndt, G. R. Schroubek (Hg.), Regionale Kulturanalyse, München 1978, S. 1122.

Jeschke, Jörg, *Gewerberecht* und Handwerkswirtschaft des Königreichs Hannover im Übergang 1815-1866. — Eine Quellenstudie — Göttingen 1977.

Jugler, —, Die *Verhältnisse* des Bergrechts in dem ehemaligen Königreiche Hannover, in: Zeitschrift für Bergrecht, 8 (1867), S. 75-103.

Junghann, Otto, 1802-1902. Die Gründung und Weiterentwicklung der *Königshütte* (Oberschlesien). Festschrift zur hundertjährigen Jubelfeier ihres Betriebes, o.O., o.J..

Kaelble, Hartmut (Hg.), Geschichte der sozialen Mobilität seit der industriellen Revolution, Königstein/Ts. 1978.

Ders., Einführung und Auswertung, in: W. Conze, U. Engelhardt (Hg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 18-30.

Kärger, Karl, Die Verhältnisse der *Landarbeiter* in Nordwestdeutschland, Württemberg, Baden und in den Reichslanden. Geschildert auf Grund der vom Verein für Socialpolitik veranstalteten Erhebungen, Leipzig 1892.

Kaiser, Jochen-Christoph, Sozialdemokratie und „praktische" *Religionskritik*. Das Beispiel der Kirchenaustrittsbewegung 1878-1914, in: Archiv für Sozialgeschichte, XXII (1982), S. 263-299.

Kammeier, Heinz-Ulrich, Deutsche *Amerikaauswanderung* aus dem Altkreis Lübbecke in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, phil. Diss. (ms), Münster 1983.

Kamphoefner, Walter D., Westfalen in der *Neuen Welt*. Eine Sozialgeschichte der Auswanderung im 19. Jahrhundert, Münster 1982.

Kampen, Wilhelm van, **Schulze**, Heiko, Kriegsende und *Novemberrevolution*, in: Kampen, Westfalen (Hg.), 100 Jahre SPD, S. 89-96.

Ders., **Westphalen**, Tilmann (Hg.), *100 Jahre SPD* in Osnabrück 1875-1975, Osnabrück 1975.

Karmarsch, Karl, Erinnerungen aus meinem Leben, Hannover 1903.

Kastorff-Viehmann, Renate, *Wohnungsbau* für Arbeiter. Das Beispiel Ruhrgebiet bis 1914, Aachen 1981.

Katz, Michael B., Occupational Classification in History, in: Journal of Interdisciplinary History, Bd. 3, 1972.

Kaufhold, Karl Heinrich, *Entstehung*, Entwicklung und Gliederung der gewerblichen Arbeiterschaft in Nordwestdeutschland 1800-1875. Unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses staatlicher Maßnahmen, in: H. Kellenbenz, Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt. Bericht über die 4. Tagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Wien am 14. und 15. April 1971, München 1974.

Ders., *Gewerbe* und ländliche Nebentätigkeiten im Gebiet des heutigen Niedersachsens um 1800, in: Archiv für Sozialgeschichte, XXIII (1983), S. 163-218.

Ders., *Gewerbelandschaften* in der frühen Neuzeit, in: H. Pohl, (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 78), Stuttgart 1986, S. 112-202.

Kellenbenz, Hermann (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und im 19./20 Jahrhundert, Stuttgart 1975.

Ders., Deutsche *Wirtschaftsgeschichte*, 2 Bde., München 1977.

Ders., Der deutsche *Außenhandel* gegen Ausgang des 18. Jahrhunderts, in: F. Lütge (Hg.), Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende vom 18. und 19. Jahrhundert, Stuttgart 1964, S. 4-60.

Kiel, Karl, *Gründe* und Folgen der Auswanderung aus dem Osnabrücker Regierungsbezirk, insbesondere nach den Vereinigten Staaten, im Lichte der hannoverschen Auswanderungspolitik betrachtet (1823-1866), in: Osnabrücker Mitteilungen, 61 (1941), S. 85-176.

Kiesewetter, Hubert, Industrialisierung und Landwirtschaft. Sachsens Stellung im regionalen Industrialisierungsprozeß Deutschlands im 19. Jahrhundert, Köln, Wien 1988.

Ders., Fremdling, Rainer (Hg.), Staat, Region und Industrialisierung, Ostfildern 1985.

Kirsch, Peter, *Arbeiterwohnsiedlungen* im Königreich Württemberg in der Zeit vom 19. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Tübingen 1982.

Kleßmann, Christoph, *Polnische Bergarbeiter* im Ruhrgebiet 1870-1945, Göttingen 1978.

Klöckner und die Geschichte des Oberbaues, o.O., 1969 (2), Selbstverlag.

Klöpper, R., Niedersächsische Industriekleinstädte, siedlungsgeographisch betrachtet, Diss. (ms), Göttingen 1941.

Knösel, H., *Linnenleggen* im Hannoverlande, in: Niedersachsen, Bd. 35, Hildesheim 1930, S. 20-24.

Koch, Wolfgang, Die betriebliche *Wohnungsfürsorge* als Teil der Unternehmenspolitik, phil. Diss. (ms), Köln 1968.

Kocka, Jürgen, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800-1875. Berlin, Bonn 1983.

Ders., Ditt, Karl, **Mooser**, Josef, **Reif**, Heinz, **Schüren**, Reinhard, Familie und soziale Plazierung. Studien zum Verhältnis von Familie, sozialer Mobilität und Heiratsverhalten an westfälischen Beispielen im späten 18. und 19 Jahrhundert, Opladen 1980.

Köllmann, Wolfgang, *Soziale Frage* und soziale Bewegungen, in: W. Först (Hg.), Das Rheinland in preußischer Zeit, Köln, Berlin 1965, S. 145-164.

Ders., Zur Bedeutung der *Regionalgeschichte* im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeptionen, in: Archiv für Sozialgeschichte, XV (1975), S. 43-50.

Ders., Bevölkerung und *Arbeitskräftepotential* 1815-1865, in: ders. (Hg.), Bevölkerung in der Industriellen Revolution, Göttingen 1974, S. 61-98.

Kolb, Karlheinz, **Teiwes**, Jürgen, *Beiträge* zur politischen, Sozial- und Rechtsgeschichte der Hannoverschen Ständeversammlung von 1814-1833 und 1837-1849, Hildesheim 1977.

Kolkmeyer, Walter, Die wirtschaftliche Verflechtung der Stadt Osnabrück, Osnabrück 1931.

Konrad, Helmut, Neue Wege in der Forschung und Vermittlung von Geschichte, in: H. Chr. Ehalt (Hg.), Geschichte von unten. Fragestellungen, Methoden und Projekte einer Geschichte des Alltags, Köln, Wien, Graz 1984, S. 41-58.

Koselleck, Reinhart, ‚Erfahrungsraum' und ‚Erwartungshorizont' — zwei historische Kategorien, in: U. Engelhardt, V. Sellin, H. Stuke (Hg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt, Stuttgart 1976, S. 13-33.

Kowalska, Stefania, Forschungen zur *Sozialstruktur* auf Grund von Personenstandsakten, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964/IV, S. 178-198.

Kraus, Antje, Arbeiter der *Carlshütte* (Rendsburg) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert, in: R. Paetau, H. Rüdel (Hg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein in 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987, S. 135-145.

Krengel, Jochen, Die deutsche *Roheisenindustrie* 1871-1913. Eine quantitativ-historische Untersuchung, Berlin 1983.

Kriedte, Peter, **Medick**, Hans, **Schlumbohm**, Jürgen, *Industrialisierung* vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus, Göttingen 1977.

Kupczyk, Edwin, Die *Konzentrationsbewegung* in der deutschen Großeisenindustrie nach dem Kriege, in: Wirtschaftsdienst, 1930, Heft 41, S. 1747-1752.

Kuske, Bruno, Wirtschaftsgeschichte *Westfalens* in Leistung und Verflechtung mit den Nachbarländern bis zum 18. Jahrhundert, Münster 1949 (2).

Laer, Wilhelm von, *Bericht* über die Lage der arbeitenden Klassen des Kreises Herford an das Kgl. Preuß. Landes-Ökonomie-Kollegium 1851, in: C. Jantke, D. Hilger, Die Eigentumslosen. Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgenössischen Literatur, Freiburg, München 1965, S. 93-100.

Langewiesche, Dieter, *Wanderungsbewegungen* in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innerstädtische Mobilität in Deutschland 1880-1914, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 64 (1977), H. 1, S. 1-40.

Launhardt, Wilhelm, Die Königlich Technische Hochschule zu Hannover 1831-1881, Hannover 1881.

Leben und Arbeit in Herrenwyk — Geschichte der Hochofenwerk Lübeck AG, der Werkskolonie und ihrer Menschen, Lübeck 1985.

Linde, Hans, Das Königreich Hannover an der Schwelle des *Industriezeitalters*, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 5 (1951/52), S. 413-443.

Link, Werner, Der amerikanische *Einfluß* auf die Weimarer Republik in der Dawesplanphase (Elemente eines „penetrierten Systems"), in: H. Mommsen, D. Petzina, B. Weisbrod (Hg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 485-499.

Losch, Philipp, Geschichte des Kurfürstentums *Hessen* 1803 bis 1866, Marburg 1922.

Lucassen, Jan, *Naar de Kusten* van de Noordzee: trekarbeid in Europees perspektief, 1600-1900, Gouda 1984.

Ludewig, G. und v. **Voigt**, Wirtschaftliche und kulturelle Zustände in *Alt-Hannover*, Hannover 1929(2).

Lütge, Friedrich, *Wohnungswirtschaft*, Stuttgart 1949 (2).

Ders., Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1964.

Ders., Milles, Dietrich, Die *Klassensymbiose* von Junkertum und Bourgeoisie. Zum Verhältnis von gesellschaftlicher und politischer Herrschaft in Preußen/Deutschland 1850 bis 1878/79, Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1980.

Mager, Wolfgang, *Protoindustrialisierung* und agrarisch-heimgewerbliche Verflechtung in Ravensberg während der Frühen Neuzeit, in: Geschichte und Gesellschaft, 8 (1982), S. 435-474.

Manega, Rudolf, Die *Anlage* von Arbeiterwohnungen vom wirtschaftlichen, sanitären und technischen Standpunkte, mit einer Sammlung von Plänen der besten Arbeiterhäuser Englands, Frankreichs und Deutschlands, Weimar 1894 (3).

Marschalck, Peter, *Bevölkerungsgeschichte* im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1984.

Ders., Die deutsche *Überseeauswanderung* im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1971.

Maschke, Erich, *Industrialisierungsgeschichte* und Landesgeschichte, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 103 (1967), S. 71-84.

Mathis, Franz, *Förderung* und Verarbeitung von Nicht-Metallen, in: H. Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1986, S. 390-417.

Matter, Max, Gedanken zum Verhältnis von Gemeindestudien zu Regionalanalysen, in: H. Gerndt, G. R. Schronbeck (Hg.), Regionale Kulturanalyse. Protokollmanuskript einer wissenschaftlichen Arbeitssteigung der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde vom 8.-11.10.1978 in München, München 1979, S. 7-16.

Matzerath, Horst, *Städtewachstum* und Eingemeindungen im 19. Jahrhundert, in: J. Reulecke (Hg.), Die deutsche Stadt im Industriezeitalter. Beiträge zur modernen deutschen Stadtgeschichte, Wuppertal 1978, 1980 (2), 67-89.

Mayer, Karl Ullrich, **Müller**, Walter, *Trendanalysen* in der Mobilitätsforschung, in: H. Kaelble (Hg.), Geschichte der sozialen Mobilität seit der industriellen Revolution, Königstein/Ts. 1978, S. 35-59.

Meinhardt, Günther, Die *Wanderhandwerker* des Untereichsfeldes, in: Göttinger Monatsblätter, Dez. 1979, S. 10-11.

Meyer, Johannes, *Kirchengeschichte* Niedersachsens, Göttingen 1939.

Meyer, Susanne, Die *Freien Gewerkschaften* in den letzten Jahren der Weimarer Republik, in: Freiheit-Krise-Diktatur. Zur Zerschlagung der Gewerkschaften in Osnabrück 1933, hg. v. der Geschichtsgruppe Arbeit und Leben Osnabrück, Osnabrück 1985 (Rasch-Verlag Bramsche), S. 173-211.

Milkereit, Gertrud, Betriebliches *Wohnungswesen* im Duisburger Norden 1880-1974, in: Teuteberg, Hans Jürgen (Hg.), Homo habitans. Zur Sozialgeschichte des ländlichen und städtischen Wohnens in der Neuzeit, Münster 1985, S. 391-420.

Milles, Dietrich, „... *aber es kam kein Mensch* nach den Gruben, um anzufahren." Arbeitskämpfe der Ruhrbergarbeiter 1867-1878, Frankfurt, New York 1983.

Mittelhäusser, Käthe, *Häuslinge* im südlichen Niedersachsen, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 116 (1980) S. 235-278.

Mogs, Fritz, Die sozialgeschichtliche Entwicklung der Stadt Oberhausen (Rhld.) zwischen 1850 und 1933, wirtsch. Diss., Köln 1956.

Mohrmann, Ruth-E., *Regionale Kultur* und Alltagsgeschichte. Möglichkeiten, Grenzen und Aufgaben der Volkskunde, in: Köstlin, Konrad (Hg.), Historische Methode und regionale Kultur (Regensburger Schriften zur Volkskunde, Bd. 4), Berlin/Vilseck 1987, S. 53-76.

Möker, Ulrich, *Nordhessen* im Zeitalter der industriellen Revolution, Köln, Wien 1977.

Mooser, Josef, Ländliche *Klassengesellschaft* 1770-1848. Bauern und Unterschichten, Landwirtschaft und Gewerbe im östlichen Westfalen, Göttingen 1984.

Morich, Heinrich, *Chronik* der Bergstadt Clausthal-Zellerfeld, Clausthal-Zellerfeld o.J. (1939).

Müller, E., Der *Steinkohlenbergbau* des Preussischen Staates in der Umgebung von Saarbrücken, VI. Teil: Die Entwicklung der Arbeiterverhältnisse auf den staatlichen Steinkohlenbergwerken vom Jahre 1816 bis zum Jahre 1903, Berlin 1904.

Müller, Friedrich, Westfälische Auswanderer im 19. Jahrhundert — Auswanderung aus dem Regierungsbezirk *Münster*, I. Teil, 1803-1850, Vorbemerkungen, in: Beiträge zur Westfälischen Familienforschung, Bd. 22-24 (1964-1966), S. 7-54.

Ders., Westfälische Auswanderer im 19. Jahrhundert. — Auswanderung aus dem Regierungsbezirk *Minden*, I. Teil 1816-1900 (Erlaubte Auswanderung), in: Beiträge zur westfälischen Familienforschung, Bd. 38/39 (1980/81), Münster 1981.

Müller, Hermann, Der Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein, 2 Bde., Bd. I in 2 Teilen, Hannover 1896 und 1905, (zit. als *Müller I* und *Müller II*).

Müller-Wille, Wilhelm, *Westfalen*. Landschaftliche Ordnung und Bindung eines Landes, Münster 1981 (2).

Müllers Großes Deutsches Ortsbuch, Wuppertal, Barmen 1956 (11).

Muthesius, Volker, Peter *Klöckner* und sein Werk, Essen 1941.

Neue Regionalgeschichte: Linke Heimattümelei oder kritische Gesellschaftsanalyse? Tendenzen einer neuen Regionalgeschichte, hg. v. der Arbeitsgruppe des Forschungsprojektes „Regionale Sozialgeschichte" an der Universität Konstanz, in: Das Argument, 23 (1981), Heft 1, S. 239-252.

Niehaus, Heinrich, Örtliche *Schiedsgerichte* als wirtschaftlicher und sozialer Pachtschutz, Osnabrück 1925.

Niethammer, Lutz, Umständliche Erläuterung der seelischen Störung eines Communalbaumeisters in Preußens größtem Industriedorf oder: Die Unfähigkeit zur Stadtentwicklung, Frankfurt/M. 1979.

Ders., **Brüggemann**, Franz Josef, Wie wohnten *Arbeiter* im Kaiserreich? in: Archiv für Sozialgeschichte, XVI (1976), S. 61-134.

Ohm, Ferdinand, Der *Oberharz* als Verwaltungseinheit, aus: Allgemeiner Berg-Harz-Kalender 1973, S. 18-26.

Oncken, Herrmann, Rudolf von *Bennigsen*, 2 Bde, 1 Stuttgart, Leipzig 1910.

Ortsregister von Elsaß-Lothringen, enthalten die Gemeinden und Außenorte, zusammengestellt nach amtlichen Materialien. Sonderausgabe des Orts-Registers zum Atlas „Elsaß-Lothringen in 21 Karten", Berlin 1904.

Osnabrücker Adressbuch von 1853.

Ott, René, „... ohne Nachteil Dritter ging es nicht ab." *Montanindustrie* und bäuerliche Bevölkerung im Osnabrücker Land um 1860, in: Osnabrücker Mitteilungen, 88 (1982), S. 188-215.

Ders., *Kohle*, Stahl und Klassenkampf. Montanindustrie, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im Osnabrücker Land 1857-1878, Frankfurt/M., New York 1982.

Patje, Christ. Louis Albert, Kurzer *Abriß* des Fabriken-, Gewerbe- und Handlungszustandes in den Chur Braunschweig-Lüneburgischen Landen, Göttingen 1976.

Penners, Theodor, Zur *Konfessionsbildung* im Fürstentum Osnabrück. Die ländliche Bevölkerung im Wechsel der Reformationen des 17. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für niedersächsische Kirchengeschichte, 72 (1974), S. 25-50.

Pergande, Hans-G., Die *Gesetzgebung* auf dem Gebiete des Wohnungswesens und des Städtebaues, in: Deutsche Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft 1923-1973. 50 Jahre im Dienste der Bau- und Wohnungswirtschaft, o.O. 1973.

Petry, Ernst, Die industrielle *Struktur* und Verflechtung Ostwestfalens, Recklinghausen 1948.

Pierenkemper, Toni, Struktur und Entwicklung der Schwerindustrie in Oberschlesien und im westfälischen Ruhrgebiet 1852-1913, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 24 (1979), Heft 2, S. 1-24.

Plessner, Hans, Die *Sonnenbaulehre* des Dr. Bernhardt Cristoph Faust; ein Beitrag zur Geschichte der Hygiene des Städtebaus, Köln-Kalk 1933.

Pohl, Hans (Hg.), Forschungen zur Lage der Arbeiter im Industrialisierungsprozeß, Stuttgart 1978.

Ders., *Einführung*, in: ders. (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1986, S. 7-15.

Pollard, Sydney (Hg.), Region und Industrialisierung. Studien zur Rolle der Region in der Wirtschaftsgeschichte der letzten zwei Jahrhunderte, Göttingen 1980.

Post, Julius, **Albrecht**, H., *Musterstätten* persönlicher Fürsorge von Arbeitgebern für ihre Geschäftsangehörigen, Band II: Die erwachsenen Arbeiter, Berlin 1893.

Pothmann, Wilhelm, Zur Frage der Eisen- und Manganerzversorgung der deutschen Industrie, Jena 1930.

Protokolle der Bezirkssynoden der 1. Osnabrückischen Inspektion, Hannover 1864ff.

Protokolle über die Vernehmungen der Sachverständigen durch die Eisenenquete-Kommission, o.O., o.J (Berlin 1879).

Puls, Detlev u.a., Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1978.

Real-Encyklopädie für protestantische Theologie und Kirche, Leipzig 1883 (2).

Reekers, Stefanie, *Beiträge* zur statistischen Darstellung der gewerblichen Wirtschaft Westfalens um 1800, *Teil 5*: Die Grafschaft Mark, in: Westfälische Forschungen, Mitteilungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde, 21 (1968), S. 98-161.

Dies., *Beiträge* zur statistischen Darstellung der gewerblichen Wirtschaft Westfalens um 1800, *Teil 2*: Minden-Ravensberg, mit 4 Karten und einem Tabellenteil, in: Westfälische Forschungen, 18 (1965), S. 75-130.

Dies., Das *Baumwollgewerbe* in Westfalen von den Anfängen im 16. Jahrhundert bis zum Beginn des 19. Jahrhundert, in: Westfälische Forschungen, 37 (1987), S. 105-143.

Reichert, D., Die Geschichte der GHH in Oberhausen, in: Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie, Bd. 2/1910, S. 236-270.

Reid, Douglas A., Der Kampf gegen den *„Blauen Montag"* 1766-1876, in: D. Puls, E.P. Thompson u.a., Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1978, S. 265-296.

Renneberg, Wilhelm, Der Kulturlandschaftswandel in der Gemarkung *Ölsburg* unter dem Einfluß der Ilseder Hütte, schr. Hausarbeit am Geographischen Institut der Universität Göttingen (ms), Göttingen 1973.

Renzsch, Wolfgang, *Bauhandwerker* in der Industrialisierung, in: U. Engelhardt (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984, S. 589-602.

Rettet Eisenheim! Gegen die Zerstörung der ältesten Arbeitersiedlung des Ruhrgebietes, hg. v. der Projektgruppe Eisenheim an der FH Bielefeld, West-Berlin 1975 (3).

Reulecke, Jürgen, **Weber**, Wolfhard (Hg.), Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978.

Rhode, Paul, Geschichte der *Steinkohlenförderung* im Amt Iburg, in: Osnabrücker Mitteilungen, 27 (1902), S. 38-192.

Ringklib, H., *Statistisches Handbuch* des Königreichs Hannover, *Hannover 1853 (2).*

Ders., *Statistisches Handbuch* des Königreichs Hannover, *Hannover 1859 (3).*

Ders., *Statistisches Handbuch* der Provinz Hannover, *Hannover 1885 (5).*

Rippel, Johann Karl, Die *Entwicklung* der Kulturlandschaft am nordwestlichen Harzrand, Hannover 1958.

Ritter, Gert, Die *Nachsiedlerschichten* im nordwestdeutschen Raum und ihre Bedeutung für die Kulturlandschaftsentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Kötter im Niederbergischen Land, in: Berichte zur deutschen Landeskunde, (41) 1968, Heft 1, S. 85-128.

Rolffs, D. Ernst, Evangelische *Kirchenkunde* Niedersachsens. Das kirchliche Leben in den Landeskirchen von Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe, 2. völlig neu bearbeitete Auflage, Göttingen 1938.

Rosenberg, Hans, Die *Weltwirtschaftskrise* von 1857-1859, Göttingen 1974.

Ders., Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, in: H.-U. Wehler (Hg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966, S. 287-308.

Rothert, Liebetraut, Zur *Herkunft* westfälischer Bergleute auf Bochumer Schachtanlagen im 19. Jahrhundert. Unter besonderer Berücksichtigung der Kreise Lübbecke und Büren als Herkunftsgebiete (mit einer Beilagekarte), in: Westfälische Forschungen, Mitteilungen des Provinzialinstituts für westfälische Landesund Volkskunde des Landschaftsverbandes Westfalen/Lippe 31 (1981), S. 73-117.

Rothert, W., Die Innere Mission in Hannover, Stuttgart 1889(2).

Rürup, Reinhard, Deutschland im 19. Jahrhundert 1815-1871 (= Deutsche Geschichte, Band 8), Göttingen 1984.

Rupieper, Hermann-Josef, Regionale *Herkunft*, Fluktuation und innerbetriebliche Mobilität der Arbeiterschaft der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN) 1844 bis 1914, in: W. Conze, U. Engelhardt (Hg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 94-112.

Sammlung der Gesetze, Verordnungen und Ausschreiben für das Königreich Hannover vom Jahre 1851, Hannover 1851.

Sasse, Gerhard, Die funktionale *Gliederung* von Georgsmarienhütte, schr. Hausarbeit f. d. Lehramt an Realschulen (ms), Osnabrück 1972.

Schaer, Friedrich Wilhelm, Die ländlichen *Unterschichten* zwischen Weser und Ems vor der Industrialisierung — ein Forschungsproblem, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 50 (1978), S. 45-69.

Schäfer, Herrmann, Italienische *Gastarbeiter* im Kaiserreich, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 27 (1982), S. 192-214.

Scharfe, Martin, *Geschichtlichkeit*, in: H. Bausinger, U. Jeggle, G. Korff, M. Scharfe, Grundzüge der Volkskunde, Darmstadt 1978, S. 127-202.

Schell, L.W., Die *Verhältnisse* des Bergarbeiters am hannöverschen Oberharze. Ein Beitrag zur Arbeitsfrage, Leipzig 1850.

Schierholz, Gustav, Geschichte der *Herforder* Industrie, Herford 1952.

Schildt, Gerhard, *Tagelöhner*, Gesellen, Arbeiter. Sozialgeschichte der vorindustriellen und industriellen Arbeit in Braunschweig 1830-1880, Stuttgart 1986.

Schlumbohm, Jürgen, Agrarische *Besitzklassen* und gewerbliche Produktionsverhältnisse: Großbauern, Kleinbesitzer und Landlose als Leinenproduzenten im Umland von Osnabrück und Bielefeld während des frühen 19. Jahrhunderts, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Festschrift für Rudolf Vierhaus, Göttingen 1982, S. 315-344.

Ders., Der saisonale Rhythmus der *Leinenproduktion* im Osnabrücker Lande im späten 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Erscheinungsbild, Zusammenhänge und internationaler Vergleich, in: Archiv für Sozialgeschichte, XIX (1979), S. 263-298.

Schmidt-Klewitz, Erhard, *100 Jahre* Georgsmarienhütten-Eisenbahn, o.O., o.J. (1956).

Schmiechen-Ackermann, Detlef, *Ländliche Armut* und die Anfänge der Lindener Fabrikarbeiterschaft. Binnenwanderungen in der frühen Industrialisierung des Königreich Hannover, Hildesheim 1990.

Scholl, Lars Ulrich, *Ingenieure* in der Frühindustrialisierung. Staatliche und private Techniker im Kgr. Hannover und an der Ruhr (1815-1873), Göttingen 1978.

Schomerus, Heilwig, Soziale *Differenzierungen* und Nivellierungen der Fabrikarbeiterschaft Esslingens 1846-1914, in: H. Pohl (Hg.), Forschungen zur Lage der Arbeiter im Industrialisierungsprozeß, Stuttgart 1978, S. 20-64.

Schulte, Rudolf, Geschichte des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins, Köln-Kalk 1928 (zit. als Schulte, *GMBHV*).

Schultz, Helga, Die *Ausweitung* des Landhandwerks vor der Industriellen Revolution. Begünstigende Faktoren und Bedeutung für die „Protoindustrialisierung", in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1982, Teil III, S. 70-90.

Schulz, Günther, Der *Wohnungsbau* industrieller Arbeitgeber in Deutschland bis 1945, in: H. J. Teuteberg (Hg.), Homo habitans. Zur Sozialgeschichte des ländlichen und städtischen Wohnens in der Neuzeit, Münster 1985, S. 273-290.

Ders., Die *Arbeiter* und Angestellten bei Felten & Guilleaume. Sozialgeschichtliche Untersuchung eines Kölner Industrieunternehmens im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1979.

Schüren, Reinhard, Staat und ländliche *Industrialisierung*. Sozialer Wandel in zwei Dörfern einer deutsch-niederländischen Textilgewerberegion 1830-1914, Dortmund 1985.

Schüttler, Kurt und **Lindhorst**, André, *Hasbergen* im Landkreis Osnabrück, Hasbergen 1985.

Schwager, J. M., Über den Ravensberger Bauer, in: Westphälisches Magazin, Bd. 2, 1786, Heft 5.

Seelig, Wolfgang, Die wirtschaftliche *Stellung* Oberharzer Bergmannsfamilien im 18. und 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Bergfreiheiten — dargestellt am Beispiel der freien Bergstadt Clausthal, Diss.(ms), Clausthal 1970.

Die **Schwerindustrie** im deutschen Zollgebiet, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter, hg. vom Deutschen Metallarbeiterverband, Stuttgart 1912.

Sheldon, William, *Stüve* und die Stadt, in: Osnabrücker Mitteilungen 79 (1972), S. 1-23.

Soziales Bauen — Vortrag von Justus Haarmann am 24.3.1928 vor Jungsozialisten und Arbeiterjugend im Gewerkschaftshaus Osnabrück, abgedruckt in: I. Frankmöller (Hg.), „Neues Bauen" in Osnabrück während der Weimarer Republik — Architektur und Stadtplanung in der Amtszeit des Stadtbaurates Senator Friedrich Lehmann, Bramsche 1984, S. 19-28.

Sperling, Erich, Alles um *Stahl*, Bremen-Horn 1960.

Zur **Statistik** des *Königreichs Hannover*, 2. Heft, Hannover 1852.

Steinbach, Peter, Industrialisierung und Sozialsystem im Fürstentum Lippe. Zum Verhältnis von Gesellschaftsstruktur und Sozialverhalten einer verspätet industrialisierten Region im 19. Jahrhundert, Berlin 1986.

Stemmrich, Daniel, Die *Siedlung* als Programm. Untersuchungen zum Arbeiterwohnungsbau anhand Kruppscher Siedlungen zwischen 1861 und 1907, Hildesheim, New York 1981.

Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages, XIII Leg. Periode, 1. Session, 190. Sitzung, 14.1.1914.

Stollberg, Gunnar, *Rationalisierungsdebatte* 1908-1933. Freie Gewerkschaften zwischen Mitwirkung und Gegenwehr, Frankfurt/M. 1981.

Stratmann, Mechthild, *Wohnungsbau* in der Weimarer Republik, in: Wem gehört die Welt? Kunst und Gesellschaft in der Weimarer Republik, hg. v. der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, Berlin 1977.

Struck, Wolf-Heino, Die *Auswanderung* aus Hessen und Nassau in die Vereinigten Staaten, in: Nassauische Annalen 89 (1978), S. 78-114.

Sturm, Hermann, *Fabrikarchitektur* Villa Arbeitersiedlung, München 1977.

Stüve, Carl, Wesen und Verfassung der *Landgemeinden* und des ländlichen Grundbesitzes in Niedersachsen und Westphalen, Jena 1851.

Suerbaum, August, Die *Pfarre Oesede*, Osnabrück, o.J. (1963),

Ders., Geschichte des *Klosters Oesede*, Osnabrück 1934.

Ders., *Sitte und Brauch* unserer Heimat, Osnabrück 1951.

Sunder, Franz, Das *Finanzwesen* der Stadt Osnabrück von 1648-1900, in: Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a.S., Jena 1904.

Taeglichsbeck, O. (Hg.), Die *Belegschaft* der Bergwerke und Salinen im Oberbergamtsbezirk Dortmund nach der Zählung vom 16.12.1893, Bd. 1: Dortmund 1895, Bd. 2: Dortmund 1896.

Tenfelde, Klaus, *Proletarische Provinz*. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900-1945, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 4, hg. v. M. Broszat, München, Wien 1981, S. 1-382.

Ders., *Sozialgeschichte* der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn-Bad Godesberg 1977.

Ders., **Volkmann**, Heinrich (Hg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, darin dies., Einführung, S. 9-30.

Teuteberg, Hans-Jürgen (Hg.), Homo habitans. Zur Sozialgeschichte des ländlichen und städtischen Wohnens in der Neuzeit, Münster 1985.

Ders., Die Industrialisierung Westfalens im 19. Jahrhundert: Probleme und Forschungsstand, in: ders. (Hg.), Westfalens Wirtschaft am Beginn des „Maschinenzeitalters", Hagen 1988, S. 1-22.

Thiesmeyer, Ludwig, Die Erweckungsbewegung in Deutschland während des XIX Jahrhunderts, 9. Heft (Bd. III, H. 1): Das vormalige Königreich Hannover und die Grafschaft Tecklenburg, Hannover 1908.

Thompson, Edward P., *Plebeische Kultur* und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1980, darin: Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus, S. 34-63.

Ders., Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus, in: Rudolf Braun u.a. (Hg.), Gesellschaft in der Industriellen Revolution, Köln 1973, S. 81-112.

Tilly, Charles, The *Vendée*, London 1964.

Tolle, Karl August, Die *Lage* der Berg- und Hüttenarbeiter im Oberharz unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung der gesamten Bergarbeiter-Verhältnisse und des Knappschaftswesens in Deutschland, Berlin 1892.

Tolxdorff, Leo Adalbert, Der Aufstieg Mannheims im Bilde seiner Eingemeindungen 1895-1939, Stuttgart 1941.

Treiber, Hubert, **Steinert**, Heinz, Die *Fabrikation* des zuverlässigen Menschen. Über die „Wahlverwandschaft" von Kloster- und Fabrikdisziplin, München 1980.

Treue, Wilhelm, Die Geschichte der *Ilseder Hütte*, Peine 1960.

Ders., *Gesellschaft*, Wirtschaft und Technik Deutschlands im 19. Jahrhundert (= Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 17), München 1975.

Troitzsch, Ulrich, Staatliche *Bemühungen* um die Einführung der Strohflechterei in Kurhessen in der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: H. Kellenbenz (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und im 19./20 Jahrhundert, Stuttgart 1975, S. 141-154.

Uelschen, Gustav, Die Bevölkerung im Wirtschaftsgebiet Niedersachsen 1821-1939, Oldenburg 1942.

Ders., Die *Bevölkerung* in Niedersachsen 1821-1966, Hannover 1966.

Verzeichnis der Gemeinden des Königreich Bayern nach dem Stande der Bevölkerung von 1867, Heft XXI der Beiträge zur Statistik des Königreich Bayern, hg. vom Statistischen Bureau, München 1869.

Vetterli, Rudolf, *Industriearbeit*, Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche Organisation, dargestellt am Beispiel der Georg Fischer AG (1890-1930), Göttingen 1978.

Voigt, Wolfgang, Der *Eisenbahnkönig* oder Rumänien lag in Linden. Materialien zur Sozialgeschichte des Arbeiterwohnungsbaues während der Industrialisierung; mit Beispielen aus Hannovers Fabrikvorort Linden (um 1845-75) sowie einem notwendigen Exkurs über Deutschlands Eisenbahnkönig B. H. Strousberg, Berlin 1980.

Wächter, Hans Helmut, Die *Landwirtschaft* Niedersachsens vom Beginn des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, Bremen-Horn 1959.

Wagner, Gisela, Der Streik in den Piesberg-Betrieben im Jahre 1898, in: Osnabrücker Mitteilungen, 83(1977), S. 115-131.

Weber, Max, Zum Begriff der Sozialpolitik, abgedruckt in: V.F. Wagner, F. Marbach (Hg.), Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Bern 1953.

Weber-Kellermann, Ingeborg, Die *Familie* auf dem Lande in der Zeit zwischen Bauernbefreiung und Industrialisierung, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 26 (1978), Heft 1, S. 66-76.

Wehler, Hans-Ulrich, Bismarck und der Imperialismus, München 1976 (4).

Ders. (Hg.), Moderne Deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966.

Ders., Der Bauernbandit als neuer Heros, in: Die Zeit v. 18.9.1981.

Ders., Geschichte — von unten gesehen, in: Die Zeit v. 3.5.1985.

Weisbrod, Bernd, Die *Schwerindustrie* in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978.

Wiemann, Gerhard, Die *Bauernbefreiung* im Königreich Hannover unter besonderer Berücksichtigung des ehemaligen Fürstbistums Osnabrück, Hausarbeit f. Mag. Grad der Univ. Münster (ms), Münster 1976.

Winckel, Peter aus dem, Die Anfänge der *Großindustrie* in der Provinz Hannover, phil. Diss. (ms), Leipzig 1915.

Wischermann, Clemens, *Hungerkrisen* im vormärzlichen Westfalen, in: Düwell, Kurt, Köllmann, Wolfgang (Hg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, 4. Bde., hier Bd. 1: Von der Entstehung der Provinzen bis zur Reichsgründung, Wuppertal 1983, S. 126-147.

Wittich, Werner, Die *Grundherrschaft* in Nordwestdeutschland, Leipzig 1896.

Wortmann, Wilhelm, *Eisenbahnbauarbeiter* im Vormärz. Sozialgeschichtliche Untersuchung der Bauarbeiter der Köln-Mindener Eisenbahn in Minden-Ravensberg 1844-1847, Köln, Wien 1972.

Wrasmann, Adolf, Das *Heuerlingswesen* im Fürstentum Osnabrück, Teil *I* und *II*, in: Osnabrücker Mitteilungen, 42 (1919), S. 1-171 sowie 44 (1921), S. 1-154.

Wrede, Günther, Geschichtliches *Ortsverzeichnis* des ehemaligen Fürstbistums Osnabrück, Hildesheim 1975.

Zang, Gert, Entwicklungsphasen der Stadt und Stadtgeschichtsschreibung im 19. und 20. Jahrhundert, in: Sozialwissenschaftliche Informationen, 9 (1980), Heft 1, S. 1-118.

Ders., Die unaufhaltsame *Annäherung* an das Einzelne. Reflexionen über den theoretischen und praktischen Nutzen der Regional- und Alltagsgeschichte, Konstanz 1985.

Zehrt, Conrad, Eichsfeldische *Kirchengeschichte* des 19. Jahrhunderts, Heiligenstadt 1893.

Zorn, Wolfgang, Ein Jahrhundert deutsche Industrialisierungsgeschichte, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 108 (1972), S. 122-134.

Zunkel, Friedrich, Gewerbe- und Industrielandschaften von der Frühindustrialisierung bis 1914: *Wolle*, in: H. Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart 1986, S. 254-283.

Die **Zustände** im deutschen Fabrikwohnungswesen. Ergebnisse einer von der Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges veranstalteten Erhebung, bearb. v. Wilhelm Jansson, Berlin 1910.

Zwahr, Hartmut, Zur *Konstituierung* des Proletariats als Klasse, (Leipzig 1978) München 1981.

2.3 Abkürzungen, Münzen und Maße

abs.	absolut
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AG	Aktiengesellschaft
Anm.	Anmerkung
Bd.	Band
Bl.	Blatt
d.	Pfennig
Diss.	Dissertation
ebd.	ebenda, d.h. wie im zuvor angegebenen Titel
Fst.	Fürstentum
Gft.	Grafschaft
ggr.	Gute Groschen
Ghztm.	Großherzogtum
GMBHV	Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein
GMW	Georgs-Marien-Werke: GMBHV ab 1921
GMH, GMHütte	Georgsmarienhütte (Ort)
H.	Heft
ha	Hektar
HStA	Hauptstaatsarchiv
Hann., hannov.,	Hannover, hannoveraner
Hg./hg. v.	Herausgeber/herausgegeben von
Hztm.	Herzogtum
Ibg.	Iburg
incl.	inklusive
JbfWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
Jg.	Jahrgang
Kgr.	Königreich
kgl.	königlich
Ksp.	Kirchspiel
Ldr.	Landdrostei
LK	Landkreis
M.	Mark
Mgr.	Mariengroschen
Mio.	Million(en)
ms	maschinenschriftlich
Mstr.	Meister
ngr.	Neugroschen
Nr.	Nummer
o.	ohne
OBA	Oberbergamt
Osn.	Osnabrück
Pfg.	Pfennig

Pkt.	Punkt
Reg.	Regierung
Reg.bez.	Regierungsbezirk
rt.	Reichstaler
S.	Seite
s	siehe
sgr.	Silbergroschen
t.	Tonne
Tab.	Tabelle
Tlr.	Taler
u.a.	unter anderem, und andere
Verf.	Verfasser
vgl.	vergleiche
Vol	Volume
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
Zft.	Zeitschrift
zit.	zitiert
Ztg.	Zeitung

Münzen und Maße

bis 1857: 1 Reichstaler = 24 Gute Groschen à 12 Pfennig
bis 1866: 1 Reichstaler = 30 (Neu-)Groschen à 10 Pfennig
bis 1874: 1 Reichstaler = 30 Silbergroschen à 12 Pfennig
ab 1875: 1 Reichstaler = 3 Mark, 1 Mark à 100 Pfennig
ab 1924: 1 Reichsmark = 100 Pfennig

1 hann. Ruthe = 16 Fuß oder 4,67 m
1 hann. Fuß = 0,29 m
1 Ouadratruthe = 21,84 qm
1 Hektar = 10.000 qm
1 Morgen = 0,25 Hektar oder 25 ar oder 2.500 qm
1 ar = 100 qm

1 Himten = 31,15 Liter
1 Ringel = 108 Pfund
1 Scheffelsaat = 1179,5 qm oder 54 Quadratruthen
1 Scheffel = 54 Liter (preußisch)
1 Tonne = 1.000 Kilogramm

Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland

Heft 1, Knechte und Mägde in Westfalen um 1900, herausgegeben von Dietmar Sauermann, 1979, 2. Auflage, 173 S., DM 12,80.

Heft 2, Engel an Ravensberger Bauernhäusern, von Gertrud Angermann. Ein Beitrag zum Wandel des Dekors vom 18. bis 20. Jhdts. 1986, 2. Auflage, 216 S. mit 71 Abb., DM 19,80.

Heft 3, Töpferei in Nordwestdeutschland, herausgegeben von Wingolf Lehnemann, Vorträge, gehalten auf der Jahrestagung 1974 der Volkskundlichen Kommission für Westfalen, 2. Auflage, 291 S. 130 Abb. i. Text, DM 19,80.

Heft 4, Töpferei in Schermbeck, von Helmut Müller, (vergriffen).

Heft 5, Städtisches Fastnachtsbrauchtum in West- und Ostfalen, von Norbert Humburg. Seine Entwicklung vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert, 1976, 434 S., DM 13,50.

Heft 6, Weihnachten in Westfalen um 1900, herausgegeben von Dietmar Sauermann. Berichte aus dem Archiv für westfälische Volkskunde, 1979, 2. Auflage, 262 S., 31 Abb., DM 14,80.

Heft 7, Handwerk und Kleinstadt, von Hermann Kaiser. Das Beispiel Rheine, 1978, VIII, 501 S., mit vielen Tabellen. DM 19.80.

Heft 8, Historische Hausforschung, von Konrad Bedal. Eine Einführung in Arbeitsweisen, Terminologie und Literatur, 1978, VI, 186 S., mit 23 Tafeln u. 32 Abb., DM 19.80.

Heft 9, Kulturelle Stadt-Land-Beziehungen in der Neuzeit, herausgegeben von Günter Wiegelmann, 1978, VI, 337 S., m. Abb. u. Tabellen im Text, DM 19,80.

Heft 10, Türkische Arbeiter in Münster, von Halil Narman. Ein Beitrag zum Problem der temporären Akkulturation, 1978, X, 176 S. m. 64 Tabellen im Text, DM 16.80.

Heft 11, Bibliographie zum Schützenwesen in Westfalen, bearbeitet von Gerda Osthoff, 1979, VI, VI, 126 S., DM 12,80.

Heft 12, Ländliches Wohnen vor der Industrialisierung, von Volker Gläntzer, 1980, 306 S. m. 41 Abb., DM 19.80.

Heft 13, Gemeinde im Wandel, herausgegeben von Günter Wiegelmann, Volkskundliche Gemeindestudien in Europa 1979, 215 S. m. Abb. im Text, DM 14,80 (vergriffen).

Heft 14, Fachwerkbauten in Westfalen vor 1600, von Fred Kaspar, 1978, VI, 130 S., 47 Abb. u. Tafeln, 1 Faltkarte, DM 29,80 (vergriffen, siehe jedoch Heft 52).

Heft 15, Mode und Tracht, von Martha Bringemeier, Beiträge zur geistesgeschichtlichen und volkskundlichen Kleidungsforschung, 1985, 302 S. m. v. Abb. i. Text, DM 26,80.

Heft 16, Volkskundliche Forschung in Westfalen von 1770-1970, von D. Sauermann. Geschichte der Volkskundlichen Kommission und ihrer Vorläufer, 1986, Band I, Historische Entwicklung, 320 S. und Band II, Grundlagenmaterial des Archivs für westfälische Volkskunde, 315 S., je Bd. DM 22,80.

Heft 17, Autobiographische Aufzeichnungen des münsterländischen Bauern Philipp Richter (1815-1880), herausgegeben von Helmut Müller, 1979, III. 76 S. m. Abb. u. Taf., DM 9,80. (vergriffen).

Heft 18, Nachbarschaften und Vereine in Ahaus, von Burkhard Schwering. Studien zur Kultur und Bedeutung organisierter Gruppen, 1979, 671 S., DM 29,80.

Heft 19, Novationsphasen der ländlichen Möbelkultur in Minden-Ravensberg, von Berthold Heizmann, 1981, VIII, 216 S. 39 Abb. a. Taf., DM 19.80.

Heft 20, Häuser und Mobiliar in einem westfälischen Dorf, von Bernhard Klocke, 1980, 262 S. m. 35 S. Abb., DM 19,80.

Heft 21, Geschichte der Alltagskultur, herausgegeben von Günter Wiegelmann, 1980, 174 S. m. Abb. u. Tabellen im Text, DM 14,80 (vergriffen).

Heft 22, Bäuerliches Brotbacken in Westfalen, herausgegeben von Martha Bringemeier, 1980, 136 S. DM 12.80 (vergriffen).

Heft 23, Aus dem Leben einen Heuerlings und Arbeiters. Rudolf Dunkmann berichtet, herausgegeben von Dietmar Sauermann, 1980, 178 S. m. 24 S. Abb., DM 14,80.

Heft 24, Hattingen, von Fred Kaspar und Karoline Terlau. Zum Baubestand einer westfälischen Kleinstadt vor 1700, 1980, VI, 323 S. m. Abb. i. Text und 4 Karten in Falttasche. DM 19,80.

Heft 25, Aus dem Leben einer Bäuerin im Münsterland, herausgegeben von Renate Brockpähler, 1981, VII, 192 S. u. 54 Abb. a. Tafeln, DM 16,80.

Heft 26, Westfalen in der Neuen Welt, von Walter D. Kamphoefner. Eine Sozialgeschichte der Auswanderung im 19. Jahrhundert 1982, 211 S., 40 Abb. a. Tafeln DM 19,80.

Heft 27, Land-Stadt-Beziehungen, von Gertrud Angermann, Bielefeld und sein Umland, 1760-1860 unter besonderer Berücksichtigung von Markenteilungen und Hausbau, 1982, 400 S. m. 51 Tab., 7 Ktn. und 8 Schaubildern, 36 Abb. a. Taf., DM 24,80.

Heft 28, Die Kornfege in Mitteleuropa, von Uwe Meiners. Wort- und sachkundliche Studien zur Geschichte einer frühen landwirtschaftlichen Maschine, 1983, 496 S., mit vielen Abb. im Text und 6 Karten in Falttasche, DM 26,80.

Heft 29, Das Drechslerhandwerk in Ostwestfalen, von Volker Rodekamp. Ein traditionelles Handwerk im Strukturwandel des 20. Jahrhunderts, 1981, 393 S., 14 S. Abb., DM 19,80 (vergriffen).

Heft 30, Koreanerinnen in Deutschland, von Tai-Soon Yoo. Eine Analyse zum Akkulturationsverhalten am Beispiel der Kleidung, 1981, 225 S., DM 14,80.

Heft 31, Realität und Abbild in Stadtdarstellungen des 16. bis 19. Jahrhunderts, von Michael Schmitt und Joachim Luckhardt. Untersuchungen am Beispiel Lippstadt, 1982, X, 172 S. m. 47 Abb. i. Text, 1 Faltkarte, DM 16.80.

Heft 32, Sterbfallinventare des Stiftes Quernheim (1525 bis 1808), von Christiane Homoet, Dietmar Sauermann, Jochen Schepers. Eine quellenkritische Untersuchung zur Diffusionsforschung, 1982, 204 S., DM 19.80.

Heft 33, Alte Tagebücher und Abschreibebücher, herausgegeben von Helmut Ottenjann und Günter Wiegelmann. Quellen zum Alltag der ländlichen Bevölkerung in Nordwesteuropa, 1982, DM 19,80.

Heft 34, West-östliche Kulturverflechtungen in Mitteleuropa. Festgruß zum 80. Geburtstag von Bruno Schier. 1982, 50 S. DM 6,80.

Heft 35, Neue Heiligenkulte in Westfalen, von Gerhard Best. 1983, 288 S. m. 96 Abb. im Text, DM 19,80.

Heft 36, Erinnerungen aus einer Bergarbeiterkolonie im Ruhrgebiet, von Moritz Grän, 1983, 89 S. DM 12,80.

Heft 37, Friedenszeiten und Kriegsjahre im Spiegel zweier Lebenserinnerungen, Sophie und Fritz Wiechering berichten, herausgegeben von Kai Detlef Sievers, 1984, 408 S. m. 24 Abb. im Text, DM 24,80.

Heft 38, Bäuerliche und bürgerliche Möbel aus dem Westmünsterland, von Dörte Becker, 1984, 292 S. m. 21 Abb., 10 Karten und 54 Fotos, DM 24,80.

Heft 39, Nachlaßverzeichnisse — Probate Inventories, Internationale Biographie — International Bibliography, von Hildegard Mannheims u. Klaus Roth, 1984, 160 S., DM 14,80.

Heft 40, Nord-Süd-Unterschiede in der städtischen und ländlichen Kultur Mitteleuropas, herausgegeben von Günter Wiegelmann, 1985, 420 S. m. zahlreichen Karten, Abbildungen u. Tabellen. DM 29,80.

Heft 41, Heimat und Fremde, Wanderhändler des oberen Sauerlandes, von Peter Höher, 1985, 224 S. m. 13 Abb., DM 26,80.

Heft 42, Volkskundliche Kulturraumforschung heute, herausgegeben von H. L. Cox u. Günter Wiegelmann, Beiträge eines internationalen Symposiums in Bonn, v. 21-24.4.1982, 1984, 180 S. Text mit zahlreichen Karten u. Abb., DM 16,80.

Heft 43, Eine ländliche Arbeiterfamilie der vorindustriellen Zeit, von Maria Rörig. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte des kurkölnischen Sauerlandes. 1985, 104 S. m. 31 Abb., DM 16,80.

Heft 44, Studien zur Arbeiterkultur, herausgegeben von Albrecht Lehmann. Beiträge der 2. Arbeitstagung der Kommission „Arbeiterkultur" in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde in Hamburg v. 8.-12.5.1984. 542 S. Text u. 16 S. Abb., DM 26,80.

Heft 45, Bauerngärten in Westfalen, herausgegeben von Renate Brockpähler. Berichte aus dem Archiv für westfälische Volkskunde. 1985, DM 39,80.

Heft 46, Ostern in Westfalen, herausgegeben von Dietmar Sauermann. Materialien zur Geschichte eines volkstümlichen Kirchenfestes. 1986. 396 S. Text u. 18 S. Abb., DM 26,80.

Heft 47, Das Kleidungsverhalten jugendlicher Protestgruppen in Deutschland im 20. Jahrhundert, von Marion Grob. Am Beispiel des Wandervogels und der Studentenbewegung. 1985, 358 S. m. 53 Abb., DM 24,80.

Heft 48, Puppenspieler in Nordwestdeutschland, von Marion Wehmeyer. Ein Vergleich von Spielerpersönlichkeiten verschiedenen Alters. 1985, 208 S. m. 53 Abb., DM 24,80.

Heft 49, Nachbarschaft in der Großstadt, von Jutta-Beate Engelhard, Neue Initiativen, dargestellt am Beispiel der Stadt Münster. 1986, 364 S., DM 24,30.

Heft 50, Die Stube im westfälischen Bauernhaus, von Sabine Hacke-Reuter. 1987, 270 S. m. zahlreichen Zeichnungen, DM 19,80.

Heft 51, So kochten wir damals in Westfalen, von Willi Krift. 1985, 90 S., DM 14,80.

Heft 52, Fachwerkbauten des 14. bis 16. Jahrhunderts in Westfalen, von Fred Kaspar, 1986, VI, 272 S. m. 77 Zeichnungen und 47 Abb. im Text, DM 29,80.

Heft 53, Alte niederdeutsche Volkstänze, von Margrit Vogt. 1986, 212 S. Text mit zahlreichen Zeichnungen u. 18 S. Abb., DM 19,80.

Heft 54, Märkische Hausbandweber, von Sabine Schachtner. Arbeit und berufsbezogene Einstellung „selbständiger Lohnarbeiter". 1986, 352 S. Text und 14 S. Abb., DM 26,80.

Heft 55, Wandel der Alltagskultur seit dem Mittelalter, herausgegeben von Günter Wiegelmann. 1987, X, 336 S. m. Abb. i. Text. DM 26,80.

Heft 56, Alltagswelt im Land Braunschweig von Ruth-E. Mohrmann, Städtische und ländliche Wohnkultur vom 16. bis zum 20. Jahrhundert. 1990, 2 Bde., XXII, und X, 806 S. m. vielen Abb., DM 72,00.

Heft 57, Volksmedizin heute, herausgegeben von Günter Wiegelmann. Berichte und Studien. 1987, X, 256 S., DM 19,80.

Heft 58, Beiträge zum städtischen Bauen und Wohnen in Nordwestdeutschland, herausgegeben von Günter Wiegelmann und Fred Kaspar. 1988, 379 S. mit 494 Abb. u. Fotos, DM 42,00.

Heft 59, Schneidermeisterinnen in Münster, von Paula Lutum. Untersuchung zur historischen Entwicklung und aktuellen Berufskultur der selbständigen Frauenarbeit im Schneiderhandwerk. 1987, 230 S., DM 19,80.

Heft 60, Wandel der Volkskultur in Europa, Festschrift für Günter Wiegelmann zum 60. Geburtstag, herausgegeben von Nils-Arvid Bringéus, Uwe Meiners, Ruth-E. Mohrmann, Dietmar Sauermann und Hinrich Siuts. 1988, Band I, XX, 492 S. Band II, XIV, 404 S., mit jeweils zahlr. Fotos, DM 98,00.

Heft 61, Das Handwerk der Maler und Anstreicher in einer industriellen Kleinstadt des 20. Jahrhunderts (Ahlen 1900–1980), von Franz-Josef Kosel. 1988, XVI, 536 S. m. zahlreichen Tab., Zeichn., Tafeln u. Abb., DM 29,80.

Heft 62, Kohl- und Pinkelfahrten, von Martin Westphal. Geschichte u. Kultur einer Festzeit in Norddeutschland. 1988, X, 298 S., DM 19,80.

Heft 63, Lohndreschbetriebe und Maschinendrusch, von Ralf Vogeding. Eine volkskundliche Untersuchung zur Mechanisierung einer landwirtschaftlichen Arbeit in Westfalen, 1850–1970. 1989, 396 S., DM 26,80.

Heft 64, Dorfschullehrer von damals, von Georg Wagner. Historisch-volkskundlicher Bericht über den Volks- und Rektoratslehrer Hermann Wagner (1878–1920) aus Wiedenbrück und seine Familie, 1990. XIV, 327 S. m. Abb. DM 26,80.

Heft 65, Haus und Wohnen von Textilarbeitern, von Andreas Immenkamp. Untersuchungen über Textilarbeitersiedlungen des westlichen Münsterlandes. 1989, XII, 451 S. mit Abb. i. Text. DM 28,80.

Heft 66, Alte Menschen auf dem Lande, von Viola Kundrun. Kultureller Wandel in einer Gemeinde im südlichen Niedersachsen. 1989, XVIII, 368 S., DM 26,80.

Heft 67, Vornamen wozu? von Michael Simon. Taufe, Patenwahl und Namengebung in Westfalen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. 1989, XII, 320 S. m. 16 Abb. DM 26,80.

Heft 68, Nachbarschaften auf dem Lande, von Hubert Honvehlmann, Gegenwärtige Formen im nordwestlichen Münsterland. 1990, XII, 427 S. m. Abb., DM 28,80.

Heft 69, „... und sie treiben unnütze Lebensart" von Christiane Neuhann. Bettler und Vagabunden auf dem platten Land (Kreis Warendorf im 19. Jahrhundert). 1990, DM 19,80.

Heft 70, Schwerindustrielle Insel und ländliche Lebenswelt: Georgsmarienhütte 1856–1933, von Susanne Meyer. Werk und Gemeinde, Herkunft, Siedlung und Sozialstruktur an einem ländlichen Industriestandort. 1991, 431 S. mit Tab., Graphiken, Abb., DM 39,80.